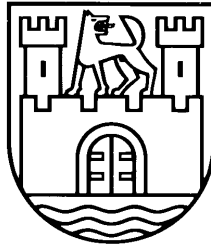


Stadt Wolfsburg

1. doppischer Haushaltsplan 2009

HAUSHALTSPLAN DER STADT WOLFSBURG

für das Haushaltsjahr 2009



Größe des Stadtgebietes:

vor der Gebietsneugliederung	35,01 km ²
nach der Gebietsneugliederung am 01.07.1972 aufgrund des Wolfsburg - Gesetzes vom 10.05.1972	204,03 km ²

Einwohnerzahl:

a) am 20. August 1945	14.296
b) nach der Volkszählung am 13. März 1950	25.398
c) nach der Volkszählung am 06. Juni 1961	64.562
d) nach der Volkszählung am 27. Mai 1970	88.655
e) nach der amtlichen Fortschreibung des Nds. Landesamt für Statistik am 30. Juni 1972 - vor der Gebietsneugliederung -	88.221
f) nach der amtlichen Fortschreibung des Nds. Landesamt für Statistik am 01. Juli 1972 - nach der Gebietsneugliederung -	131.658
g) nach der amtlichen Fortschreibung des Nds. Landesamt für Statistik am 31. Dezember 2007	120.009

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. Haushaltssatzung	5
II. Bericht zur finanziellen Lage	13
III. Allgemeines	19
1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)	21
2. Ziele und Kennzahlen	25
3. Begriffe des doppelten Haushalts im NKR	28
4. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel	34
IV. Vorbericht	39
1. Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen	
1.1 Erträge	41
1.2 Aufwendungen	44
2. Erläuterung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen	
2.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit	51
2.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit	52
3. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen	
3.1 Entwicklung der Erträge	63
3.2 Entwicklung der Aufwendungen	63
4. Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen	
4.1 Entwicklung der Einzahlungen	66
4.2 Entwicklung der Auszahlungen	66
5. Entwicklung der Nettoneuverschuldung	67
6. Nachweis der von der Stadt übernommenen Bürgschaften 2008/2009	69
7. Entwicklung des Fehlbedarfes im Ergebnishaushalt	70
8. Nachhaltige kommunale Finanzpolitik vor dem Hintergrund des demographischen Wandels	71

V. Rahmenrichtlinien	73
1. Rahmenrichtlinien zur Budgetierung im Ergebnishaushalt	75
2. Rahmenrichtlinien zur Aufstellung und Ausführung des Ergebnis- und Finanzhaushalts	76
3. Rahmenrichtlinien zur Bemessung von Baunebenkosten als Bestandteil der zu aktivierenden Eigenleistungen	81
4. Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung	84
5. Aktivierungsrichtlinie (Entwurfassung)	89
VI. Wirtschaftspläne	137
1. Wirtschaftsplan des Klinikums der Stadt Wolfsburg	139
2. Wirtschaftsplan der Bäder in Wolfsburg	153
3. Wirtschaftsplan des Schwefelbad Fallersleben	159
VII. Dienstaufwandsentschädigung	167
VIII. Stellenplan	171
IX. Beteiligungsbericht	195
X. Tabellenteil Haushalt	355

I.

Haushaltssatzung

HAUSHALTSSATZUNG

der Stadt Wolfsburg für das Haushaltsjahr 2009

Aufgrund des § 84 der Niedersächsischen Gemeindeordnung hat der Rat der Stadt Wolfsburg in seiner Sitzung am 17.03.2009 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2009 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	312.745.406 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	312.745.406 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	309.095.765 Euro
2.2 der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	281.943.842 Euro
2.3 der Einzahlung für Investitionstätigkeit	25.625.000 Euro
2.4 der Auszahlung für Investitionstätigkeit	99.774.000 Euro
2.5 der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	48.508.000 Euro
2.6 der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.510.923 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich Gesamtbetrag:

- der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	383.228.765 Euro
- der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	383.228.765 Euro

Der **Wirtschaftsplan des Klinikums der Stadt Wolfsburg** für das Haushaltsjahr 2009 wird im **Erfolgsplan** mit

Erträgen in Höhe von	102.369.000 Euro
Aufwendungen in Höhe von	<u>103.358.000 Euro</u>
Fehlbedarf	989.000 Euro

nachrichtlich: (Ergebnisbehandlung nach Jahresabschluss)

- Entnahme aus der Gewinnrücklage	250.000 Euro
- Vortrag auf neue Rechnung	<u>739.000 Euro</u>
	989.000 Euro

im **Vermögensplan** mit

Einzahlungen in Höhe von	7.063.000 Euro
Auszahlungen in Höhe von	7.063.000 Euro

festgesetzt.

Der **Wirtschaftsplan der Badebetriebe** für das Haushaltsjahr 2009 wird im **Erfolgsplan** mit

Erträgen in Höhe von	7.151.100 Euro
Aufwendungen in Höhe von	<u>8.732.800 Euro</u>
Fehlbedarf	1.581.700 Euro

nachrichtlich: (Ergebnisbehandlung nach Jahresabschluss)

- Entnahme aus allgemeiner Rücklage	1.581.700 Euro
-------------------------------------	-----------------------

im **Vermögensplan** mit

Einzahlungen in Höhe von	356.000 Euro
Auszahlungen in Höhe von	356.000 Euro

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen für Investitionen** und **Investitionsförderungsmaßnahmen** (Kreditermächtigung) der **Stadt Wolfsburg** wird auf

48.508.000 Euro

festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** im Vermögensplan des **Klinikums der Stadt Wolfsburg** für Investitionen und für Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf

1.643.000 Euro

festgesetzt.

Im Vermögensplan der **Badebetriebe** wird eine **Kreditaufnahme für Investitionen** nicht veranschlagt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** in **der Stadt Wolfsburg** wird auf

29.392.000 Euro

festgesetzt.

Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** im Vermögensplan des **Klinikums der Stadt Wolfsburg** wird auf

400.000 Euro

festgesetzt.

Im Vermögensplan der **Badebetriebe** werden **Verpflichtungsermächtigungen** nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsplan 2009 **Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

40.000.000 Euro

festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Wirtschaftsplan 2009 des **Klinikums** der Stadt Wolfsburg **Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

7.500.000 Euro

festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Wirtschaftsplan 2009 der **Badebetriebe Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

500.000 Euro

festgesetzt.

§ 5

Die **Steuersätze** (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2009 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|--|----------|
| 1. Grundsteuer | |
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 270 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 420 v.H. |
| 2. Gewerbesteuer | 360 v.H. |

§ 6

Der **Stellenplan** für das Haushaltsjahr 2009 wird mit folgenden Stellen festgesetzt:

	Gesamt	Allgemeine Verwaltung	Klinikum der Stadt Wolfsburg	Bade- betriebe
Beamte	799	783	14	2
vertraglich Beschäftigte	2.643	1.305	1.318	20
zusammen	3.442	2.088	1.332	22

Wolfsburg, den 17.03.2009

Oberbürgermeister

II.

**Bericht
zur
finanziellen Lage**

Bericht zur finanziellen Lage und voraussichtlichen Entwicklung

Die städtische Finanzwirtschaft war in den letzten fünf Jahren von einer sehr angespannten Lage geprägt. Vom Einbruch der Gewerbesteuer-Vorauszahlungen im Jahre 2003 bis in das Jahr 2008 hinein bedurfte es besonderer Anstrengungen und finanzwirtschaftlicher Maßnahmen, um das Niveau der laufenden Budgets hoch zu halten sowie die gebotene Stadtentwicklung nicht abreißen zu lassen.

Ihren absoluten Tiefpunkt erreichten die städtischen Steuereinnahmen im Jahre 2007, als aufgrund einer in dieser Höhe einmaligen Gewerbesteuer-Rückzahlung von rund 100 Mio. Euro das Jahresanordnungssoll dieser Steuerart auf **minus** 11 Mio. Euro „durchsackte“.

Rat und Verwaltungsspitze haben diese schwierige Situation durch besonnenes und im Rahmen eines Finanzsteuerkreises gut abgestimmtes Handeln bewältigt. Nachwirkungen sind allerdings noch heute spürbar. Der Verkauf von Vermögenswerten hat die laufenden Erträge aus diesen Quellen schrumpfen lassen, Kreditannuitäten belasten die aktuelle Finanzplanung.

Daher kann es auch nur als folgerichtig angesehen werden, dass der Rat auf Vorschlag der Verwaltung bereits laut Vorlage Nr. 412 vom 19.12.2007 entschieden hat, künftige Überschüsse zur Kreditvermeidung bzw. Tilgung zu verwenden. Diesem Handlungsauftrag ist die Verwaltung nachgekommen. Mit Stand 31.12.2008 wurde das städtische Kreditvolumen um rund 100 Mio. Euro auf rd. 42 Mio. Euro abgebaut.

Im zweiten Halbjahr 2008 wurde deutlich, dass der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland sowie der Konsolidierungsprozess in der örtlichen Automobilindustrie für dieses Jahr gute Gewerbesteuereinnahmen ermöglichen. Der Ansatz 2008 in Höhe von 90 Mio. Euro wurde mit rd. 118,8 Mio. Euro deutlich überschritten. Diese kurzfristige Entwicklung erscheint auch deshalb bemerkenswert, weil durch die Absenkung der Gewerbesteuer-Messzahl von 5 % auf 3,5 % trotz einiger steuerlicher Kompensationsmaßnahmen nach früherer Expertenschätzung von einer strukturellen Einbuße in Höhe von etwa 10 – 15 % ausgegangen werden konnte.

Bis Mitte/Ende des dritten Quartals 2008 konnte die Verwaltung noch hoffen, dass sich

die positiven Signale der wirtschaftlichen und damit der ertragsteuerlichen Entwicklung in den Jahren der Finanzplanung fortsetzen würden. Seitdem haben sich allerdings die konjunkturellen Prognosen aufgrund der globalen Finanzmarktkrise sukzessive verschlechtert. Zwar wird für das Jahr 2009 bei der für den Wolfsburger Haushalt maßgebenden Gewerbesteuererwartung davon ausgegangen, dass aufgrund periodenfremder Zugänge das zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes erforderliche Niveau (135 – 140 Mio. Euro) erreicht werden kann. In der mittelfristigen Finanzplanung wird allerdings derzeit mit einem Gewerbesteueransatz von 110 Mio. Euro pro Jahr kalkuliert; diese Annahme würde zu einer Unterdeckung des Aufwandes in den Planjahren ab 2010 führen (Größenordnung 23 – 25 Mio. Euro p. a.).

Diese potentielle Entwicklung dürfte durch Mehreinnahmen bei den Einkommensteueranteilen sowie eingesparten Kreditbelastungen nur partiell ausgeglichen werden können. Zwar wurden die recht hohen Einnahme-Steigerungsraten der letzten Orientierungsdaten aus Vorsichtserwägungen nur mit Abschlägen berücksichtigt; die nächste Steuerschätzung im Mai 2009 wird diese Vorgehensweise wegen der schlechteren Wirtschaftsaussichten vermutlich aber eher bestätigen.

Ein besonderes Augenmerk wird in den nächsten Jahren auf der Fortsetzung und Intensivierung der „ganzheitlichen Schulsanierungen“ liegen. Neben der Einplanung von großen Mittelvolumina im städtischen Finanzhaushalt (ca. 50 Mio. Euro bis 2012) ist vorgesehen, der Sanierung des Theodor-Heuss-Gymnasiums folgend weitere partnerschaftliche Projekte mit der Wolfsburger Schulmodernisierungsgesellschaft mbH durchzuführen.

Sowohl die Eigenfinanzierung als auch das partnerschaftliche Modell werden in den Folgejahren über Abschreibungen bzw. Leasingraten den Aufwand des städtischen Ergebnishaushaltes ansteigen lassen. Die Ausgleichsproblematik wird sich dadurch entsprechend erhöhen.

Im Beratungsverfahren des Haushaltsentwurfes 2009 wurden **zusätzlich** Sondermaßnahmen in das Investitionsprogramm 2009/2010 eingestellt, die zu mindestens 75 % aus Mitteln des Konjunkturpaketes II finanziert werden. Investitionsschwerpunkte sind dabei Schulen, Spielplätze und öffentliche Brunnenanlagen.

Stand: 17.03.2009

III.

Allgemeines

1. Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR)

Mit dem Gesetz zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechts und zur Änderung gemeindegewirtschaftlicher Vorschriften vom 15.11.2005 wurde in Niedersachsen ab 01.01.2006 das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) für die Kommunen und Landkreise eingeführt. Artikel 6 Abs. 2 des Gesetzes sieht eine Übergangsregelung bis 2011 vor.

Die Planung und Bewirtschaftung der kommunalen Finanzen wird von Grund auf geändert. An die Stelle der bisherigen Finanzordnung (Kameralistik) tritt das Neue kommunale Rechnungswesen (NKR).

Der wesentliche Unterschied zwischen **Kameralistik** und kaufmännischer Buchführung (Doppik) liegt in den Rechnungsgrößen. Die Kameralistik bildet den **Geldverbrauch** durch Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ab. Die **Doppik** stellt dagegen den **Ressourcenverbrauch** durch den **periodengerechten** Ausweis von Aufwendungen und Erträgen dar und schließt damit auch den Ausweis nicht zahlungswirksamer Größen wie Abschreibungen und Pensionsrückstellungen ein.

Durch die Einführung der Doppik ändert sich die Systematik des Haushaltsausgleichs. Es gelten folgende Grundsätze:

Der **Haushaltsausgleich** ist gegeben, wenn der Ergebnishaushalt unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen ist und die Aufrechterhaltung der Liquidität sichergestellt ist. Die Berücksichtigung nicht zahlungswirksamer Größen impliziert aber nicht automatisch, dass der Haushaltsausgleich schwieriger wird, da nämlich andererseits zahlungswirksame Größen wie Versorgungsbezüge nicht ergebniswirksam sind.

Mit der Umstellung des Rechnungswesens auf die Doppik ändert sich zwangsläufig der Aufbau des Haushaltsplanes. Dieser besteht zunächst aus dem **Gesamtergebnisplan** und dem **Gesamtfinanzplan**.

Weiter werden **Teilergebnis-** und **Teilfinanzpläne** nach Produktbereichen aufgestellt.

Ein **Produktbereich** ist die kleinste Organisationseinheit der Ergebnisrechnung. Er bildet die bisherige Unterabschnittslogik nach, d. h. ein Unterabschnitt wird in der Regel zu einem Produktbereich.

In den **Teilergebnisplänen** werden zusätzlich zu den primären Erträgen und Aufwendungen die (sekundären) Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen dargestellt.

Die Teilpläne sind außerdem die Ebene der Haushaltsermächtigung für die einzelnen Organisationseinheiten, der Teilergebnisplan für den konsumtiven Bereich, der Teilfinanzplan für den investiven Bereich.

Der Ergebnisplan

Im Ergebnisplan werden Ressourcenverbrauch (Aufwendungen) und Ressourcenaufkommen (Erträge) geplant und Gesamtertrags- bzw. Gesamtaufwandsermächtigungen für das Haushaltsjahr dargestellt.

Der Ergebnisplan enthält als ordentliche Erträge:

- Steuern,
- Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen,
- Sonstige Transfererträge,
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte,
- Privatrechtliche Leistungsentgelte,
- Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen,
- Sonstige ordentliche Erträge,
- Aktivierte Eigenleistungen.

und als ordentliche Aufwendungen:

- Personalaufwendungen aktiv,
- Personalaufwendungen passiv,
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen,
- Abschreibungen,
- Transferaufwendungen,
- Sonstige ordentliche Aufwendungen,

außerdem:

außerordentliche Erträge und außerordentliche Aufwendungen.

Im Ergebnisplan werden für das Haushaltsjahr:

- der Saldo aus der Summe der ordentlichen Erträge und Aufwendungen als Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit,
- der Saldo aus der Summe der Finanzerträge und Zinsen und ähnlichen Aufwendungen als Finanzergebnis,
- die Summe aus Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und Finanzergebnis als ordentliches Jahresergebnis,
- der Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und den außerordentlichen Aufwendungen als außerordentliches Jahresergebnis,
- die Summe aus ordentlichem und außerordentlichem Jahresergebnis als Jahresergebnis ausgewiesen.

Ergebnishaushalt und **Ergebnisrechnung** entsprechen der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Hier werden alle in einer Periode entstandenen Aufwendungen und Erträge ausgewiesen. Als Planungsinstrument ist der Ergebnishaushalt wichtigster Bestandteil des neuen Haushaltes. Gegenüber dem kameralen Rechnungssystem werden die Ressourcenverbräuche vollständig und periodengerecht erfasst. Diese beinhalten Abschreibungen wie auch Belastungen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt zahlungswirksam werden (z. B. Pensionsrückstellungen). Periodengerecht bedeutet hierbei, dass der Zeitpunkt, in dem der Ressourcenverbrauch durch die Verwaltungstätigkeit wirtschaftlich verursacht wird, über die Zuordnung zum Haushaltsjahr entscheidet und nicht wie bisher der Zeitpunkt der Zahlung.

Der Finanzplan

Der Finanzplan enthält

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

- Steuern,
- Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen,
- Sonstige Transfereinzahlungen,
- Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte,
- Privatrechtliche Leistungsentgelte,
- Einzahlungen aus Kostenerstattungen,
- Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit,
- Zinsen und Rückflüsse von Darlehen,

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:

- Personalauszahlungen,
- Versorgungsauszahlungen,
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen,
- Zinsen, Gewährung von Darlehen,
- Transferauszahlungen,
- Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit,

aus Investitionstätigkeit:

- Investitionszuweisungen, Investitionszuschüsse,
- Einzahlungen aus Veräußerung von Vermögensgegenständen,
- Auszahlungen für eigene Investitionen,
- Auszahlungen von Zuwendungen für Investitionen Dritter,
- Einzahlungen aus Verkauf von Finanzanlagen,
- Auszahlungen aus Erwerb von Finanzanlagen,

aus Finanzierungstätigkeit:

- Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen,
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten für Investitionen.

Während der Ergebnishaushalt und die Ergebnisrechnung alle Aufwendungen und Erträge erfassen, werden im **Finanzhaushalt** und in der **Finanzrechnung** die Ein- und Auszahlungen der Stadt vollständig abgebildet. Es werden also auch Zahlungen erfasst, die keinen Aufwand bzw. Ertrag darstellen. Dies ist u. a. bei Zahlungen im Zusammenhang mit der städtischen Investitionstätigkeit von Bedeutung, denn im Ergebnishaushalt werden nur die jährlichen Aufwendungen für Abschreibungen für die Investitionsobjekte abgebildet, nicht aber die zu leistenden gesamten Investitionssummen.

Die Bilanz

Während die Ergebnis- und die Finanzrechnung zeitraumbezogene Betrachtungen beinhalten, stellt die Bilanz eine stichtagsbezogene Betrachtung dar. In ihr werden die

- Vermögensgegenstände,
- Schulden,
- Rückstellungen und
- Nettopositionen ausgewiesen.

Die **Aktivseite** enthält das gesamte bewertete Vermögen der Stadt getrennt nach dem

- immateriellen Vermögen (z. B. Lizenzen, Konzessionen),
- Sachvermögen,
- Finanzvermögen und den
- liquiden Mitteln.

Der Saldo der Finanzrechnung entspricht der Änderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (liquide Mittel).

Auf der **Passivseite** weist sie die

- Schulden sowie die
- Rückstellungen und die
- Nettoposition aus.

Die **Nettoposition** enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis entsprechen dem Eigenkapital nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Die Bezeichnung Nettoposition ist eine spezifische niedersächsische Begriffsbestimmung. Die Nettoposition ändert sich jährlich in Höhe des in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Jahresergebnisses.

Der Saldo der Ergebnisrechnung wird als **Jahresüberschuss** bzw. **Jahresfehlbetrag** (Jahresergebnis) bezeichnet.

Als Sonderposten werden u. a. Zuschüsse für Investitionen, die die Stadt erhalten hat, ausgewiesen.

Rechnungsstoff der Kameralistik sind im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt die Einnahmen und Ausgaben. Der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben des Vermögenshaushaltes zusammengenommen wird der Rücklage zugeführt. Gegebenenfalls kumuliert über mehrere Jahre ergibt sich der Bestand der kamerale Rücklage. Dieser steht in der Regel als Zahlungsmittel zur Verfügung.

Der Rechnungsstoff der Doppik sind im Ergebnishaushalt die Erträge und die Aufwendungen und im Finanzhaushalt die Einzahlungen und die Auszahlungen. Aufgrund der unterschiedlichen Rechnungsstoffe im Ergebnis- und Finanzhaushalt müssen auch die Ergebnisse der beiden Haushalte separat betrachtet werden.

In die Doppik fließt die kamerale Rücklage als voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln in den Finanzhaushalt ein und wird dort für den Anfang und das Ende des Haushaltsjahres ausgewiesen. Ein Überschuss im Finanzhaushalt erhöht den Bestand an Zahlungsmitteln und ein Fehlbetrag mindert ihn dementsprechend.

Der neue Rücklagenbegriff der Doppik bezieht sich auf den Rechnungsstoff Erträge und Aufwendungen und damit auf den Ergebnishaushalt. Rücklagen sind in der Nettoposition gesetzlich oder freiwillig für bestimmte Zwecke separierte Überschüsse aus der Ergebnisrechnung zur Zukunftssicherung. Das hat zur Folge, dass ein Überschuss des Ergebnishaushaltes den auf der Passivseite der Bilanz unter der Nettoposition ausgewiesenen Rücklagen zugeführt wird.

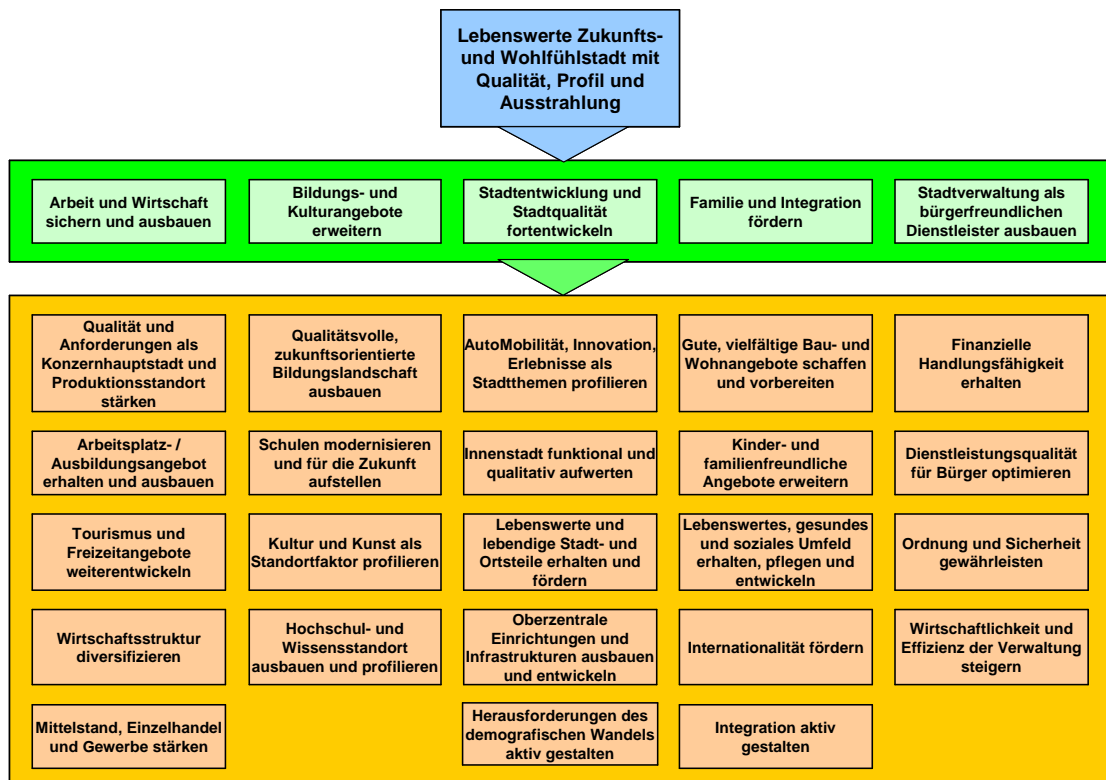
2. Ziele und Kennzahlen im doppischen Haushaltsplan

Die Stadt Wolfsburg wird mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) nicht nur den Rechnungslegungsstil von der bisherigen kameralen auf die doppische Systematik umstellen sondern auch die nachhaltige Steuerung des Haushalts vorantreiben.

Ein wesentliches Steuerungsinstrument stellen Ziele und Kennzahlen als Bestandteil des neuen doppischen Haushaltsplans dar. Die Einführung eines produkt-orientierten doppischen Haushalts in Verbindung mit den Zielen und Kennzahlen stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Beratung, den Beschluss sowie die (unterjährige) output-orientierte Steuerung des Haushalts dar.

Ziele und Kennzahlen sollen dabei vorgeben und messbar machen, was in den Teilhaushalten mit den Produkten erreicht werden soll und wie diese Zielvorgaben erreicht worden sind. Damit wird die Grundlage für die (transparente) Verbindung der Finanz- mit den Fachdaten im Haushalt geschaffen.

Das jährliche Haushaltsaufstellungs- und –ausführungsverfahren wird von einem Zielplanungsprozess begleitet. Dazu hat der Verwaltungsvorstand gemeinsam mit den Geschäfts- und Fachbereichsleitern im Laufe des Jahres 2008 die Inhalte für eine Zielpyramidenspitze entwickelt und für das Haushaltsverfahren vorbereitet. Um die Stadt Wolfsburg als lebenswerte Zukunfts- und Wohlfühlstadt mit Qualität, Profil und Ausstrahlung zu positionieren wurden fünf Handlungsfelder mit konkretisierenden Oberzielen abgeleitet. Dabei sind die Oberziele nicht als isolierte Handlungssäulen zu verstehen, sondern bilden die Basis für eine gemeinsame umfassende Berachtungsweise mit vielen Schnittstellen und Wachstumspotentialen.

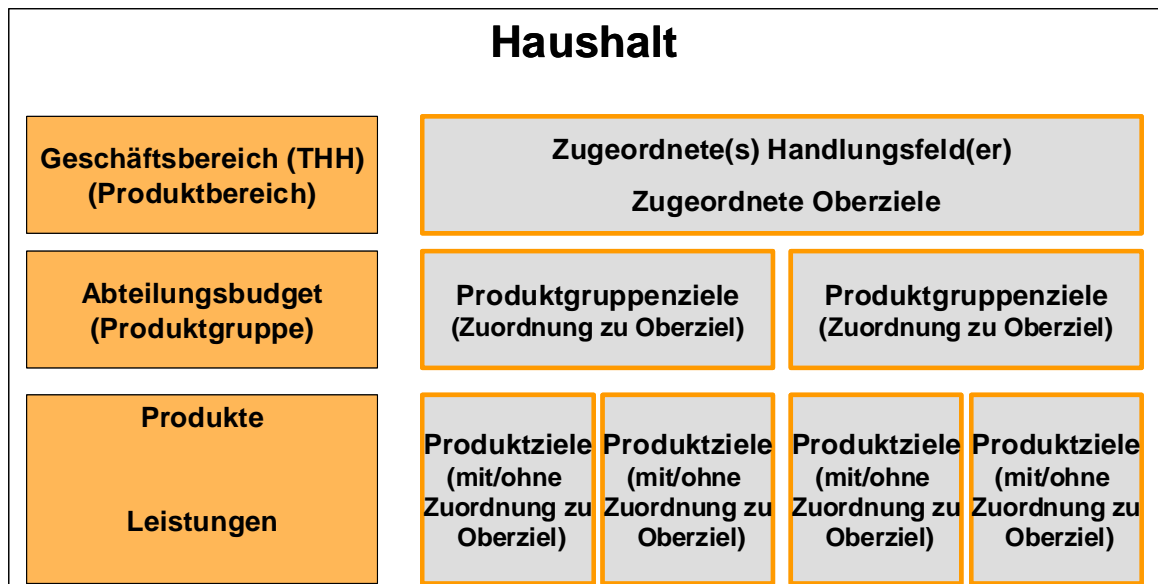


Auf Basis der Handlungsfelder und der Oberziele sind im weiteren Zielplanungsprozess mit den folgenden fünf Pilotbereichen Ziele und Kennzahlen entwickelt worden:

- GB 01 Bürgerdienste
- GB 02 Jugend
- GB 11 Gebäudemanagement
- FB 20 Finanzen und Controlling
- OE 51 Ausländerreferat

Mit ihren Zielen und Kennzahlen tragen die Geschäfts- / Fachbereichen jeweils ihren Beitrag zur Erreichung von einem oder mehreren Handlungsfeldern und Oberzielen aus der o. g. Zielpyramide bei. Hierzu sind die Oberziele auf Ebene der Abteilung (Produktgruppe) als Produktgruppenziele konkretisiert und mit Kennzahlen im Haushaltsplan ausgewiesen worden. Die Produktgruppenziele der Geschäfts- / Fachbereich zeigen insbesondere wesentliche, steuerungsrelevanten Zielsetzungen und Beiträge zur Oberzielerreichung.

Zudem werden in der Ausschussvorlage die Produkte mit den Produktzielsetzungen und Kennzahlen dargestellt. Die Produktziele ergeben sich neben den Produktgruppenzielen aus weiteren Zielsetzungen die nicht den Oberzielen und Handlungsfeldern zugeordnet werden können, sondern die Bereiche der „originären Verwaltung“ darstellen.



Ziele und Kennzahlen werden sowohl ein Bestandteil der Planung als auch des Vollzugs des doppelten Haushalts. Im Rahmen der Haushaltsaufstellung und des jährlichen Zielplanungsprozesses wird die Zielpyramide diskutiert sowie die Ziele und Kennzahlen für die Produktgruppen und die Produkte erarbeitet. Diese Ergebnisse werden im Haushaltsplan veröffentlicht und somit ein neuer Bestandteil der jährlichen Haushaltsberatung und des Haushaltsbeschlusses. Im Rahmen des Haushaltsvollzugs bietet unterjährig das quartalsweise Berichtswesen Informationen über den Stand der Zielerreichung, so dass ggf. frühzeitig Gegen- und Steuerungsmaßnahmen ergriffen werden können.

Im Haushaltsplan 2009 sind für die o. g. Pilotbereiche Ziele und Kennzahlen abgebildet. Diese Ziele und Kennzahlen sind als „Verwaltungs-Entwurf“ zu verstehen, die im Rahmen der Ausschussberatungen diskutiert, angepasst bzw. verändert werden können und sollen.

Aufgrund der Gliederung des Haushalts nach Teilhaushalten sind die Ziele und Kennzahlen je Teilhaushalt den Oberzielen und Handlungsfeldern zugeordnet. Die folgende Übersicht zeigt, welche Teilhaushalte zu welchen Oberzielen ihren Beitrag erbringen:

Arbeit und Wirtschaft sichern und ausbauen	Bildungs- und Kulturangebote erweitern	Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln	Familie und Integration fördern	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
Qualität und Anforderungen als Konzernhauptstadt und Produktionsstandort stärken	Qualitätsvolle, zukunftsorientierte Bildungslandschaft ausbauen GB 02	AutoMobilität, Innovation, Erlebnisse als Stadtthemen profilieren	Gute, vielfältige Bau- und Wohnangebote schaffen und vorbereiten GB 11	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten GB 11, FB 20
Ausbau Arbeitsplatz- / Ausbildungsangebot erhalten und ausbauen	Schulen modernisieren und für die Zukunft aufstellen	Innenstadt funktional und qualitativ aufwerten	Kinder- und familienfreundliche Angebote erweitern GB 02, GB 11	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren GB 01, GB 02, GB 11, OE 51,
Tourismus und Freizeitangebote weiterentwickeln	Kultur und Kunst als Standortfaktor profilieren	Lebenswerte und lebendige Stadt- und Ortsteile erhalten und fördern GB 01	Lebenswertes, gesundes und soziales Umfeld erhalten, pflegen und entwickeln GB 01	Ordnung und Sicherheit gewährleisten GB 01, GB 02
Wirtschaftsstruktur diversifizieren	Hochschul- und Wissensstandort ausbauen und profilieren	Oberzentraler Einrichtungen und Infrastrukturen ausbauen und entwickeln	Internationalität fördern	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern GB 11, FB 20
Mittelstand, Einzelhandel und Gewerbe stärken		Herausforderungen des demographischen Wandels aktiv gestalten GB 11	Integration aktiv gestalten GB 02, OE 51	

Die Erfahrungen aus dem bisherigen Zielplanungsprozess sowie aus den Haushaltsberatungen sollen als Grundlage für die Entwicklung von Zielen mit den weiteren Geschäfts- und Fachbereichen dienen. Es wird angestrebt, im Haushaltsplan für das Jahr 2010 in allen Geschäfts- und Fachbereichen Ziele und Kennzahlen darzustellen.

3. Begriffe des doppelten Haushalts im NKR

Abschreibung

Unter der Abschreibung versteht man den Betrag bzw. die Methode zur Ermittlung des Betrages, der bei Gegenständen des abnutzbaren Anlagevermögens die im Laufe der Nutzungsdauer durch Nutzung eingetretenen Wertminderungen an den einzelnen Vermögensgegenständen erfassen soll und der dementsprechend periodengerecht in der Ergebnisrechnung als Aufwand angesetzt wird.

Aktiva

Als Aktiva ist die Summe der Vermögensgegenstände (auf der linken Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelverwendung abbilden. Dazu zählen das immaterielle Vermögen, das Sachvermögen, das Finanzvermögen, die liquiden Mittel und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Aktiva wird als Aktivierung bezeichnet. Auf der rechten Seite der Bilanz sind die Passiva aufgeführt, die die Mittelherkunft zeigen.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst alle Gegenstände, die dazu bestimmt sind, von der Kommune dauerhaft genutzt zu werden. Anlagevermögen beinhaltet immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Gebäude) sowie Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).

Aufwand

In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Werteverzehr durch Verbrauch oder Abnutzung von Gütern und Dienstleistungen einer Organisationseinheit in einem Zeitabschnitt, der in der Ergebnisrechnung den Erträgen gegenübergestellt wird; Ausgaben für empfangene Güter und Dienstleistungen im Jahr ihrer wirtschaftlichen Zugehörigkeit.

Ausgabe

Zugang von Gütern oder Dienstleistungen. Soweit der Zugang nicht gleichzeitig mit einem Zahlungsmittelabfluss verbunden ist, entstehen Verbindlichkeiten, sodass sie mit einem Schuldrechtsverhältnis verknüpft sind.

Auszahlung

Abfluss von flüssigen Mitteln (Verminderung des Bargeldbestandes und Belastungen der Girokonten).

Bilanz

Eine Bilanz ist eine auf einen bestimmten Stichtag bezogene Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital einer Organisationseinheit. Traditionell wird die Bilanz in einer zweispaltigen Tabelle (Kontenform) dargestellt. In der linken Spalte („Aktiva“) der Tabelle werden die Vermögensgegenstände, in der rechten Spalte („Passiva“) das Eigen- und Fremdkapital der Kommune aufgeführt. Die Bilanz ist immer ausgeglichen.

Budget

Ein Budget ist ein in wertmäßigen Größen formulierter Plan, der einer Entscheidungseinheit für eine bestimmte Zeitperiode mit einem bestimmten Verbindlichkeitsgrad vorgegeben wird. Budgets unterstützen die Ergebniszielorientierung der Steuerung. Durch eine Verbindung von Budgets (Finanzvorgaben) mit Leistungszielen wird die Outputorientierung der Steuerung unterstützt.

Budgetierung

Die Budgetierung ist ein System der dezentralen Verantwortung einer Organisationseinheit für ihren Finanzrahmen bei festgelegtem Leistungsumfang mit bedarfsgerechtem, in zeitlicher und sachlicher Hinsicht selbstbestimmtem Mitteleinsatz bei grundsätzlichem Ausschluss der Überschreitung des Finanzrahmens (Budgetierung im materiellen Sinne). Bereitstellung von Finanzmitteln in Form von vorab verhandelten Budgets zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung „vor Ort“.

Dezentrale Ressourcenverantwortung

Weiterführung der Budgetierung; während diese nur Verantwortung für die Ressource Finanzen dezentralisiert, erfolgt dies bei der dezentralen Ressourcenverantwortung hinsichtlich sämtlicher Ressourcen (Personal, Finanz- und Sachmittel etc.). Den dezentralen Einheiten wird die Verantwortung für die Leistungserstellung in jeglicher Hinsicht übertragen.

Doppelte Buchführung (Doppik)

Doppik ist die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit mit dem Ziel, jederzeit einen Überblick über die Vermögenslage und den Stand der Schulden zu ermöglichen. Die Doppelte Buchführung ist das heute fast ausschließlich verwendete System der Buchführung von kaufmännischen Unternehmen mit den Grundsätzen:

- a) Jede durch einen Geschäftsvorfall ausgelöste und aufgrund eines Beleges vorgenommene Buchung berührt mindestens zwei Konten, die im Buchungssatz benannt werden.
- b) Die Ermittlung des Periodenerfolges geschieht zweimal: (1) durch die Bilanz und (2) durch die Ergebnisrechnung.

Eigenkapital

Das Eigenkapital ist die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen und Verbindlichkeiten). Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Nach der NGO gliedert sich die Passivseite der Bilanz in Schulden sowie Rückstellungen und Nettoposition. Die Nettoposition enthält neben dem Basis-Reinvermögen, den Rücklagen und dem Jahresergebnis auch die Sonderposten. Das Basis-Reinvermögen, die Rücklagen und das Jahresergebnis entsprechen dem Eigenkapital nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches.

Einzahlung

Zugang von flüssigen Mitteln (Erhöhung des Bargeldbestandes und Gutschrift auf Girokonten).

Ergebnisrechnung

Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; in der zeitraumbezogenen Ergebnisrechnung werden Erträge und Aufwendungen einer Kommunalverwaltung für eine Rechnungsperiode gegenübergestellt. Der Saldo ergibt den Jahresüberschuss oder Jahresfehlbetrag. Ein Jahresüberschuss erhöht und ein Jahresfehlbetrag senkt das „Eigenkapital“.

Eröffnungsbilanz

Die erstmalige Aufstellung einer Bilanz wird Eröffnungsbilanz oder auch Gründungsbilanz genannt. Für Kommunen bildet die Eröffnungsbilanz den Ausgangspunkt für ein kaufmännisches Haushalts- und Rechnungssystem. Danach bildet die Schlussbilanz der jeweiligen Rechnungsperioden gleichzeitig die Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz des Folgejahres.

Ertrag

In Geld ausgedrückter, aber nicht unbedingt zahlungswirksamer Wertezuwachs in einem Zeitabschnitt.

Finanzrechnung

Ein Bestandteil des Drei-Komponenten-Systems; neben der Ergebnisrechnung das zweite zeitraumbezogene Rechenwerk des Jahresabschlusses. Die Finanzrechnung dient dem Nachweis der empfangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen sowie der Bestandsveränderung an liquiden Mitteln eines Jahres bzw. einer Rechnungsperiode.

Fremdkapital

Das Fremdkapital steht auf der Passivseite der Bilanz und bezeichnet die ausgewiesenen Schulden der Verwaltung. Dies sind Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind.

Interne Leistungsverrechnung

Verrechnung von Leistungen, die in der eigenen Organisationseinheit zwischen Koststellen oder Kostenträgern erbracht und genutzt werden, untereinander mit Hilfe von Stundensätzen oder Verrechnungspreisen.

Inventar

Bestandsverzeichnis aller Vermögensgegenstände und Schulden. Das Inventar wird mit Hilfe der Inventur ermittelt. Das Inventar ist Grundlage für die Erstellung der (Eröffnungs-) Bilanz.

Inventur

Die Inventur ist die Bestandsaufnahme sämtlicher Vermögensgegenstände und der Schulden, die der Verwaltung dienen. Die Erfassung erfolgt – soweit möglich – im Rahmen einer körperlichen Bestandsaufnahme durch Zählen, Messen, Wiegen und Schätzen. Ziel der Inventur ist das Anfertigen eines Inventars.

Jahresfehlbetrag

Falls in der Ergebnisrechnung die Aufwendungen höher sind als die Erträge, ergibt sich ein Verlust, der als Jahresfehlbetrag bezeichnet wird; ein Jahresfehlbetrag mindert das „Eigenkapital“.

Jahresüberschuss

Wenn in der Ergebnisrechnung die Erträge höher als die Aufwendungen sind, ergibt sich ein Gewinn, der einen Jahresüberschuss darstellt; Jahresüberschüsse erhöhen das „Eigenkapital“.

Kontenrahmen

Organisationspläne für die Buchführung der Betriebe/Organisationseinheiten einer bestimmten Branche. Sie sollen Ordnung und Übersicht in die Vielzahl der Konten bringen. Sie sind Modelle für den jeweiligen Wirtschaftszweig. Ihr Zweck besteht in der einheitlichen Ausrichtung der Buchführungsorganisation. Durch sie wird die gleichmäßige Buchung der Geschäftsvorfälle in den verschiedenen Betrieben/Organisationseinheiten gewährleistet. Gemäß § 4 Abs. 2 GemHKVO ist der Kontenrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden.

Kostenstelle

Ort, an dem Kosten entstehen mit zugehörigen (Führungs-) Verantwortlichkeiten. Um wirksame Wirtschaftlichkeitskontrollen durchführen zu können, sollte eine Identität von Kostenstelle und Verantwortungsbereich angestrebt werden. Kostenstellen sind nach funktionalen, organisatorischen oder räumlichen Aspekten abgegrenzte Leistungs- bzw. Verantwortungsbereiche, denen die von ihnen verursachten Kosten(arten) zugerechnet/zugewiesen werden (z. B. Fachbereiche, Abteilungen).

Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)

Teilgebiet des kaufmännischen Rechnungswesens („internes“ Rechnungswesen), in dem Kosten und Leistungen erfasst, gespeichert, den verschiedensten Bezugsgrößen zugeordnet und für spezielle Zwecke ausgewertet werden. Die KLR gliedert sich in die Kostenarten- (Welche?), die Kostenstellen- (Wo?) und die Kostenträger- (Wofür?) –rechnung.

Liquidität

Liquidität ist die Fähigkeit und Bereitschaft einer Organisationseinheit, ihren bestehenden Zahlungsverpflichtungen termingerecht und betragsgenau nachzukommen.

Nutzungsdauer

Unter der Nutzungsdauer wird im Allgemeinen die betriebsübliche Nutzungsdauer eines Anlagegutes verstanden; zu unterscheiden sind die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (von einer Lieferfirma angegebene, erfahrungsgemäß mindestens erreichbare Dauer der Einsatzfähigkeit), die wirtschaftliche Nutzungsdauer und die technische Nutzungsdauer. Vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport ist eine Abschreibungstabelle mit Nutzungsdauern herausgegeben worden.

Output

Der Output ist das außerhalb der jeweiligen Organisationseinheit erkennbare und nachgefragte Ergebnis der Produktherstellung dieser Organisationseinheit (externe und interne Produkte der Kommunalverwaltung).

Outputorientiert

Ausrichtung von Planungs-, Steuerungs- und Kontrollmechanismen an Leistungsausbringungsmenge und –wert bei Erstellung eines Produkts oder einer Leistung mit den zur Verfügung gestellten Mitteln, Ressourcen.

Passiva

Als Passiva ist die Summe der Positionen (auf der rechten Seite) der Bilanz definiert, die die Mittelherkunft abbilden. Dazu zählen die Nettoposition, die Schulden, die Rückstellungen und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das buchhalterische Verfahren zur Erfassung der Passiva wird als Passivierung bezeichnet. Auf der linken Seite der Bilanz sind die Aktiva aufgeführt, die die Mittelverwendung zeigen.

periodengerecht

Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zum Zeitraum ihrer Entstehung bzw. wirtschaftlichen Zugehörigkeit in der tatsächlichen oder erwarteten Höhe unabhängig vom Zeitpunkt des tatsächlichen Geldflusses; entscheidender Unterschied von kameralem, zahlungsorientiertem und betriebswirtschaftlichem, ergebnisorientiertem Rechnungswesen-Ansatz; antizipiert z. B. in Form von Rückstellungen die zukünftigen aufwandsmäßigen Auswirkungen heutiger Entscheidungen, evtl. abgezinst auf den Barwert (z. B. Pensionsrückstellungen), wenn größere Zeiträume betroffen sind.

Produkt

Ein kommunales Produkt ist eine Leistung oder eine Gruppe von Leistungen, die von Stellen außerhalb der Produkterbringung (innerhalb und außerhalb der Verwaltung) nachgefragt wird und für die normalerweise ein Preis zu zahlen wäre. Es gibt externe und interne Produkte. Insgesamt spiegeln die Produkte einer Kommune deren Leistungs- oder Sachziele wider.

Produktbereich

Produktgruppen werden thematisch zu Produktbereichen zusammengefasst.

Produktgruppe

Produkte werden thematisch zu Produktgruppen zusammengefasst.

Produktrahmen

Organisationsplan, der Ordnung und Übersicht in die Produkte bringen soll. Gem. § 4 Abs. 2 GemHKVO ist der Produktrahmen vom Niedersächsischen Landesamt für Statistik verbindlich festgelegt worden und enthält Produktbereiche und Produktgruppen.

Rechnungsabgrenzungsposten (RAP)

Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zutreffenden Ermittlung des Periodenge-

winns, indem Aufwendungen und Erträge dem Wirtschaftsjahr zugeordnet werden, durch das sie – wirtschaftlich betrachtet – verursacht sind. RAP auf der Aktivseite der Bilanz weisen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag aus, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. RAP auf der Passivseite sind Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Typische Geschäftsvorfälle, die zur Bildung von RAP führen, sind Vorauszahlungen für Miete, Pacht und Versicherungen.

Ressourcen

Zur Verfügung gestellte Geld-, Sach- oder Personalmittel für die Erfüllung einer Aufgabe/ Erstellung eines Produktes, einer Leistung.

Rücklagen

Rücklagen sind Teil des „Eigenkapitals“. Sie sind die Differenz zwischen Aktiva und allen übrigen Passivposten. Änderungen der Rücklage ergeben sich durch die mögliche Zuführung von Jahresüberschüssen und durch die Entnahme zur Abdeckung von Jahresfehlbeträgen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen, die dem Grund nach zu erwarten, aber deren Höhe oder Fälligkeit noch ungewiss sind. Durch die Bildung der Rückstellungen sollen die später zu leistenden Auszahlungen den Perioden ihrer Verursachung zugerechnet werden. Typische Beispiele für Rückstellungen sind Pensionsrückstellungen, Rückstellungen für Provisionen, Prozessrisiken, Garantieverpflichtungen. Rückstellungen sind Teil des Fremdkapitals (Passiva).

Schlussbilanz

Die Schlussbilanz ist die Bilanz zum Abschlussstichtag bzw. am Ende der Rechnungsperiode. Sie wird aus den Bestandskonten entwickelt. Die Schlussbilanz einer Rechnungsperiode ist gleichzeitig Eröffnungsbilanz/Anfangsbilanz der darauf folgenden Rechnungsperiode.

Schulden

Unter Schulden werden sämtliche Verbindlichkeiten verstanden. Sie werden in der Bilanz unter Berücksichtigung des Höchstwertprinzips mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Vermögen

Im Rechnungswesen Teil der Aktivseite der Bilanz.

4. Bewirtschaftung der Haushaltsmittel

Die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ergibt sich aus den folgenden Produktgruppen:

Teilhaus- halte		Produkt- gruppe	Verwaltungs- vorstand
VV	Verwaltungsvorstand Verwaltungsvorstand	00-01	OB
01	Bürgerdienste Bürgerdienste Ordnungsamt Standesamt Veterinäramt Umweltamt Feuerwehr	01-01 01-02 01-03 01-04 01-05 01-06	II
02	Jugend Kindertagesbetreuung Beratung Soziale Dienste Jugendförderung Unterhalt Jugend- und Sozialentwicklungsplanung	02-01 02-02 02-03 02-04 02-05 02-06	I
03	Soziales und Gesundheit Förderung sozialer Einrichtungen Soziale Hilfen Sonstige gesetzliche Sozialleistungen Hilfen im Alter, bei Pflege und Behinderung Gesundheitsamt Sozialpsychiatrischer Dienst Arbeitsgemeinschaft SGB II Wolfsburg	03-01 03-02 03-03 03-04 03-05 03-06 03-07	II
04	Kultur und Bildung Allgemeine kulturelle Angelegenheiten Kulturbüro Stadtbibliothek Musikschule Historische Museen Stadtarchiv Städtische Galerie Phaeno	04-00 04-01 04-02 04-04 04-05 04-07 04-08 04-09	III

Teilhaus- halte		Produkt- gruppe	Verwaltungs- vorstand
06	Stadtplanung und Bauberatung		IV
	Stadtplanung	06-01	
	Bauberatung und Baugenehmigung	06-02	
	Festsetzungen und Vertragsmanagement	06-03	
	Forum Architektur	06-04	
07	Verkehr und Projektkoordination		IV
	Straßen- und Verkehrsplanung	07-01	
	Straßenbau	07-02	
08	Grün		IV
	Verwaltung der Grün- und Freiflächen	08-01	
	Grün-/ Freiraumplanung u. -entwicklung	08-02	
	Pflege/ Unterhaltung v. Grün- u. Freiflächen	08-03	
	Friedhof und Bestattungswesen	08-04	
11	Grundstücks- und Gebäudemanagement		IV
	Grundstücksverkehr	11-01	
	Bewirtschaftung von Grundstücken u. Gebäuden	11-02	
	Grundstücksvergabe, Erbbaurechte, Wohnungswesen	11-03	
	Hochbau	11-04	
	Waren und Logistik	11-05	
	Wohngebiete und -projekte	11-06	
14	Personal		I
	Personaldienste	14-01	
	Personalentwicklung	14-02	
	Arbeits- und Gesundheitsheitschutz (ARGUS)	14-03	
15	Informationstechnologie		II
	Informationstechnologie	15-01	
20	Finanzen und Controlling		III
	Zentrale Finanzplanung und -wirtschaft	20-01	
	Zentrales Controlling/ Beteiligungssteuerung	20-02	
	Steuerwesen	20-03	
	Stadtkasse	20-04	
	Grundbesitzabgaben, zentrale Vergabestelle	20-05	
21	Strategische Planung/ Stadtentwicklung		OB
	Strategische Planung/ Stadtentwicklung	21-01	

Teilhaus- halte		Produkt- gruppe	Verwaltungs- vorstand
30	Rats- und Rechtsangelegenheit Rats- und Rechtsangelegenheit	30-01	OB
31	Kommunikation Kommunikation	31-01	OB
32	Rechnungsprüfung Rechnungsprüfung	32-01	OB
33	Repräsentation Repräsentation	33-01	OB
40	Personalräte/Schwerbehindertenvertretung Personalräte/ Schwerbehindertenvertretung	40-01	OB
50	Frauen- und Gleichstellungsbüro Frauen-/ und Gleichstellungsbüro	50-01	OB
51	Ausländerreferat Ausländerreferat	51-01	I
55	Schule Schule	55-01	I
76	Forum Architektur Forum Architektur	76-01	IV
80	Sport und Bäder Förderung des Sports Sportstätten und Bäder	80-01 80-02	II
99	Allgemeine Finanzwirtschaft Allgemeine Finanzwirtschaft Zentralbudget Innere Verrechnung/ Kalk. Kosten	99-01 99-02 99-03	III

IV.

Vorbericht

1 Entwicklung der wichtigsten Erträge und Aufwendungen aus den einzelnen Steuerarten, FAG-Leistungen und allgemeinen Umlagen

1.1 Steuern und ähnliche Abgaben sowie Erträge aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen

- in Mio. Euro

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
Grundsteuer A	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Grundsteuer B	21,4	21,6	22,4	22,0	22,1	22,1
Gewerbsteuer	- 12,0	90,0	136,5	110,0	110,0	110,0
Anteil Einkommensteuer	37,3	39,0	46,0	47,1	48,1	49,0
Anteil Umsatzsteuer	8,8	9,0	10,5	10,1	10,2	11,3
Schlüsselzuweisungen vom Land	0,0	64,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zuweisungen übertragener Wirkungskreis	5,2	5,2	5,2	5,3	5,4	5,5
Summe Erträge	60,8	228,9	220,7	194,6	195,9	198,0
Gewerbsteuer- umlage	- 13,3 *	16,9	25,5	21,4	21,1	21,1
Finanzausgleichs- umlage	3,4	0,0	14,7	11,0	11,0	11,0
Summe Aufwendungen	- 9,9	16,9	40,2	32,4	32,1	32,1
Nettoerträge	70,7	212,0	180,5	162,2	163,8	165,9
v. H. der Gesamterträge	116,3%	92,6%	81,8 %	83,4 %	83,6 %	83,8 %

* Nachzahlung der Gewerbesteuerumlage für das 4. Quartal 2007 erst zum 01.02.2008

1.1.1 Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer B wird sich in 2008 nur eine geringe Einnahmesteigerung gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 ergeben. Da in Wolfsburg für die folgenden Jahre mit einer gegenüber den Vorjahren nicht mehr so starken Bautätigkeit gerechnet wird, werden die Erträge aus Grundsteuer B für 2009 ff nur mit geringeren Steigerungen veranschlagt.

1.1.2 Gewerbesteuer

Auf Grund der positiven steuerlichen Entwicklung der ersten Quartale 2008 werden sich im Jahr 2008 Mehreinnahmen ergeben. In 2009 werden insbesondere aufgrund periodenfremder Zugänge Gewerbesteuererträge in einer Größenordnung von 136 Mio. Euro erwartet. Ab 2010 sind wieder niedrigere Einnahmeerwartungen (110 Mio. pro Jahr) veranschlagt.

1.1.3 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Die Gemeinden erhalten einen Anteil am staatlichen Lohn- und Einkommensteueraufkommen auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner. Auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung konnten in den letzten Jahren höhere Zuwächse verzeichnet werden. Ab 2009 wird für die Berechnung des Gemeindeanteils ein neuer Schlüssel angewendet. Grundlage dieses Schlüssels sind die Einkommensteuerleistungen aus den Jahren 2003. Diese waren in Wolfsburg zu diesem Zeitpunkt gegenüber anderen niedersächsischen Gemeinden proportional höher. Dadurch wird mit einer Verbesserung des Einkommensteueranteils für die Stadt Wolfsburg von rd. 18 % gerechnet.

1.1.4 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Ab 2007 erfolgte eine Erhöhung des Umsatzsteuersatzes von 16% auf 19 % (= Erhöhung der Mehrwertsteuer). Am Aufkommen an der Umsatzsteuer sind die Gemeinden mit rd. 2,2 v. H. beteiligt. Auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung werden sich beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in 2008 Mehreinnahmen gegenüber der Veranschlagung von rd. 0,2 Mio. Euro ergeben. Auch hier wird ab 2009 ein neuer Schlüssel zur Berechnung der Umsatzsteuer zu Grunde gelegt, der sich insbesondere für die großen Gemeinden positiv auf den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer auswirkt. Für Wolfsburg wird mit einer Verbesserung des Umsatzsteueranteils für 2009 in Höhe von rd. 16,5 v. H. gerechnet.

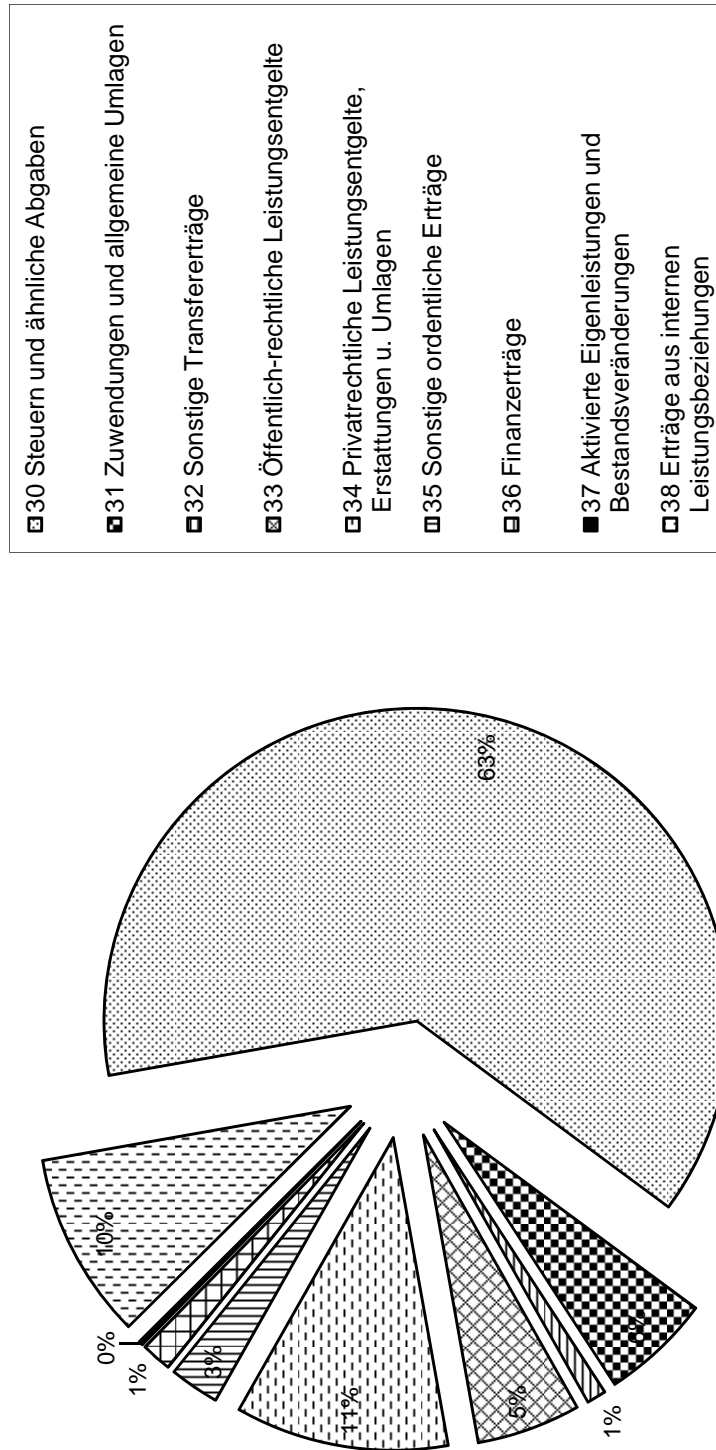
1.1.5 Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich

Nach der Systematik des Finanzausgleichs besteht die an die Gemeinden und Landkreise zu verteilende Masse im Wesentlichen aus einem prozentualen Anteil der Steuereinnahmen des Landes; die zur Verfügung stehende Masse ist somit abhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Für die Verteilung der Masse ist die jeweilige Steuerkraft und die zu leistenden Sozialhilfeausgaben der einzelnen Kommune im zugrunde liegenden Zeitraum entscheidend.

Die Stadt Wolfsburg hat wegen des sog. Cadbury-Schweppes-Urteils im Sommer 2007 rd. 100 Mio. Euro Gewerbesteuer an einen Steuerpflichtigen zurückerstattet. Dies führte zu einer äußerst geringen Steuerkraft für den zur Berechnung der Finanzausgleichsleistungen 2008 zugrundeliegenden Zeitraum. So war Wolfsburg in 2008 nach 2005 das zweite Mal Zuweisungsempfänger aus dem Finanzausgleich.

Für 2009 wird wegen der Entwicklung der Steuerkraft der Stadt mit Zahlung bzw. Bildung einer Rückstellung für die Finanzausgleichsumlage in Höhe von 14,7 Mio. Euro gerechnet.

Aufteilung der Erträge nach Ertragsarten



1.2 Aufwendungen

1.2.1 Personalaufwand

Bei der Veranschlagung des Personalaufwandes für das Haushaltsjahr 2009 wurden die Personalkosten wegen der beschlossenen Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst und wegen weiteren zusätzlichen Bedarfs um 2,6 Mio. Euro auf rd. 81,0 Mio. Euro erhöht.

1.2.2 Ordentlicher Betriebsaufwand

Der bisherige sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierungen 50 - 66) wird im neuen Kontenplan im wesentlichen unter den folgenden Kontengruppen dargestellt:

- 42 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
- 44 - Sonstige ordentliche Aufwendungen

Diese unterteilen sich im Einzelnen wie folgt:

Konten- Bezeichnung art	Haushaltsjahr 2009
421 Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens z.B.Instandhaltung, sonst. Bauunterhaltung, Unterhaltung der Grünanlagen,	11.048.729
422 Unterhaltung des beweglichen Vermögens z.B.Unterhaltung Betriebs- u. Geschäftsausstattung, Maschinen, Wartung Software	2.225.381
423 Mieten und Pachten	2.182.820
424 Bewirtschaftung der Grundstücke und baul. Anlagen z.B. Grundstücksabgaben, Reinigung, Winterdienst	14.049.921
425 Haltung von Fahrzeugen	1.178.005
426 Besondere Aufwendungen für Beschäftigte z.B.Aus- u. Fortbildung, Dienst- und Schutzkleidung	1.135.745
427 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen z.B.Planungskosten, Veranstaltungen, statische Prüfungen	7.946.686
428 Aufwendungen für Verbrauchsmittel z.B.medizinischer Sachbedarf, Lebensmittel	392.194
429 Aufwendungen f. sonst. Sach- u. Dienstleistungen z.B. Kampfmittelbeseitigung	344.000
442 Sonst. Auszahl. F. die Inanspruchnahme v. Rechten u. Diensten z.B.Schülerbeförderungskosten, Mitgliedsbeiträge an Verbände	4.072.730
443 Geschäftsaufwendungen z.B.Fernsprechaufwand, Bankgebühren, Büromaterial, Bücher, Fahrkostenersatz	4.088.726

444	Steuern, Versicherungen, Schadenfälle z.B.Haftpflicht- u. Unfallversicherung, Aufwand für Schadensfälle	262.500
445	Erstattungen für die Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit	8.525.714
	Gesamtsumme	57.453.151

Zur Abgrenzung von Erhaltungsmaßnahmen (= Aufwand und sofort vollständig im Ergebnishaushalt abzubilden) sowie Herstellungsmaßnahmen (= aktivierungsfähig, dem Finanzhaushalt zuzuordnen; Belastung der Ergebnishaushalte durch Abschreibungen) im neuen doppelten Rechnungswesen sind folgende Regelungen getroffen worden.

Die bislang praktizierte kamerale Auslegung des Investitionsbegriffes und damit die bisherige Zuordnung zum Vermögenshaushalt wird auch auf die Veranschlagungs- und Vollzugspraxis im doppelten neuen kommunalen Rechnungswesen übernommen.

Die wesentlichen Maßnahmen des Schulsanierungsprogrammes (125 Mio.-Paket) sind als werterhöhende Vermögensveränderungen (Zugänge) definiert. Sie werden damit als "Generalsanierungen" charakterisiert und durch Abschreibungen die Ergebnishaushalte der Folgejahre belasten, dies schließt insbesondere die ausgeprägten Brandschutzmaßnahmen mit ein

Die verbleibenden Instandsetzungsmaßnahmen werden als besondere Maßnahmen der Bauunterhaltung charakterisiert und im Ergebnishaushalt veranschlagt (siehe nachfolgende Übersicht).

Besondere Maßnahmen der Bauunterhaltung im Ergebnishaushalt

(ab 20.000 Euro Budgetvolumen)

PSP-Element	Bezeichnung	Gesamt	2009	2010	2011	2012	2013ff
Produktbereich 01							
	1-01-02-02 Grundstückssondierung	500.000	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
	1-01-05-03 Grundsanierung des ehem. Tanklagers Ehmén	298.000	74.000	66.000	87.000	71.000	0
Produktbereich 08							
	1-08-01-01 Allersee - Sandentnahme	25.000	25.000	0	0	0	0
	1-08-01-01 Arenasee - Gewässersicherung	30.000	30.000	0	0	0	0
Produktbereich 11							
	1-11-01-01 Geländefreimachung landwirtschaftliche Flächen	150.000	30.000	30.000	30.000	30.000	30.000
	1-11-02-01 Erschließungskosten und Geländefreimachung	125.000	25.000	25.000	25.000	25.000	25.000
	1-11-02-02 Allersee - Reparaturen des Campingplatzes	40.000	40.000	0	0	0	0
	1-11-02-02 Erweiterung u. Verbesserung von Parkhäuser u. TiGa's	100.000	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
	1-11-02-04 CongressPark Brandschutz	1.182.000	982.000	200.000	0	0	0
	1-11-06-01 Baugebiet Heidkamp - Vermarktungskosten	275.000	55.000	55.000	55.000	55.000	55.000
	1-11-06-01 Baugebiet An der Mühle - Ablösebeiträge	68.000	68.000	0	0	0	0
Produktbereich 55							
	1-55-01-01 Lehr- und Lernmittel	855.000	171.000	171.000	171.000	171.000	171.000
	1-55-01-01 Waldorfschule (Lehr- u. Lernmittel; Einr. u. Ausst.)	80.000	16.000	16.000	16.000	16.000	16.000
	1-55-01-01 Mietkosten Theodor-Heuss-Gymnasium	2.880.000	576.000	576.000	576.000	576.000	576.000
Produktbereich 80							
	1-80-02-01 Sanierungsmittel für Sportanlagen	750.000	150.000	150.000	150.000	150.000	150.000
Insgesamt		7.358.000	2.362.000	1.409.000	1.230.000	1.214.000	1.143.000

1.2.3 Zuschüsse

Zuschüsse (nicht für Investitionen) sind für 2009 in Höhe von **33.901.364 Euro** veranschlagt. Die Liste der Zuschüsse der einzelnen Teilhaushalte sind im Tabellenteil abgebildet.

1.2.4 Haushaltsmittel für die Ortsräte

Gemäß § 55 g Abs. 2 NGO sind den Ortsräten für die Erledigung ihrer Aufgaben die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Für 2009 werden auf dem Sachkonto 431800 die Ortsratsmittel von insgesamt 98.000 Euro wie folgt bereitgestellt:

Ortsteil	Einwohner Stand: 30.09.2008	Betrag - in Euro -
Almke	752	1.992
Neindorf	1.439	2.323
Barnstorf	1.200	2.208
Nordsteimke	2.602	2.880
Brackstedt	996	2.112
Velstove	984	2.102
Warmenau	481	1.862
Detmerode	7.663	5.309
Ehmen	4.435	3.763
Mörse	2.723	2.938
Fallersleben	11.273	5.122
Sülfeld	3.154	3.144
Hattorf	1.881	2.534
Heiligendorf	2.010	2.597
Hehlingen	1.887	2.539
Kästorf	1.424	2.314
Sandkamp	660	1.949
Neuhaus	1.736	2.467
Reislingen	6.408	4.709
Nordstadt	9.887	6.379
Vorsfelde	12.386	7.579
Wendschott	2.706	2.933
Westhagen	8.599	5.760
Stadtmitte	15.120	8.890
Mitte-West	17.817	10.186
I		

In den Haushaltsmitteln sind je Ortsteil 200 Euro für die Aufstellung von Weihnachtsbäumen enthalten. Die Restmittel werden für eine Anpassung im Rahmen der aktuellen Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.06.2009 vorgehalten.

1.2.5 Zinsen

Zinserträge sind in 2009 in Höhe von insgesamt 4.363.300 Euro veranschlagt: Davon entfallen auf Zinsen für die Versorgungsrücklage 882.700 Euro.

Zur Bedienung der in der Vergangenheit aufgenommenen Kredite für Investitionstätigkeit sind in 2009 Zinsaufwendungen von insgesamt 5.496.558 Euro veranschlagt.

1.2.6 Gewerbesteuerumlage

Ausgangspunkt für die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 25,5 Mio. Euro ist das für 2009 erwartete Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 136,5 Mio. Euro (vgl. Ziffer 2.1.2). Dieser Betrag wird nach der im Gemeindefinanzreformgesetz festgelegten Berechnung durch den städtischen Hebesatz von 360 v. H. geteilt und das Ergebnis mit dem entsprechenden Vervielfältiger von 67 v. H. für 2009 (65 v. H. für 2008) multipliziert.

Dieser vom-Hundert-Satz setzt sich zusammen aus dem Vervielfältiger zur Abführung des Bundesanteils in Höhe von 13 v. H. sowie dem Landesanteil in Höhe von 54 v. H. Im Landesanteil ist der Vervielfältiger in Höhe von 6 v. H. zur Beteiligung der Gemeinden an den Fondskosten Deutsche Einheit sowie die Erhöhung in Höhe von 29 v. H. im Rahmen der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs durch den Solidarpakt enthalten.

1.2.7 Deckungsreserve (allgemein)

Zur Deckung von über- und außerplanmäßiger Aufwendungen und entsprechender Auszahlungen ist für das Haushaltsjahr 2009 eine allgemeine Deckungsreserve in Höhe von 1,0 Mio. Euro vorgesehen.

1.2.8 Abschreibungen

Für in den Jahren 2009 bis 2012 geplante Anschaffungen bzw. Herstellungen von Vermögensgegenständen werden die darauf entfallenden Abschreibungen aufgrund der geplanten Anschaffungs- und Herstellungswerte durch eine Abschreibungsvorausschau ermittelt. Für das "Altvermögen" wurden die Abschreibungen aufgrund des aktuellen Stands von Erfassung und Bewertung des Vermögens durch Hochrechnungen und Schätzungen ermittelt.

Grundlage für die Ermittlung der Abschreibungen sind die Regelungen der NGO sowie der GemHKVO (insbesondere § 47 GemHKVO) und die vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport herausgegebene Abschreibungstabelle.

Für 2009 wurden Abschreibungen von rd. 22,9 Mio. Euro eingeplant.

Im Zusammenhang mit den Abschreibungen können die **Auflösungserträge aus Sonderposten** gesehen werden. Für die Anschaffung bzw. Herstellung von Vermögensgegenständen, die in Form von Abschreibungen zu Aufwand führen, erhält die Stadt Investitionszuweisungen und -zuschüsse.

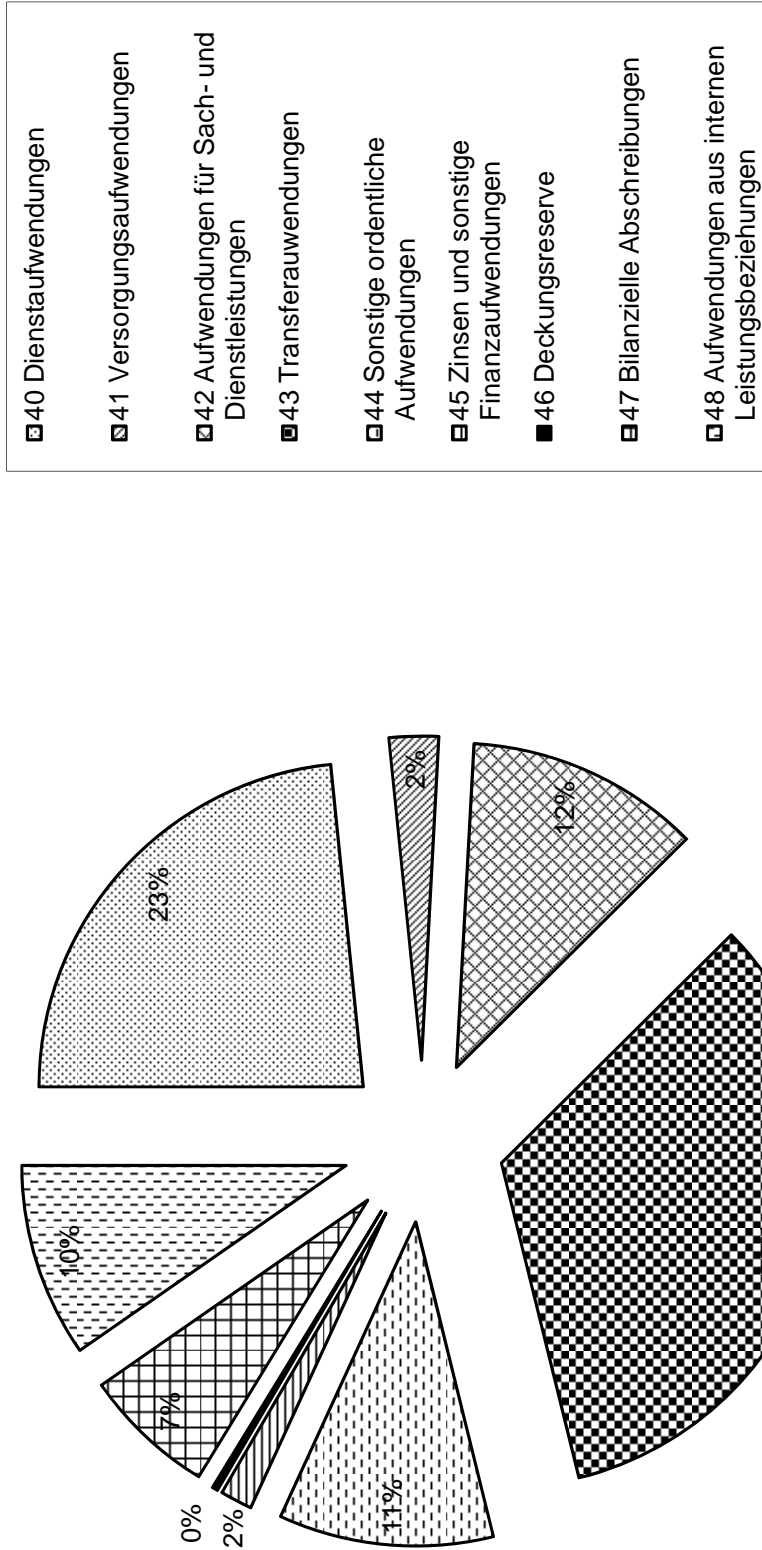
Empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse (z. B. Bundes- oder Landeszuschüsse, aber auch Erschließungsbeiträge) für abnutzbare Vermögensgegenstände werden in der Bilanz als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst. Diese Auflösung der Sonderposten führt im Ergebnishaushalt für den Zeitraum der Abschreibungen zu einem Ertrag.

Für die erwarteten Investitionszuweisungen und -zuschüsse der Jahre 2009 bis 2012 sind die darauf entfallenden Auflösungserträge ebenfalls Ergebnis der Abschreibungsvorschau. Für in der Vergangenheit empfangene Investitionszuweisungen und -zuschüsse wurden die Auflösungserträge auf der Grundlage der Jahresrechnungen ermittelt. Für 2009 sind Auflösungserträge aus Sonderposten in Höhe von rd. 5,3 Mio Euro veranschlagt worden.

1.2.9 Rückstellungen

Geplant wurde hier die Zuführung zu den Personalrückstellungen auf dem Sachkonto 405100 für 2009 mit rd. 2,3 Mio. Euro.

Aufteilung der Aufwendungen nach Aufwandsarten



2. Erläuterung der wichtigsten Einzahlungen und Auszahlungen

Im Finanzhaushalt (Gesamt-Finanzhaushalt /Teilfinanzhaushalte) werden die Einzahlungen und Auszahlungen u. a. für Investitionstätigkeit geplant. Die im Rahmen von werterhöhenden Projekten/Maßnahmen (Investitionen) anfallenden Personalkosten der Geschäftsbereiche 06 (Stadtplanung), 07 (Straßen- und Verkehrsplanung), 08 (Grün) und 11 (Grundstücks- und Gebäudemanagement) erhöhen die Projektkosten/Maßnahmenkosten, führen aber nicht zu erhöhten Auszahlungen und sind daher in den folgenden Auswertungen über Auszahlungen und Einzahlungen der Projekte nicht berücksichtigt.

Die investiven Personalkosten dieser Fachbereiche werden aufgrund Ihrer Behandlung als Projektkosten bei der Ermittlung der jährlichen Abschreibungen und damit im Ergebnishaushalt der Stadt berücksichtigt. Zur Neutralisierung des lfd. Personalaufwandes um diese investiven Anteile erfolgt in gleicher Höhe ein Ausweis auf der Ertragsseite unter der Position "aktivierte Eigenleistungen".

Jahr **2009**

Aktivierte Eigenleistungen des	
GB 06 - Stadtplanung	10.000 Euro
GB 07 - Straßen- und Verkehrsplanung	176.000 Euro
GB 08 - Grün	215.000 Euro
GB 11 - Grundstücks- und Gebäudemanagement	<u>402.800 Euro</u>

803.800 Euro

2.1 Einzahlungen für Investitionstätigkeit

Im Gesamt-Finanzhaushalt 2009 sind Einzahlungen für Investitionstätigkeit der Stadt in Höhe von insgesamt

25.625.000 Euro

veranschlagt.

2.1.1 Zuwendungen für Investitionstätigkeit

Im Finanzhaushalt sind **Investitionszuweisungen und -zuschüsse** in Höhe von

10.958.000 Euro

eingepplant, und zwar

- vom Bund	523.000 Euro
- vom Land	10.223.000 Euro
- von übrigen Bereichen	212.000 Euro

Die eingepplanten **Zuwendungen des Landes** von **10.223.000 Euro** gliedern sich wie folgt auf:

- Sanierung Schulen	4.030.000 Euro
- Nordumgehung Fallersleben, 2. BA	2.400.000 Euro
- Westumgehung Vorsfelde, 2. BA	1.125.000 Euro
- Nordumgehung Fallersleben, 1. BA	1.000.000 Euro
- Wohnumfeldverbesserungen Westhagen	592.000 Euro

- Sanierung Brunnen	150.000 Euro
- Spielplätze Stadtbereich allgemein	375.000 Euro
- Kindertagesstätte DRK Nordsteimke	142.000 Euro
- Erholungsgebiet Ilkerbruch	103.000 Euro
- Sanierung Grauhorststraße	90.000 Euro
- Radweg Hattorf/ Heiligendorf – L 294, 1. BA	65.000 Euro
- Radweg Landleben/ Kreuzheide – K 46	61.000 Euro
- Radweg Nordsteimke/ Barnstorf	48.000 Euro
- Radweg Heiligendorf/ Barnstorf	42.000 Euro

2.1.2 Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit

Die hier veranschlagten Einzahlungen werden erhoben für die Erstellung von Erschließungsanlagen und für sonstige Investitionen, die den Anliegern oder Benutzern einen wirtschaftlichen Vorteil bringen. Es sind im Einzelnen:

- Erschließungsbeiträge in Baugebieten	3.055.000 Euro
- Ablösebeiträge	349.000 Euro
- Kostenerstattung für Investitionen	142.000 Euro

2.1.3 Veräußerung von Sachvermögen

Hiervon entfallen auf den Verkauf von Grundstücken und Gebäuden insgesamt **10.804.000 Euro**.

- Veräußerung von Grundstücken in Baugebieten	7.594.000 Euro
- Veräußerung von sonst. unbebauten Grundstücken	2.297.000 Euro
- Veräußerung von Wohn- u. Geschäftsgrundstücken	511.000 Euro
- Veräußerung von Erbbaurechtsgrundstücken	400.000 Euro
- Veräußerung von beweglichen Vermögen	2.000 Euro

2.2 Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Im Gesamt-Finanzhaushalt 2009 sind Auszahlungen für Investitionen der Stadt in Höhe von insgesamt **99.774.000 Euro** veranschlagt.

Investitionsschwerpunkte werden in der Großprojekte-Liste (Investitionsvolumen ab 400.000 Euro) im Anlagenband 1 ab Seite 5 aufgezeigt.

2.2.1 Erwerb von Grundstücken und Gebäuden

Für Grunderwerb sind in 2009 insgesamt **2.353.000 Euro** vorgesehen. Hiervon entfallen auf den

- Erwerb von Gebäuden	946.000 Euro
- Erwerb von bebauten Grundstücken	200.000 Euro

- Erwerb von unbebauten Grundstücken	581.000 Euro
- Erwerb von Grundstücken für Baugebiete	205.000 Euro
- Grunderwerb Nordumgehung Fallersleben, 2. BA	290.000 Euro
- Ankauf von Flächen für Radwege	131.000 Euro

2.2.2 Baumaßnahmen

Für Baumaßnahmen sind insgesamt **71.011.000 Euro** eingeplant. Diese gliedern sich auf folgende Bereiche auf:

- Hochbaumaßnahmen	33.824.000 Euro
- Tiefbaumaßnahmen	34.627.000 Euro
- sonstige Baumaßnahmen	2.560.000 Euro

2.2.3 Erwerb von beweglichem Sachvermögen

Für die Beschaffung von beweglichem Anlagevermögen wurden in 2009 **9.536.000 Euro** veranschlagt.

2.2.4 Aktivierbare Zuwendungen

Der Gesamtansatz von **12.655.000 Euro** setzt sich aus folgenden Zuschussgruppen zusammen:

- Zuschüsse an div. Wirtschaftspläne	7.822.000 Euro
- Zuschüsse/ Darlehen zur Wirtschaftsförderung	1.065.000 Euro
- Zuschüsse für den Kita-Bereich	2.471.000 Euro
- Zuschüsse für den Jugendbereich	452.000 Euro
- Zuschüsse im Sportbereich	225.000 Euro
- Zuschüsse an Diverse	620.000 Euro

In der nachstehenden Übersicht werden die geplanten Auszahlungen für Investitionstätigkeit gegliedert nach Kostenarten und in welchem Umfang diese auf die Teilhaushalte entfallen dargestellt.

Auszahlungen für Investitionstätigkeit

Die nachstehende Übersicht stellt dar, in welcher Höhe Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2009 nach Kostenarten gegliedert vorgesehen sind. Sie weist daneben aus, in welchem Umfang diese auf die Teilhaushalte entfallen.

Teilhaushalt	782 Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	787 Baumaßnahmen	783 Erwerb v. beweglichem Sachver- mögen	788 Gewährung von Aus- leihungen	781 aktivierbare Zuwen- dungen	Summe
00 Verwaltungsvorstand			105.000			105.000
01 Bürgerdienste		1.952.000	2.726.000	65.000	187.000	4.930.000
02 Jugend		1.469.000	572.000		2.923.000	4.964.000
03 Soziales und Gesundheit			24.000		38.000	62.000
04 Kultur und Bildung		3.246.000	1.291.000		48.000	4.585.000
06 Stadtplanung u. Bauberatung		1.908.000	93.000		100.000	2.101.000
07 Straßenbau u. Projektko- ordination	111.000	19.451.000	175.000			19.737.000
08 Grün		2.006.000	610.000		40.000	2.656.000
11 Grundstücks- u. Ge- bäudemanagement	2.194.000	12.247.000	281.000	3.962.000		18.684.000
14 Personal			20.000			20.000
15 Informationstechnologie		67.000	1.461.000			1.528.000
20 Finanzen und Controlling	48.000		125.000		7.825.000	7.998.000
21 Strategische Planung / Stadtentwicklung		1.160.000	10.000		1.133.000	2.303.000
30 Rats- u. Rechtsangele- genheiten			17.000		106.000	123.000
31 Kommunikation			4.000			4.000
32 Rechnungsprüfung			20.000			20.000
33 Repräsentation			2.000			2.000
40 Personal- u. Schwerbehinderten-			11.000			11.000
50 Frauen- u. Gleich- stellungsbüro			2.000			2.000
51 Ausländerreferat			2.000			2.000
55 Schule		26.600.000	1.890.000	192.000		28.682.000
80 Sport und Bäder		905.000	95.000		255.000	1.255.000
	2.353.000	71.011.000	9.536.000	4.219.000	12.655.000	99.774.000

2.2.5 Verpflichtungsermächtigungen

Die nachstehende Übersicht zeigt die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.

Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt des Jahres	voraussichtlich fällige Ausgaben - in T Euro -					insgesamt
	2008	2009	2010	2011	2012 ff	
2009 lt. Haushaltsplan			29.392	18.551	39.605	87.548
2008 lt. Haushaltsplan		20.646	4.204	2.275	200	27.325
2007 in Anspruch genommen	8.042					8.042
Summe	8.042	20.646	33.596	20.826	39.805	122.915
nachrichtlich:						
im Finanzhaushalt vorgesehene Kreditaufnahmen		48.508	37.813	26.331	26.482	139.134
davon für Umschuldung		0	0	0	0	0

Eine Aufteilung der o.g. Gesamtbeträge der Verpflichtungsermächtigungen auf entsprechende Projekte ist auf den folgenden Seiten ersichtlich.

2.2.5 Zusammenstellung der Verpflichtungsermächtigungen

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
2-01-06-01	Gefahrenabwehr Feuerwehr				
	<i>01 Stadtmitte</i>				
	0001 Feuerwehr				
	001 Umbau der Leitstelle	80.000			
	<i>64 Ehmén</i>				
	0001 Feuerwehrgerätehaus Ehmén				
	001 Neubau, Baukosten	505.000			
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
	0008 Feuerwehr				
	001 Fahrzeugbesch. - Berufsfeuerwehr	92.000	325.000	424.000	89.000
	002 Fahrzeugbesch. - Freiwillige Feuerwehr	574.000	363.000	267.000	532.000
	0011 Feuerwehr				
	003 Umrüstung auf Digitalfunk		210.000		
2-01-06-02	Rettungsdienst				
	<i>01 Stadtmitte</i>				
	0002 Rettungsdienst				
	001 Umbau der Leitstelle	120.000			
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
	0008 Rettungsdienst				
	001 Fahrzeugbeschaffung R/KTW	110.000	220.000	220.000	110.000
2-02-04-04	Jugendförderung				
	<i>91 Stadtbereich allgemein</i>				
	0002 Spielplätze				
	002 Spielwertverbesserungen	50.000	50.000	50.000	50.000
2-04-00-02	Kulturstättenmanagement				
	<i>01 Stadtmitte</i>				
	0001 Alva-Aalto-Kulturhaus				
	006 Standortverbesserungen	173.000	156.000		
	<i>21 Nordstadt</i>				
	0001 Schloss Wolfsburg				
	005 Heizungsanlage				125.000

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
2-06-01-02	Städtebauliche Planungen				
	<i>32 Westhagen</i>				
	0001 Wohnumfeldverbesserungen Westhagen				
	001 Investitionskosten	1.266.000	1.266.000	1.266.000	1.266.000
2-07-01-01	Straßenplanung und Bau				
	<i>01 Stadtmitte</i>				
	0001 Steimker Berg				
	001 Erneuerung der Beleuchtungsanlage	150.000	180.000		
	0004 Lerchenweg				
	001 Grunderneuerung, NKAG		135.000		
	0008 Neue Porschestraße-Mitte, 2.BA				
	003 Baukosten	395.000			
	006 Beleuchtung	86.000			
	007 Baumpflanzungen	20.000			
	0010 Nordsteimker Straße				
	001 Verlängerung Abbiegespur	50.000			
	<i>02 Entwicklung Nordkopf</i>				
	0001 Weiterentwicklung Nordkopf				
	001 Anpassung, Baukosten	750.000	210.000		
	002 Beleuchtung	275.000			
	003 Nebenanlagen, Baukosten	950.000			
	004 Nebenanlagen, Beleuchtung	176.000			
	005 Nebenanlagen, Hotelneubau	150.000			
	<i>10 Mitte-West</i>				
	0001 Braunschweiger Straße				
	001 Grunderneuerung, GVFG		500.000	2.000.000	3.700.000
	0004 Grauhorststraße				
	001 Grunderneuerung, GVFG	94.000			
	<i>21 Nordstadt</i>				
	0001 Schlossstraße				
	001 Gehweg, Baukosten			30.000	120.000
	<i>31 Detmerode</i>				
	0002 EKZ Detmerode, südliche Teilfläche				
	001 Grundsanierung und Gestaltung	500.000	100.000		

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
<i>40 Fallersleben</i>					
0001	Bahnhof Fallersleben				
001	Park&Ride-Anlage	100.000			
0002	Nordumgehung Fallersleben/Sülfeld				
003	Baukosten, 2. BA (GVFG)	880.000			
0004	Bahnhofstraße				
001	Grunderneuerung Gehweg, NKAG	30.000	250.000		
0006	K 115 - Radweg				
001	Radweg Weyhäuser Weg - Ilkerbruch	222.000			
0014	K 28 - Weyhäuser Weg				
001	Grunderneuerung		50.000	970.000	
0015	Mittelweg				
001	Grunderneuerung	90.000	170.000		
<i>50 Vorsfelde</i>					
0003	Hermann-Löns-Straße				
001	Grunderneuerung Gehweg, NKAG	160.000			
0005	Fritz-Weiberg-Straße				
002	Grunderneuerung, 2. BA, NKAG	300.000			
0006	Meinstraße / Lange Straße / An der Meine				
001	Grunderneuerung, NKAG		420.000		
0007	An der Meine				
001	Radweg L 290		100.000	750.000	250.000
0008	Adlerring				
001	Grunderneuerung		50.000	540.000	
0009	Mühlenbusch				
001	Grunderneuerung			50.000	600.000
<i>63 Brackstedt</i>					
0001	Kreisstraße K46				
001	Radweg Brackstedt-Jembke	120.000			
<i>65 Hattorf</i>					
0001	Landesstraße L294				
002	Radweg Hattorf-Heiligendorf, 2. BA	277.000			

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
0003	K83-Schunterbrücke				
001	Grunderneuerung Brückenbauwerk	10.000			
	<i>67 Heiligendorf</i>				
0001	K111				
001	Radweg Heiligendorf - Barnstorf	300.000			
	<i>69 Mörse</i>				
0001	Feldscheuenweg / Stralsunder Ring				
001	Kreisverkehr, Baukosten	300.000			
0003	Landesstraße L294				
001	Radweg Mörse - Detmeroder Teich	200.000			
0006	K115				
001	Grunderneuerung mit Beleuchtung		40.000	360.000	
	<i>72 Nordsteimke</i>				
0002	K115				
001	Radweg Nordsteimke - Barnstorf	70.000			
	<i>74 Sandkamp</i>				
0001	Anschluss A39 - K114				
001	4. Verbindungsrampe, Baukosten	1.000.000	1.167.000		
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
0008	Allgemeine Maßnahmen				
001	Fahrzeugbeschaffung	86.000	56.000	120.000	30.000
	<i>91 Stadtbereich allgemein</i>				
0001	Stadtbereich allgemein				
001	Neuanlagen und Umrüstung, Baukosten	70.000	65.000	105.000	80.000
004	Trennung Straßenbeleuchtungsnetz	70.000	70.000	70.000	70.000
0006	Verkehrstechnische Anlagen				
001	Baukosten	90.000	90.000	90.000	90.000
0012	Vorbereitung von Straßenbauplanungen				
001	Verkehrserhebung, Gerätebeschaffung	30.000	30.000	30.000	30.000

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
	0013 Maßnahmen zur ÖPNV-Verbesserung				
	002 3. Stufe, Kosten	100.000			
	0017 Grundsanierung Brückenbauwerke				
	001 vorbereitende Planungen	50.000	50.000	50.000	50.000
	0018 Lichtsignalanlagen				
	001 Erneuerung Signalgeber an LSA	126.000			
2-08-01-02	Bewirtschaftung von Grün- und Freiflächen				
	<i>03 Bereich Allerpark</i>				
	0001 Naherholungsgebiet Allerpark				
	001 Endausbau Rundweg	200.000			
	<i>21 Nordstadt</i>				
	0001 Klappenwehr				
	001 Umgestaltung Klappenwehr Profilverengung	115.000			
	<i>91 Stadtbereich allgemein</i>				
	0001 Allgemeine Maßnahmen				
	004 Baumpflanzungen	15.000			
	007 Grundsanierung von Wegen	40.000			
2-08-02-01	Planung von Grün- und Freiflächen				
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
	0001 Spielgeräte				
	001 Beschaffung Spielgeräte	75.000	75.000	75.000	75.000
2-08-03-01	Unterhaltung von Grün- und Freiflächen				
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
	0008 Fahrzeuge und Großgeräte				
	001 Fahrzeugbeschaffung	92.000	113.000	103.000	68.000
2-11-06-01	Städtische Wohngebiete				
	<i>62 Barnstorf</i>				
	0002 Baugebiet Scharenhop				
	001 Grünflächen				80.000
	002 Innere Erschließung, Baukosten			580.000	500.000

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
	<i>63 Brackstedt</i>				
	0002 Baugebiet Heidkamp				
	001 Grünflächen		100.000	50.000	
	002 Unterbau und Endausbau	450.000	400.000	400.000	800.000
	<i>64 Ehmén</i>				
	0001 Baugebiet Kerksiek I				
	001 Grünflächen	500.000	300.000	270.000	
	0002 Baugebiet Kerksiek II				
	001 Baukosten	600.000	900.000	800.000	300.000
	<i>67 Heiligendorf</i>				
	0001 Baugebiet Heiligendorf-Ost				
	001 Grünflächen		50.000	100.000	
	002 Unter- und Endausbau	100.000	400.000	400.000	1.000.000
	<i>72 Nordsteimke</i>				
	0002 Baugebiet Am Spiebusch				
	001 Grünflächen	50.000			
	002 Unter- und Endausbau	700.000	100.000		
	<i>10 Mitte-West</i>				
	0002 Baugebiet Wohnen am Stadtwald				
	001 Unter- und Endausbau	300.000	300.000	500.000	
	002 Grünflächen		50.000	50.000	
	<i>91 Stadtbereich allgemein</i>				
	0001 Erschließung von neuen Baugebieten				
	001 Planungskosten	440.000	520.000	530.000	500.000
2-15-01-01	IT-Service				
	<i>90 Allgemeine Maßnahmen</i>				
	0007 Zentrale Systeme				
	001 Neu- und Ersatzbeschaffung IT	400.000	400.000	400.000	400.000
2-21-01-01	Strategische Planung / Stadtentwicklung				
	<i>40 Fallersleben</i>				
	0001 Gewerbegebiet Westerlinge				
	001 Erschließung, Baukosten	254.000			

- in Euro -

Produkt	Bezeichnung	2010	2011	2012	2013 ff
2-55-01-01	Betrieb und Unterhaltung von Schulen				
	<i>10 Mitte-West</i>				
0008	Schulzentrum Eichendorff				
001	Neubau / Umbau Sek II	1.000.000			
	<i>21 Nordstadt</i>				
0002	Schulzentrum Kreuzheide				
004	Neubau Sporthalle, Baukosten	1.005.000			
	<i>21 Nordstadt</i>				
0002	Schulzentrum Kreuzheide				
005	Einrichtung und Ausstattung	65.000			
	<i>32 Westhagen</i>				
0002	Heinrich-Nordhoff-Gesamtschule				
012	Brandschutz, Gebäude C, 2. BA	2.629.000			
	<i>40 Fallersleben</i>				
0002	Schulzentrum Fallersleben				
001	Brandschutz und Generalsanierung	595.000			
	<i>91 Stadtbereich allgemein</i>				
0001	Allgemeine Maßnahmen				
002	Generalsanierungsmittel für Schulbauten	1.000.000	1.000.000	1.000.000	1.000.000
005	Wohlfühlstadt, Schulbaugeneralsanierung	7.520.000	7.520.000	7.520.000	7.520.000
	Endsumme	29.392.000	18.551.000	20.170.000	19.435.000

3. Entwicklung der Erträge und Aufwendungen

3.1 Entwicklung der Erträge

	- in Euro -			
	2009	2010	2011	2012
Steuern und ähnliche Abgaben	217.778.000	191.611.508	192.779.508	194.869.508
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	14.353.401	14.453.401	14.553.357	14.653.401
Auflösungserträge aus Sonderposten	5.454.641	5.412.317	5.362.881	5.268.342
sonstige Transfererträge	3.484.500	3.461.500	3.451.500	3.451.500
öffentlich-rechtliche Entgelte	18.456.704	18.490.593	18.484.895	18.532.193
privatrechtliche Entgelte	6.854.651	6.565.751	6.565.750	6.565.750
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	31.320.509	31.129.099	30.996.699	30.794.300
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	5.388.000	4.145.700	4.203.100	4.203.100
aktivierte Eigenleistungen	803.800	1.034.900	1.033.400	1.033.400
sonstige ordentliche Erträge	8.851.200	8.851.200	8.851.200	8.851.200
Summe	312.745.406	285.155.969	286.282.290	288.222.694

3.2 Entwicklung der Aufwendungen

3.2.1 Personal- und Versorgungsaufwendungen

	- in Euro -			
	2009	2010	2011	2012
Dienstaufwendungen	72.219.949	71.848.187	71.848.184	71.796.585
Beiträge zu Versorgungskassen	2.757.623	2.759.389	2.759.388	2.761.288
Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	8.935.493	8.939.926	8.939.926	8.944.376
Beihilfen	2.146.975	2.216.302	2.216.302	2.216.302
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	3.461.510	3.555.210	3.645.110	3.645.110
Summe	89.521.550	89.319.014	89.408.910	89.363.661

3.2.2 Ordentliche Aufwendungen

	- in Euro -			
	2009	2010	2011	2012
Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen	40.503.481	38.728.894	38.559.044	38.490.743
Abschreibungen	22.861.754	24.862.004	26.862.004	28.862.004
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.551.258	9.327.391	10.737.496	11.000.878
Transferaufwendungen	116.283.693	108.929.444	108.920.444	109.536.444
Sonstige ordentliche Aufwendungen	37.023.670	37.103.423	36.923.573	36.924.152
Summe	223.223.856	218.951.156	222.002.561	224.814.221

Entwicklung der Steuer- und Zuweisungsarten (2002 - 2012)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
<u>Einnahmen / Erträge</u> ¹											
Gewerbesteuer ²	145.617.801	67.352.887	67.257.546	87.098.178	66.290.173	-11.696.827	90.000.000	136.500.000	110.000.000	110.000.000	110.000.000
Einkommensteueranteile	33.113.249	33.179.857	30.481.615	29.850.978	32.971.810	37.373.553	39.000.000	46.000.000	47.133.508	48.101.508	49.091.508
Umsatzsteueranteile	7.449.632	7.346.800	7.424.904	7.561.506	7.808.464	8.834.966	9.000.000	10.500.000	10.100.000	10.200.000	11.300.000
Grundsteuer A	135.408	135.617	131.478	131.648	123.330	129.148	128.000	128.000	128.000	128.000	128.000
Grundsteuer B	18.167.080	18.737.355	19.197.873	21.053.248	20.753.530	21.483.713	21.600.000	22.460.000	22.060.000	22.160.000	22.160.000
Anderer Steuern u. steuerähnl. Einnahmen	1.015.912	949.271	934.126	940.295	972.356	1.017.852	970.000	990.000	990.000	990.000	990.000
Zuweisungen übertr. Wirkungskreis	5.282.680	5.392.280	5.463.296	5.543.440	5.517.424	5.201.856	5.150.000	5.200.000	5.300.000	5.400.000	5.500.000
Zuweisung eigener Wirkungskreis	0	0	0	27.653.872	0	0	64.000.000	0	0	0	0
Leist.außerh.FAG Aufg.ü.WK	0	0	0	75.367	75.367	75.367	75.300	75.300	75.300	75.300	75.300
	210.781.762	133.094.068	130.890.839	179.908.531	134.512.454	62.419.628	229.923.300	221.853.300	195.786.808	197.054.808	199.244.808
<u>Ausgaben / Aufwendungen</u> ¹											
Gewerbesteuerumlagen	39.076.410	45.838.905	12.105.763	12.031.640	22.035.044	-13.311.014	16.900.000	25.500.000	21.400.000	21.100.000	21.100.000
Finanzausgleichsumlage	13.547.184	13.484.736	14.761.416	0	4.254.404	3.404.400	0	14.700.000	11.000.000	11.000.000	11.000.000
Krankenhausesfinanzierungsplafonds											
- Verwaltungs- / Ergebnishaushalt ³	66.768	60.808	50.504	37.976	31.883	28.240	51.500	65.000	65.000	65.000	65.000
- Vermögens- / Finanzhaushalt ³	1.552.808	1.587.544	1.646.016	1.092.640	1.347.360	1.589.600	1.100.000	2.102.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000
	54.243.170	60.971.993	28.563.699	13.162.256	27.668.691	-8.288.774	18.051.500	42.367.000	34.065.000	33.765.000	33.765.000
<u>Saldo</u>	156.538.592	72.122.075	102.327.140	166.746.275	106.843.763	70.708.402	211.871.800	179.486.300	161.721.808	163.289.808	165.479.808

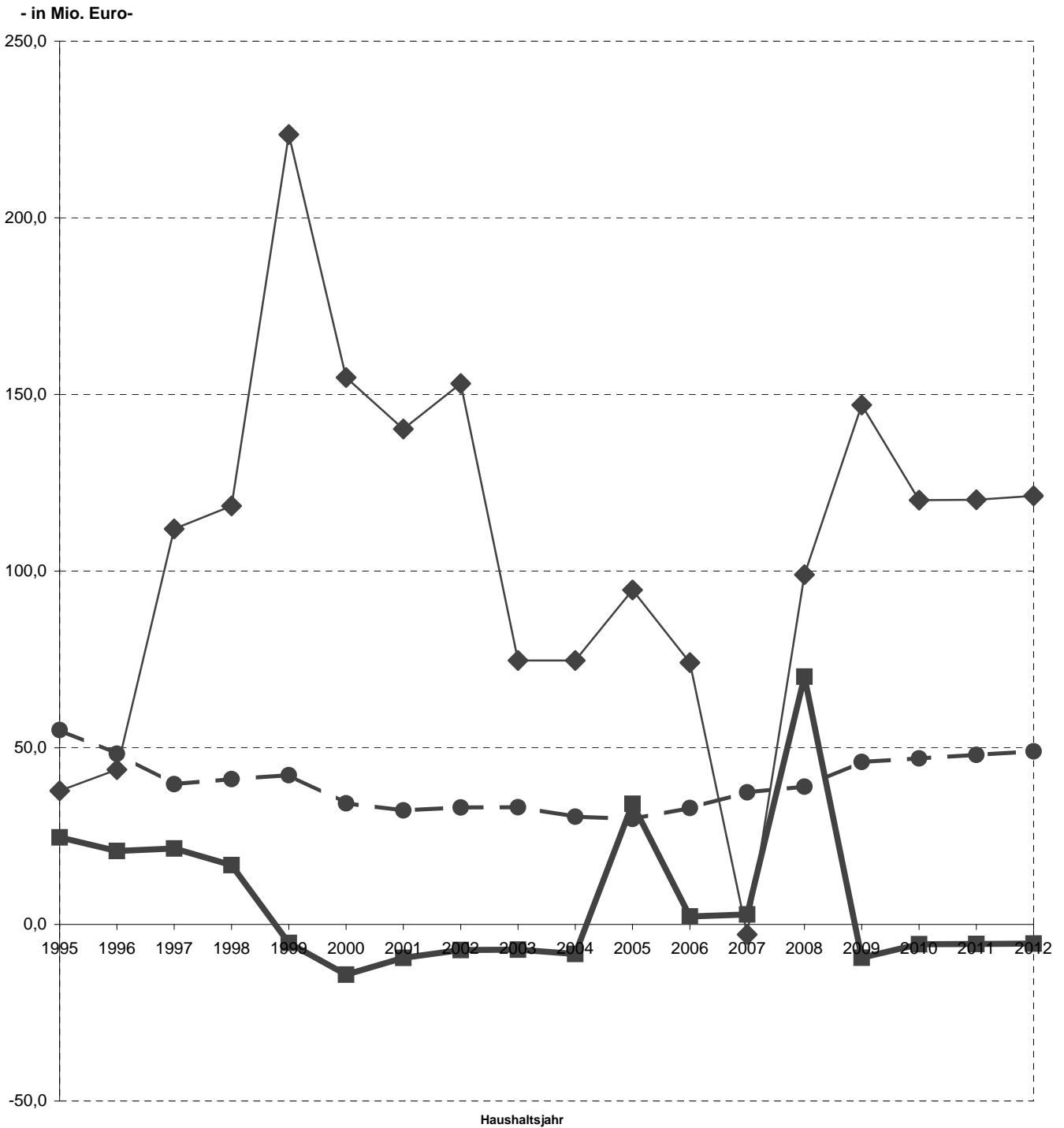
¹ ab 2009 Erträge und Aufwendungen

² inkl. periodenfremder Nachzahlungen

³ ab 2009 Ergebnis- und Finanzhaushalt

bis 2007 Rechnungsergebnisse
ab 2008 Planwerte

Entwicklung der wesentlichen Einnahmen 1990 - 2011 einschließlich Auswirkung wegen Änderung des Finanzausgleichs



Gewerbesteuer, ab 1998 einschl. Kompensation durch Ust-Anteile
 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer
 Finanzausgleich i. w. S. nach Änderung des Gesetzes zur Regelung des Finanzausgleichs

bis 2006 = Rechnungsergebnisse
 ab 2007 = Planung

4. Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen

4.1 Entwicklung der Einzahlungen

	- in Euro -			
	2009	2010	2011	2012
Zuwendungen für Investitionen	5.834.000	3.645.000	3.425.000	2.623.000
Veräußerung von Sachvermögen	10.567.000	7.771.000	6.931.000	6.063.000
Beiträge und ähnliche Entgelte	3.500.000	3.517.000	2.770.000	2.619.000
Summe	19.901.000	14.933.000	13.126.000	11.305.000
Kreditaufnahmen für Investitionen	25.076.000	37.813.000	26.331.000	26.482.000
	25.076.000	37.813.000	26.331.000	26.482.000

4.2 Entwicklung der Auszahlungen

	- in Euro -			
	2009	2010	2011	2012
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	10.212.000	12.120.000	8.649.000	6.241.000
Erwerb von Grundstücken	1.110.000	670.000	670.000	670.000
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	6.357.000	5.100.000	5.046.000	5.526.000
Baumaßnahmen	51.830.000	31.808.000	24.124.000	25.240.000
Summe	69.509.000	49.698.000	38.489.000	37.677.000
Tilgung von Krediten für Investitionen	2.619.923	3.047.697	3.504.054	3.860.585
	2.619.923	3.047.697	3.504.054	3.860.585

5. Entwicklung der Nettoneuverschuldung.

	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	- in Euro -					
Darlehensaufnahme am Kreditmarkt	20.155.000	0	48.508.000	37.813.000	26.331.000	26.482.000
Tilgung von Kredit- marktdarlehen	2.330.579	2.344.052	722.017	3.008.828	3.463.421	3.854.952
a.o. Tilgung von Kredit- marktdarlehen	23.173.022	97.821.394	0	0.	0	0
Nettoneuverschuldung	-5.348.601	-100.165.446	47.785.983	34.804.172	22.867.579	22.627.048

5.1 Liquiditätskredite (Kassenkredite)

Entwicklung der Liquiditätskredite siehe unter Ziffer III Vorbericht, Punkt 2.2.5

Mit der Einführung des NKR ist der Begriff Kassenkredite geändert worden, es wird nun von Liquiditätskrediten gesprochen. Liquiditätskredite sollen den verzögerten Eingang von Einzahlungen überbrücken und damit die Zahlungsfähigkeit der Stadtkasse aufrechterhalten. Sie sind in der GemHKVO ausdrücklich **nicht als Kredite** definiert. Die Festlegung des Höchstbetrages in der Haushaltssatzung bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn er ein Sechstel der im Finanzhaushalt veranschlagten Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit übersteigt. Der für das Haushaltsjahr 2009 in der Haushaltssatzung festgesetzte Höchstbetrag beträgt 40,0 Mio Euro und ist damit genehmigungsfrei.

In 2008 wurden lediglich Anfang des Jahres 6,0 Mio. Euro an Kassenkrediten in Anspruch genommen. Diese konnten bereits Mitte März 2008 wieder zurückgezahlt werden.

5.2 Entwicklung der Schulden

Eine Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden gem. § 1 GemHKVO ist entsprechend dem verbindlichen Muster nachfolgend angefügt.

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden des Kernhaushaltes

Übersicht gem. § 1 Abs. 2 Nr. 6 GemHKVO

Art der Schulden	Stand zu Beginn	Stand zu Beginn
	2008	2009
	-1.000 Euro-	-1.000 Euro-
1	2	3
1. Geldschulden aus		
1.1 Anleihen		
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit	141.957	41.790
1.3 Liquiditätskrediten	6.000	0
1.4 sonstigen Geldschulden		
2. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	4.816	2.682
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		*
4. Transferverbindlichkeiten		*
5. Sonstige Verbindlichkeiten		*
Schulden insgesamt:	152.773	44.472
<u>Nachrichtlich:</u>		
1. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionstätigkeit für das:		
1.1 Klinikum der Stadt Wolfsburg	14.841	14.555
1.2 SchwefelBad Fallersleben	1.200	1.188

* Hinweis: Ein Stand zu Beginn des Haushaltsjahres kann zur Zeit nicht ermittelt werden, da eine Eröffnungsbilanz derzeit noch nicht vorliegt.

6. Nachweis der von der Stadt übernommenen Bürgschaften 2008 / 2009

I. Einzelaufstellung

	ursprünglich	31.12.2008 - in Euro -	31.12.2009
1. 1.000.000,00 DM Darlehen an das Diakonische Werk Wolfsburg e.V. für die Errichtung eines Altenwohnheimes in Bad Sachsa	511.291,88	87.394,38	57.842,86
2. 1.000.000,00 DM Darlehen an das Diakonische Werk Wolfsburg e.V. für den Sanierungsbau des "Emmaus-Heimes"	511.291,88	57.424,88	26.343,32
3. 1.500.000,00 DM Darlehen an den Turnverein Jahn Wolfsburg e.V. für den Bau einer Turnhalle	766.937,82	141.770,18	137.324,67
4. 5.140.000,00 DM Darlehen + 2.200.000,00 DM Darlehen an die Allertal eG für den Bau von 87 Mietwohnungen in Wolfsburg-Heiligendorf	3.752.882,41	1.315.748,96	1.196.294,53
5. 920.000,00 DM Darlehen an die Neuland GmbH für den Bau von 72 Mietwohnungen im Stadtteil Westhagen (Bl. 5 u. 6)	470.388,53	229.189,38	213.191,13
6. 700.000,00 DM Darlehen an die Neuland GmbH für den Bau von 75 Mietwohnungen im Stadtteil Westhagen (Bl. 7)	357.904,32	185.486,21	173.829,78
7. 1.700.000,00 DM Darlehen an die Neuland GmbH für den Bau von 75 Mietwohnungen in Stadtteil Westhagen (Bl. 7)	869.196,20	436.072,69	405.250,57
8. 43.000.000,00 DM Darlehen an die Wolfsburg AG zur Errichtung des SE-Zentrums und Innovations Campus	21.985.550,89	18.907.573,75	18.028.151,71
9. 5.180.000,00 € Darlehen an die Stadtwerke Wolfsburg AG für den Erwerb der Firma Termath AG	5.180.000,00	2.072.000,00	1.554.000,00
10. 3.167.147,00 € Darlehen an die Stadtwerke Wolfsburg AG für den Erwerb des Grundstücks "An der Vorburg"	3.167.147,00	2.629.666,69	2.401.000,03
	37.572.590,93	26.062.327,12	24.193.228,60

II. Gesamtübersicht

1. Alten- und Pflegeheime	1.022.583,76	144.819,26	84.186,18
2. Sportförderung	766.937,82	141.770,18	137.324,67
3. Wohnungsbauwesen	5.450.371,46	2.166.497,24	1.988.566,01
4. Wolfsburg AG	21.985.550,89	18.907.573,75	18.028.151,71
5. Stadtwerke Wolfsburg AG	8.347.147,00	4.701.666,69	3.955.000,03
	37.572.590,93	26.062.327,12	24.193.228,60

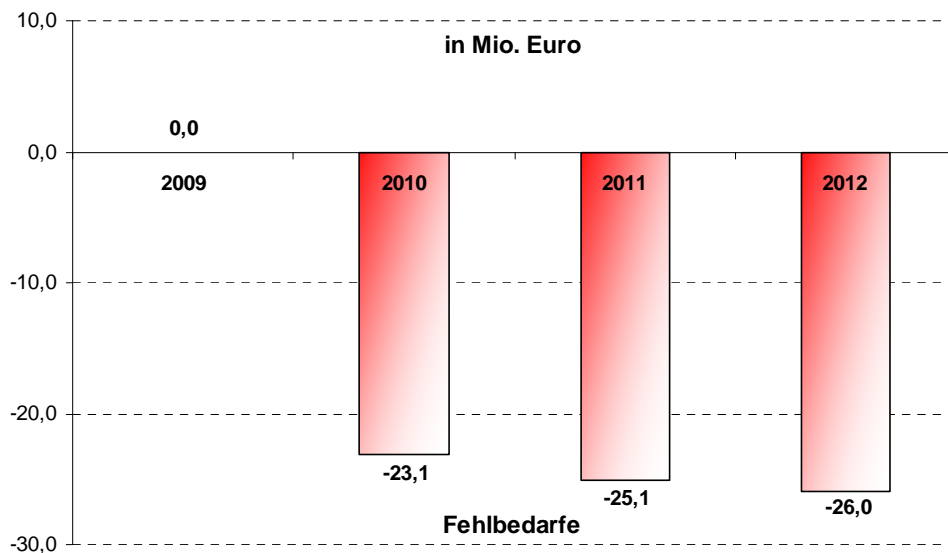
III. Nachrichtlich

1. Patronatserklärung für die Wolfsburger Entwässerungsbetriebe AöR (WEB)	39.978.500,00	38.179.467,50	37.379.897,50
	24.900.000,00	23.779.500,00	23.281.500,00
	15.100.000,00	14.571.500,00	14.269.500,00
	3.707.781,09	2.248.951,48	1.783.211,01
	5.679.339,48	4.956.178,20	4.580.943,65
	6.526.567,85	6.247.616,87	6.099.800,21
2. Patonatserklärung für die Wolfsburger Struktur- u. Beteiligungsgesellschaft (WSB) - AöR	64.422.000,00	63.982.341,11	63.613.230,54

7. Entwicklung des Fehlbedarfes im Ergebnishaushalt

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010	Ansatz 2011	Ansatz 2012
	- in Euro -					
Überschuss	0	0	0	0	0	0
Fehlbedarf	14.932.2710	0	0	23.114.201	25.129.180	25.955.188

Unter anderem auf Grund periodenfremder Zugänge bei der Gewerbesteuer kann der Ergebnishaushalt im Haushaltsjahr 2009 ausgeglichen werden. Ab 2010 wird wieder mit einem geringeren Gewerbesteueransatz kalkuliert. Diese Annahme würde zu einer Unterdeckung des Ergebnishaushaltes in den Planjahren ab 2010 führen.



8. Nachhaltige kommunale Finanzpolitik vor dem Hintergrund des demographischen Wandels

Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKR) fordert der Gesetzgeber, dass im Vorbericht der Anpassungsbedarf bei den städtischen Einrichtungen aufgrund der auch aus der Bevölkerungsstatistik zu schließenden zukünftigen Stadtentwicklung dargestellt wird.

Die Stadt Wolfsburg rechnet aufgrund verschiedener struktureller Maßnahmen in den nächsten Jahren mit einer stabilen Bevölkerungszahl von etwa 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Abwanderung in die umliegenden Landkreise konnte weitgehend gestoppt werden.

Nach einer massiven Ausweisung von sehr ansprechenden Baugebieten insbesondere in den Ortsteilen (Sofortprogramm „Neue Wohnbaugebiete“) liegt der Schwerpunkt der weiteren Stadtentwicklung im Angebot von zusätzlichen Wohnbaueinheiten in der Innenstadt (z. B. Rabenberg und Klieversberg). Ziel der Stadt Wolfsburg ist es, einerseits für junge Familien attraktive Baumöglichkeiten in den Stadtgrenzen zu schaffen und andererseits den Stadtkern (wieder) für alle Bevölkerungsgruppen aufgrund der kurzen Wege zu den Arbeitsplätzen aber auch zu den vielfältigen Freizeiteinrichtungen interessant zu machen. Der Ansatz wird flankiert durch besondere Angebote aus dem Maßnahmenpaket „Wohlfühlstadt Wolfsburg“. Dazu gehören u. a. Baudarlehen für Familien, bessere kulturelle Angebote und nicht zuletzt der Ausbau der ohnehin schon guten Angebote bei den Krippenplätzen.

Die Attraktivität Wolfsburgs wird neben der Vielzahl der industriellen Arbeitsplätze durch den vermehrten Ausbau des Dienstleistungssektors insbesondere im touristischen und Handelsbereich bestimmt. Die nötigen Infrastrukturmaßnahmen sind vor allem im Allerpark und am Nordkopf der Porschestraße sichtbar. Damit soll auch die Einwohnerbindung gesteigert und nicht nur der oberzentralen Funktion unserer Stadt Rechnung getragen werden.

Strukturell und in absoluten Zahlen wird Wolfsburg durch die wachsende Gruppe der Studierenden belebt. Auch hierfür werden insbesondere weitere Wohnprojekte entwickelt.

Finanzieller Schwerpunkt der nächsten Planjahre wird allerdings mit Abstand die Umsetzung des Generalsanierungsprogrammes für die Wolfsburger Schullandschaft sein. Priorität genießen dabei aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen „sichere“ Standorte und Schulen, die für den Ganztagsbetrieb entwickelt werden sollen.

Der demographischen Entwicklung mit einem zunehmenden Anteil an über 60jährigen wird durch angepasste Wohnformen (insbesondere Angebote des städtischen Unternehmens Neuland) aber auch durch den Bau von zusätzlichen Seniorenheimen Rechnung getragen.

Generell ist das Angebot der städtischen Einrichtungen in weiten Teilen auf eine höhere als die derzeitige Einwohnerzahl ausgerichtet (z. B. Bäder, Kulturinstitute, Einrichtungen der Jugendpflege, Kindertagesstätten, Schulen, Klinikum). Dieses wird allerdings auch aufgrund der Rolle Wolfsburgs als Oberzentrum und zur Stärkung seiner Anziehungskraft vorgehalten.

V.

Rahmenrichtlinien

1. Rahmenrichtlinien zur Budgetierung im Ergebnishaushalt

Hinweis:

wird zur Zeit überarbeitet

2. Rahmenrichtlinien zur Aufstellung und Ausführung des Ergebnis- und Finanzhaushalts

2.1 Grundsätze

Das Anlagevermögen erhöhende Maßnahmen werden einzeln (§ 10 GemHKVO) im Investitionsprogramm (§ 9 GemHKVO) veranschlagt.

Neben dem Investitionsprogramm werden auch alle besonderen Maßnahmen der Bauunterhaltung (BU) ab einem Gesamtmittelansatz von 20.000 € einzeln (§ 10 GemHKVO) in einem Maßnahmenprogramm aufgeführt. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um Instandsetzung- bzw. Erhaltungsaufwendungen, die als Aufwand zu verbuchen sind.

Zur Abgrenzung zwischen Anschaffungs- und Herstellungswerten bzw. Instandsetzungs- und Erhaltungsaufwendungen sind die Regelungen der Aktivierungsrichtlinie in der Fassung vom anzuwenden.

Für allgemeine investive Maßnahmen (s. Anlage 1) können Teilbudgets gebildet werden (z.B. bei Einrichtung und Ausstattung).

Für sachlich eng zusammenhängende Maßnahmen können Deckungskreise gebildet werden. (§ 19 GemHKVO)

Die Bestimmungen der NGO und der GemHKVO, speziell des § 12, und der Hauptsatzung der Stadt Wolfsburg sind einzuhalten.

Für Investitionen ist das Auftrags- und Projektcontrolling (Anlage 2) und der Ablaufplan (Anlage 3) anzuwenden. Dieser gilt auch für die in Wirtschaftsplänen der kaufmännisch geführten Betriebe veranschlagten Maßnahmen.

Für die Abwicklung von Einzelmaßnahmen gilt das Auftraggeber-/ Auftragnehmer-Prinzip. Die Richtlinien über die Ausführung des Haushaltsplanes werden jährlich mit dem Haushaltsplan beschlossen.

2.2 Mitteleinstellung in den Haushaltsplan

2.2.1 Allgemein

Der Mittelbedarf ist vom nutzenden Geschäftsbereich, der Stabstelle, den sonstigen Organisationseinheiten und den Projekten (nachfolgend Organisationseinheiten genannt) an den Fachbereich Finanzen und Controlling zu melden.

Die Meldung des Mittelbedarfs ist rechtzeitig - bis zu einem vom Fachbereich Finanzen und Controlling festzulegenden Zeitpunkt – vorzunehmen.

Der Bedarf ist mit entsprechenden Kostenschätzungen, Planungsunterlagen und Folgekostenberechnungen gem. § 12 Abs. 2 GemHKVO von der nutzenden Organisationseinheit dem Fachbereich Finanzen und Controlling rechtzeitig zu melden und mit ihm abzustimmen.

Investitionen von erheblicher finanzieller Bedeutung sind einem Wirtschaftlichkeitsvergleich durch die zu nutzende Organisationseinheit zu unterziehen. (§ 12 Abs. 1 GemHKVO) Die erhebliche finanzielle Bedeutung kann sich auf die Finanzmittelhöhe und auch insbesondere auf die Kapital- und/oder Bewirtschaftungskosten beziehen. Bei der Meldung des Mittelbedarfs ist eine Gesamtübersicht des Bedarfs aller Maßnahmen auf Basis aussagefähiger Kostenermittlungen anzufertigen.

Falls entsprechende Unterlagen nachweislich nicht rechtzeitig erarbeitet werden können, ist zumindest der für das Haushaltsjahr unabweisbare Bedarf darzustellen und die Notwendigkeit einer Ausnahme zu begründen. (§12 GemHKVO).

Mittelanmeldungen bei Einzelmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mehr als 50.000 Euro (außer Maßnahmen zur Erschließung von Baugebieten – revolvingender Grundstücksfond) sind entsprechend des Auftrags- und Projektcontrollings (s. Anlage 2) und des Ablaufplanes (s. Anlage 3) zu behandeln. Für Industrie- und Gewerbegebiete wird eine Sonderregelung erarbeitet.

Eine Objektvorlage ist erforderlich. Dies gilt entsprechend für Maßnahmen, bei denen zunächst nur Planungsaufwand zu erwarten ist.

Bei Maßnahmen mit einer Gesamtinvestitionssumme von mehr als 1.000.000 Euro ist außerdem ein Planungsbeschluss herbeizuführen.

Falls dieser Ablauf für den Haushaltsplan-Entwurf nicht eingehalten werden kann, ist in begründeten Ausnahmen zumindest der unabwendbare Bedarf darzustellen. Werden Mittel auch bei Nichteinhaltung des Ablaufplanes eingestellt, sind die erforderlichen Unterlagen gemäß §12 GemHKVO in dem Haushaltsjahr zu erbringen, für das die Mittelanmeldung erfolgt ist. Die Objektvorlage ist zeitnah vor Beginn der Maßnahme zu erstellen.

2.2.2 Für Maßnahmen zur Erschließung von Baugebieten sind die Kosten vom hierfür gebildeten Projektteam mit Beteiligung des Fachbereich Finanzen und Controlling zu ermitteln und vom Geschäftsbereich Grundstücks- und Gebäudemanagement für die Einstellung in den Haushalt rechtzeitig zu melden.

Nach Beschluss über den Haushaltsplan ist für die Erschließung des jeweiligen Baugebietes ein Grundsatzbeschluss herbeizuführen.

2.2.3 Für Einzelmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von **weniger als 50.000 Euro** ist vor

Einplanung der Mittel im Haushaltsplan eine Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling erforderlich.

Dies gilt entsprechend für Maßnahmen, bei denen zunächst nur Planungsaufwand zu erwarten ist.

2.2.4 Für Allgemeine Maßnahmen (s. Anlage 1) erfolgt die Veranschlagung der Haushaltsmittel in Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling pauschal.

Eine Objektvorlage ist grundsätzlich nicht erforderlich.

Für die Punkte 2.1 bis 2.4 gilt: Bei Dissens entscheidet der Verwaltungsvorstand.

2.3 Erstellung von Objektvorlagen

Bei allen finanzwirtschaftlich relevanten Vorlagen ist der Fachbereich Finanzen und Controlling im verwaltungsinternen Mitzeichnungsverfahren nach vorheriger rechtzeitiger Abstimmung zu beteiligen.

Inhalte des Objektbeschlusses:

- konkrete sachliche Definition der Maßnahme, Pläne und Erläuterungen
- Festlegung der Gesamtkosten anhand detaillierter Kostenberechnungen
- Darstellung der Folgekosten
- Finanzierung der Maßnahme, wie Angabe der vorhandenen Mittel, Bereitstellung zusätzlicher Mittel mit Deckungsvorschlag, zeitliche Darstellung des Mittelabflusses.

2.4 Mittelbewirtschaftung

Der vom Rat festgelegte Finanzierungsrahmen für jede Einzelmaßnahme ist grundsätzlich einzuhalten.

Sich abzeichnende Mehrkosten sind grundsätzlich innerhalb der Gesamtbeschlusssumme auszugleichen (z. B. durch Umschichtung innerhalb der Deckungskreise, Absenkung von Standards, Einsparung von Ausgaben usw.). Bei den Maßnahmen nach Ziffer 2.1 bis 2.4 wird die Mittelumschichtung innerhalb des Deckungskreises zwischen der *Organisationseinheit* und dem Fachbereich Finanzen und Controlling vereinbart.

Ist kein Ausgleich möglich, besteht umgehende Berichtspflicht. Sollte die Objektbeschlusssumme von mehr als 10% bzw. 50.000 € überschritten werden, ist zusätzlich eine Mehrkostenvorlage zu erstellen.

Bei den in Anlage 1 aufgeführten allgemeinen Maßnahmen sind die dort gebildeten Deckungskreise von der zuständigen *Organisationseinheit* eigenverantwortlich zu bewirtschaften.

Bei **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** sind die Bestimmungen der Hauptsatzung zu beachten.

Grundsätzlich ist eine Deckung aus der eigenen *Organisationseinheit* zu benennen.

Anlage 1

Allgemeine Maßnahmen:

Einrichtung und Ausstattung

Lehr- und Lernmittel

Erweiterung und Verbesserung

Außen- und Grünanlagen

Geräte und Werkzeuge

Turn- und Sportgeräte

Fernsprechanlagen

Anlage 2

Auftrags- und Projektcontrolling (10-Punkte-Katalog)

Im verwaltungsinternen Abstimmungsprozess über das Thema Auftrags- und Projektcontrolling auf Basis der Analyse der vorhandenen Strukturen und Ergänzung um Konzeptelemente wurden folgende Übereinstimmungen erzielt:

1. Die Bauherrenverantwortung liegt bei der nutzenden Organisationseinheit, die politische Verantwortung liegt beim Fachvorstand.
2. Grundsätzlich ist ein Projekthandbuch erforderlich. Der Umfang ist maßnahmen-spezifisch festzulegen. Insbesondere wird der Teilbereich Kostenübersichten einheitlich und verbindlich definiert. Unterlagen des Projekthandbuches werden gem. Konzept erstellt, bestätigt und zur Verfügung gestellt.
3. Der jeweilige ausführende und planende Geschäftsbereich ist für die inhaltliche Kontrolle der Verdingungsunterlagen zuständig, insbesondere bei extern erstellten Unterlagen. Der Fachbereich Finanzen und Controlling zeichnet bei allen wesentlichen Ausschreibungen den Vergabebogen nach Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfung der Unterlagen vor Veröffentlichung mit. Hier wird insbesondere das Vorliegen der Ausführungsplanung dokumentiert. Ergänzend wird im Bedarfsfall eine Einzelfallprüfung durchgeführt. Diese Vorgehensweise ist als unterstützende Maßnahme des Bauherren zu verstehen. Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Vergabe eingebunden mit Prüfung der Rechtmäßigkeit und detaillierter Prüfung in Einzelfällen.
4. Eine umfangreiche Gesamtkostenübersicht, bzw. -sicherheit vor Ausführungsbeginn wird als Ziel angestrebt. Bei drohender Kostenüberschreitung sind im Abstimmungsprozess Anpassungen des Programms vorgenommen werden.
5. Das Rechnungsprüfungsamt wird Auftragsvergaben nur mit beigefügter fortgeschriebener Kostenübersicht vorprüfen. Dies gilt insbesondere für alle neuen Maßnahmen.
6. Im Interventionsfall (z. B. Kostenüberschreitungen, Nachträge und Leistungsänderungen) findet schon bei Prognose mit den Beteiligten ein Abstimmungsprozess statt.
7. Es wird eine EDV-gestützte Baukostendatenbank installiert.
8. Für Projekte des Tiefbau und des Geschäftsbereichs Grün ist das vorliegende Konzept sinngemäß anzuwenden.
9. Eine Ausweitung der Bürokratie ist zu vermeiden. Vorhandenes Potential in den Geschäftsbereichen und Organisationseinheiten soll unter konsequenter Anwendung der rechtlichen Grundlagen genutzt werden und im Rahmen des Investitionsprogramms mit den Aufgaben der kostenoptimierten Projektrealisierung verbunden werden.
10. Zur Realisierung der notwendigen Planungs- und Gesamtkostensicherheit ist für die Projekte ein ausreichender Zeitrahmen zur Verfügung zu stellen. Nur bei Vorliegen von Projekten übergeordneter Zielsetzung mit besonderer Priorität und Dringlichkeit kann im Ausnahmefall nach Beschluss des Verwaltungsvorstandes das Projektcontrolling dem verkürzten Zeitrahmen angepasst werden.

Ergänzung der Rahmenrichtlinien zum Ablauf von Investitionsmaßnahmen durch das Verfahren zum Auftrags- und Projektcontrolling vom November 2002

Leistungsphasen											
Steuerungsinstrumente: Projekthandbuch*, Baukostendatenbank mit verwaltungsinterner Zugriffsmöglichkeit											
	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	
	Bedarfs- ermittlung	Grundlagen- ermittlung	Vorplanung, Alternativen	Entwurfs- planung	Einplanung in den Haushalt	Ge- nehmigungs- planung	Ausführungs- planung	Vorbereitung der Vergabe	Vergabe	Objektüber- wachung	Doku- mentation
nutzende Organi- sations- einheit	Bedarfs- ermittlung / Projekt- definition	Auftrag	Abstimmung	Information über Entwurf, weitere Abstimmung	Mittel- anmeldung, Objektvorlage	(Prognose von Kostenüberschreitungen, Nachträgen, Leistungsänderungen) bei Bedarf Mehrkostenvorlage					Maßnahmen- abschluss- bericht
	Bauherrnverantwortung, Finanzverantwortung, Kontrolle und Bestätigung des Projekthandbuches										
FB Finanzen und Controlling / Investitions- controlling	Zugriff auf Projekthandbuch und Baukostendatenbank										
	Abstimmung / Vorschlag	Abstimmung	Abstimmung	Information über Entwurf, weitere Abstimmung	Empfehlung			Mitzeichnung des Vergabebogens nach Prüfung der Verdingungs- unterlagen auf Vollständigkeit u. Plausibilität vor Veröffentlichung			
planende / durch- führende Organi- sationseinheit	Erstellen, Fortschreiben, Auswerten eines Projekthandbuches; Abstimmungsprozess im Interventionsfall; Bereitstellung einer Baukostendatenbank										
		Grundlagen- ermittlung / Raum- programm	Vorplanung mit Alternativen	Entwurfs- planung		Ge- nehmigungs- planung	Ausführungs- planung		Vergabe	Objektüberw./ Bauober- leitung	Objekt- betreuung, Doku- mentation
Rechnungs- prüfungsamt	Zugriff auf Projekthandbuch und Baukostendatenbank, Vertragsprüfung und Vertragsoptimierung (in Einzelfällen)										
		Beteiligung im Vergabeverfahren (Vorprüfung in Einzelfällen) und Information über Bedarfsprüfung (in Einzelfällen)				Beteiligung im Vergabeverfahren (Vorprüfung in Einzelfällen)			Vergabeprüfung, detaillierte Prüfung in Einzelfällen, Rechnungsprüfung, Nachtragsprüfung		
Verwaltungs- vorstand	bei Dissens: Bedarfs- entscheidung	bei Dissens: Entscheidung	bei Dissens: Entscheidung								
		Planungs- beschluss			Objekt- beschluss				Vergabe- beitrat	Mehrkosten- beschluss	Information der Ratsgremien

* Kostenübersichten sind für alle Maßnahmen erforderlich.
Für Hochbaumaßnahmen ab 50.000 € oder Maßnahmen mit Gewerken aus der überwiegenden Zahl der Kostengruppen wird ein komplettes Projekthandbuch mit den Teilbereichen Organisationshandbuch, Gebäude- und Raumbuch, Kostenübersichten und Ablaufplanung erstellt, fortgeführt und ausgewertet. Für Tiefbauprojekte gilt dies sinngemäß.

3. Rahmenrichtlinien für die Bemessung von Baunebenkosten als Bestandteil der zu aktivierenden Eigenleistungen

Im Rahmen des Doppik-Projektes und der Definition der zu aktivierenden Eigenleistungen ist die Bemessung der Baunebenkosten als ein gesondertes Thema zu behandeln.

Baunebenkosten stellen als Planungskosten einen nicht unwesentlichen Anteil der Gesamtinvestitionssumme dar. Als Bestandteil der Herstellungskosten sind sie als Einzelkosten zu aktivieren und belasten über ihre Abschreibung zukünftige Haushalte. Als intern erbrachte Leistung werden sie derzeit zwischen Vermögens- und Verwaltungshaushalt verrechnet und beeinflussen somit die entsprechenden Budgets.

Die zukünftige doppische Sichtweise geht davon aus, dass eine Aktivierung von Eigenleistungen so restriktiv wie möglich gehandhabt werden muss, um eine hohe Abschreibungsbelastung zu vermeiden.

Für die Bemessung der Baunebenkosten resultieren hieraus folgende Festlegungen:

3.1 Wagnis und Gewinn

Bei sämtlichen intern erbrachten Leistungen, die i. S. der Punkte 2 und 3 unter die Baunebenkosten fallen, erfolgt ein Abzug von 10 % des Honorars, da Wagnis und Gewinn nicht zu vergüten sind.

3.2 HOAI- Leistungen

Für die Honorierung der intern und extern erbrachten Architekten- und Ingenieurleistungen bildet die HOAI¹ die rechtliche Grundlage.

Der für eine Maßnahmenrealisierung erforderliche Leistungsumfang wird bei internen und externen Beauftragungen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer schriftlich **vor** Auftragserteilung vereinbart. Nebenkosten gem. § 7 HOAI dürfen bei internen Beauftragungen nicht zusätzlich vereinbart werden.

Besondere Sorgfalt ist bei der Vereinbarung von Zuschlägen für Umbau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen insbesondere bei intern erbrachten Leistungen geboten. Die Notwendigkeit und Angemessenheit ist nachzuweisen. Gleiches gilt für die Beauftragung von Leistungen, die nach Stundensatz verrechnet werden.

¹ HOAI: Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und Ingenieure, Fassung 21.09.1995 mit Änderungen vom 14.11.2001

3.3 Interne Projektmanagementleistungen

3.3.1 Ausgangslage

Die rechtliche Grundlage für Leistungen der Projektsteuerung liefert § 31 HOAI. Nach § 31 Abs.1 HOAI wird eine Projektsteuerung von Auftragnehmern erbracht, wenn sie Funktionen des Auftraggebers bzw. Bauherrn bei der Steuerung von Projekten mit mehreren Fachbereichen erbringen. Nach § 31 Abs. 2 HOAI müssen die Leistungen vorher schriftlich vereinbart werden, die Honorierung kann frei vereinbart werden.

(Aus diesen wenig konkreten Grundlagen wurden fortlaufend weitere Leistungsbilder mit Honorierungsentwürfen durch die Interessenverbände entwickelt.)

3.3.2 Städtische Definition der intern erbrachten Projektmanagementleistungen

Ziel ist ein pragmatischer Ansatz, der auf Basis der städtischen Verwaltungsstrukturen nicht zu einer Ausweitung der Bürokratie und des Personalbedarfs führt.

Für die Stadt Wolfsburg werden die diversen Leistungsbilder wie z.B. Projektsteuerung, Projektleitung, Projektentwicklung einheitlich definiert als Projektmanagement.

3.3.3 Grundlage einer Beauftragung und Honorierung

Entsprechend § 31 HOAI und dem Entwurf für Projektmanagementleistungen des AHO/DVP² ist die Trennung von Planung, Ausführung und Kontrolle die Grundlage einer jeden Beauftragung und Honorierung. Eine Honorierung erfolgt nur, wenn der Auftraggeber bzw. Bauherr (Bedarfsstelle) und der Auftragnehmer (bewirtschaftende Stelle) nicht identisch sind. Weiterhin dürfen Projektmanagementfunktionen und HOAI- Architekten/ Ingenieurleistungen nur kombiniert beauftragt werden, wenn der Auftragnehmer als Mindestanforderung die personelle Trennung und die Unabhängigkeit der Funktionen sicherstellt und nachweist.

3.3.4 Bemessung der Honorierung von intern erbrachten Leistungen

Die Berechnung der anrechenbaren Kosten für HOAI- Architekten- und Ingenieurleistungen wird in § 10 HOAI definiert. Für Projektmanagementleistungen erweitert der Entwurf des AHO/DVP in § 202 Abs. 2 die anrechenbaren Kosten auf die Kostengruppen 100- 700 (ohne Kostengruppen 110, 710, 760). Da die Projektmanagementleistung auch die Steuerung der Architekten- und Ingenieurleistungen umfasst, wird diese Erweiterung übernommen. Die Honorierung der Projektmanagementleistungen erfolgt nach einem pauschalierten Honoraransatz. Dieser wird auf 1 – 1, 2 % der anrechenbaren Kosten festgesetzt. Einer Zuordnung zu Honorarzonon bedarf es dabei nicht.

Erläuterung: Grundsätzlich können Leistungsinhalte nach dem Entwurf für Projektmanagementleistungen des AHO/DVP definiert werden. Da aber für die Projekte in Abhängigkeit von der Größenordnung und der Anzahl der Baugewerke keine, bzw. nicht alle Planungsstufen, Handlungsbereiche und Einzelleistungen dieses Entwurfs

² AHO (Ausschuss der Verbände und Kammern der Ingenieure und Architekten für die Honorarordnung e.V.) - Fachkommission Projektsteuerung/ Projektmanagement (Mitglieder insb. DVP Vorstände): Projektmanagementleistungen in der Bau- und Immobilienwirtschaft, Nr. 9 der Schriftenreihe des AHO, Stand Januar 2004

erforderlich sind bzw. geleistet werden müssen, für den Auftraggeber die Leistungen meist weder überschaubar noch kontrollierbar sind, Kontrollen der dokumentierten Projektmanagementleistungen z. B. anhand der zu führenden Projekthandbücher ggf. nur stichprobenweise durchführbar sind und abschließend die Projektgesamtkosten einem marktwirtschaftlichen Drittvergleich standhalten müssen, stellt die Pauschalierung des Honoraransatzes einen pragmatischen Ansatz dar, der einer Ausweitung von unproduktiven bürokratischen Leistungen entgegenwirkt. Insofern kann die Honorierung auch unabhängig von der Größenordnung oder der Anzahl der beteiligten Gewerke bzw. Planer erfolgen.

Hiervon ausgenommen sind die „Allgemeinen Maßnahmen“ des Investitionsprogramms und kleinere Maßnahmen mit wiederkehrenden jährlichen Ansätzen, für die keine Honorierung erfolgt.

3.3.4 Externe Projektmanagementleistungen

Projektmanagementleistungen können in Ausnahmefällen an externe Büros vergeben werden. Für die Beauftragung ist der Nachweis erforderlich, dass es sich bei den Projekten um städtische Maßnahmen außergewöhnlicher Größenordnung (z. B. 10 Mio €, Allerpark, Porschestraße) und umfassender Komplexität handelt, für die stadinterne Kapazitäten nicht vorhanden sind.

Die Honorierung basiert auf § 31 HOAI und kann entsprechend dem Entwurf für Projektmanagementleistungen des AHO/DVP vereinbart werden. Dies gilt auch für die Beauftragung von einzelnen Leistungsbildern.

3.5 Die Anwendung der Rahmenrichtlinie erfolgt zum 01.01.2008.

Wolfsburg,

Der Oberbürgermeister

Rolf Schnellecke

4. Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten

nach § 92 Abs. 1, Satz 2 Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO)

Der Rat der Stadt hat in seiner Sitzung am 18.07.2007 folgende Richtlinie beschlossen:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Richtlinie gilt für die Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie für die Umschuldung von Krediten (§ 92 Abs. 1 NGO). Die Aufnahme von Liquiditätskrediten (§ 94 NGO) bleibt unberührt.

I. Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen

§ 2

Definition

Kredite im Sinne dieses Abschnitts sind das unter der Verpflichtung zur Rückzahlung von Dritten oder von Sondervermögen mit Sonderrechnung aufgenommene Geldkapital als endgültiges Deckungsmittel (§ 59 Nr. 32 GemHKVO) zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen.

§ 3

Kreditaufnahme

- (1) Nach den Grundsätzen der Finanzmittelbeschaffung ist die Aufnahme von Krediten nur zulässig, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre (§ 83 Abs. 3 NGO).
- (2) Die Aufnahme von Krediten ist nur im Rahmen des in der Haushaltssatzung vom Rat beschlossenen und von der Kommunalaufsicht genehmigten Gesamtbetrages zulässig. Dies gilt auch für einen im Rahmen einer Nachtragshaushaltssatzung geänderten oder bestätigten Gesamtbetrag. Daneben ist eine Kreditaufnahme auch in den Fällen des § 88 Abs. 2 NGO oder noch bestehender Ermächtigungen aus Vorjahren nach § 92 Abs. 3 NGO zulässig.
- (3) Der Rat beschließt zur Aufnahme von Krediten im Einzelfall eine Ermächtigung, die durch folgende Merkmale hinreichend konkretisiert wird:

- Gesamtbetrag entsprechend des geschätzten Bedarfs eines Zeitraumes von 4 Monaten,
- Höchstzinssatz,
- maximaler Zinsbindungszeitraum.

Diese Regelung entspricht Ziffer 2.1.9. des Nds. Krediterlasses vom 08.11.1993, in der Fassung vom 23.07.1997.

- (4) Es sind mehrere Kreditangebote in der Regel schriftlich, per FAX, PC FAX, e-mail oder fernmündlich einzuholen und zu dokumentieren. Vor der Annahme eines marktüblichen Angebots ist zu prüfen, welches das wirtschaftlichste Angebot ist. Bei der Auswahl ist nicht nur auf den Zinssatz und die übrigen Kreditbedingungen sondern auch auf sonstige finanzwirtschaftliche Belange mit abzustellen, wie sie z. B. mit den Vorteilen verbunden sind, die sich aus einer langfristigen Geschäftsverbindung ergeben. Die Entscheidung muß nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien erfolgen.

§ 4

Einsatz von Derivaten

- (1) Derivate können zur Begrenzung der Zinsänderungsrisiken sowie zur Optimierung der Kreditkonditionen eingesetzt werden. Voraussetzung ist, dass zwischen Finanzderivat und dem zugrunde liegenden Kreditgeschäft Übereinstimmung hinsichtlich des Zeitpunktes des Vertragsabschlusses, der Höhe und der Laufzeit besteht. Das Derivat kann sich auch auf eine zeitlich oder hinsichtlich der Höhe begrenzten Anteil des Kreditgeschäftes beziehen.
- (2) Der Einsatz von Derivaten ist nur im Rahmen der haushaltsrechtlich bereitgestellten Mittel zulässig.
- (3) Spekulationsgeschäfte mit Derivaten sind unzulässig.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Liquiditätskredite.

§ 5

Ergänzende Anforderungen an Kreditverträge

- (1) Der Stadt sollen als Schuldnerin in den Kreditverträgen mindestens die gleichen Kündigungsrechte wie dem Kreditgeber zustehen. In der Regel sollen Kündigungsrechte auf den Fall des vertragswidrigen Verhaltens und auf fest terminierte Zinsanpassungen beschränkt werden.
- (2) Ein Recht des Kreditgläubigers, die Forderung an einen anderen abzutreten, darf nur mit Zustimmung der Stadt erfolgen.

§ 6

Kreditsicherungsverbot

Für die Aufnahme von Krediten dürfen keine Sicherheiten bestellt werden. Ausnahmen bedürfen einer Ermächtigung durch den Rat. Die Bestellung von Sicherheiten bedarf der Zulassung durch die Kommunalaufsichtsbehörde (§ 92 Abs. 7 NGO).

§ 7

Fremdwährungskredite

Fremdwährungskredite dürfen nicht aufgenommen werden. Ausnahmen bedürfen einer Ermächtigung durch den Rat.

§ 8

Unterrichtung

- (1) Der Ausschuss für Finanzen und Controlling ist über aufgenommene Kredite für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in seiner nächsten auf die Kreditaufnahme folgenden Sitzung zu unterrichten. Hierbei sind die vereinbarten Konditionen anzugeben.
- (2) Abs. 1 gilt für den Abschluss von Derivaten (§ 4) entsprechend.

II. Kredite für Umschuldungen

§ 9

Definition

Eine Umschuldung ist die Rückzahlung eines Kredites durch Aufnahme eines neuen Kredites, in der Regel bei einem anderen Kreditgeber; Wesensmerkmal ist der Abschluss eines neuen Kreditvertrages (Ziffer 2.2.1 des Nds. Krediterlasses.)

§ 10

Anforderungen

- (1) Auf Umschuldungen finden § 3 Abs. 3 und 4 sowie die §§ 4 bis 7 und § 12 entsprechende Anwendung.
- (2) Über Umschuldungen ist der Ausschuss für Finanzen und Controlling entsprechend § 7 zu unterrichten.

III. Zuständigkeit – Inkrafttreten

§ 11

Zuständigkeit

- (1) Die Schuldenverwaltung der Stadt Wolfsburg ist Aufgabe des Fachbereichs Finanzsteuerung und umfasst u.a. die Aufnahme und Umschuldung von Krediten.
- (2) Der Leiter / Die Leiterin des Fachbereichs Finanzsteuerung ist für die ordnungsgemäße Organisation und Überwachung der Kreditgeschäfte verantwortlich. Innerhalb des Fachbereichs Finanzsteuerung ist der Bereich Vermögens- und Schuldenverwaltung zuständig für die Aufnahme von Krediten gemäß eines Vorratsbeschlusses des Rates über die Neuaufnahme von Krediten und die weitere Bearbeitung einschließlich Vertragsabschluss.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am 18.07.2007 in Kraft.



Aktivierungsrichtlinie

Stadt Wolfsburg

Stand 01.11.2008

1. Auflage

VV III

Wolfsburg, den 13.02.2009

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	90
I. Gegenstand, Geltungsbereich, Inkrafttreten	92
II. Allgemeiner Teil	93
1. Gemeindehaushaltsrechtlicher Rahmen.....	93
2. Anschaffungswerte (analog § 255 Abs. 1 HGB)	95
a) Anschaffungsnebenwerte	97
b) Anschaffungspreisminderungen	98
c) Anschaffungswerte bei unentgeltlichem oder teilentgeltlichem Erwerb	98
d) Anschaffungswerte bei Tauschgeschäften	99
Beispiel Anschaffungswerte.....	99
Beispiel Leasing als Sonderform der Anschaffung.....	100
Beispiel Sammelposten und selbstständige Nutzbarkeit.....	103
3. Herstellungswerte (analog § 255 Abs. 2 HGB)	104
Beispiel Herstellungswerte.....	106
4. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungswerte	108
Beispiel Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungswerte	109
5. Abgrenzung von Anschaffungs- und Herstellungswerten (AHW) zu Erhaltungs- bzw. Instandsetzungsaufwendungen	111
6. Exkurs Inventur- und Bewertungsverfahren.....	112
a) körperliche Inventur	112
b) Buchinventur	112
c) permanente Inventur	112
d) Stichprobeninventur	112
e) Einzelbewertung.....	112
f) Festbewertung.....	113
g) Gruppenbewertung.....	113
h) Verbrauchsfolgebewertung.....	113
i) Hinweis zur Inventurrichtlinie.....	114
III. Kommunale Vermögensgegenstände.....	115
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	115
2. Grundvermögen.....	115
3. Infrastrukturvermögen.....	116
4. Bauten auf fremden Grund und Boden	117
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	117
6. Betriebsvorrichtungen.....	117
Beispiel Betriebsvorrichtungen	117
7. Vermögensgegenstände mit einem Wert über 150 Euro bis 1.000 Euro	118
8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	118
Beispiel Anlagen im Bau	119
9. Finanzvermögen.....	119
10. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	122
IV. Spezieller Bereich Tiefbau	123
1. Straßenbewertung in der Eröffnungsbilanz.....	123
2. Fortschreibung des Straßenvermögens.....	124
V. Spezieller Bereich Hochbau.....	126
1. Bewertung in der Eröffnungsbilanz	126
Beispiel Sanierung von Sportanlagen	126

2.	Folgebilanzierung von Gebäuden.....	127
3.	Abgrenzung zu den Betriebsvorrichtungen.....	129
	Beispiel Abgrenzung Betriebsvorrichtung	129
VI.	Spezieller Bereich Grünflächen.....	130
1.	Bewertung in der Eröffnungsbilanz.....	130
	Beispiel Grünflächen.....	130
2.	Folgebilanzierung von Grünflächen	131
VII.	Anhang	132
	Abkürzungsverzeichnis.....	134

I. Gegenstand, Geltungsbereich, Inkrafttreten

1. Mit der Erfassung und Bewertung des städtischen Vermögens für die Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 ist der doppische Prozess zur Fortschreibung des Anlagevermögens eingerichtet worden. In vergleichbaren Kommunen hat sich jedoch gezeigt, dass im Einzelfall die Abgrenzung zwischen den aktivierungsfähigen Investitionen und aufwandswirksamen Instandhaltungsmaßnahmen zu Diskussionen geführt hat. Deshalb soll mit dieser Aktivierungsrichtlinie sukzessive ein praxisorientierter Leitfaden für die mit der Vermögensrechnung befassten Beschäftigten geschaffen werden.
2. Die Richtlinie gliedert sich in einen allgemeinen Teil, in dem Begriffe und Zusammenhänge erläutert werden, und spezielle Teile für den Hochbau-, den Tiefbau- und den Grünflächenbereich der Stadt. Eine spätere Erweiterung um einen speziellen Teil zur Aktivierung von Mobilien – beweglichem Sachanlagevermögen – ist angedacht.
3. Der Geltungsbereich der Aktivierungsrichtlinie erstreckt sich zunächst auf die städtische Kernverwaltung.
4. § 82 Abs. 3 NGO bestimmt, dass die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung im Rechnungsstil der doppelten Buchführung zu führen ist. Das neue kommunale Haushaltsrecht nimmt also die handelsrechtlichen Grundsätze der ordnungsgemäßen Buchführung und Rechnungsstil der doppelten Buchführung (Doppik) in Bezug, modifiziert und ergänzt sie mit dem Ziel, die Erforderlichkeiten eines öffentlichen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens zum ordentlichen Nachweis der den Kommunen auf gesetzlicher Grundlage überantworteten öffentlichen Finanzmittel (insbesondere der Steuern und der anderen Abgaben) zu erfüllen. Die weiteren Einzelheiten sind in der GemHKVO geregelt.
5. Grundlage für die Erläuterungen im allgemeinen Teil sind die anwendbaren handelsrechtlichen Grundsätze gemäß Kommentarmeinung in
Adler/Düring/Schmaltz (ADS), Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, 6. Auflage (insbesondere zu § 255 HGB),
Anders / Horstmann, Kommunales Finanzmanagement in Niedersachsen, 1. Auflage
Lasar / Grommas / Goldbach / Zähle, Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Niedersachsen.
6. Diese Richtlinie tritt zum 1. Januar 2009 in Kraft und bezieht sich auf alle Geschäftsvorfälle ab diesem Zeitpunkt.

II. Allgemeiner Teil

1. Gemeindehaushaltsrechtlicher Rahmen

6. Die Vermögensgegenstände sind mit dem **Anschaffungs- oder Herstellungswert**, vermindert um die darauf basierenden Abschreibungen anzusetzen [...] (§ 96 Abs. 4 Satz 2 NGO i.V.m. § 45 Abs. 1 GemHKVO).

Anschaffungswerte sind die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen, die aufgewendet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen, soweit die Geldbeträge oder geldwerten Leistungen dem Vermögensgegenstand einzelnen zugeordnet werden können. Zu den Anschaffungswerten gehören auch die Nebenkosten und die nachträglichen Anschaffungswerte. Minderungen des Anschaffungspreises werden abgesetzt (§ 45 Abs. 2 GemHKVO).

Herstellungswerte sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Vermögensgegenstandes, seine Erweiterung oder für eine über seinen ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen. Dazu gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung. Bei der Berechnung der Herstellungswerte sollen auch angemessene Teile der notwendigen Materialgemeinkosten, der notwendigen Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Vermögens, soweit er durch die Fertigung veranlasst ist, eingerechnet werden (§ 45 Abs. 3 GemHKVO).

Zinsen für Fremdkapital, das zur **Finanzierung der Herstellung** eines Vermögensgegenstandes verwendet wird, dürfen als Herstellungswerte angesetzt werden, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen. Im Übrigen gehören Zinsen für Fremdkapital nicht zu den Herstellungswerten (§ 45 Abs. 4 GemHKVO).

7. Zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres nimmt die Gemeinde [...] in sinngemäßer Anwendung des § 39 der Abgabenordnung die in ihrem **wirtschaftlichen Eigentum** stehenden Vermögensgegenstände [...] unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Inventur vollständig auf und gibt dabei auch den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände [...] an. Die Vermögensgegenstände werden, wenn nicht nach § 38 Abs. 1 verfahren wird, in der Regel durch eine **körperliche Bestandsaufnahme** aufgenommen (§ 37 Abs. 1 GemHKVO). Einzelheiten zur Durchführung der Inventur sind in der Stadt Wolfsburg durch Dienstanweisung auf Grundlage der Inventurrichtlinie geregelt. Unter Pkt. 6 der Aktivierungsrichtlinie sind Inventur- und Bewertungsverfahren beschrieben.
8. Auf eine körperliche Bestandsaufnahme nach § 37 Abs. 1 zum Abschlusstag kann [...] verzichtet werden, wenn anhand vorhandener Verzeichnisse der Bestand an Vermögensgegenständen [...] nach Art, Menge und Wert festgestellt werden kann (**Buchinventur**) und gesichert ist, dass das Inventar die tatsächlichen Verhältnisse zutreffend darstellt (§ 38 Abs. 1 Satz 1 GemHKVO).
9. In der Bilanz wird das Vermögen [...] vollständig ausgewiesen (§ 42 Abs. 1 GemHKVO).
10. Empfangene Investitionszuweisungen und –zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als **Sonderposten** ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst. Empfangene

Investitionszuweisungen und –zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände werden auf der Passivseite im Reinvermögen ausgewiesen (§ 42 Abs. 5 GemHKVO).

11. Die Vermögensgegenstände und Schulden werden zum Abschlusstag **einzeln bewertet** (§ 44 Abs. 3 GemHKVO).
12. Es wird **vorsichtig bewertet**. Vorhersehbare Risiken und Wertminderungen, einschließlich der aus unterlassener Instandhaltung, soweit dafür nicht Rückstellungen gebildet werden, die bis zum Abschlusstag entstanden sind, werden berücksichtigt, selbst wenn diese erst nach dem Abschlusstag bis zum Tag der Aufstellung des Jahresabschlusses bekannt werden (§ 44 Abs. 4 Satz 1, 2 GemHKVO).
13. Für die Abschreibung von **beweglichen Vermögensgegenständen**, deren Anschaffungs- oder Herstellungswerte den Einzelwert **von 150 Euro ohne Umsatzsteuer** überschreiten, aber **1.000 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen**, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, ist ein Jahressammelposten zu bilden. Der Sammelposten ist im Haushaltsjahr der Bildung und den folgenden vier Jahren mit jeweils einem Fünftel aufzulösen. Scheidet ein Vermögensgegenstand aus, wird der Sammelposten nicht vermindert (§ 47 Abs.2 GemHKVO).
14. Die Sofortabschreibung bzw. die Einstellung in den Sammelposten setzt gemäß § 6 Abs. 2 und 2a EStG voraus, dass **eine selbstständige Nutzbarkeit zum entscheidenden Faktor wird**. Ein Wirtschaftsgut ist „einer selbstständigen Nutzung nicht fähig“, wenn es nach seiner betrieblichen Zweckbestimmung nur zusammen mit anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens genutzt werden kann und die in den Nutzungszusammenhang eingefügten Wirtschaftsgüter technisch aufeinander abgestimmt sind. Das gilt auch, wenn das Wirtschaftsgut aus dem betrieblichen Zusammenhang gelöst und in einen anderen betrieblichen Zusammenhang eingefügt werden kann“.
15. Bei Vermögensgegenständen des immateriellen Vermögens und des Sachvermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden die Anschaffungs- oder Herstellungswerte um planmäßige Abschreibungen vermindert. [...] Die planmäßige Abschreibung erfolgt grundsätzlich in gleichen Jahresraten über die Dauer, in der der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt werden kann (**lineare Abschreibung**). [...] Maßgeblich ist die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (§ 47 Abs. 1 und 3 GemHKVO).
16. Für die Bestimmung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer **von abnutzbaren Vermögensgegenständen** gibt das Ministerium für Inneres und Sport eine Abschreibungstabelle vor, die maßgeblich anzuwenden ist. Von dieser kann mit einer Begründung, vorbehaltlich der Prüfung durch das RPA, die im Anhang zum Jahresabschluss dokumentiert wird, abgewichen werden. Wird durch eine aktivierungspflichtige Instandsetzung des Vermögensgegenstandes eine Verlängerung der Nutzungsdauer erreicht, so wird die Restnutzungsdauer aufgrund einer Schätzung neu bestimmt; entsprechend wird verfahren, wenn infolge einer voraussichtlichen dauernden Wertminderung eine Verkürzung der Nutzungsdauer eintritt (§ 47 Abs. 3 GemHKVO).
17. Ausgewählte Begriffsbestimmungen gemäß § 59 GemHKVO:

Abschreibungen Nr. 1:

Buchmäßige Abbildung der Wertminderung von längerfristig dienenden Vermögensgegenständen im Haushaltsjahr;

aktivierungsfähige Eigenleistungen Nr. 3:

Monetärer Wert der von der Gemeinde für die eigene Aufgabenerledigung selbst hergestellten Vermögensgegenstände;

Aufwendungen Nr. 4:

in Geld bewerteter Werteverzehr durch Verbrauch oder Abnutzung von Gütern und Dienstleistungen in einem Haushaltsjahr;

Ausgaben Nr. 5:

Auszahlungen und das Entstehen von Schulden sowie Forderungsminderungen;

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge Nr. 6:

ungewöhnliche und selten vorkommende sowie periodenfremde Aufwendungen und Erträge, insbesondere Erträge und Aufwendungen aus Vermögensveräußerung sowie Erträge aus der Herabsetzung von Schulden und Rückstellungen, außer bei Abgaben, abgabeähnlichen Entgelten, allgemeinen Zuweisungen und außerplanmäßigen Abschreibungen wegen unterlassener Instandhaltung;

Auszahlungen Nr. 8:

Abfluss von Bar- und Buchgeld,

Baumaßnahme Nr. 10:

Ausführung eines Neu-, Erweiterungs- oder Umbaus sowie die bauliche Instandsetzung, soweit sie nicht der Unterhaltung der baulichen Anlage dient;

Investitionen Nr. 24:

Verwendung von Finanzmitteln für die Veränderung des Bestandes längerfristig dienender Güter, außer für geringwertige Vermögensgegenstände.

Investitionsfördermaßnahmen Nr. 25:

Gewährung von Zuweisungen, Zuschüssen und Darlehen für Investitionen Dritter und für Investitionen bei den Sondervermögen mit Sonderrechnung;

Verbundene Unternehmen Nr. 50:

die nach § 100 Abs. 4 NGO konsolidierungspflichtigen Einrichtungen und Unternehmen unter beherrschendem Einfluss der Gemeinde

2. Anschaffungswerte (analog § 255 Abs. 1 HGB)

18. **Anschaffungsvorgänge** bei Kommunen vollziehen sich rechtlich v.a. in den Formen Kauf (einschließlich Werklieferung), Tausch (z.B. bei Grundstücken) und unentgeltlicher Erwerb. Dieser Anschaffungsvorgang lässt sich wirtschaftlich in die beiden Phasen des Erwerbes und der Versetzung in den Zustand der Betriebsbereitschaft unterteilen.
19. Anschaffungswerte liegen vor, wenn die Aufwendungen dazu bestimmt sind, den **Erwerb** zu ermöglichen. Der Anschaffungszeitpunkt ist grundsätzlich der Zeitpunkt der Erlangung der wirtschaftlichen Verfügungsgewalt über einen bestimmten Vermögensgegenstand. Er ist dadurch gekennzeichnet, dass Eigenbesitz, Gefahr, Nutzen und Lasten auf den Erwerber übergehen.

20. Anschaffungswerte können auch vor dem Anschaffungszeitpunkt (als sog. Anschaffungsnebenkosten) bzw. nach dem Anschaffungszeitpunkt (bei Aufwendungen für die Versetzung in Betriebsbereitschaft bzw. als nachträgliche Anschaffungswerte) anfallen.
21. Aufwendungen für die Versetzung in den Zustand der **Betriebsbereitschaft** sind nur bei der erstmaligen Inbetriebnahme den Anschaffungswerten zuzurechnen. Diese (erstmalige) Betriebsbereitschaft kennzeichnet mithin das Ende des Anschaffungsvorgangs. Betriebsbereit heißt, dass ein Gegenstand entsprechend seiner Zweckbestimmung genutzt werden kann.

Zur Versetzung in einen betriebsbereiten Zustand gehören i.d.R. der Transport an den jeweiligen Einsatzort und die Vornahme der sonst noch notwendigen Maßnahmen, wie z.B. Fundamentierungsarbeiten, Montage und Anschlüsse. Auch Kosten der Probelaufe können je nach Eigenart der installierten Anlagen zu den Anschaffungswerten gehören.

22. Ähnlich sind die im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Gebäudes durchgeführten Reparaturarbeiten zu beurteilen. Sie rechnen insoweit zu den zu aktivierenden Aufwendungen, als sie bei der Bemessung des Anschaffungspreises berücksichtigt wurden. Aufwendungen für die Beseitigung erst nachträglich erkannter Mängel sowie für übliche Instandhaltungen, die die bestimmungsgemäße Nutzung des Vermögensgegenstandes gewährleisten, sind dagegen grundsätzlich **nicht aktivierbar**.
23. Die Aufwendungen müssen Einzelkostencharakter haben, d.h. dem Vermögensgegenstand **einzel**n zugeordnet werden können. Gemeinkosten, d.h. Aufwendungen, die einem Vermögensgegenstand nur pauschal auf Grund eines Verteilungsschlüssels zugeordnet werden können, zählen nicht dazu.
24. Die Anschaffungswerte setzen sich insgesamt aus folgenden **Komponenten** zusammen:

Anschaffungspreis / Kaufpreis	alles, was der Käufer aufwendet, um den Vermögensgegenstand zu erhalten inkl. nicht abziehbarer Umsatzsteuer/Vorsteuer
+ Anschaffungsnebenkosten	Insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> • Errichtung (Fundament, Verbindungsleitungen), Montagekosten • Versicherungen • Grunderwerbssteuer, Zölle • Fracht- und Transportkosten, Verpackung(Nur mit Sondervereinbarungs-Es gelten die AGB der Stadt Wolfsburg Nr.4.3.) • Maklergebühren, Provisionen • Beurkundungs- und Eintragungsgebühren • Vermessungskosten inkl. nicht abziehbarer Umsatzsteuer/Vorsteuer
./. Anschaffungspreisminderungen	z.B. Skonti, Boni, Rabatte, Rückvergütungen, Preisherabsetzungen Minderung wegen Mängel
+ nachträgliche Anschaffungswerte	z.B. Erschließungsbeiträge, betriebsnotwendige Um- oder Ausbaurkosten
= Anschaffungswert (Anschaffungs- und Herstellungswerte – AHW)	

25. Eine Sonderform der Anschaffung sind **Finanzierungs-Leasing**-Verträge bei beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern. Die Zurechnung des Leasing-Gegenstandes ist von der gewählten Vertragsgestaltung (Grundmietzeit, Mietverlängerungsoption, Kaufpreis und Anschlussmiete) und deren tatsächlicher Durchführung abhängig. Der zeitliche Rahmen, innerhalb dessen die Zurechnung des Leasingguts beim Leasinggeber erfolgt ist das Verhältnis von Nutzungsdauer und Leasingzeitraum zu einander.

Zu unterscheiden ist zwischen den Arten **Mobilienleasing** (bewegliche Wirtschaftsgüter wie PKW, EDV-Anlagen, Maschinenleasing) und **Immobilienleasing** (unbewegliche Wirtschaftsgüter, wie Verwaltungsgebäude, Industrieanlagen).

Grundsätzlich sind die Aufwendungen oder Erträge aus Leasingverträgen von dazugehörigen Wartungen zu trennen!

Auch durch den Abschluss von Leasingverträgen können bilanzierungspflichtige Anschaffungswerte entstehen, wenn die Voraussetzungen des Leasing-Erlasses nicht beachtet werden. Siehe hierzu die Ausführungen im Anhang 3 oder im Beispiel Seite 12 ab Nr. 38. Die Leasingbedingungen sind vor Abschluss eines Vertrages unbedingt zu prüfen.

Wegen der umfangreichen Gestaltungsmöglichkeiten von Leasingverträgen ist im Anhang 3 eine Beschreibung zur steuerlichen und bilanziellen Behandlung von Leasing angefügt. Eine Zusammenfassung ist in den Beispielfällen enthalten.

a) Anschaffungsnebenwerte

26. Soweit die Nebenkosten im Verhältnis zum Anschaffungspreis unbedeutend sind oder der Aufwand für ihre Ermittlung in keinem angemessenen Verhältnis zur Höhe der Anschaffungsnebenkosten steht, kann im Hinblick auf den Grundsatz der Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung auf ihren Ansatz verzichtet werden. Im Regelfall werden sich die Nebenkosten jedoch aus der vorliegenden Rechnung ergeben.
27. **Nebenkosten des Erwerbs** sind z.B. Vermittlungs- und Maklergebühren, Provisionen, Courtagen, Kommissionskosten, Gutachtergebühren, Notariats-, Gerichts- und Registerkosten, Anlieger- und Erschließungsbeiträge; ferner Steuern und sonstige öffentliche Abgaben, die mit dem Erwerbsvorgang zusammenhängen, wie z.B. Grunderwerbssteuer und Zölle (einschließlich Verzollungskosten). Beim Erwerb von Grundstücken zählen Abfindungen für die Ablösung von Mietverträgen oder Grunddienstbarkeiten zu den Anschaffungsnebenkosten.
28. Dem Anschaffungsvorgang vor gelagerte Aufwendungen der **Entscheidungsfindung** (z.B. Kosten eines Bewertungsgutachtens bei Erwerb von Beteiligungen) stehen nicht in unabdingbarem Zusammenhang mit dem Erwerb und bilden keinen Bestandteil der Anschaffungsnebenkosten.
29. **Prozesskosten**, die im Zusammenhang mit der Erlangung eines Vermögensgegenstandes anfallen, lassen sich nur ausnahmsweise den Anschaffungsnebenkosten zurechnen, wenn zur Erlangung des Gegenstandes ein Prozess geführt werden muss.
30. Auch **Abbruchkosten** bei einem gekauften Grundstück sind Anschaffungsnebenkosten des Grund und Bodens, wenn das Grundstück in der Absicht erworben worden ist, die alten nicht mehr nutzbaren Baulichkeiten abzureißen, um es unbebaut zu nutzen. Keine

Aktivierungsmöglichkeit der Abbruchkosten besteht dagegen, wenn sich nach dem Kauf herausstellt, dass entgegen den ursprünglichen Annahmen eine weitere Verwendung des Altbaus nicht möglich ist.

31. **Nebenkosten der Anlieferung und Inbetriebnahme** Nur bei abweichender Vereinbarung von AGB der Stadt Wolfsburg sind z.B. Eingangsfrachten, Transport- und Speditionskosten, Anfuhr-, Umlade- und Abladekosten, Transportversicherungsprämien, Roll-, Wiege- und Zwischenlagergelder, Montage- und Fundamentierungskosten, Umbaukosten sowie Kosten der Sicherheitsüberprüfung und Abnahme von Gebäuden und Anlagen aktivierbar. Dagegen sind Kosten der Erlangung von Betriebsgenehmigungen i.d.R. nicht aktivierbar, da sie den Vermögensgegenständen nicht einzeln zugerechnet werden können.
32. **Fremdkapitalzinsen** für Kredite, die zur Finanzierung von **Anschaffungen** aufgenommen worden sind, sind ebenso wenig zu aktivieren wie **Eigenkapitalzinsen**. Im Gegensatz dazu können Fremdkapitalzinsen zur Finanzierung der Herstellung (siehe Seite 4 Nr. 6 Abs.4) aktiviert werden.

b) Anschaffungspreisminderungen

33. Alle Arten von **Nachlässen** wie Boni, Rabatte und Skonti sind von den Anschaffungswerten abzusetzen. Dasselbe gilt für **zurückgewährte Entgelte** (z.B. Reduzierung des Kaufpreises im Verhandlungs- oder Prozesswege, durch Vergleich oder nachträgliche Lieferantengutschriften auf Grund aufgedeckter verborgener Mängel).

c) Anschaffungswerte bei unentgeltlichem oder teilentgeltlichem Erwerb

34. Ist eine Zuwendung (z.B. Spende eines Bürgers) an den Erwerb eines Vermögensgegenstandes gekoppelt – und damit nicht ertragswirksam zu vereinnahmen –, so verlangt es der Zweck der Zuwendung, die eingebrachten Vermögensgegenstände zu fiktiven Anschaffungswerten (Zeitwerten) anzusetzen. Nach dem Vorsichtsprinzip sind sie eher zu niedrig als zu hoch zu bewerten.

2 Varianten Sachspende/ Schenkung

Geldspende: erfolgt mit der Auflage etwas zu erwerben, gleichzeitig wird in Höhe des Spendenbetrages ein Sonderposten gebildet.

Sachspende: wird aus Vereinfachungs- und Praktikabilitätsgründen der Ansatz des Vermögensgegenstandes mit einem Erinnerungswert von 1,00€ vorgeschrieben. Legt der Spender eine Rechnungskopie über den von ihm bezahlten Kaufpreis vor, ist dieser Wert anzunehmen. Besonderheiten des Einzelfalls sind gesondert festzulegen.

Für Sachschenkungen oder Zuwendungen im Zusammenhang mit einem Vermögensgegenstand ist eine Aktivierung (Wert der Zuwendung entspricht den AHK oder AHK 1,00€) vorzunehmen. Gleichzeitig ist in selber Höhe ein Sonderposten zu bilden, der durch jährliche lineare Abschreibung ertragswirksam aufgelöst wird.

- Buchungen:
- a) Eingang der Zuwendung, Anschaffung noch nicht durchgeführt
Forderungen / sonstige Verbindlichkeiten
 - b) Zugang der Investitionszuweisung
Bankkonto / Forderungen
 - c) Zugang im Anlagevermögen
Anlagevermögen / Bank

- d) Anschaffung – Einstellung in den Sonderposten
sonstige Verbindlichkeiten / Sonderposten
- e) jährliche Abschreibung im Anlagevermögen
Aufwand Abschreibung / Anlagevermögen
- f) Jährliche lineare ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens
über ND
Sonderposten / Erträge aus der Auflösung
des Sonderpostens
35. Bei einem teilentgeltlichen Erwerb können Anschaffungs- und Herstellungswerte zur Herstellung der Betriebsbereitschaft nur im Verhältnis zum entgeltlichen Teil des Erwerbsvorganges angesetzt werden.
- d) Anschaffungswerte bei Tauschgeschäften**
36. In der Stadt Wolfsburg wird die Methode der **Buchwertfortführung** angewandt. Dabei darf der eingetauschte Gegenstand unter der Voraussetzung eines entsprechenden Zeitwertes höchstens zu dem Betrag angesetzt werden, mit dem der hingeebene Gegenstand zuletzt hätte bilanziert werden können. Die Obergrenze für den Wertansatz bilden demnach die alten Anschaffungswerte, ggf. vermindert um die bisher notwendig gewesenenen Abschreibungen. Alternativ ist auch ein darunter liegender, an den letzten Buchwert anknüpfender Ansatz möglich.

Beispiel Anschaffungswerte

37. Beispiel erforderliche Kostenaufteilung des Gesamtkaufpreises für Anschaffung von Grund & Boden und Gebäude

	Gebäude	Grund & Boden
Auflassungskosten	X	X
Abbruchkosten, ohne Zusammenhang mit Neubau		X
Anliegerbeiträge		X
Ansiedlungsbeiträge		X
Beiträge nach Kommunalabgabengesetz		X
Erschließungsbeiträge		X
Fußgängerzone		X
Grundbuchkosten	X	X
Grunderwerbsteuer	X	X
Gutachterkosten	X	X
Hofbefestigung		X
Kaufpreis		
Kanalanschlussgebühren der Gemeinde	X	X
Maklerprovision	X	X
Notarkosten	X	X
Steuerberatungskosten	X	X
Straßenanliegerbeiträge		X
Straßenzufahrt		X
Zwangsversteigerungskosten	X	X

Beispiel:

Gesamtkaufpreis 350.000€, Grund- und Boden Kaufpreis 70.000€, Gebäude Kaufpreis 280.000€

Grund- und Boden	70.000€	=	20%
Gebäude	280.000€	=	80%

Bei erforderlicher Kostenaufteilung der Nebenkosten erfolgt dies im Verhältnis 20% für Grund- und Boden und 80% für das Gebäude.

Beispiel Leasing als Sonderform der Anschaffung

38. **Grundsätzlich** sind die Aufwendungen oder Erträge aus Leasingverträgen von dazugehörigen Wartungen zu trennen!

4232 Leasingaufwand – wenn Vermögensgegenstand **nicht Eigentum der Stadt** wird

421.. Wartungsaufwand unbewegliches Vermögen

422.. Wartungsaufwand bewegliches Vermögen

01 bis 03 und 06 bis 07 zum Anlagevermögen – wenn Vermögensgegenstand in Eigentum übergeht – Finanzierung ist dann Investiv

Vertragsformen:

Vollamortisationsvertrag (Full-pay-out-Leasing): zum Ende der Grundmietzeit erfolgt Mietverlängerungsoption oder Kaufoption. Im Fall der Kaufoption wird der Gegenstand (z.B. PKW, PC-Anlage, Kopierer) zum Restbuchwert in der Anlagenbuchhaltung der Stadt Wolfsburg erfasst. Ein automatischer Zufall des Leasinggutes auf den Leasingnehmer am Ende der Grundmietzeit ist ausgeschlossen.

Teilamortisationsvertrag (Non-full-pay-out-Leasing): auch Restwertleasing genannt. Der Anschaffungswert des Leasingobjektes wird bis zum Ende der Vertragslaufzeit nur teilweise abbezahlt. Es verbleibt zum Vertragsende ein Restwert, welcher dem voraussichtlichen Wert des Leasingobjekts zum Vertragsende entspricht und sich üblicherweise am linearen Restbuchwert orientiert. Der Restwert dient auch als Ausgangsbasis für den Verkaufspreis des Objekts bzw. für die Verlängerung des Vertrages.

39. Begriffe des Leasing:

Andienungsrecht (Restwertvertrag)

Wenn ein Leasingvertrag ein Andienungsrecht vorsieht, muss der Leasingnehmer auf Verlangen des Leasinggebers den Leasing-Gegenstand zu vertraglich vereinbarten Restwert übernehmen.

Restwert

Beim Restwert handelt es sich um den Teil der Anschaffungskosten, der bei Teilamortisationsverträgen während des Leasingzeitraumes nicht durch die Leasingraten getilgt wird. Der Restwert wird vertraglich fest vereinbart. Für die jeweilige Höhe des Restwertes sollte der beim Ablauf des Leasingvertrages voraussichtliche Marktwert sein.

Grundmietzeit

Vertragslaufzeit, in der ein Leasingvertrag in der Regel nicht kündbar ist.

Da die Beurteilung des wirtschaftlichen Eigentums des Leasinggegenstandes beim **Leasinggeber und** beim Leasingnehmer (Stadt Wolfsburg) erfolgt, **weicht die Stadt Wolfsburg bei der Nutzungsdauer** von Leasinggegenständen von der AfA-Tabelle für Niedersachsen **ab und orientiert sich an der steuerlichen Regelung**. Aus der steuerlichen AfA-Tabelle ergeben sich folgende Grundmietzeitangaben in Monaten:

Wirtschaftsgut	Nutzungsdauer in Jahren	weniger als 40% in Monaten	40% - 90% in Monaten	über 90% in Monaten
PKW / Kombiwagen	6	28	29-64	65-72
LKW	9	42	43-96	97-108
Workstations, PC, Notebooks und deren Peripheriegeräte, Drucker, Scanner, Bildschirme u.ä.	3	14	15-31	32-36
Großrechner	7	33	34-75	76-84
Kopiergerät	7	33	34-75	76-84
Texteinrichtungen z.B. Faxgeräte u.ä.	6	28	29-64	65-72
Foto-, Film-, Video- u. Audiogeräte (Fernseher, CD-Player, Recorder, Lautsprecher, Radios, Verstärker, Kameras u. Monitore u.ä.)	7	33	34-75	76-84
Telekommunikationsanlagen Allgemein	8	37	38-85	86-96
Fernsprechnebenstellenanlagen	10	47	48-107	108-120
Mobilfunkendgeräte	5	23	24-53	54-60
Betriebsfunkanlagen	11	51	52-118	119-132

40. Nachfolgend genannte Vertragsarten führen zur Aktivierung im Anlagevermögen:

I. Mobilien (bewegliche Wirtschaftsgüter)

1. Finanzierungsleasing ohne Kauf-/Verlängerungsoption
 - wenn die Grundmietzeit **weniger** als 40% **oder mehr** als 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer beträgt
2. Finanzierungsleasing mit Kaufoption
 - wenn die Grundmietzeit **weniger** als 40% **oder mehr** als 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer beträgt
 - wenn der vorgesehene Kaufpreis niedriger ist als der Wert des Leasinggutes.
3. Finanzierungsleasing mit Mietverlängerungsoption
 - wenn die Grundmietzeit **zwischen** 40% und 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer liegt **und** die Anschlussmiete den Werteverzehr nicht deckt
 - wenn die Grundmietzeit **weniger** als 40% **oder mehr** als 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer beträgt

4. Finanzierungsleasing über Spezial-Leasing
 - Spezialleasinggut (speziellen Anforderungen des Leasingnehmers angepasst) wird immer dem Leasingnehmer zugerechnet
5. Teilamortisationsleasing mit Aufteilung des Mehrerlöses
 - wenn der Leasinggeber nach dem Leasingvertrag weniger als 25% des möglichen Mehrerlöses erhält

II. Immobilien (unbewegliche Wirtschaftsgüter)

41. a) Zurechnung von Gebäuden

Regelungen gelten für Gebäude und nicht für Betriebsvorrichtungen

Zu unterscheiden sind **Wohngebäude** – AfA Regelung nach § 7 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 EStG ; ND 50 Jahre

Betriebsgebäude - mit ND von 33 Jahren und 4 Monaten oder der Zeitraum des Erbbaurechts wenn dieser kürzer ist als die ND des Gebäudes

1. Grundmietzeit **weniger** als 40% **oder mehr als** 90% der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer
2. Finanzierungsleasing mit Kaufoption
 - Gesamtkaufpreis (also Grundstück und Gebäude) ist niedriger als der nach linearer AfA ermittelte Buchwert des Gebäudes und des Grundstücks oder der niedrigere gemeine Wert des Grundstücks im Zeitpunkt des Verkaufs
3. Finanzierungsleasing mit Mietverlängerungsoption
 - Anschlussmiete beträgt **weniger** als 75% der Miete, die für ein nach Art, Lage und Ausstattung vergleichbares Grundstück üblicherweise gezahlt wird
4. Finanzierungsleasing bei Spezialleasing
 - wird immer dem Leasingnehmer zugerechnet
5. Teilamortisationsleasing mit Kaufoption
 - Grundmietzeit ist länger als 90% der ND
 - Kaufpreis ist geringer als der Restbuchwert des Gebäudes (AfA nach § 7 Abs.4 EStG Satz 1; für BGA § 7 Abs. 4 Satz 2 EStG)
6. Teilamortisationsleasing mit Mietverlängerungsoption
 - Grundmietzeit ist länger als 90% der ND
 - Anschlussmiete beträgt **mehr** als 75% der Miete, die für ein nach Art, Lage und Ausstattung vergleichbares Grundstück üblicherweise gezahlt wird
7. Teilamortisationsleasing mit Optionsklausel (Kauf- oder Mietverlängerungsoption) und besonderen Verpflichtungen

Verpflichtungen, die der Leasingnehmer eingeht:

1. er trägt die Gefahr des zufälligen ganzen oder teilweisen Untergangs des Gebäudes
2. er ist bei Zerstörung ersatzpflichtig
3. die pflichten mindern sich nicht, auch wenn die Nutzung des Gebäudes langfristig ausgeschlossen ist
4. endet Leasingvertrag vor Ende der Grundmietzeit ist Stadt verpflichtet nicht gedeckte Kosten zu erstatten, unabhängig davon, ob sie das vorzeitige Vertragsende zu verantworten hat
5. Leasingnehmer Stadt stellt Freistellungsklausel (Ansprüche Dritter)

6. Stadt als zivilrechtlicher Eigentümer räumt zur Errichtung des Gebäudes Erbbaurecht ein und wird auf Grund des **Erbbaurechtsvertrages** gezwungen das Gebäude später zu erwerben

42. b) Zurechnung von Grund- und Boden

wenn dem Grund- und Boden auch das Gebäude steuerlich zugerechnet wird. Die Beurteilung richtet sich nach den unter a) genannten Grundsätzen.

Beispiel Sammelposten und selbstständige Nutzbarkeit

43. Sammelposten

Bezeichnung	Datum	Brutto	Skonto	Brutto	Vorsteuer	Netto	Netto
Notebook	02.04.2008	1.187,62		1.187,62	189,62	998,00	
Stehlampe	05.05.2008	333,20		333,20	53,20	280,00	
Schreibtischstuhl	10.06.2008	803,25		803,25	128,25	675,00	
Schreibtisch	01.12.2008	1.137,64		1.137,64	181,64	956,00	
Rollcontainer für Schreibtisch	01.12.2008	179,69	3,59	176,10	28,12	147,98	147,98
Summe Sammelposten				3.461,71		2.909,00	
Summe Erwerb bis 150€				176,10			147,98

Für die Einstellung in den Sammelposten ist **immer der Nettobetrag maßgebend** und zwar auch dann, wenn Bereiche der Stadt nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt sind.

Keine Berechtigung zum Vorsteuerabzug:

#075100 Sammelposten bewegliches Vermögen 2008	3.461,71 €
#422200 Erwerb geringwertiges Vermögen bis 150€	176,10 €
an Bank	3.637,81 €

Berechtigung zum Vorsteuerabzug:

#075100 Sammelposten bewegliches Vermögen 2008	2.909,00 €
#422200 Erwerb geringwertiges Vermögen bis 150€	147,98 €
an Bank	3.056,98 €

Der Sammelposten 2008 wird im Jahr 2008 und in den folgenden Jahren zu 1/5 aufgelöst, so dass der Sammelposten 2008 am 31.12.2012 einen Wert von 0 € ausweist. **Es sollte vermieden werden einen Erinnerungswert von 1 € stehen zu lassen, da es ansonsten zur Überfrachtung des Anlagenverzeichnisses kommt.**

Wirtschaftsgüter, die einmal in den Sammelposten eingestellt sind, verbleiben auch dort, unabhängig davon ob das Wirtschaftsgut vor Ablauf von fünf Jahren aus dem Betriebsvermögen ausscheidet oder nicht. Daraus folgend ergibt sich, dass Erlöse aus Anlagen des Sammelpostens auf dem Konto 531200 Erträge aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen oberhalb der Wertgrenze i.H.v. 150 Euro bei Anschaffung oder Herstellung (Finanzrechnungskonto 6832) als Außerordentlicher Ertrag gebucht werden.

44. Selbstständige Nutzbarkeit

Wirtschaftsgüter, die zusammen mit anderen Wirtschaftsgütern genutzt werden und technisch aufeinander abgestimmt sind, können trotzdem selbstständig nutzbar sein. Die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit spielt keine entscheidende Rolle.

Auch wenn das **Büro** in einem einheitlichen Stil ausgestattet wird, bleibt jeder Gegenstand (Schreibtisch, Stuhl, Regal, Schrank usw.) eigenständig nutzbar. Trotz einheitlicher Optik bleibt jedes Möbelstück selbstständig nutzbar. **Einrichtungsgegenstände**, die nicht fest miteinander verbunden sind, z.B. die einzelnen Teile einer **Schreibtischkombination**, sind als selbstständig nutzbare Wirtschaftsgüter zu betrachten, wie z.B. Tisch, Rollcontainer und Computerbeistelltisch (BFH-Urteil vom 09.08.2001, Az. III R 434/98). Jedes Teil wird, wenn es den Grenzwert von 150 € nicht überschreitet, zu 100% als geringwertiges Wirtschaftsgut abgeschrieben. Bei Beträgen, die zwischen 150 € und 1.000 € liegen, erfolgt zwingend die Einstellung in den Sammelposten.

Teile einer **Computeranlage**, wie z.B. Bildschirm, Scanner und Drucker, sind zwar eigenständige Wirtschaftsgüter, die jedoch nicht selbstständig nutzbar sind. Eine Behandlung als geringwertige Wirtschaftsgüter bzw. eine Einstellung in den Sammelposten scheidet somit aus.

Kombinationsgeräte sind bereits dann selbstständig nutzbar, wenn sie zumindest in einer Funktion eigenständig nutzbar sind (BFH-Urteil vom 19.02.2004, Az. VI R 135/01). Kann z.B. ein Gerät gleichzeitig als Drucker, Fax, Scanner und Kopierer genutzt werden, dann ist es selbstständig nutzbar, weil es zumindest als Kopierer unabhängig von anderen Geräten genutzt werden kann.

Zubehör, mit dem andere Wirtschaftsgüter ausgestattet und ergänzt werden, ist in der Regel nicht selbstständig nutzbar. Hierzu gehören z.B. das Autoradio oder die Tastatur bei einem PC. Das Zubehör ist zwar nicht selbstständig nutzbar, es wird aber auch nicht immer Teil des Wirtschaftsgutes, für das es bestimmt ist. Zubehör wird daher nicht immer zusammen mit dem Wirtschaftsgut abgeschrieben.

Ersatzteile verändern nicht die Funktion des Wirtschaftsguts und dienen (anders als Zubehör) dem Zweck, vorhandene Teile, die verbraucht sind, zu ersetzen. Die Aufwendungen für Ersatzteile können daher unabhängig von ihrem Kaufpreis sofort als Aufwand (Instandhaltungskosten) abgezogen werden.

3. Herstellungswerte (analog § 255 Abs. 2 HGB)

45. **Herstellungswerte** sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung eines Vermögensgegenstandes, seine Erweiterung oder für eine über seinen ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung entstehen.
46. Grundtatbestand ist die **Herstellung**, d.h. die Neuschaffung eines bisher noch nicht bestehenden Vermögensgegenstandes. Die Erstausrüstung der hergestellten Vermögensgegenstände ist einzeln und gesondert zu erfassen (z.B. Betriebsvorrichtungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung). Zum Herstellungsprozess zählen auch die Kosten der Planungs- und Vorbereitungsmaßnahmen, sowie der Beschaffung, soweit sie dem hergestellten Vermögensgegenstand (VG) zugerechnet werden können. Planungsleistungen, die nicht zur Herstellung eines Vermögensgegenstandes führen sind Aufwand.
47. Herstellungswerte für Gegenstände des Anlagevermögens liegen z.B. auch vor, wenn die Leistung lediglich in der Koordinierung der von fremden Unternehmen durchgeführten Arbeiten besteht. Die von Dritten in Rechnung gestellten Beträge stellen in diesen Fällen aktivierungspflichtige Einzelkosten dar. In diesem Kontext ist auf die seit dem 1.1.2008

geltenden Rahmenrichtlinien für die Bemessung von Baunebenkosten als Bestandteil der zu aktivierenden Eigenleistungen als lex speciale zu verweisen.

48. Ähnlich sind die im Zusammenhang mit dem Erwerb eines Gebäudes durchgeführten **Instandhaltungsarbeiten vor** erstmaliger Nutzung zu beurteilen. Sie rechnen insoweit zu den zu aktivierenden Aufwendungen, als sie bei der Bemessung des Anschaffungspreises berücksichtigt wurden. Aufwendungen für die Beseitigung erst nachträglich erkannter Mängel sowie für übliche Instandhaltungen, die die bestimmungsgemäße Nutzung des Vermögensgegenstandes gewährleisten, **sind dagegen grundsätzlich nicht aktivierbar**.
49. Wird ein in seinen wesentlichen Teilen abgenutzter, verbrauchter oder zerstörter Gegenstand (Vollverschleiß) im Wege der **Generalüberholung** wieder nutzbar gemacht, so ist hierin unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise die Herstellung eines neuen Vermögensgegenstandes zu sehen, z.B. umfangreiche Sanierung in Form einer Entkernung des Gebäudes (führt zu einer Verlängerung der Nutzungsdauer und zu einer wesentlichen Qualitätssteigerung). Folgende Voraussetzungen können zur Einordnung als Generalüberholung führen:
- **Eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung (zum Zeitpunkt der Anschaffung)**
 - ursprünglicher Zustand bei unentgeltlichem Erwerb oder nach außergewöhnlicher Abnutzung (eine außergewöhnliche Abnutzung wie z.B. Brand oder Einsturz, setzt vorher eine außerplanmäßige Abschreibung voraus)
 - wesentliche Verbesserung bei Maßnahmen, die über eine zeitgemäße, Substanz erhaltende (Bestandteil-) Erneuerung hinausgehen (Auf Grund der Baumaßnahmen würde sich der Mietzins erheblich erhöhen)
 - **Sanierungen in Raten sowie Teilbaumaßnahmen können in einem 5-Jahreszeitraum in einer Gesamtbaumaßnahme zu einer wesentlichen Verbesserung führen, im Sinne des § 45 GemHKVO.**
 - **Baumaßnahmen, die nur einen Teil des Gebäudes betreffen, der für sich einen eigenen Gebrauchswert hat.**
50. **Bei Dissens entscheidet der Fachvorstand bzw. Gesamtverwaltungsvorstand.**
51. Im Einzelfall kann die Abgrenzung zu den Anschaffungswerten fließend sein; so z.B. wenn die Herstellungsleistung in der Überwachung und Kombination einer Reihe einzelner Anschaffungsvorgänge besteht.
52. Zu den nachträglichen Herstellungswerten sowie zur Erweiterung bzw. wesentlichen Verbesserung gelten die folgenden Ausführungen unter Kap. 4 analog.

Beispiel Herstellungswerte

53. Glockenbergsschule Fallersleben **Neubau Mensa** (keine Originalwerte - zur Darstellung wurde das Beispiel angepasst)

Gewerk/ Leistung	Zahlungen	# 023100 Grund- und Boden mit Schulen	# 0232 Gebäude- und Aufbauten bei Schulen	# 071100 Betriebsvor- richtung	# 075100 Wirtschaftsgüter Sammelposten Von 150-1000 €	# 072100 Betriebs- und Geschäftsaus- stattung
Grundstückskaufpreis	3.000	3.000				
Auflassungskosten	300	300				
Grundbuchkosten	400	400				
Grunderwerbsteuer 2%	60	60				
Notarkosten	300	300				
Herrichtung und Erschließung der Baustelle	4.000		4.000			
Baukonstruktion (Rohbau)	64.260		64.260			
Baukonstruktion (Fertigbau)	188.000		188.000			
Sanitär/Heizung/Elektro	57.374		57.374			
Kücheneinrichtung (festeinbauten incl. Montage)	35.000			35.000		
Mensa-Möblierung (Einzelpreise zwischen 150 und 1000€)	15.000				15.000	
Mensa-Möblierung (Einzelpreise über 1000€)	4.800					4.800
Wiederherstellung des Schulhofes	5.000		5.000			
Vorbereitung Objektplanung	1.500		1.500			
Planungsleistungen	3.000		3.000			
SiGeKo	2.500		2.500			
Baugrundgutachten	2.500		2.500			
Minderung wegen Baumängel	-1.600		-1.600			
Sprinkleranlage	4.500			4.500		
Gesamtsumme Maßnahmen	389.894	4.060	326.534	39.500	15.000	4.800

Hinweise:

54. # 023100 Grund- und Boden mit Schulen:

Der Grund & Boden ist zu gliedern in bebaute und unbebaute Fläche. Die Ermittlung bei Neuanschaffung richtet sich nach dem Vergleichswertverfahren § 13 Wertermittlungsrichtlinien. Im vorliegenden Fall ist davon auszugehen, dass der Grund & Boden vollständig bebaut wurde.

55. **# 0232 Gebäude- und Aufbauten bei Schulen:**

Zu den Herstellungswerten für Gebäude gehören:

1. Baukosten (Maurer, Zimmerer, Klempner, Heizungsbauer usw.) = Rohbau & Innenausbau
2. Architektenleistungen
3. Hausanschlusskosten innerhalb des Grundstücks an den öffentlichen Kanal und ans Strom- und Gasnetz, Kanalanstrichgebühr
4. Kabelanschluss
5. Kosten für Umzäunung oder „lebende Umzäunung“ (Hecken, Büsche, Bäume an Grenze), wenn das Grundstück nicht unverhältnismäßig groß ist.
6. Kosten für das Verlegen von Auslegware auf Estrich (Teppichboden)
7. Bauplanungskosten
8. Baumängelbeseitigung (auch wenn dies erst nach Fertigstellung geschieht).
9. Entschädigungs- oder Abfindungszahlungen an Mieter/Pächter für vorzeitige Räumung zur Errichtung eines Gebäudes
10. Prozesskosten, sofern sie als Folgekosten der Herstellungskosten sind
11. Baugenehmigung
12. Abbruchkosten: sind nur dann Herstellungskosten, wenn der
 - Erwerb mit Abbruchabsicht bestand oder
 - der Abbruch eines zum Privatvermögen gehörenden Gebäudes zur Errichtung eines zum Betriebsvermögen gehörenden Gebäudes verwendet wird.

War das Gebäude technisch oder wirtschaftlich nicht verbraucht gehören die Abbruchkosten zu den Herstellkosten des zu errichtenden Gebäudes. War das Abbruchgebäude objektiv wertlos gehören die Abbruchkosten zum Grund & Boden. Müssen nur Teile des Gebäudes als geplant abgerissen werden, gehören der Restwert des abgerissenen Gebäudes und die Abbruchkosten für diesen Teil zu den Herstellungskosten des neuen Gebäudeteils. Der Abbruch muss innerhalb von 3 Jahren nach Erwerb erfolgen.

Nicht zu den Herstellungswerten des Gebäudes gehören:

1. Außenanlagen wie Hofbefestigungen und Straßenzufahrt (Bilanzposition Außenanlagen)
2. Bauzeitversicherung
3. Gartenanlage und Vorgarten (Bilanzposition Außenanlagen)
4. Säumniszuschläge GrESt, Aussetzungszinsen GrESt
5. Erstmaliger Anschluss an Erdgasnetz bei Umstellung einer bereits vorhandenen Heizungsanlage (Erhaltungsaufwand)
6. Waschmaschine (Bilanzposition Betriebs- und Geschäftsausstattung)

56. **# 071100 Betriebsvorrichtung**

Kücheneinrichtung (festeinbauten incl. Montage)	35.000
Sprinkleranlage	4.500

Die Kücheneinrichtung und Sprinkleranlage sind als Gebäudebestandteile technische Anlagen, die fest mit dem Gebäude verbunden sind. Sie sind mit den Anschaffungswerten auf dem Konto Betriebsvorrichtung zu erfassen. Die

Abschreibung erfolgt linear nach den	Abschreibungssätzen	der
Kommunalverwaltung für Niedersachsen.		
Nutzungsdauer (ND)	Kücheneinrichtung	18 Jahre
Nutzungsdauer (ND)	Sprinkleranlage	25 Jahre

57. **# 075100 Geringwertige Wirtschaftsgüter (Sammelposten)**

Mensa-Möblierung (Einzelpreise zwischen 150 und 1000€)	15.000
--	--------

Die Mensa-Möblierung (Einzelpreise zwischen 150 und 1000€) ist mit den einzelnen Bestandteilen auf dem Sammelposten für geringwertige Wirtschaftsgüter # 075100 zu erfassen und über 5 Jahre linear abzuschreiben. z.B. 50 Tische zu je 300,00 € . Die Angabe der Stückzahl ist in jedem Fall erforderlich.

58. **# 072100 Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Mensa-Möblierung (Einzelpreise über 1000€)	4.800
--	-------

Die Vermögensgegenstände der einzeln Mensa-Möblierung (Einzelpreise über 1000€) sind einzeln zu bewerten und über die Anlagenbuchhaltung abzuschreiben.

Bestandteile einer Mensa-Möblierung könnten z.B.:

Garderobenausstattung (ND 13 Jahre),

Einbaumöbel (ND 25 Jahre),

Polstermöbel (ND 13 Jahre), sowie

Schuleinrichtungen / Einrichtungen von Kindertagesstätten (ND 13 Jahre)

sein.

4. Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungswerte

59. Zu den **nachträglichen Anschaffungswerten** gehören z.B. sog. anschaffungsnahe Aufwendungen, soweit sie nach der erstmaligen Versetzung des Vermögensgegenstandes in einen betriebsbereiten Zustand anfallen, auf einem Erwerb von Dritten beruhen und den Vermögensgegenstand erweitern bzw. über seinen ursprünglichen Zustand hinaus wesentlich verbessern. Von den nachträglichen Anschaffungswerten ist der im Anschluss an die Anschaffung anfallende anschaffungsnahe Aufwand abzugrenzen, der zu Herstellungswerten führt (siehe Ausführungen zu Nr. 3).

60. **Erweiterung** bedeutet eine Mehrung der Substanz des Gegenstandes als solchem, mit der i.d.R. eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten einhergeht. Beispiele hierfür sind der Anbau oder die Aufstockung bei einem bereits bestehenden Gebäude oder der erstmalige Einbau einer Fahrstuhlanlage in ein bereits bestehendes Gebäude. Werden dagegen nur Teile eines Vermögensgegenstandes erneuert, so stellen die hierfür anfallenden Aufwendungen laufenden Aufwand (Erhaltungsaufwand) dar. Die Aufwendungen für die Substanzmehrung werden als Zugang zum Buchwert des vorhandenen Gegenstandes behandelt und über dessen Restnutzungsdauer abgeschrieben.

61. Eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende **wesentliche Verbesserung** des Vermögensgegenstandes liegt unter anderem dann vor, wenn ein vorhandener Gegenstand als solcher (also nicht nur seine Teile) so verändert wird, dass eine andere Gebrauchs- oder Verwendungsmöglichkeit vorliegt (z.B. wenn eine grundlegende wesentliche

Nutzungsänderung erfolgt, wie der Umbau eines Schul- in ein Verwaltungsgebäude) oder wenn der vorhandene Gegenstand so erheblich verbessert wird, dass praktisch ein neuer Gegenstand entsteht (z.B. wesentliche Erhöhung der Kapazität) die Leistungsfähigkeit derart verändert wird, dass sich in künftigen Jahre der Gebrauchswert bzw. das Nutzungspotenzial deutlich erhöht oder wenn der Gebäudestandard durch umfassende Maßnahmen angehoben wird.

62. Wird durch die Maßnahme die **Nutzungsdauer** erheblich verlängert, so liegt hierin i.d.R. eine wesentliche Verbesserung des Vermögensgegenstandes.
63. Eine rückwirkende Erhöhung des Anschaffungspreises liegt vor, wenn z.B. der Anschaffungspreis nachträglich im Prozesswege, auf Grund eines Schiedsspruches oder eines Vergleiches heraufgesetzt wird. Auch die zwischenzeitlich anfallenden Abschreibungen sind nachzuholen. Wurde der Kaufpreis teilweise von späteren Ereignissen abhängig gemacht (z.B. spätere Parzellierung eines Grundstücks), so liegen mit dem Eintritt der Ereignisse ebenfalls nachträgliche Anschaffungswerte vor.
64. Dieselben Grundsätze gelten für nachträgliche Erhöhungen der Anschaffungsnebenkosten (z.B. Neufestsetzung der Grunderwerbssteuer).

Beispiel Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungswerte

65. Hebung des Ausstattungsstandards BMF v. 18.07.2003 IV C3 – S 2211 – 94/03

Hebung des Standards – **bezieht sich nur auf Eigenschaft von Wohnungen**

Wesentliche zentrale Ausstattungsmerkmale:

Heizungsinstallation

Sanitärinstallation

Elektroinstallation

Fenster

Nur wenn Baumaßnahmen in **mind. 3 Bereichen gleichzeitig** erfolgt, hebt sich der Standard! = Anschaffungskosten

66. Beispiel sehr einfacher Standard:

Bad: kein Handwaschbecken
nicht beheizbar
keine Entlüftung
keine Fliesen
Badewanne ohne Verblendung
Badeofen

Fenster: Einfachverglasung
Heizung: Kohleöfen
Elektroversorgung: unzureichend

67. Beispiel mittlerer Standard:

Preise und Ausstattungsmerkmale durchschnittlich bis höhere Ansprüche
z.B. Preise für Anlagen in sanierten Wohnungen der Neuland

68. Beispiel anspruchsvoller Standard:

Besonders hochwertige Materialien, über dem Preis von durchschnittlich sanierten Wohnungen, Luxussanierung

69. Beispiel wesentliche Substanzvermehrung
Anbau an ein vorhandenes Gebäude
Ausbau des Dachgeschosses -Ersatz eines Flachdachs durch ein *ausbaufähiges* Satteldach
70. Keine Substanzmehrung liegt vor:
1. Bei anbringen einer zusätzlichen Fassadenverkleidung zu Wärme- oder Schallschutzzwecken
 2. Umstellung einer Heizungsanlage von Einzelöfen auf eine Zentralheizung
 3. Ersatz eines Flachdaches durch ein Satteldach, wenn dadurch lediglich eine größere Raumhöhe geschaffen wird, ohne die nutzbare Fläche zu erweitern
 4. Vergrößern eines bereits vorhandenen Fensters
 5. Versetzen von Wänden
71. Beispiel Wesensänderung
Umbau eines Personenfahrstuhls in einen Transportfahrstuhl
72. Beispiel erhebliche Erhöhung des Nutzungswertes oder Nutzungsdauer
Erneuerung der Fundamente
Erneuerung tragender Außen- und Innenmauern
Tragende Geschoßdecken
Erneuerung der Dachkonstruktion
73. Beispiel Nachträgliche Anschaffungswerte
Einbau einer Fahrstuhlanlage (Betriebsvorrichtungen # 071100)
Anbringung einer Markise an ein Gebäude (Betriebsvorrichtungen # 071100)
Einbau einer Alarmanlage in ein Gebäude (Betriebsvorrichtungen # 071100)

5. Abgrenzung von Anschaffungs- und Herstellungswerten (AHW) zu Erhaltungs- bzw. Instandsetzungsaufwendungen

74. Erhaltungsaufwendungen dienen unabhängig von ihrer Größenordnung dazu, den Vermögensgegenstand in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. Sie sind durch die gewöhnliche Nutzung veranlasst, verändern die Wesensart des Vermögens nicht, dienen dazu den ursprüngliche Nutzungszeitraum sicherzustellen und kehren in bestimmten Zeitabständen und ungefähr gleicher Höhe regelmäßig wieder (Instandsetzung, Pflege, Wartung, Reparatur).
75. Die Abgrenzung der aktivierungsfähigen Anschaffungs- und Herstellungswerte von aufwandswirksamen **Erhaltungsaufwendungen** erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung gem. „Rahmenrichtlinien zur Aufstellung und Ausführung des Ergebnis- und Finanzhaushalts“. Hiernach ist der Mittelbedarf vom nutzenden Geschäftsbereich, der Stabsstelle, den sonstigen Organisationseinheiten und den Projekten an den Fachbereich Finanzen und Controlling zu melden. Der Bedarf für alle Maßnahmen ist in einer **Gesamtübersicht** (auf Basis aussagefähiger Kostenermittlungen, Planungsunterlagen, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Folgekostenberechnungen darzustellen) und eine Abgrenzung der Investitionen (=AHW), besonderen Maßnahmen der Bauunterhaltung und sonstigen Bauunterhaltungsmaßnahmen vorzunehmen. Die endgültige Abgrenzung der aktivierungsfähigen Anschaffungs- und Herstellungswerte von Erhaltungsaufwendungen erfolgt in Abstimmung mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling. **Bei Dissens entscheidet der jeweilige Fachvorstand bzw. der Verwaltungsvorstand.**
76. In Zweifelsfällen wird – wenn das Vorliegen der Aktivierungsfähigkeit nicht eindeutig dargelegt werden kann – davon ausgegangen, dass es sich bei den Maßnahmen um Erhaltungsaufwendungen handelt.
77. Stehen Maßnahmen z.B. zur Erweiterung eines Gebäudes, die zu Anschaffungs- und Herstellungswerten führen, mit anderen Instandsetzungsmaßnahmen, die für sich genommen als Erhaltungsaufwand zu beurteilen wären, in einem engen räumlichen, zeitlichen und sachlichen Zusammenhang, so sind die Aufwendungen insgesamt als Anschaffungs- und Herstellungswerte zu beurteilen. Ein solcher sachlicher Zusammenhang liegt vor, wenn die einzelnen Baumaßnahmen bautechnisch ineinander greifen.

6. Exkurs Inventur- und Bewertungsverfahren

a) körperliche Inventur

Inventur ist die mengen- und wertmäßige Ermittlung der Ist-Bestände durch Messen, Zählen, Wiegen; sie muss mindestens einmal im Jahr durchgeführt werden (i.d.R. zum Bilanzstichtag, Stichtagsinventur). Die körperliche Bestandsaufnahme am Bilanzstichtag wird als „Grundform der Inventur“ bezeichnet.

Anstelle der körperlichen Bestandsaufnahme zum Abschlussstichtag lässt § 38 GemHKVO die **Inventurvereinfachungsverfahren** nach jeweils spezifischen Voraussetzungen zu.

b) Buchinventur

Voraussetzung sind Verzeichnisse (Anlagenbuch gem. § 36 Abs.1 S.4 GemHKVO) der Vermögensgegenstände, Schulden und immateriellen Vermögensgegenständen nach Art, Menge und Wert im Inventar, die nicht durch eine körperliche Bestandsaufnahme erfassbar sind. Für Vorräte ist die Buchinventur ausgeschlossen. Außerplanmäßige Abschreibungen bei Anwendung der Buchinventur unterliegen einer permanenten Kontrolle.

c) permanente Inventur

Sie setzt ein Fortschreibungsverfahren voraus, das den Bestand zum Abschlussstichtag auch ohne körperliche Inventur in Form eines Anlagenbuches bestimmen kann. Die Bestände werden während des ganzen Geschäftsjahres nach einem Inventurplan überprüft und mit den Sollbeständen der Lagerbuchführung verglichen. Jeder Vermögensgegenstand muss einmal jährlich erfasst werden.

d) Stichprobeninventur

Die Stichprobeninventur § 38 Abs.2 GemHKVO entspricht in der Substanz den Regelungen des § 241 Abs.1 HGB.

Auszug HGB Abs.1: Bei der Aufstellung des Inventars darf der Bestand der Vermögensgegenstände nach Art, Menge und Wert auch mit Hilfe anerkannter mathematisch-statistischer Methoden auf Grund von Stichproben ermittelt werden. Das Verfahren muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechen. Der Aussagewert des auf diese Weise aufgestellten Inventars muss dem Aussagewert eines auf Grund einer körperlichen Bestandsaufnahme aufgestellten Inventars gleichkommen.

Da die **Bewertung** einen wesentlichen Bestandteil der Inventur darstellt, sind sie gleichzeitig Inventurvereinfachungen. Für die Bewertung des Vermögens kommen mehrere Verfahren in Betracht.

e) Einzelbewertung

Nach § 37 Abs.1 Satz 1 GemHKVO ist grundsätzlich der Wert des einzelnen Vermögensgegenstandes anzugeben. Bewegliche Vermögensgegenstände müssen im juristischen Eigentum der Kommune, selbstständig nutzbar sein und einer Abnutzung unterliegen.

Der § 46 GemHKVO lässt abweichend von dem Grundsatz der Einzelbewertung einige **Bewertungsvereinfachungen** zu.

f) Festbewertung

Rahmenbedingungen sind ein unveränderter Wertansatz für den Bestand bestimmter Vermögensgegenstände über mehrere Haushaltsjahre, Abgänge und Abschreibungen einerseits und die Zugänge andererseits gleichen sich aus. Die Finanzverwaltungen gehen davon aus, dass der fiktive Buchwert i.d.R. 40-50% der tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungswerte beträgt. Dieser Wert wird auch Anhaltewert genannt. In Wolfsburg soll ein Anhaltewert von 50% verwendet werden. Zur erstmaligen Bildung ist eine körperliche Bestandsaufnahme erforderlich. Die Bestände werden zunächst „normal“ aktiviert und solange abgeschrieben, bis der Anhaltewert (40-50%) erreicht ist. Abschreibungen fallen nach einer Festwertbildung, also bei Fortschreibung des Festwertes nicht an. Ersatzbeschaffungen stellen damit Aufwand in der Anschaffungsperiode dar. Nach § 46 Abs. 1 GemHKVO ist zur Prüfung des Festwertes in der Regel **alle 5 Jahre** eine körperliche Bestandsaufnahme durchzuführen. Unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung des § 38 Abs. 1 GemHKVO reicht eine **Buchinventur** aus, wenn der Bestand anhand vorhandener Verzeichnisse zutreffend dargestellt werden kann. Bei einer wesentlichen Veränderung des Festwertes um mehr als 10% muss dieser korrigiert werden.

Mehrmenge durch Zuschreibung

Mindermenge durch Abschreibung oder Abgang

Preissteigerungen führen nicht zur Änderung des Festwertes, sind unerheblich

Preissenkungen führen zu Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert

Typische Beispiele für die Festbewertung sind Werkzeuge, Geräte, Kantinengeschirr. Die Dokumentation zum NKF sieht bei Kommunen eine Festwertbildung auch bei Grünflächen vor, z.B. Spielgeräte, Bänke, Wege und Pflanzen in Parkanlagen einer Kommune. Vorteil der Festbewertung liegt in der Erleichterung der Inventur und Bewertung. Nachteil ist die Finanzierung der Ersatzbeschaffung § 59 Nr. 24 GemHKVO.

g) Gruppenbewertung

Gleichartige Vermögensgegenstände des Vorratsvermögens, andere gleichartige oder annähernd gleichwertige bewegliche Vermögensgegenstände können jeweils zu einer Gruppe zusammen gefasst und mit dem gewogenen Durchschnittswert angesetzt werden § 46 Abs.2 GemHKVO. Rahmenbedingung ist also, dass die Vermögensgegenstände zur gleichen Warengattung gehören, in Funktion bzw. Verwendbarkeit gleich und keine wesentlichen Wertunterschiede, max. 20-25% aufweisen.

Für diese Pauschalbewertung wird mindestens einmal pro Jahr aus dem Wert des Anfangsbestandes zum 01.01. und den Werten aller Zugänge (Menge und Gesamtpreis) ein Durchschnittswert errechnet. Die Abgänge (Verbrauch) bleiben hierbei unberücksichtigt. Zum Jahresende wird der mengenmäßige Endbestand mit dem gewogenen Durchschnittswert multipliziert. Diese Bewertungsmethode wird im Zusammenhang mit einer permanenten Inventur, meist für Vorräte angewendet.

h) Verbrauchsfolgebewertung

Die Bewertung gleichartiger Vermögensgegenstände, meist Vorräte erfolgt hier in zeitlicher Reihenfolge, auch Verbrauchsfolge genannt. Die Verbrauchsfolgebewertung unterscheidet zwei Verfahren.

FiFo-Verfahren (first in-first out) unterstellt, dass die zuerst angeschafften oder hergestellten Vorräte zuerst verbraucht oder veräußert werden. Der Preis des letzten Zuganges fließt in den Wert des Schlussbestandes. Anwendung findet dieses Verfahren bei Saisonartikeln oder verderblichen Vorräten.

LiFo-Verfahren (last in-first out) unterstellt dagegen, dass die zuletzt angeschafften oder hergestellten Vorräte zuerst verbraucht oder veräußert werden. Bei erstmaliger Anwendung gilt der Vorjahresbestand als erster Zugang. Bei der Bewertung ist darauf zu

achten, dass der Wert der nicht angetasteten Bestände unverändert bleibt und die zuletzt angeschafften Mehrmengen (Layer) zuerst abgebaut werden. Anwendung findet dieses Verfahren bei Schüttgut, wie z.B. Splitt und Streusalz.

i) Hinweis zur Inventurrichtlinie

Nähere Einzelheiten zur Durchführung der Inventur sind in der Stadt Wolfsburg durch Dienstanweisung auf Grundlage der Inventurrichtlinie geregelt. Die Inventurrichtlinie gibt Auskunft über:

- Ausführungen zu den Grundsätzen ordnungsgemäßer Inventur
- Ansatzvorschriften
- Inventarbildung (Zuordnung von Werten zu einzelnen Vermögensgegenständen und Schulden)
- Arten und Fristen der Inventuraufnahme
- Anforderungen zur Dokumentation des Verfahrens und der Ergebnisse
- Inventurverfahren
- Gestaltungsspielräume beim Inventurverfahren
- Inventurvereinfachungen
- Aufbewahrung von Inventurunterlagen.

III. Kommunale Vermögensgegenstände

1. Immaterielle Vermögensgegenstände

78. Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um solche, die nicht körperlich fassbar sind, z.B. Rechte wie Konzessionen, Lizenzen und andere Nutzungsrechte, Schutzrechte, Erfindungen und anderes wirtschaftliches Know-how, sowie EDV-Software. Zeitpunkt der Inbetriebnahme ist das Datum des Überganges von Nutzen und Lasten auf die Stadt Wolfsburg oder bei EDV-Software bei Selbstherstellung ab erstmaliger Nutzung oder bei Kauf Installationsdatum (erstmalige Nutzung).
79. **Von Seiten der Stadt geleistete** Investitionskostenzuschüsse (Zuwendungen an Dritte), mit denen ein (Mit-) Nutzungsrecht erworben wurde auszuweisen. Sie werden über die wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Außerdem sind Zuwendungen mit Zweckbindungsfrist zu aktivieren und über die Dauer der Zweckbindung abzuschreiben. **Empfangene** Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden als Sonderposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes aufgelöst bzw. neutralisiert.
80. Nicht zu aktivieren sind immaterielle Vermögensgegenstände, die unentgeltlich erworben oder selbst hergestellt wurden, dies gilt u.a. auch für originäre Rechte der Kommunen (z.B. das Recht der Konzessionsvergabe).

2. Grundvermögen

81. Beim Grundvermögen wird wie folgt differenziert:
- Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
 - Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
 - Infrastrukturvermögen

Der Grundstücksbegriff im NKR stellt auf die wirtschaftliche Einheit (einheitlicher Nutzungs- und Funktionszusammenhang) ab, so dass mehrere Flurstücke, aber auch nur Teile davon ein Grundstück im Sinne des NKR bilden können. Grund- und Boden und Gebäude sind unterschiedliche Anlagegüter, bilden aber eine wirtschaftliche Einheit.

Aus diesem Grund sind alle Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (Kontenklasse 011000 bis 019999) von bebauten Grundstücken (Kontenklasse 021000 bis 029999) zu trennen. Die bebauten Grundstücke sind lt. NDS Landesamt für Statistik zu trennen nach

Grundstücke mit Wohnbauten

Grundstücke mit sozialen Einrichtungen

Grundstücke mit Schulen

Grundstücke mit Kultur-, Sport-, Freizeit- und Gartenanlagen

Grundstücke für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

Grundstücke mit sonstigen Dienst- Geschäfts- und anderen Betriebsgebäuden

Unter der jeweiligen Bilanzposition wird der Grund- und Boden als nicht abnutzbarer Vermögensgegenstand gesondert von den Außenanlagen, Aufbauten, Gebäuden usw. erfasst.

82. Unbebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude befinden. Als unbebautes Grundstück gilt auch ein Grundstück, auf dem infolge der Zerstörung oder des Verfalls der Gebäude auf die Dauer nutzbarer Raum nicht mehr vorhanden ist. Vgl. § 72 Bewertungsgesetz (BewG).
83. Baureife Grundstücke sind Grundstücke, wenn sie in einem Bebauungsplan als Bauland festgesetzt sind, ihre sofortige Bebauung möglich ist und die Bebauung innerhalb des Plangebiets in benachbarten Bereichen begonnen hat oder schon durchgeführt ist. Zu den baureifen Grundstücken gehören nicht Grundstücke, die für den Gemeinbedarf vorgesehen sind. Vgl. § 73 BewG.
84. Bebaute Grundstücke sind Grundstücke, auf denen sich benutzbare Gebäude befinden. Vgl. § 74 BewG.
85. Grundstücksgleiche Rechte sind dingliche Rechte, die wie Grundstücke gehandelt werden. Beispiel: Teil- oder Wohnungseigentum, Abbaurechte, Erbbaurecht. Ein Erbbauberechtigter ist i.d.R. nicht wirtschaftlicher Eigentümer des belasteten Grundstücks. Als Anschaffungskosten sind einmalige Erwerbskosten wie Notar- und Gerichtskosten, GrESt, Maklerprovision zu aktivieren. Bei der Übernahme anderer Aufwendungen (z.B. Erschließungskosten) handelt es sich i.d.R. um Vorauszahlungen auf den Erbbauzins. Hier ist ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden. Der Kapitalwert der Erbbauzinsverpflichtung wird nicht aktiviert (schwebendes Geschäft).

3. Infrastrukturvermögen

86. Die Bilanzposition umfasst die öffentlichen Einrichtungen, die im engeren Sinne eine Grundversorgung für das Leben in der Kommune bilden. Dazu gehören Grundstücke mit Straßen, Wegen und Plätzen, Brücken, Tunneln, Gleisanlagen, sonstigen Verkehrseinrichtungen und -anlagen und Versorgungseinrichtungen wie Kanalisation, Energie- und Wasserversorgung.
87. **Der Grund- und Boden ist auch hier gesondert von den Aufbauten, Einrichtungen, Anlagen usw. zu bewerten und auszuweisen.** Grundsätzlich selbstständige Vermögensgegenstände sind insbesondere:
 - Bushaltestellen, Unterstände an Bushaltestellen
 - Parkstreifen, Parkbuchten, Parktaschen, Taxistände
 - Parkplätze
 - Sonstige Plätze
 - Verkehrslenkungsanlagen (z.B. Kreisel)
 - Poller
 - Parkleitsysteme und andere Orientierungssysteme,
 - Verkehrsampeln, Signalanlagen
 - Straßenbeleuchtung
 - Radwege, Gehwege, kombinierte Rad- und Gehwege

4. Bauten auf fremden Grund und Boden

88. Bei den „Bauten auf fremden Grund und Boden“ sind Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für Bauten/Gebäude und selbstständige Gebäudeteile zu aktivieren, die der Bilanzierende als Nutzungsberechtigter (z.B. Mieter oder Pächter) aufgewandt hat. Damit wird das geschaffene Nutzungsrecht wie ein materielles Wirtschaftsgut (hier: Bauwerk/ Gebäude bzw. Gebäudebestandteil) behandelt.

5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

89. Bei den hier gesondert auszuweisenden Kunstgegenständen handelt es sich um Bestände von Museen, Galerien und Archiven oder um Kunstwerke allgemein anerkannter Künstler für die Gestaltung öffentlicher Gebäude und Plätze. In der Regel unterliegen diese Kunstgegenstände keinem Werteverzehr, so dass Absetzungen für Abnutzung (AfA) nicht in Frage kommen.
90. Vermögensgegenstände der Gebrauchskunst werden bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung erfasst und entsprechend abgeschrieben. Es handelt sich um Metall- oder Holzgegenstände, die von Künstlern geschaffen wurden und zum Gebrauch zur Verfügung stehen. Dies können sein Garderoben, Metall- und Holzmöbel Einzelfertigung Lichtobjekte, Gitter-Geländer, geschmiedete oder aus Holz gefertigte Schilder, Tore, Türen.
91. Kulturdenkmäler sind Baudenkmäler, die als bauliche Anlagen nicht zu den Gebäuden gehören, und Bodendenkmäler. Zu den Kulturdenkmälern zählen ausschließlich jene, die in der Denkmalschutzliste geführt werden (Beispiele. Kriegerdenkmäler, Ehrenfriedhöfe, Säulen, Reste eine historischen baulichen Anlage). Bei der Grundsanierung werden die Sanierungskosten aktiviert und entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

6. Betriebsvorrichtungen

92. Betriebsvorrichtungen sind selbstständige Vermögensgegenstände, die zum beweglichen Anlagevermögen (Maschinen, technische Anlagen und Betriebsvorrichtungen) gehören, auch wenn sie baulich mit dem Grund und Boden oder dem Gebäude verbunden sind. **Sie sind gesondert auszuweisen und zu bewerten.** Für die Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen ist § 68 BewG maßgebend. Weitere Ausführungen zu den Betriebsvorrichtungen sind im Kapitel V Spezieller Bereich Hochbau erläutert.
93. Betriebsvorrichtungen des Infrastrukturvermögens sind beim Infrastrukturvermögen auszuweisen, § 99 Abs.1 Nr. 1 BewG.

Beispiel Betriebsvorrichtungen

94. Bezug nehmend auf die bilanziellen Bestandteile des Grundvermögens sind Betriebsvorrichtungen als selbstständige Gebäudebestandteile technische Anlagen und Maschinen, die fest mit dem Gebäude verbunden sind.

Beispiele: Küchen, Chemie-/Physiklabore in Schulen, Schauvitriolen, PKW-Aufzüge in Parkhäusern, Tresoranlagen, Laderampen bei Lagergebäuden

7. Vermögensgegenstände mit einem Wert über 150 Euro bis 1.000 Euro

95. Abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die einer selbstständigen Nutzung fähig sind, werden unterschieden in Vermögensgegenstände bis zu 150 € als geringwertiges Vermögen und Vermögensgegenstände von 150 € bis 1.000 € als Sammelposten bewegliches Vermögen. Für die jeweilige Zuordnung ist immer der Nettobetrag (ohne Umsatzsteuer) maßgebend. Genaue Ausführungen sind unter dem Beispiel Sammelposten und selbstständige Nutzbarkeit aufgeführt.

8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

96. Es handelt sich um Bilanzposition des Anlagevermögens. Hier werden nur Anzahlungen auf Sachanlagen und der Wert noch nicht fertig gestellter Sachanlagen erfasst. Solange der Vorgang der Anschaffung oder Herstellung nicht abgeschlossen ist, darf der Vermögensgegenstand als solches weder ausgewiesen noch abgeschrieben werden. Der Herstellungsvorgang wird mit Fertigstellung des Gegenstandes abgeschlossen (§ 9a EStDV). Sofern er im Unternehmen genutzt werden soll, ist dies der Zeitpunkt, in dem er nach seinem Zustand der bestimmungsgemäßen Verwendung zugeführt werden kann. Somit entspricht der erste Tag der Nutzung dem Aktivierungsdatum. Es ist ausreichend, dass der Vermögensgegenstand in wesentlichen Bereichen nutzbar ist (Teilbetriebnahme). Das Datum der Inbetriebnahme/Teilbetriebnahme ist der Anlagenbuchhaltung mitzuteilen.
97. Anzahlungen sind Vorleistungen auf schwebende bzw. noch nicht abgewickelte Geschäfte aus Lieferungs- und Leistungsverträgen. Ohne Rücksicht darauf, ob die zu erbringende Leistung aktivierbar ist oder nicht, sind geleistete Anzahlungen zu aktivieren. Der Ausweis erfolgt auf einem gesonderten Konto, das je nach Art der vereinbarten Leistung entweder als geleistete Anzahlung auf Vorräte (#087), geleistete Anzahlung auf Sachanlagen (#091) oder Anlagen im Bau (#096) zuzuordnen ist.
98. Wird die Leistung vom Vertragspartner erbracht und wurde ein aktivierbarer Vermögensgegenstand angeschafft, dann sind die Aufwendungen auf das entsprechende Bestandskonto umzubuchen. Ist die Lieferung oder Leistung sofortiger Aufwand, dann ist die Anzahlung auf ein entsprechendes Aufwandskonto umzubuchen.
99. Unter Anlagen im Bau sind die bis zum Bilanzstichtag entstandenen **Herstellungskosten** eines noch nicht fertig gestellten Vermögensgegenstandes des Sachanlagevermögens zu aktivieren (z.B. Baumaßnahmen). Nach der Fertigstellung erfolgt die Umbuchung auf das entsprechende Bestandskonto.

Beispiel Anlagen im Bau

Zu buchen sind **alle Eingangsbuchungen** in voller Höhe, unabhängig von der Auszahlung! Die Überprüfung der Rechnungen auf Zuordnung zu den Anschaffungs- und Herstellungswerten oder Aufwand erfolgt vorab. Aufwandsrechnungen werden direkt in die Ergebnisrechnung gebucht und nicht als AiB erfasst.

Sicherheitseinbehalte werden bis zur Ablösung durch eine Bürgschaft oder Beendigung des Einbehaltzeitraumes gebucht auf (# = Zeichen für Konto):

Aufwand AiB-Konto an # Kreditor (aufpassen Zahlungsfrist ist erst nach Ablauf des Einbehaltes!)

Durch Vorlage einer Bankbürgschaft kann der Kreditor die Auszahlung verlangen. Dazu wird die Zahlungsfrist auf das Bankbürgschaftsdatum gesetzt.

Die Buchung lautet:

Kreditor an Bank

Nicht gebuchte Sicherheitseinbehalte werden in Folgejahren zu periodenfremden Aufwendungen, die nicht durch Budget gedeckt sind und somit nicht planbare Kosten darstellen!

Baukosten bei denen **Rechtssteitigkeiten gegenüber Lieferanten** bestehen werden in voller Höhe als AiB erfasst. Hierzu zählen dann auch die Anwalts- und Gerichtskosten. Da keine Auszahlung bis zum Abschluss des Verfahrens erfolgt, wird wie folgt gebucht:

Aufwand AiB-Konto an # Kreditor mit Zahlsperre für diese Leistung!

und parallel dazu

#443109 Rechtsanwalts- und Prozesskosten an # 287140 Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren

Nach Abschluss des Verfahrens muss die Rückstellung durch Zahlung, Gegenbuchung AiB oder Aufwand aufgelöst werden!

9. Finanzvermögen

100. Finanzanlagen sind monetäre Vermögensgegenstände im Eigentum der Stadt Wolfsburg. Zu den Finanzanlagen gehören alle dauerhaften Finanzinstrumente, insbesondere Investitionen der Stadt Wolfsburg in ein anderes Unternehmen, Kapitalmarktpapiere und Finanzforderungen, die langfristig angelegt sind. Entscheidend für die Zuordnung zum Anlagevermögen ist aber nicht die Art der Investition, sondern ihr Zweck, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen. Dienen die Finanzinvestitionen nicht dauerhaft dem Geschäftsbetrieb, werden sie den liquiden Mitteln zugerechnet.

101. Anteile an verbundenen Unternehmen sind solche, an denen die Kommune beteiligt ist und die im Gesamtabchluss voll zu konsolidieren sind. Dies ist i.d.R. der Fall, wenn die Kommune einen beherrschenden Einfluss ausübt. Dieser liegt vor, wenn die Kommune mehr als 50% der Stimmrechte ausübt oder aus anderen Gründen (z.B. durch Vertrag) vorliegt.

Dies sind in % vom Stammkapital folgende Unternehmen (Stand: 09.06.2008)

- a) Stadtwerke Wolfsburg AG = 100 %
- b) CongressPark Wolfsburg GmbH = 100 %
- c) BZW Bildungszentrum Wolfsburg GmbH = 100 %

102. Beteiligungen sind Anteile an Unternehmen, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesem Unternehmen herzustellen. Ansonsten liegt bei über 20 %igen Anteilen eine Beteiligung vor, wenn eine dauerhafte Beziehung beabsichtigt ist (entsprechend § 271 I 1 und 3 HGB).

Dies ist anzunehmen für (in % vom Stammkapital):

- a) Wolfsburg AG = 50 %
- b) Theater der Stadt Wolfsburg GmbH = 49,2 %

103. Das Sondervermögen gem. § 102 I NGO entspricht den Regelungen der Gemeindeordnungen der Länder mit dem Gemeindegliedervermögen, den rechtlich unselbstständigen Stiftungen, den wirtschaftlichen Unternehmungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und öffentliche Einrichtungen, für die aufgrund gesetzlicher Vorschriften Sonderrechnungen geführt werden, sowie rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungs-Einrichtungen.

- a) Schwefelbad Fallersleben (Eigenbetrieb)

104. Ausleihungen entstehen, wenn Gläubiger Mittel an den Schuldner entweder direkt oder unter Zwischenschaltung eines Vermittlers ausleihen, und die entweder in einem begehbaren Titel oder gar nicht verbrieft sind. Die Kommune tritt meist als Kreditgeber auf.

Da Anteile an einer Genossenschaft weder Beteiligung noch Wertpapier sind, werden diese analog § 271 I 5 HGB als **Ausleihungen** ausgewiesen. Für die Stadt Wolfsburg gilt dies für die

Allertal Baugenossenschaft e.G. mit 5.244 Anteilen = 38,62 %.

105. Wertpapiere sind Urkunden, die ein privates Recht verbrieft. Dies sind unter anderem Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und Finanzderivate. Um diese bestehenden Forderungsrechte, Beteiligungsrechte, Sachenrechte oder Optionsrechte geltend zu machen, ist zumindest der Besitz der Urkunde notwendig. Eine Urkunde dient der Sichtbarmachung und als Nachweis eines Rechtes. Vor allem in der Übertragbarkeit liegt der Charakter des Wertpapiers. Ohne eine Urkunde kann das darin verbrieftete Recht nicht geltend gemacht werden. Hält die Gemeinde weniger als 20 % des Nennwertes eines Unternehmens, sind diese Urkunden als Wertpapiere in der Bilanz nachzuweisen, höhere Anteile dagegen als Beteiligungen.

Wertpapiere können folgende Rechte verkörpern:	
Forderungsrechte	Geldforderung aus Sparheft, Anleihe
Beteiligungsrechte	Stimmrechte und/oder Vermögensrechte, (Bsp.: Aktien)
Sachenrechte	Schuldbrief (Eigentumsrecht an einem Grundstück)
Optionenrechte	Optionsschein

für die Stadt Wolfsburg sind das folgende Wertpapiere:

- a) Fallersleber Elektrizitäts-AG in vier Aktien = 0,09 %

106. Entsprechend den verbindlichen Zuordnungsvorschriften zum niedersächsischen Kontenrahmen sind auszuweisen als:

liquide Mittel :

- Sichteinlagen bei Banken und Kreditinstituten
 - * Einlagen (in Landes- oder in Fremdwährung) bei Banken, deren sofortige Umwandlung in Bargeld verlangt werden kann oder die durch Scheck, Überweisung, Lastschrift oder ähnliche Verfügungen übertragbar sind, und zwar beides ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühr.
 - * Einlagen auf Konten bei deutschen und ausländischen Kreditinstituten
 - * Einlagen auf Konten bei der Bundesbank und/oder bei der Europäischen Zentralbank

- Sonstige Einlagen
Einlagen (in Landes- oder in Fremdwährung), bei denen es sich nicht um übertragbare Sichteinlagen handelt. Sonstige Einlagen können nicht jederzeit als Zahlungsmittel verwendet werden, und es ist nicht ohne nennenswerte Beschränkung oder Gebühren möglich, ihre Umwandlung in Bargeld zu verlangen oder sie auf Dritte zu übertragen

- * Termineinlagen, Termingelder
- * Tagesgelder
- * Spareinlagen, Sparbücher, Sparbriefe, Einlagenzertifikate
- * Einlagen, die auf besonderem Sparvertrag oder Ratensparen beruhen
- * von Bausparkassen, Kreditgenossenschaften u.ä. ausgegebene Einlagenpapiere, die rechtlich
oder faktisch jederzeit oder relativ kurzfristig kündbar sind
- * kurzfristige Rückkaufvereinbarungen, bei denen es sich um Verbindlichkeiten von Kreditinstituten handelt.

- Bargeld

Finanzvermögen:

- Anteile an verbundenen Unternehmen
- Beteiligungen
- Sondervermögen
- Ausleihungen
- Wertpapiere
- Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen
- Privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände
 - * Privatrechtliche Forderungen aus Dienstleistungen
 - * Sonstige Forderungen
 - * Durchlaufende Posten (z.B. Vorschüsse)
 - * Sonstige Vermögensgegenstände
 - * Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital und eingeforderte Nachschüsse
 - * Vorsteuer
 - * Übrige privatrechtliche Forderungen
Sonstige privatrechtliche Forderungen, die durch einen zeitlichen Abstand zwischen Verteilungstransaktionen und den entsprechenden Zahlungen entstehen. Das gilt beispielsweise für:

- Pachten auf Land und Bodenschätze
- Dividenden
- Zinsen

* Wertberichtigungen aus übrigen privatrechtlichen Forderungen

10. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

107. Bei den kommunalen Forderungen wird zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Forderungen / sonstigen Forderungen unterschieden. Da sie für die Aktivierung von Anlagevermögen von untergeordneter Bedeutung sind, wird auf das Kontierungshandbuch verwiesen.
108. Weitere Vermögensgegenstände des Finanzvermögens, die keiner anderen Position zugeordnet werden können, werden unter dem Sammelposten „sonstige Vermögensgegenstände“ erfasst (Beispiele: Forderungen gegen Institutionen, Behörden und Mitarbeiter, Ansprüche auf Steuererstattungen und Sozialversicherungsbeiträge, Kautionsleistungen).

IV. Spezieller Bereich Tiefbau

1. Straßenbewertung in der Eröffnungsbilanz

109. Die Bewertung des städtischen Straßenvermögens für die Eröffnungsbilanz wurde anhand der **Straßendatenbank** (ROSY-PMS der Fa. GSA) des GB Straßenbau und Projektkoordination vorgenommen. Hierbei wurde die detaillierte Aufgliederung in Straßen, Gehwege und sonstigen Flächen analog zur Straßendatenbank in die Anlagenbuchhaltung übernommen. Der Wertansatz erfolgt mit rückindizierten Zeitwerten, die auf Basis von durchschnittlichen Kosten ermittelt wurden.

110. Die Sachlage innerhalb der Straßenabschnitte für die mit ROSY bewerteten Vermögensteile stellt sich wie folgt dar:

Doppikbewertung		Stadtverwaltung Wolfsburg		Bewertung															
Straße				Zustandsmerkmal					Bewertung										
Abschnitt		Spurweiten	Allg. Unebenheiten	Einzel- / Netzrisse, Offene Pflasterungen	Oberflächenschäden	Flickstellen	Zustandskennziffer	Abschreibungsdauer lt. Tabelle	Restnutzungsdauer	fiktives Baujahr	Einheitspreis (EUR)	Fläche (m²) / Länge (m) Anzahl	Anschaffungskosten (EUR)	Anschaffungskosten nach Zustand (EUR)	Index aus Indertabelle	rückindizierte Anschaffungskosten (EUR)			
von	bis																Wertobjekt		
Straße		Siekstraße																	
Straßenschlüssel		20660																	
Bezirk		SUED																	
Straßenklasse		3.Wohnstr./Asphalt																	
Bauweise		2. Innerorts- Nied.-Verkehr																	
Ortsteil		Hattorf																	
Baubezirk		1980 (bis)																	
Eigentümer		WEB-Entwässerung ja																	
Kategorie		Gemeindestraße																	
0		88																	
Fahrbahn				Schaden (%)	0	0	0	50	3										
				Bewertungssatz	100	100	100	30	100										
				Gewichtung	15	15	25	25	20										
				gew. Bewertung	15	15	25	8	20	83	35	29	2001	49,52	479,8	23.749,79	19.593,58	100,7	19.730,73
Bordstein rechts				Schaden (%)	0														
				Bewertungssatz	100														
				Gewichtung	100														
				gew. Bewertung	100					100	50	50	2007	24,21	88,0	2.130,48	2.130,48	102,5	2.183,74
Bürgersteig rechts				Schaden (%)	0														
				Bewertungssatz	100														
				Gewichtung	100														
				gew. Bewertung	100					100	25	25	2007	49,45	75,0	3.708,75	3.708,75	102,5	3.801,47
Bürgersteig rechts				Schaden (%)	100														
				Bewertungssatz	30														
				Gewichtung	100														
				gew. Bewertung	30					30	25	8	1990	49,45	57,0	2.818,65	845,60	88,2	745,81
Rinne rechts				Schaden (%)	0														
				Bewertungssatz	100														
				Gewichtung	100														
				gew. Bewertung	100					100	30	30	2007	20,66	88,0	1.818,08	1.818,08	102,5	1.863,53
Rinne links				Schaden (%)	0														
				Bewertungssatz	100														
				Gewichtung	100														
				gew. Bewertung	100					100	30	30	2007	20,66	88,0	1.818,08	1.818,08	102,5	1.863,53
																30.188,82			

Eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Bestandteile der Straßenbewertung ist den Erläuterungen der Eröffnungsbilanz zu entnehmen.

111. Investitionszuweisungen und -zuschüsse für abnutzbare Vermögensgegenstände werden in der Bilanz als Sonderposten auf der Passivseite ausgewiesen. Ihre Auflösung erfolgt ertragswirksam über die Nutzungsdauer des Vermögensgegenstands analog der Regelungen zur Abschreibung (§ 47 GemHKVO). Investitionszuweisungen und -zuschüsse für nicht abnutzbare Vermögensgegenstände werden unmittelbar in Reinvermögen eingestellt. Die Ermittlung der GVFG-Mittel erfolgt auf Grundlage der Haushaltsmittel und wird ebenso als Sonderposten eingestellt.

112. Für die vor dem 01.01.2005 fertig gestellten Vermögensteile liegt eine derart detaillierte Aufgliederung nicht vor. Die Aufteilung in die einzelnen Bestandteile der Straße erfolgt für diese Vermögensteile mittels geeigneter Schlüssel.
113. Bei Straßen, die nach dem 01.01.2005 fertig gestellt wurden (maßgeblich ist der Zeitpunkt der Abnahme), erfolgt der Wertansatz mit den tatsächlichen Anschaffungs- und Herstellungswerten.
Straßen die noch nicht in der Nutzung befindlich sind, werden als Anlagen im Bau bilanziert.
Unter diesem Bilanzposten werden Fremdleistungen, Eigenleistungen oder auch die Entnahme von Lagermaterial gesammelt.
Bei Anlagen im Bau wird keine planmäßigen Abschreibung vorgenommen.
Ist zum Jahresabschluss die Stadt Wolfsburg wirtschaftliche Eigentümerin der Anlage im Bau, liegen aber noch keine Rechnungen für die bisher ergangenen Leistungen vor, ist im Rahmen des Grundsatzes der Vollständigkeit der Wert der Teilleistung vorsichtig zu schätzen. Bei Teilinbetriebnahmen ist wie unter dem Punkt Anlagen im Bau vorzugehen.

2. Fortschreibung des Straßenvermögens

114. Im Rahmen der Fortschreibung wird die in der Eröffnungsbilanz abgebildete Struktur beibehalten. Wird also eine Erneuerung des Gehweges in einem Abschnitt vorgenommen, so erfolgt eine **flächenbezogene Herauslösung** des alten Gehweganteils aus dem Straßenabschnitt. Der Restbuchwert des Gehweganteils wird außerplanmäßig abgeschrieben und der neue Gehweg unter einer separaten Anlagen(unter)-nummer aktiviert.
115. Wenn also im obigen Beispiel der Bürgersteig mit der Zustandskennziffer 30 für 10.000 Euro erneuert würde, müsste der Restbuchwert des alten Bürgersteiges von z.B. 745,81 Euro einer ergebniswirksamen außerplanmäßigen Abschreibung unterworfen und in den Abgang gestellt werden. Im Gegenzug würde der neue Gehweg mit 10.000 Euro in einer separaten Anlagen(unter)-nummer aktiviert und über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 25 Jahren abgeschrieben.
116. Die in GSA enthaltenen Bewertungsdaten sind in einzelne Straßenabschnitte untergliedert. Innerhalb der Abschnitte erfolgt eine weitere Unterteilung nach den einzelnen Bestandteilen wie Fahrbahn, Gehweg, Grünstreifen etc. Neue Maßnahmen werden nach den einzelnen Bestandteilen ausgeschrieben und können dadurch entsprechend den einzelnen Posten im Anlagevermögen zugeordnet werden.
117. Eine **aktivierungsfähige Investition** wird nur dann unterstellt, wenn durch eine Maßnahme an einem Straßenabschnitt / an einem Fahrbahn- oder Nebenflächenabschnitt eine grundlegende Erneuerung, Erweiterung oder wesentliche Verbesserung der Fläche vorgenommen wird.

Eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende **wesentliche Verbesserung** des Vermögensgegenstande liegt vor allem dann vor, wenn ein vorhandener Gegenstand als solcher (also nicht nur seine Teile) so verändert wird, dass eine andere Gebrauchs- oder Verwendungsmöglichkeit oder wenn der vorhandene Gegenstand so erheblich verbessert wird, dass praktisch ein neuer Gegenstand entsteht (z.B. wesentliche Erhöhung der Kapazität) die Leistungsfähigkeit derart verändert wird, dass sich in künftigen Jahre der

Gebrauchswert bzw. das Nutzungspotenzial deutlich erhöht oder wenn der Gebäudestandard durch umfassende Maßnahmen angehoben wird.

Wird durch die Maßnahme die **Nutzungsdauer** erheblich verlängert, so liegt hierin i.d.R. eine wesentliche Verbesserung des Vermögensgegenstandes.

Wird ein in seinen wesentlichen Teilen abgenutzter, verbrauchter oder zerstörter Gegenstand (Vollverschleiß) im Wege der **Generalüberholung** wieder nutzbar gemacht, so ist hierin unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise die Herstellung eines neuen Vermögensgegenstandes zu sehen.

Erweiterung bedeutet eine Mehrung der Substanz des Gegenstandes als solchem, mit der i.d.R. eine Erweiterung der Nutzungsmöglichkeiten einhergeht.

118. Bei allen übrigen Maßnahmen handelt es sich nicht um Investitionen sondern um Aufwand für **Instandhaltung**.

V. Spezieller Bereich Hochbau

1. Bewertung in der Eröffnungsbilanz

119. Für die Eröffnungsbilanz wurden die städtischen Gebäude im Wesentlichen im **Sachwertverfahren** nach der Wertermittlungsverordnung (WertV) auf Basis der Normalherstellungskosten (NHK 2000) bewertet. Außenanlagen auf den Liegenschaften wurden dabei in wenigen Fällen durch Zuschläge pauschal berücksichtigt (nur bei sehr neuen Außenanlagen), in den meisten Fällen wurden sie nicht zusammen mit den Gebäuden, sondern separat durch den GB Grün bewertet. Die ermittelten Wiederbeschaffungszeitwerte wurden gemäß den Vorgaben im niedersächsischen Gemeindehaushaltsrecht rückindiziert. Detaillierte Ausführungen zu Inventur, Vollständigkeit und Bewertung sind den Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden in der Eröffnungsbilanz der Stadt Wolfsburg zu entnehmen.

120. Sachwertverfahren Gebäudebewertung

Grundschemata: Normalherstellungskosten Tabelle 2000 X Korrekturfaktoren
= objektbezogene Normalherstellungskosten X Raum-/Flächeneinheit X Baunebenkosten
= Herstellungswert am Wertermittlungsstichtag - Alterswertminderung (lineare Abschreibung) und Wertminderung wegen Baumängel +/- sonstige wertbeeinflussende Merkmale
= Gebäudewert am Wertermittlungsstichtag X Rückindizierung (Baupreisindex des Baujahres)
= Rückindizierter Gebäudesachwert

121. Einen Sonderfall der Bebauung stellen die **Sportanlagen** dar, die einschließlich Aufbauten unter den bebauten Grundstücken ausgewiesen werden. Für die Tartanbahnen, Tribünen, Absperrungen etc. wurde aus Erfahrungswerten hergeleiteter Zuschlag auf den Bodenwert angesetzt. Einzelne wurden hingegen Umkleidekabinen, Funktionsgebäude, Fluchtanlagen etc. aktiviert.

Beispiel Sanierung von Sportanlagen

122. Einer besonderen Würdigung bedarf es, wenn Sportanlagen, die für die Eröffnungsbilanz pauschal bewertet wurden, nachträglich ganz oder teilweise ersetzt werden. Dann ist nach nachfolgendem Ermittlungsschema der Abgangsbetrag zu ermitteln und die (teilweise) neu erstellte Anlage (als Betriebsvorrichtung) mit ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer zu aktivieren.

Wiederbeschaffungszeitwert der Sportanlage	10.000 €
davon Kalkulationsanteil der Tartanbahn 30%	
abzüglich Alterswertminderung (Eröffnungsbilanz)	-7.000 €
<i>Anfangsbestand in der Eröffnungsbilanz</i>	<i>3.000 €</i>

abzüglich zwischenzeitliche Abschreibungen	-1.000 €
<i>Restbuchwert zum Zeitpunkt des Ersatzes</i>	<i>2.000 €</i>
davon Kalkulationsanteil der Tartanbahn 30% = Abgang per außerplanmäßiger Abschreibung	-600 €
<i>Restbuchwert nach Teilabgang Tartanbahn</i>	<i>1.400 €</i>

123. Im Stadion Wolfsburg werden anlässlich der Sanierung der Kunststoffdecken folgende Leistungen abgerechnet:

Baustelleneinrichtung	1.115 €
Belegablösungen bis 30 cm breit (73,4 m ²)	1.838 €
Belegablösungen > 30 cm breit (73,8 m ²)	1.627 €
Asphaltbelag reinigen und mit Polyurethan-Bindemittel behandeln (147,2 m ²)	60 €
PU-Haftbrücke für Kunststoffdecke (1.580,9 m ²)	664 €
Spritzbeschichtung Rot für Kunststoffflächen (1.580,9 m ²)	11.762 €
Markierungslinien und M-Punkte einmessen und aufbringen	1.084 €
	18.150 €

Es handelt sich bei der Sanierung – trotz des relativ hohen Gesamtbetrages – um Erhaltungsaufwendungen.

2. Folgebilanzierung von Gebäuden

124. Der **Neubau** von Gebäuden ist, wie in der Aktivierungsrichtlinie unter II. Allgemeiner Teil beschrieben, zu den Anschaffungs- und Herstellungswerten zu erfassen. Der **Kaufpreis** für bebaute Grundstücke muss aufgeteilt werden in Anschaffungswerte für Grund & Boden (Bewertung nach dem Verkehrswert) und Gebäude. Die Differenz zwischen Verkehrswert und Anschaffungswert gesamt ergibt den Wert des Gebäudes (sog. Restwertmethode).
125. Die Erfassung von Gebäuden und Gebäudebestandteilen erfolgt mit den Anschaffungs- und Herstellungswerten, wie im Abschnitt II – Allgemeinen Teil beschrieben. Zu unterscheiden sind dabei die bilanziellen Bestandteile des Grundvermögens:
- Gebäude
 - Selbstständige Gebäudeteile
 - Scheinbestandteile
 - Ladeneinbauten und ähnliche Einbauten
 - Sonstige Mietereinbauten
 - Betriebsvorrichtungen § 68 BewG
 - Grund und Boden
 - Außenanlagen.

126. Unterscheidung in selbstständige und unselbstständige Gebäudebestandteile

Unselbstständige Gebäudeteile geben dem Gebäude ein besonderes Gepräge bzw. ihr Fehlen gibt dem Gebäude ein negatives Gepräge, z.B. Fahrstuhl, Heizung, Türen, Beleuchtungsanlagen, Kabelkanäle. Unselbstständige Gebäudeteile fließen in die Gebäudebewertung ein und müssen grds. nicht einzeln inventarisiert werden, da sie in einem einheitlichen Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit dem Gebäude stehen.

Selbstständige Gebäude und Gebäudeteile:

Kommunalnutzungsorientiert errichtete Gebäude sind insbesondere Gebäude des Bereiches der öffentlichen Einrichtungen, welche für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind.

1. Scheinbestandteile: bewegliche Sachen, die nur zu einem vorübergehenden Zweck in das Gebäude eingebaut/ eingefügt sind (z.B. durch Verschraubung, Verdübelung).
Einrichtungen in naturwissenschaftlichen Schulräumen, Aquarien in Schulen, Tafeln, Küchen, Schaukästen
2. Ladeneinbauten und ähnliche Einbauten: Hierzu gehören Ladeneinbauten, Gaststätteneinbauten sowie ähnliche Bauten, die einem schnellen Wandel insbesondere des modischen Geschmacks unterliegen. Es handelt sich um statisch unwesentliche Gebäudeteile.
3. Sonstige Mietereinbauten und umbauten: hierzu gehören Mietereinbauten und umbauten der Gemeinde als Mieter in fremden Gebäuden
4. Betriebsvorrichtungen: hierzu gehören Maschinen und sonstige Vorrichtungen aller Art, mit denen ein Gewerbe unmittelbar betrieben wird. Die sonstigen Vorrichtungen können auch Bauwerke oder Teile von Bauwerken sein, z.B. Druckmaschinen, Lastenaufzüge, Eislaufflächen, bühnentechnische Anlagen, Tresorraum, Schwimmbecken, Trafohäuschen, Sportplatz, Kinderspielplatz

Grund & Boden ist zu gliedern in bebaute und unbebaute Flächen. Die Grundstücke sind entsprechend der vorhandenen Nutzung zu bewerten.

Außenanlagen i.e.S. sind bauliche oder nicht-bauliche Anlagen, die der Benutzung des Grundstücks dienen, die keine Gebäude oder Betriebsvorrichtungen sind und die nicht in einer besonderen Beziehung zu einem auf dem Grundstück ausgeübten gewerblichen Betrieb stehen, z.B. Einfriedungen, Umzäunungen, Hof- und Platzbefestigungen, Verkehrsflächen für die Feuerwehr, Gartenanlagen, Parkanlagen, Wälder und i. w. S. Straßen, Brücken, Tunnel, Deiche.

3. Abgrenzung zu den Betriebsvorrichtungen

127. Bei der Folgebilanzierung ist für jede einzelne Maßnahme die Unterscheidung in Gebäudebestandteile und sog. Betriebsvorrichtungen zu beachten. Diese Klassifizierung ist deshalb wichtig, weil sich aus der Zuordnung ein unterschiedlicher Umgang in der Bilanz ergibt. Bei **Betriebsvorrichtungen** erfolgen die Bilanzierung getrennt vom Gebäude unter der Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie die Abschreibung über die jeweilige betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der Betriebsvorrichtung. Hingegen entscheidet sich die Aktivierungsfähigkeit von **Gebäudebestandteilen** nach dem Gebäude selbst; auch die Nutzungsdauer ist an das Gebäude gekoppelt.
128. Entscheidungen zur Zuordnung von Maßnahmen zu Gebäudebestandteilen oder Betriebsvorrichtungen orientiert sich die Stadt am „Gleich lautenden **Erlass** der obersten Finanzbehörden der Länder zur Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen“ vom 15. März 2006.

Beispiel Abgrenzung Betriebsvorrichtung

129. Bei der Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen ist zunächst zu prüfen, ob das Bauwerk ein Gebäude ist. Liegen alle Merkmale des Gebäudebegriffs vor, kann das Bauwerk keine Betriebsvorrichtung sein (BFH vom 15. Juni 2005, BStBl II S. 688 m. w. N.). Ist das Bauwerk keine Gebäude, liegt nicht zwingend eine Betriebsvorrichtung vor. Vielmehr muss geprüft werden, ob es sich um einen Gebäudebestandteil bzw. eine Außenanlage oder um eine Betriebsvorrichtung handelt. Wird ein Gewerbe mit dem Bauwerk unmittelbar betrieben, liegt eine Betriebsvorrichtung vor.
- Der Lastenaufzug in einem Verwaltungsgebäude wird losgelöst zum zugehörigen Vermögensgegenstand Verwaltungsgebäude im Posten „071 Betriebsvorrichtungen“ ausgewiesen.
 - In einem Verwaltungsgebäude ist eine Tresorraumanlage untergebracht. Deren Stahltüren und Stahlkammern sind Betriebsvorrichtungen. Diese Betriebsvorrichtungen werden in der Bilanzposition „Betriebs- und Geschäftsausstattung“ ausgewiesen. Die Abschreibungsplanung für die Stahltüren und Stahlkammern erfolgt eigenständig, losgelöst von den diesbezüglichen Festlegungen für das zugehörige Verwaltungsgebäude.

VI. Spezieller Bereich Grünflächen

1. Bewertung in der Eröffnungsbilanz

130. Grünflächen sind nach der Empfehlung der Arbeitsgruppe Inventurvereinfachung wertmäßig vereinfacht mit einem Pauschalwert von 6,50 EUR je qm angesetzt. Dies entspricht einer Bewertung gemäß § 96 Abs. 4 Satz 2 NGO mit den Anschaffungs- und Herstellungswerten sowie gemäß § 46 Abs. 1 GemHKVO als **Festwert** (siehe Erläuterungen Exkurs Inventur- und Bewertungsmethoden, Pkt. f) Festbewertung).
131. Folgende Sonderflächen in eigener Zuständigkeit des GB Grün, sowie die in den Jahren 2005 und 2006 hergestellten Flächen wurden gemäß § 96 Abs. 4 Satz 2 NGO mit den Anschaffungs- und Herstellungswerten als Festwert (incl. Regiekosten i. H. v. 10% Anlehnung an die HOAI) angesetzt:
- Allerpark – Landesgartenschau
 - Allerpark – Sommerland
 - WC-Anlage Allersee

Beispiel Grünflächen

Wiederbeschaffungszeitwert Grünflächenaufwuchs	10.000 €
davon Kalkulationsanteil der Wege 15%	
abzüglich Alterswertminderung (Eröffnungsbilanz)	-7.000 €
<i>Anfangsbestand in der Eröffnungsbilanz</i>	<i>3.000 €</i>
abzüglich zwischenzeitliche Abschreibungen	-1.000 €
<i>Restbuchwert zum Zeitpunkt des Ersatzes</i>	<i>2.000 €</i>
davon Kalkulationsanteil der Wege 15% = Abgang per außerplanmäßiger Abschreibung	-300 €
<i>Restbuchwert nach Teilabgang der Wege</i>	<i>1.700 €</i>

132. Durch den GB Grün wurden neben den Anlagen in eigener Zuständigkeit (städtisches Erholungsgrün und Freiflächen sowie Friedhöfe) folgende Objektklassen bewertet:
- Schulen
 - Spiel- und Bolzplätze
 - Kindertagesstätten
 - Heimatpflege
 - Straßengrün
 - Liegenschaftsflächen
 - Klinikum
 - Jugendamt
 - Pumpstationen und Gräben der WEB

2. Folgebilanzierung von Grünflächen

133. Eine aktivierungsfähige Investition wird nur dann unterstellt, wenn durch eine Maßnahme an einer Grünfläche eine grundlegende Erneuerung, Erweiterung oder wesentliche Verbesserung der Grünfläche vorgenommen wird.
134. Bei allen übrigen Maßnahmen handelt es sich nicht um Investitionen sondern um Aufwand für **Instandhaltung**.
135. Um eine Einheitlichkeit der Bewertung bei den Grünflächen zu erreichen, erfolgt die Einbeziehung künftiger Baumaßnahmen in den Festwert. Dadurch wird gewährleistet, dass der Bilanzansatz der Grünanlagen nie unter den Anhaltewert von 50% sinkt. Abschreibungen auf das Anlagevermögen sind entsprechend um die Hälfte niedriger, als bei Verzicht auf den Festwert. Handhabungen zum Festwert sind dem Punkt 6 Exkurs Inventur- und Bewertungsverfahren unter f) Festbewertung zu entnehmen.

VII. Anhang

Anhang 1

„Gleich lautenden Erlass der obersten Finanzbehörden der Länder zur Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen“ vom 15. März 2006

Anhang 2

BMF-Schreiben IV C 3 – S 2211 – 94/03 „Abgrenzung von Anschaffungskosten, Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen bei der Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden“ vom 18. Juli 2003

Anhang 3

Steuerliche und bilanzielle Behandlung von Leasing

Anhang 4

Rahmenrichtlinie zur Aufstellung und Ausführung des Ergebnis- und Finanzhaushaltes

Anhang 5

Rahmenrichtlinien für die Bemessung von Baunebenkosten als Bestandteil der zu aktivierenden Eigenleistungen

Anhang 6

Richtlinien für die Ermittlung der Verkehrswerte (Marktwerte) von Grundstücken (Wertermittlungsrichtlinien – WertR 2006)

Anhang 7

Normalherstellungskosten 2000 – gemäß den Wertermittlungsrichtlinien des Bundes und dem Runderlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 01.12.2001 (BS 12-63 05 04 – 30/1)

Quellenverzeichnis

- Abschreibungssätze in der Kommunalverwaltung für Niedersachsen RdErl. D. MI v. 04.12.2006 (Nds.MBI Nr.2/2007 S. 42)- Stand Januar 2007
- Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung der Verkehrswerte von Grundstücken (WertV) vom 06.Dezember 1988 (BGBl. I S. 2209) geändert durch Art § des BauROG vom 18.08.1997
- Gleichlautende Erlasse der obersten Finanzbehörden der Länder betreffend Abgrenzung des Grundvermögens von den Betriebsvorrichtungen vom 31.03.1992
- Handelsgesetzbuch
- BMF - Amtliches Einkommenssteuer-Handbuch 2006
- Quelle www.steuernetz.de
- Neue steuerliche AfA-Tabellen werden unmittelbar nach deren Veröffentlichung durch das Bundesministerium der Finanzen im Bundessteuerblatt in die Internet-Ausgabe der

AfA-Tabellen aufgenommen. Letzte Änderung: BStBl Nr. 19 vom 17.12.2001.
www.urbs.de/afa/home.htm

- *Lasar/Grommas/Goldbach/Zähle* – Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen in Niedersachsen – Kurzkomentar, Aktuelle Vorschriften
- *Anders/Horstmann/Bernhardt/Mutschler/Stockel-Veltmann* – Kommunales Finanzmanagement in Niedersachsen – Neues Kommunales Rechnungswesen (NKR) – Fachbuch mit praktischen Übungen und Lösungen
- *Joachim Rose* – 2. Auflage – Kommunale Finanzwirtschaft Niedersachsen – Grundriss für die Aus- und Fortbildung – Studienreihe öffentliche Verwaltung
- *Joachim Rose* – 5. Auflage – Haushaltswirtschaft der niedersächsischen Gemeinden – Grundriss für die Ausbildung und Fortbildung – Studienreihe öffentliche Verwaltung

Abkürzungsverzeichnis

ADS	Adler/Düring/Schmalz
Abs.	Absatz
AfA	Absetzung für Abnutzung
AGB	Allgemeine Geschäfts Bedingungen
AHK	Anschaffungs- und Herstellungskosten
AHW	Anschaffungs- und Herstellwerte
BA	Bauabschnitt
BewG	Bewertungsgesetz
BGA	Betriebs- und Geschäftsausstattung
Bzw.	Beziehungsweise
Cm	Zentimeter
d. h.	Das heißt
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EstG	Einkommenssteuer Gesetz
Etc.	Et cetera
ff.	Fortfolgend
GB	Geschäftsbereich
GemHKVO	Gemeinde Haushalts- und Kassenverordnung
GrEst	Grunderwerbssteuer
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	In der Regel
i. e. S.	Im engeren Sinne
i. V. m.	In Verbindung mit
i. w. S.	Im weiteren Sinne
i.H.v.	In Höhe von
Incl.	Inklusive
Kap.	Kapitel
Kita	Kindertagesstätte
Lt.	Laut
MI	Ministerium des Innern
ND	Nutzungsdauer
NDS	Niedersächsisch
NGO	Niedersächsische Gemeinde Ordnung
NHK	Normalherstellungskosten
NKR	Neues kommunales Rechnungswesen
ND	Normalnutzungsdauer
Nr.	Nummer
PKW	Personenkraftwagen
PU	Polyurethane
RdErl.	Runderlass
Sog.	So genannte
u.a.	Unter anderem
Usw.	Und so weiter
v. a.	Vor allem
VG	Vermögensgegenstand
Vgl.	Vergleich
WEB	Wolfsburger Entwässerungsbetriebe
WertV	Wertermittlungsverordnung
z. B.	Zum Beispiel

VI.

Wirtschaftspläne

Klinikum der Stadt Wolfsburg

Wirtschaftsplan 2009

Teil	I:	- Erfolgsplan A. Erträge B. Aufwendungen
Teil	II:	- Vermögensplan
Teil	III:	- Finanzplanung
Teil	IV:	- Investitionsprogramm 2008 – 2012

Teil I: Erfolgsplan

A. Erträge

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen				
40000000-42300044	DRG-Entgelte	75.150.000	72.300.000	75.372.717,00
4004002	Dialyse-Entgelte	0	1.700.000	0,00
403	Erträge vor- und nachstationäre Behandlung	250.000	180.000	246.296,79
4040	Ausgleichsbeträge nach der BpflV des Geschäftsjahres	0	0	-2.494.392,00
4050	Realisierter Ausgleich nach der BpflV aus Vorjahren	0	0	1.714.250,00
579	Zuschläge für Qualitätssicherung und DRG-Systemzuschlag	73.000	60.000	72.367,11
579 18202	Zuschläge für Ausbildungstätten und -vergütungen, Umwandlung AiP	2.700.000	2.600.000	3.263.540,52
		<u>78.173.000</u>	<u>76.840.000</u>	<u>78.174.779,42</u>
2. Erlöse aus Wahlleistungen				
41000/1/2/3	Einbettzimmer	425.000	350.000	421.658,21
41010/1/2/3	Zweibettzimmer	580.000	550.000	577.059,50
412	Unterbringung Begleitpersonen (nicht ärztlich verordnet)	10.000	10.000	10.250,38
413	Telefon/Fernsehen	160.000	220.000	190.690,23
413	Wahlärztliche Leistungen	4.550.000	2.000.000	4.302.459,26
		<u>5.725.000</u>	<u>3.130.000</u>	<u>5.502.117,58</u>
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses				
42	Erträge aus Ambulanz	3.450.000	2.800.000	3.224.169,88
4. Nutzungsentgelte der Ärzte				
43	Erstattungen der Ärzte einschl. Sachkosten	2.350.000	2.500.000	1.761.719,60
5. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen				
55	Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertig. Erzeugnissen	0	0	-21.857,46
6.1 Andere aktivierte Eigenleistungen				
552	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	51.202,46

Teil I: Erfolgsplan

A. Erträge

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
6.2 sonstige betriebliche Erträge				
441	Erstattungen für Unterkunft	50.000	60.000	54.908,91
442	Erstattungen für Verpflegung	240.000	850.000	222.187,73
4430/4443	Erstattungen des Personals für Warenabgabe	1.000	1.000	1.733,63
4431/444	Erstattungen Porto/Münzfern- sprechgebühren	20.000	25.000	20.575,25
44500	Erstattungen für Löhne und Gehälter	790.000	280.000	782.390,57
44501	Erstattungen für Notarztwagen	400.000	375.000	390.265,92
4710	Zuweisungen akademisches Lehrkrankenhaus	10.000	25.000	96.015,88
525	Erträge aus dem Abgang des Anlagevermögens	10.000	8.000	9.988,31
5400	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0	0	100.233,80
570	Erträge aus Vermietung an Fremde, Strom, Wärme	15.000	15.000	17.555,99
5710	Skontoerträge	230.000	200.000	218.050,34
5720	Boni	35.000	80.000	41.583,56
574	Erträge Fremdesser	680.000	80.000	578.209,93
57402	Verkauf Kioskartikel	300.000	170.000	234.102,89
57403	Vermietung Konferenzzentrum	5.000	5.000	4.358,68
5791	Sonstige ordentliche Erträge	75.000	75.000	64.403,25
57916	Mitbenutzung MR/Miete D-Haus	100.000	100.000	108.518,39
57919	Parkgebühren Tiefgarage	60.000	55.000	59.361,36
57920	sonst. betriebl. Erträge			
	Trägerzuschuß Reparaturen	0	0	280.331,96
5800	Erträge aus Ausgleichsbeträgen nach § 4 Abs. 1-3 BPfIV	0	0	0,00
592-5990	Sonstige außerordentl. Erträge	200.000	125.000	166.686,77
		3.221.000	2.529.000	3.451.463,12
	Summe Punkt 1. - 6.	92.919.000	87.799.000	92.143.594,82

**9. Erträge aus Zuwendungen zur
Finanzierung von Investitionen**

4603	Fördermittel nach § 9 KHG	640.000	0	1.950.000,00
4604	Fördermittel nach § 9,3 KHG	2.026.000	2.096.000	2.096.037,00
4605	Zuschuß des Trägers	0	0	0,00
4606	Kredite für Neuinvestitionen	0	0	0,00
4607	Erstattung des Trägers für Zinsen und Tilgung	769.000	769.000	749.876,16
4711	Zuweisung ZEUS	10.000	10.000	0,00
		3.445.000	2.875.000	4.795.913,16

Teil I: Erfolgsplan

A. Erträge

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
10. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichs- posten für Eigenmittelförderung				
481	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten	66.000	66.000	763.517,09
11. Erträge aus der Auflösung von Sonder- posten/Verbindlichkeiten nach dem KHG				
4900	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG	5.314.000	5.300.000	6.187.945,60
12. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichs- postens für Darlehensförderung				
4920	Erträge aus der Auflösung des Ausgleichsp. für Darlehensförderung	624.000	709.000	44.544,00
	Summe Punkt 9. - 12.	9.449.000	8.950.000	11.791.919,85
17. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge				
510	Zinserträge	1.000	1.000	6.196,58
	Gesamterträge	102.369.000	96.402.000	103.941.711,25

Teil I: Erfolgsplan

B. Aufwendungen

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
7. Personalaufwand				
600-603, 64	Löhne und Gehälter	54.400.000	51.200.000	50.749.202,42
610-633	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.979.000	12.100.000	12.164.251,15
	davon Altersversorgung	(3.645.000)	(2.950.000)	(-3.441.153,57)
		<u>67.379.000</u>	<u>63.300.000</u>	<u>62.913.453,57</u>
8. Materialaufwand				
	<u>a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>			
650-659	- Lebensmittel	980.000	980.000	957.785,35
	- Medizinischer Bedarf			
6600-6601	Arzneimittel	3.250.000	3.100.000	3.295.862,00
6602	Blut, Blutkonserven, Blutplasma	1.000.000	850.000	1.079.758,12
6603	Verbandmittel	270.000	270.000	267.788,60
6604-6605	Ärztl. und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente	2.170.000	2.250.000	2.282.780,94
6606	Narkose und sonst. OP-Bedarf	1.150.000	1.150.000	1.121.837,72
6607	Bedarf für Röntgen u. Nuklearmed.	550.000	600.000	554.308,59
6608	Laborbedarf	1.200.000	1.450.000	1.496.919,62
6610	Bedarf für EKG, EEG, Sonographie	65.000	70.000	75.536,37
6611	Bedarf der physikal. Therapie	1.000	1.000	1.318,19
6612	Apothekenbedarf	50.000	40.000	42.321,52
6613	Feindesinfektionsmittel	42.000	42.000	43.894,85
6615	sonstiger medizinischer Bedarf	78.000	2.000	74.930,90
6617	Implantate	1.600.000	1.625.000	1.532.232,59
6618	Dialysebedarf	220.000	220.000	231.897,30
		<u>11.646.000</u>	<u>11.429.000</u>	<u>12.101.387,31</u>
	- Wasser, Energie, Brennstoffe			
6700	Wasser	130.000	110.000	132.980,28
6710	Strom	1.300.000	1.250.000	1.219.451,71
6711	Fernwärme	800.000	800.000	742.039,33
6729	Sonstige Brennstoffe	1.000	1.000	0,00
7310	Kanalgebühren	200.000	200.000	190.696,86
		<u>2.431.000</u>	<u>2.361.000</u>	<u>2.285.168,18</u>

Teil I: Erfolgsplan

B. Aufwendungen

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
	Wirtschaftsbedarf			
680	Reinigungs- und Desinfekt.-Mittel	120.000	130.000	131.135,49
682	Haushaltsverbrauchsmittel	130.000	120.000	124.313,84
683	Treib- und Schmierstoffe	10.000	3.000	10.821,35
687	Sonst. Wirtschaftsbedarf			
	Gebrauchsgüter bis 51,00€	85.000	80.000	83.330,51
689	sonst. Wirtschaftsbedarf (Einmalwäsche)	250.000	250.000	246.767,85
		<u>595.000</u>	<u>583.000</u>	<u>596.369,04</u>
	Summe Punkt 8 a)	<u>15.652.000</u>	<u>15.594.000</u>	<u>15.940.709,88</u>
	<u>b) Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>			
	- medizinischer Bedarf			
66090	Untersuchungen in frd. Instituten	105.000	80.000	110.693,07
66095	Mitbehandlung durch krankenhausfremde Ärzte	235.000	240.000	264.847,53
6614	Krankentransporte	20.000	16.000	19.103,80
		<u>360.000</u>	<u>336.000</u>	<u>394.644,40</u>
	- Wirtschaftsbedarf			
681	Wäschereinigung und -pflege	1.000.000	1.100.000	1.023.569,40
684	Gartenpflege	70.000	65.000	71.453,87
686	Fremdleistung Medizintechnik	200.000	200.000	152.562,07
68601	Reinigung durch fremde Betriebe	70.000	55.000	61.507,03
		<u>1.340.000</u>	<u>1.420.000</u>	<u>1.309.092,37</u>
	Summe Punkt 8 b)	<u>1.700.000</u>	<u>1.756.000</u>	<u>1.703.736,77</u>
	Summe Punkt 8.	<u>17.352.000</u>	<u>17.350.000</u>	<u>17.644.446,65</u>
	Summe Punkt 7. - 8.	<u>84.731.000</u>	<u>80.650.000</u>	<u>80.557.900,22</u>
	13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHC und aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens:			
7520/756	Zuführung zu Sonderposten	2.426.000	1.850.000	3.940.730,69
	14. Aufwendungen aus der Zuführung z Sonderposten			
7530	Ausgleichsposten aus Darlehensförderung des Trägers	295.000	283.000	274.076,81

Teil I: Erfolgsplan

B. Aufwendungen

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenstände				
7700	Aufwendungen n. § 9,3 KHG, Miete	250.000	246.000	289.384,78
7700300	Mieten EDV (Eigenmittel)	295.000	0	0,00
		<u>545.000</u>	<u>246.000</u>	<u>289.384,78</u>
	Summe Punkt 13. - 15.	<u>3.266.000</u>	<u>2.379.000</u>	<u>4.504.192,28</u>
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				
760	Abschreibungen	6.379.000	6.380.000	7.300.377,53
76009	AfA für wiederbesch. Gebrauchsgüter	6.000	20.000	18.368,98
		<u>6.385.000</u>	<u>6.400.000</u>	<u>7.318.746,51</u>
17. sonstige betriebliche Aufwendungen				
	- Verwaltungsbedarf			
690	Büromaterial, Fachbücher, Zeitg.	390.000	380.000	401.000,86
691	Porto, Kosten des Geldverkehrs	75.000	75.000	67.648,00
692	Fernsprech- und Rundfunkgebühren	120.000	85.000	143.978,76
693	Reisekosten, Fahrtgelder	20.000	20.000	20.764,20
694	Personalbeschaffungskosten	150.000	125.000	138.122,99
695, 6999	Beratungs-, Prüfungs-, Gerichts- und Anwaltsgebühren	250.000	230.000	275.976,28
696	Beiträge an Organisationen	55.000	50.000	89.203,19
698	EDV- und Organisationsaufwand	105.000	40.000	47.314,21
69900	Sonstiger Verwaltungsbedarf	150.000	80.000	214.304,75
		<u>1.315.000</u>	<u>1.085.000</u>	<u>1.398.313,24</u>
7010 - 7019	- Verwaltungskostenbeiträge	<u>300.000</u>	<u>260.000</u>	<u>281.100,92</u>
	- Instandsetzung/Instandhaltung,			
725473	Sanierung H-Haus	250.000	257.000	0,00
7250	Fremdfirmen	1.400.000	1.100.000	1.962.005,74
6872/7252	Material	900.000	900.000	902.439,64
7254	nicht vorhersehbar	60.000	125.000	56.054,01
7255	Fuhrpark	5.000	5.000	1.421,75
		<u>2.615.000</u>	<u>2.387.000</u>	<u>2.921.921,14</u>
	- Wartung			
72801	Heizung, Lüftung	220.000	20.000	219.636,58
72802	Elektroanlagen	23.000	190.000	21.909,13
72803	medizinische Geräte	1.000.000	930.000	994.234,52
72804	Einrichtung und Ausstattung Verw.	445.000	495.000	481.846,71
		<u>1.688.000</u>	<u>1.635.000</u>	<u>1.717.626,94</u>

Teil I: Erfolgsplan

B. Aufwendungen

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
	- Abgaben			
73101/2	Abgaben (Müll, TÜV)	210.000	250.000	208.908,11
7320/9	Versicherungen	610.000	575.000	566.872,39
		<u>820.000</u>	<u>825.000</u>	<u>775.780,50</u>
	- sonstige Aufwendungen			
780	Lehrgangsgebühren	160.000	130.000	157.081,32
781	Aufwand der Ausbildungsstätten	20.000	15.000	14.881,36
782	Andere sonstige Aufwendungen	800.000	50.000	2.599.013,55
78293	Aufwand Restaurant/Kiosk	470.000	520.000	423.068,75
79	Aufwendg. aus Ausgleichsbeträgen	0	0	0,00
791	Verluste aus Anlagenabgängen	0	0	299,49
7930/793108	Sonstige a. o. Aufwendungen	200.000	400.000	284.158,82
796	Abschreibungen auf Forderungen	100.000	70.000	143.432,48
		<u>1.750.000</u>	<u>1.185.000</u>	<u>3.621.935,77</u>
	Summe Punkt 17.	<u>8.488.000</u>	<u>7.377.000</u>	<u>10.716.678,51</u>
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen				
740	Zinsen für Energieeinsparprojekte	9.000	9.000	0,00
740	Zinsen für OP-Tische	4.000	4.000	18.607,89
741	Zinszahlungen für Darlehen (Träger)	474.000	483.000	475.799,35
		<u>487.000</u>	<u>496.000</u>	<u>494.407,24</u>
19. Steuern				
730	Steuern	1.000	1.000	1.135,55
	Gesamtaufwendungen	<u>103.358.000</u>	<u>97.303.000</u>	<u>103.593.060,31</u>
	Gesamterträge	<u>102.369.000</u>	<u>97.303.000</u>	<u>103.941.711,25</u>
	Jahresüberschuss	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>348.650,94</u>
	Jahresfehlbetrag	<u>989.000</u>	<u>0</u>	<u>0,00</u>
	Nachrichtlich:			
	<u>Ergebnisverwendungsvorschlag</u>			
	Vortrag aus Vorjahr			152.305,34
	Einstellung in die Gewinnrücklage			-300.000,00
	Entnahme aus der Gewinnrücklage			
	- Funktionsanpassung/Sanierung			
	H-Haus	250.000	257.000	
	Vortrag auf neue Rechnung			200.956,28

Teil II: Vermögensplan

Einnahmen

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO
<u>Fördermittel</u>				
15021	Fördermittel nach § 9 KHG	640.000	0	1.950.000,00
	Erlöse Abgang geförderten Avs	0	0	10.000,00
15032	Fördermittel nach § 9 (3) KHG	2.026.000	2.096.000	2.096.000,00
		<u>2.666.000</u>	<u>2.096.000</u>	<u>4.056.000,00</u>
<u>Zuschüsse der Stadt Wolfsburg</u>				
160	Schuldendiensthilfe (alt)	0	0	0,00
161	Schuldendiensthilfe (neu)	295.000	286.000	750.000,00
37200	Investitionszuschuß der Stadt	0	0	0,00
	Abweichung Verw. Kreditmittel	0	0	0,00
37210	Kredite für Neuinvestitionen	1.643.000	1.611.000	345.000,00
		<u>1.938.000</u>	<u>1.897.000</u>	<u>1.095.000,00</u>
<u>Verwendung aus der Gewinnrücklage</u>				
	- Funktionsanpassung H-Haus	0	0	0,00
	- Ambulanter OP	825.000	0	0,00
	- Verlagerung der Intern. Intensivstation	625.000	0	0,00
		<u>1.450.000</u>	<u>0</u>	<u>0,00</u>
<u>Finanzierung aus Eigenmitteln</u>				
	Ersatzbeschaffung EDV-Hardware	373.000	436.000	0,00
	Beschaffung eines RIS/PACS- Systems für die Radiologie	436.000	9.000	0,00
	Bau und Installation eines neuen Linearbeschleunigers			
	Baukosten	200.000	0	0,00
	Gerätekosten	0	0	0,00
	- W-Lan Anlage	0	0	510,89
	- Mammographiesystem	0	0	326.409,86
	- Umstrukturierung Haus C	0	0	58.220,40
	- Frühförderstelle	0	0	20.675,83
	- Gesundheitskarte	0	0	2.076,55
	- Restaurant & Cafe "Cliverde"	0	0	9.657,93
	- Drittmittel	0	0	21.971,73
	- Sonstiges	0	0	342.100,02
		<u>1.009.000</u>	<u>445.000</u>	<u>781.623,21</u>
<u>Finanzierung durch Pflegesatz</u>				
	- Gebrauchsgüter	0	0	19.274,98
	- ZEUS	0	0	10.000,00
		<u>0</u>	<u>0</u>	<u>29.274,98</u>
Gesamteinnahmen		<u>7.063.000</u>	<u>4.438.000</u>	<u>5.961.898,19</u>
Nachrichtlich:				
	Restabwicklung Altinvestitionen	0	7.500.000	0,00

Teil II: Vermögensplan

Ausgaben

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung	Verpflichtungs- ermächtigungen
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO	2009 zu Lasten 2010 EURO
290/741	<u>Darlehenstilgung</u>	295.000	286.000	750.000,00	
	<u>Bauliche Maßnahmen</u>				
8042	Schaffung eines zentr. Notauf- nahmebereiches incl. Einrichtung eines 2. CT-Raumes mit ent- sprechender Ausstattung für eine Notfallversorgung	0	0	0,00	
8056	Schaffung einer Magistrale	0	0	0,00	
8057	Verlagerung einer Intern. Intensiv- station	975.000	666.000	19.329,58	
8058	Schaffung eines Ambulanzentrums	0	0	0,00	
8131	Umstrukturierung Haus C	0	0	1.097.575,00	
8132	Brücke zum Ärztezentrum (ant.)	0	0	0,00	
8133	Ambulanter OP	1.255.000	870.000	94.456,51	200.000
8061	Ambulanzentr. Verlagerung MRT	0	0	375.674,00	
8119	Einführung eines Parkleitsystems	0	0	0,00	
9100	Sonstige Baumaßnahmen bis zu 15.000 € (Träger)	15.000	15.000	0,00	
8060	Sanierung der Werkstätten	0	0	369.064,78	
8049	Neubau des Bettenhauses G und Umgestaltung des Eingangs- bereiches	0	0	344.086,00	
8062	Funktionsanpassung/Sanierung H-Haus	0	800.000	0,00	
8117	Schaffung einer ETA-Station	348.000	50.000	0,00	200.000
	Abbruch der Häuser D und J		10.000	0,00	
8130	Sanierung des A-Hauses zur Unterbringung der Kinderklinik	300.000	0	0,00	
8137	Schaffung eines Ambulanz- zentrums 2. Bauabschnitt Bau und Installation eines neuen Linearbeschleunigers	200.000	0	0,00	
8138	Baukosten	200.000	0	0,00	
8139	Gerätekosten	640.000	0	0,00	
8052	Ersatzbeschaffung EDV-Hardware	373.000	436.000	0,00	
81351	Beschaffung eines RIS/PACS- Systems für die Radiologie	436.000	9.000	0,00	
		<u>4.742.000</u>	<u>2.056.000</u>	<u>2.300.185,87</u>	<u>400.000</u>
	Übertrag:	5.037.000	2.342.000	3.138.689,97	400.000

Teil II: Vermögensplan

Ausgaben

Konto	Bezeichnung	Ansatz	Ansatz	Rechnung	Verpflichtungs- ermächtigungen
		2009 EURO	2008 EURO	2007 EURO	2009 zu Lasten 2010 EURO
	Übertrag:	5.037.000	2.342.000	3.138.689,97	400.000
	<u>Einrichtungen und Ausstattungen</u>				
6000	Technische Anlagen	5.000	5.000	2.563,50	
7000	Medizinische Anlagen und Geräte	1.350.000	1.350.000	1.188.943,72	
7010	Hauswirtschaftliche Anlagen und Geräte	50.000	125.000	87.597,99	
7020	Mobiliar	50.000	56.000	143.846,76	
7030	Bettwerk	15.000	15.000	114.468,76	
7040	Büromaschinen, techn. Geräte	142.000	155.000	143.566,38	
7050	Werkstatt, Transport, techn. Meßgeräte	50.000	30.000	21.296,96	
7060	Bücher	10.000	10.000	10.048,97	
7070	Außenanlagen	2.000	2.000	0,00	
9111	Sonstige Baumaßnahmen bis zu 25.000 € § 9(2) Z.1 KHG	2.000	2.000	1.187,74	
		<u>1.676.000</u>	<u>1.750.000</u>	<u>1.713.520,78</u>	
	<u>Immaterielle Wirtschaftsgüter</u>				
9901	EDV-Software	<u>100.000</u>	<u>100.000</u>	<u>319.986,23</u>	
	<u>Aufwendungen nach § 9 KHG</u>				
77	Mieten nach § 9 (2) Z.1 KHG	<u>250.000</u>	<u>246.000</u>	<u>289.384,78</u>	
	Gebrauchsgüter	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>21.706,18</u>	
	Gesamtausgaben	<u>7.063.000</u>	<u>4.438.000</u>	<u>5.394.783,84</u>	<u>400.000</u>

Teil III: Finanzplanung

Gesamtentwicklung des

a) Erfolgsplanes

b) Vermögensplanes

	2008 EURO	2009 EURO	2010 EURO	2011 EURO	2012 EURO
a) Gesamtaufwendungen	97.303.000	103.358.000	105.000.000	107.500.000	109.000.000
Gesamterträge	97.303.000	102.369.000	105.000.000	107.500.000	109.000.000
Jahresfehlbetrag	0	989.000	0	0	0

	2008 TEURO	2009 TEURO	2010 TEURO	2011 TEURO	2012 TEURO
b) Gesamtausgaben	4.921	7.537	10.362	6.505	5.109
Gesamteinnahmen	4.921	7.537	10.362	6.505	5.109
davon:					
Fördermittel nach § 9 KHG	0	640	0	0	0
Fördermittel nach § 9 Abs.3 KHG	2.096	2.026	2.026	2.026	2.026
Schuldendiensthilfe der Stadt					
- Tilgung	286	295	418	467	550
- Zinsen	483	474	996	1.141	1.209
Investitionszuschüsse der Stadt	0	0	0	0	0
Kredite für Neuinvestitionen	1.611	1.643	3.235	2.515	1.315
Verwendung aus der Gewinnrücklage					
Ersatzbeschaffung EDV-Hardware	436	373	373	66	72
Beschaffung eines RIS/PACS-Systems für die Radiologische Klinik	9	436	436	436	483
Verlagerung der Intern. Intensivstation	0	625	0	0	0
Ambulanter OP	0	825	0	0	0
Schaffung einer Aufnahmestation (ETA)	0	0	300	300	
Bau und Installation eines neuen Linearbeschleunigers					
Baukosten	0	200	700	100	0
Gerätekosten	0	0	2.425	0	0
	4.921	7.537	10.362	6.505	5.109

nachrichtlich:

*Aufteilung der Fördermittel nach

Baumaßnahmen § 9 KHG

Bau und Installation eines neuen

Linearbeschleunigers

Gerätekosten

	0	640	0	0	0
	0	640	0	0	0

Teil IV: Investitionsprogramm 2008 - 2012

Lfd. Nr.	Investitionen	Gesamt-	Ausgaben	Finanzierungsraten					Restbedarf
		kosten	bis 2007	2008	2009	2010	2011	2012	ab 2013
		TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO	TEURO
A. Ziel- und Gesamtplanung									
1.	Neubau des Bettenhauses G und Umgestaltung des Eingangsbereiches(F)	30.166	30.166	0	0	0	0	0	0
2.	Schaffung einer Magistrale(F)	2.148	2.148	0	0	0	0	0	0
3.	Verlagerung einer Intern. Intensivstation (F)	3.231	1.540	666	975	0	0	0	0
4.	<u>Schaffung eines Ambulanzentrums 1. BA</u>								
a)	Umstrukturierung Haus C (F)	1.380	1.380	0	0	0	0	0	0
b)	Brücke zum Ärztezentrum C4 (anteilige Kosten)	250	20	0	0	230	0	0	0
c)	Ambulanter OP (F)	4.175	2.000	870	1.255	0	0	0	0
d)	Schaffung einer Aufnahmestation (ETA) (F)	1.218	20	50	348	500	300	0	0
e)	Abbruch der Häuser D und J (F)	300	0	10	0	290	0	0	0
4.b	Ambulanzzentrum (Verlagerung MRT) (F)	3.500	3.500	0	0	0	0	0	0
	Sanierung des A-Hauses zur Unterbringung der Kinderklinik	5.624	0	0	300	2.000	2.000	800	524
5.	<u>Schaffung eines Ambulanzentrums 2. BA</u>								
	(Urologie, Med.Klinik 1, Nuklearmedizin)	2.218	0	0	200	500	500	500	518
6.	Bau eines Logistikzentrums (Y 1, F1, Z1)	1.483	403	0	0	0	0	0	1.080
7.	Einführung eines Parkleitsystems (F)	767	767	0	0	0	0	0	0
8.	Funktionsanpassung/Sanierung H-Haus (F)	1.568	1.568	0	0	0	0	0	0
	Summe A:	58.028	43.512	1.596	3.078	3.520	2.800	1.300	2.122
B. Sonstige Maßnahmen									
1.	Ersatzbeschaffung EDV-Hardware (F)	1.320	0	436	373	373	66	72	0
2.	Beschaffung eines RIS/PACS-Systems für die Radiologische Klinik	1.800	0	9	436	436	436	483	0
3.	Bau und Installation eines neuen Linearbeschleunigers								
	Baukosten	1.000	0	0	200	700	100	0	0
	Gerätekosten	2.800	0	0	640	2.160	0	0	0
4.	Sanierung der Werkstätten (F)	793	793	0	0	0	0	0	0
5.	Sonstige Baumaßnahmen bis zu 15.000 Euro (F)	916	826	15	15	15	15	15	15
6.	Räumliche Umstrukturierung und Anbau des L-Traktes	307	307	0	0	0	0	0	0
7.	Erstellung einer Flächenanalyse (F)	256	256	0	0	0	0	0	0
8.	Vorbeugende Brandschutzmaßnahmen	511	511	0	0	0	0	0	0
	Summe B:	9.703	2.693	460	1.664	3.684	617	570	15
	Summe A + B	67.731	46.205	2.056	4.742	7.204	3.417	1.870	2.137
	Investitionen nach § 9 Abs. 3 KHG			2.096	2.026	2.026	2.026	2.026	2.026
	Darlehensstilgung + Zinsen			769	769	867	1.062	1.213	1.291
				2.865	2.795	2.893	3.088	3.239	3.317
	Endsumme:			4.921	7.537	10.097	6.505	5.109	5.454
	*Nachrichtlich								
	Aufteilung der Summen A + B								
	davon für Fortsetzungsmaßnahmen			2.047	2.966	1.408	381	87	15
	davon für neue Maßnahmen			9	1.776	5.796	3.036	1.783	2.122
	Investitionsprogramm insgesamt			2.056	4.742	7.204	3.417	1.870	2.137
	./. Landeszuschuß			0	-640	0	0	0	0
	./. Finanzierung aus Eigenmitteln			-445	-2.459	-3.969	-902	-555	0
				-445	-3.099	-3.969	-902	-555	0
	= Investitionszuschuß Stadt WOB			0	0	0	0	0	0
	= Restabwicklung Altinvestitionen			7.500	0	0	0	0	0
	= Kredite für Neuinvestitionen			1.611	1.643	3.235	2.515	1.315	2.137
	Kredite insgesamt			9.111	1.643	3.235	2.515	1.315	2.137
	Gesamt			2.056	4.742	7.204	3.417	1.870	2.137

Hinweis:

(F) = Fortsetzungsmaßnahmen (Objektbeschlüsse bis einschließlich 31.10.2008)

Bäder in Wolfsburg

Wirtschaftsplan 2009

- I. Erfolgsplan

- II. Finanzplan
Gesamtentwicklung des Erfolgsplanes

- III. Vermögensplan mit
Investitionsprogramm

Teil I: Erfolgsplan

	Plan 2009 Euro		Plan 2009 Euro		Plan 2009 Euro		Plan 2008 Euro		Plan 2008 Euro		Rechnung 2007 Euro	
	Gesamt	BadeLand	Frei->Hallenbäder	BadeLand	Frei->Hallenbäder	Gesamt	BadeLand	Frei->Hallenbäder	Gesamt	BadeLand	Gesamt	
1. Umsatzerlöse	4.958.100,00	4.318.100,00	640.000,00	4.638.239,00	590.000,00	4.812.069,45						
2. sonstige betriebliche Erträge	65.000,00	0,00	65.000,00	0,00	64.000,00	305.156,75						
3. Materialaufwand												
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betr.stoffe und für bezogene Waren	762.200,00	582.200,00	180.000,00	719.865,00	120.000,00	686.949,58						
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.599.900,00	3.660.900,00	939.000,00	4.239.879,00	760.000,00	4.479.487,31						
4. Personalaufwand												
a) Löhne und Gehälter	910.000,00	0,00	910.000,00	947.000,00	947.000,00	796.331,55						
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	250.000,00	0,00	250.000,00	288.000,00	288.000,00	228.021,48						
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	1.656.000,00	36.000,00	1.620.000,00	1.636.000,00	1.600.000,00	1.655.919,11						
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	545.300,00	345.300,00	200.000,00	548.600,00	232.000,00	536.268,01						
7. Erträge aus Beteiligung	2.128.000,00	0,00	2.128.000,00	1.275.000,00	1.275.000,00	1.670.000,00						
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.036,12						
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,28						
10. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.572.300,00	-306.300,00	-1.266.000,00	-2.402.105,00	-2.402.105,00	-1.592.719,00						
11. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
12. sonstige Steuern	9.400,00	7.400,00	2.000,00	9.440,00	2.000,00	4.478,13						
13. Erträge aus Zuschuß Stadt Wolfsburg/ Verlustausgleich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
14. Jahresfehlbetrag	-1.581.700,00	-313.700,00	-1.268.000,00	-2.411.545,00	-2.411.545,00	-1.597.197,13						
Erträge	7.151.100,00	4.318.100,00	2.833.000,00	5.977.239,00	1.929.000,00	6.790.262,32						
Aufwendungen	8.732.800,00	4.631.800,00	4.101.000,00	8.388.784,00	3.949.000,00	8.387.459,45						
Jahresergebnis ohne Entnahme aus Rücklagen	-1.581.700,00	-313.700,00	-1.268.000,00	-2.411.545,00	-2.020.000,00	-1.597.197,13						
<i>Nachrichtlich:</i> Behandlung des Jahresverlustes												
a) Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	1.581.700,00	0,00	1.581.700,00	1.600.000,00	1.600.000,00	1.620.155,26						
b) Einstellung in Rücklage für Nachattraktionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
c) Verwendung aus Gewinnvortrag	0,00	313.700,00	-313.700,00	563.000,00	420.000,00	0,00						
d) Verlustausgleich durch Träger	0,00	0,00	0,00	248.545,00	0,00	0,00						
e) Vortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.172.165,97						

Teil II: Finanzplan

Gesamtentwicklung des Erfolgsplanes

	Plan 2008 Euro	Plan 2009 Euro	Plan 2010 Euro	Plan 2011 Euro	Plan 2012 Euro
1. Umsatzerlöse	4.638.239,00	4.958.100,00	4.500.000,00	4.500.000,00	5.000.000,00
2. sonstige betriebliche Erträge	64.000,00	65.000,00	75.000,00	75.000,00	75.000,00
3. Materialaufwand	719.865,00	762.200,00	670.000,00	670.000,00	760.000,00
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betr.-stoffe und für bezogene Waren					
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.239.879,00	4.599.900,00	4.200.000,00	4.400.000,00	4.700.000,00
4. Personalaufwand	947.000,00	910.000,00	900.000,00	900.000,00	930.000,00
a) Löhne und Gehälter***	288.000,00	250.000,00	270.000,00	270.000,00	270.000,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.636.000,00	1.656.000,00	1.600.000,00	1.600.000,00	1.680.000,00
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	548.600,00	545.300,00	528.000,00	548.000,00	548.000,00
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.275.000,00	2.128.000,00	2.128.000,00	2.128.000,00	2.128.000,00
7. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.402.105,00	-1.572.300,00	-1.465.000,00	-1.685.000,00	-1.685.000,00
10. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11. Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15. sonstige Steuern	9.440,00	9.400,00	7.000,00	7.000,00	7.000,00
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.411.545,00	-1.581.700,00	-1.472.000,00	-1.692.000,00	-1.692.000,00
Erträge gesamt	5.977.239,00	7.151.100,00	6.703.000,00	6.703.000,00	7.203.000,00
Aufwendungen gesamt	8.388.784,00	8.732.800,00	8.175.000,00	8.395.000,00	8.895.000,00
	-2.411.545,00	-1.581.700,00	-1.472.000,00	-1.692.000,00	-1.692.000,00
<i>Nachrichtlich: Behandlung des Jahresverlustes</i>					
a) Entnahme aus der allgemeinen Rücklage	1.600.000,00	1.581.700,00	1.472.000,00	1.692.000,00	1.692.000,00
b) Einstellung in Rücklage für Nachattraktionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
c) Verwendung aus Gewinnvortrag	563.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
d) Verlustausgleich durch Träger	248.545,00	0,00	0,00	0,00	0,00
e) Vortrag auf neue Rechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

Teil III: Vermögensplan mit Investitionsprogramm

Finanzierung			Rechnung	Planansatz	Planansatz	Planansatz	Planansatz	Planansatz
lfd. Nr.	Konto	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2011	2012
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
1.		Investitionszuschüsse der Stadt	49.379	61.000	91.000	26.000	26.000	26.000
2.		Investitionszuschüsse Almke	2.776	3.000	20.000	3.000	3.000	3.000
3.		Investitionszuschüsse Badeland	142.277	244.000	270.000	150.000	50.000	50.000
		Summe	194.432	308.000	381.000	179.000	79.000	79.000
Investitionen			Rechnung	Planansatz	Planansatz	Planansatz	Planansatz	Planansatz
lfd. Stelle	Konto	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	2010	2010
			Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
VW-Bad	1111	Sanierung u. Attraktivitätssteigerung	0	0	0	0	0	0
	1111	Erneuerung Telefonanlage mit ISDN f.Alarmanlagen	0	0	0	0	0	0
	1111	Schließfächer Motorradhelme	0	5.000	0	0	0	0
	1111	Matschplatz für Kinder	0	10.000	0	0	0	0
	1111	Wertfachschließfächer	0	0	0	0	0	0
	1111	Garderobenschließfächer	0	0	0	0	0	0
		innerhalb der nächsten 5 Jahre ist es erforderlich die Schrankanlage zu ersetzen - (Anm. aus WiPl. 2006)						
FB-Fallersleben	1112	Sanierung u. Komfortverbesserung	0	0	0	0	0	0
	1112	Edelstahlgeländer Sprungturm	24.000	0	0	0	0	0
	1112	Videoüberwachung Fahrradplatz	0	8.000	0	0	0	0
	1112	Matschplatz für Kinder	0	10.000	0	0	0	0
	1112	neuer Traktor mit Anhänger	0	0	0	0	0	0
	1112	Windschutz am Sportbecken	0	0	0	0	0	0
	1112	Anbau Duschen	0	0	25.000	0	0	0
	1112	Auslaß- Drehkreuz	0	0	0	0	0	0
FB-Hehlingen	1113	Planungsk. San. Becken u. Wasseraufbereitung	0	0	0	0	0	0
	1113	Sitzbänke	0	1.000	0	0	0	0
HB-Sandkamp	1121	Erneuerung Hydraulik Hubboden	0	0	0	0	0	0
LSB-Heiligendorf	1122	Umwälzpumpe	0	1.000	0	0	0	0
	1122	Wasseraufbereitung	0	0	0	0	0	0
	1122	Desinfektionsanlage	0	0	0	0	0	0
FB-Almke	1251	Einrichtung u. Ausstattung	2.776	3.000	20.000	3.000	3.000	3.000
Badeland	1252	Neubau Badeland	0	0	0	0	0	0
	1252	Rechtsanwaltskosten Neubau	0	0	0	0	0	0
	1252	Energieeinsparung Badewassertechnik	0	57.000	0	0	0	0
	1252	BMZ-Feuerwehraufkarten u. Mängelbeseitigung	14.385	0	0	0	0	0
	1252	Sanierung Rutschenturm einschl. Notbeleuchtung	0	0	0	0	0	0
	1252	Videoüberwachungsanlage/Audioanlage	0	0	0	0	0	0
	1252	Sanierung Porenbeton	0	17.000	0	0	0	0
	1252	Erneuerung Duschbereich	0	15.000	0	0	0	0
	1252	Sicherheitsbeleuchtung	64.885	0	0	0	0	0
	1252	Sanierung Sprungturm	0	0	0	0	0	0
	1252	Errichtung Banja-Sauna	39.674	0	0	0	0	0
	1252	Übergang zw. Bad/Saunabereich	0	5.000	0	0	0	0
	1252	Technik - Bedienungsterminal+Monitore	0	15.000	0	0	0	0
	1252	Wellenkammer/ Aktoren	0	16.000	0	0	0	0
	1252	Umgestaltung Kasse und Information	0	0	0	40.000	0	0
	1252	Errichtung 2. Behindertenduscbereich	0	20.000	0	0	0	0
	1252	Erneuerung Chlorelektrolyseanlage	0	0	180.000	0	0	0
	1252	Überarbeitung Elektroakustische Anlage	0	0	40.000	60.000	0	0
	1252	Erweiterung Liegebereich/Mehrzweckraum	0	0	0	0	0	0
	1252	Erweiterung Saunabereich/Aussengelände	0	0	0	0	0	0
	1252	Errichtung einer 3. Rutsche	0	0	0	0	0	0
	1252	Geräte u. Werkzeuge	9.503	34.000	25.000	25.000	25.000	25.000
	1252	Turn- und Sportgeräte	6.782	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
	1252	Einrichtung u. Ausstattung	7.048	55.000	15.000	15.000	15.000	15.000
Allg. Maßnahmen	9999	Geräte u. Werkzeuge	7.800	10.000	50.000	10.000	10.000	10.000
	9999	Turn- u. Sportgeräte	1.868	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
	9999	Einrichtung u. Ausstattung	15.711	13.000	13.000	13.000	13.000	13.000
		Summe	194.432	308.000	381.000	179.000	79.000	79.000

Schwefelbad Fallersleben

Wirtschaftsplan 2009

- Teil I. Erfolgsplan**
 - A. Erträge**
 - B. Aufwendungen**

- Teil II. Vermögensplan / Investitionsprogramm**

SchwefelBad Fallersleben
A) Erfolgsplan/Finanzplan

Wirtschaftsplan 2009/Finanzplan 2008-2013

Gruppen/Kto./KSt.	Bezeichnung	Rechn.-Erg. 2007 EURO	Ansatz 2008 EURO	Ansatz 2009 EURO	ggf. VE 2009 EURO	Ansatz 2010 EURO	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Ansatz 2013 EURO	Erläuterungen
1.	<u>E r t r ä g e</u>									
1.1	Umsatzerlöse									
402014	Sauna	83.647,56	89.000	90.000		130.000	132.000	134.000	134.000	
402015	Massage	90.692,02	96.000	96.000		96.000	96.000	96.000	96.000	
402020	Benutzungsentgelte	12.392,67	0	13.000		13.000	13.000	13.000	13.000	
402030	Medizinische Bäder	5.983,00	10.000	7.000		7.000	7.000	7.000	7.000	
402031	Packungen	30.734,79	32.000	28.000		29.000	29.000	30.000	30.000	
402032	Krankengymnastik	71.504,04	80.000	115.000		120.000	122.000	124.000	126.000	
402033	Prävent./Therp. Gymn./Schwimmen	139.174,59	170.000	196.000		198.000	200.000	202.000	204.000	
402034	Funktionstraining im Bewegungsbad	195.350,45	220.000	398.000		398.000	398.000	398.000	398.000	
404652	Solarium	743,53	1.000	1.000		1.000	1.000	1.000	1.000	
405001	Sonstige Umsatzerlöse	23.750,49	48.000	25.000		26.000	27.000	27.000	28.000	
403002	Verkaufserlöse	7.139,16	7.000	9.000		9.000	9.000	9.000	9.000	
422000	Bestandsveränderung unfertige Leistungen	27.123,08	0	10.000		10.000	10.000	10.000	10.000	
346141	Primärpräventives Rückenkonzept	688.235,38	753.000	1.038.000		1.202.000	1.216.000	1.226.000	1.236.000	
1.2	sonstige betriebliche Erträge									
404653/4400-4490	sonstige betriebliche Erträge	14.121,32	15.000	15.000		16.000	16.000	17.000	17.000	
	Gesamterträge	702.356,70	768.000	1.053.000		1.218.000	1.232.000	1.243.000	1.253.000	

Gruppen/Kto./KSt.	Bezeichnung	Rechn.-Erg.		Ansatz		ggf. VE		Ansatz		Ansatz		Ansatz		Erläut.
		2007 EURO	2008 EURO	2009 EURO	2010 EURO	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO						
2. Aufwendungen														
2.1	Materialaufwand													
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe für bezogene Waren													
502001	Medizinische Behandlungsmittel	4.206	4.000	4.000	4.000				4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
503051-503062	Verkaufsware	1.212	5.000	4.000	4.000				4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
502011+502014	Sonstiger Wirtschaftsbedarf	2.629	4.000	4.000	4.000				4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
		8.047	13.000	12.000	12.000				12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen													
650041	Wasser	8.340	16.000	11.000	12.000				12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	
650031	Strom	20.221	23.000	26.000	26.000				26.000	27.000	27.000	27.000	27.000	
600021	Fernwärme	22.228	24.000	31.000	31.000				31.000	31.000	31.000	31.000	31.000	
542010+599391	Extern bez.Dienstleistung/Behandlungen durch Dritte	4.388	3.000	6.000	6.000				6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	
599331	Reinigung durch Dritte	38.718	43.000	44.000	44.000				44.000	45.000	45.000	45.000	45.000	
599002	Wäschereinigung	3.973	5.000	5.000	5.000				5.000	5.000	5.000	5.000	5.000	
		97.868	114.000	123.000	124.000				124.000	126.000	126.000	126.000	126.000	
	Summe Punkt 2.1	105.915	127.000	135.000	136.000				136.000	138.000	138.000	138.000	138.000	
2.2	Personalaufwand													
601000-601004	Löhne und Gehälter	354.619	360.000	394.000	434.000				434.000	440.000	445.000	450.000	450.000	
610101-615000	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	127.617	135.000	142.000	144.000				144.000	145.000	147.000	148.000	148.000	
		482.237	495.000	536.000	578.000				578.000	585.000	592.000	598.000	598.000	

Gruppen/Kto./KSt.	Bezeichnung	Rechn.-Erg.		Ansatz		ggf. VE		Ansatz		Ansatz		Ansatz		Erläut.
		2007 EURO	2008 EURO	2009 EURO	2009 EURO	2010 EURO	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO					
2.3	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen													
64000/640100/640110	Abschreibungen	68.074	92.000	61.000	61.000		61.000		61.000		61.000		61.000	
640100	Abschreibungen Neubau Bewegungsbad	5.007	30.000	30.000	30.000		30.000		30.000		30.000		30.000	
640100	Abschreibung Neubau Sauna	0	0	7.000	7.000		14.000		14.000		14.000		14.000	
640100	Abschreibungen Neubau physik. Therapie	0	0	0	0		7.500		15.000		15.000		15.000	
640100	Abschreibungen Geräte Prävention	0	0	500	500		1.000		1.000		1.000		1.000	
		73.081	122.000	98.500	98.500		113.500		121.000		121.000		121.000	
2.4	sonstige betriebliche Aufwendungen													
	- Verwaltungsbedarf													
656101-656102	Büromaterial, Fachbücher, Zeitg.	1.568	3.000	3.000	3.000		3.000		3.000		3.000		3.000	
656000/01+656301	Porto und Fernsprechgebühren	1.293	2.000	2.000	2.000		2.000		2.000		2.000		2.000	
650200-201+65600656601	Dienstreisen, Fort- und Weiterbildung	2.336	2.000	5.000	5.000		5.000		5.000		5.000		5.000	
	Personalbeschaffungskosten	0	0	1.000	1.000		1.000		1.000		1.000		1.000	
657730/31	Prüfungs- und Beratungsgebühren	7.701	5.000	5.000	5.000		5.000		5.000		5.000		5.000	
657732/33	Abrechnungshonorar	19.879	0	33.000	33.000		33.000		33.000		33.000		33.000	
657000	Verwaltungskostenbeiträge	26.912	26.000	27.000	27.000		27.000		27.000		27.000		27.000	
657720	EDV-Aufwendungen	0	1.000	5.000	5.000		5.000		4.000		4.000		3.000	
656901	sonstige Verwaltungskosten	3.180	3.000	4.000	4.000		4.000		4.000		4.000		4.000	
		62.870	42.000	85.000	85.000		85.000		84.000		84.000		83.000	
	- Praxiszubehör													
	Therapiegeräte/Praxiszubehör	0	0	2.000	2.000		2.000		1.000		1.000		1.000	
	Informationstechnik Beschaffung	0	0	2.000	2.000		2.000		1.000		1.000		1.000	
	Mobiliar	0	0	2.000	2.000		2.000		1.000		1.000		1.000	
		0	0	6.000	6.000		6.000		3.000		3.000		3.000	
	- Instandhaltung													
651021	Instandhaltung/Instandsetzung	2.337	2.000	4.000	4.000		4.000		4.000		4.000		4.000	
651001	Rep. Zwischensanierung (Grossreparaturen)	1.051	20.000	15.000	15.000		10.000		10.000		10.000		10.000	
651031	Reparaturen	1.205	0	6.000	6.000		3.000		3.000		3.000		3.000	
651091	Wartungen	4.938	0	6.000	6.000		7.000		7.000		8.000		8.000	
		9.531	22.000	31.000	31.000		24.000		24.000		25.000		25.000	

Gruppen/Kto./KSt.	Bezeichnung	Rechn.-Erg.		Ansatz		ggf. VE		Ansatz		Ansatz		Ansatz		Erläut.
		2007 EURO	2008 EURO	2009 EURO	2009 EURO	2010 EURO	2011 EURO	2012 EURO	2013 EURO					
650010	- Versicherungen, Beiträge													
653020	Steuern, Gebühren, Grundbesitz	15.884	14.000	16.000	16.000	16.000	16.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	17.000	
653190	Versicherungen	5.452	5.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	
	Beiträge	870	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	
		22.206	20.000	23.000	23.000	23.000	23.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	24.000	
	- Werbung und Repräsentationsaufwand													
655001	Werbung	5.773	2.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
655101	Repräsentationsaufwand	971	0	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000	
		6.744	2.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	6.000	
	- übrige/sonstige Aufwendungen													
652000	Mieten	29.778	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
657791	sonstige betriebliche Aufwendungen	4.106	1.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000	
740000	Zinsaufwendungen Neubau BB	9.148	54.752	54.189	54.189	53.602	52.987	52.344	52.344	52.344	52.344	51.671	51.671	
740000	Zinsaufwendungen Neubau Sauna	0	0	17.400	17.400	34.560	34.200	33.800	33.800	33.800	33.800	33.400	33.400	
740000	Zinsaufwendungen Neubau Phys. Therapie	0	0	0	0	6.000	6.000	15.500	15.800	15.800	15.500	15.200	15.200	
740000	Zinsaufwendungen Geräte Prävention	0	0	1.350	1.350	2.660	2.630	2.600	2.630	2.630	2.600	2.560	2.560	
		43.032	55.752	76.939	76.939	100.822	109.617	108.244	108.244	109.617	108.244	106.831	106.831	
	Summe Punkt 2.4	144.382	141.752	227.939	227.939	244.822	249.617	250.244	250.244	249.617	250.244	247.831	247.831	
	Gesamtaufwendungen	805.615	885.752	997.439	997.439	1.072.322	1.093.617	1.101.244	1.101.244	1.093.617	1.101.244	1.104.831	1.104.831	
	Gesamterträge	702.357	768.000	1.053.000	1.053.000	1.218.000	1.232.000	1.243.000	1.243.000	1.232.000	1.243.000	1.253.000	1.253.000	
	Gesamtaufwendungen	805.615	885.752	997.439	997.439	1.072.322	1.093.617	1.101.244	1.101.244	1.093.617	1.101.244	1.104.831	1.104.831	
	Jahresfehlbetrag/Überschuss	-103.258	-117.752	55.561	55.561	145.678	138.383	141.756	141.756	138.383	141.756	148.169	148.169	
	nachrichtlich (Ergebnisbehandlung nach Jahresabschluss)													
	- Entnahmen aus Rücklagen	68.074	92.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	- Vortrag auf das neue Geschäftsjahr	14.155	25.752	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	- Verlustausgleich des Trägers	21.029	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	- Einstellung in die Gewinnrücklage			55.561	55.561	145.678	138.383	141.756	141.756	138.383	141.756	148.169	148.169	

B) Vermögensplan / Investitionsprogramm

Gruppen/Kto./KSt.	Bezeichnung	Rechn.-Erg.		Ansatz 2008 EURO	Ansatz 2009 EURO	ggf. VE EURO	Ansatz 2010 EURO	Ansatz 2011 EURO	Ansatz 2012 EURO	Ansatz 2013 EURO	Erläut.
		2007 EURO	2009 EURO								
<u>1. Einnahmen</u>											
	<u>Investitionszuschüsse der Stadt</u>										
1.1	Investitionen	7.972,00		27.000	7.000		7.000	7.000	7.000	7.000	
	<u>Eigenmittel SchwefelBad Fallersleben</u>										
1.2	Darlehen S/M/E Bewegungsbad	1.200.000		0	0		0	0	0	0	
1.3	Darlehen S/M/E Sauna	0		0	700.000		0	0	0	0	
1.4	Darlehen S/M/E Physikalische Therapie	0		0	0		350.000	0	0	0	
1.5	Darlehen Primärprävention Gerät	0		0	50.000		0	0	0	0	
1.6	Tilgung S/M/E Bewegungsbad	0		12.137	12.699		13.268	13.901	14.544	15.217	
1.7	Tilgung S/M/E Sauna	0		0	3.500		7.230	7.600	7.980	8.390	
1.8	Tilgung S/M/E Physikalische Therapie	0		0	0		2.000	4.800	4.800	5.100	
1.9	Tilgung Primärprävention Geräte	0		0	500		550	590	615	650	
	Gesamt-Einnahmen	1.207.972		39.137	773.699		380.048	33.891	34.939	36.357	
<u>2. Ausgaben</u>											
	Investitionen	7.972		27.000	7.000		7.000	7.000	7.000	7.000	
	<u>Eigenmittel SchwefelBad Fallersleben</u>										
2.2	Darlehen S/M/E Bewegungsbad	1.200.000		0	0		0	0	0	0	
2.3	Darlehen S/M/E Sauna	0		0	700.000		0	0	0	0	
2.4	Darlehen S/M/E Physikalische Therapie	0		0	0		350.000	0	0	0	
1.5	Darlehen Primärprävention Gerät	0		0	50.000		0	0	0	0	
2.5	Tilgung S/M/E Bewegungsbad	0		12.137	12.699		13.268	13.901	14.544	15.217	
2.6	Tilgung S/M/E Sauna	0		0	3.500		7.230	7.600	7.980	8.390	
2.7	Tilgung S/M/E Physikalische Therapie	0		0	0		2.000	4.800	4.800	5.100	
2.8	Tilgung Primärprävention Geräte	0		0	500		550	590	615	650	
	Gesamt-Ausgaben	1.207.972		39.137	773.699		380.048	33.891	34.939	36.357	

VII.

Dienstaufwands- entschädigung

Dienstaufwandsentschädigung
gem § 3 der Nds. Kommunalbesoldungsverordnung
(NKBesVO vom 18.04.2002, geändert durch Verordnung vom 17.08.2007)

	monatl. Betrag	Jahresbetrag	PSP - Element
Oberbürgermeister	306,78 Euro	3.681,36 Euro	} 1-00-01-01 Sachkonto 40 11 40
Erster Stadtrat	204,52 Euro	2.454,24 Euro	
Stadtbaurat	153,39 Euro	1.840.68 Euro	
Stadtrat	153,39 Euro	1.840.68 Euro	
Stadtrat	153,39 Euro	1.840.68 Euro	

VIII.

Stellenplan

STELLENPLAN

Teil A: Beamte/Beamtinnen Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2008			
			insgesamt		tatsächlich besetzt	mit Beschäft	nicht besetzt	
I. Stadtverwaltung								
Beamte auf Zeit								
1	Oberbürgermeister	B7	1	1	0	0	0	1 DAE: 3.681,36 EUR
2	Erster Stadtrat	B5	1	1	0	0	0	1 DAE: 2.454,24 EUR
3	Stadtbaurat	B4	1	1	0	0	0	1 DAE: 1.840,68 EUR
4	Stadtrat	B4	2	1	0	1	1	2 DAE: 1.840,68 EUR
Höherer Dienst								
5	Leitende (r) Medizinaldirektor (in)	A16	1	1	0	0	0	
6	Leitende (r) Städt. Direktor (in)	A16	2	2	0	0	0	
7	Leitende (r) Baudirektor (in)	A16	2	2	0	0	0	
8	Baudirektor (in)	A15	2	2	0	0	0	
9	Studiendirektor (in)	A15	1	0	0	0	0	1 A
10	Branddirektor (in)	A15	2	2	0	0	0	1 kw 01.05.09
11	Archivdirektor (in)	A15	1	0	0	0	0	1 N
12	Medizinaldirektor (in)	A15	1	1	0	0	0	
13	Veterinärdirektor (in)	A15	1	1	0	0	0	
14	Städt. Direktor (in)	A15	4	3	1	0	0	1 kw 01.02.09
15	Veterinäroberrat/Oberrätin	A14	1	1	0	0	0	
16	Medizinaloberrat/Oberrätin	A14	1	0	1	0	0	
17	Oberkustos/-kustodin Museen	A14	1	1	0	0	0	
18	Städt. Oberrat/Oberrätin	A14	5	3	0	0	0	1 N 1 A
19	Bauberrat/Bauberrätin	A14	2	1	0	0	0	1 N
20	Brandoberrat/rätin	A14	1	1	0	0	0	
21	Archivoberrat/Archivoberrätin	A14	0	1	0	0	0	
Übertrag :			33	29	26	2	1	

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009		Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	insgesamt	davon am 30.06.2008		nicht besetzt		
					tatsächlich besetzt	mit Beschäft			
			insgesamt	insgesamt	mit Beamten	mit Beschäft			
22	I. Stadtverwaltung								
23	Medizinalrat/rätin	A13 H.D.	2	0	2	0	0	1 T 50%	
24	Baurat/rätin	A13 H.D.	4	5	0	0	0	2 T 50%	
	Städt. Rat/Rätin	A13 H.D.	4	4	0	0	0	1 kw 3) 1 A	
25	Gehobener Dienst								
	Stadtoberamtsrat/-rätin	A13 G.D.	15	13	0	0	0	1 kw 01.04.11 1 kw3)	
26	Brandamtsrat/-rätin	A12	3	2	0	0	0	2 A 1 KE	
27	Stadtsamtsrat/-amtsrätin	A12	47	43	38	2	3	1 A 1 kw 3)	
								2 A 2 N 1 kw1) 1 kw	
								01.05.14 1 kw 01.11.10	
								1 kw 01.06.12 1 kw 01.12	
								.10 1 kw3) 1 kw 3) 1 K	
								E 1 T 50%	
28	Brandamtsmann/-amtsfrau	A11	5	3	0	0	0	2 A	
29	Stadtsamtsmann/-amtsfrau	A11	90	86	76	2	8	5 N 3 A 6 T 50% 1 ku	
								A10, T50% 1 T 63% 1 ku	
								A10 2 kw 1) 1 T 75% 4	
								kw 3) 1 kw3) 1 siehe au	
								ch 01-6 2 KE 1 Stelle v	
								erlagert von 20-53 1 T 6	
								7,5% 1 kw T 17,5%	
30	Brandoberinspektor(in)	A10	8	6	0	0	0	2 A	
31	Stadtoberinspektor(in)	A10	189	190	147	7	36	8 A 7 T 75% 26 T 50%	
								1 TM 1 ku A 9 g.D. 1 T	
								63% 4 N 1 * 1 kw 2) 1	
								kw 01.03.10 1 01.07.14	
								2 kw3) 7 kw 3) 1 Verla	
								gerung vom GB 03 1 kw1)	
								27 KE 1 T50% 1 Stelle v	
								erlagert von 20-51	
Übertrag :			400	383	320	15	48		

STELLENPLAN

Teil A: Beamte/Beamtinnen Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009		Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt	davon am 30.06.2008	tatsächlich besetzt				
					insgesamt	mit Beamten	mit Beschäft	nicht besetzt	
32	I. Stadtverwaltung Stadtinspektor(in)	A9 G.D.	25	34	19	2	13	4 T 50% 1 T 75% 1 kw 01.09.11 1 kw3) 1 Stelle verlagert von 20-51 1 A	
33	Sozialinspektor(in)	A9 G.D.	1	0	0	0	0		
34	Mittlerer Dienst Hauptbrandmeister(in)	A9 M.D.	1	0	0	0	0	2 A	
35	Hauptbrandmeister(in) m. Amtszulage	A9 M.D.	6	7	7	0	0		
36	Stadtamtsinspektor(in) m. Amtszulage	A9 M.D.	6	6	6	0	0	1 ku A 9 m.D. 1 * 1 kw 2) 1 kw 3)	
37	Hauptbrandmeister(in)	A9 M.D.	16	16	16	0	0	2 A	
38	Stadtamtsinspektor(in)	A9 M.D.	21	20	18	0	2	1 kw 01.02.13 2 A 1 T 50% 1 T 75% 1 Stellenbesetzung bzw.vollst. 1 I nanspruchnahme erst nach 1 Durchführung eines Bewertungsverfahrens	
39	Lebensmittelk.-Amtsinspektor(in)	A9 M.D.	2	2	2	0	0		
40	Gesundheitsamtsinspektor(in)	A9 M.D.	1	2	1	0	1		
41	Stadthauptsekretär(in)	A8	72	66	56	7	3	5 A 15 T 50% 1 T 60% 1 kw 2012 1 kw 01.12.12 1 kw3) 2 kw 3) 3 N 2 T 75% 1 KE 1 Stelle verlagert von 20-53 1 Stelle verlagert von 10-22 1 kw 01.07.11 1 A	
42	Oberbrandmeister(in)	A8	54	53	41	0	12		
Übertrag :			605	589	486	24	79		

Teil A: Beamte/Beamtinnen Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besolungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009		Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
			insgesamt		davon am 30.06.2008				
			insgesamt	insgesamt	tatsächlich besetzt	mit Beschäft	nicht besetzt		
43	I. Stadtverwaltung								
44	Gesundheitshauptsekretär (in)	A8	1	1	0	0	0		
45	Lebensmittelk.-Hauptsekretär (in)	A8	2	2	0	0	0		
	Stadtobersekretär (in)	A7	88	74	5	5	10		5 A 2 T 75% 5 T 50% 1 ku A6 1 * 1 kw 2) 12 kw 3) 4 N 7 KE
46	Brandmeister (in)	A7	60	54	0	0	3		2 A
47	Stadtsekretär (in)	A6	27	21	4	4	4		3 T 50% 10 kw 3) 1 kw 1) 1 T 75% 1 kw T 25%
Beamte/Beamtinnen insgesamt			783	638	33	96			

STELLENPLAN

Teil A: Beamte/Beamtinnen - Klinikum der Stadt Wolfsburg

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besoldungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				davon am 30.6.2008			
				insgesamt	tatsächlich besetzt mit Beamten	mit Beschäftigten nicht besetzt	
II: SONDERVERMÖGEN mit Sonderrechnung, Untereinheiten u. Einrichtungen							
Klinikum der Stadt Wolfsburg							
Gehobener Dienst							
1	Stadtoberamtsrat/-oberamtsrätin	A 13	1	1	0	0	
2	Stadtsamtsrat/-amtsrätin	A 12	2	1	0	0	
3	Stadtsamtmann/-männin/-amtfrau	A 11	2	2	0	0	
5	Stadtsamtsinspektor/in	A 10	4	5	0	0	
6	Stadtsamtsinspektor/in	A 9	0	0	0	0	
Mittlerer Dienst							
7	Stadtsamtsinspektor/in m. Zulage	A 9 m.Z	0	0	0	0	
8	Stadthauptsekretär/in	A 8	2	2	0	0	
9	Stadtobersekretär/in	A 7	2	2	0	1	dav. 1 ku A 6
10	Stadtssekretär/in	A 6	1	1	2	0	
			14	14	2	1	
Beamte/Beamtinnen insgesamt:			17	14	2	1	

Teil A: Beamte/Beamtinnen Betrieb Bäder

lfd. Nr.	Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen	Besolungsgruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009	Zahl der Stellen im Vorjahr				Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.06.2008			
			insgesamt		tatsächlich besetzt	mit Beschäft	nicht besetzt	
1	II: SONDERVERMÖGEN mit Sonderverrechnung, Unternehmen u. Einrichtungen Betrieb Bäder Gehobener Dienst Stadtamtsrat/-amtsrätin	A12	1	1	0	0	0	
2	Mittlerer Dienst Stadtobersekretär (in)	A7	1	1	0	0	0	1 T 50%
	Beamte/Beamtinnen insgesamt		2	2	0	0	0	

STELLENPLAN

Teil B: Beschäftigte Allgemeine Verwaltung

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	Verwaltungsdienst	AT E15 E14 E13 E12 E11 E10 EG9D E9	3 2 2 2 5 5 5 0 20	2 2 2 3 6 6 0 19	1 0 0 0 0 0 1 1	1 Ib Fg. 1a BAT ab 01.01.2008 1 kw 1) 1 N 1 III/II BAT ab 01.01.2009 1 Verlagerung aus dem FB 15 1 T 80% 1 T 50% 2 KE 1 ku A 10 1 A 1 N 1 T 70 % 2 T 75% 5 A 1 T 87% 1 ku E8 1 Verlagerung vom FB 15 1 T 83% 1 KE 3 T 50% 1 Verlagerung vom FB 80 1 IVb BAT ab 01.01.2008 08 2 T 75% 1 * 1 kw 2) 2 ku E6 1 ku A7 6 T 5 0% 1 Stelle verlagert von 20-51 1 A 2 ku 2 A 8 1 N, 1 Vlb/Vc BAT ab 01.01.2009 10 T 50% 1 T 63% 1 ku E3 2 T 75% 3 KE 4 A 1 ku E5 2 kw 1 T 25% 5 T 75% 15 T 50% 2 T 70% 1 A 3 T 52% 44 T % 1 ku VII 1 T 65% 4 VII BAT ab 01.01.2008 2 KE 1 A, N 1 N 1 VII BAT ab 01.01.2009 1 kw 1) 1 Stelle verlagert von 20-53 1 T 60% 7 T 50% 1 T 26% 1 T 78% 1 T 52% 2 kw 1 T 75% 1 kw T 25% 1 01.01.08 1 kw T 50%	
2	Technischer Dienst	E3 E15 E14 E13 E12 E11 E10 E9	21 1 3 19 31 33 7 27	21 1 3 17 27 31 7 19	3 0 0 1 5 2 0 5	2 Fg. 1 TTV 1 A 1 II TechnikerTV 1 N 1 ku E12 1 IVa/III Fg. 1 TTV ab 01.01.2008 1 T 75% 3 IVa/III TTV ab 01.01.2008 1 T 75% 3 T 50% 1 A 1 N 1 Vb Fg. 7 TechnikerTV 1 a b 01.01.2009	
Übertrag :			409	377	36		

lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
3	Sozial- u. Erziehungsdienst	E8	14	22	18	4	1 kw 1) 1 T 50% 1 T % 2 T 50% 1 A 1 VIb Fg. 27 TechTV 1 ab 01.01.2009 1 * 1 kw 2) 1 T 75% 1 IVa ku Vb/IVb SozTV 1 ab 01.01.2008 5 ku E 9 1 T 75% 1 N 1 IVa SozTV 1 ab 01.01.2009 1 * 1 kw 2) 1 T 70% 11 T 75% 13 T 50% 1 Vb/IVb SozTV ab 0 1.01.2008 1 N 5 Vb/IVb SozTV 5 A 5 ab 01.01.2009 1 KE 1 Vb/IVb SozTV ab 01.01.2009 1 T 36 % 1 ku Vb/IVb 1 KE; Vb/IVb SozTV 1 kw 5 T 50% 5 T 69% 1 T 75% 1 T 58% 1 ku E6 1 VIb/Vc SozTV 1 ab 01.01.2009 1 T 35% 1 T 29% 2 T 50% 1 ku E3 1 kw 1) 2 VIII/VII SozTV 2 ab 01.01.2009 2 T 50% 1 T 75% 1 A 5 T 50% 1 A 6 T 50% 3 T 50% 2 T 75% 1 ku E12 2 A 2 II BAT ab 0 1.01.2009 1 kw3) 1 kw 3) 1 A 2 T 50% 7 Stundeneinsatz
		E6	12	12	0		
		E5	5	4	1		
		E13	1	1	0		
		E12	4	4	0		
		E11	6	6	0		
		E10	22	25	1		
		E9	90	77	7		
		E8	18	18	1		
		E6	32	31	1		
4	Bibliotheksdienst	E5	4	5	1		
		E3	13	10	2		
		E11	1	1	0		
		E10	6	5	1		
		E9	15	14	1		
		E6	3	3	0		
		E5	20	19	2		
		E15	3	3	0		
		E14	1	1	0		
		E13	13	11	1		
5	Sonstige	E12	2	2	0		
		E11	2	2	0		
		E10	4	4	0		
		E9	29	29	0		
		Übertrag :			741	682	59

STELLENPLAN

Teil B: Beschäftigte Allgemeine Verwaltung

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
6	Gärtner (innen)	E8	6	5	5	0	2 T 50% 1 N 1 Vc BAT ab 01.01.2009 1 * 1 kw2) 1 T 78% 1 T 75% 1 T 75% 1 A 1 BMT 4/5a ab 01.01.2008 1 T 78% 4 N 1 VII, Fg.2 HausMTV ab 1 01.01.2009 31 Lg.4 Fg. 5.28 BMTG: E4 TVÖD 31 Lg.4 Fg. 5.29 BMTG: E5 TVÖD 1 T 40% 10 T 50% 2 T 60% 3 T 75% 2 VII BAT ab 0 1.01.2009 1 Fg. 3.3Z 1 A 2 T 50% 1 T 75% 1 T % 1 kw 1) 6 T 50% 34 T 75% 1 KE 1 T 14 % 1 T 34% 1 T 74% 15 T 99% 1 T 49% 1 kw 1)T 52% 1 T 56% 1 zugl. Hausm. 1 Mitbetreuung 1 Verw.-Stelle 1 Fallersleben 1 T 76% 2 IM 2 L g. 2 ab 01.01.2008
		E7	8	6	3		
		E6	36	36	0		
		E5	96	85	9		
		E4	29	30	1		
		E3	90	86	15		
		E2UE	0	1	0		
		E2	10	10	0		
		E8	2	2	0		
		E7	11	8	3		
E6	23	23	0				
E5	12	12	1				
E4	1	1	0				
E3	17	17	1				
E15	2	1	1				
E13	2	2	0				
E6	2	2	0				
E5	1	1	0				
E3	5	4	2				
BV	1	0	1				
E13	1	1	0				
Übertrag :				1.111	1.015	96	

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen	
				insgesamt	davon am 30.06.2008 tatsächl. besetzt	nicht besetzt		
9	Beurlaubung v. Beschäftigten	E10	7	7	7	0	1 KE 1 kw 1 31.12.2010	
		E9	4	4	3	1		
		E8	2	2	2	0		
		E6	2	2	2	0	2 KE 2 kw 2 31.12.2010	
		E1-E15	18	18	3	15		
		E1-E12	31	31	14	17		
		E1-E9	8	8	2	6		
		E3-E15	56	56	40	16	56 kw 3)	
		E3-E9	7	7	7	0	7 kw 3)	
		E12	5	4	4	0	2 A 1 kw 01.03.09 1 kw 01.08.10 1 kw 01.10.10.12 1 kw 01.05.09	
		E11	6	5	5	0	1 kw 01.01.09 1 kw 01.06.09 1 kw 01.05.10 1 kw 01.09.09 1 kw 31.01.12 1 kw 31.03.11	
		E10	5	5	5	0	1 kw 01.02.09 2 kw 01.10.09 1 kw 01.06.10 1 kw 01.01.09	
		E9	13	15	12	3	1 kw 01.04.10 1 kw 01.06.09 1 kw 01.11.09 1 kw 01.05.10 1 kw 30.11.10 1 kw 01.01.10 1 kw 01.02.10 1 kw 01.03.09 1 kw 01.07.11 1 kw 01.10.09 1 kw 01.04.11 1 kw 01.10.13 1 kw 01.11.11	
10	Beschäftigte in der Freistellungsphase d	E8	4	1	1	0	1 kw 28.02.12 1 kw 01.06.09 1 kw 31.03.10 1 kw 30.06.11	
		E7	4	4	3	1	1 kw 01.09.10 1 kw 01.01.09.07 1 kw 01.05.09 1 kw 01.12.11	
		E6	9	9	6	3	1 kw 31.10.11 2 kw 01.02.09 1 kw 01.02.10 1 kw 01.03.10 1 kw 01.08.09 3 kw 01.11.09	
		E5	10	12	8	4	1 kw 01.04.12 2 kw 01.08.09 1 kw 30.06.11 1 kw 30.04.11 1 kw 01.07.08 1 kw 01.01.09 1 kw 01.09.10 1 kw 01.07.09 1 kw 01.05.10	
		E4	2	2	1	1	1 kw 01.06.09 1 kw 31.12.11	
		E3	2	2	1	1		
		E14	1	1	1	0		
		E13	1	1	1	0	1 kw 01.06.10 1 kw 01.07.13	
					1.307	1.143	164	
					1.281			
		Übertrag :						

TuI-Dienst

STELLENPLAN

Teil B: Beschäftigte Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgelt- gruppe/ Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
		E12	5	3	3	0	
		E11	13	15	14	1	
		E10	2	2	2	0	
		E8	4	1	1	0	
	Beschäftigte insgesamt :		1.305	1.328	1.163	165	
							2 N 1 III/II DV-SystemIV 2 ab 01.01.2009 1 III/II TechnikerTV 1 kw*: wenn die Anzahl 1 der Auszubildenden u nter 1 6 sinkt 1 kw *) 3 A

I. Beamte/Beamtinnen zur Anstellung - Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Dienstbezeichnung	Besol- dungs gruppe	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	Brandoberinspektor(in) z.A.	A10	3	3	1	2	
2	Stadtinspektor(in) z.A.	A9 G.D.	10	24	5	19	
3	Brandmeister(in) z.A.	A7	16	16	1	15	
4	Stadtsekretär(in) z.A.	A6	4	12	1	11	
	insgesamt		33	55	8	47	

II. Nachwuchskräfte und informativisch beschäftigte Kräfte - Allgemeine Verwaltung

lfd. Nr.	Bezeichnung	Art des Entgeltes	vorgesehen im Haushaltsjahr 2009	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2008	Erläuterungen
1	Brandoberinspektor-Anwärter (in)	Anwärterbezüge	2	0	
2	Gesundheitssekretär-Anwärter (in)	Anwärterbezüge	0	1	
3	Brandreferendar (in)	Anwärterbezüge	1	0	
4	Brandmeister-Anwärter (in)	Anwärterbezüge	17	0	
5	Stadtsekretär-Anwärter (in)	Anwärterbezüge	15	8	
6	Stadtinspektor-Anwärter (in)	Anwärterbezüge	32	25	
7	Baufreferendar (in)	Anwärterbezüge	1	1	
8	Auszubildende (r) IT-System-Elektroniker (in)	Ausbildungsentgelt	2	2	
9	Auszubildende (r) Fachinformatiker (in)	Ausbildungsentgelt	8	8	
10	Auszubildende (r) Elektroniker (in) für Energie- und Gebäudetechnik	Ausbildungsentgelt	2	4	
11	Auszubildende (r) Elektroniker (in) für Informations- u. Telekommunikati	Ausbildungsentgelt	2	0	
12	Auszubildende (r) Anlagenmechaniker (in) für Sanitär-, Heizungs- u. Klim	Ausbildungsentgelt	2	1	
13	Auszubildende (r) Mechaniker (in) für Landmaschinentechnik	Ausbildungsentgelt	17	16	
14	Auszubildende (r) Gärtner (in)	Ausbildungsentgelt	10	12	
15	Auszubildende (r) Fachangestellte (r) für Medien- u. Informationsdienste	Ausbildungsentgelt	9	9	
16	Auszubildende (r) Koch/Köchin	Ausbildungsentgelt	7	7	
17	Auszubildende (r) Verwaltungsfachangestellte (r)	Ausbildungsentgelt	10	10	
18	Auszubildende (r) Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	Ausbildungsentgelt	20	19	
19	Auszubildende (r) Fachangestellte (r) für Bäder	Ausbildungsentgelt	3	2	
20	Auszubildende (r) Straßenbauer (in)	Ausbildungsentgelt	3	2	
21	Auszubildende (r) Informatik-Kaufmann/-frau	Ausbildungsentgelt	3	2	
22	Auszubildende (r) Medizinische (r) Fachangestellte (r)	Ausbildungsentgelt	8	6	
23	Auszubildende (r) Bestattungsfachkraft	Ausbildungsentgelt	2	0	
24	Praktikant (in) Gesundheitsaufseher (in)	Praktikumsentgelt	1	0	
25	Anerkennungspraktikant (in) Soz.-Arbeit./Pädagoge (in)	Praktikumsentgelt	8	0	
26	Sonstige Praktikant (in)	Praktikumsentgelt	10	0	
27	Dienstfänger (in)	Unterhaltsbeihilfe	7	7	
	insgesamt		202	142	

STELLENÜBERSICHTEN

Teil A: Aufteilung nach der Verwaltungsgliederung

I. Beamte/Beamtinnen – Allgemeine Verwaltung

OE Nr.	Produktbereiche Organisationseinheiten	Beamte auf Zeit					höherer Dienst					gehobener Dienst					mittlerer Dienst					Gesamt
		B 7	B 5	B 4	B 3	B 2	A 14	A 13 hD	A 13 gD	A 12	A 11	A 10	A 9 gD	A 9 mD	A 9 mD	A 8	A 7	A 6				
	Oberbürgermeister und Dezernenten																					
A	Leitende Beamte (innen)	1	1	3																	5	
B	Dezernenten zugeordnet																				6	
21	Strategische Planung, Stadtentwicklung																				6	
30	Rats- und Rechtsangelegenheiten																				21	
31	Referat Kommunikation																				5	
32	Rechnungsprüfungsamt																				11	
33	Repräsentation, Internationale Beziehungen																				4	
50	Frauenförderung																				0	
	Dezernent I																					
02	Jugend																				30	
14	Personal																				38	
40	Gesamtpersonalrat																				3	
51	Ausländerreferat																				1	
55	Schule																				21	
90	Sonderprojekte																				3	
91	Stellenreserve für alle GB/sonst. OE																				0	
92	Beamte (innen) und Beschäftigte in der Freistellungsphase der Altersteilzeit																				13	
93	Zuweisung/Abordnung von Beamten (innen) und Beschäftigten																				21	
94	Leerstellen für beurlaubte Beschäftigte (vorher BAT)																				0	
95	Leerstellen für beurlaubte Beschäftigte (vorher EWIG)																				0	
96	Leerstellen für beurlaubte Beamte (innen)																				82	
97	Personal zur Ausbildung (Aufstieg)																				10	
	Dezernent II																					
01	Bürgerdienste																				243	
03	Soziales und Gesundheit																				93	
15	Informationstechnologie																				16	
80	Sport und Bäder																				6	
	Dezernent III																					
04	Kultur und Bildung																				16	
20	Finanzen und Controlling																				54	
	Dezernent IV																					
06	Stadtplanung und Bauberatung																				18	
07	Straßenbau und Projektkoordination																				7	
08	Grün																				7	
11	Grundstücks- und Gebäudemanagement																				43	
76	Forum Architektur																					
	Beamte/Beamtinnen insgesamt	1	1	3	0	5	12	11	10	15	50	95	197	26	13	40	129	148	27		783	

STELLENÜBERSICHTEN

II. Beschäftigte - Allgemeine Verwaltung

OE Nr.	Produktbereiche Organisationseinheiten	AT	E.15 UE	E.14	E.13	E.12	E.11	E.10	EG 9D	E.9	E.8	E.7	E.6	E.5	E.4	E.3	E.2 UF	E.1	b.v.	E1-E15	E1-E12	E1-E9	E3-E15	E3-E9	Gesamt	
Oberbürgermeister und Dezernten																										
A	Leitende Beamte(innen)												5												0	
B	Dezernenten zugeordnet																								5	
21	Strategische Planung, Stadtentwicklung	1			2	1							1	1											6	
30	Rats- und Rechtsangelegenheiten												2	2			1								5	
31	Referat Kommunikation					1							1												3	
32	Rechnungsprüfungssamt				1	2	1																		5	
33	Repräsentation, Internationale Beziehungen													1	2										4	
50	Frauenförderung						1		2				1												4	
Dezernent I																										
02	Jugend		1	1	8	4	5	25		74	20		36	9	1	20	1								205	
14	Personal			1	1	2	2						2	1											9	
40	Gesamtpersonalrat						1	1			1	1		3											7	
51	Ausländerreferat					1		2		4	2		1												10	
55	Schule			1						1	2		13	75		29	5								126	
90	Sonderprojekte																								0	
91	Stellenreserve für alle GE/sonst. OE																			18	31	8			57	
92	Beamte(innen) und Beschäftigte in der Freistellungsphase der Altersteilzeit				5	6	5			13	4	4	9	10	2	2									60	
93	Zuweisung/Abordnung von Beamten(innen) und Beschäftigten								2																2	
94	Leerstellen für beurlaubte Beschäftigte (vorher BAT)																						56		56	
95	Leerstellen für beurlaubte Beschäftigte (vorher BMTG)																							7	7	
96	Leerstellen für beurlaubte Beamte(innen)																								0	
97	Personal zur Ausbildung (Aufstiegl)																								0	
Dezernent II																										
01	Bürgerdienste			1	1	2	6	1		9	7		10	17		1									55	
03	Soziales und Gesundheit		3		2	1	1	3		18	4		17	7		7	1		1						65	
15	Informationstechnologie		1	1	1	5	13	2		1	4		2	2		1									33	
80	Sport und Bäder					1				1	4		1	34											41	
Dezernent III																										
04	Kultur und Bildung		2		6		2	9		42	1		6	32	2	13									116	
20	Finanzen und Controlling		1		1	3				2	6		14	4			1								33	
Dezernent IV																										
06	Stadtplanung und Bauberatung			1	2	8	7	1		5	1		6	5		2									38	
07	Straßenbau und Projektkoordination			1	2	9	3	2		5	4	5	20	10	1	3									65	
08	Grün			4			12	2		6	11	13	30	39	18	61									196	
11	Grundstücks- und Gebäudemanagement		1	1	6	9	5	3		13	10		7	20	6	9	1								91	
76	Forum Architektur																								1	
Beschäftigte insgesamt :																										
		3	0	8	7	39	52	66	58	199	84	23	181	275	32	148	0	10	0	1	18	31	8	56	7	1.305

Teil B: Beschäftigte - Klinikum der Stadt Wolfsburg

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen	
				insgesamt	tatsächl. besetzt	davon am 30.6.2008 nicht besetzt		
OO	Ärztlicher Dienst	AT	4	2	2	0	Außer tarifliche Vergütung	
		E 15UE	9	11	11	0	9 ku AT	
		MB 4	10	10	10	0	TV-Ärzte/VKA	
		MB 3	40	37	37	0	TV-Ärzte/VKA	
		MB 1-MB 2	132	134	124	10	TV-Ärzte/VKA; 2 (T 25%); 9 (T 50%); 1 (T 75%)	
		EG 11A	1	1	1	0		
		EG 10A	3	3	3	0		
		EG 9D	2	2	2	0		
		EG 9C	24	24	23	1		
		EG 9A	0	1	1	0		
O1	Pflegedienst	EG 8A; EG 9A	64	64	64	0		
		EG 9B	29	29	25	4	1 ku EG 8A-EG 9A; 3 ku EG 7A	
		EG 8A	3	2	2	0	1 ku EG 7A; 1 kw 2)	
		EG 7A	275	277	271	6	2 (T 90 %); 3 (T 50%); 1 jw 2)	
		EG 4A	1	0	0	0	1 kw 2)	
		EG 3A	0	0	0	0		
		MB 3	1	0	0	0	TV-Ärzte/VKA; 1 (T 30%) kw 2)	
		MB 1-MB 2	0	1	1	0	TV-Ärzte/VKA	
		E 9	1	1	1	0		
		E 6	1	1	1	0	1 ku E 5	
O2	Med.-techn. Dienst	E 5	0	0	0	0		
		E 3	0	1	1	0		
		E 2-E 5	1	1	1	0		
		E 15	1	1	1	0		
		E 14	4	5	5	0	1 ku E 13; 1 (T 25%) ku E 13	
		E 13	7	6	6	0		
		E 10	1	1	1	0		
		E 9	51	49	48	1	3 (T 50%) ku E 8; 1 (T 78%); 1 (T 50%); 1 (T 75%) ku E 8; 34 ku E 8	
		E 8	34	35	34	1	11 ku E 6; 2 (T 50%); 1 (T 75%) ku E 6; 1 (T 50%) ku E 3; 5 ku E 5-E 6	
		E 7	1	1	1	0	1 ku E 5-E 6	
		E 6	44	45	44	1	1 (T 75%) ku E 3; 22 ku E 5; 3 (T 50%) ku E 5; 1 (T 33%) ku E 5; 3 (T 75%) ku E 5; 2 (T 50%) ku E 3; 1 ku E 3; 1 (T 75%); 1 (T 50%); 2 ku E 2-E 5; 1 (T 75%) ku E 3	
		E 5-E 6	13	13	13	0	2 (T 50%)	
		E 5	12	10	10	0	5 ku E 3; 1 (T 50%) ku E 3; 1 (T 50%)	
			769	768	744	24		
		Übertrag:						

STELLENÜBERSICHT

Teil B: Beschäftigte - Klinikum der Stadt Wolfsburg

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr		Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	davon am 30.6.2008 tatsächl. besetzt	
	Übertrag:		769	744	24	
	noch Med.-techn. Dienst		0	0	0	
	E 4		5	4	1	
	E 3-E 8		3	2	1	1 ku E 3; 1 (T 75%)
	E 3		3	6	0	
	E 2-E 5		20	20	0	1 (T 25%); 8 (T 50%); 1 (T 75%)
	E 2		1	1	0	
	EG 7A		0	0	0	1 ku E 3
	EG 4A		1	1	0	
			1	1	0	
			1	1	0	
			6	6	0	1 ku EG 9B
			3	3	0	
			2	2	0	
			55	54	0	1 (T 25%); 1 (T 40%); 1 (T 50%); 1 (T 75%) ku E 5
			5	6	0	3 ku EG 7A; 1 (T 25%)
			40	39	0	3 (T 50%); 1 ku E 3
			0	0	0	
			0	0	0	
			6	6	0	6 ku E 8
			2	2	0	1 ku E 6; 1 (T 75%) ku E 6
			3	3	0	1 (T 50%) ku E 4A; 2 ku E 5
			2	2	1	1 (T 35%) ku E 3; 1 (T 66%) ku E 4A;
			1	1	0	
			26	26	0	1 (T 50%); 1 (T 75%)
			32	32	0	1 (T 67%); 2 (T 50%)
			32	32	0	31 ku E 1; 1 (T 50%) ku E 1
			8	8	0	1 (T 50%)
			1	1	0	1 ku E 2UE
			1028	1029	0	
	Übertrag:		1028	1002	27	
03	Funktionsdienst		1	1	0	
	EG 9C		6	6	0	1 ku EG 9B
	EG 9B		3	3	0	
	EG 9A		2	2	0	
	EG 8A-EG 9A		55	54	0	1 (T 25%); 1 (T 40%); 1 (T 50%); 1 (T 75%) ku E 5
	EG 8A		5	6	0	3 ku EG 7A; 1 (T 25%)
	EG 7A		40	39	0	3 (T 50%); 1 ku E 3
	EG 4A		0	0	0	
	EG 3A		0	0	0	
	E 9		6	6	0	6 ku E 8
	E 8		2	2	0	1 ku E 6; 1 (T 75%) ku E 6
	E 6		3	3	0	1 (T 50%) ku E 4A; 2 ku E 5
	E 5		2	2	1	1 (T 35%) ku E 3; 1 (T 66%) ku E 4A;
	E 3-E 6		1	1	0	
	E 3		26	26	0	1 (T 50%); 1 (T 75%)
04	Klinisches Hauspersonal		32	32	0	1 (T 67%); 2 (T 50%)
	E 2		32	32	0	31 ku E 1; 1 (T 50%) ku E 1
	E 1		8	8	0	1 (T 50%)
	EG 4A		1	1	0	1 ku E 2UE

STELLENÜBERSICHT

Teil B: Beschäftigte - Klinikum der Stadt Wolfsburg

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen		
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt			
Übertrag:				1029	1002	27			
O5	Wirtschafts- und Versorgungsdienst	E 9	3	3	3	0	2 ku E 8		
		E 8	0	0	0	0			
		E 6	6	6	6	0		1 ku E 5	
		E 5	2	2	2	0			
		E 4	1	1	1	0			
		E 3	44	43	43	0		1 (T 50%)	
		E 2 UE	20	20	20	0			20 ku E 1 E 2
		E 1-2	1	2	1	1		1	
		E 12	1	1	1	0			
		E 11	1	1	1	0			
		E 10	3	3	2	1			
		E 9	5	5	4	1			
E 8	1	1	1	0					
E 7	16	16	15	1					
E 6	1	1	1	0					
O7	Verwaltungsdienst	AT	1	1	1	0	Außertarifliche Vergütung 1 ku AT		
		E 15 UE	1	1	1	0			
		E 14	1	1	1	0			
		E 13	1	1	1	0			
		E 12	1	1	1	0			
		E 11	3	1	1	0			
		E 10	3	5	4	1			
		E 9	13	12	12	0		1 ku E 8	
		E 8	9	9	9	0			
		E 7	1	1	1	0			
		E 6	3	3	3	0		3 ku E 5	
		E 5	22	20	19	1			6 (T 75%); 3 (T 50%)
		E 4	1	1	1	0			
		E 3-E 5	0	0	0	0			
		E 2-E 5	0	0	0	0			
		Übertrag:				1191		1158	33

STELLENÜBERSICHT

Teil B: Beschäftigte - Klinikum der Stadt Wolfsburg

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppe Sondertarif	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
	Übertrag:		1193	1158	33		
08	Sonderdienst						
09	Fort- und Weiterbildungsdienst						
10	Personal der Ausbildungsstätten	EG 10A	1	1	0		
		EG 9D	1	1	0		
		EG 9C	6	6	0		
		EG 9B	1	1	0		
		E 2-E 5	1	1	0	1 (T 50%)	
11	Sonstiges Personal						
12	Stellenreserve Ärztlicher Dienst	MB 1-MB 4/AT	5	5	2	TV-Ärzte/VKA	
		MB 1-MB 4	0	0	0	TV-Ärzte/VKA	
		E 2-E 15UE/AT	2	1	1		
		E 2-E 13	2	2	0		
		E 2-E 12	4	4	0		
		E 1-E 9	0	0	0		
		EG 4A-EG 10A	2	2	2		
		EG 4A-EG 9C	5	5	5		
							Die Verwaltung wird ermächtigt, über die Inanspruchnahme der Stellenreserve zu entscheiden. § 80 Abs. 4 NGO bleibt unberührt.
13	Leerstellen Sonstige Beschäftigte/ Ärztlicher Dienst	E 1-E 15UE/AT					
		MB 1-MB 4/AT	40	32	8	TVöD, TV-Ärzte/VKA	
		E 1-E 9	5	2	3		
		EG 4A-EG 11A	50	43	7		
insgesamt:			1318	1255	61		

ANHANG

zur Stellenübersicht für das Klinikum der Stadt Wolfsburg

II. Nachwuchskräfte und informativisch beschäftigte Dienstkräfte

lfd. Nr.	Bezeichnung	Art des Entgeltes	vorgesehen im Haushaltsjahr 2009	beschäftigt im Vorjahr am 01.10.2008	Erläuterungen
1	Lernschwestern/-pfleger	Entgelt lt. TV	140	124	
2	Praktikant/in Krankenpflege	Entgelt lt. Hausregelung	5	0	
3	Info-Praktikant/in	- - -	30	1	
4	Medizinstudent/in	Entgelt lt. Hausregelung	18	3	ab 06.10.08 = 9
5	Praktikant/in Apotheke	Entgelt lt. Prakt.Richtlinien	1	1	
6	Zivildienstleistender	Sold- und Sachbezüge	18	11	
insgesamt:			212	140	

STELLENPLAN

Teil B: Beschäftigte - Betrieb Bäder

Ifd. Nr.	Funktionsbezeichnung	Entgeltgruppen	Zahl der Stellen im Haushaltsjahr 2009 insgesamt	Zahl der Stellen im Vorjahr			Vermerke, Erläuterungen
				insgesamt	tatsächl. besetzt	nicht besetzt	
1	Allgem. Verwaltungsdienst	E9	1	2	2	0	1 Stelle T 50% verlagert zu FB 20 T 81% (besetzt mit T 75%)
		E8	1	1	1	0	
		E7	0	0	0	0	
		E6	0	0	0	0	
2	Technischer Dienst	E8	1	1	1	0	
3	Sonstige	E9	0	0	0	0	2 Fehlbesetzungen E9 durch Überleitung zum TVÖD
		E8	4	4	3	1	
		E7	0	0	0	0	
		E6	0	0	0	0	
		E5	0	0	0	0	
		E4	2	2	1	1	
			11	11	11	0	9 Fehlbesetzungen E 5 durch Überleitung zum TVöD; 1 Stelle T 75%
Beschäftigte insgesamt:			20	21	19	2	

IX.

Beteiligungsbericht



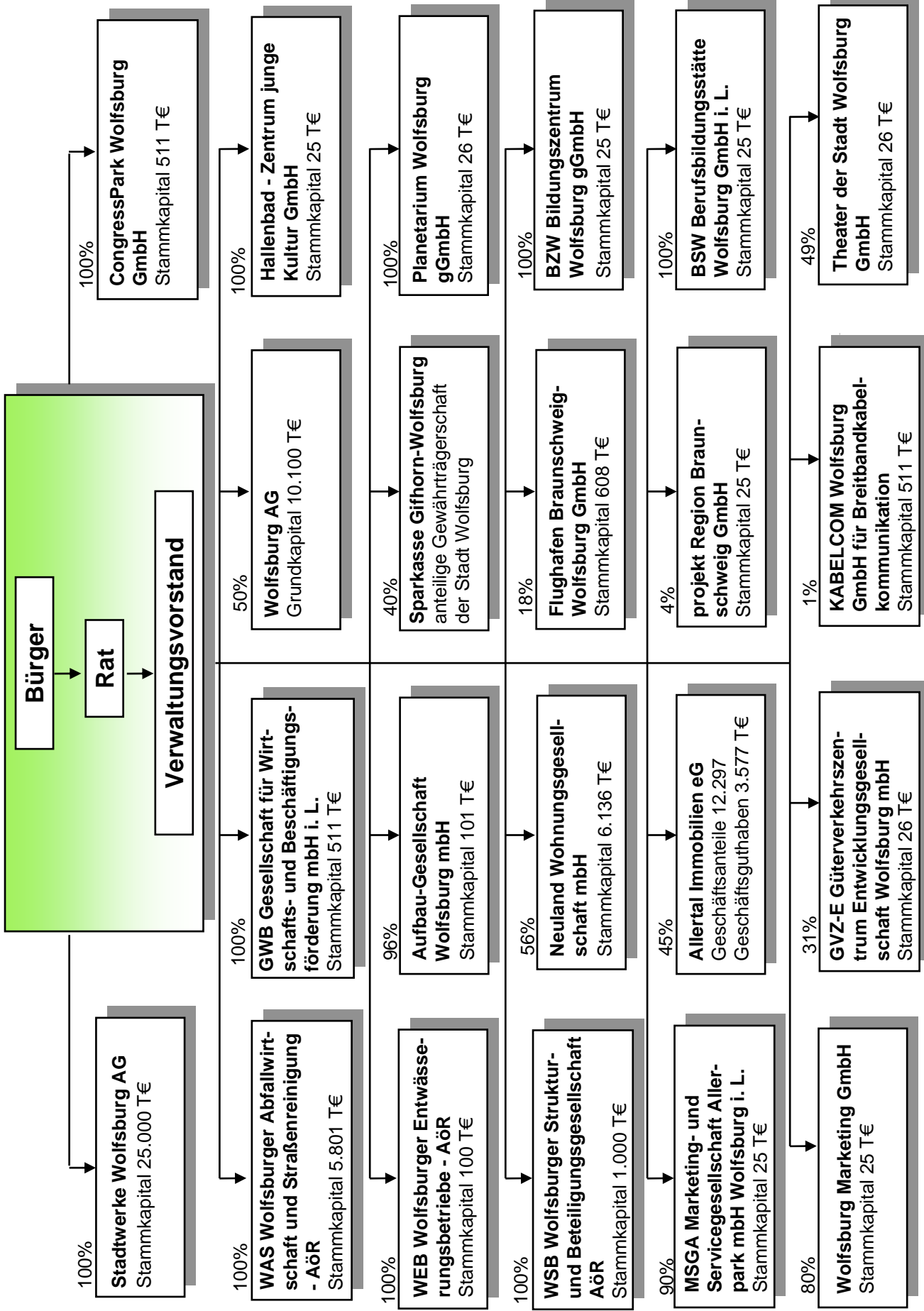
Der vorliegende Beteiligungsbericht gibt den Stand der unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Wolfsburg im Geschäftsjahr 2007 an und stellt einen Bestandteil des Haushaltsplans 2009 dar. Er beinhaltet allgemeine Angaben zu den Gesellschaften, Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen des Geschäftsjahres 2007 sowie die Grundzüge des Geschäftsverlaufes in Form der Lageberichte der Gesellschaften. Weiterer Bestandteil des Beteiligungsberichtes sind die Eckdaten der Wirtschaftspläne der Beteiligungsgesellschaften, an denen die Stadt Wolfsburg mit mehr als 50 % beteiligt ist (§ 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9, 10 und Satz 2 GemHKVO).

Die Erfüllung kommunaler Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung hat in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. Im Geschäftsjahr 2007 hat sich durch die Gründung der Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft AöR zum 01.09.2007 die Zahl der unmittelbaren Beteiligungen, die dem „Konzern Stadt Wolfsburg“ angehören, auf 22 Unternehmen erhöht. Momentan befinden sich drei der städtischen Gesellschaften in Liquidation.

Die städtischen Beteiligungen haben in 2007 Umsätze von insgesamt 267 Mio. € (Vorjahr: 221 Mio. €) erzielt sowie Investitionen i. H. v. 122 Mio. € (Vorjahr: 83 Mio. €) getätigt. Sie beschäftigten 1.914 Arbeitnehmer sowie 141 Auszubildende.

Prof. Rolf Schnellecke
Oberbürgermeister

Inhaltsverzeichnis	Seite
Organigramm der Beteiligungen	199
Beteiligungen in Zahlen - Zusammenfassende Übersicht per 31.12.2007	200
Haushaltsbe-/entlastungen	201
Einzeldarstellungen der Beteiligungen	
Allertal Immobilien eG	202
Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH	215
Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH i. L.	219
Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH	223
CongressPark Wolfsburg GmbH	227
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg mbH	232
Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wolfsburg mbH i. L.	238
Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH	241
Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH	245
KABELCOM Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mbH	250
Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.	257
Neuland Wohnungsgesellschaft mbH	261
Planetarium Wolfsburg gGmbH	272
Projekt Region Braunschweig GmbH	277
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	282
Stadtwerke Wolfsburg AG	298
Theater der Stadt Wolfsburg GmbH	304
Wolfsburg AG	310
Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung	318
Wolfsburger Entwässerungsbetriebe	329
Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft	342
Wolfsburg Marketing GmbH	347



Stadt Wolfsburg - Beteiligungen in Zahlen

Stand: 31.12.2007

Gesellschaft	- in Mio. € -											
	Bilanzsumme	Anlage- vermögen	Investitionen	Umsatz	Beschäftigte	Auszubildende	Stamm- bzw. Haftungskapital	Städt. Anteile	Städt. Anteile - in % -	Eigenkapital	Jahresüber- schuss/ -fehlbetrag	Be-/Entlastung städt. Haushalt
Allertal Immobilien eG	49,4	46,1	0,9	6,7	10	1	3,6	1,6	45,5	9,4	0,3	0,04
Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH	1,1	0,001	0	2,0	11	0	0,1	0,1	96,5	0,6	0,08	0,12
Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH i. L.	0,1	0	0	0	0	0	0,03	0,03	100	0,007	0	0
Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH	8,0	7,5	0,1	2,0	27	0	0,03	0,03	100	2,6	0,04	-0,9
CongressPark Wolfsburg GmbH	1,5	0	0,001	0,5	10	0	0,5	0,5	100	0,3	-0,7	-0,8
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg mbH	5,9	4,7	0,6	2,9	34	0	0,6	0,1	17,8	1,5	-0,001	-0,3
Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wolfsburg mbH i. L. (Stand: 31.12.2006; 2007 liegt nicht vor)	0,5	0	0	0	0	0	0,5	0,5	100	0,1	-0,08	0
Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH	1,4	0,03	0	1,8	0	0	0,03	0,008	30,8	1,2	0,2	0
Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH	0,4	0,08	1,0	0,3	12	5	0,03	0,03	100	0,03	-0,007	-1,1
KABELCOM Wolfsburg GmbH	3,5	0,9	0,1	4,1	0	0	0,5	0,006	1,2	1,0	0,3	0,003
Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.	0,05	0	0	0	0	0	0,03	0,02	89,8	0,04	0,01	0
Neuland Wohnungsgesellschaft mbH	286,8	227,8	29,0	71,1	217	25	6,1	3,4	56,0	77,9	6,1	1,3
Planetarium Wolfsburg gGmbH	0,1	0,02	0,006	0,08	3	0	0,03	0,03	100	0,02	-0,03	-0,2
Projekt Region Braunschweig GmbH	2,4	0,1	0,08	4,4	37	0	0,03	0,001	4,4	1,7	1,0	-0,1
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	2.499	43,5	2,7	0	674	59	0	(1,5)	(40)	172,1	6,1	1,1
Stadtwerke Wolfsburg AG (Konzern)	128,6	104,8	10	59,2	468	49	25,0	25,0	100	75,1	4,9	9,6
Theater der Stadt Wolfsburg GmbH	0,4	0,07	0,001	1,2	13	0	0,03	0,01	49,2	0,1	0	-1,3
Wolfsburg AG	102,1	68,3	0,8	70,2	75	0	10,1	5,05	50,0	11,2	0,3	0
Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung - Kommunale Anstalt der Stadt Wolfsburg	43,8	14,9	0,9	21,4	169	0	5,8	5,8	100	17,9	2,5	0
Wolfsburger Entwässerungsbetriebe - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg	0,2	167,5	11,7	18,3	118	0	2,5	2,5	100	87,3	0,8	0
Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg	150,2	149,0	64,5	0,0	0	0	1,0	1,0	100	85,6	-0,5	0
Wolfsburg Marketing GmbH	0,7	0,1	0,04	0,5	36	2	0,03	0,02	80,0	0,2	-0,2	-2,1
Summe	3.285,9	835,4	122,4	266,7	1.914	141	56,6	47,2		545,9	21,1	5,3

Haushaltsbelastungen und -entlastungen

	2007/ in €	2006/ in €
Allertal Immobilien eG		
Dividende	43.625	50.484
Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH		
Dividende	118.350	83.120
Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH		
Zuschuss	-900.000	-1.055.000
CongressPark Wolfsburg GmbH		
Verlustausgleich	-780.000	-812.000
Flughafen Braunschweig-Wolfsburg mbH		
Verlustausgleich	-332.373	-263.638
Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung mbH i. L.		
Zuschuss	0	-124.187
Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH		
Zuschuss	-1.096.935	-100.721
KABELCOM Wolfsburg GmbH		
Gewinn	3.356	3.805
Neuland Wohnungsgesellschaft mbH		
Dividende	1.317.630	0
Planetarium Wolfsburg gGmbH		
Verlustausgleich	-238.464 ¹⁾	-240.168 ²⁾
Projekt Region Braunschweig GmbH		
Zuschuss	-100.000	-100.000
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg		
Gewinnanteil Sparkassenzweckverband	1.073.400	1.073.400
Stadtwerke Wolfsburg AG		
Gewinn	2.367.000	2.367.000
Steuererstattung	1.177.380	0
Konzessionsabgabe Stadtwerke	3.902.203	3.998.051
Konzessionsabgabe LSW	2.196.882	2.565.737
Theater der Stadt Wolfsburg GmbH		
Verlustausgleich	-1.349.000	-1.349.000
Wolfsburg Marketing GmbH		
Zuschuss	-2.125.000	-2.530.000
Haushaltsbelastungen	-6.921.772	-6.574.714
Haushaltsentlastungen	12.199.826	10.141.597
Saldo	5.278.054	3.566.883

¹⁾ davon 36.464 € zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2006

²⁾ davon 38.168 € zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2005

Allertal Immobilien eG

Anschrift

Rosenweg 8
38446 Wolfsburg

im Internet: www.allertal.wolfsburg.de
e-Mail: zuhause@allertal.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

von Mitgliedern gehaltene Anteile zum 31.12.07:	12.297
Geschäftsguthaben zum 31.12.07:	3.576.517 €

von der Stadt Wolfsburg gehaltene Anteile:	5.244
mit einem Gesamtwert von:	1.625.640 €

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung.

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben, vermitteln und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen. Beteiligungen sind zulässig.

Organe der Gesellschaft

Mitgliederversammlung

Aufsichtsrat

Hermann Riegelmeier
Karl-Heinz Schmidt
Manfred Müller
Günter Odenbreit
Birgit Schulz
Günter Besecke

Vorsitzender
Stellvertr. Vorsitzender

Vorstand

Dirk Backhausen
Karl-Heinz Duwe
Walter Quaschnig

Geschäftsführender Vorstand
Nebenamtlicher Vorstand
Nebenamtlicher Vorstand

Allertal Immobilien eG

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17	25	20	13
II. Sachanlagen	45.909	46.363	49.383	48.834
III. Finanzanlagen	180	181	188	81
B. Umlaufvermögen				
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	1.626	1.777	1.691	3.155
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	170	251	262	227
III. Flüssige Mittel	1.362	1.960	1.295	2.521
C. Rechnungsabgrenzungsposten	102	103	105	108
Bilanzsumme	49.366	50.660	52.944	54.939

Passiva

A. Eigenkapital				
I. Geschäftsguthaben	4.111	4.180	4.227	4.209
II. Ergebn isrücklagen	5.120	4.233	2.886	2.691
III. Bilanzgewinn	202	956	198	248
B. Rückstellungen	1.121	643	835	365
C. Verbindlichkeiten	38.796	40.631	44.779	47.415
D. Rechnungsabgrenzungsposten	16	17	19	11
Bilanzsumme	49.366	50.660	52.944	54.939

Allertal Immobilien eG

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	6.720	6.998	7.711	8.695
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken	-150	92	-1.462	-177
andere aktivierte Eigenleistungen			1.297	
sonstige betriebliche Erträge	128	1.502	179	301
Gesamtleistung	6.698	8.592	7.725	8.819
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	2.170	2.321	2.524	3.709
Personalaufwand	675	696	748	749
Abschreibungen auf Immaterielle Vermö- gensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.136	1.120	1.264	1.243
sonstige betriebliche Aufwendungen	353	377	370	381
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4	4	3	5
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	46	40	47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.512	1.731	1.860	1.951
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	894	2.397	1.002	838
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	476	17	582	183
sonstige Steuern	165	154	156	167
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	253	2.226	264	488
Einstellung in Ergebnismrücklagen	51	1.270	66	240
Bilanzgewinn / -verlust	202	956	198	248

Lagebericht 2007 der Allertal Immobilien eG

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Konjunkturelle Entwicklung 2007/2008

1.1.1 Deutsche Wirtschaft mit robustem Wachstum

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt, der Wert der erwirtschafteten Leistung, hat sich im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr real um 2,5 % erhöht. Damit ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2007 erneut kräftig gewachsen.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen 2007 die Wachstumsimpulse sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland. Die ungebrochene Nachfrage des Auslands nach deutschen Waren und Dienstleistungen bescherte dem Export einen Zuwachs von 8,3 %. Das Wachstum der Importe blieb mit einem Plus von 5,7 % deutlich hinter dem der Exporte zurück. Der daraus resultierende preisbereinigte Exportüberschuss (Außenbeitrag) trug mit 1,4 %-Punkten zum Bruttoinlandsprodukt-Wachstum bei. Die inländische Verwendung lieferte einen Wachstumsbeitrag von einem %-Punkt, der in erster Linie von den Bruttoanlageinvestitionen getragen wurde; sie waren preisbereinigt um 4,9 % höher als 2006. Als Wachstumstreiber erwiesen sich erneut die Ausrüstungsinvestitionen: Die Unternehmen investierten in Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge 8,4 % mehr als im Jahr zuvor. Die Bauinvestitionen stiegen demgegenüber lediglich um 2 %.

Die Konsumausgaben trugen mit 0,2 %-Punkten zum Bruttoinlandsprodukt-Wachstum bei.

1.1.2 Weiterer Anstieg der Verbraucherpreise

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Verbraucherpreise 2007 gegenüber 2006 um 2,2 % gestiegen. Dies ist die höchste Jahresteuerrate seit 1994. In 2006 hatte die Teuerungsrate bei 1,7 % gelegen, im Jahr 2005 bei 2,0 % und 2004 bei 1,6 %.

1.1.3 Prognosen: Abflauende Konjunktur

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (u. a.: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) ging für das Jahr 2008 in seiner Prognose vom Oktober 2007 von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,2 % aus. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostizierte im November 2007 einen Zuwachs von 1,9 %. Das ifo Institut ging in seiner Konjunkturprognose 2008 vom Dezember 2007 von einer Expansion des Bruttoinlandsprodukts um 1,8 % aus. Das DIW Berlin nahm in seiner Konjunkturprognose vom Januar 2008 ein Wirtschaftswachstum von 2,1 % an. Die Bundesregierung geht in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2008 von einem Wachstum von 1,7 % im Jahr 2008 aus. Mittlerweile wurde dieser Wert auf 1,2 nach unten korrigiert.

1.2 Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit sinkt deutlich

Zunehmende Kräftenachfrage infolge der guten Konjunktur und ein leicht rückläufiges Kräfteangebot haben die Arbeitslosigkeit 2007 deutlich sinken lassen. Im Jahresdurchschnitt waren bundesweit 3.776.000 Menschen arbeitslos, 711.000 weniger als im Vorjahr (West: minus 521.000 auf 2.486.000; Ost: minus 190.000 auf 1.291.000). Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, belief sich im Jahresdurchschnitt 2007 auf 9,0 %. Im Vergleich zum Vorjahr sank sie um 1,8 %-Punkte. In Ostdeutschland war sie auch 2007 mit 15,1 % nach wie vor deutlich größer als in Westdeutschland mit 7,5 %. Die Zahl der Erwerbstätigen lag nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit 39,7 Millionen um 649.000 Personen oder 1,7 % über der des Vorjahres.

1.3 Immobilienwirtschaft

Beitrag zur wirtschaftlichen Gesamtleistung 11,8 %

Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft hat im erheblichen Maße zur volkswirtschaftlichen Gesamtleistung beigetragen. Der Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswirtschaft erwirtschaftete einen Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung in Höhe von 11,8 %.

1.4 Bauland

Baulandpreise trotz Neubaurückgang fast verdoppelt

Trotz des anhaltenden Rückgangs im Wohnungsneubau haben die Baulandpreise in Deutschland in den vergangenen 10 Jahren einen drastischen Preissprung gemacht. Mit 132 Euro lag der durchschnittliche Quadratmeterpreis baureifen Landes 2007 um mehr als 100 % über dem für 1997 ermitteltem Wert von 65 Euro und um 9 % über dem Betrag von 123 Euro im Jahr 2006.

1.5 Entwicklung der Wohnflächen

Neuer Höchststand

Die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche ist 2006 auf den neuen Höchststand von 41,6 Quadratmetern angestiegen. 2005 hatte sie noch bei 41,2 und 2004 bei 40,8 Quadratmetern gelegen. Der Anstieg der Pro-Kopf-Wohnfläche ist in Westdeutschland 2006 im Vergleich zu 2005 mit einem Zuwachs von 0,4 Quadratmetern von 41,8 auf 42,2 Quadratmeter etwas niedriger ausgefallen als in Ostdeutschland. In den ostdeutschen Bundesländern hat die durchschnittliche Wohnfläche um 0,5 Quadratmeter von 38,4 auf 38,9 Quadratmeter zugenommen. Seit 1989 ist damit die Wohnfläche in Ostdeutschland um 11,5 Quadratmeter oder 42,0 % gestiegen; in Westdeutschland hat der Zuwachs dagegen „nur“ 5,5 Quadratmeter oder 15,0 % betragen.

Aktuellere Auswertungen des statistischen Bundesamtes hierzu liegen uns im Augenblick nicht vor.

1.6 Wohnungsbau

Die Baugenehmigungen beliefen sich im Jahre 1997 noch auf 528.000 Wohnungen. Seitdem ist ein starker Abwärtstrend zu beobachten, der im vergangenen Jahr einen neuen Tiefpunkt erreicht hat. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden 2007 nur noch 182.000 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt. Das waren 26,3 % oder 65.200 Baugenehmigungen weniger als im Vorjahreszeitraum. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg lag die Zahl der Baugenehmigungen damit unter der Marke von 200.000.

Der Rückgang von Baugenehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (minus 34,7 % bzw. minus 36,8 %) ist dabei deutlich höher ausgefallen als die Abnahme bei der Genehmigung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (minus 12,2 %).

Die Ursache für die drastischen Rückgänge dürfte insbesondere in der Abschaffung der Eigenheimzulage liegen. Für Bauanträge, die vor dem 1. Januar 2006 eingereicht wurden, konnte noch der Anspruch auf Eigenheimzulage nach den früheren Regelungen des Eigenheimzulagengesetzes über den Förderzeitraum von acht Jahren geltend gemacht werden. Für die Gebäudearten Ein- und Zweifamilienhäuser hatte dies zu Vorzieheffekten bei den Bauanträgen mit hohen Genehmigungszahlen bis in das erste Quartal 2006 hinein geführt.

In Niedersachsen fiel der Rückgang besonders drastisch aus. Gegenüber 23.700 Baugenehmigungen im Jahr 2006 waren es im Vorjahr nur noch 14.700 – ein Minus von rund 38 %. Im Vergleich zu 2003 beträgt das Minus sogar 58 %; nur in Sachsen-Anhalt fiel dieser Abschwung noch deutlicher aus.

Dagegen macht sich der Rückgang im 5-Jahres-Vergleich in Bremen geradezu harmlos aus: minus 21 % seit 2003. Gegenüber 2006 verzeichnete die Freie Hansestadt im vergangenen Jahr sogar einen leichten Anstieg um 130 auf 1.040 Anträge.

1.7 Mieten und Wohnnebenkosten

Stabile Mieten

Die Nettokaltmieten sind im Jahr 2007 nur wenig gestiegen. Mit 1,0 % war ihr Anstieg gleich hoch wie 2006 und 2005 mit 1,0 bzw. 0,9 %.

Wohnnebenkosten erneut mit überproportionalem Anstieg

Die (kalten und warmen) Wohnnebenkosten sind nach Berechnung des ifs Städtebauinstituts in Berlin im Jahr 2007 erneut stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Mit 2,7 % lag der Anstieg zwar nicht mehr so hoch wie in den beiden Vorjahren mit 7,2 % (2006) und 7,8 % (2005), aber erneut über der Inflationsrate mit 2,0 %. Preistreiber bleiben nach wie vor mit deutlichem Abstand Gas und flüssige Brennstoffe, also insbesondere Heizöl. Gas hat sich im Jahr 2007 „nur“ um 2,9 % verteuert, und die Preise für die flüssigen Brennstoffe sind im Jahresdurchschnitt sogar um 3,0 % gesunken. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, dass sich die Preise in beiden Bereichen bereits auf sehr hohem Niveau befanden. Sie waren in den Vorjahren mit jeweils zweistelligen Raten gestiegen. Außerdem verdeckt der durchschnittliche Preisrückgang beim Heizöl, dass die Preise hier seit September wieder deutlich höher liegen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei den anderen Nebenkosten sind die Preissteigerungsraten 2007 – mit Ausnahme der Stromkosten – durchweg moderat und niedriger als die Lebenshaltungskosten ausgefallen: So haben sich die Müllabfuhr um 1,2 % (2006: 2,7 %), die Wasserversorgung um 1,0 % (2006: 1,6 %), die Abwasserentsorgung um 1,4 % (2006: 1,0 %) und die festen Brennstoffe um 1,8 % (2006: 2,1 %) verteuert. Einen deutlichen Preisschub hat es dagegen beim Strom mit einem Anstieg um 6,8 % (2006: 4,0 %) gegeben. Auch bei den sonstigen Nebenkosten, also insbesondere Gebühren für Schornsteinfeger und Straßenreinigung, ist mit einem Anstieg um 3,3 % (2006: 0,8 %) eine merkliche Preisbeschleunigung eingetreten.

2. Darstellung der Lage

2.1 Entwicklung der Allertal Immobilien eG

Die Attraktivität unserer Genossenschaft zeigt sich nach wie vor eindrucksvoll daran, dass wir rd. 1.600 zufriedene Genossenschaftsmitglieder haben, deren Geschäftsguthaben rund 4 Millionen Euro beträgt.

Unsere Genossenschaft bietet attraktiven Wohnraum und eine kleine Anzahl von Gewerbeobjekten.

Vertreten sind wir in:

Wolfsburg
Gifhorn
Velpke.

Hauptstandort ist Wolfsburg.

Service- und Dienstleistungsangebote runden unser vielfältiges Angebot ab.

2.2 Die Geschäftsfelder unserer Genossenschaft

Vermietung von Genossenschaftswohnungen
Verwaltung von Eigentumswohnungen
Verkauf von Eigenheimen und Eigentumswohnungen
Bau, Vermietung und Verkauf von Gewerbeobjekten
Grundstückerschließung
Baubetreuung
Immobilienvermittlung

2.3 Entwicklung des regionalen Teilmarktes Wohnungsvermietung an unseren Standorten

Die Wohnungsnachfrage in der Region war auch im Geschäftsjahr 2007 wieder entspannt.

Bei einer genaueren Analyse ist nach wie vor eine Differenzierung in weitere Teilmärkte, so z. B. hinsichtlich des Mietniveaus und der Wohnungsgrößen erkennbar.

Im mittelpreisigen Mietwohnungsbereich hatten wir in 2007 einen Nachfragermarkt. Im unteren Preisbereich überstieg die Nachfrage das Angebot. Im hochpreisigen Mietwohnungsmarkt war der Markt ausgeglichen.

Stärkster nachgefragter Wohnungstyp war in 2007 die 2-Zimmer-Wohnung mit bis zu 50 m² Wohnfläche. Nach wie vor konnten kleine 3-Zimmer-Wohnungen sehr gut vermietet werden. Aber auch großzügig geschnittene Mietwohnungen mit exklusiven Lage- und Ausstattungsmerkmalen wurden in 2007 sehr gut vermietet.

Weiterhin leisten eine große Anzahl von Neubaugebieten ihren Beitrag zur Entwicklung des Wohnungsmarktes in Wolfsburg. 15 % unserer Kunden, die ihre Genossenschaftswohnung bei uns in 2007 gekündigt (Vorjahr: 16 %) haben, sind ins Wohneigentum umgezogen.

2.4 Instandhaltung und Modernisierung (Investitionen)

Für Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen haben wir in 2007 1.495.647,60 EUR (Vorjahr: 1.257 TEUR) verwendet.

Ort	Maßnahme
Kurzer Hagen 2–6 und Föhrenhorst 15–19	Außenanlagen neu gestaltet, Starkstrom, Treppenhäuser modernisiert und neu gestaltet, Vordächer, Vorstellbalkone, Wärmedämmung
Mecklenburger Str. 6–14	Hauszugangswege und Spielplatzbereiche erneuert
Rosemeyer Str. 2–16 und Hopfenkamp 3–13	Heizungsanlage: Rücklauftemperaturebegrenzer installiert
Herzogin-Clara-Str. 21 a + b	Hauszugangsweg erneuert
Diverse Straßen	Diverse Küchen- und Badmodernisierungen sowie Grundrissanpassungen

2.5 Betreuungstätigkeit und Wohnungseigentumsverwaltung

Im Geschäftsjahr wurden von unserer Genossenschaft 16 Eigentümergemeinschaften mit 214 Wohneinheiten und acht Gewerbeeinheiten sowie eine Privatstraße verwaltet.

Betreuungstätigkeiten für Bauherren wurden im Geschäftsjahr nicht durchgeführt.

Die Erträge aus der Betreuungstätigkeit (WEG-Verwaltung) betragen im Geschäftsjahr 45.464,71 Euro.

2.6 Neubauten

Neubauten haben wir in 2007 nicht errichtet.

2.7 Immobilienbewirtschaftung/Wohnungsbestand

Kennzahlen	Ist 31.12.2006	Ist 31.12.2007
Mietausfall wegen Leerstand/Mietminderungen (Erlösschmälerung) inkl. Betriebskosten Wohnungen/Gewerbe/Garagen/EPL	231.709,98 €	256.128,22 €
Anzahl der leerstehenden Wohnungen	48	36
Mietrückstände (nach Wertberichtigung)	84.296,48 €	90.436,19 €
Anzahl der Wohnungskündigungen	185	160
Anzahl der Abgänge	178	146

Leerstandsquote (Wohnungen)	3,65 %	2,75 %
Kündigungsquote	14,09 %	12,23 %
Fluktuationsquote (Wohnungen-Abgänge)	13,56 %	11,16 %

Wohnungsbestand

Bestandsübersicht

Wohnungen	1.313	1.308
Häuser (Reihen-, Einfamilienhäuser u. ä. im AV)	1	1
Gewerbe	6	6
Garagen	173	173
Einstellplätze	73	89
sonstige Mieteinheiten (Büro, als Büro genutzte Wohnung, Altentagesstätte)	3	3
Gesamt	1.569	1.580

Wohnfläche gesamt	77.964,62 m ²	77.654,99 m ²
Gewerbenutzfläche gesamt	2.040,00 m ²	2.040,00 m ²

Struktur des Wohnungsbestandes

Nach der Förderung

	Preisgebundene Wohnungen	Preisfreie Wohnungen	Summe
WE	492	816	1308
Anteil in %	37,62	62,38	100

Nach Wohnungsgrößen

qm	Bis 39	40 – 49	50 – 65	66 – 75	76 – 90	über 90
WE	34	180	781	212	62	39
Anteil in %	2,6	13,8	59,7	16,2	4,7	3,0

Nach Räumen

	1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	5 Zi.
WE	144	422	661	75	6
Anteil in %	11	32,3	50,5	5,7	0,5

Wohnungskündigungen

Wohnungsgröße	1 Zi.	2 Zi.	3 Zi.	4 Zi.	5 Zi.
Anzahl Preisgebundene	16	32	16	4	
Anzahl Preisfreie	6	19	59	8	
Anzahl Summe	22	51	75	12	
Anteil in %	13,75	31,88	46,87	7,5	

2.8 Ertrags- und Vermögenslage

Insgesamt ist die Ertragslage der Genossenschaft unverändert durch ein positives Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung geprägt. Die Verluste in anderen Geschäftsfeldern sind dadurch neutralisiert.

Die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sind im Vergleich zu 2006, insbesondere aufgrund gesunkener Sollmieten gemindert. Die Sollmieten haben im Vergleich zum Vorjahr infolge des Verkaufs von 181 Bestandswohnungen in Wittingen nochmals abgenommen. Gegenläufig wirkten die im Jahresverlauf durchgeführten Mieterhöhungen im gesamten Wohnungsbestand. Auch wirkte sich der Anstieg von leerstandsbedingten Erlösschmälerungen (TEUR +24,5) aus. Im Geschäftsjahr 2007 konnte ein Umsatz von

6.719.593,83 Euro realisiert werden. Im Vergleich dazu betragen die Umsatzerlöse in 2006 6.998.121,66 Euro.

Die Aufwendung für bezogene Lieferungen und Leistungen sind im Vergleich zu 2006, insbesondere wegen geringerer Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung, um rd. 150 TEUR gesunken.

Das Rohergebnis in 2007 betrug 4.528.005,84 Euro und in 2006 6.270.920,86 Euro. Es differiert somit per 31.12.2007 um rd. 1.750 TEUR vom Vorjahresergebnis.

Infolge Personaltransfers und Personalanpassung in 2006 sind die Personalkosten in 2007 nochmals um 21.572,57 Euro gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Positiv wirkte der Rückgang der Zinsaufwendungen um 218.116,38 Euro auf 1.512.800,02 Euro.

Unsere Entscheidung im Rahmen der EK02-Behandlung eine Abgeltungssteuer zu zahlen führte zu einer einmaligen Belastung in Höhe von 484.781,73 Euro. Die Abgeltungssteuer zu bezahlen war für uns die vorteilhafteste Variante im Umgang mit § 38 KStG.

Maßgebliche Differenzen treten im Rahmen der Ermittlung des Jahresüberschusses durch den Verkauf des Wittinger Streubesitzes in 2006 auf. Der Verkauf wirkte sich in 2006 überaus positiv aus. Der Jahresüberschuss betrug in 2006 2.225.996,24 Euro und in 2007 253.128,69 Euro.

Im Endergebnis ist der Bilanzgewinn in Höhe von rd. 202 TEUR um 754 TEUR gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Das Ergebnis entspricht unserer Planung.

Das Bilanzvolumen ist gegenüber dem Stand am Ende des Vorjahres von 50.660 TEUR auf 49.365 TEUR verringert. In der Vermögensstruktur ist die Verringerung der Bilanzsumme durch Abschreibung auf Wohngebäude sowie durch Abnahme der Bankguthaben verursacht. Demgegenüber stehen auf der Seite der Kapitalstruktur in Folge von planmäßigen und außerplanmäßigen Tilgungen reduzierte Dauerschulden und getilgte Terminkredite.

Das Anlagevermögen beträgt 93 % der Bilanzsumme. Es ist zu 100 % durch Eigen- und langfristiges Fremdkapital finanziert.

Auf das Eigenkapital entfallen 19,2 % (Vorjahr: 18,5 %) des Gesamtkapitals.

2.9 Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagement wird vorrangig darauf geachtet, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden Banken termingerecht nachkommen zu können.

Unsere Verbindlichkeiten bestehen ausschließlich in der Euro-Währung, so dass sich Währungsrisiken nicht ergeben. Die Fälligkeit der Verbindlichkeiten ergibt sich aus dem Verbindlichkeitspiegel des Anhangs.

Bei den zur Finanzierung des Anlagevermögens hereingenommenen langfristigen Fremdmitteln handelt es sich überwiegend um Annuitätendarlehen mit Laufzeiten von 10 Jahren und öffentliche Darlehen mit unbefristeten Laufzeiten. Auf Grund steigender Tilgungsanteile und wegen im Zeitablauf relativ gleich verteilter Zinsbindungsfristen halten sich die Zinsänderungsrisiken im beschränkten Rahmen. Die Zinsentwicklung wird im Rahmen unseres Risikomanagements beobachtet.

Die Tilgungsleistungen (1.357 TEUR) konnten in 2007 voll und die getätigten Investitionen (851 TEUR, Vorjahr 483 TEUR) nur teilweise aus dem laufenden Cash-Flow finanziert werden. 2007 haben wir Darlehn in Höhe von 540 TEUR aufgenommen.

Wie in den Vorjahren wurden auch in 2007 die bestehenden Bankdarlehen planmäßig zurückgezahlt. Zusätzlich zur planmäßigen Tilgung wurden rd. 787 TEUR außerplanmäßig getilgt. Zum 31.12.2007 be-

trugen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern 36.846 TEUR (Vorjahr: 38.563 TEUR).

Leasingverpflichtungen waren nur von untergeordneter Bedeutung vorhanden. Geschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten sind wir durch Forward-Darlehen eingegangen. Die Forward-Darlehen sind zu günstigeren Konditionen als die Ursprungsdarlehen abgeschlossen. Die Höhe der abgeschlossenen Forward-Darlehen beträgt 17.151.710,40 Euro. Unsere Zinsänderungsrisiken sind dadurch minimiert.

2.10 Personal

	Vollbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	Gesamt
Kaufmännische Mitarbeiter	5	1	6
Technische und gewerbliche Mitarbeiter	3	1	4
Auszubildende	1	–	1
	9	2	11

3. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, welche zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Lageberichtfertigstellung lagen, sind nicht vorgefallen.

4. Risiko- und Prognosebericht

4.1 Veränderungen und Entwicklungen

Controlling und Risikomanagement

Wirtschaftliches Handeln ist grundsätzlich mit Risiken verbunden. Auf der einen Seite bedeuten Risiken eine Bedrohung, auf der anderen Seite können Risiken auch Chancen sein. Das Fahrwasser der am Markt tätigen Unternehmen neigt dazu, immer unruhiger zu werden.

Die risikobeeinflussenden Faktoren bewegen sich in der Wohnungswirtschaft auf einem durchschnittlichen Niveau. Die Ansprüche der Kunden gegenüber dem Produkt Wohnung haben sich verändert. Zunehmende auch regionalübergreifende Markttransparenz, ein Mietermarkt, die individuellen Wohnvorstellungen und die Vergleichbarkeit von Leistungen und Preisen haben zu einer neuen Wettbewerbssituation der regionalen Wohnungswirtschaft geführt. Auch Mietinteressenten und Mieter stellen immer höhere Anforderungen an die Qualität einer Immobilie und an den Wohnservice, sind aber nur selten bereit das entsprechend zu honorieren. Auf Marktveränderungen zu reagieren benötigt Zeit und in der Regel hohen Kapitaleinsatz. Zwischen einer Analyse der Nachhaltigkeit von Marktveränderungen, ersten portfolioorientierten Planungsansätzen und baulicher Realisierung liegen oft Jahre. Deshalb tritt die Marktwirksamkeit von Änderungsprozessen meistens erst nach einem time lag ein. Kurzfristigen Veränderungen steht die Langlebigkeit von Immobilien und die langfristige Marktwirksamkeit von realisierten Veränderungen an Immobilien entgegen. Hinzu kommen regelmäßige Verschärfungen der Rahmenbedingungen, z. B. in Folge von Rechtsreformen oder Reformen im Finanz- und Steuerwesen.

Die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zum Umgang mit Risiken unternehmerischer Betätigung sowie zur Risikofrüherkennung wird als Risikomanagement bezeichnet.

Elemente des Risikomanagements:

Frühwarnsystem
Internes Kontrollsystem
Interne Revision
Controlling

Eines auf Größe und Geschäftstätigkeit des Wohnungsunternehmens individuell konzipiertes Risikofrühwarnsystem gehört in Folge der maßgeblichen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu den Pflichten eines Geschäfts-/Unternehmensleiters.

Für das Erkennen eventueller Risiken haben wir ein umfangreiches Controlling- und Risikomanagementsystem. Die Organe unserer Unternehmung werden in regelmäßigen Abständen über Zahlen, Daten und Fakten des Geschäftsverlaufs informiert.

Wesentliche Instrumentarien:

Umfangreiches Berichtswesen
Modernisierungs- und Instandhaltungsplanung mit Hilfe modernster Techniken
Portfolioanalysen
Dynamische Investmentberechnungen
Shareholdervalueanalysen mittels Discounted-Free-Cashflow-Methoden (nach Rappaport, spezifiziert auf unsere Unternehmung)
Langfristige Wirtschaftsplanungen

Mit den strategischen Instrumenten verfolgen wir folgende Ziele:

Optimierung der Struktur des Immobilienvermögens
Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit
Verbesserung der Rentabilität der Objekte
Streuung des Risikos
Investitions- und Desinvestitionsstrategien
Nutzenmaximierung für Mieter / Nutzer
Lebenszykluskonzept (Immobiliencontrolling).

Unsere operativen Maßnahmen sind:

Investitionen in die Bestandspflege
Fortlaufende Unternehmensentschuldung -
Optimierung der Erträge.

Unsere Mega-Ziele sind:

Unsere Unternehmung für die Zukunft betriebswirtschaftlich zu positionieren,
unsere Eigenkapitalquote langfristig zu erhöhen,
die Liquidität und unsere „keys to success“ zu sichern.

Die zuvor genannten Instrumentarien und eine aktive Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben sowie langfristige strategische und operative Planungshorizonte sind Garant für die Zielerreichung.

Die eingesetzten Steuerungs- und Überwachungssysteme werden fortlaufend weiterentwickelt, um noch besser das Maß der Risiken bewerten und handhaben zu können.

Hausbewirtschaftung

Für 2008 erwarten wir eine weitere Entspannung des Nachfrageverhaltens auf dem Teilmarkt Wohnungsvermietung.

Auch im nächsten Jahr wird das operative Geschäft durch Investitionen in die Modernisierung und Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes bestimmt. Insgesamt sind Investitionen für Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rund 1,6 Mio. Euro vorgesehen.

Wir halten unsere Objekte marktfähig, um die Vermietbarkeit der Wohnungen für die Zukunft zu sichern und unsere Kunden zufrieden zu stellen. Marktfähigkeit bedeutet für uns, dass wir die Wünsche unserer Wohnungsnutzer bei den Modernisierungen berücksichtigen und regelmäßige Instandhaltungsmaßnahmen durchführen. Die Wohnungen werden dem Kunden zu einem guten Preis-/Leistungsverhältnis angeboten. Mit einer Straffung und Standardisierung bei der Vergabe und Ausführung von Einzelmodernisierungsmaßnahmen ist es unser Ziel, mittelfristig die Modernisierungs- und Instandhaltungskosten maßnahmenbezogen zu senken.

Regelmäßig wurden in der Vergangenheit die öffentlichen Gebühren im Bereich der Immobilien erhöht. Folge: Die Betriebskosten von Miethäusern stiegen und werden auch weiter steigen. Als verantwortungs-

voller Vermieter hält die Allertal Immobilien e. G. trotzdem dagegen. Motto: Die Kosten steigen, die Allertal senkt!

Jedes Jahr modernisieren wir einen Teil unseres Objektbestandes und bringen Wärmedämmverbundsysteme auf. Ziel ist die Senkung der Energiekosten für unsere Kunden. Außerdem haben wir uns für ein kontrolliertes Abfallmanagement entschieden. Ziel ist es, die Müllgebühren für unsere Kunden zu senken, die Abfalltrennung zu forcieren sowie die Sauberkeit der Müllplätze sicher zu stellen. Hierdurch sparen unsere Kunden bereits heute Geld.

Mit dem Ziel, den Kundenanforderungen möglichst umfangreich zu entsprechen, haben wir verschiedene Tools zur Kundenbefragung entwickelt, welche wir seit Anfang 2007 einsetzen.

Zukünftig werden wir unseren Wohnungsbestand in drei Kategorien differenzieren. Wir wollen unseren Kunden Wohnen in Objekten mit geringem, mittlerem und hohem Wohnstandard bieten. Bisher bieten wir Mietwohnungen mehrheitlich in mittlerer Ausstattungsqualität und eine geringe Anzahl von Wohnungen mit hohem Ausstattungsniveau. Mittelfristige Leerstandsrisiken sollen in Folge der Bestandsdiversifizierung durch die Generierung neuer Kundensegmente minimiert werden.

Unter Berücksichtigung von Zustands- und Lagequalitäten sowie Entwicklungsmöglichkeiten haben wir begonnen, unseren Wohnungsbestand entsprechend aufzuteilen.

Aufgrund der Strukturen des Wolfsburger Wohnungsmarktes haben wir uns im ersten Schritt entschieden, im innerstädtischen Bereich unseren Kunden hochwertiges Wohnen anzubieten. Noch ist hochwertiges Wohnen in Wolfsburg ein Nischenprodukt, jedoch mit sehr gutem Nachfragepotential. Exklusiv modernisierten Wohnraum können wir entsprechend gut vermieten. Die Erfahrung zeigt, dass es in Wolfsburg Kunden gibt, die in einem besonderen Ambiente wohnen wollen. Auch diese Kundenwünsche gilt es zu befriedigen.

Der Kunde kann wählen zwischen Ein-Zimmer-Studiowohnungen mit Pantryküche, großzügig geschnittenen Zwei-Zimmerwohnungen mit fast 80 m² Wohnfläche bis hin zu weiteren individuell nach Kundenwunsch gestalteten Grundrissvarianten.

Von der Eckbadewanne, über in Granitstein eingelassene Handwaschbecken, hochwertige Fußbodenbeläge, Echtholztüren und -Zargen, Vollglastüren, terrassenähnliche Balkone und andere besondere Ausstattungselemente wird dem Kunden alles geboten, was unserer Auffassung nach exklusives Wohnen ausmacht.

Eine anspruchsvolle Gestaltung der Fassaden und Außenanlagen transferieren den hohen wohnungsbezogenen Ausstattungsstandard nach außen.

Durch Kunst am Bau werden die betreffenden Gebäude unverwechselbar. Feststellen konnten wir bereits, dass durch die künstlerische Arbeit ein positives Bild in der Öffentlichkeit entstanden ist. So etwas haben wir noch nicht erlebt. Menschen bleiben stehen, sehen sich die Gebäude ganz genau an und sprechen begeistert mit uns darüber.

Durch die Verknüpfung von Kunst und Bau leisten wir außerdem einen Beitrag zur Stadtentwicklung. Kunst am Bau ist auch ein Stück Umweltgestaltung. Die Stadt braucht Kreativität für eine nachhaltige Entwicklung. Kunst verleiht dem Gebäude einen dynamischen und zeitgenössischen Charakter, schafft ein angenehmes und repräsentatives Wohnfeld. Mit Kunst will sich die Allertal Immobilien eG qualitativ vom Markt abheben und auf sich aufmerksam machen. Dies ist insbesondere in der heutigen Zeit, einer Zeit der gesättigten Wohnungsmärkte, ein wichtiger Aspekt.

Mit der Fassadengestaltung haben wir den international tätigen Künstler Oliver Kray beauftragt. Ihm ist es in hervorragender Art und Weise gelungen, unseren Anspruch visuell zu kommunizieren.

Darüber hinaus bieten wir unseren Kunden jetzt Individualisierungsmöglichkeiten hinsichtlich Ihrer Wohnungsgestaltung und der Ausstattung. Dazu gehören aufwendige Küchen- und Badmodernisierungen bei denen moderne Fliesen, Armaturen und Handtuchwärmetrockner die Hauptrolle spielen sowie komplette Grundrissumgestaltungen, Einbauküchen in Blockform oder individuell auf Kundenwunsch zugeschnittene und ausgestattete Wohnungen. Herd und Spüle ade! Nur Wohnen? Nein! Wir bieten unseren Mitgliedern das exklusive Wohnen mit dem Blick auf das Wesentliche – Wohlfühlen und stressfreier Leben.

In Folge der Optimierung von Prozessabläufen ist es uns gelungen, mit unverändertem Personalbestand freie Arbeitskapazitäten zu schaffen. Diese nutzen wir intensivst zur Professionalisierung unseres Beschwerdemanagements sowie zur Optimierung unserer Unternehmenskommunikation. Erfolge zeichnen sich bereits ab.

Risiken der künftigen Entwicklung

Mit Hilfe der strategischen Portfolioanalyse analysieren wir regelmäßig unseren Bestand. Die strategische Portfolioanalyse dient schwerpunktmäßig dazu, das strategische Potential des Unternehmens zu identifizieren und um sich auf die dynamischen Entwicklungen des Immobilienmarktes der Zukunft auszurichten.

Die Entwicklung des Bestandes beobachten wir kontinuierlich.

Die Wirtschafts- und Finanzdaten stellen sicher, dass wir auch in 2008 wieder ein positives Ergebnis bekommen. Unternehmensgefährdende Risiken sind für 2008 nicht bekannt. Risiken sehen wir in unserer schon immer niedrigen Eigenkapitalquote sowie der daraus resultierenden hohen Kapitaldienstverpflichtungen. Diese Tatsache schränkt unsere Liquidität ein. Infolge umfangreicher strategischer und operativer Maßnahmen hat sich bereits eine positive Entwicklung eingestellt, die wir heutigen Planungen zu Grunde gelegt, mittel- und langfristig fortschreiben werden. Unsere Handlungsweisen zeigen Erfolg.

4.2 Entwicklung der Umsatzerlöse

In Folge des Verkaufs der Wittering Wohnungen in 2006 sind auch in 2007 die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung weiter zurückgegangen. Mittelfristig gesehen werden in Folge von Mietanpassungen die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung wieder steigen.

Aus dem Bauträgergeschäft sind wir mindestens vorübergehend ausgestiegen. Deshalb sind die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken und aus anderen Lieferungen und Leistungen im mittelfristigen Planungshorizont gering.

Die Erlöse aus der Betreuungstätigkeit (Wohnungseigentumsverwaltung) verbleiben in der mittelfristigen Planung auf dem bisherigen Niveau.

4.3 Kennzahlen

Um eine unserem Controllinganspruch entsprechende Überwachung vornehmen zu können, ist die Anwendung von Kennzahlen erforderlich. Hierzu ist vom Gdw (Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.) ein sehr umfangreicher Kennzahlenkatalog mit Grenzwerten erarbeitet worden, der es ermöglicht, dezidierte Aussagen zur Situation von Wohnungsunternehmen zu machen.

Im Rahmen des Jahresabschlusses werten wir unsere Lage/Situation anhand dieses Kennzahlenkataloges aus und führen Vergleiche zu anderen Unternehmen durch.

Hingegen konzentrieren wir uns in der unterjährigen Lageauswertung sowie in der mittel- bis langfristigen Planung auf folgende Zahlen:

Jahresergebnis
Verhältnis von Fremdkapitalaufnahme zu Investition
Verhältnis von Kapitaldienst zu Sollmiete
Eigenkapitalquote
Verhältnis von Zinsen zu Sollmieten
Innenfinanzierungskraft.

Hinsichtlich der Kennzahlen gehen wir von einer positiven Entwicklung aus. Das Jahresergebnis wird, unsere aktuellen Planungen zu Grunde gelegt, in den nächsten Jahren steigen. Durch eine aktive Entschuldungspolitik ist es unser Ziel, die Verbindlichkeiten weiter zu senken und dadurch eine nachhaltige Senkung der Kapitaldienstbelastung sowie eine weitere Erhöhung der Eigenkapitalquote zu realisieren.

Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH

Anschrift

Erfurter Ring 15
38444 Wolfsburg

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		101.300 €
Stadt Wolfsburg	96,45%	97.700 €
eigene Anteile	3,55%	3.600 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Investition und Betreuung von kommunalen Bauvorhaben, Folgeeinrichtungen und Bauten, die öffentlichen Aufgaben dienen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Günter Lach
Hiltrud Jeworrek (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Wilfried Andacht Vorsitzender
Werner Borcharding
Sabah Enversen

Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird durch die Neuland Wohnungsgesellschaft mbH wahrgenommen:

Geschäftsführerin Kerstin Mallwitz

Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	1	13.939	14.156	14.373
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	45	72	65	58
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	195	105	96	119
III. Wertpapiere	185	4	107	106
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	715	13.858	328	511
Bilanzsumme	1.141	27.978	14.752	15.167

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	101	101	101	101
II. Gewinnrücklagen	380	380	380	360
III. Gewinnvortrag	6	19	2	41
IV. Jahresüberschuss	79	137	57	41
B. Rückstellungen	29	39	83	53
C. Verbindlichkeiten	546	27.302	14.129	14.571
Bilanzsumme	1.141	27.978	14.752	15.167

Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll 2009 T€	Ist 2007 T€	Ist 2006 T€	Ist 2005 T€
Umsatzerlöse	765	1.987	3.030	2.874
Erhöhung bzw. Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		-27	7	7
sonstige betriebliche Erträge	1	18		2
Gesamtleistung	766	1.978	3.037	2.883
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	455	1.357	1.404	1.345
Personalaufwand	272	364	445	402
Abschreibungen auf Sachanlagen			217	217
sonstige betriebliche Aufwendungen	33	32	39	36
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	76	5	6
Abschreibungen auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		18		2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			592	605
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	9	283	345	282
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		76	80	97
sonstige Steuern		128	128	128
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	9	79	137	57
Gewinn-/ Verlustvortrag		6	19	2
Bilanzgewinn / -verlust	9	85	156	59

Lagebericht 2007 der Aufbau-Gesellschaft Wolfsburg mbH

Die Gesellschaft wurde am 13. Dezember 1966 gegründet und agiert ausschließlich im Stadtgebiet Wolfsburg. Gesellschafter sind zu 96,4 % die Stadt Wolfsburg und zu 3,6 % die AUFBAU. Das Tätigkeitsfeld umfasst die Bewirtschaftung von 6 Parkhäusern mit 3 638 Einstellplätzen, eine Parkpalette mit 210 Einstellplätzen sowie 11 gewerblich genutzte Objekte. Ende 1988 wurden 420 Wohnungen in Vorsfelde von der Kreis-Wohnungsbaugesellschaft Helmstedt mbH erworben. Mit der NEULAND wurde zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung am 18. Dezember 1988 ein Pachtvertrag über diese Einheiten abgeschlossen.

Diese Wohnungen wurden zum 1. Januar 2007 an die NEULAND veräußert. Darüber hinaus hat die Stadt Wolfsburg zum 1. Dezember 2007 die Parkhäuser Poststraße, Heinrich-Heine-Straße und die Tiefgarage Rothenfelder Straße an die Net Invest Objekt Wolfsburg GmbH (Sitz in München) mit insgesamt 2 403 Einstellplätzen sowie 11 Gewerbeobjekte veräußert. Gemäß § 613a BGB handelt es sich hier um einen Teil-Betriebsübergang, der auch die Übernahme von Mitarbeitern regelt. Ursprünglich haben die Mitarbeiter dem Übergang widersprochen. Die Aufbau hat den Mitarbeitern ein Rückkehrrecht von bis zu einem Jahr eingeräumt. Aufgrund dieser Perspektive haben sich drei für diesen Weg entschieden. Für den Fall, dass dennoch von dieser Option gebrauch gemacht wird, versucht die Geschäftsführung der AUFBAU Arbeitsplätze im „Konzern Stadt“ zu finden.

Durch den Verkauf muss sich die AUFBAU neu aufstellen und am Markt neu ausrichten. Darum betreibt die Gesellschaft Akquise zusätzlicher Aufgabenfelder wie beispielsweise Bewirtschaftung öffentlicher Parkflächen der Stadt Wolfsburg. Somit wird auch in Zukunft die Wirtschaftlichkeit gesichert.

Die Geschäfte der Gesellschaft sind auch 2007 durch den Vertrag vom 11. März 1988 von der NEULAND Wohnungsgesellschaft mbH besorgt worden, die ihr Tochterunternehmen entricon GmbH mit Teilaufgaben der Parkhausbewirtschaftung beauftragt hat. Eigener Personaleinsatz erfolgt nur in den Parkhäusern, jedoch nicht für Verwaltungstätigkeiten der Gesellschaft.

In 2007 erwirtschaftet die AUFBAU Umsatzerlöse für die Parkhausbewirtschaftung in Höhe von 2,03 Mio. € gegenüber 2,05 Mio. € im Vorjahr. Durch den Verkauf der Wohnungen zum 1. Januar 2007 und der Veräußerung der 3 Parkhäuser zum 1. Dezember 2007 hat sich der Jahresüberschuss von 137,1 T€ in 2006 auf 78,8 T€ verringert.

Die Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens ist geordnet. Liquide Mittel standen ausreichend zur Verfügung, so dass die Zahlungsfähigkeit immer gegeben war.

Risiken, die den Bestand des Unternehmens gefährden, sind zurzeit nicht erkennbar.

Seit dem 1. Dezember 2007 verwaltet die AUFBAU drei Parkhäuser mit 1 235 Stellplätzen und eine Parkpalette mit 210 Plätzen. Bei der Bewirtschaftung geht die Gesellschaft von gleich bleibenden bis steigenden Umsatzerlösen aus Parkentgelten aus. Auch für 2008 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH i. L.

Anschrift

Heinrich-Heine-Str. 36
38440 Wolfsburg

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.590 €
Stadt Wolfsburg	100,00%

Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte als Berufsbildungseinrichtung. Sie ist Ausbildungsstätte im Sinne des § 1 Abs. 5 des Berufsbildungsgesetzes. Der Gesellschaft obliegt im besonderen die Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen. Ausserdem soll die Gesellschaft nicht oder nur unzureichend genutzte Ausbildungskapazitäten sowohl für Zwecke der Durchführung bzw. Einführung des Berufsbildungsgrundjahres zur Verfügung stellen, als auch die räumlichen und ggf. auch die personellen Einrichtungen für Zwecke der überbetrieblichen Ausbildung des Handwerks, des Handels und der Industrie vorhalten.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Hiltrud Jeworrek
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH ist im Geschäftsjahr 2006 aufgelöst worden.

Liquidator

Werner Schmidt

Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH i. L.

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen				155
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10	123	121	25
III. Kassenbestände, Bankguthaben				255
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
				1
Bilanzsumme	10	123	121	444

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital	26	26	26	26
II. Gewinn-/ Verlustvortrag	-19	-19	40	20
III. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag			-59	20
B. Rückstellungen				
	3	116	114	351
C. Verbindlichkeiten				
				27
Bilanzsumme	10	123	121	444

Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH i. L.

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist	Ist
	2007	2006	2005	2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse			276	1.879
Zuschüsse der Stadt			18	111
sonstige betriebliche Erträge	122	18	18	333
Gesamtleistung	122	18	312	2.323
Materialaufwand			15	53
Personalaufwand	6	9	201	1.567
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			8	56
sonstige betriebliche Aufwendungen	116	9	148	631
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			1	5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	-59	21
sonstige Steuern				1
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	-59	20

Für das Jahr 2009 wurde für die BSW kein Wirtschaftsplan aufgestellt, da keine Geschäftstätigkeit mehr vorhanden ist und die Gesellschaft in 2009 liquidiert werden soll.

Lagebericht 2007 der Berufsbildungsstätte Wolfsburg GmbH

Geschäftsverlauf

Eine operative Geschäftstätigkeit erfolgte im Geschäftsjahr 2007 nicht.

Die Gesellschaft wurde mit Ablauf des 4.12.2007 durch Gesellschafterbeschluss aufgelöst. Als Liquidator wurde der Geschäftsführer Werner Schmidt bestellt.

Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres

Die Auflösung wurde am 23.1.2008 im Handelsregister eingetragen. Die Liquidation wurde am 11.1.08, 14.1.08, 15.1.08 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Ausblick

Im Januar 2009 werden voraussichtlich die Verteilung des Gesellschaftsvermögens und die Löschung der Gesellschaft im Handelsregister erfolgen.

Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH

Anschrift

Heinrich-Heine-Str. 36
38440 Wolfsburg

im Internet: www.bz-wob.de
e-Mail: info@bzw.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Erwachsenenbildung nach dem Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz in der Fassung vom 17.12.1999 und der Verordnung zur Durchführung des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes vom 18.05.2001 in ihren jeweils gültigen Fassungen.

Aufgaben der Gesellschaft sind die dem bisherigen Institut Bildungszentrum Wolfsburg Volkshochschule obliegenden Aufgaben, insbesondere die Anregung zur Weiterbildung und Mitwirkung am demokratischen Staatsleben sowie die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben und Beruf durch Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Lehrgänge, Seminare, Projekte, Modellvorhaben, Einzelvorträge und Studienreisen/-fahrten. Sie erfüllt darin auch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Günter Lach
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Norbert Lem	Vorsitzender
Antje Bothe	stellv. Vorsitzende
Wilfried Andacht	
Detlef Barth	
Gerrit von Daacke	
Brigitte Fischer	
Helmut Gels	ab 01.11.2007
Ernst-Bernhard Jaensch	
Monika Thomas	bis 30.10.2007
Frank-Helmut Zaddach	

Geschäftsführung

Werner Schmidt

Beteiligungen

n@work QualifizierungsGmbH	100%
----------------------------	------

Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	24	3	4
II. Sachanlagen	7.415	7.518	7.611
III. Finanzanlagen	25	25	25
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	485	367	207
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	188	73	65
C. Rechnungsabgrenzungsposten	8	9	14
Bilanzsumme	8.145	7.995	7.934

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	2.564	2.564	2.863
III. Verlustvortrag	-1		
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	44	-1	-299
B. Sonderposten für Bundeszuschüsse	4.345	4.450	4.556
C. Sonderposten für Investitionszuschüsse	127	115	112
D. Rückstellungen	661	524	211
E. Verbindlichkeiten	377	315	462
F. Rechnungsabgrenzungsposten	3	3	4
Bilanzsumme	8.145	7.995	7.934

Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll *	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.067	1.740	1.897	1.382
Zuschüsse Stadt Wolfsburg	900	900	1.055	675
sonstige betriebliche Erträge	298	472	243	256
Materialaufwand	663	314	287	288
Aufwand für Kursleiter	730	584	574	530
Personalaufwand	1.370	1.573	1.641	1.321
Abschreibungen	180	191	190	155
sonstige betriebliche Aufwendungen	323	412	503	317
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7		4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				4
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2	45	0	-298
sonstige Steuern	2	1	1	1
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	44	-1	-299

* Der Verwaltungsausschuss hat bereits einen entsprechenden Weisungsbeschluss gefasst, eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der BZW über den Wirtschaftsplan steht noch aus.

Lagebericht 2007 der Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die Gesellschaft konnte in ihrem Geschäftsverlauf von der verbesserten allgemeinen wirtschaftlichen Lage im Jahr 2007 profitieren. Statt des im Wirtschaftsplan (1. Fassung; geänderte Fassung vom 13.09.2007 mit ausgeglichenem Jahresergebnis) noch anvisierten Fehlbetrages konnte ein Überschuss erzielt werden. Hierzu trugen allerdings nur in geringem Maße die Veränderungen auf dem Bildungsmarkt bei. Bei den Verbrauchern zeigt sich auch weiterhin eine Preissensitivität, welche durch konkurrierende Anbieter im Niedrigpreissegment bedient wird. Infolgedessen konnte auch die in den Vorjahren festgestellte negative Tendenz bei der Nachfrage nach den Angeboten zur organisierten Freizeitgestaltung nicht gestoppt werden. Die Teilnehmerzahl im Geschäftsjahr betrug 11.863. Dabei wurden 49.229 Unterrichtsstunden erbracht.

Als Reaktion hierauf wurde das bisher bestehende Semesterprogramm in Themenhefte unterteilt, um eine bessere Resonanz auf Kundenseite für die Angebote der Gesellschaft zu erzeugen und auch auf neuen Wegen zusätzliche Kunden zu erreichen. Im Geschäftsjahr 2007 fanden hierzu die umfangreichen Vorarbeiten statt. Das erstmalige Erscheinen des auf die Themenhefte umgestellten Programms erfolgte im Januar 2008.

Sehr erfreulich war die Entwicklung des Tochterunternehmens n@work QualifizierungsGmbH.

All dies führte zum Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 44.537,76 €

Künftige Entwicklung und damit verbundene Chancen und Risiken

Im kommenden Geschäftsjahr 2008 steht die Umstellung des Programms auf die Themenhefte im Kern der Geschäftsaktivität. Des Weiteren ist die Einführung eines Ferienprogramms für Kinder geplant. Durch eine Mehrzahl von Maßnahmen soll die Lage der Gesellschaft den veränderten Marktbedingungen entsprechend verbessert werden. Damit einhergehend ist auch eine Verbesserung der Einnahmeseite angestrebt. Dabei soll die Gesellschaft auch mehr in bisher nicht besetzten Marktnischen tätig werden. Das organisierte Freizeitangebot ist dabei dergestalt auszubauen, dass Angebote für spezielle Zielgruppen, etwa in den Bereichen Kinder und Jugendliche sowie Senioren entwickelt werden. Die Auslastung des Hauptgebäudes in den nachfrageärmeren Ferienzeiten, die bisher nicht durch Kursangebote belegt sind, kann so erhöht werden.

Die Zusammenarbeit mit der gesellschaftseigenen n@work QualifizierungsGmbH soll auch im Hinblick auf die Erbringung von Dienstleistungen für die Gesellschaft sukzessive ausgebaut werden, um auf diese Weise Synergieeffekte im Kostenbereich zu realisieren. Auf diese Weise kann die Kostenstruktur der Gesellschaft dauerhaft optimiert werden.

Mittelfristig bietet sich so die Chance, bei erhöhter Flexibilität im Bereich der Fortbildung die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft zu verbessern. Unabhängig davon wird der Bereich der sozialen Pflichtaufgaben für bestimmte Zielgruppen im Rahmen der Wahrnehmung des Bildungsauftrages erhalten bleiben.

Das wesentliche Risiko der Geschäftstätigkeit im Jahr 2008 liegt in einem möglichen weiteren Rückgang der Teilnehmerzahlen und einem damit verbundenen Umsatzrückgang. Des Weiteren sind im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen zum TVöD deutliche Erhöhungen der Personalkosten der Gesellschaft zu erwarten, da für das Personal der Gesellschaft der Tarifvertrag Anwendung findet. Diese Erhöhung der Personalkosten kann von der Gesellschaft nicht oder nur in sehr geringem Umfang durch höhere Preise ausgeglichen werden. Zudem besteht das Risiko, die anvisierten und geschilderten Umstrukturierungen und Verbesserungen im Kostenbereich nicht in der geplanten Zeit durchführen zu können. Schließlich bestehen allgemeine konjunkturelle Risiken, die sich auf die Einnahmen der Gesellschaft auswirken können.

CongressPark Wolfsburg GmbH

Anschrift

Heinrich-Heine-Strasse
38440 Wolfsburg

im Internet: congresspark-wolfsburg.de
e-Mail: congresspark@stadt.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	511.292 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung von kulturellen, kommerziellen und sonstigen Veranstaltungen, insbesondere im CongressPark Wolfsburg. Die Gesellschaft kann ihre Erfahrungen aus der eigenen Betätigung für die Erbringung von Dienstleistungen an Dritte nutzen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Hiltrud Jeworrek
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Günter Lach	Vorsitzender	
Rocco Artale	Stellvertr. Vorsitzender	
Werner Borcharding		bis 31.10.2007
Helmut Gels		ab 01.11.2007
Ralf Fruet		
Andreas Klaffehn		
Karstem Rohleder		
Ursula Sandvoß		
Dr. Günther Scherelis		

Geschäftsführung

Uwe Rabe

CongressPark Wolfsburg GmbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	17	18	18	22
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	104	95	95	87
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.368	1.300	1.196	1.227
B. Rechnungsabgrenzungsposten	9	11	2	6
Bilanzsumme	1.498	1.424	1.311	1.342

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	511	511	511	511
II. Kapitalrücklage	500	500	466	401
III. Verlustvortrag	-664	-707	-673	-845
Übernahme durch Gesellschafter	664	707	673	845
IV. Jahresfehlbetrag	-729	-664	-707	-673
B. Rückstellungen	171	164	111	151
C. Verbindlichkeiten	1.045	913	930	952
Bilanzsumme	1.498	1.424	1.311	1.342

CongressPark Wolfsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll 2009 T€	Ist 2007 T€	Ist 2006 T€	Ist 2005 T€
Umsatzerlöse	523	459	511	442
sonstige betriebliche Erträge	7	13	12	24
Gesamtleistung	530	472	523	466
Materialaufwand	655	612	566	573
Personalaufwand	579	500	557	535
Abschreibungen auf Sachanlagen	4	10	8	18
sonstige betriebliche Aufwendungen	92	118	82	72
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	20	39	26	25
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-780	-729	-664	-707
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-780	-729	-664	-707

Lagebericht 2007 der CongressPark Wolfsburg GmbH

Ergebnis und Geschäftsverlauf

Die CongressPark Wolfsburg GmbH (CPW) hat das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresfehlbetrag von 728.767,19 € abgeschlossen. Dieses Ergebnis liegt mit 51.232,81 € unter den Vorgaben des im Dezember 2006 vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplanes, der für 2007 einen Jahresfehlbetrag von 780.000,00 € vorsah.

Die Unterschreitung des im Wirtschaftsplan ausgewiesenen Betrages um 51.232,81 € ist, wie auch in den Vorjahren, in einer äußerst restriktiven Haushaltsführung, insbesondere auch im Hinblick auf die Behebung technischer und baulicher Schwachstellen, begründet.

Eine zahlenmäßige Gegenüberstellung der Veranstaltungsarten und Besucher der Jahre 2004 - 2007 zeigt folgendes Bild:

	Anzahl Veranstaltungen				Anzahl Besucher			
	2004	2005	2006	2007	2004	2005	2006	2007
Kulturelle Veranstaltungen	25	32	23	24	23.896	24.713	22.444	19.398
Gesellschaftliche Veranstaltungen	13	19	20	23	6.539	11.104	23.026	19.353
Tagungen und Kongresse	73	64	68	55	30.685	29.195	26.619	27.349
Wirtschaftliche Veranstaltungen	21	15	22	17	73.650	39.320	61.200	33.725
Sportveranstaltungen	5	2	1	1	2.380	950	1.600	550
Ausstellungen	3	5	6	5	1.600	4.450	6.650	5.120
Andere Veranstaltungen	35	34	48	45	14.290	15.945	19.993	15.425
	175	171	188	170	153.040	125.677	161.532	120.920

Die Schwankung der Besucherzahlen beruht auf der im Zweijahresrhythmus stattfindenden Wolfsburger Messe.

Der jährliche Veranstaltungs- und Besucherdurchschnitt bezogen auf die Jahre 1990 - 2007, jedoch ohne Berücksichtigung der großen Umbauphase 1999/2000, liegt bei 173 Veranstaltungen und 149.348 Besuchern. Bei näherer Betrachtung des Zeitraumes 1990 - 2007 ist u.a. ein schwankender Rückgang der Mietveranstaltungen von Volkswagen (1990 = 34 und 2007 = 8) sowie auch im Bereich der Gesellschaftsveranstaltungen mit Bällen und Festabenden (1990 = 45 und 2007 = 23) festzustellen. Der Rückgang der gesellschaftlichen Veranstaltungen ist aber kein CPW-spezifisches Problem, sondern ist auch bei anderen Veranstaltungshäusern zu beobachten, mithin eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Zahlenmäßig wird dieser Rückgang durch einen erheblichen Anstieg im Bereich der „Anderen Veranstaltungen“ ausgeglichen.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Aufgabe der CongressPark Wolfsburg GmbH ist es, der Bevölkerung der Stadt Wolfsburg und Umgebung kulturelle, kommerzielle und sonstige Veranstaltungen anzubieten.

Im Unterhaltungsbereich ist nach wie vor zu beobachten, dass der CongressPark in den Tourneepänen für Top-Veranstaltungen nur noch eine verminderte Priorität genießt.

Dies liegt einerseits am Mitbewerberangebot im engeren regionalen Umkreis, insbesondere durch Großhallen mit einer Sitzplatzkapazität von über 5.000 Plätzen, in denen bekanntermaßen früher zwei/drei separat in verschiedenen Hallen durchgeführte Konzerte nunmehr zu einer Veranstaltung zusammengefasst werden. Andererseits meiden aber auch Veranstalter nach selbsterfahrenen oder nur beobachteten schwachen CPW-Besucherzahlen bei marktgängigen Veranstaltungen das Haus.

Im Rahmen der Entwicklungsbetrachtung ist anzumerken:

- dass die geschilderte Zurückhaltung der Konzertveranstalter auch in Verbindung mit einer Vielzahl anderer attraktiver und oftmals preisgünstiger innerstädtischer Veranstaltungen zu sehen ist

und

- dass bei Tagungen und Kongressen innerstädtische Mitbewerber aufgrund der Thematik, der besonderen Veranstaltungsräumlichkeiten oder anderen übergeordneten Gründen auch im Zusammenhang mit dem Rahmenprogramm den Vorzug erhalten.

Die Mietpreisgestaltung des CPW kann bei der Betrachtung vernachlässigt werden, da diese von den Kunden angenommen und überwiegend als attraktiv beurteilt wird.

Zusammengefasst ist nach wie vor davon auszugehen, dass die Anzahl der Veranstaltungen und deren Teilnehmerzahl kurzfristig nicht steigen, eher sinken werden und dies bei einem stetig größer werdenden Angebot an innerstädtischen, aber auch im engeren regionalen Umkreis liegenden Veranstaltungszentren. Dies gilt auch für Hotels mit hervorragend ausgestatteten Tagungsräumen (Stichwort: Tagen und Übernachten unter einem Dach zu vergleichsweise günstigen Konditionen).

Trotz dieser allgemein vorzufindenden Tendenz ist die CongressPark GmbH gut gerüstet, die von der Gesellschafterin vorgegebene Zielsetzung – insbesondere Einhaltung der geplanten Höhe des Betriebsmittelzuschusses – erfüllen zu können.

Der Stadt Wolfsburg steht mit dem CongressPark unverändert ein Veranstaltungshaus zur Verfügung, das in geeigneter Weise dazu beiträgt u.a. auch die kulturellen Belange der Bürgerschaft zu erfüllen.

Ausblick

Die strategischen Überlegungen zur Positionierung des Stadthallenbetriebes CongressPark, als Wolfsburgs größtes Veranstaltungshaus, sollten nicht nur intern zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung weiter geführt werden, sondern sollten hierüber hinaus auch auf den Konzern Stadt Wolfsburg mit seinen vielfältigen Veranstaltungshäusern ausgedehnt werden.

Gute Ansätze sind hierfür auch die vom städtischen Fachbereich Strategische Planung/Stadtentwicklung initiierten Workshops mit den Häusern CongressPark und Hallenbad, Kultur am Schachtweg sowie der Wolfsburg AG und der Wolfsburg Marketing.

Vernachlässigt werden darf jedoch nicht die Behebung objektiv festgestellter technischer und baulicher Schwachstellen. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten sollten diese Schwachstellen „Zug um Zug“ behoben werden.

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Anschrift

Lilienthalplatz 5
38108 Braunschweig

im Internet: www.flughafen-braunschweig-wolfsburg.de
e-Mail: info@flughafen-braunschweig-wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		608.400 €
Stadt Braunschweig	42,638%	259.400 €
Land Niedersachsen	17,784%	108.200 €
Volkswagen AG	17,784%	108.200 €
Stadt Wolfsburg	17,784%	108.200 €
Landkreis Gifhorn	2,005%	12.200 €
Landkreis Helmstedt	2,005%	12.200 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Verkehrsflughafens Braunschweig-Wolfsburg.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bärbel Weist
Hiltrud Jeworrek (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Reinhard Manlik	Vorsitzender
Corinna Kuhny	stellvertretende Vorsitzende
Carsten Lehmann	
Götz-Rüdiger Kliesch	
Klaus Winter	
Jürgen Franke	
Hans-Peter Wyderka	
Lothar Sander	
Prof. Rolf Schnellecke	bis 20.11.2007
Hartmut Gels	ab 21.11.2007
Harald Vespermann	
Burkhardt Beese	
Karl-Heinz Schrader, Gifhorn	ohne Stimmberechtigung

Geschäftsführung

Geschäftsführer	Wernher Baumbach bis 31.03.2007
	Boris Gelfert ab 01.04.2007

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	6	2	4	7
II. Sachanlagen	4.729	4.475	3.826	2.154
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	38	29	17	22
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	526	397	364	406
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	640	369	523	517
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11	8	4	6
Bilanzsumme	5.950	5.280	4.738	3.112

Passiva

A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	608	608	608	608
II. Gewinnrücklagen	895	895	895	895
III. Gewinn-/ Verlustvortrag	-2	-1	-1	0
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-1	-1	-1	-1
B. Sonderposten f. Investitionszuschüsse	2.014	1.954	1.584	
C. Rückstellungen	1.743	957	813	594
D. Verbindlichkeiten	674	833	797	1.004
E. Rechnungsabgrenzungsposten	19	35	43	12
Bilanzsumme	5.950	5.280	4.738	3.112

Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	2.868	2.647	2.659	2.709
Betriebskostenzuschüsse	1.794	1.423	1.395	1.130
sonstige betriebliche Erträge	605	179	56	237
Gesamtleistung	5.267	4.249	4.110	4.076
Materialaufwand	2.553	1.263	1.381	1.478
Personalaufwand	1.970	2.270	2.057	1.886
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen	384	338	344	331
sonstige betriebliche Aufwendungen	335	347	293	342
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10	8	7	7
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21	25	28	32
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	14	14	14	14
sonstige Steuern	15	15	15	15
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-1	-1	-1	-1

Lagebericht 2007 der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH

1. Geschäftsverlauf

Die Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH betreibt entsprechend ihrem Gesellschaftszweck den in ihrem Eigentum befindlichen Flughafen Braunschweig-Wolfsburg. Da es sich bei dem Flughafen Braunschweig-Wolfsburg um einen Verkehrsflughafen mit einer besonderen Ausrichtung für Forschungszwecke und der Ansiedlung flughafenbezogener Betriebe handelt, stellt das betroffene Grundvermögen einen wichtigen Bestandteil des Unternehmens dar.

Bis zum 20.06.2007 wurden neben dem reinen Flughafenbetrieb von der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH Aufgaben der Deutschen Flugsicherung GmbH unter deren Fachaufsicht für die Platzkontrolle bzw. den Instrumentenflugbetrieb durchgeführt. Ab 21.06.2007 dürfen die Flugsicherungsdienste gemäß den gültigen europäischen Flugsicherungsrichtlinien nur noch von zertifizierten Providern erbracht werden. Die Aufgaben der Flugsicherung für die Erbringung des Flugplatzkontrolldienstes, des Fluginformationsdienstes und des Flugalarmdienstes werden daher ab dem 21.06.2007 von der Austro Control GmbH erbracht. Die BAN 2000 GmbH hat mit Wirkung vom selben Tage die für die Durchführung der Flugsicherung notwendigen flugsicherungstechnischen Dienste der am Flughafen eingesetzten Anlagen und Systeme übernommen. Die mit den Flugsicherungsdiensten verbundenen Kosten in Höhe von insgesamt rd. 1,0 Mio. € p. a. sind von der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH als Betreiberin des Regionalflughafens zu tragen.

Der bisherige Geschäftsführer der Gesellschaft, Herr Wernher Baumbach, ist zum 31. März 2007 als Geschäftsführer wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden.

In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 21. November 2006 wurde Herr Boris Gelfert mit Wirkung zum 1. April 2007 zum Geschäftsführer berufen.

2. Lage des Unternehmens

2.1 Ertragslage

Die Ertragslage war gekennzeichnet durch eine Zunahme der Umsatzerlöse um TEUR 221, eine Zunahme des Materialaufwandes um TEUR 1.290, einen Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 426 und einen Rückgang des Personalaufwandes um TEUR 300.

Die Zunahme der Umsatzerlöse resultierte im Wesentlichen aus Steigerungen bei den Lande- und Abstellgebühren (TEUR 149) und bei den Auslieferungsprovisionen für Flugkraftstoffe (TEUR 70).

Die Zunahme des Materialaufwandes um TEUR 1.290 ist in erster Linie auf erhöhte Aufwendungen für die Anlagenunterhaltung (TEUR 845) sowie auf erstmals entrichtete Entgelte für die Erbringung der Flugsicherungsdienste durch die Austro Control GmbH (TEUR 376) zurückzuführen. Die Entgelte für die durch die Austro Control GmbH erbrachten Flugsicherungsdienste setzen sich zusammen aus Erstattungen für die im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung tätigen Fluglotsen (TEUR 291), denen entsprechende Erträge in gleicher Höhe gegenüber stehen und aus dem Pauschalentgelt für die von der Austro Control GmbH (vgl. unter 1.) erbrachten Flugsicherungsleistungen (TEUR 85).

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 426 resultiert nahezu ausschließlich aus Personalkostenerstattungen der Austro Control GmbH für die vom Flughafen überlassenen Fluglotsen zur Erbringung der Flugsicherungsleistungen (TEUR 291) sowie aus Schadenersatzleistungen (TEUR 135). Der Schadenersatz betrifft hauptsächlich Versicherungsleistungen für ein unfallbeschädigtes Feuerwehrfahrzeug (TEUR 95) sowie Entschädigungen aufgrund von Sturmschäden (TEUR 34).

Der Personalaufwand reduzierte sich hauptsächlich infolge des Fortfalls der Zuführungen zur Rückstellung für Altersteilzeit (von im Vorjahr TEUR 215) um TEUR 300.

2.2 Vermögenslage

Auf der Aktivseite erhöhten sich die Buchwerte im Anlagevermögen um TEUR 257. Dabei stehen Zugängen von TEUR 641 Abschreibungen von TEUR 384 gegenüber.

Auf der Passivseite ist die Zunahme der Rückstellungen um per Saldo TEUR 786 im Wesentlichen auf Zuführungen zur Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen (TEUR 948) zurückzuführen.

Der Sonderposten für von den Gesellschaftern gewährte Investitionszuschüsse für die Osterweiterung des Flughafens erhöhte sich um TEUR 59.

2.3 Finanzlage

Im Wirtschaftsjahr 2007 vereinnahmte die Gesellschaft Betriebskostenzuschüsse von insgesamt TEUR 1.794,0 für den Flugbetrieb und die durch die Flugsicherung bedingten Folgekosten sowie TEUR 31,8 für die Kosten der Luftaufsicht. Zusammen mit den eigenen Erträgen konnten die Gesamtaufwendungen gedeckt werden.

Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist weiterhin negativ und kann nur durch Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden.

2.4 Regionales Umfeld

Laut einer in 2000 vorgelegten wissenschaftlichen Studie über den Standort- und Wirtschaftsfaktor sowie die Entwicklungspotentiale des Forschungsflughafens Braunschweig ist der Forschungsflughafen mit seinen rund 40 Instituten, Unternehmen und Behörden für die Region unverzichtbar. Danach sind die vom Forschungsflughafen mit seinen rund 2.000 Arbeitsplätzen ausgehenden wirtschaftlichen Effekte beachtlich.

3. Zukünftige Entwicklung

Der Niedersächsische Landtag hat am 26. Januar 2000 eine Entschließung gefasst mit dem Ziel der Sicherung und des Ausbaus des Regional- und Forschungsflughafens Braunschweig-Wolfsburg. Dementsprechend wurde zur Sicherung und für den Ausbau des Standortes und unter Ausschöpfung der vorhandenen nationalen und europäischen Fördermöglichkeiten ein Ausbaukonzept für eine Verlängerung der Start- und Landebahn nach Osten entwickelt. Als Ergebnis eines im Jahre 2004 durchgeführten Raumordnungsverfahrens wurde ein Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel einer Verlängerung der Start-/Landebahn auf insgesamt 2.300 m und einer entsprechend verlängerten Rollbahn sowie zusätzlichen Abstellflächen eingeleitet.

Die langfristigen Entwicklungsziele der am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ansässigen Forschungseinrichtungen, der Betriebe aus dem Luftfahrttechnologiesektor und der Luftfahrtunternehmen zeigen, dass zu ihrer Zukunftssicherung eine Startbahnlänge von 2.300 m als das gerade noch vertretbare Minimum angesehen werden kann.

Der Planfeststellungsbeschluss der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, der dem Antrag weitgehend entsprach, erging am 15.01.2007. Mit dem erwarteten positiven Abschluss eines zur Zeit noch anhängigen Gerichtsverfahrens wird die Grundlage für die Zukunftssicherung der am Flughafen Braunschweig-Wolfsburg ansässigen Forschungseinrichtungen und Betriebe geschaffen sowie der künftige Werks- und Anforderungsverkehr der Unternehmen sichergestellt.

Der Ausbau soll mit Investitionsmitteln der Gesellschafter und mit GA- sowie EU-Fördermitteln finanziert werden. Die Gesellschafter haben hierfür eine Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen.

4. Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung

Der Flughafen wird für die Belange der Forschung und der vorhandenen kommerziellen Luftfahrt ausgebaut. Investitionen für die Abfertigung von Touristikflügen sind nicht vorgesehen, so dass aus der Ver-

kehrsentwicklung keine wesentliche finanzielle Entlastung zu erwarten ist, zumal die Anforderungen an die technische Flughafenausstattung steigen werden. **Insbesondere die gestiegenen Sicherheitsanforderungen an den Flughafenbetrieb und den Luftverkehr, die zur Zeit durch die Luftfahrtbehörden festgelegt werden, sowie die von der EU geforderten Änderungen der Organisation der Flugsicherung werden weiterhin – gegebenenfalls erhebliche – Kostensteigerungen zur Folge haben, die nicht durch eine entsprechende Anpassung der Einnahmen aus dem Flugbetrieb ausgeglichen werden können.**

Die Gesellschaft kann auch die für den gegenwärtigen Flughafenbetrieb erforderlichen Aufwendungen nicht durch eigene Erträge decken. Sie bleibt auf Zuschüsse der Gesellschafter angewiesen. Die kommunalen Gesellschafter profitieren jedoch in erheblichem Umfang von dem Steueraufkommen der am Flughafen ansässigen Unternehmen und Einrichtungen sowie ihrer rd. 2.000 Mitarbeiter. Die Standortsicherung dieser Unternehmen und die Weiterentwicklung des Forschungsflughafens sind jedoch gefährdet, wenn der Flughafen nicht mittelfristig entsprechend der Planung ausgebaut werden kann. Auch bei Nichtausbau des Flughafens sind zur Erhaltung seiner Funktionsfähigkeit im östlichen Anflugbereich umfangreiche Waldhindernisse auf einer Fläche von rd. 42 ha zu beseitigen; dabei ist mit Kosten für in diesem Zusammenhang erforderliche Kompensationsmaßnahmen von rd. 3,4 Mio. € zu rechnen.

Eine Verbesserung der Ertragslage der Gesellschaft ist durch luftfahrtaffine Unternehmensansiedlungen in Verbindung mit dem Flughafenausbau und durch Projekte im Bereich der non aviation revenues nachhaltig erzielbar.

Die Städte Braunschweig und Wolfsburg, das Land Niedersachsen und die Volkswagen AG haben als Gesellschafter im September 2005 durch eine Finanzierungsvereinbarung den geplanten Flughafenausbau unter der Voraussetzung einer anteiligen EU-Förderung finanziell abgesichert. Mit der parallel dazu vorgenommenen Anpassung des Anteils der Stadt Wolfsburg an die Geschäftsanteile des Landes Niedersachsen und der Volkswagen AG durch Übernahme eines Anteils der Stadt Braunschweig sowie mit der gleichzeitig vorgenommenen Umbenennung des Flughafens und der Gesellschaft in „Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH“ wurde zum Ausdruck gebracht, dass man mit dem Ausbau die wirtschaftliche Entwicklung der gesamten Region Braunschweig und Wolfsburg stärken will.

Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wolfsburg mbH i. L.

Anschrift

38409 Wolfsburg

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital 511.292 €

Stadt Wolfsburg 100%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung und Durchführung von Maßnahmen für eine zukunftsorientierte wirtschaftliche Struktur sowie die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen durch Planung, Finanzierung, Erschließung und Vermarktung von durch die Stadt Wolfsburg festzulegenden Industrie- und Gewerbegebieten im Stadtgebiet Wolfsburg und durch Akquisition von gewerblichen und industriellen Unternehmen zur Ansiedlung in Gewerbe- und Industriegebieten sowie Beratung und Unterstützung ortsansässiger Unternehmen bei Betriebserweiterungen und -verlagerungen im Aufgabenbereich der Gesellschaft.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Hiltrud Jeworrek
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Die Gesellschaft befindet sich in Liquidation. Der Aufsichtsrat ist seit dem Übergang des operativen Geschäftes auf die Wolfsburg Marketing GmbH am 01.01.2006 nicht mehr tätig.

Liquidatoren

Ulrich Jonas
Thomas Krause

Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wolfsburg mbH i. L.

Bilanz	* 31.10.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				14
II. Sachanlagen				22
B. Umlaufvermögen				
I. Ehemalige immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen			42	
II. Vorräte			3	1
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenständen			223	5
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	104	129	187	732
C. Rechnungsabgrenzungsposten			1	15
Bilanzsumme	104	129	456	789

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	511	511	511	511
II. Gewinnrücklagen		63	63	63
III. Gewinn- / Verlustvortrag		-395	150	
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag		-78	-545	
V. Bilanzgewinn/ -verlust	-412			150
B. Rückstellungen	5	5	244	41
C. Verbindlichkeiten		23	33	24
Bilanzsumme	104	129	456	789

* Es handelt sich um vorläufige Zahlen, da die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen war.

Gesellschaft für Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung Wolfsburg mbH i. L.

Gewinn- und Verlustrechnung	*	Ist	Ist	Ist	Ist
		31.10.2007	2006	2005	2004
		T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse				3	7
sonstige betriebliche Erträge		1	102	489	850
Materialaufwand				3	6
Personalaufwand			36	664	439
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen				37	22
sonstige betriebliche Aufwendungen		4	147	343	320
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3	3	11	14
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-2	-78	-544	84
sonstige Steuern				1	
Jahresüberschuss / -fehlbetrag		-2	-78	-545	84
Gewinn-/ Verlustvortrag		-473	-395	150	129
Einstellung/ Entnahme andere		63			-63
Bilanzgewinn / -verlust		-412	-473	-395	150

* Es handelt sich um vorläufige Zahlen, da die Prüfung des Jahresabschlusses 2007 bei Drucklegung noch nicht abgeschlossen war. Für das Jahr 2007 wurde für die GWB kein Wirtschaftsplan aufgestellt, da keine Geschäftstätigkeit mehr vorhanden ist und die Gesellschaft in Kürze liquidiert werden soll.

Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH

Anschrift

Brieffach 1630/0
38436 Wolfsburg

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		26.000 €
Stadt Wolfsburg	30,8%	8.010 €
Volkswagen Logistics GmbH & Co. OHG	30,8%	8.010 €
CoTrans Logistic GmbH & Co. KG	19,2%	4.990 €
Stinnes AG	19,2%	4.990 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die zielgerechte Förderung und Entwicklung eines Güterverkehrszentrums, die Ansiedlung von interessierten Unternehmen sowie die Förderung der Kooperation zwischen vor allem in Wolfsburg angesiedelten Unternehmen des Gütertransport-, Logistik- und Lagereiwesens sowie diesbezüglicher Dienstleistungsbetriebe.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bärbel Weist
Günter Lach (Stellvertreter)

Beirat

zur Zeit nicht bestellt

Geschäftsführung

Geschäftsführer Hans-Joachim Huwe

Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		1	2	9
II. Sachanlagen	26	33	37	31
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	176	170	171	414
II. Guthaben bei Kreditinstituten	1.194	905	660	269
Bilanzsumme	1.396	1.108	868	723

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	26
II. Gewinnvortrag	973	713	499	308
III. Jahresüberschuss	248	260	214	191
B. Rückstellungen	32	10	22	66
C. Verbindlichkeiten	117	99	107	132
Bilanzsumme	1.396	1.108	868	723

Güterverkehrszentrum-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist	Ist
	2007	2006	2005	2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	1.807	1.652	1.814	1.629
sonstige betriebliche Erträge		10	7	19
Gesamtleistung	1.807	1.662	1.821	1.648
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen	1.414	1.283	1.438	1.296
allgemeine Verwaltungskosten	33	30	50	49
sonstige betriebliche Aufwendungen		7		4
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38	21	11	8
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	398	363	343	307
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	150	103	129	116
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	248	260	214	191

Lagebericht 2007 der GVZ Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH

Die Hauptzielsetzung der GVZ-Entwicklungsgesellschaft Wolfsburg mbH (GVZ-E) ist die Verlagerung der Transportströme von der Straße auf die Schiene.

Zwischen den niedersächsischen GVZ-Gesellschaften findet regelmäßig ein Erfahrungsaustausch statt. Im Juni 2007 wurde eine gemeinsame Messeausstellung in München veranstaltet.

Geschäftsverlauf 2007

Seit Juni 2003 werden durch die GVZ-E im Rahmen eines längerfristigen Vertrages logistische Dienstleistungen (Vereinnahmung und sequenzgerechte Disposition von Wechselbrücken) für einen Hersteller von Fahrzeugsitzen (Golf A5 und Touran sowie ab 2007 Tiguan) für die VW AG ausgeführt.

Die Geschäftsentwicklung in 2007 war positiv. Trotz durchgeführter Preisreduzierungen ab Mitte 2006 hat das gestiegene Auftragsvolumen zu einer Zunahme der Umsatzerlöse von 9,4 % geführt. Durch weitere Verbesserungen der Abwicklungsprozesse konnten die Herstellungskosten ebenfalls gesenkt werden. Unter Berücksichtigung der in Anspruch genommenen Dienstleistungen Dritter hat sich das Bruttoergebnis vom Umsatz von T€ 369 im Vorjahr auf T€ 393 im laufenden Geschäftsjahr erhöht.

Die durchschnittliche Auslastung der Fläche lag in 2007 bei über 90 %; es sind 16.210 (Vorjahr 16.039) Wechselbrücken vereinnahmt und 16.211 (Vorjahr 16.050) bestimmungsgemäß weiter disponiert worden.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2008

Das Umsatzvolumen der GVZ-E wird auch in 2008 maßgeblich durch für den Hersteller von Fahrzeugsitzen übernommene logistische Dienstleistung beeinflusst werden. Ein in 2007 begonnenes Ausschreibungsverfahren, im Rahmen dessen von unserer Gesellschaft Preissenkungen von rund 15 % angeboten worden sind, ist noch nicht abgeschlossen. Wir rechnen aber damit, dass wir den Auftrag behalten. Durch die Preisreduzierungen werden sich allerdings die Erfolgsbeiträge künftig deutlich vermindern.

In geringen Fixkosten und hoher Flexibilität bei der Abwicklung der logistischen Aufträge liegen die wesentlichen Chancen der Gesellschaft.

Besondere Risiken in der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sind für einen überschaubaren Zeitraum nicht erkennbar. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH

Anschrift

Schachtweg 31
38440 Wolfsburg

im Internet: www.hallenbad.de
e-Mail: info@hallenbad.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Zweck der Gesellschaft ist die Zusammenführung von Profit- und Non-Profitbereich von Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten der kommunalen Kulturarbeit durch trendorientierte Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene. Die Gesellschaft strebt an, einen urbanen Ort kulturellen Schaffens und Erlebens zu initiieren und zu prägen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gegenstand des Unternehmens fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen und ihre Ziele im Rahmen einer Private-Public-Partnership anstreben.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Hiltrud Jeworrek
Günter Lach (Stellvertreter)

Aufsichtsrat

Helge Hagedorn	Vorsitzender
Immacolata Caravetta Glosemeyer	stellv. Vorsitzende
Klaus Mohrs	
Antje Bothe	
Inga Feddern	
Marco Meiners	
Sandra Bruder	
Petra Schmieta-Lüdtke	
Sandra Straube	

Geschäftsführung

Thomas Holthoff	bis 31.12.2007
Frank Rauschenbach	ab 18.12.2007

Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH

(Gründung 2005)

Bilanz	30.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	23	8	
II. Sachanlagen	61	9	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	20		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	163	27	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	151	24	45
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	4	
Bilanzsumme	420	72	45

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	20	20	20
III. Verlustvortrag	-7	-4	
IV. Jahresfehlbetrag	-7	-3	-4
B. Rückstellungen	59	13	4
C. Verbindlichkeiten	259	21	
D. Rechnungsabgrenzungsposten	71		
Bilanzsumme	420	72	45

Hallenbad - Zentrum junge Kultur GmbH

(Gründung 2005)

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll *	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	382	333	5	
sonstige betriebliche Erträge	1.035	1.407	127	
Gesamtleistung	1.417	1.740	132	0
Materialaufwand	336	431	31	
Personalaufwand	621	554	35	
Abschreibungen	24	29	6	
sonstige betriebliche Aufwendungen	435	730	64	2
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			1	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	-7	-3	-2
sonstige Steuern	1			
Jahresfehlbetrag	0	-7	-3	-2
Fehlbetrag aus Eröffnungsbilanz				-2
Verlustvortrag			-4	
Bilanzgewinn / -verlust	0	-7	-7	-4

* Der Verwaltungsausschuss hat bereits einen entsprechenden Weisungsbeschluss gefasst, eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung des Hallenbades über den Wirtschaftsplan steht noch aus.

Lagebericht 2007 der Hallenbad- Zentrum Junge Kultur GmbH

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Geschäftsjahr 2007 ist das dritte Geschäftsjahr, nach einem verkürzten ersten Jahr in 2005 und einem im Jahre 2006 mit ersten Aktivitäten stattgefundenen Jahr. Das Geschäftsjahr 2007 ist das erste Jahr nach Abschluss des Umbaus und Eröffnung am 20.04.2007 als neues Kulturzentrum.

Im ersten Quartal 2007 lag der Schwerpunkt der Arbeit in der Fertigstellung des Umbaus und dem Aufbau eines anspruchsvollen Kulturprogramms. Des Weiteren wurde ein Musical für Wolfsburg produziert sowie ein Programmkino und ein Kulturmagazin entwickelt. Um das neue Kulturzentrum bekannt zu machen, waren aufwendige Marketingstrategien erforderlich.

Für die Umsetzung dieser und zukünftiger Aufgaben sowie Programme, wurde qualifiziertes Personal eingestellt. Am Ende des Jahres hatte das Hallenbad 18 Mitarbeiter, davon 5 Auszubildende und einen Mitarbeiter im "Freiwilligen Sozialen Jahr".

Im Berichtsjahr fanden 18 Kleinkunst- und 26 Musicalveranstaltungen statt. Im Konzertbereich waren es 24 Veranstaltungen. Das Kinder- und Jugendtheater wurde 5-mal präsentiert; außerdem gab es eine Kinderkunstaussstellung. Weitere Veranstaltungen fanden im Kino und im Musik-Keller Sauna Klub statt. Des Weiteren wurden in den Räumen externe Veranstaltungen und Events durchgeführt.

Das Mietverhältnis mit der Stadt Wolfsburg hat ebenfalls ab Eröffnung begonnen. Zur gleichen Zeit wurden die Gastronomieräume an den Betreiber untervermietet.

Durch Kostenüberschreitungen der Ansätze im Wirtschaftsplan und zusätzlicher Unterschätzung in der Höhe wurde ein weiterer außerplanmäßiger Betriebsmittelzuschuss des Gesellschafters Stadt Wolfsburg in Höhe von T€ 300 im Dezember 2007 notwendig, um die Insolvenz der Gesellschaft zu verhindern.

Die eingetretene Situation hat den Aufsichtsrat zu einem Geschäftsführerwechsel und einer vorzeitigen vertraglichen Auflösung des Anstellungsverhältnisses mit dem bisherigen Geschäftsführer zum 31.12.2007 veranlasst.

2. Darstellung der Lage

2.1 Ertragslage

Die Gesamteinnahmen haben bereinigt um die Weiterberechnungen an die Stadt Wolfsburg, die für Inventar und Arbeiten im Außenbereich der Gastronomie angefallen sind, im Geschäftsjahr T€ 1.549 betragen. Der Betriebsmittelzuschuss hat hiervon mit 73,4% T€ 1.136 ausgemacht. Erlöse wurden für Veranstaltungen, Kino, Kurse, Inserate Freischwimmer, kurzfristige Vermietungen und Events sowie Sponsoring in Höhe von T€ 333 erzielt und machten damit 21,5 % vom Gesamtbetrag aus. Die sonstigen Erträge, für vornehmlich Vermietung, Eingliederungs- und andere Zuschüsse haben T€ 80 betragen und machen damit 5,1% vom Gesamtbetrag aus.

Die Gesamtaufwendungen haben T€ 1.553, bereinigt um durchlaufende Posten in Höhe von T€ 192, betragen. Das Finanzergebnis beläuft sich auf T€ - 3. Hieraus ergibt sich insgesamt ein Jahresfehlbetrag von T€ 7.

Der Wirtschaftsplan des Jahres 2007 enthielt Erträge in Höhe von T€ 1.045 und Aufwendungen in Höhe von T€ 1.028 woraus sich ein positives Ergebnis von T€ 17 ergeben hat. Das Rechnungsergebnis lag mit T€ 504 über dem Wirtschaftsplan. Hiervon beruhen T€ 120 auf gestiegenen Umsatzerlösen, T€ 323 auf einen Mehrbetrag an Betriebsmittelzuschüssen sowie T€ 61 auf einem Mehrbetrag an sonstigen Erträgen.

Der Mehrbetrag an Betriebsmittelzuschüssen wurde in Höhe von T€ 300 notwendig, da die Ansätze des Wirtschaftsplanes im Kostenbereich nicht eingehalten wurden und bzw. nicht enthalten waren.

Die Gesamtaufwendungen T€ 1.553 lagen mit T€ 525 über dem Planansatz von T€ 1.028. Hiervon ergeben sich T€ 42 für den Personalaufwand, T€ 29 für Abschreibungen sowie T€ 454 für Material- und sonstigen Aufwand.

Ein Vergleich mit Vorjahreszahlen ist unterblieben, da erst mit Eröffnung im April 2007 der Geschäftsbetrieb aufgenommen wurde.

2.2 Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 348 gestiegen. Hiervon entfallen auf der Aktivseite T€ 67 auf das Anlagevermögen, T€ 20 auf die Vorräte, T€ 135 auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie T€ 127 auf flüssige Mittel bei gleichzeitiger Verminderung der Rechnungsabgrenzungsposten um T€ 1.

Auf der Passivseite ergeben sich Erhöhungen von T€ 47 für Rückstellungen, T€ 236 für Verbindlichkeiten sowie T€ 72 für Rechnungsabgrenzungsposten bei gleichzeitiger Verminderung des Eigenkapitals um T€ 7.

Den Investitionen im Jahr 2007 in Höhe von T€ 97 stehen Abschreibungen des Geschäftsjahres in Höhe von T€ 29 gegenüber. Dieser Umstand hat bei einem negativen Ergebnis von T€ 7 (Cashflow T€ 22) zu einer zusätzlichen Belastung der Liquidität geführt.

Die Eigenkapitalquote hat am 31.12.2007 7,19% betragen. Die Vorjahreszahl lag bei 52%, ist jedoch wegen des noch fehlenden Geschäftsbetriebes nicht vergleichbar. Am 31.12.2007 haben die liquiden Mittel T€ 151 betragen. Hiervon resultieren T€ 65 aus dem bereits für Januar 2008 zugeflossenen Betriebsmittelzuschuss.

3. Besondere Vorgänge nach Schluss des Geschäftsjahres

Es haben sich hier keine Umstände für die Berichterstattung ergeben.

4. Chancen und Risiken

Die Finanzierung des Unternehmens ist auch zukünftig nicht ohne eine bedeutende Bezuschussung durch den Gesellschafter denkbar. Die Eigenkapitalausstattung des Unternehmens mit T€ 25 Stammkapital sowie einer Kapitalrücklage von T€ 20 macht einen ständigen Fluss von Zuschüssen notwendig, um die Liquidität zu gewährleisten.

Durch die Beschaffung von Anlagevermögen kann es zusätzlich zu Liquiditätsproblemen führen, dem dauerhaft nur durch eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung begegnet werden kann.

Zur Überwachung der Budgetzahlen werden die monatlichen betriebswirtschaftlichen Auswertungen von der Geschäftsleitung herangezogen. Zusätzlich wurde für 2008 eine Kostenstellenrechnung implementiert, die an der Struktur der Umsatzerlöse des Wirtschaftsplans orientiert ist.

5. Prognosebericht

Der für 2008 vom Aufsichtsrat verabschiedete Wirtschaftsplan sieht einen Jahresfehlbetrag von T€ 160 bei berücksichtigten Zuschüssen von T€ 775 vor.

Der Fehlbetrag wird als zusätzlicher Zuschuss gewährt. Dadurch ergibt sich ein Betrag von T€ 935 als Gesamtzuschussbedarf, womit der Wirtschaftsplan ein ausgeglichenes Ergebnis aufweist. Die Genehmigung des Zuschusses erfolgte mit Schreiben der Stadt Wolfsburg vom 14.04.2008 in Höhe von T€ 935.

Der Zuschussbetrag von T€ 935 liegt in Höhe von T€ 201 unter dem Gesamtzuschuss des Jahres 2007. Der Betriebsmittelzuschuss beträgt bezogen auf die Summe der Gesamteinnahmen lt. Wirtschaftsplan 68,6% (Ergebnis 2007: 73,4%), die Umsatzerlöse 25,1% (Ergebnis 2007: 21,5%), die sonstigen betrieblichen Erträge 6,3% (Ergebnis 2007: 5,1%).

Für Investitionen sieht der Wirtschaftsplan T€ 10 vor.

Kabelcom Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mbH

Anschrift

Seilerstraße 18
38440 Wolfsburg

im Internet: wolfsburg.kabelcom.net
e-Mail: kcwob@kavel-tv.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		511.292 €
Tele Columbus AG & Co. KG, Hannover	72,49%	370.636 €
Kabel Deutschland Vertrieb und Service GmbH & Co. KG	24,00%	122.710 €
Braunschweiger Zeitungsverlag - Druckhaus Albert Limbach GmbH & Co. KG	1,17%	5.982 €
Sigrid Wisserodt, Hannover	1,17%	5.982 €
Stadt Wolfsburg	1,17%	5.982 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Projektierung und Errichtung (ausgenommen der technische Netzbetrieb) von Breitbandkabelanlagen zur Verteilung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen, der Abschluss von Verträgen mit Programmveranstaltern zwecks Einspeisung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen in Breitbandkabelanlagen, die Vermarktung solcher Anlagen und der über sie angebotenen Programme und Dienste, soweit die Vermarktung von Programmen nach Abstimmung mit der Gesellschaft nicht durch den Programmveranstalter erfolgt, die Bereitstellung solcher Anlagen für weitere Dienste, soweit sie von der KDVS zugelassen werden, sowie die Vornahme aller Geschäfte, die mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Günter Lach
Hiltrud Jeworrek (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Dietmar Schickel	Vorsitzender	
Jens Rödel	Stellvertr. Vorsitzender	ab 05.12.2007
Wolfgang Döring	Stellvertr. Vorsitzender	bis 05.12.2007
Werner Borchering		

Geschäftsführung

Thomas Braun

Kabelcom Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	585	790	983	1.188
II. Sachanlagen	365	390	374	418
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	18	20	31	24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	313	134	84	1964
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.189	1866	1.953	80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	2	
Bilanzsumme	3.472	3.202	3.427	3.674

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	511	511	511	511
II. Gewinnrücklagen	128	128	128	128
III. Jahresüberschuss	338	321	363	355
B. Stille Gesellschafter				
I. Einlagen	1.188	1188	1.190	1.190
II. Gewinnanteil	673	633	721	698
C. Rückstellungen	122	60	72	289
D. Verbindlichkeiten	315	101	118	114
E. Rechnungsabgrenzungsposten	197	260	324	389
Bilanzsumme	3.472	3.202	3.427	3.674

Kabelcom Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist	Ist
	2007	2006	2005	2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.113	3.835	3.810	3.714
andere aktivierte Eigenleistungen	0	4	8	2
sonstige betriebliche Erträge	117	128	113	100
Gesamtleistung	4.230	3.967	3.931	3.816
Materialaufwand	2.469	2.297	2.106	1.560
Abschreibungen	325	310	320	325
sonstige betriebliche Aufwendungen	185	165	122	635
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	79	58	41	46
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.330	1.253	1.424	1.342
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	319	300	340	289
Jahresüberschuss vor Gewinnanteil der stillen Gesellschafter	1.011	953	1.084	1.053
Gewinnanteil der stillen Gesellschafter	673	632	721	698
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	338	321	363	355

Lagebericht 2007 der KABELCOM Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mit beschränkter Haftung, Wolfsburg

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Der deutsche Kabelmarkt befindet sich derzeit in einer starken Konsolidierungsphase. Die großen Netzebene 3 und 4 Betreiber verfolgen zurzeit eine Strategie der regionalen Bestandsbereinigung, mit dem Ziel, sich zukünftig in den verbleibenden Kernregionen optimal gegenüber den Wettbewerbern zu positionieren.

Die Verbreitungsgebiete für die digital terrestrischen Signale (DVB-T) sind in 2007 weiter im gesamten Bundesgebiet erweitert worden, zurzeit werden 85 % der Bevölkerung in Deutschland erreicht. Dieser Anteil soll bis Ende 2008 auf ca. 90 % erhöht werden.

Zudem hat die Deutsche Telekom AG, Bonn, im Mai 2006 mit dem Ausbau eines VDSL-Glasfasernetzes in ausgewählten Großstädten, darunter auch Berlin, Hamburg, Hannover und Leipzig, begonnen. Neben dem Angebot von Festnetz-Telefonie-Diensten und breitbandigem Internetzugang wird auch die Radio- und Fernsehversorgung über den VDSL-Anschluss möglich sein; diese Triple Play-Angebote sind mit unterschiedlichen Datenraten sowie mit verschiedenen Programminhalten abonnierbar. Die Tele Columbus-Gesellschaften werden ab Mitte 2008 mit Verfügbarkeit des DOCSIS 3.0 - Standards (Data Over Cable Service Interface Specification) aufgrund unserer bereits optimierten Cluster bis zu 100 Mbit/s je Kunde anbieten können und haben damit ein absolutes Alleinstellungsmerkmal im Wettbewerb zu VDSL.

2. Gesellschaftsrechtliches Umfeld

Die Tochtergesellschaften der Escaline S.à r.l. („Escaline-Gruppe“) bzw. der Orion Cable GmbH („Orion Cable-Gruppe“) sind als Kabelnetzbetreiber im gesamten Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig. Das Basisgeschäft besteht im Betrieb und in der Verwaltung von Breitbandkabelanlagen mit teilweise eigenen Satellitenempfangsanlagen zur Versorgung von Wohnanlagen diverser Wohnungsunternehmen bzw. deren Mietern mit Fernseh- und Hörfunksignalen, Internet sowie Telefonie. Zum Betrieb der Anlagen gehören der Service, sowie die Wartung hierfür, sowie die Betreuung der angeschlossenen Kunden und das Inkasso.

Die bisherige unmittelbare Gesellschafterin der KABELCOM Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mit beschränkter Haftung, Wolfsburg, die Tele Columbus GmbH & Co. KG, Hannover, ist mit Wirkung zum 1. Januar 2007 auf die Tele Columbus Kabel Holding GmbH, Hannover, angewachsen. Die Tele Columbus Kabel Holding GmbH ist anschließend in Tele Columbus GmbH, Hannover, umbenannt worden. Zudem ist die Orion Cable II GmbH, Hannover, mit Wirkung zum 14. April 2007 auf die Tele Columbus GmbH verschmolzen worden.

Die gesamte Orion Cable-Gruppe umfasst insgesamt circa 3,2 Millionen Endkundenverhältnisse der Netzebene 4. Das Jahr 2007 war maßgeblich geprägt durch Integrations- und Restrukturierungsmaßnahmen für die gesamte Gruppe, um dadurch eine zukunftssichere Position zu erlangen. Zu nennen ist hierbei insbesondere die Trennung des Vertriebes in die Bereiche wohnungswirtschaftliche Großkunden und Einzelkunden; gerade im Bereich der Einzelkundenvermarktung steht die Gewinnung von Kunden in den neuen Segmenten Internet, Telefonie und digitale Zusatzdienste im Mittelpunkt. Damit einher geht ein Zusammenführen der jeweiligen Mitarbeiter in eigenständigen Gesellschaften, um eine effiziente aber auch schlagkräftige Struktur zu schaffen.

Im Rahmen der Integration der einzelnen Gesellschaften innerhalb der Orion Cable-Gruppe sind in 2007 verschiedene Maßnahmen initiiert bzw. umgesetzt worden. Neben den bereits erwähnten strategischen Entscheidungen sind auch Prozessoptimierungen und -vereinheitlichungen angestoßen worden. Die vollen Auswirkungen in den Finanzzahlen werden erst für die Folgejahre erwartet.

3. Wesentliche Geschäftsvorfälle / Veränderungen im Geschäftsjahr

Die Tele Columbus GmbH hat am 17. September 2007 mit der Kabel Deutschland GmbH, Unterföhring, eine Vereinbarung zum Verkauf von Gesellschaften bzw. Beständen in den Regionen Norddeutschland, Bayern und Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Die KABELCOM Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mit beschränkter Haftung, Wolfsburg, ist in der Verkaufsvereinbarung mit inbegriffen. Es

wird erwartet, dass mit Zustimmung der Kartellbehörden diese Transaktion zum Ende des ersten Halbjahrs 2008 abgeschlossen sein wird.

Die Omega I S.à r.l., Luxemburg, eine mit der KABELCOM Wolfsburg Gesellschaft für Breitbandkabel-Kommunikation mit beschränkter Haftung, Wolfsburg, auf Stufe der obersten Konzerngesellschaft Escaline S.à r.l., Luxemburg, verbundene Gesellschaft, hat mit Wirkung zum 4. Oktober 2007 mehrere Aktienpakete der PrimaCom AG, Mainz, erworben und kommt insgesamt auf eine Beteiligung von rund 68 %. Zusammen mit dem bereits im Eigentum der Orion Cable GmbH, Hannover, befindlichen Aktien von 22 % ist somit auf Stufe der Escaline S.à r.l. eine deutliche Mehrheitsbeteiligung erzielt worden.

4. Darstellung der Gesellschaft

Investitionen

Die Multimedia-Geschäftsfelder (insbesondere breitbandiges Internet, Telefonie-Dienste und digitale Zusatzdienste) werden im Rahmen weiterer Kundenbindungen und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit ausgeweitet. Neben dem Internetprojekt des Tele Columbus eigenen Produktes bestehen Reseller-Internetkundenverhältnisse. Um den breitbandigen Kabelanschluss im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten für weitere Anwendungen im Bereich neue Dienste zu nutzen, ist in Teilbereichen eine technische Aufrüstung der Netzebene 4 auf 862 MHz, teilweise mit Rückkanal für interaktive Dienste, notwendig. Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 waren bereits 99% (Vj.: 99 %) der installierten Wohneinheiten auf 862 MHz aufgerüstet. Die Gesamtinvestitionen haben im Geschäftsjahr 2007 T€ 101 (Vj. T€ 133) betragen.

Bedingt durch die bereits erwähnte strategische Neuausrichtung der Gruppe wird davon ausgegangen, dass die Akzeptanzentwicklung für die neuen Medien im Zeitverlauf stark wächst. Neben der Gewinnung von Neukunden steht hierbei auch die Stärkung der bestehenden Kundenverhältnisse im Mittelpunkt.

5. Darstellung der Lage

Ertragslage

Die Anzahl der fakturierten Wohneinheiten beträgt zum Stichtag ca. 27.700. Im Vergleich gegenüber dem Vorjahr ist der Bestand um ca. 500 Wohneinheiten gesunken (Vj.: 28.200 WE). Die Akzeptanz (fakturierte Wohneinheiten / Gestattungen) beträgt ca. 88 %.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2007 T€ 4.113 (Vj.: T€ 3.835). Der Anstieg ist insbesondere wegen höherer Umsätze der neuen Dienste begründet. Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen T€ 117 (Vj.: T€ 128).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betragen T€ 2.459 (Vj.: T€ 2.262). Die Signalbezugsaufwendungen einschließlich Internet, Telefonie und digitalem Signalbezug betragen T€ 1.604 (Vj.: T€ 1.476). Der Anstieg ist insbesondere durch die höheren Kosten für Signalbezug der neuen Dienste begründet.

Die Abschreibungen sind mit T€ 325 um T€ 15 über Vorjahresniveau.

Vermögens- und Finanzlage

Der Jahresüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr um T€ 17 auf T€ 338 gestiegen.

Der Cash Flow, definiert als Jahresüberschuss vor Gewinnanteil der stillen Gesellschafter zuzüglich Abschreibungen, beträgt T€ 1.337 (Vj.: T€ 1.263). Der Free Cash Flow, definiert als Cash Flow abzüglich Investitionen, beträgt T€ 1.236 (Vj.: T€ 1.130).

Gegenüber dem Vorjahr ist die Vermögens- und Kapitalstruktur im Wesentlichen unverändert. Die Eigenkapitalquote beträgt einschließlich der Anteile der stillen Gesellschafter 82 % (Vj.: 87 %).

Die durchschnittliche Restlaufzeit der Gestattungsverträge beträgt zum Stichtag ca. 5 Jahre (Vj.: 5,8 Jahre).

6. Hinweise auf die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

6.1. Darstellung des Risikomanagementsystems

Im Rahmen eines Risikomanagements werden interne und externe Faktoren, die wesentliche finanzielle Risiken der zukünftigen Entwicklung bzw. Bestandsrisiken darstellen können, gemeinsam für die gesamte Tele Columbus-Gruppe benannt sowie Schwellenwerte festgelegt, ab denen die Tele Columbus GmbH Hannover, einzubinden ist; hierbei muss der Aspekt der Wesentlichkeit erfüllt sein. Grundsätzlich findet die Verwaltung der Risikopositionen in den operativen Einheiten statt und liegt in der Verantwortung der Geschäftsführung bzw. Niederlassungsleitung. Die Koordination des Risikomanagements für alle Gesellschaften erfolgt durch das zentrale Tele Columbus Gruppen-Controlling. Bei Überschreitung der Schwellenwerte ist die sofortige Einschaltung bzw. Information der Tele Columbus - Geschäftsführung notwendig.

Darüber hinaus findet ein regelmäßiger Austausch und Zustandsbericht sowohl über die Chancen- als auch über die Risikopositionen statt, so z. B. anlässlich der regelmäßigen Controllinggespräche zwischen der Tele Columbus-Geschäftsführung und den Geschäftsführern/Niederlassungsleitern, des jährlichen Budgetgesprächs und der Geschäftsführersitzungen.

Als weitere Instrumente des Chancen- und Risikomanagements sind ein aktives, monatliches Beteiligungscontrolling der Tele Columbus-Gruppe, kurz- und mittelfristige Liquiditäts-Planungen sowie vertriebliche und technische gesellschaftsinterne Auswertungen implementiert.

6.2. Darstellung potenzieller Chancen und Risiken

Die Gesellschaft hat bereits einen Teilbestand der Netzebene 4 auf 862 MHz-Technik aufgerüstet. Die bedarfsgerechte Aufrüstung, um den Kunden neue Dienste (insbesondere Internet, Telefonie und Digital-TV) anbieten zu können, wird auch zukünftig betrieben. Hierzu werden in enger Abstimmung zwischen Technik und Projektcontrolling vorab Projektkalkulationen gerechnet, um die Wirtschaftlichkeit dieser Investitionen zu gewährleisten.

Im Zuge der Umrüstungen werden bestehende Hausverteilanlagen erweitert bzw. gegen neue ersetzt; je nach Alter der Anlagen werden somit Verluste aus Anlagenabgängen möglich. Das Angebot neuer Dienste wird die Attraktivität des Kabelanschlusses erhöhen, so dass das Substitutionsrisiko, durch das Betreiben privater lokaler Satellitenanlagen, den Empfang terrestrisch digitaler Signale (DVB-T) oder durch die Nutzung des VDSL-Anschlusses der Deutsche Telekom AG, Bonn, vermindert wird. Zurzeit kann noch nicht abschließend beurteilt werden, welche Auswirkungen sich aus der Einführung von VDSL für die Gesellschaft ergeben werden.

Durch das Angebot von Telefonie-Diensten können die bestehenden Kundenverträge gesichert werden und mittelfristig neue Kunden für das Kabelfernsehen gewonnen werden. Dieses wird auch durch attraktive Produkt-Bundle- Angebote (Kabelfernsehen zusammen mit Internet und Telefonie) verstärkt.

Zurzeit ist ein verstärkter Wettbewerb bei der Akquisition von Gestattungsverträgen festzustellen. Dieses könnte dazu führen, dass geringere Mengenzuwächse realisiert werden oder dass die erwarteten Renditen in Einzelfällen geringer ausfallen könnten, um bestimmte strategisch interessante Verträge zu gewinnen oder zu behalten. Auch besteht die Gefahr, dass bei Vertragsverlängerungen entweder geringere Ergebnisse als bislang erzielt werden oder dass einzelne Bestände nicht verlängert werden könnten.

Durch die Möglichkeit, terrestrisch digitale Signale (DVB-T) kostenfrei zu empfangen, sind insbesondere in Gebieten mit einem hohen Anteil von Einzelnutzerverträgen, die entsprechend hochpreisig sind, höhere Kündigungen von bestehenden Anschlussverträgen zu erwarten. Auch kann es in diesen Gebieten schwieriger werden, umzugsbedingte Kündigungen durch die Akquisition des Nachmieters zu kompensieren. Es bedarf daher erhöhter Marketing- und Kundenbindungsmaßnahmen, um eine stärkere Kundenabwanderung zu verhindern. Zudem werden zusätzliche Investitionen notwendig sein, um die Attraktivität des Kabelanschlusses langfristig zu erhalten und zu stärken.

Die GEMA-Gruppe hat im Dezember 2007 einen neuen Tarif für die von den Kabelnetzbetreibern zu zahlende Urheberrechtsvergütung aufgestellt. Dieser neue Tarif sieht eine deutliche Erhöhung der zu zahlenden Gebühren vor; die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, dass diese Erhöhungen grundsätzlich an die Endkunden weitergegeben werden können bzw. in Ausnahmefällen auch durch höhere Einspeise-

entgelte, die die Tele Columbus von einzelnen Fernsehsendern in neuen Verhandlungen zu erhalten versucht, teilweise abgedeckt werden kann, sodass insgesamt eine aus der GEMA-Erhöhung resultierende Ergebnisbelastung minimiert wird. Der neue Tarif sieht zudem grundsätzlich eine Rückwirkung auf den 1. Januar 2007 vor; die Geschäftsführung geht jedoch basierend auf den bisherigen Verhandlungen davon aus, dass der oben dargestellte Wert einer nachträglichen Berechnung für 2007 eingehalten wird.

Die anhaltend hohe Bevölkerungsabwanderung in Ballungsräumen führt teilweise zu einem Überangebot an Wohnraum. Der hieraus resultierende wachsende Leerstand oder gar Rückbau von Objekten kann zu Entgeltreduzierungen führen; einem möglichen Ertragswertverlust wird durch Zusatzvereinbarungen begegnet, in denen zum Beispiel die Vertragslaufzeit verlängert wird oder eine Entgeltanpassung über den verbleibenden Bestand vorgenommen wird.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres 2007

Mit Pressemitteilung vom 3. April 2008 wurde die Zustimmung des Bundeskartellamts für die unter Punkt 3 benannte Transaktion bekannt gegeben. Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nicht eingetreten.

8. Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Für 2008 sind weitere strukturelle Schritte geplant. Auch sind weitere Maßnahmen innerhalb anderer Regionen zur Optimierung der Abläufe möglich. Dieses ist auch abhängig vom Abschluss der Verkaufstransaktion der Gesellschaft mit der Kabel Deutschland GmbH, Unterföhring .

Zukünftig werden weiterhin Anstrengungen zur Erweiterung des Kundenpotenzials unternommen. Hier wird insbesondere durch die Vermarktung von Internet- und Telefonie-Diensten mit einer entsprechenden Verbesserung gerechnet. Die Erweiterungsinvestitionen werden im nächsten Jahr bedarfsgerecht weitergeführt.

Ziel ist zudem eine bessere Ausschöpfung der vorhandenen Ressourcen. In 2007 sind durch die durchgeführten Restrukturierungen bereits viele Maßnahmen eingeleitet worden, die in 2008 konsequent weitergeführt werden. Im Bereich der Technik wird z. B. ein Projektmanagementtool eingeführt, das die einzelnen Projekte übersichtlich darstellt und so zur besseren Transparenz der Ausgaben führt.

Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.

Anschrift

Major-Hirst-Str. 11
38442 Wolfsburg

im Internet: www.msga.de
e-Mail: info@msga.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		25.000 €
Stadt Wolfsburg	89,80%	22.450 €
Wolfsburg AG	10,20%	2.550 €

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft ist auf dem Gebiet des Marketing und der Projektentwicklung für Sport, Erholung und Tourismus tätig. Schwerpunktmäßig obliegt ihr die Vermarktung des Allerparks und die Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung der Landesgartenschau 2004.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die unmittelbar oder mittelbar dem Gegenstand des Unternehmens dienen, ihn fördern oder wirtschaftlich berühren; insbesondere veranlasst sie die Investitionen und besorgt die Koordination aller mit der Planung, Gestaltung, dem Bau und der Durchführung der Landesgartenschau befassten Behörden, Dienststellen, Verbände, Unternehmen und sonstigen juristischen sowie natürlichen Personen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

Ingolf Viereck	Vorsitzender
Klaus Schröder	Stellv. Vorsitzender
Axel Bosse	
Harald Mikulla	
Heike Müller	
Gilbert Göhner	
Dennis Weilmann	
Gudrun Krempel	
Günter Lach	
Prof. Rolf Schnellecke	

Geschäftsführer/Liquidatoren

Manfred Günterberg
Götz Stehr

Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.

Bilanz	31.10.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				22
II. Sachanlagen		1		61
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4	15	45	170
II. Kassenbestände, Bankguthaben	45	131	140	343
Bilanzsumme	49	147	185	596

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25	25
II. Kapitalrücklage			700	700
III. Bilanzgewinn- / -verlust	13	73	-620	-592
B. Rückstellungen	8	19	32	130
C. Verbindlichkeiten	3	30	48	333
Bilanzsumme	49	147	185	596

Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist	Ist
	31.10.2007	2006	2005	2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse				6.739
sonstige betriebliche Erträge	32		111	172
Personalaufwand			56	935
Abschreibungen			3	71
sonstige betriebliche Aufwendungen	21	10	80	6.489
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	3		1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen				12
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13	-7	-28	-595
Steuern vom Einkommen und Ertrag				
sonstige Steuern				1
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	13	-7	-28	-596
Entnahme aus der Kapitalrücklage		700		
Gewinn- / Verlustvortrag		-620	-592	4
Bilanzgewinn / -verlust	13	73	-620	-592

Für das Jahr 2009 wurde für die MSGA kein Wirtschaftsplan aufgestellt, da sich die Gesellschaft in Liquidation befindet.

Lagebericht der Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01. – 31.10.2007

Die Geschäftsführung der MSGA hat in 2007 entsprechend der Vorgaben der Gesellschafter Wolfsburg AG und Stadt Wolfsburg die Vorbereitungen zur Einleitung der Liquidierung der Gesellschaft getroffen.

Der Jahresabschluss 2006 wurde von der WIBERA auftragsgemäß geprüft und mit Datum vom 22.05.2007 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt hat dann am 20.06.2007 ebenfalls den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Jahresabschluss 2006 wurde sodann durch den Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 03.07.2007 einstimmig gebilligt und die Entlastung der Geschäftsführung empfohlen.

Die Gesellschafterversammlung hat daraufhin am 29.08.2007 dem Jahresabschluss zugestimmt und der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Der Bilanzgewinn in Höhe von 73.198,- € wurde demgemäß an den Gesellschafter Stadt Wolfsburg zur Tilgung des Liquiditätszuschusses zurückgezahlt.

Weiterhin haben sowohl der Aufsichtsrat als auch die Gesellschafterversammlungen in ihren o. g. Sitzungen die Liquidierung der Gesellschaft zum 31.10.2007 beschlossen und die Geschäftsführer zu Liquidatoren bestellt.

Die Geschäftsführung hat dann entsprechend dieser Beschlusslage den Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 01.01. – 31.10.2007 aufgestellt, der gleichzeitig als Eröffnungsbilanz für die Liquidation gilt. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 13.138,06 € ab, was im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen zurückzuführen ist. Die Bilanz schließt ausgeglichen mit 48.727,19 € ab.

Die Geschäftsführung wird vorschlagen, den Überschuss auf das Liquidationsjahr vorzutragen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses wird durch das RPA erfolgen.

Ausblick auf das Liquidationsjahr

Nach dem Beschluss des Aufsichtsrates zum Jahresabschluss bzw. zur Eröffnungsbilanz wird das Liquidationsverfahren mit den entsprechenden Veröffentlichungen eingeleitet. Mit der 3. Veröffentlichung beginnt das Sperrjahr.

Die Geschäftsführung wird als eingesetzte Liquidatoren dieses Verfahren durchführen. Besondere Risiken können gegenwärtig nicht erkannt werden. Abschlussprüfer ist wiederum die WIBERA.

Neuland Wohnungsgesellschaft mbH

Anschrift

Erfurter Ring 15
38444 Wolfsburg

im Internet: www.neuland.wolfsburg.de
e-Mail: welcome@neuland.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		6.135.503 €
Stadt Wolfsburg	56%	3.435.881 €
Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft AöR	24%	1.472.521 €
Volkswagen Gewerbetreibend GmbH	20%	1.227.101 €

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen, und stellt diese breiten Schichten der Bevölkerung zu angemessenen, in Bezug auf die Gesamtwirtschaftlichkeit der Gesellschaft kostendeckenden Preisen zur Verfügung.

Die Gesellschaft kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen erstellen und betreiben. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten sowie die in Satz 1 genannten Bauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen beteiligen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bärbel Weist
Hiltrud Jeworrek (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Ingrid Eckel	Vorsitzende
Dr. Wolfrath Bär	Stellv. Vorsitzender
Wielfried Andacht	
Rocco Artale	
Detlef Conradt	
Sybille Coors	

Gilbert Göhner
Dr. Günther Koch
Hildegard Müller-Stolz
Klaus Schröder
Monika Thomas
Harald Vespermann

Geschäftsführung

Kerstin Mallwitz

Beteiligungen

entricon GmbH Facility-Management und Consulting

50%

Neuland Wohnungsgesellschaft mbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.644	129	125	112
II. Sachanlagen	225.839	217.144	258.187	263.414
III. Finanzanlagen	277	299	327	345
B. Umlaufvermögen				
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte	36.000	27.762	19.318	55.358
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.103	6.650	15.800	11.036
III. Flüssige Mittel und Bausparguthaben	14.623	28.699	16.628	20.098
C. Rechnungsabgrenzungsposten	351	403	504	749
Bilanzsumme	286.837	281.086	310.889	351.112

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	6.135	6.135	6.135	6.135
II. Gewinnrücklagen	65.594	59.394	52.794	52.264
III. Bilanzgewinn				
1. Gewinnvortrag	67	16	10	18
2. Jahresüberschuss	6.149	8.338	6.606	522
B. Sonderposten mit Rücklageanteil	5.007	5.007	578	578
C. Rückstellungen	25.436	29.229	17.088	18.503
D. Verbindlichkeiten	178.333	172.967	227.678	273.092
E. Rechnungsabgrenzungsposten	116			
Bilanzsumme	286.837	281.086	310.889	351.112

Neuland Wohnungsgesellschaft mbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	69.995	71.114	69.130	127.084
Erhöhung des Bestandes an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit unfertigen Bauten sowie unfertigen Leistungen	3.750	8.173	8.480	-36.085
andere aktivierte Eigenleistungen	750	1.203	1.125	506
sonstige betriebliche Erträge	1.500	11.663	28.022	3.466
Gesamtleistung	75.995	92.153	106.757	94.971
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	37.380	41.351	44.560	49.342
Personalaufwand	12.080	11.604	11.704	11.060
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.250	13.679	9.949	11.665
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.500	11.570	19.140	4.253
Erträge aus Beteiligungen	60	60		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	3	3	3	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	400	940	1.147	582
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.370	7.784	8.866	10.607
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.878	7.168	13.688	8.629
Steuern vom Einkommen und Ertrag	295	-272	4.309	866
sonstige Steuern	1.270	1.291	1.041	1.157
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4.313	6.149	8.338	6.606

Lagebericht 2007 der Neuland Wohnungsgesellschaft mbH

A) Allgemeine Angaben

Die NEULAND GmbH wurde am 2. November 1938 gegründet. Gesellschafter waren bisher zu 80 % die Stadt Wolfsburg und zu 20 % Volkswagen Gewerbetreibende GmbH. Im Oktober 2007 hat die Stadt Wolfsburg 24 % ihrer Anteile an die neu gegründete Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft – Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg – kurz AöR WSB veräußert. Das Stammkapital beträgt 6,135 Mio. € und wird jetzt zu 56 % von der Stadt Wolfsburg, zu 24 % von der AöR WSB und zu 20 % von der Volkswagen Gewerbetreibende GmbH gehalten.

B) Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft ist 2007 kräftig gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,5 % höher als im Vorjahr. Bei kalenderbereinigter Betrachtung – 2007 standen 1,6 Arbeitstage weniger zur Verfügung als 2006 – ergibt sich sogar eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 2,6 % für 2007. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2007 von gut 39,7 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 1,7 % Personen mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Erwerbslosen sank nach vorläufigen Ergebnissen um 15,1 % auf 3,6 Millionen Menschen.

Die Bruttolöhne und -gehälter stiegen 2007 um 3,1 %. Einen höheren Zuwachs gab es zuletzt im Jahr 2000 (+ 3,4 %). Der Staatssektor wies 2007 nach noch vorläufigen Berechnungen einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo auf.

Das Bauhauptgewerbe verzeichnete im November 2007 in Deutschland in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten preisbereinigt um 5,4 % höhere Auftragseingänge als im Vorjahresmonat. Dabei nahm die Baunachfrage im Hochbau um 8,0 % ab.

Die Wohnnebenkosten sind nach Berechnungen des ifs Städtebauinstitutes in Berlin in diesem Jahr erneut stärker gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Mit 2,7 % lag der Anstieg zwar nicht mehr so hoch wie in den beiden Vorjahren (2006 – 7,2 % und 2005 – 7,8 %), aber erneut über der Inflationsrate mit 2,0 %. Die Nettokaltmieten sind dagegen nur wenig gestiegen. Mit 1,0 % war ihr Anstieg gleich hoch wie 2006.

Die Preistreiber bei den Nebenkosten bleiben nach wie vor Gas und Heizöl. Bei den übrigen Nebenkosten – mit Ausnahme von Stromkosten – fielen die Preissteigerungen moderater aus. So haben sich die Müllabfuhr um 1,2 % (2006: 2,7 %) und die Wasserversorgung um 1,0 % (2006: 1,6 %) verteuert.

Die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten geht auch in den nächsten Jahren weiter und vollzieht sich in sämtlichen Bundesländern. Dies zeigt die Vorausberechnung 2007 des Statistischen Bundesamtes, die Ergebnisse bis 2020 umfasst.

Die NEULAND agiert ausschließlich im regionalen Teilmarkt Wolfsburg und ist insoweit als bedeutender Immobilien-Dienstleister in die wirtschaftliche Entwicklung der Region intensiv eingebunden und von ihr abhängig. Der Wohnungsmarkt in Wolfsburg kann weiterhin als grundsätzlich entspannt angesehen werden. Besonders in unattraktiven Wohnquartieren kann man allerdings einen Anstieg der Leerstände verzeichnen. Darüber hinaus gibt es auch einen steigenden Bedarf an preiswertem Wohnraum wegen der Zunahme der Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

Die Einwohnerzahl in Wolfsburg lag am 31.12.07 bei 119 991, gegenüber 120 417 am 31.12.2006. Hier müssen verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um die Menschen in der Stadt zu halten, bzw. zurückzugewinnen. Die Arbeitslosigkeit in Wolfsburg betrug am 31. Dezember 2007 8,9 % und liegt damit um 0,2 % unter der Arbeitslosenquote in Deutschland in Höhe von 9,1 %.

2. Geschäftstätigkeit

2.1 Bewirtschaftung insgesamt

2.1.1 Bewirtschaftung von eigenem Bestand

Der Bestand in Zahlen:

31.12.2006	11 332 WE	148 Garagen	2 240 Stellplätze	239 Gewerbe
Abgang	178 WE	3 Garagen	73 Stellplätze	3 Gewerbe
Zugang	482 WE	112 Garagen	4 Stellplätze	6 Gewerbe
31.12.2007	11 636 WE	257 Garagen	2 171 Stellplätze	242 Gewerbe

2.1.2 Bewirtschaftung von Fremdbestand

Neben den eigenen Mietwohnungen und Stellplätzen verwaltet die NEULAND Wohnungen, Gewerbe, Stellplätze und Garagen der Stadt Wolfsburg. Zum 1. Januar 2007 wurden von der Aufbau GmbH 419 Wohnungen und 96 Garagen an die NEULAND veräußert.

31.12.2006	583 WE	123 Garagen	1 Stellplätze	21 Gewerbe
Abgang	487 WE	114 Garagen	0 Stellplätze	3 Gewerbe
Zugang	2 WE	0 Garagen	0 Stellplätze	0 Gewerbe
31.12.2007	98 WE	9 Garagen	1 Stellplätze	18 Gewerbe

2.1.3 Bewirtschaftung insgesamt

Die NEULAND erzielte aus dem bewirtschafteten Bestand im Geschäftsjahr 2007 Umsatzerlöse von 67,0 Mio. € (Vorjahr: 67,4 Mio. €). Der Rückgang der Mieteinnahmen resultiert aus dem Verkauf von Wohnungen. Die Mietsteigerungspotentiale sind weitgehend ausgeschöpft. Im Berichtsjahr wurden die Mieten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen punktuell angepasst. Die durchschnittliche Miete für Wohnungen im Bestand der NEULAND lag zum 31.12.2007 bei 5,09 €/m².

Der Leerstand ist gegenüber 2006 von 834 auf 875 Wohnungen gestiegen. Darüber hinaus werden 110 Wohnungen für Umsetzer aus dem Modernisierungs- und Abrissprogramm vorgehalten. Wegen beabsichtigter Verkaufsaktivitäten wurden 68 Wohnungen nicht neu vermietet.

Rund 40 % der leerstehenden Wohnungen befinden sich in Hochhäusern. Es handelt sich fast ausschließlich um 3-Zimmer-Wohnungen in Gebäuden der 70er Jahre. Die Vermietungsanstrengungen wurden mit zahlreichen zielgruppenspezifischen Angeboten unterstützt. So wurden im letzten Jahr Angebote für Studenten und Auszubildende ausgebaut und besondere Angebote für Familien unterbreitet.

Im Geschäftsjahr 2007 haben 1 768 Wohnungswechsel (Vorjahr 1 793) stattgefunden, das entspricht einer durchschnittlichen Fluktuationsrate von rund 15 %.

Die Mietrückstände zum 31.12.2007 betragen 0,97 Mio. €. Darüber hinaus wurden im Vorfeld Forderungen von rund 0,6 Mio. € abgeschrieben. Durch die sehr aktive Mietschuldenberatung, die seit 2005 stark forciert wurde, konnte die Zahl der einzuleitenden Räumungsklagen 2007 nochmals von 59 auf 49 gesenkt werden. Die tatsächlich durchgeführten Räumungen reduzierten sich von 19 auf 8.

Die Situation bei der Vermietung innerstädtischer Ladenflächen an Einzelhandel und Gastronomie ist durch die Wirtschafts- und Marktsituation weiterhin sehr angespannt. Am 31.12.2007 waren 4 031 m² Gewerbefläche nicht vermietet.

2.2 Bau und Verwaltung von Gewerbe-Immobilien

Entwicklung des eigenen Bestandes:

Im Geschäftsjahr 2007 wurden keine Investitionen in diesem Geschäftsbereich vorgenommen. Aus der Beendigung eines Leasingvertrages wurde ein Gewerbeobjekt zum 1. Januar 2007 in die Bewirtschaftung übernommen. Im letzten Quartal 2007 konnte eine leichte Steigerung der Nachfrage nach Büro- und Hallenflächen verzeichnet werden. Am 31.12.2007 waren 7 818 m² Gewerbe-, Büro- oder Hallenflächen nicht vermietet.

Bestand	Anzahl	Gewerbefläche in m ²
31.12.2006	10	3 794
Abgang	0	0
Zugang	1	7 818
31.12.2007	11	11 612

Entwicklung des Fremdbestandes:

Der überwiegende Teil der Nutzer in diesem Marktsegment gehört zur Automobilindustrie. Durch neue Produkte und Modelloffensiven konnte auch hier eine Belebung der Nachfrage festgestellt werden. Gleichzeitig war jedoch auch deutlich der Kostenoptimierungsdruck spürbar. Am 31.12.2007 waren 6 658 m² Gewerbeflächen nicht vermietet.

Bestand	Garagen	Gewerbe	Gewerbefläche in m ²
31.12.2006	8	52	75 354
Abgang	0	0	0
Zugang	0	0	2 212
31.12.2007	8	52	77 566

2.3 Werklieferungen und Bauträgerleistungen

Im Geschäftsjahr 2007 wurden folgende Maßnahmen abgeschlossen und übergeben:

- Neubau von 10 Eigentumswohnungen an der Eichendorffstraße
- Erweiterung einer Produktionshalle für einen Zulieferbetrieb
- Erweiterung der Betriebskantine für einen Automobildienstleister

Die Entwicklung von Wohnprojekten im Innenstadtbereich wurde aufgrund der weiterhin bestehenden Nachfrage und aus Aspekten der Stadtentwicklung fortgesetzt. Folgende Projekte befanden sich 2007 in Planung:

- 7 Reihenhäuser, Lutonstraße
- 18 Eigentumswohnungen, Suhlgarten
- 35 Einfamilienhäuser, Schulenburgallee

2.4 Consulting-Dienstleistungen

Die NEULAND hat sich aufgrund der Konjunkturlage in diesem Geschäftssegment im Berichtsjahr nicht weiter betätigt. Folgende Projekte wurden in 2007 abgeschlossen:

- Projektsteuerung für ein Büro- und Verwaltungsgebäude
- Generalplanerleistungen für die Erweiterung eines Produktionsbetriebes

3.1 Instandhaltung

Der Instandhaltungsaufwand erreichte im Geschäftsjahr einen Betrag von ca. 15,79 €/m² Wohn-/Nutzfläche jährlich.

Die nachfolgende Tabelle schlüsselt die Instandhaltungskosten und –abwicklung im Einzelnen auf.

	Instandhaltungskosten insgesamt Mio. €	Fremdfirmen/Rückst. Mio. €	Technische Betriebe NEULAND Mio. €
2002	18,99	14,91	4,08
2003	18,60	14,18	4,42
2004	19,57	15,04	4,53
2005	16,28	12,47	3,81
2006	12,03	7,60	4,43
2007	11,99	8,08	3,91

3.2. Modernisierung

Mit zunehmender Vielfalt von Haushaltstypen und Lebensformen werden auch die Anforderungen an Wohnung, Quartier und Stadtteil differenzierter. Aus diesem Grund sichert und erhöht die NEULAND durch die langfristig orientierte Modernisierungs- und Instandhaltungsplanung den Substanzwert der Gebäudebestände und trägt gleichzeitig den wandelnden Kundenansprüchen an Wohnkomfort Rechnung. Durch Modernisierungsmaßnahmen, insbesondere in nicht denkmalgeschützten Gebäuden, trägt die NEULAND wesentlich zur Energieeinsparung bei. 2007 wurden insgesamt 12,36 Mio. € in die Bestände und in das Wohnumfeld investiert. Die innerstädtische Quartiersentwicklung konnte so konsequent fortgeführt werden.

4. Technische Betriebe

Der überwiegende Teil der im Gebäudebestand anfallenden Reparaturen wird durch die Technischen Betriebe durchgeführt.

Der Einsatz eigener Handwerker insbesondere im Reparaturdienst bei vermieteten Wohnungen erweist sich als wichtiges Marketing-Instrument und sichert durch Reaktionsschnelligkeit und Servicequalität die Wohnzufriedenheit.

Die über Jahre erworbene Detailkenntnis des Gebäudebestandes und der technischen Ausstattung sichert wirtschaftliche Reparaturen und Pflegemaßnahmen. Darüber hinaus waren die eigenen Handwerker in 2007 umfangreich in die Modernisierungsprojekte eingebunden.

Leistungen in nicht von den Technischen Betrieben der NEULAND abgedeckten Gewerken werden überwiegend von ortsansässigen Handwerksbetrieben erbracht. Das gilt auch für den Notdienst an Wochenenden und Feiertagen.

4.1 Pflege und Reparaturen in Freianlagen

Die Freiflächen wurden durch die Mitarbeiter der technischen Betriebe in der Größenordnung von insgesamt 680 816 m² gepflegt. Die Kosten für die gärtnerische Pflege von einem Quadratmeter Vegetationsfläche betragen 2007 1,29 €

Der Bereich Gartenumbau hat sich ebenfalls umfangreich an der Umgestaltung der Außenanlagen im Zuge der Modernisierungs-Projekte beteiligt.

5. Personal und Organisation

	Gesamt 31.12.2007	Gesamt 31.12.2006
Geschäftsführer	1	1
Prokuristen	2	2
Kaufmännisch und technische Mitarbeiter	124	123
Gewerbliche Mitarbeiter	91	91
Auszubildende	25	23
Gesamt	243	240

Daneben wurden im Geschäftsjahr im Gartenbetrieb 13 Saisonkräfte in der Zeit von April bis November 2007 beschäftigt.

Struktur des Personalaufwandes:

	2007
Gesamtaufwand Personal	11 605 T€
Davon:	
Gesetzlich vorgeschriebene Sozialleistungen	1 686 T€
Tariflich vereinbarte Sozialleistungen	421 T€
Freiwillige Sozialleistungen	419 T€

Der Anteil der Frauen in der Belegschaft beträgt 37,44 %. 14,40 % sind Teilzeitbeschäftigte. Sieben Mitarbeiterinnen sind im Mutterschutz oder in der Elternzeit.

2007 haben wieder 10 Auszubildende ihre Ausbildung im Hause der Neuland begonnen. Die Neuland bietet jungen Menschen in fünf verschiedenen Bereichen eine berufliche Erstausbildung. Acht Auszubildende haben ihre Abschlussprüfung erfolgreich absolviert und 28 Praktikanten erhielten die Möglichkeit, einen ersten praktischen Einsatz zu durchlaufen. Die NEULAND sieht sich in der Verantwortung, den kommenden Generationen entsprechend dem Ausbildungspakt eine Erst-Ausbildungsmöglichkeit zu bieten.

Die Beschäftigten haben im Berichtsjahr an 72 Weiterbildungsveranstaltungen teilgenommen. Das Spektrum der besuchten Veranstaltung war weit gefächert.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich in 2007 wieder vielen Herausforderungen gestellt. Die Geschäftsführung bedankt sich für ihre Leistungsbereitschaft und das Engagement. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat war vertrauensvoll und konstruktiv.

C) Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

Strukturbilanz					
	31.12.2007		31.12.2006		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Vermögen					
Anlagevermögen	227.760	79,4	217.572	77,4	10.188
Umlaufvermögen					
-Mittelfristig	26.340	9,2	31.296	11,1	- 4.956
-Kurzfristig	32.737	11,4	32.218	11,5	519
Gesamtvermögen	286.837	100,0	281.086	100,0	5.751
Kapital					
Eigenkapital	77.945	27,2	73.883	26,2	4.062
Fremdkapital					
-Lang u. mittelfristig	158.651	50,7	140.609	50,0	4.950
-Kurzfristig	50.241	22,1	66.594	23,8	- 3.261
Gesamtvermögen	286.837	100,0	281.086	100,0	5.751

Die Bilanzsumme hat sich 2007 um 5,751 Mio. € erhöht. Das liegt beim Anlagevermögen insbesondere am Ankauf der Wohnungen in Vorsfelde und des städtischen Bestandes sowie am umfangreichen Modernisierungsprogramm. Mindernd wirkte sich hier der Verkauf an Dritte aus dem Bestand aus. Beim Fremdkapital waren die wesentlichen Einflussfaktoren die Tilgung bzw. Neuaufnahme von Darlehen.

2. Finanzlage

	2007 T€	2006 T€
Jahresüberschuss	6.149	8.338
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 1.407	- 23.525
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	13.679	9.949
Veränderung längerfristiger Rückstellungen	- 516	211
Veränderung Sonderposten mit Rücklageanteil	0	4.429
Veränderung übriger Aktiva	- 9.639	26.927
Veränderung übriger Passiva	- 1.252	- 12.262
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	7.014	14.067
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 29.041	- 29.230
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	6.581	82.705
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 22.460	53.475
Veränderung der Bausparguthaben	- 109	- 779
Veränderung der Mietkautionen	- 103	0
Gewinnausschüttung an die Gesellschafter	- 2.087	0
Aufnahme von Krediten	16.921	2.617
Tilgung und Rückzahlung von Krediten	- 13.361	- 58.088
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	1.261	- 56.250
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	- 14.185	11.292
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	18.092	6.800
Finanzmittelfonds (Flüssige Mittel) am Ende der Periode	3.907	18.092

3. Ertragslage

Der Jahresüberschuss hat sich gegenüber dem Vorjahr von 8,338 Mio. € auf 6,149 Mio. € verringert, da 2006 der Verkauf der Gewerbeimmobilien den Überschuss beeinflusst hat. Das Ergebnis 2007 wurde auf der Ertragsseite maßgeblich durch den Verkauf von 58 Wohnungen im Südkopf-Center und die Auflösungen von Rückstellungen geprägt. Die Aufwandsseite wurde im wesentlichen durch Teilabschreibungen der Burg wegen Umbau und Abriss sowie durch Zuführung zu Rückstellungen für Garantiemieten beeinflusst.

Geschäftsverlauf

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Strukturwandel in der Wohnungswirtschaft stellen auch die NEULAND immer wieder vor neue Herausforderungen. Um die Bestände an die zukünftigen Markt- und Nachfrageentwicklungen anzupassen, wurde 2007 die Quartiersentwicklung fortgeführt. 240 Wohnungen wurden umfangreich saniert, das heißt, Fassaden wurden gedämmt, Balkone angebaut, die Haustechnik erneuert, Grundrisse optimiert und Küchen und Bäder modernisiert. Die Resonanz der Mieter bestätigt, dass die NEULAND damit auf dem richtigen Weg ist.

Das angedachte Bauträgergeschäft konnte aufgrund der aktuellen Marktentwicklung nicht umgesetzt werden. Zwar bestand ein reges Interesse unterschiedlicher Gruppen nach Häusern, Eigentumswohnungen und anderen Wohnformen. Bei vielen Interessenten existiert jedoch die Notwendigkeit, dass zunächst die vorhandene Alt-Immobilie vermarktet werden muss. Dies ist zurzeit ein großes Problem.

Beim Verkauf aus dem Bestand konnte eine leichte Belebung verzeichnet werden, wobei vor allem das innerstädtische Wohnen an Bedeutung gewinnt. Im Suhlgarten wurde ein Altbau grundlegend modernisiert und die vorhandenen Wohnungen wurden in 18 große Eigentumswohnungen umgewandelt. Eine weitere Aufwertung des Gebäudes wurde durch den Einbau von Aufzugsanlagen erreicht. Hier besteht eine große Nachfrage am Ankauf.

Darüber hinaus hat die NEULAND im Berichtsjahr für 14,9 Mio. € Erbbaugrundstücke, Gebäude und Pachtwohnungen von der Stadt Wolfsburg gekauft. Im Portfolio enthalten war ein Teil des ehemaligen Hertie-Areals, auf dem eine Markthalle entwickelt wird.

Ein Schwerpunkt 2007 war die Vorbereitung der EDV-Umstellung zum 01.01.2008. Im Frühjahr 2007 ist die Entscheidung für die Software-Lösung – Blue Eagle - der Firma Aareon gefallen. Aareon ist eines der führenden Beratungs- und Systemhäuser für das Immobilienmanagement. Mit dieser auf SAP basierenden Software ist die NEULAND für die zukünftigen Herausforderungen optimal aufgestellt.

Die erste Phase der Umstellung ist gelungen. Die Feineinstellungen werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Dass dieser Software-Wechsel bewältigt werden konnte, verdankt die NEULAND allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die über viele Monate einer Doppelbelastung ausgesetzt waren. Ohne sie wäre das Projekt nicht zu schaffen gewesen.

Risiken/Chancen

Das bei der NEULAND installierte Risikofrühwarnsystem ist Bestandteil der Unternehmensführung und darauf ausgerichtet, wesentliche oder bestandsgefährdende Entwicklungen frühzeitig aufzuzeigen. Hierzu gehören unter anderem Fluktuation, Leerstand, Erlösschmälerungen, Mietrückstände sowie das Zinsrisiko. Verknüpft ist das Risikomanagement mit dem Planungs- und Controlling-System. Die Gesellschaft verfügt über eine Zehn-Jahresplanung, die jährlich angepasst wird. Mit dem monatlichen Soll-/Ist-Vergleich, der in einem umfangreichen Berichtswesen integriert ist und jeder Mitarbeiterin und jedem Mitarbeiter zur Verfügung steht, werden Abweichungen sofort kommentiert und analysiert. Gegensteuerungen können somit unverzüglich eingeleitet werden. Das Risikofrühwarnsystem wird abgerundet durch die EDV-gestützten Programme für Portfolioauswertungen und Bestandsstrategie.

Die Interne Revision überprüft in regelmäßigen Abständen gemäß eines Fünf-Jahresplans die Abläufe im Unternehmen. Für Fachthemen erfolgt externe Beauftragung.

Obwohl das phaeno nun bereits seit zwei Jahren den Betrieb aufgenommen hat, ist die NEULAND noch immer mit der Mängelbeseitigung beschäftigt. Das war bei einem Projekt dieser Größe und Komplexität nicht anders zu erwarten. Die Prozesse mit den ausführenden Firmen haben begonnen und werden die Gesellschaft die nächsten Jahre beschäftigen. Das Risiko der Nachforderungsansprüche kann erst im Anschluss daran abschließend bewertet werden.

Den Bestand gefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Unser Strategiewechsel in 2006, Quartiere nur ganzheitlich anzufassen und so aktiv die Stadtentwicklung voranzutreiben, trägt dazu maßgeblich bei. Für 2008 wird wieder von einem positiven Geschäftsverlauf ausgegangen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres liegen nicht vor.

Ausblick

Die Neuland trägt eine Verantwortung gegenüber den Menschen und der Entwicklung der Stadt Wolfsburg. Deshalb wird sie sich auch in Zukunft auf die Weiterentwicklung Ihrer Quartiere und Bestände konzentrieren. Ziel ist es, den individuellen Bedürfnissen der Mieter gerecht zu werden und die Vermietbarkeit der Bestände zu sichern.

Neben dem wieder umfangreichen Modernisierungsprogramm hat sich die NEULAND ein zukunftsweisendes Projekt im Stadtteil Detmerode vorgenommen. Ab Ende 2008 wird in zwei Bauabschnitten ein Teil der Wohnanlage „Burg“ grundlegend erneuert. Innerhalb von fünf Jahren werden Gebäude zurückgebaut und energetisch modernisiert. Es entstehen neue Ein- bis Vier-Zimmer-Wohnungen für Singles, Paare, Familien und Senioren. Im Erdgeschoss gibt es Terrassen mit eigenem Zugang zu den neuen Grünanlagen, auf dem Dach entstehen neue Penthouse-Wohnungen. Zudem können die Bewohner ein breites Angebot an Service-Dienstleistungen in Anspruch nehmen. Die NEULAND ist sicher, dass so langfristig die Lebens- und Wohnqualität verbessert wird.

Planetarium Wolfsburg gGmbH

Anschrift

Uhlandweg 2
38440 Wolfsburg

im Internet: www.planetarium-wolfsburg.de
e-Mail: info@planetarium-wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Öffentlicher Zweck des Unternehmens ist die Wahrnehmung von Aufgaben im Bereich der wissenschaftlichen Bildung und Weiterbildung sowie der Kultur- und Freizeitbildung mit dem Schwerpunkt der Astronomie.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Günter Lach
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat (aufgelöst am 22.11.2007)

Wilfried Andacht	Vorsitzender
Carmine Perotti	
Günter Pawel	
Siegfried Pause	bis 31.01.2007
Uwe Winkler	bis 31.01.2007
Dr. Günther Scherelis	

Geschäftsführung

Geschäftsführer Werner Schmidt

Planetarium Wolfsburg gGmbH

Bilanz	30.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	22	22	23	8
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	2	2		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		8	20	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	88	67	112	197
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	4	4	2	2
Bilanzsumme	116	103	157	207

Passiva				
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25	26	26	26
II. Kapitalrücklage	89	88	88	88
III. Verlustvortrag	-65	-64	-64	-62
IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	-30	-36	-38	-28
B. Rückstellungen				
	52	83	121	138
C. Verbindlichkeiten				
	45	6	24	9
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
				36
Bilanzsumme	116	103	157	207

Planetarium Wolfsburg gGmbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll *	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
		T€	T€	T€
Umsatzerlöse	96	85	87	87
sonstige betriebliche Erträge	208	235	223	227
Materialaufwand	51	53	54	53
Personalaufwand	145	153	183	207
Abschreibungen	8	7	8	3
sonstige betriebliche Aufwendungen	153	138	103	91
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	2	2
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-52	-30	-36	-38
Jahresfehlbetrag	-52	-30	-36	-38

* Es handelt sich um vorläufige Zahlen, da eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung des Planetariums über den Wirtschaftsplan noch aussteht.

Lagebericht 2007 der Planetarium der Stadt Wolfsburg gmbH

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entwickelte sich 2007 wie folgt:

Zahl der Veranstaltungen:

	<u>2007</u>	<u>2006</u>
Öffentliche Veranstaltungen	298	358
Sonderveranstaltungen	162	155
Vorträge	5	10
	<u>465</u>	<u>523</u>

Zahl der Besucher:

	<u>2007</u>	<u>2006</u>	<u>Veränderung</u>
Öffentliche Veranstaltungen	15.244	14.853	2,56 %
Sonderveranstaltungen	9.696	10.228	- 5,20 %
Vorträge	324	442	- 26,69 %
	<u>25.264</u>	<u>25.523</u>	<u>- 1,01 %</u>

Erlöse und Durchschnittserlöse (je zahlender Besucher):

	2007 €	2006 €	Veränderung	2007 € je Besucher	2006 € je Besucher
Öffentliche Veranstaltungen	52.012,00	45.434,00	14,48 %	3,42	3,06
Sonderveranstaltungen	27.839,00	32.393,50	- 14,05 %	2,88	3,17
Vorträge	2.304,00	3.370,00	- 31,63 %	7,12	7,63
	<u>82.155,00</u>	<u>81.197,50</u>	<u>1,18 %</u>	<u>3,26</u>	<u>3,18</u>

Die gesamten Erträge und Aufwendungen entwickelten sich 2007 wie folgt:

Eigene Erträge	€ 109.037,86
Zuschuss/Spende	€ 212.000,00

Erträge gesamt	€ 321.037,86
Aufwendungen gesamt	€ 351.034,01

Jahresfehlbetrag	29.996,15
	=====

Im Jahr 2007 zahlte die Stadt Wolfsburg einen Zuschuss in Höhe von 202.000,00 €. Diese Position ist unverändert im Vergleich zum Vorjahr. Zusätzlich wurde eine Spende der Volkswagen AG in Höhe von 10.000,00 € vereinnahmt.

Trotz dieser Leistungen und wegen sich weiter verschlechternden technischen Bedingungen entstand im Geschäftsjahr 2007 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 29.996,15 €. Gegenüber dem Vorjahresverlust von 36.464,27 € stellt dies eine Verbesserung dar. Der Rückgang der Besucherzahlen konnte nahezu gestoppt werden, im Bereich der öffentlichen Veranstaltungen konnte sogar eine leichte Steigerung der Besucherzahl um 2,56 % erreicht werden.

Auf der Ausgabenseite sind weiterhin die größten Aufwandsposten der Personalaufwand (153.352,91 €), die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (138.391,53 €) sowie der Materialaufwand (52.658,47 €). Gegenüber dem Vorjahr konnte der Personalaufwand um 30.087,86 € gesenkt werden. Der Materialaufwand blieb im Vorjahresvergleich nahezu unverändert und ging um 1.252,37 € zurück. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 35.599,65 €. Ursächlich hierfür ist die Personalentlehnung von der n@work Qualifizierungs GmbH. Neben der technischen Unterstützung wurde dabei auch erstmals im Jahr 2007 wissenschaftliches Personal entliehen, um den Vorführbetrieb aufrechtzuerhalten.

Wie im Vorjahr haben auch im Geschäftsjahr 2007 verschiedene Faktoren die Lage der Gesellschaft negativ beeinflusst. Zwar wurden von der Gesellschafterin erste Beschlüsse hinsichtlich einer notwendigen Investition in die überholte Technik und das veraltete Mobiliar gefasst, deren Umsetzung wird teilweise aber erst im laufenden Geschäftsjahr 2008 und im nächsten Geschäftsjahr 2009 vollzogen und sich daher erst zukünftig auswirken. Weiterhin tragen neue attraktive Einrichtungen, die in ihrer Neuartigkeit ein Publikumsmagnet geworden sind, zur starken Konkurrenz bei, was sich eindeutig auf die Besucherzahlen auswirkt. Diese Situation und das nach wie vor zu beschließende Gesamtkonzept für die Gesellschaft trugen zu einem leichten Rückgang der Besucherzahlen um 259 Personen im Vergleich zum Vorjahr bei.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die Stadt Wolfsburg ist nach Ankauf der Gesellschaftsanteile der übrigen vier Gesellschafterinnen im abgelaufenen Geschäftsjahr inzwischen alleinige Gesellschafterin der Planetarium Wolfsburg gGmbH. Ihr obliegt eine Entscheidung über die zukünftige organisatorische Einbindung und Ausrichtung des Planetariums. In der jetzigen Struktur, Einrichtung und Ausstattung wird das Planetarium in seiner Einzigartigkeit an regionaler und überregionaler Bedeutung verlieren und im Wettbewerb zu anderen Einrichtungen in der Stadt unterliegen. Ein zukunftsorientiertes Positionspapier, in dem auf zukünftig notwendige technische und inhaltliche Ausstattung sowie die Vermarktungsstrategie des Planetariums eingegangen wurde, ist der Gesellschafterin vorgestellt worden. Für die Wiederbelebung des Planetariums als regionaler und überregionaler Veranstaltungsort sollte eine Entscheidung über die zukünftige Ausrichtung und die Struktur der Gesellschaft getroffen werden.

Sollte die dringend zu treffende Entscheidungen der Gesellschafterin weiterhin verschoben werden, besteht die Gefahr eines weiteren Rückgangs der Besucherzahlen und damit verbunden eines weiteren Umsatzrückgangs. Insbesondere in Anbetracht der äußerst geringen Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft und des hohen Personalaufwands ist das Risiko, die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft nicht dauerhaft sicherstellen zu können, absehbar.

projekt Region Braunschweig GmbH

Anschrift

Mittelweg 7
38106 Braunschweig

im Internet: www.projekt-region-braunschweig.de
e-Mail: info@projekt-region-braunschweig.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		25.000 €
Stadt Braunschweig	14,8%	3.700 €
E.ON Avacon AG	8,6%	2.150 €
VW Financial Services Aktiengesellschaft	8,6%	2.150 €
Salzgitter AG	8,2%	2.050 €
Öffentliche Sachversicherung Braunschweig	8,2%	2.050 €
Arbeitgeberverband Braunschweig	8,2%	2.050 €
IG Metall Deutschland	8,2%	2.050 €
Stadt Salzgitter	4,4%	1.100 €
Stadt Wolfsburg	4,4%	1.100 €
Landkreise Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel	jeweils 4,4%	1.100 €
Zweckverband Großraum Braunschweig	4,4%	1.100 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind Projektmanagement und -umsetzung, Marketing sowie Forschung und Wissensmanagement für die Region Braunschweig, die aus den Städten Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg und den Landkreisen Gifhorn, Goslar, Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel gebildet wird. Zu diesem Zweck wird die Gesellschaft auf eine Stärkung der regionalen Wirtschaft und die Förderung nachhaltigen Wirtschaftswachstums hinwirken, um hierdurch bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Prof. Rolf Schnellecke
Klaus Mohrs

Aufsichtsrat

Norbert M. Massfeller	Vorsitzender	Klaus Dierkes	
Dr. Gert Hoffmann	stellv. Vorsitzender	Bernd Osterloh	
Frank Klingebiel	ab 26.02.2007	Gerhard Kilian	ab 26.02.2007
Michael Doering		Franz Einhaus	ab 26.02.2007
Reinhard Manlik		Marion Lau	ab 26.02.2007
Wolfgang Niemsch		Burkhard Drake	bis 26.02.2007
Peter-Jürgen Schneider		Helmut Knebel	bis 26.02.2007
Dr. Thomas König		Peter Kopischke	bis 26.02.2007

Geschäftsführung

Dirk Warnecke

Beteiligungen

DLAC Dienstleistungsagentur Chemie GmbH	25,0%
CARLECTRA GmbH	14,3%

projekt Region Braunschweig GmbH

(Gründung 2005)

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3	4	6
II. Sachanlagen	54	64	73
III. Finanzanlagen	80	6	
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	393	366	325
II. Kassenbestand und Bankguthaben bei Kreditinstituten	1.779	930	593
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
	78	22	17
Bilanzsumme	2.387	1.392	1.014

Passiva

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Gewinnvortrag	765	482	40
III. Jahresüberschuss	952	283	442
B. Rückstellungen			
	251	122	160
C. Verbindlichkeiten			
	294	288	248
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
	100	192	99
Bilanzsumme	2.387	1.392	1.014

projekt Region Braunschweig GmbH

(Gründung 2005)

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist
	2007	2006	2005
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	4.378	3.836	3.261
sonstige betriebliche Erträge	2	8	90
Personalaufwand	1.239	1.098	551
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	17	28	41
sonstige betriebl. Aufwendungen	2.229	2.454	2.315
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61	25	6
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	5	1
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	953	284	449
Steuern vom Einkommen und Ertrag			7
sonstige Steuern	1	1	
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	952	283	442

Lagebericht 2007 der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Auftrag der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH ist nicht die kommunale Wirtschaftsförderung, sondern die Entwicklung von neuen und zukunftsorientierten Wirtschaftsstrukturen. Dies soll auf der Grundlage von sechs vereinbarten Wachstumsfeldern sowie der geplanten Projekte erfolgen. Die projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH ist ein Start Up mit für Unternehmensneugründungen typischen Entwicklungszyklen. Die verabschiedete Planung sieht demnach vor, dass nachhaltige Arbeitsplatz- und Wachstumseffekte voraussichtlich erst ab dem Jahr 5 nach Gründung zu erwarten sind.

Das Geschäftsjahr 2007 ist das zweite Jahr der operativen Tätigkeit der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH unter nahezu Volllastbedingungen. In diesem Zusammenhang wurden im Geschäftsjahr 2007 wiederum insgesamt rund 20 Projekte bearbeitet. Mit Blick auf die einzelnen Wachstumsfelder und Projekte der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH ist festzustellen, dass weitere Arbeitsplatzeffekte zu verzeichnen sind. Insgesamt sind nach Angaben der eingebundenen Partner rund 200 Arbeitsplätze und 60 Ausbildungsplätze neu entstanden. Teilräumliche Schwerpunkte lagen in der Stadt Braunschweig und in Landkreisen Peine und Gifhorn. Als Meilensteine in der Umsetzung sind folgende Maßnahmen zu nennen: Gründung CarLectra GmbH, Gründung EnerMaTec GmbH, Überführung Sommer Camps in Technik erleben sowie Förderung der Kinder- und Junior-Universität, Förderung „Braunschweig: Stadt der Wissenschaft 2007“, Verlängerung Landesinitiative Telematik, Verlängerung proJob, Verlängerung VIEL BBA und RQZ, Start des 3. Ideenwettbewerbs, Abschluss 50Top! und Projektstart WIN-Nachfolge.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Die Einnahmensituation der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH konnte im Geschäftsjahr 2007 verbessert werden. Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen durch Gesellschafter und Sponsoren sowie Fördermittel erzielt. Ein nicht unerheblicher Teil an Drittmitteln konnte direkt an Partner aus der Region weitergereicht werden.

Die Erweiterung des Geschäftsumfanges führte in 2007 zu höheren Personalaufwendungen (140 TEUR). Bei einem Umsatzerlös pro Mitarbeiter von 118 TEUR konnte ein Jahresüberschuss von 953 TEUR erwirtschaftet werden.

Das Eigenkapital ist aufgrund des Jahresüberschusses auf 1.743 TEUR zum Bilanzstichtag angestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt 73,0 % (i.V. 56,7 %). Nennenswertes Anlagevermögen hat die Gesellschaft nicht im Vermögen, so dass die Sachanlagenintensität 2,3 % an der Bilanzsumme ausmacht. Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft macht deutlich, dass im Geschäftsjahr 2007 wesentliche Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen nicht vorgenommen worden sind. Gemäß dem vom Aufsichtsrat genehmigten Beteiligungsmodells hat die projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH eine Minderheitsbeteiligung an der CarLectra GmbH erworben.

Die Bilanzsumme hat sich um 995 auf 2.387 TEUR deutlich gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt über Sponsoren- und Gesellschafterbeiträge sowie projektspezifische Drittmittel. Die Ausgaben orientieren sich an den vorhandenen Einnahmen. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 2007 929 TEUR und hat nach Verwendung für Investitionen (80 TEUR) den Finanzmittelbestand erhöht.

3. Nachtragsbericht

Aus Sicht der Geschäftsführung sind im Geschäftsjahr 2007 keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

4. Risikobericht

Auf Grund der besonderen Finanzierungssituation der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH sowie der Ausrichtung im Rahmen des PPP-Modells (Non-Profit Ansatz) ist mit bestimmten Umfeldrisiken zu rechnen. Dabei sind insbesondere die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse in den Gebietskörperschaften hinsichtlich des Nutzens der Gesellschaft für die Teilräume von der Geschäftsführung der projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH nicht beeinflussbar. Dies wurde vor allem im letzten Quartal des Geschäftsjahres 2007 im Vorfeld der Kommunalwahl aber auch bei der Standortdiskussion für das Kunststoff-Technikum besonders deutlich.

Für die operative Umsetzung einzelner Projekte ist ein sehr spezialisiertes Wissen erforderlich. Durch das mögliche Ausscheiden von Mitarbeitern der Gesellschaft ist damit zu rechnen, dass Prozessbrüche eintreten können. Eine Nachbesetzung entsprechender Stellen könnte sich als schwierig gestalten.

Die projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH muss zudem Haushaltssperren einkalkulieren, die die Finanzierung einzelner Projekte über Drittmittel verzögern. Für das Geschäftsjahr 2007 sind entsprechende Fälle nicht eingetreten. Aus Sicht der Geschäftsführung hätte diesem Risiko mit Hilfe der aufgebauten Liquiditätsreserve begegnet werden können.

5. Prognosebericht

Da die projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH auf der Grundlage des Public Private Partnership Modells als Non-Profit Organisation ausgerichtet ist, sind die Umsetzung der Projekte sowie die Entwicklung von nachhaltigen Wirtschaftsstrukturen erheblich davon abhängig, inwieweit die Gesellschafter den vereinbarten Grundkonsens und die Finanzierung weiter tragen.

Die Finanzierung durch Gesellschafter- und Sponsorenbeiträge ist durch Verträge bis 2009 vertraglich fixiert. Aufgrund auslaufender Drittmittelförderungen könnte es notwendig werden, für das Geschäftsjahr 2009 auf vorhandene Liquiditätsreserven zurückzugreifen. Für die Jahre 2008 und 2009 sind keine Jahresüberschüsse geplant. Dies ist natürlich abhängig vom tatsächlichen Verlauf des Projektgeschäfts.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde dem Aufsichtsrat ein Evaluierungsbericht vorgelegt. Gegenstand des Berichtes war der Abgleich der Grundannahmen von McKinsey mit den operativen Erfahrungen des Jahres 2006 sowie eine darauf aufbauende Prognose möglicher Wachstums- und Beschäftigungseffekte bis zum Jahre 2015. Als Einflussfaktoren für die Entwicklung und Ausrichtung der Gesellschaft können sich auch die Diskussionen um die Metropolregion oder eine mögliche Gebietsreform ergeben.

Auf der Grundlage des zweiten vollständigen Geschäftsjahres sowie der daraus gewonnenen Erkenntnisse bleibt festzuhalten, dass der Aufbau von Strukturen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region Braunschweig weiter Fortschritte gemacht hat. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Gesellschafterinteressen und mit Blick auf eine erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens projekt REGION BRAUNSCHWEIG GmbH muss in den Jahren 2008 und 2009 daran gearbeitet werden, die umgesetzten Projekte zu stabilisieren. Nur so kann es gelingen, bis zum Jahr 2015 die gewünschten Flächeneffekte zu erzielen. In diesem Zusammenhang muss auch sehr genau geprüft werden, welche Projekte und Themen wirklich die Substanz haben, Beschäftigung in der gesamten Region Braunschweig zu sichern und aufzubauen. Eine konkrete Benennung und Vorschau von weiteren Arbeitsplatzeffekten, eine Zuordnung auf die Teilräume sowie weitere quantitative Aussagen lassen sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht treffen.

Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg

Anschrift

Porschestraße 70
38440 Wolfsburg

im Internet: www.spk-gifhorn-wolfsburg.de
e-Mail: info@spk-gifhorn-wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Gewährträger ist der Sparkassenzweckverband Gifhorn-Wolfsburg.
Beteiligungsverhältnis des Sparkassenzweckverbandes:

Landkreis Gifhorn	60%
Stadt Wolfsburg	40%

Gegenstand des Unternehmens

Die Sparkasse ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie hat die Aufgabe, den Sparsinn der Bevölkerung zu wecken und zu fördern unter besonderer Berücksichtigung der Vermögensbildung. Die Sparkasse gibt Gelegenheit, Ersparnisse und andere Gelder sicher und verzinslich anzulegen. Sie dient der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung.

Organe der Sparkasse

Verwaltungsrat

Frau Marion Lau	Vorsitzende	Rolf Wolters	ab 19.03.2007
Prof. Rolf Schnellecke	1. Stellv. Vorsitzender	Hans-Jürgen Schindler	
Knut-Rainer Gerdau	2. Stellv. Vorsitzender	Prof. Dr. Markus Karp	
Helmut Kuhlmann		Friedrich Blumenstein	bis 18.03.2007
Dr. h.c. Herbert Holtkötter		Günter Odenbreit	bis 18.03.2007
Manfred Birth	bis 18.03.2007	Bernd Strohecke	
Rocco Artale	ab 19.03.2007	Stefan Theiner	
Hans-Jürgen Heinze	bis 18.03.2007	Katja Mann	
Adolf Banner	ab 19.03.2007	Frank-Peter Büllles	bis 18.03.2007
Angela Heider	ab 19.03.2007	Marc-Peter Zimmermann	ab 19.03.2007

Vorstand

Gerhard Döpfens	
Bernd Ahlbrecht	Vorsitzender
Klaus Lüdiger	Stellvertretender Vorsitzender

Beteiligungen

Wolfsburg Marketing GmbH	10,00%
Förderungsgesellschaft des NSGV mbH & Co - IDB mbH	5,26%
Niedersächsischer Sparkassen- und Giroverband (NSGV)	2,70%
Verwaltungsgesellschaft der niedersächsischen Sparkassenorganisation	2,50%
Förderungsgesellschaft des NSGV mbH & Co - "Toto-Lotto"	2,39%
FIDUCIA Mailing Services eG	0,07%
verbundene Unternehmen:	
Immobilien Development Beteiligungsgesellschaft (IDB)	100%
SVS Sparkassen VersicherungsService Gifhorn-Wolfsburg GmbH	100%

Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg

Bilanz	30.12.2006	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
1. Barreserve	69.353	69.680	63.786	64.142
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind			1.055	
3. Forderungen an Kreditinstitute	137.304	179.037	175.201	264.672
4. Forderungen an Kunden	1.539.321	1.514.440	1.547.411	1.522.994
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	402.658	458.037	449.128	392.843
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	274.773	228.942	188.512	171.238
7. Beteiligungen	14.758	14.866	15.129	15.097
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	451	256	256	256
9. Treuhandvermögen	10.775	11.315	11.887	12.697
10. Immaterielle Anlagewerte	597	724	432	342
11. Sachanlagen	43.492	45.921	45.016	45.878
12. Sonstige Vermögensgegenstände	4.193	2.567	2.479	1.785
13. Rechnungsabgrenzungsposten	987	434	317	534
Bilanzsumme	2.498.662	2.526.219	2.500.609	2.492.478

Passiva				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	330.610	356.664	366.620	339.759
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.952.869	1.961.053	1.932.556	1.951.241
3. Treuhandverbindlichkeiten	10.775	11.316	11.887	12.697
4. Sonstige Verbindlichkeiten	5.462	4.249	3.292	4.353
5. Rechnungsabgrenzungsposten	633	644	477	512
6. Rückstellungen	26.172	23.302	20.832	23.354
7. Eigenkapital	172.141	168.991	164.945	160.562
Bilanzsumme	2.498.662	2.526.219	2.500.609	2.492.478

Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist 2005	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004
	T€	T€	T€	T€
Zinserträge	110.267	113.895	116.127	115.637
Zinsaufwendungen	63.802	56.661	61.741	59.577
Laufende Erträge	15.247	11.486	11.337	9.489
Provisionserträge	21.614	19.686	17.330	15.555
Provisionsaufwendungen	933	880	829	794
Nettoertrag aus Finanzgeschäften	236	323	577	766
sonstige betriebliche Erträge	3.044	2.805	3.095	2.502
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	51.176	56.533	50.213	50.486
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	5.159	5.064	4.793	4.879
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.991	2.032	1.777	1.879
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	16.379	13.132	15.518	10.243
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		2	10	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10.968	13.891	13.585	16.091
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.704	6.731	6.088	8.006
sonstige Steuern	115	114	114	114
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	6.149	7.046	7.383	7.971
Einstellung in Gewinnrücklagen	3.000	3.500	3.700	4.000
Bilanzgewinn	3.149	3.546	3.683	3.971

Lagebericht 2007 der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg

Entwicklung von Gesamtwirtschaft und Branche

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2007 erneut kräftig gewachsen. Nach den ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes ist das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,5 % gestiegen. Bei einer kalenderbereinigten Betrachtung – es standen in 2007 1,6 Arbeitstage weniger zur Verfügung als in 2006 – ergibt sich eine Wachstumsrate von 2,6 %. Damit konnte zwar die Wachstumsrate aus 2006 mit – kalenderbereinigten – 3,1 % nicht ganz erreicht werden, jedoch wurden höhere Wachstumsraten seit der Wiedervereinigung nur in den Jahren 1994, 2000 und 2006 erzielt.

Träger des inländischen Wachstums waren Ausrüstungsinvestitionen mit einem Zuwachs von 8,4 % gegenüber dem Vorjahr, dicht gefolgt von den Exporten mit einer Zuwachsrate von 8,3 %.

Erfreulich – aber auf niedrigerem Niveau als im Vorjahr – entwickelten sich auch die Bauinvestitionen mit einem Zuwachs von 2,0 %. Während die Staatsausgaben noch eine Zuwachsrate von 2,0 % erzielten, ging der private Konsum um 0,3 % zurück. Bei dieser Entwicklung haben die Mehrwertsteuererhöhung und die schwache Einkommensentwicklung eine wesentliche Rolle gespielt.

Die jahresdurchschnittliche Teuerungsrate betrug 2,2 % und lag damit über der Steigerungsrate des Vorjahres. Eine höhere Steigerungsrate konnte bei den Verbraucherpreisen zuletzt 1994 mit 2,7 % verzeichnet werden.

Wesentlich für diese Entwicklung waren insbesondere nennenswerte Steigerungen bei den Energiepreisen sowie bei den Preisen für Nahrungsmittel. Des Weiteren hat die Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer von 16 % auf 19 % zum 01.01.2007 zu dieser Preissteigerung beigetragen.

Die Situation am Arbeitsmarkt entspannte sich im vergangenen Jahr. So ging die Arbeitslosenquote, die in 2006 auf einen jahresdurchschnittlichen Wert von 10,8 % gesunken war, auf 9,0 % zurück. Die zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der guten Konjunktur und ein leicht rückläufiges Angebot an Arbeitskräften haben die Arbeitslosenquote deutlich sinken lassen. Hinzu kommt, dass durch den milden Winter witterungsbedingte Entlassungen nur in geringerem Umfang als in den Vorjahren stattgefunden haben.

Im Jahresdurchschnitt waren 3.776.000 Menschen arbeitslos, das sind 711.000 weniger als im Vorjahr.

Während in Westdeutschland 7,5 % (Vorjahr: 9,1 %) der erwerbsfähigen Personen als arbeitsuchend registriert waren, lag in den neuen Bundesländern die Arbeitslosenquote bei 15,1 % (Vorjahr: 17,3 %).

Im Geschäftsgebiet der Sparkasse zeigte sich eine ähnliche Entwicklung:

Die Arbeitslosenquoten haben sich im Landkreis Gifhorn von 10,3 % im Dezember 2006 auf 7,7 % im Dezember 2007 und in der Stadt Wolfsburg von 10,2 % auf 7,9 % verringert.

Die privaten Haushalte haben im vergangenen Jahr weiterhin an ihrer seit 2001 bestehenden Kaufzurückhaltung festgehalten. Entsprechend stieg die volkswirtschaftliche Sparquote geringfügig auf 10,9 % (Vj.: 10,5 %) an.

Die Deutsche Bundesbank kommt in ihrem „Finanzstabilitätsbericht 2007“ zum Ergebnis, dass – nach einem Rückgang der notleidenden Kredite in 2006 auf ein Niveau, wie es zuletzt gegen Ende der neunziger Jahre bestand – wieder mit einer moderaten Zunahme der Kredite mit Einzelwertberichtigungsbedarf zu rechnen ist.

Insgesamt jedoch hat sich die Risikotragfähigkeit des deutschen Bankensystems stabilisiert. Einer insgesamt leicht rückläufigen Ertragsentwicklung sowie einem leichten Rückgang der Reserven steht eine kräftig erhöhte Kapitalbasis gegenüber. Dabei werden die bankindividuellen Risikotragfähigkeitskomponenten durch weiter gestärkte Haftungsverbände und Sicherungseinrichtungen ergänzt.

Ausgehend von Problemen am Markt für zweitklassige Hypothekenkredite in den USA (Subprime Mortgages) sind ab der Jahresmitte 2007 erhebliche Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten aufgetreten. Eine umfassende Neubewertung von Kreditrisiken, die sich in erster Linie auf den Märkten für strukturierte Wertpapiere vollzieht, führte zu einem gegenseitigen Vertrauensverlust unter den institutionellen Marktteilnehmern. Die deutschen Banken konnten sich – nicht zuletzt aufgrund der in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Risikotragfähigkeit – insgesamt gut behaupten. Einzelne Problemfälle aufgrund von institutsspezifischen Risikokonzentrationen konnten innerhalb des Bankensystems aufgefangen werden.

Die Entwicklung der Sparkasse wird insbesondere durch die Situation des Standortes Wolfsburg der Volkswagen AG beeinflusst.

Mit Abschluss des Tarifvertrags in 2006 wurde die Arbeitszeit von vier Tagen in der Woche mit 28,8 Wochenstunden auf bis zu 34 Stunden in der Woche angehoben. Als Gegenleistung wurde den Arbeitnehmern eine Beschäftigungssicherung über das Jahr 2011 hinaus zugesagt.

Darüber hinaus investiert Volkswagen in den nächsten zwei Jahren erheblich, um den Standort Wolfsburg zu einer der modernsten Autofabriken der Welt weiterzuentwickeln.

Aufgrund der guten Nachfrage konnte der Volkswagen Konzern im vergangenen Jahr zum ersten Mal mehr als sechs Millionen Fahrzeuge an Kunden ausliefern.

Der europäische Gerichtshof hat das VW-Gesetz, das seit 1960 – unabhängig von der Höhe des Aktienbesitzes – die Stimmrechte pro Aktionär auf maximal 20 % begrenzt, in einem Urteilspruch beanstandet. Die Auswirkungen der Novellierung des VW-Gesetzes auf die Aktionärsstruktur und den Standort Wolfsburg der Volkswagen AG bleiben abzuwarten.

Die im vergangenen Jahr deutlich verbesserte Stimmung der in der Region tätigen Unternehmen hat sich zum Jahresende 2007 hin wieder etwas abgekühlt. Einzig die Industrie ist mit der gegenwärtigen Situation noch überwiegend zufrieden. Die Unternehmen aus dem Baugewerbe zeigen sich mit der Geschäftslage zunehmend unzufrieden und rechnen in den kommenden Monaten mit einer stagnierenden bis schlechteren Entwicklung.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 01.01.2007 und die steigenden Lebensmittel- und Energiepreise haben in 2007 zu einer sinkenden Konsumneigung der Verbraucher geführt. Entsprechend unzufrieden zeigt sich der Einzelhandel.

Die Konkurrenzsituation im Geschäftsgebiet der Sparkasse hat sich durch die vielfältigen Aktivitäten der Wettbewerber weiter verschärft.

Im Ausleihgeschäft der Sparkassen in Niedersachsen lag der Schwerpunkt, nicht zuletzt aufgrund der guten Konjunktur, bei der Vergabe von Krediten an Unternehmen und Selbständige, gefolgt von Krediten an Privatpersonen.

Die weiter zurückgehenden Zinsüberschüsse der niedersächsischen Sparkassen konnten im vergangenen Jahr durch Steigerungen im Provisionsgeschäft sowie durch Einsparungen im Personalaufwand nicht vollständig kompensiert werden, so dass sich das Ergebnis im operativen Geschäft leicht verschlechtert hat.

Trotz eines insgesamt leicht verbesserten Bewertungsergebnisses hat sich das Betriebsergebnis nach Bewertung reduziert.

Geschäftsentwicklung

	Bestand		Veränderungen			Bestand in % des Geschäftsvolumens	
	31.12. Berichtsjahr Mio. €	31.12. Vorjahr Mio. €	Berichtsjahr Mio. €	Berichtsjahr %	Vorjahr %	31.12. Berichtsjahr %	31.12. Vorjahr %
Geschäftsvolumen ¹⁾	2.529	2.553	-24	-0,9	1,0	100,0	100,0
Bilanzsumme	2.499	2.526	-27	-1,1	1,0	98,8	98,9
Kundenkreditvolumen	1.580	1.552	28	1,8	-2,1	62,5	60,8
Darunter:							
Kundenforderungen	1.539	1.514	25	1,7	-2,1	60,8	59,3
Treuhandkredite	11	11	0	0,0	-8,3	0,4	0,4
Avale	30	27	3	11,1	0,0	1,2	1,1
Forderungen an Kreditinstitute	137	179	-42	-23,5	2,3	5,4	7,0
Wertpapiervermögen	677	687	-10	-1,5	7,7	26,8	26,9
Anlagevermögen	60	62	-2	-3,2	1,6	2,4	2,4
Sonstige Vermögenswerte	75	73	2	2,7	7,4	3,0	2,9
Mittelaufkommen von Kunden	1.953	1.961	-8	-0,4	1,4	77,2	76,8
Darunter:							
Sparkapital	1.008	1.014	-6	-0,6	6,8	39,9	39,7
davon: Sondersparformen	493	623	-130	-20,9	-10,4	19,5	24,4
täglich fällige Einlagen	910	920	-10	-1,1	-4,0	36,0	36,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	331	357	-26	-7,3	-2,7	13,1	14,0
Sonstige Passivposten (einschl. Eventualverbindlichkeiten und Rückstellungen)	76	69	7	10,1	4,5	3,0	2,7
Eigene Mittel	169	166	3	1,8	2,5	6,7	6,5

¹⁾ Bilanzsumme zuzüglich Avalkredite

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Im Geschäftsjahr 2007 konnte die Sparkasse an die zufrieden stellende Entwicklung des Vorjahres weitestgehend anknüpfen. Ursächlich für den leichten Rückgang von Geschäftsvolumen und Bilanzsumme war in erster Linie das Zurückführen der Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die Volumensentwicklung im Kreditgeschäft mit Kunden hat den Erwartungen entsprochen.

Die Sparkasse ist das größte regionale Kreditinstitut im Geschäftsgebiet. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnten die Marktanteile in einzelnen Produkt- und Geschäftsfeldern gehalten bzw. ausgebaut werden.

Aktivgeschäft

Die Zunahme des Kundenkreditvolumens ist geprägt durch das Firmenkundengeschäft gewerblicher Kreditnehmer. Auch das Kreditvolumen bei den Privatkunden, die die im langfristigen Vergleich nach wie vor

günstigen Konditionen für weit überwiegend langfristige Festzinsvereinbarungen für Baufinanzierungen bevorzugten, nahm erneut zu.

Die Darlehenszusagen des Berichtsjahres in Höhe von 226 Mio. € liegen deutlich über dem Vorjahreswert von 174 Mio. €.

Insgesamt wurden nach bundesbankstatistischen Meldungen 451 Mio. € an gewerbliche Kunden und 1.116 Mio. € an Privatkunden ausgereicht.

Forderungen an Kreditinstitute

Der Bestand der Forderungen an Kreditinstitute befindet sich um 42 Mio. € unter dem Vorjahresniveau bei nur 137 Mio. €.

Wertpapiervermögen

Das Volumen im Wertpapiervermögen wurde nahezu unverändert beibehalten. Es dient vor allem der Liquiditätsreserve und setzt sich insbesondere aus verzinslichen Wertpapieren erstklassiger Adressen sowie aus Spezialfonds zusammen.

Innerhalb des Wertpapiervermögens gab es Verschiebungen durch die Zeichnung eines neuen Spezialfonds sowie durch den Rückgang bei den festverzinslichen Wertpapieren.

Passivgeschäft

Mittelaufkommen von Kunden

Die Bestände des bilanzwirksamen Mittelaufkommens von Kunden haben sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu gehalten. Die im Vorjahr formulierten Erwartungen zur Bestandsentwicklung der Kundeneinlagen konnten nicht realisiert werden.

Die Spartätigkeit der Anleger gestaltete sich in 2007 rückläufig. Innerhalb des Sparkapitals haben zudem erhebliche Umschichtungen stattgefunden. Vor dem Hintergrund der unsicheren wirtschaftlichen Entwicklung sowie dem steigenden Zinsniveau bevorzugten unsere Kunden kurz- und mittelfristige Anlageformen. Das Einlagevolumen unserer Sichteinlagen fiel um 10 Mio. € auf 910 Mio. €.

Wegen des Rückganges der Sichteinlagen sowie der Spareinlagen sind die Kundeneinlagen trotz des Zuflusses von befristeten Einlagen insgesamt leicht zurückgegangen.

Das betreute Kundenvermögen, also die Entwicklung der bilanzwirksamen Anlagen und der Wertpapieranlagen, hat sich weiter erfolgreich entwickelt und erreichte einen Zuwachs von 99 Mio. €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen um 26 Mio. € leicht ab. Es handelt sich dabei überwiegend um zurückgezahlte Mittel, die der Finanzierung des langfristigen Kreditgeschäfts dienen.

Dienstleistungen und außerbilanzielle Geschäfte

Dienstleistungen

Das Geschäftsjahr 2007 war im Bereich der Dienstleistungen geprägt durch das Wertpapiergeschäft mit Kunden.

Die Wertpapierumsätze nahmen mit insgesamt 424 Mio. € gegenüber dem guten Vorjahr nochmals um 45 % zu. Der Schwerpunkt der Anlagen lag erneut bei festverzinslichen Wertpapieren und Investmentanteilen. Ergänzend wurden von der Sparkasse strukturierte Wertpapierprodukte und geschlossene Fonds vertrieben. Die Bruttoerträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um 24,3 %.

Im Immobiliengeschäft verzeichneten wir erneut eine rege Geschäftstätigkeit. Das Kaufpreisvolumen betrug 19 Mio. Euro. Es konnten 206 Objekte vermittelt werden. Dies bedeutet eine Steigerung von 31,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 4.363 Bausparverträge mit einer durchschnittlichen Bausparsumme von 25 Tsd. € und einem Volumen von insgesamt 110 Mio. € abgeschlossen. Die Vorjahreswerte wurden überschritten.

Im Lebensversicherungsgeschäft konnten 4.133 Verträge mit einer Beitragssumme von 31,1 Mio. € vermittelt werden. Damit wurde das Ergebnis des Vorjahres deutlich übertroffen. Daneben konnten Sachversicherungen in nennenswertem Umfang vermittelt werden.

Derivate

Derivative Finanzinstrumente dienen überwiegend der Sicherung eigener Positionen. Eine Aufstellung, wie sich die Kontrakte nach Art und Umfang gliedern, ist dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Daneben wurden Kundengeschäfte im Botenverfahren mit der Norddeutschen Landesbank abgeschlossen.

Eigenhandel

Die Eigenhandelsgeschäfte summierten sich auf 71 Mio. € Umsatz. Bei rückläufigen Aktienumsätzen haben die Geschäfte in Investmentfonds und festverzinslichen Wertpapieren zugenommen.

Wesentliche Baumaßnahmen und technische Veränderungen

Zur Verbesserung der Kundenbetreuung sind im Geschäftsjahr 2007 die Filialen Wittingen, Schachtweg, Hillerse, Berliner Ring und Heiligendorf grundlegend saniert, umgestaltet und neu möbliert worden. Zur Umsetzung unseres Vertriebskonzeptes sind zusätzlich diskrete Beratungsräume entstanden. Die Selbstbedienungsangebote in den Filialen wurden wesentlich erweitert.

Ein eigenes Wohn- und Geschäftshaus in Wolfsburg, Goethestraße 56, wurde ebenfalls grundlegend saniert und an die Tochtergesellschaft Sparkassen VersicherungsService Gifhorn-Wolfsburg GmbH (SVS) vermietet.

In zwölf Filialen erfolgte die Umstellung der Telefonanlagen auf Voice over IP, sechs Filialen erhielten neue Cash Recycler (SB Ein- und Auszahlautomaten).

Der Geldautomat am Busbahnhof Wolfsburg wurde ins Designer Outlet Center Wolfsburg verlagert.

Personal- und Sozialbereich

Zum Jahresende beschäftigten wir insgesamt
725 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon
413 Vollzeitbeschäftigte und
246 Teilzeitbeschäftigte sowie
66 Auszubildende.

13 Auszubildende, die ihre Ausbildung erfolgreich beendeten, übernahmen wir in das Angestelltenverhältnis.

Schwerpunkt unserer Personalförderung bildete auch im vergangenen Jahr die gezielte Entwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Damit haben wir den wachsenden Anforderungen an die Qualität unserer Leistungen sowie technischen Neuerungen Rechnung getragen.

Kundenbeziehungen

Die langjährige Betreuung der Kunden durch kompetente und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Hauses hat zu einem ausgeprägten Vertrauensverhältnis zwischen unseren Kunden und der Sparkasse geführt. Dieses ist unter anderem eine wesentliche Voraussetzung für unseren geschäftlichen Erfolg.

Beteiligungen

Im Geschäftsjahr wurde mit der Sparkassen VersicherungsService Gifhorn-Wolfsburg GmbH (SVS) eine neue Gesellschaft gegründet. Wesentlicher Gegenstand dieser Gesellschaft ist der Vertrieb von Versicherungsprodukten.

Regionales Engagement

Als Ausdruck ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung engagiert sich die Sparkasse in erheblichem Maße in ihrem Geschäftsgebiet. Mit Spenden, durch Sponsoring und durch die Dotierung mehrerer Stiftungen fördert sie die Entwicklung und Attraktivität der Region. Im vergangenen Jahr betrug das Gesamtvolumen des Engagements der Sparkasse, der von der Sparkasse dotierten Stiftungen (insbesondere die Kultur- und Sozialstiftung sowie die Stiftung Altenhilfe) sowie aus dem Reinertrag der Lotterie „Sparen + Gewinnen“ nahezu 1,4 Mio. €.

Aus Anlass des 10jährigen Bestehens der **Kultur- und Sozialstiftung** der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg wurde ein Jugendpreis ausgelobt, der in den Jahren 2007 bis 2011 mit bis zu 25.000 Euro jährlich gemeinnützigen Vereinen und Institutionen im Landkreis Gifhorn und der Stadt Wolfsburg zugute kommen soll. Die Stiftung möchte damit herausragendes Engagement in der Jugendarbeit honorieren und auszeichnen. Mit dem Jugendpreis soll die Nachwuchsarbeit gefördert und nachhaltig gesichert werden. Mit der **Stiftung Altenhilfe** der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg soll die Förderung der Altenhilfe in den Bereichen Gesundheitswesen, Demenzerkrankungen, Betreuung von pflegenden Angehörigen, Erhaltung der Mobilität sowie Erhaltung der geistigen und körperlichen Fähigkeiten erfolgen. Die „**Gemeinnützige Stiftung** der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg zur Förderung des Fachbereichs Wirtschaft der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel am Standort Wolfsburg“ unterstützt die Fachhochschule am Standort Wolfsburg. Die Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg baut mit der **Bürgerstiftung** Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg ihr Engagement für die Region aus und berücksichtigt damit das zunehmende Interesse der Kunden, ihr Vermögen auch langfristig für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen. So ist es im vergangenen Jahr gelungen, das Stiftungskapital auf insgesamt 575 T€ zu erhöhen.

Darstellung der Lage

Vermögenslage

Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich innerhalb der Struktur des Geschäftsvolumens keine bedeutsamen Veränderungen.

Im Vergleich zum Verbandsdurchschnitt ist die Struktur durch einen unterdurchschnittlichen Anteil beim Kundenkreditvolumen mit 62,5 % und einem überdurchschnittlichen Anteil bei den Wertpapieranlagen mit 26,8 % gekennzeichnet.

Auf der Passivseite stellen der überdurchschnittliche Anteil der Kundeneinlagen mit 77,2 % sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 13,1 % die bedeutendsten Positionen dar.

Die Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen sind in Höhe ihres voraussichtlichen Bedarfs angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss, Abschnitt Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, zu entnehmen.

In den bilanzierten Aktivwerten, insbesondere dem Wertpapierbestand, dem Grundvermögen und den schwebenden Geschäften sind stille Reserven enthalten. Außerdem haben wir gemäß § 340f HGB zur Sicherung gegen die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute zusätzlich Vorsorge getroffen.

Nach der durch den Verwaltungsrat noch zu beschließenden Zuführung aus dem Bilanzgewinn wird die Sicherheitsrücklage 169 Mio. € betragen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Sparkasse verfügt über ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Die Vermögenslage der Sparkasse ist geordnet.

Das Verhältnis der Eigenmittel gemäß § 10 KWG bezogen auf die Summe der gewichteten Risikoaktiva und der Marktrisikopositionen überschreitet zum 31. Dezember 2007 mit 12,7 % den gesetzlich vorgeschriebenen Wert von 8 % deutlich und bildet damit eine solide Basis für die künftige Geschäftsentwicklung.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr aufgrund einer planvollen und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Zur Überwachung unserer Zahlungsfähigkeit bedienen wir uns kurz- und mittelfristiger Finanzpläne, die – nach Monaten gestaffelt – die fälligen Geldanlagen und – aufnahmen sowie die statistisch aus der Vergangenheit entwickelten Prognosewerte des Kundengeschäfts enthalten. Größere Planabweichungen werden monatlich analysiert.

Die eingeräumte Kreditlinie bei der Norddeutschen Landesbank Girozentrale wurde nur temporär in Anspruch genommen. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden in ausreichendem Umfang Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten. Zum Jahresende wurde für den Liquiditätsgrundsatz II, nach dem eine ausreichende Zahlungsbereitschaft angenommen wird, wenn die für den kommenden Monat zur Verfügung stehende Liquidität die während des gleichen Zeitraums zu erwartenden Liquiditätsabflüsse mindestens deckt, eine Liquiditätskennzahl von 3,69 bei einem bankaufsichtlich vorgeschriebenen Mindestwert von 1,0 errechnet. Damit ist die Liquidität wie auch im gesamten Geschäftsjahr 2007 als ausreichend anzusehen. Auch die für die weiteren Beobachtungszeiträume (Laufzeitbänder bis zu zwölf Monaten) zu berechnenden Kennzahlen deuten nicht auf zu erwartende Engpässe hin.

Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsfähigkeit auch für die absehbare Zukunft gesichert.

Ertragslage

Darstellung nach der Gewinn- und Verlustrechnung:	Berichtsjahr Mio. €	Vorjahr Mio. €
Zinsüberschuss (einschließlich GV-Posten 3, 4 und 17)	61,7	68,7
Provisionsüberschuss	20,7	18,8
Verwaltungsaufwand	51,2	56,5
a) Personalaufwand	33,4	39,3
b) Sachaufwand	17,8	17,2
Teilergebnis	31,2	31,0
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	0,2	0,3
sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen	-4,1	-4,3
Ergebnis vor Bewertung	27,3	27,0
Bewertungsergebnis	-16,4	-13,1
Ergebnis nach Bewertung	10,9	13,9
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	-	-
Außerordentliches Ergebnis	-	-
Steuern	-4,8	-6,9
Jahresüberschuss	6,1	7,0

Der im Vergleich zum Vorjahr gefallene Zinsüberschuss ist weiterhin die bedeutendste Ertragsquelle. Insgesamt sind die Zinserträge gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die gestiegenen laufenden Erträge aus dem Wertpapiervermögen der Sparkasse wurde durch den Rückgang der Zinserträge aus dem Kundenkreditgeschäft überkompensiert.

Die Erhöhung bei den Zinsaufwendungen ergab sich durch gestiegene Zinsen bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Insgesamt hat sich der Zinsüberschuss im Berichtsjahr verringert.

Die Steigerung des Provisionsüberschusses ist in erster Linie auf die starke Zunahme im Wertpapiergeschäft mit Kunden und auf höhere Erträge aus dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft zurückzuführen. Der Nettoertrag aus Finanzgeschäften, das heißt aus dem Handel mit Wertpapieren und Devisen, war mit 0,2 Mio. € gegenüber dem Wert des Vorjahres von 0,3 Mio. € leicht rückläufig.

Der Rückgang des Verwaltungsaufwands wurde insbesondere durch den Wegfall des Einmaleffektes des Vorjahres aus den Aufwendungen zur schnelleren Ausfinanzierung des Rentenaltbestandes bei der Emder Zusatzversorgungskasse (ZVK) sowie Aufwendungen für Verpflichtungen aus abgeschlossenen Altersteilzeitverträgen geprägt.

Ohne Berücksichtigung der Einmaleffekte erhöhte sich der laufende Verwaltungsaufwand entsprechend unserer Erwartungen leicht.

Die Abschreibungen erhöhten sich leicht von 5,1 auf 5,2 Mio. €

Das Ergebnis vor Bewertung liegt leicht über dem Vorjahresergebnis.

Die Zinserhöhungen am Geld- und Kapitalmarkt sowie Verluste aus der Rückgabe aufgrund Liquidation eines Publikumsfonds haben zu einem Anstieg im Bewertungsergebnis des Wertpapiervermögens der Sparkasse geführt.

Der Bewertungsbedarf im Kreditgeschäft hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert. Insgesamt betrachtet führen die beiden gegenläufigen Entwicklungen zu einer Zunahme im Bewertungsergebnis.

Nach Vornahme aller notwendigen Bewertungsmaßnahmen weisen wir ein im Vergleich zum Vorjahr niedrigeres Ergebnis nach Bewertung aus.

Der ausgewiesene Jahresüberschuss ermöglicht, den notwendigen Kernkapitalbedarf der Sparkasse, der für eine stetige Geschäftsentwicklung notwendig ist, zu sichern.

Zur weiteren Analyse der Ertragslage unseres Hauses setzen wir für interne Zwecke den sog. „Betriebsvergleich“ der Sparkassenorganisation ein, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Das danach errechnete Betriebsergebnis vor Bewertung unserer Sparkasse ist – auch im Vergleich mit den niedersächsischen Sparkassen ähnlicher Größenordnung – als gut zu bezeichnen. Nach Berücksichtigung der Bewertungsmaßnahmen haben wir ein weiterhin befriedigendes Betriebsergebnis nach Bewertung erzielt.

Die wirtschaftliche Lage der Sparkasse kann als zufrieden stellend bezeichnet werden. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse über eine ausreichende Ertragskraft, um das für eine stetige Geschäftsentwicklung erforderliche Eigenkapital zu erwirtschaften. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die Sparkasse ihren Kunden auch künftig in allen Finanz- und Kreditangelegenheiten ein leistungsstarker Geschäftspartner sein kann.

Risikobericht

Einleitung

Der professionelle und verantwortungsbewusste Umgang mit Risiken ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für ein Kreditinstitut. Der Erfolg bankbetrieblicher Tätigkeit steht in einer engen Wechselbeziehung zu den eingegangenen Risiken. Daher nimmt ein aktives Risikomanagement in der Steuerung der Sparkasse einen hohen Stellenwert ein.

Die Sparkasse verfügt über Systematiken zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung von Risiken, die sich auf alle Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse der Sparkasse einschließlich der von Dritten bezogenen Dienstleistungen im Sinne § 25a Abs. 2 KWG (Outsourcing) beziehen.

Gesetzliche Grundlage bilden die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk), deren Umsetzung bis zum 01.01.2008 realisiert wurde.

Grundsätze der Risikostrategie

Grundlage für die Steuerung und Überwachung der Risiken ist eine vom Vorstand formulierte Risikostrategie. Ihrer Risikostrategie entsprechend geht die Sparkasse nur Risiken ein, wenn sie zur Erzielung von Erfolgen notwendig und im Verhältnis zu den Chancen vertretbar sind sowie einen entsprechenden Unternehmensmehrwert schaffen.

Risikomanagement

Organisation

Das Risikomanagement umfasst Leitungs-, Steuerungs- und Kontrollprozesse und ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation der Sparkasse. Jedes Risiko wird, abhängig von der Bedeutung für die Sparkasse, in geeigneter Weise laufend gesteuert und überwacht.

Die Zuständigkeiten für das Risikomanagement sind eindeutig geregelt. Der Gesamtvorstand beschließt die Risikopolitik einschließlich der anzuwendenden Methoden und Verfahren zur Risikosteuerung und -überwachung. Er trägt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement. Der bankaufsichtlich geforderten Funktionstrennung zwischen dem Markt- und Marktfolgebereich trägt die Sparkasse sowohl bei der Abwicklung von Handelsgeschäften wie auch im Kreditgeschäft auf allen Ebenen Rechnung.

Wesentliche Aufgaben im Rahmen des Risikomanagements der Sparkasse werden durch den Bereich Unternehmenssteuerung wahrgenommen, der organisatorisch von den Marktbereichen getrennt ist. Er ist verantwortlich für die Erfassung der Risiken und des vorhandenen Risikodeckungspotenzials. Er überwacht die Einhaltung von Risikolimiten. Außerdem obliegt ihm die konzeptionelle Weiterentwicklung des Risikomanagements.

Der Bereich Revision gewährleistet als Instrument des Vorstands die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse. Er achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar an den Vorstand.

Für den Abschluss und die Genehmigung von Geschäften gelten eindeutige Kompetenzregelungen. Vor Einführung neuer Produkte und vor Geschäftsabschlüssen in neuen Märkten werden zwingend formalisierte Prüfprozesse durchlaufen.

Prozesse

Basis des Risikomanagementprozesses bildet das Risikohandbuch, das aus einer Bestandsaufnahme und Bewertung sämtlicher erkennbarer Risiken hervorgegangen ist. Das Risikohandbuch wurde im Zuge der Umsetzung der MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) angepasst und gibt einen Überblick über den Risikomanagementprozess der Sparkasse. Im Risikohandbuch sind Ziele und Aufgaben, Instrumente der Risikoerkennung sowie die eingesetzten Risikomessverfahren, die Risikosteuerung, die Risikoüberwachung und die Berichtspflichten in komprimierter Form beschrieben. Darüber hinaus sind die organisatorischen Einheiten, die am Risikomanagementprozess beteiligt sind, definiert. Jedes Risiko wird in geeigneter Weise laufend gesteuert und überwacht. Wo dies sinnvoll ist, sind Schwellenwerte festgelegt, die bei Über- bzw. Unterschreitung bestimmte Handlungen auslösen.

Durch den Gesamtrisikobericht wird der Vorstand regelmäßig über die Risikoentwicklung der Sparkasse informiert. Die Einhaltung der Risikoziele wird regelmäßig überprüft.

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung werden neben der Steuerung und Überwachung von Risiken in regelmäßigen Abständen Risikotragfähigkeitsanalysen durchgeführt. Die Berechnung der Risikotragfähigkeit erfolgt auf der Grundlage handelsrechtlicher Vorschriften unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Eigenmittelerfordernisse bzw. barwertiger Verlustlimite. Über die Risikotragfähigkeit wird regelmäßig berichtet. Die Sparkasse hat neben Einzellimiten für Marktpreisrisiken, Adressenausfallrisiken auch Pauschallimite für operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken und sonstige Risiken festgelegt.

Risikokategorien

Unter dem Begriff "Risiko" wird eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine zukünftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. In jedem Fall ist damit eine Vermögensminderung verbunden. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen („enger Risikobegriff“).

Bei Geschäftsarten oder Bereichen, in denen Limite oder Schwellenwerte für erwartete Verluste oder Vermögensminderungen vorgegeben sind, werden diese nur dann als Risiko betrachtet, wenn sie die jeweils definierten Schwellenwerte bzw. Limite überschreiten. Für die Definition und Quantifizierung der Risiken wird stets der „real-case“ angenommen, nicht der „worst-case“.

Dabei wurden Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko als wesentliche Risiken eingestuft. Das Liquiditätsrisiko, operationelle Risiken einschließlich der Rechtsrisiken und sonstige Risiken werden als nicht wesentliche Risiken angesehen.

Adressenausfallrisiko

Ihrer Aufgabenstellung entsprechend ist für die Sparkasse das Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft von Bedeutung. Daneben ist das Adressenausfallrisiko bei Eigenanlagen und bei Beteiligungen zu berücksichtigen.

Unter Adressenausfallrisiko wird der potenzielle Verlust verstanden, der durch den Ausfall eines Geschäftspartners sowie durch Wertminderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Verschlechterungen der Bonität von Geschäftspartnern entstehen kann.

Zur Beurteilung des Adressenausfallrisikos bei Krediten erfolgt vor der Kreditvergabe eine individuelle Bonitätsbeurteilung sowie nachfolgend eine laufende Bonitätsüberwachung. Als Basis zur Beurteilung vor Kreditvergabe nutzt die Sparkasse für den überwiegenden Teil der Kreditnehmer die einheitlichen Rating- und Scoringverfahren der Sparkassen-Finanzgruppe. Firmenkunden, Gewerbekunden, Freiberufler und Existenzgründer werden mit dem StandardRating, bei geringerbetraglichen gewerblichen Engagements mit dem KleinstkundenRating bewertet. Bei Finanzierungen kommerzieller Immobilien von Firmenkunden wird das ImmobiliengeschäftsRating genutzt. Bei Privatkunden kommen das Antragsscoring für private Baufinanzierungen sowie das Antragsscoring für Konsumentenkredite zum Einsatz. Zur laufenden Bonitätsbeurteilung dienen die jährliche Aktualisierung des StandardRatings, sowie die monatlich maschinell aktualisierten Noten des KleinstkundenRatings und des Bestandsscorings für Privatkunden.

Parallel zu den eingesetzten Rating- und Scoringverfahren der Sparkassen-Finanzgruppe nutzt die Sparkasse bis auf weiteres zusätzlich das bisherige Risikobewertungssystem, das insbesondere auf die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer, die Erkenntnisse aus der Kontoführung und auf den Deckungswert von Sicherheiten abstellt.

Neben der laufenden Bonitätsüberwachung verfügt die Sparkasse über ein Risikofrüherkennungssystem. Es gewährleistet, dass sich abzeichnende Risiken frühzeitig und laufend aufgezeigt werden und geeignete Maßnahmen ergriffen werden können. Im Übrigen werden Ausfallrisiken durch die Hereinnahme von Sicherheiten begrenzt.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft werden mittels einer detaillierten und umfangreichen Kreditrisikostategie planerisch erfasst und bewertet. Dabei steht die Vermeidung von Klumpenrisiken im Vordergrund. Das Gesamtportfolio wird nach Kundengruppen, Kreditarten, Ratingklassen, Branchen, Sicherheiten und Größenkonzentrationen bewertet.

Zusätzlich werden erwartete und unerwartete Verluste des gesamten Kundenkreditportfolios und großen Teilen des Eigenanlagegeschäfts monatlich systematisch ermittelt (CPV). Damit ist eine Steuerung von Verlustrisiken sowie die Durchführung von Stresstestings möglich.

Dem Risiko des Adressenausfalls im Eigenanlagegeschäft wird durch die Auswahl von Kontrahenten und Emittenten auf der Basis eines externen Ratings sowie durch Auswahl der Märkte Rechnung getragen. Bei den Adressenausfallrisiken werden Risikolimits und Parameter zur Risikomessung und -begrenzung festgelegt. Die Limitfestlegung erfolgt unter Berücksichtigung der Ertrags- und Substanzkraft der Sparkasse. Ein möglicher Ausfall wird auf Emittenten- und Kontrahentenebene limitiert. Die Einhaltung der Limits wird durch eine vom Handel unabhängige Stelle überwacht.

Das Beteiligungsrisiko stellt auf das Risiko möglicher Verluste aus der Bereitstellung von Eigenkapital für Dritte ab.

Grundsätzlich unterscheidet die Sparkasse zwischen den Beteiligungen an Verbundunternehmen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe und sonstigen Beteiligungen. Die Risiken aus sonstigen Beteiligungen werden durch den Bereich Unternehmenssteuerung gesteuert. Basis für die Steuerung (Beteiligungscontrolling) bilden unter anderem die Beteiligungsstrategie der Sparkasse, in der qualitative Anforderungen sowie Zielrenditen für Beteiligungen festgelegt sind. Darüber hinaus wurden im Rahmen der Beteiligungsstrategie auch Limits für das gesamte Beteiligungsportfolio fixiert.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet potenzielle Verluste, die aus nachteiligen Marktwertveränderungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinssätze (Zinsrisiko), der Wechselkurse (Währungsrisiko), der

Aktienkurse und Aktienindizes, der Preise für Fonds, Edelmetalle, Rohwaren und sonstige Handelsobjekte (sonstige Preisrisiken) sowie ihrer Volatilitäten entstehen können.

Für die mit Marktpreisrisiken behafteten Geschäfte werden Risikolimits und Parameter zur Risikomessung ermittelt. Die Limits werden unter Berücksichtigung der Ertrags- und Substanzkraft der Sparkasse sowohl GuV- wie auch wertorientiert festgelegt. Dem betriebswirtschaftlichen Aspekt wird durch die Messung und Limitierung des wertorientierten Risikos Rechnung getragen. Dabei begrenzt das wertorientierte Limit auf Portfolioebene die Vermögensverluste der Sparkasse. Die Auslastung des Risikolimits erfolgt durch den Value at Risk, der durch die Verfahren der modernen historischen Simulation sowie Varianz-Covarianz ermittelt wird. Das Risiko im "Normal-Szenario" wird i.d.R. auf einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen quantifiziert. Darüber hinaus werden regelmäßig Stress-Szenarien für extreme Marktentwicklungen simuliert. Die Einhaltung der Limits wird durch eine vom Handel unabhängige Stelle überwacht.

Das Zinsänderungsrisiko stellt ein wesentliches Marktpreisrisiko der Sparkasse dar.

Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos erstellt die Sparkasse vierteljährlich Simulationsrechnungen, denen das dynamische Elastizitätenkonzept zugrunde liegt. Dabei wird die unterschiedliche Zinsreagibilität der einzelnen Bilanzposten auf der Basis von Erfahrungswerten in einer Elastizitätenbilanz abgebildet. Anschließend werden die Auswirkungen aus angenommenen bzw. erwarteten Änderungen des Marktzinsniveaus und der Bilanzstruktur auf das Zinsergebnis simuliert.

In 2001 hat die Sparkasse mit dem Aufbau einer wertorientierten Zinsbuchsteuerung begonnen. Ziel der wertorientierten Zinsbuchsteuerung ist es, alle Wertveränderungen der zinsabhängigen Vermögens- und Schuldposten aufgrund von Marktzinsänderungen zu erfassen. Dadurch soll eine Steuerungsgrundlage geschaffen werden, die es ermöglicht, die Erträge zu optimieren und die Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Bei der wertorientierten Zinsbuchsteuerung werden sämtliche Zahlungsströme des variabel- und festverzinslichen Geschäfts zu einem Summenzahlungsstrom aggregiert und dessen Barwert ermittelt. Auf Basis von Risikokennzahlen (Value at Risk) und Risiko-Ertrags-Kennzahlen (RORAC) wird sowohl in der Ex-post- als auch in der Ex-ante-Betrachtung das Zinsänderungsrisiko bestimmt und beurteilt. Dabei orientiert sich die Sparkasse bezüglich der Steuerung ihres Zinsänderungsrisikos an einem als effizient ermittelten Summenzahlungsstrom als Benchmark.

Zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken sind neben bilanziellen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps eingesetzt worden.

Währungsrisiken sind bei der Sparkasse nur von untergeordneter Bedeutung. Offene Positionen werden durch gegenläufige Geschäfte abgesichert.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht erfüllt werden können.

Die relevanten Zahlungsströme aus Aktiva und Passiva werden nach ihrer Laufzeit in Zeitbänder (Liquiditätsablaufbilanz) eingestellt und münden in eine Liquiditätsplanung, die eine angemessene Liquiditätsvorsorge gewährleistet. Kurzfristiger Liquiditätsbedarf der Sparkasse kann über den Geldmarkt sichergestellt werden. Als zusätzliches Instrument der Liquiditätssicherung dient der umfangreiche Bestand an Wertpapieren der Liquiditätsreserve, insbesondere der Bestand an bei der Europäischen Zentralbank beleihbaren Sicherheiten. Hierdurch verfügt die Sparkasse über einen ausreichenden Zugang zu Zentralnotenbankgeld.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, von Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten. Den operationellen Risiken wird mit zahlreichen Maßnahmen entgegengewirkt.

Branchentypisch werden hohe Anforderungen an die Sicherheit der eingesetzten IT-Systeme gestellt. Dies gilt für die Verfügbarkeit und Integrität der Systeme und Daten im Rechenzentrum, für die in der

Sparkasse betriebenen Systeme und für die betriebenen Netzwerke, und zwar sowohl für die Sicherheit des laufenden Betriebes als auch für die Notfallvorsorge.

Zur Regelung der Arbeitsabläufe im Hause bestehen zentrale Vorgaben durch Arbeitsanweisungen. Rechtliche Risiken im jeweiligen Sachgebiet werden begrenzt durch den Einsatz der - auch gesetzlich geforderten - Sicherheits-, Compliance-, Datenschutz- und Geldwäschebeauftragten. Schließlich werden operationelle Risiken durch die laufende Aus- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter reduziert. Versicherbare Gefahrenpotenziale werden durch Versicherungsverträge in banküblichem Umfang abgeschirmt.

Zur Erkennung wesentlicher operationeller Risiken und bedeutender Schadensfälle wurden entsprechende Methoden eingeführt.

Die operationellen Risiken werden nach unserer derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung unserer Sparkasse nicht beeinträchtigen.

Wertung

Die Gesamtrisikosituation der Sparkasse wird vor allem durch Kreditrisiken geprägt.

Der Solvabilitätskoeffizient des Grundsatzes I, mit dem die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung im Verhältnis zur Risikoaktiva gemessen wird, betrug am

31.12.2006	12,5
31.03.2007	12,5
30.06.2007	12,9
30.09.2007	12,6
31.12.2007	12,7

bei einer Mindestausstattung von 8,0. Die Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung ist somit vorhanden.

Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein könnten, sind nicht erkennbar. Bei den Risiken, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, wird ein wirksames Risikomanagement und -controlling eingesetzt.

Die Sparkasse steuert ihre Risiken in einer Weise, die dem Geschäftsumfang und der Komplexität angemessen ist. Sie sieht sich durch das bestehende Risikomanagement für das bestehende Geschäft und für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet.

Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

Prognosebericht

Die folgenden Aussagen zur voraussichtlichen Entwicklung der Sparkasse in den nächsten zwei Jahren stellen Einschätzungen dar, die auf der Grundlage der zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen getroffen werden. Prognosen sind naturgemäß mit Unsicherheit behaftet. Treten die zu Grunde gelegten Annahmen nicht ein, können die tatsächlichen Ergebnisse von den zurzeit erwarteten abweichen.

In Deutschland ist den Prognosen nach eine Verlangsamung des Wachstumstempos wahrscheinlich. Nach der ifo Konjunkturprognose 2008 dürfte sich der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes auf 1,8 % reduzieren. Für 2009 wird bei einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes von 1,5 % mit einer weiter nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik gerechnet.

Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der private Konsum – nach der Kaufzurückhaltung in 2007 – auch bedingt durch die Tarifabschlüsse sich im Verlauf des Jahres 2008 wieder stabilisieren wird.

Das geschäftliche Umfeld der Kreditinstitute wird weiter durch verstärkten Wettbewerb zwischen den Instituten sowie die gestiegenen Kundenansprüche bestimmt. Die Zinsmargen sowie die Preise im Dienstleistungsgeschäft werden unter Druck bleiben.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen erwarten wir in den nächsten zwei Geschäftsjahren einen moderaten Anstieg der Bilanzsumme, der gleichermaßen vom Wachstum der Kundenkredite und Kundeneinlagen getragen werden dürfte. Dank unserer Intensivierung der Kundenbetreuung rechnen wir auch künftig mit guten Geschäftserfolgen.

Die Entwicklung des Kreditgeschäftes ist vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und regionalen Wirtschaftsentwicklung zu sehen. Hier erwarten wir auf Grund zahlreicher Unwägbarkeiten trotz des im Vergleichs niedrigen Zinsniveaus nur ein moderates Kreditwachstum. Für 2008 sowie für 2009 gehen wir bei einer leicht schwächeren konjunkturellen Entwicklung von einem leichten Kreditwachstum aus.

Bei den Kundeneinlagen erwarten wir ebenfalls leichte Zuwächse.

Auf Grund unserer vorausschauenden Finanzplanung ist auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit jederzeit gewährleistet.

Wir gehen in unserer Planung davon aus, dass sich das Zinsniveau – ausgehend von der Zinsstruktur per Ende Dezember 2007 – bis zum Jahresende 2008 in allen Laufzeiten leicht zurückbildet und dann auf diesem Niveau verharrt.

Diese Entwicklung in Verbindung mit einem sich weiter verstärkenden Wettbewerb in der Kreditwirtschaft hält die Zinsspanne weiter unter Druck. Wir rechnen damit, dass der Zinsüberschuss damit belastet wird.

Für das Provisionsergebnis erwarten wir im Hinblick auf die konsequente Umsetzung der aktiven und ganzheitlichen Kundenbetreuung, dass wir das überdurchschnittliche Niveau des Jahres 2007 halten werden.

Trotz eines konsequenten Kostenmanagements wird der laufende Verwaltungsaufwand weiter steigen. Durch einen Abbau der Personalkapazität werden die Steigerungen des Personalaufwands in vertretbaren Grenzen gehalten.

Insgesamt erwarten wir für das laufende Geschäftsjahr sowie für 2009 ein gegenüber dem Vorjahr geringeres Ergebnis vor Bewertung.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird durch die Konjunktur- sowie die regionale Wirtschaftsentwicklung erheblich beeinflusst. Risiken könnten sich insbesondere aus der regionalen Abhängigkeit zu einzelnen, großen Arbeitgebern ergeben. Wir rechnen gegenwärtig für das laufende Jahr sowie für 2009 mit einem über dem Niveau des Vorjahres liegenden Bewertungsergebnis.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiervermögen der Sparkasse dürfte sich auf Basis der hausintern prognostizierten Zinsentwicklung und der nach eigener Einschätzung für 2008 erwarteten Beruhigung der Märkte deutlich verbessern.

Auch die Unternehmenssteuerreform dürfte durch eine geringere Steuerquote unser Jahresergebnis ab 2008 positiv beeinflussen.

Für das Geschäftsjahr 2008 sowie für 2009 gehen wir davon aus, dass der Jahresüberschuss konstant bleibt.

Angesichts dieser Erwartungen wird die Sparkasse in der Lage sein, die für eine stetige Geschäftsentwicklung notwendige Aufstockung des Kernkapitals zu erwirtschaften und die Risikotragfähigkeit der Sparkasse uneingeschränkt zu erhalten. Wir sind zuversichtlich, die kommenden Geschäftsjahre mit einem ertragsorientierten Wachstum abschließen zu können.

Stadtwerke Wolfsburg AG

Anschrift

Heßlinger Str. 1-5
38440 Wolfsburg

im Internet: www.stadtwerke-wolfsburg-ag.de
e-Mail: info@stadtwerke-wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Aufgaben des Unternehmens sind die Versorgung mit Strom, Wärme, Gas und Wasser; die Bedienung des öffentlichen Personennahverkehrs; die Telekommunikation; Energiedienstleistungen und damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen aller Art.

Die Gesellschaft kann sich an Unternehmen, die ihren Zwecken dienen oder förderlich sind, in jeder gesetzlich zulässigen Form beteiligen oder solche Unternehmen erwerben oder errichten.

Organe der Gesellschaft

Hauptversammlung

Hiltrud Jeworrek Günter Lach (Stellvertreter)

Aufsichtsrat

Prof. Rolf Schnellecke	Vorsitzender	Norbert Lem	ab 26.10.2007
Marco Moretti	1. stellv. Vorsitzender	Dr. Oliver Munte	ab 26.01.2007
Heinz-Helmut Plath	2. stellv. Vorsitzender	Heinz Pietruk	
Hans-Georg Bachmann	bis 26.10.2007	Werner Reimer	ab 26.01.2007
Dirk Beuth		Ursula Sandvoß	
Christine Fischer	bis 26.01.2007	Harald Vespermann	bis 26.01.2007
Peter Kassel		Ingrid Wagner	bis 26.01.2007
Dirk Köcher		Bärbel Weist	
Gudrun Krempel	bis 26.01.2007	Thorsten Werner	ab 26.01.2007
Brunhilde Langner		Sieghard Wilhelm	ab 26.01.2007

Vorstand

Kaufmännischer Vorstand Prof. Dr. Markus Karp
Technischer Vorstand Michael Rex

Beteiligungen

Wolfsburger Verkehrs-GmbH (WVG)	100,00%
WOBCOM GmbH Wolfsburg für Telekommunikation und Dienstleistungen	100,00%
WDZ Wolfsburger Dienstleistungs- und Melde-Zentrale GmbH	100,00%
Thieme GmbH & Co. KG	100,00%
Thieme Verwaltungs-GmbH	100,00%
Thermath AG	90,91%
LSW LandE-Stadtwerke GmbH Co. KG	43,00%
LSW LandE-Stadtwerke Verwaltungs-GmbH	43,00%
entricon GmbH Facility-Management und Consulting	50,00%
KNV Kooperationsgesellschaft niedersächsischer Versorgungsunternehmen mbH	9,09%
Harzwasserwerke GmbH	2,65%
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen GmbH (beka)	0,79%
WV Energie AG	0,20%

Stadtwerke Wolfsburg AG

Konzernbilanz *	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immat. Vermögensgegenstände	3.168	3.492	3.950	6.502
II. Sachanlagen	90.604	91.761	75.448	68.698
III. Finanzanlagen	11.073	11.067	9.693	4.355
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	5.787	3.394	8.992	7.837
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.414	10.380	19.382	21.279
III. Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten	8.216	7.529	15.306	6.832
C. Rechnungsabgrenzungsposten	196	261	412	495
D. Aktive latente Steuern	101	110	120	698
Bilanzsumme	128.559	127.994	133.303	116.696

Passiva

A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	25.000
II. Kapitalrücklage	14.513	14.513	14.513	14.513
III. Gewinnrücklagen	31.001	28.738	4.546	3.672
IV. Bilanzgewinn	4.437	4.861	27.807	3.644
V. Anteile anderer Gesellschafter	105	142	146	110
B. Empfangene Ertragszuschüsse	14.750	16.738	18.823	21.014
C. Erhaltene Baukostenzuschüsse	10.373	9.363	7.786	5.996
D. Rückstellungen	10.532	11.293	9.621	14.153
E. Verbindlichkeiten	17.271	16.612	24.158	27.381
F. Rechnungsabgrenzungsposten	577	734	903	1.213
Bilanzsumme	128.559	127.994	133.303	116.696

* Einbeziehung der Stadtwerke, LSW KG, LSW Verwaltungs-GmbH, WVG, WOBCOM, WDW, Thieme GmbH & Co. KG, Thieme Verwaltungs-GmbH, der Thermath AG und der entricon GmbH im Wege der Voll- bzw. Equity-Konsolidierung

Stadtwerke Wolfsburg AG

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung*	Ist 2007	Ist 2006	Ist 2005	Ist 2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	59.150	61.810	52.107	120.338
- Stromsteuer				4.581
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	2.297	-5.653	2.057	2.269
andere aktivierte Eigenleistungen	352	4.654	133	1.730
sonstige betriebliche Erträge	7.578	8.558	36.845	2.882
Gesamtleistung	69.377	69.369	91.142	122.638
Materialaufwand	25.462	25.051	19.058	58.044
Personalaufwand	21.635	21.790	23.036	37.715
Abschreibungen	9.838	9.516	9.783	9.192
sonstige betriebliche Aufwendungen	8.486	8.733	8.120	10.864
Erträge aus Beteiligungen	99	94	104	802
Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	2.844	3.865	-1.078	
Erträge aus anderen Wertpapieren	14	17	22	65
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	252	205	226	246
Abschreibungen auf Finanzanlagen	8	1		1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	396	500	582	723
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	6.761	7.959	29.837	7.212
Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.779	3.582	2.296	2.355
sonstige Steuern	110	97	96	112
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	4.872	4.280	27.445	4.745
auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Anteil am Ergebnis	33	32	36	39
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	1	424	419	
Entnahme aus Gewinnrücklagen		189		
Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	403		21	1.062
Bilanzgewinn / -verlust	4.437	4.861	27.807	3.644

* Einbeziehung der Stadtwerke, LSW KG, LSW Verwaltungs-GmbH, WVG, WOBCOM, Wdz, Thieme GmbH & Co. KG, Thieme Verwaltungs-GmbH, der Thermath AG und der entricon GmbH im Wege der Voll- bzw. Equity-Konsolidierung

Lagebericht 2007 des Konzerns Stadtwerke Wolfsburg AG

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

"Kurs halten!" - der Titel des diesjährigen Jahreswirtschaftsberichtes der Bundesregierung gibt die Richtung vor. Denn Deutschland ist auf gutem Kurs: mit einem Aufschwung für alle, mit einer Rekordbeschäftigung und mit einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Die Reformen der letzten Jahre zahlen sich jetzt aus. Auch 2008 wächst die deutsche Wirtschaft weiter. Die Bundesregierung geht von einem wirtschaftlichen Wachstum von 1,7 Prozent aus.

Auch vor dem Hintergrund gestiegener Unsicherheit - nicht zuletzt aufgrund der Finanzmarkturbulenzen und der Kurseinbrüche an den Börsen sieht man die weitere wirtschaftliche Entwicklung grundsätzlich zuversichtlich: Die Auftragsbücher der deutschen Unternehmen sind gut gefüllt, insgesamt ist nach Expertenmeinung die Wirtschaft stabiler aufgestellt als noch vor einigen Jahren. Dazu haben auch die Strukturreformen der letzten Jahre maßgeblich beigetragen. Aber es muss noch mehr getan werden, um Flexibilität und Reaktionsfähigkeit der Märkte und der Marktteilnehmer weiter zu verbessern.

Entwicklung der Region Wolfsburg

Die Entwicklung in unserem Wirtschaftsraum Oberzentrum Wolfsburg und Umgebung spielt für uns weiterhin eine große Rolle. Der Neubau des JobCenters und die Umsetzung des 1. Bauabschnitts der designeroutlets Wolfsburg (DOW) sowie die Weiterentwicklung der Erlebniswelt im Allerpark sind Großprojekte, die ein positives wirtschaftliches Szenario abbilden. Zusätzlich entstehen in der Stadt Wolfsburg Chancen im Rahmen einer Öffentlich-Privaten-Partnerschaft (ÖPP) für die Schulsanierung.

An dieser Entwicklung werden wir weiterhin partizipieren, so dass wir insgesamt gesehen optimistisch sind, was unsere Entwicklung angeht.

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nach der Ausgliederung der operativen Geschäfte der Energie- und Wasserversorgung in die LSW KG in 2005 konzentriert sich das Tätigkeitsgebiet der Stadtwerke vornehmlich auf die Verpachtung ihrer Energie- und Wasserverteilungsanlagen sowie die Steuerung der Beteiligungsgesellschaften und anderer Finanzanlagen.

Die Umsatzerlöse sind unter Berücksichtigung der Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen um 2,7 Mio. € gesunken. Das Beteiligungsergebnis veränderte sich aufgrund des Ergebnisses aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen auf 2,8 Mio. €.

Nach Berücksichtigung der Steuern verbleibt für das Geschäftsjahr 2007 ein Jahresüberschuss von 4,9 Mio. €.

Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns sind geordnet. Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage traten bei der Muttergesellschaft Stadtwerke Wolfsburg AG ein.

Der Firmenwert zum Bilanzstichtag resultiert aus der Erstkonsolidierung der Termath AG im Jahr 2002.

Der Anstieg der Vorräte ist hauptsächlich auf die im Bau befindlichen Großprojekte der Termath AG und der Thieme GmbH & Co. KG zurückzuführen. Nennenswert sind hier das Schloß Carree in Braunschweig, City Carree in Salzgitter und die Lennie-Soccio-EisArena in Langenhagen.

Die erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen entfallen geschäftsbedingt auf die Gesellschaften Termath und Thieme.

Die Veränderungen der langfristigen Verbindlichkeiten entfallen im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bei der Muttergesellschaft.

Die Konzerninvestitionen konnten unter Inanspruchnahme des Finanzmittelfonds aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit finanziert werden. Der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag beträgt 8.216 T€.

Die Entwicklung der Finanzlage geht aus der Konzernkapitalflussrechnung hervor.

Die stichtagsbezogene Liquidität hat sich verschlechtert. Der Grundsatz, wonach das langfristig gebundene Vermögen durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt sein sollte, ist im Konzern - wie im Vorjahr - eingehalten worden.

Die Ertragslage des Konzerns ist im Berichtsjahr weiterhin positiv. Zu dieser Entwicklung haben alle Unternehmensbereiche ihren Beitrag geleistet.

Die **Stadtwerke** erwirtschafteten im Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss von 4.789 T€.

Die **WVG** beförderte im Geschäftsjahr rund 12,7 Millionen Fahrgäste. Der von der Muttergesellschaft Stadtwerke aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zu übernehmende Verlust hat sich um 172 T€ auf 3.729 T€ verringert. Der Kostendeckungsgrad beträgt im Geschäftsjahr 2007 75,9 %.

Für unsere Tochtergesellschaft **WOBCOM** war auch das Jahr 2007 weiterhin geprägt von der Ausweitung ihres Geschäftsbetriebes. Die WOBCOM hat das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresüberschuss von 633 T€ abgeschlossen.

Die **WDZ** hat das Geschäftsjahr 2007 mit einem Jahresüberschuss von 106 T€ abgeschlossen.

Unser Tochterunternehmen **Thieme GmbH & Co. KG** (Thieme) erwirtschaftete einen Jahresüberschuss von 269 T€.

Die **Thieme Verwaltungs-GmbH** (Thieme VG) schließt in 2007 mit einem Jahresüberschuss von 1 T€ ab.

Die **Termath AG** (Termath) erreichte einen Jahresüberschuss von 369 T€.

Das assoziierte Unternehmen **LSW LandE-Stadtwerke Wolfsburg GmbH & Co. KG** (LSW KG), an dem die Stadtwerke mit 43 % beteiligt sind, erzielt einen Jahresüberschuss von 6.300 T€.

An der **entricon GmbH Facility-Management und Consulting** (entricon) sind die Stadtwerke Wolfsburg AG und die Neuland Wohnungsgesellschaft mbH (Neuland) je zur Hälfte beteiligt. Die entricon erwirtschaftete einen Jahresüberschuss von 270 T€.

Investitionen

Die **Stadtwerke Wolfsburg AG** investierten 7,3 Mio. € im Jahr 2007. 6,1 Mio. € wurden für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen des Leistungsnetzes investiert. Weitere 0,8 Mio. € wurden für die Sanierung der vorhandenen Liegenschaften investiert. Das Leitungsnetz wird an die LSW KG verpachtet. Im Jahr 2008 werden voraussichtlich 7,1 Mio. € in die Verteilungsanlagen investiert.

Die **Wolfsburger Verkehrs-GmbH** investierte im Geschäftsjahr 2007 663 T€ (2.548 T€), hauptsächlich in die Streckenausrüstung und die Anschaffung von einem Personenanhänger. Für die Streckenausrüstung wurden Zuschüsse von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) und der Stadt Wolfsburg in Anspruch genommen.

Das geplante Investitionsvolumen für 2008 beträgt 220 T€. Weitere Beschleunigungsmaßnahmen im Straßenverkehr bilden dabei den Schwerpunkt. In 2008 sollen bis zu 5 Omnibusse geleast werden.

Die Investitionen der **WOBCOM GmbH Wolfsburg für Telekommunikation und Dienstleistungen** (WOBCOM) in Sachanlagen betragen im Berichtsjahr 1,5 Mio. €. Sie entfallen im Wesentlichen auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Die **WDZ Wolfsburger Dienstleistungs- und Melde-Zentrale GmbH** (WDZ) investierte im Berichtsjahr 27 T€. Sie entfallen überwiegend auf Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Nachträge

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Geschäftsjahresende eingetreten, die zu einer anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage geführt hätten.

Risikomanagement

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), das unter anderem die Einrichtung und Dokumentation eines Risikomanagementsystems fordert, haben wir die Risiken systematisch identifiziert und analysiert. Bewertet wurden die Risiken nach ihrer möglichen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Die wesentlichen Risiken der Stadtwerke sind der Ausfall von Miet- und Pachtzahlungen für die Leitungsnetze und Liegenschaften sowie eine negative Entwicklung der Beteiligungsunternehmen. Um dem entgegen zu wirken, führen die Unternehmen eigene Risikohandbücher. Durch den Abschluss von langfristigen Miet- und Pachtverträgen wird die Eintrittswahrscheinlichkeit geschmälert.

Den möglichen Verlust von gemeinwirtschaftlichen Linien im Rahmen von Ausschreibungen nach Auslaufen unserer von der Bezirksregierung Braunschweig genehmigten Linienkonzessionen hat die WVG als ein solches Risiko eingeschätzt. Des Weiteren bedeutet das Nichtanerkennen des steuerlichen Querverbundes mit der Muttergesellschaft ein Risiko für die WVG.

Die WOBCOM als Anbieter im Telekommunikationsmarkt hat Risiken aus den sich immer noch weiter verschärfenden Wettbewerbsbedingungen. Besonders erwähnenswert ist hier ein Rückgang der Preise für die DSL-Nutzung und die Ansiedlung neuer Wettbewerber am regionalen Wolfsburger Markt. Außerdem wird mittelfristig erwartet, dass neue Technologien wie VoIP (Voice over Internet Protokoll) herkömmliche Telefonprodukte teilweise ersetzen werden. Diese neue Technik ist nicht nur ein Risiko des Umsatzverlustes, sondern bietet auch gleichzeitig die Chance, eigene Kosten zu minimieren.

Ein Risiko der WZ besteht im Fortfall der Anerkennung als Wach- und Sicherheitsunternehmen der Klasse C. Des Weiteren könnte auch die Anerkennung als Notruf- und Serviceleitstelle mit Intervention nach DIN ISO 9001 entfallen. Das Gleiche gilt auch für den Entzug der Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung.

Mit den in diesem System definierten Einzelrisiken und den entsprechenden Gegen- und Überwachungsmaßnahmen sind wir darauf vorbereitet, auf sich verändernde Rahmenbedingungen sofort und angemessen zu reagieren.

Prognose

Die Leitungspachten steigen in den folgenden Jahren analog der Veränderungen des Verbraucherpreisindex. Dazu wollen wir den Bereich GIS/GPS ausbauen und neue Geschäftsfelder speziell im kommunalen Umfeld erschließen. Des Weiteren wollen wir die Beteiligungen so steuern, dass sich die Ergebnissituation der Töchter verbessert und wir daran partizipieren können.

Wir prüfen weiterhin Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen, um unser Produktportfolio zu erweitern.

Die Entwicklung attraktiver Produkte sowie überzeugende Preis- und Vertragskonzepte sehen wir als wesentliche Grundpfeiler zur Stärkung der Position in vom Wettbewerb bestimmten Märkten. Wir werden gerade im Wettbewerb unsere Kompetenz einbringen und durch angemessene Renditen die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmensgruppe sicherstellen.

Wir erwarten für 2008 die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau und in den Folgejahren steigende Jahresüberschüsse.

Erklärung des Vorstandes gemäß § 312 Abs. 3 AktG

Die Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zur Stadt Wolfsburg (verbundenes Unternehmen i. S. von § 15 AktG nach BGH-Urteil vom 17.03.97) aufgeführten Rechtsgeschäften und Maßnahmen nach den Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen oder die Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und ist dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, jeweils nicht benachteiligt worden.

Theater der Stadt Wolfsburg GmbH

Anschrift

Klieverhagen 50
38440 Wolfsburg

im Internet: www.theater-wolfsburg.de
e-Mail: info@theater-wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		25.564 €
Stadt Wolfsburg	49,2%	12.578 €
Theaterring Wolfsburg e.V.	25,4%	6.493 €
Volkswagen AG	25,4%	6.493 €

Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Theaters der Stadt Wolfsburg. Die Gesellschaft ist für die Organisation und Durchführung von Schauspiel-, Opern und Operettenvorstellungen, Konzerten, Vorträgen, Ausstellungen und anderen kulturellen Veranstaltungen zuständig. Zu diesem Zweck hat die Gesellschaft das Theatergebäude nebst Einrichtungen von der Stadt Wolfsburg gepachtet.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Bärbel Weist
Günter Lach (Stellvertreter)

Aufsichtsrat

Michael Ganninger	Vorsitzender	
Wilfried Andacht	Stellvertretender Vorsitzender	
Helmut Gels		bis 08.07.2008
Thomas Muth		ab 09.07.2008
Ute Lünzmann		
Dr. Volkmar Köhler		
Michael Raabe		
Iris Schubert		
Bärbel Schreiber		
Frank-Helmut Zaddach		

Geschäftsführung

Intendant	Hans Thoenies	bis 31.07.2008
	Rainer Steinkamp	ab 01.08.2008

Theater der Stadt Wolfsburg GmbH

Bilanz *	2007/2008	2006/2007	2005/2006	2004/2005
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Sachanlagen	72	73	82	91
II. Finanzanlagen			1	
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	1			1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24	20	20	13
III. Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten	268	332	381	474
C. Rechnungsabgrenzungsposten	43	48	48	34
Bilanzsumme	408	473	532	613

Passiva

A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	26	26	26	25
II. Kapitalrücklage	99	99	99	99
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	64	70	77	83
C. Rückstellungen	82	130	182	254
D. Verbindlichkeiten	56	85	75	80
E. Rechnungsabgrenzungsposten	81	63	73	72
Bilanzsumme	408	473	532	613

* abweichendes Geschäftsjahr, d. h. Jahresabschluss jeweils per 30.06.

Theater der Stadt Wolfsburg GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung *	Ist	Ist	Ist	Ist
	2007/2008	2006/2007	2005/2006	2004/2005
	T€	T€	T€	T€
Rohergebnis	1.695	1.644	1.640	1.615
Gesamtleistung	1.695	1.644	1.640	1.615
Personalaufwand	941	902	900	927
Abschreibungen	12	10	12	13
sonstige betriebl. Aufwendungen	754	742	738	684
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	10	10	9
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0	0	0	0
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	0	0	0	0

* abweichendes Geschäftsjahr, d. h. Jahresabschluss jeweils per 30.06.

Lagebericht der Theater der Stadt Wolfsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2007/08 (01.07.07 bis 30.06.08)

Die Spielsaison 2007/08 war durch höhere eigene Erträge, aber auch höhere Aufwendungen gekennzeichnet.

Diese Entwicklung wird durch die folgenden Daten verdeutlicht:

Anzahl der Vorstellungen

	2007/08	2006/07	Veränderung
Sprechwerke	37	39	- 2
Musikalische Werke	41	42	- 1
Konzerte	12	11	+ 1
Märchenvorstellungen	48	48	0
Märchen-Abstecher	6	6	0
Hinterbühne	13	7	+ 6
Varieté	3	3	0
Kindervorstellungen	8	8	0
	<u>168</u>	<u>164</u>	<u>+ 4</u>

Anzahl der Besucher (eigene Vorstellungen)

	2007/08	2006/07
Abonnement	38.054	39.115
Freier Verkauf	22.656	20.097
Sonderkonzerte	943	0
Märchen	29.169	29.868
Märchen-Abstecher	4.166	4.166
	<u>94.988</u>	<u>93.246</u>
Dienst- und Freikarten	3.160	3.429
	<u>98.148</u>	<u>96.675</u>

Die Zunahme der Besucherzahlen um 1.473 Personen ergibt sich aus dem Abonnement (- 1.061), dem Freiverkauf (+ 2.559), dem Sonderkonzert (+ 943), den Märchenvorstellungen (- 699) und den Dienst- und Freikarten (- 269). Die Besucherzahlen bei den Märchenabstechern blieben unverändert.

Aus den Vermietungen des Theaters sind folgende Besucherzahlen anzuführen:

Rotary Club	833
ASA Events, 2 Vorstellungen	1.666
Stadt Wolfsburg, 7 Vorstellungen	4.565
IG-Metall, 2 Vorstellungen	1.666
Theater Event	833
Tanzendes Theater, 4 Vorstellungen	3.332
Frau Zimni (Boris Eifmann)	833
Fachverband Schultheater Niedersachsen 7 Vorstellungen	3.500
	<u>17.228</u>

Theaterbesucher insgesamt:	2007/08	Vorjahr
Besucher aus Vorstellungen	98.148	96.675
Besucher im Rahmen von Vermietungen	17.228	8.330
Besucher des Bühnenballs	1.780	1.766
Besucher aus Publikumsanbindungen	<u>1.369</u>	<u>1.552</u>
	<u>118.525</u>	<u>108.323</u>

Die Erlöse und Durchschnittserlöse zeigen folgendes Bild:

	2007/08		2006/07	
	Erlöse gesamt T€	Erlöse je Besucher €	Erlöse gesamt T€	Erlöse je Besucher €
Abonnement	573	15,06	586	14,97
Freiverkauf	307	13,53	288	14,35
Sonderkonzert	37	39,71	0	0,00
Märchen	157	5,38	165	5,52
Märchen-Abstecher	16	3,85	16	3,85
	<u>1.090</u>		<u>1.055</u>	

Die Mehreinnahmen im Vorstellungsbereich sind auf die um insgesamt 1.473 Personen höhere Besucherzahl und das Sonderkonzert zurückzuführen. Im Abonnementbereich (- 12.426 €) und 1.061 Besucher weniger, im Freiverkauf (+ 18.156 €) und eine um 2.559 höhere Besucherzahl und bei den Märchenvorstellungen (- 8.264 €) und 699 Besucher weniger. Die Einnahmen bei den Märchenabstechern haben sich unwesentlich verringert (- 372 €) bei gleichbleibender Besucherzahl. Das Sonderkonzert (+ 37.451 €) wurde von 943 Personen besucht.

Die Erträge und Aufwendungen entwickelten sich wie folgt:

	2007/08 T€	2006/07 T€
Eigene Erträge	1.371	1.322
Subventionen	1.746	1.687
	-----	-----
Einnahmen gesamt	3.117	3.009
Aufwendungen gesamt	3.117	3.009
	-----	-----
	0	0

Die Subventionen setzen sich aus 1.480.010,70 € von der Stadt Wolfsburg und 266.000,00 € Spende von der Volkswagen AG zusammen.

Für die Spielzeit 2008/2009 wird weiterhin ein reger Besucherzuspruch erwartet. Die Tendenz in der neuen Saison zeigt leicht geringere Abonnementzeichnungen und eine sehr gezielte Nachfrage im Freiverkauf. Die Entwicklung ist aber nicht besorgniserregend.

Die Risiken der künftigen Geschäftsentwicklung können darin begründet sein, dass die zur Zeit für die Deckung der spielplanbedingten Zuschüsse und Spenden nicht in dem bisherigen Umfang zur Verfügung gestellt werden.

Auch für die Zukunft sehen wir weiterhin vorrangig unseren kulturellen Auftrag. Mit der Auswahl unserer Vorstellungen wollen wir möglichst die unterschiedlichsten Interessen bedienen, damit sich viele Menschen angesprochen fühlen. Mit der Bandbreite unseres Angebotes wollen wir die gute Besucherauslastung unseres Theaters festigen.

Die Chancen sehen wir vor allem darin, durch einen den Geschmack unseres Publikums treffenden Einkauf von Theaterstücken gute wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen.

Wolfsburg AG

Anschrift

Forum Autovision
Major-Hirst-Str. 11 A
38442 Wolfsburg

im Internet: www.wolfsburg-ag.com
e-Mail: info@wolfsburg-ag.com

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		10.100.000 €
Stadt Wolfsburg	50%	5.500.000 €
Volkswagen AG	50%	5.500.000 €

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungsentwicklung schwerpunktmäßig am Standort Wolfsburg und in der Region. Dies soll vor allem durch Förderung von Existenzgründungen, verstärkte Ansiedlung und Betreuung von automobilmahen Industrie- und Gewerbebetrieben, Entwicklung eines Erlebnis-/Themenparks zur Erhöhung der Attraktivität der Stadt Wolfsburg und Betrieb einer Personalserviceagentur erreicht werden.

Organe der Gesellschaft

Hauptversammlung

Bärbel Weist
Hiltrud Jeworrek (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Prof. Rolf Schnellecke	Vorsitzender	Björn Kirste	
Dr. Horst Neumann	Stellv. Vorsitzender	Oliver Syring	
Klaus Dierkes		Heide Schnare	
Ralf Krüger	bis 28.10.2007	Prof. Dr. Markus Karp	
Günter Lach		Bernd Wehlauer	
Prof. Dr.-Ing. Werner Neubauer		John Kreuschmer	
Reinhard Jung	bis 30.09.2007	Volkhard Plonz	
Wolfgang Schulz		Siegfried Fiebig	ab 16.11.2007
Bernd Osterloh		Hans-Georg Bachmann	ab 16.11.2007
Michael Grabinski	bis 31.12.2007	Dr. Peter Kralijc	bis 16.02.2007

Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Bernd Wilhelm	ab 01.05.2007
Thomas Krause	ab 01.09.2007
Frank Poerschke	ab 01.10.2007
Henning Eckel	bis 31.08.2007

Beteiligungen

Marketing- und Servicegesellschaft Allerpark mbH i. L.	10,20%
electronicHealthProject Wolfsburg GmbH	5,20%

Wolfsburg AG

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004
	T€	T€	T€	T€
Aktiva				
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	173	250	296	264
II. Sachanlagen	68.006	71.671	113.715	87.917
III. Finanzanlagen	123	276	179	113
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.310	33.477	19.582	25.841
II. Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten	487	153	141	194
C. Rechnungsabgrenzungsposten				
	18	46	42	72
Bilanzsumme	102.117	105.873	133.955	114.401

Passiva

A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital	10.100	10.100	10.100	10.100
II. Kapitalrücklage	30	31	16.691	16.691
III. Gewinnrücklagen	774	761	760	760
IV. Bilanzgewinn/ -verlust	261	16.681	-2.654	-23
B. Rückstellungen				
	33.694	20.680	22.061	25.828
C. Verbindlichkeiten				
	33.471	32.835	61.217	34.277
D. Rechnungsabgrenzungsposten				
	23.787	24.785	25.780	26.768
Bilanzsumme	102.117	105.873	133.955	114.401

Wolfsburg AG

Gewinn- und Verlustrechnung	Ist	Ist	Ist	Ist
	2007	2006	2005	2004
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	70.186	26.344	28.829	63.022
sonstige betriebliche Erträge	7.073	27.205	18.487	27.109
Gesamtleistung	77.259	53.549	47.316	90.131
Personalaufwand	50.311	22.561	25.645	55.501
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.094	5.583	4.767	4.319
sonstige betriebliche Aufwendungen	21.681	21.236	18.141	24.164
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	951	147	98	486
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.274	2.146	1.370	1.367
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	850	2.170	-2.509	5.266
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	475	-688		5.228
sonstige Steuern	122	182	121	61
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	253	2.676	-2.630	-23

Lagebericht 2007 der Wolfsburg AG

Allgemeines

Die personelle und sachliche Trennung der administrativen Bereiche infolge der beschlossenen Entflechtung der Wolfsburg AG und der AutoVision GmbH wurde in 2007 abgeschlossen.

Als wesentlicher Meilenstein sind die vertraglichen Regelungen zwischen der Wolfsburg AG und der AutoVision GmbH zur PersonalServiceAgentur vereinbart worden. Die strategische Ausrichtung und der Vertrieb sowie die steuernden Funktionen verbleiben bei der Wolfsburg AG.

PersonalServiceAgentur

Der Geschäftsbereich PersonalServiceAgentur (PSA) vermittelt im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung temporär Zeitarbeitskräfte an externe Kunden.

Während die Wolfsburg AG an den Standorten Hannover, Braunschweig, Salzgitter, Kassel und Emden ausschließlich die Volkswagen AG bedient, erweitert sich der Kundenkreis in Wolfsburg neben der Volkswagen AG auch auf die Töchter der Volkswagen AG und auf Kunden des Drittmarktes.

Derzeit werden die Zeitarbeitskräfte schwerpunktmäßig in produktiven Bereichen beschäftigt. Die Anzahl der im Jahresdurchschnitt Beschäftigten belief sich in 2007 auf 1.798 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Monat gegenüber einer geplanten Anzahl von durchschnittlich 588 Zeitarbeitskräften pro Monat. Die tatsächlich durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten in den einzelnen Standorten stellt sich wie folgt dar:

Wolfsburg:	976
Hannover:	351
Braunschweig:	72
Salzgitter:	36
Kassel:	246
Emden:	117

Der Höchststand an Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmern wurde im Dezember 2007 mit einer Gesamtzahl von 3.004 erreicht.

Die Gesamtzahl der Kunden lag in 2007 bei 43; somit 4 unter der Anzahl des Vorjahres.

Die Krankenquote der beschäftigten Zeitarbeitskräfte lag mit 3,4 % deutlich unter der Quote des Vorjahres (4,9 %).

Der Geschäftsbereich PSA hat im Geschäftsjahr Umsatzerlöse von € 60,4 Mio. erzielt (Vorjahr € 17,5 Mio.).

In ein festes Arbeitsverhältnis nach Zeitarbeit wurden 2007 insgesamt 131 Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer von Kunden übernommen.

Nach der für 2008 geplanten Anzahl von Zeitarbeitnehmern wird von einer positiven Ergebnisentwicklung ausgegangen.

Zielsetzung für die nächsten Jahre ist es, neben einer stabilen Auftragslage beim Kunden Volkswagen AG, das Zeitarbeitsgeschäft weiter zu diversifizieren. Die strategische Umsetzung soll in zweierlei Hinsicht geschehen: Einmal durch verstärkten Einsatz von Zeitarbeitskräften in höherwertigen Segmenten bei der Volkswagen AG; z.B. dem Einsatz von Facharbeitern, Sachbearbeitern und Ingenieuren. Des Weiteren durch das Erschließen von neuen Kunden in automotivunabhängigen Bereichen; z.B. in den Bereichen Gesundheitswirtschaft und in der Dienstleistungsbranche.

InnovationsCampus

2007 konnte sich das "Gründungsgeschäft" auch unter veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen erneut gut behaupten. Im abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden in Wolfsburg 55 Unternehmensgrün-

dungen bzw. Ansiedlungen (2006: 54) mit insgesamt 171 Arbeitsplätzen (2006: 465) verzeichnet (davon 86 aus dem Wachstum von Bestandsunternehmen). Damit begleitete der InnovationsCampus (ICW) seit 1997 insgesamt 394 Gründungen bzw. Ansiedlungen mit 2.348 Arbeitsplätzen in Wolfsburg und der Region. Überproportional stark profitierte dabei wie auch in den Vorjahren der Dienstleistungssektor, so dass die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur in Wolfsburg weiter vorangetrieben werden konnte.

Als attraktive "Investitionsobjekte" für den Kapitalmarkt erwiesen sich die ICW-betreuten Unternehmen auch in 2007: Mehr als 1,6 Mio. € gab es an Eigen- und Fremdkapitalzuflüssen zu verzeichnen, die mit Hilfe des ICW für neue und bestehende Gründungen/Ansiedlungen akquiriert werden konnten (2006: 3,8 Mio. €).

Ebenso gefragt war der InnovationsCampus als Standortadresse: Mit einer jahresdurchschnittlichen Auslastung von über 92 % ist die vorhandene Belegkapazität praktisch erschöpft. Aber nicht nur im Vermietungsgeschäft, sondern auch durch die Vermarktung weiterer ICW-Dienstleistungen konnten Beiträge zur Ergebnissicherung und –steigerung der WOB AG insgesamt geleistet werden.

Gesteigert werden konnte auch die Besucherzahl von ICW-Veranstaltungen: die 41 Angebote, darunter die Reihe „Unternehmerqualifikation“ sowie die Unternehmerstammtische und Coaching-Abende, erreichten über 1.500 Teilnehmer (2006: 1.375 Teilnehmer).

Neben diesen Aktivitäten lag ein besonderer Handlungsschwerpunkt 2007 auf Initiativen für neue Geschäfts- und Beteiligungsmodelle sowie technologieorientierte Projekte (6 Projekte).

Für 2008 zeichnet sich ab, dass das Gründungsgeschäft auf ähnlich hohem Niveau weitergeführt werden kann. Im Bereich der Kunden- und Nachwuchsgewinnung ist eine Regionalisierung des Gründungswettbewerbes „promotion school“ geplant. Die gestarteten Leitprojekte sollen weitergeführt und – bei technischer und wirtschaftlicher Machbarkeit sowie möglichst hoher Beschäftigungsrelevanz – umgesetzt werden.

Eine besondere Herausforderung liegt in der ungebrochen hohen Nachfrage nach ICW-Flächen, die einerseits aus dem Wachstum erfolgreicher Gründungs- und Ansiedlungsunternehmen, andererseits aus neuen Anforderungen aus dem Konzernumfeld und der Zulieferindustrie resultiert.

MobilitätsWirtschaft

LieferantenAnsiedlung, Netzwerk/Nachhaltigkeit + Wirtschaft (N+), Messen und Kongresse- IZB

Im Jahr 2007 versorgte der Geschäftsbereich MobilitätsWirtschaft die Automobilzulieferer am Standort Wolfsburg mit einem breit gefächerten Beratungs- und Serviceangebot. Die Erfahrungen, Kompetenzen und guten Kontakte zu allen wirtschaftsrelevanten Stellen in der Region zeichnen die erfolgreiche Arbeit des Geschäftsfeldes für Betriebe und Beschäftigung in der Region aus. Insgesamt wurden 178 Beratungsgespräche geführt und 52 Unternehmen vor Ort besucht. Die LieferantenAnsiedlung verfügt über einen umfangreichen Datenkontaktpool der den Unternehmen als Kompetenznetzwerk zur Verfügung gestellt wurde und auf den dank modernster Informationstechnik schnell und unbürokratisch zurückgegriffen werden kann. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres neun Unternehmen im Stadtgebiet angesiedelt. Um die mittel- und langfristige Entwicklung als Zuliefererstandort sicher zu stellen, begleitete der Geschäftsbereich intensiv die Planungen für den Ausbau vorhandener Gewerbeflächen in enger Kooperation mit der Stadt Wolfsburg. Vor dem Hintergrund globaler Sourcingstrategien hat neben der Ansiedlung neuer Firmen der Bereich der Bestandssicherung von Unternehmen einen hohen Stellenwert eingenommen, um in dem sich permanent verschärfenden Wettbewerb der Standorte um Unternehmen und Arbeitsplätze ein unverwechselbares Profil zu bekommen. So haben Bestandsunternehmen in 2007 ca. 450 Arbeitsplätze neu/wieder besetzt, damit verbunden waren Gesamtinvestitionen von rund 13,8 Mio. €.

Initiiert als regionale Leistungsschau im Jahr 2001, entwickelte sich die Internationale Zuliefererbörse innerhalb kürzester Zeit zu einer der größten Zuliefererfachmessen der Automobilindustrie in Europa und stellt inzwischen ein unverzichtbares Forum für den globalen Automobilzulieferermarkt dar. Im Fokus des Aufgabenfeldes IZB, Messen und Kongresse standen daher auch die Vorbereitungen für die 5. Internationale Zuliefererbörse 2008, die vom 29. bis zum 31. Oktober 2008 stattfinden wird. Durch die Optimierung

des Messelayouts konnte die Ausstellungsfläche noch einmal vergrößert werden, so dass der gestiegenen Flächennachfrage Rechnung getragen werden kann. Im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Partnerland Indien wurden die operativen Weichen für die Durchführung eines Indisch-Deutschen Automobilkongress am 28. Oktober 2008 gestellt. Neben diesen hochrangigen Veranstaltungen wurde in enger Abstimmung mit der Volkswagen AG die Unterstützung für die Durchführung der VDI/ VW Fachtagung Integrierte Sicherheit und Fahrerassistenzsysteme vorbereitet.

Der Geschäftsbereich Nachhaltigkeit + Wirtschaft (N+) generiert Projekte und vermittelt Produkte mit nachhaltigen Zielstellungen. Auf diese Weise unterstützt N+ die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur am Standort Wolfsburg und trägt zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten bei. Neben der im Dezember 2006 in Betrieb genommenen 2-Megawatt-Biogasanlage in Wolfsburg untersucht N+ gemeinsam mit Partnern aus der Wissenschaft und Wirtschaft weitere Möglichkeiten zur stofflichen und energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen in der Region. U.a. wurde ein Projekt zur Vertankung von Biogas initiiert.

Darüber hinaus koordiniert N+ im Rahmen der Landesinitiative Brennstoffzelle ein neues Projekt unter Beteiligung mehrerer KMU zur Herstellung von Komponenten für die PEM-Brennstoffzelle. Hiermit werden die Kompetenz und die Vorteile einer Ansiedlung in Wolfsburg weiter ausgebaut.

GesundheitsWirtschaft

Der Geschäftsbereich **GesundheitsWirtschaft** war 2007 aktiv in den Bereichen Gesundheitsförderung im Kinder- und Erwachsenenalter (careyoung, „gesund von klein auf“, Forum Gesundheit), Beratung zu und Umsetzung von wirtschaftlichen Chancen der demografischen Entwicklung (Geschäftsstelle LINGA - Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag, themenspezifische Gründerunterstützung und Ansiedlung), innovative Produktentwicklung (MobileLifeBox) sowie elektronische Gesundheitskarte (Geschäftsführung eHP Wolfsburg GmbH).

Die Wolfsburg AG betreibt im Auftrag der Landesregierung die Geschäftsstelle LINGA („Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag“). Das landesweite Netzwerk umfasst inzwischen 60 Partner. In Wolfsburg wurden u.a. vier Veranstaltungen und Kongresse zu den Themen Demografischer Wandel, Wohnen im Alter und Fahrzeuge der Zukunft, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen durchgeführt. Zusätzlich organisierte die LINGA als Kooperationspartnerin 24 landesweite Veranstaltungen bzw. stellte dafür Referenten zur Verfügung. Damit hat sich die Wolfsburg AG als Kompetenzträgerin für demografische Entwicklung etabliert und einen Beitrag zur Bewältigung des demografischen Wandels am Standort Wolfsburg geleistet. Für 2008 ist eine Erhöhung des Fördervolumens um 100 % auf 120.000 € angekündigt.

Das Konzept zur gesundheitlichen Prävention für Kinder „careyoung“ wurde auf vier Kindergärten ausgeweitet. Dieses Nonprofitmodell mit regionalen Kooperationen bildet die Grundlage für ein spezifiziertes Gesundheitsförderprojekt „gesund von klein auf“. Es wird bis 2010 auf 42 Kindertagesstätten in Wolfsburg ausgeweitet und von der Wolfsburg AG für die Auftraggeber Deutsche BKK und Stadt Wolfsburg durchgeführt. Nachhaltiges Engagement des Geschäftsfeldes zur Verbesserung des Gesundheitswesens vor Ort und die Steigerung der Standortattraktivität sind dabei grundlegende Zielsetzungen.

Das „Forum Gesundheit“ der Wolfsburg AG bietet Kurse für Privatpersonen und Betriebe zur Gesundheitsförderung am Standort Wolfsburg an. Die kontinuierliche Ausweitung des Kursangebotes (von 55 in 2006 auf 85 Kurse in 2007), sowie die steigende Teilnehmerzahl (von 600 TN in 2006 auf rund 1000 TN in 2007) bestätigen den Erfolg des Angebotes.

Die eHP Wolfsburg GmbH koordiniert den Feldtest in Wolfsburg für die elektronische Gesundheitskarte im Auftrag der Bundesregierung und hat inzwischen einschließlich der Wolfsburg AG 14 Mitgesellschafter (Leistungserbringerorganisationen und Kostenträger des Gesundheitswesens). Die Wolfsburg AG hält daran gut 5 Prozent Anteile. Die erste Testphase hat im Herbst 2007 erfolgreich begonnen. In 2008 starten die Beteiligten (25 niedergelassene Ärzte, 14 Apotheken, das Klinikum Wolfsburg und 10.000 Versicherte) mit der zweiten Testphase.

Für die „MobileLifeBox“ (innovativer Auto-Verbandkasten) wurden 4 Teilpatente von der Wolfsburg AG initiiert und angemeldet. Die AutoVision GmbH hat im Februar 2008 eine Markt- und Potenzialanalyse im Auftrag gegeben. Von deren Ergebnis ist abhängig, ob eine Serienfertigung mit bis zu 15 Leistungsgewandelten Volkswagenmitarbeitern stattfindet.

FreizeitWirtschaft

Der Geschäftsbereich FreizeitWirtschaft der Wolfsburg AG hat die Umsetzung der im Jahr 2006 auf Basis des vom Rat der Stadt Wolfsburg im Jahr 2000 verabschiedeten Masterplans entwickelten Strategie fortgeführt und konnte erste Projekte erfolgreich abschließen.

Im August eröffnete die „Insel“ (Invest 145 T€, 4 Arbeitsplätze), ein gastronomisch geprägter Steg direkt vor dem Kolumbianischen Pavillon. Im Dezember wurde die Sogoon SoccaFive Arena Wolfsburg (Invest 4,2 Mio. €, 23 Arbeitsplätze) der Firma NEWSports GmbH eingeweiht. Dieses Projekt benötigte von der ersten Kontaktaufnahme bis zur Einweihung 13 Monate, was von allen Beteiligten als Beispiel für eine gelungene Projektentwicklung bezeichnet wurde. Schließlich eröffnete im Dezember 2007 das Designer Outlet Center Wolfsburg (D.O.W, Invest ca. 45 Mio. €, 350 Arbeitsplätze). Mit seinen erwarteten 1,5 Mio. Besuchern im Jahr leistet dieses Projekt einen bedeutenden Beitrag bei der Entwicklung Wolfsburgs zu einer touristischen Destination.

Darüber hinaus hat der Geschäftsbereich die Stadt unterstützt, am Nordkopf ein neues Businesshotel der 4-Sterne-Kategorie anzusiedeln. Hierfür gab es im Juli einen entsprechenden Ratsbeschluss.

Das Projekt Landleben konnte aufgrund verschiedener Umstände (Brände etc.) leider kein erfolgreiches erstes Geschäftsjahr verzeichnen. Hier arbeitet der Geschäftsbereich eng mit den Eigentümern und Kreditgebern an einer zukunftsorientierten Lösung, die im Jahr 2008 umgesetzt werden soll. Im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgabenstellung hat der Geschäftsbereich FreizeitWirtschaft mit der Bespielung und der Vermarktung des Allerparks begonnen. Das erste Jahr des Allerparkmanagements war davon geprägt, Arbeitsbeziehungen zu den Betreibern im Park und den Schnittstellen der Stadt aufzubauen. Durch eine erfolgreiche Umsetzung mehrerer Veranstaltungen wird der Allerpark als Ausflugsziel von den Wolfsburger Bürgern wahrgenommen, und als Ort für Events von Veranstaltern nachgefragt.

Darüber hinaus wurde die Basis für eine umfassende Vermarktungskampagne gelegt (Auswahl einer Agentur, Erstellung eines Logos, Internetauftritt www.allerpark.info). Darauf aufbauend sollen im Jahr 2008 verschiedene Werbemaßnahmen umgesetzt werden, die den Allerpark mit seinen attraktiven Komponenten stärker in den Blickpunkt rücken.

Das im Jahr 2006 entwickelte Geschäftsmodell zur Generierung zusätzlicher Einnahmen durch Beratungsleistungen für Dritte ist im Jahr 2007 mit einem ersten Auftrag für die Nürburgring GmbH erfolgreich gestartet worden. Hier zeigen sich weitere Ansätze, die es im Jahr 2008 aufzugreifen gilt.

Im Jahr 2008 wird an der Entwicklung von weiteren Projekten im Allerpark gearbeitet, um ihn in seiner Attraktivität nachhaltig zu stärken. Parallel sollen Veranstaltungen sowie Werbemaßnahmen und ein einheitliches Management dazu dienen, den Allerpark in seiner positiven Wahrnehmung zu fördern. Auch am Nordkopf sind im Einvernehmen mit der Stadt Wolfsburg als Grundstückseigentümer und Planungsträger Entwicklungen angedacht, um einen neuen urbanen Mittelpunkt mit attraktiven Inhalten zu schaffen. Neben diesen Schwerpunkten wird der Geschäftsbereich FreizeitWirtschaft versuchen, zusätzliche Einnahmen über Beratungsleistungen für Dritte zu generieren, um einen Beitrag zu nachhaltigen Diversifizierung der Einnahmequellen der Wolfsburg AG zu leisten.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Berichtspflichtige Ergebnisse oder Entwicklungen nach dem Bilanzstichtag sind nicht eingetreten.

Risikobericht

Bei der Durchführung der satzungsgemäßen Aktivitäten der Wolfsburg AG ist eine enge Einbindung der Aktionäre gegeben. Entwicklungsmaßnahmen der Gesellschaft und ihrer Geschäftsfelder werden nach Konkretisierung und vor der Umsetzung mit den Gesellschaftern Stadt Wolfsburg und Volkswagen AG abgestimmt.

Die PersonalServiceAgentur fokussiert sich überwiegend auf die Belange der Volkswagen AG und ihrer Tochtergesellschaften. Geschäftsimmanente Risiken resultierend aus Schwankungen im Automobilbereich wird mit einer vorsichtigen Planung Rechnung getragen. Die Mitarbeiter in der Arbeitnehmerüberlassung besitzen überwiegend zeitlich befristete Arbeitsverträge.

Gegenwärtig ist für die nähere Zeit keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklung zu erkennen.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Vermögens- und Finanzsituation der Gesellschaft ist insgesamt geordnet.

Die Bilanzsumme des Geschäftsjahres in Höhe von 102 Mio. € hat sich gegenüber dem Vorjahr (105 Mio. €) nicht wesentlich verändert.

Neben dem noch bestehenden Darlehen KfW, welches planmäßig getilgt wird, und den kurzfristig zur Rückzahlung anstehenden Verpflichtungen, vornehmlich gegenüber der Volkswagen AG, stehen am Bilanzstichtag Aktivposten mit entsprechender Fristigkeit gegenüber. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft ist durch die Einbindung in das Cash-Pooling der VW AG jederzeit gewährleistet.

Die Gesellschaft weist zum Bilanzstichtag einen Bilanzgewinn in Höhe von 261 T€ aus. Darin enthalten ist der Jahresüberschuss in Höhe von 253 T€. Damit liegt die Wolfsburg AG über dem Ziel der Budgetplanung 2007. Die Eigenkapitalquote beträgt 10,9 %. Es wurde ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 850 T€ (Vorjahr 2.170 T€) erreicht.

Das positive Ergebnis ist im Wesentlichen auf eine Steigerung der Anzahl der Zeitarbeitnehmer im Jahresdurchschnitt zurück zu führen, welche im Anhang erläutert wird. Dies wird auch durch die Steigerung der Umsatzerlöse des Geschäftes aus der PersonalServiceAgentur belegt.

Mitarbeiter

Die Mitarbeiterzahlen entwickelten sich zum Bilanzstichtag von 1016 im Vorjahr auf 3079 im Geschäftsjahr 2007. (Kernmitarbeiter 75, Zeitarbeitnehmer 3004; Vorjahr 190/826). Die Zahlen im Geschäftsbereich PersonalServiceAgentur zeigen insbesondere ab Juli 2007 einen positiven Anstieg.

Ausblick

Zielsetzung der Wolfsburg AG ist zum einen die weitere Stabilisierung in den 'klassischen' Geschäftsfeldern, zum anderen werden parallel dazu Projekte auf den Innovationsfeldern Umwelt und Energie sowie Gesundheit und Regionale Bildungslandschaft als regionales Netzwerk initiiert bzw. verstärkt bearbeitet.

Aufgrund der stabilen Auftragslage im Geschäftsbereich PersonalServiceAgentur, wird das Zeitarbeitsgeschäft weiter diversifiziert. Positive Perspektiven, was die Marktsituation und Marktentwicklung zeigen, bestätigen dies aktuell. Ein weiteres Ziel der Wolfsburg AG ist die stärkere Ausrichtung auf das Thema Regionale Bildungslandschaft im automotiven Kontext.

Auf dem Sektor Umwelt und Energie leistet die Wolfsburg AG einen aktiven und strategisch wichtigen Beitrag durch Installation einer Solaranlage. Die Aktivitäten zur weiteren Nutzung von Biogas als CO₂ – neutraler Energieträger bestätigen ebenfalls diese strategisch bedeutsame Ausrichtung. Damit verstärkt die Wolfsburg AG ihre aktive Rolle auch in der regionalen Strukturentwicklung.

Die Aktivitäten auf dem Sektor GesundheitsWirtschaft berücksichtigen insbesondere auch den demografischen Wandel.

Die Wolfsburg AG erwartet ein ausgeglichenes Ergebnis für das kommende Geschäftsjahr. Dies wird zum einen durch die günstige Markt- und Wettbewerbssituation unterstützt, zum anderen aber auch durch ein stringentes Kostenbewusstsein.

Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung - kommunale Anstalt der Stadt Wolfsburg

Anschrift

Dieselstr. 36
38446 Wolfsburg

im Internet: www.was-wolfsburg.de/
e-Mail: was@was.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	5.801.487 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben der Stadt Wolfsburg als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz vom 27.09.1994, dem Nds. Abfallwirtschaftsgesetz vom 14.07.2003 sowie dem Nds. Straßengesetz (Straßenreinigung) in der Fassung vom 24.09.1980 in ihren jeweils gültigen Fassungen.
- (2) Aufgaben des kommunalen Unternehmens sind die dem bisherigen Geschäftsbereich Abfallwirtschaft übertragenen Aufgaben, insbesondere die Abfalldeponie mit allen Infrastruktureinrichtungen sowie Bioabfallkompostierungsanlage und Abfallumschlagsanlage, die Abfallabfuhr, die Straßenreinigung mit Winterdienst, der Containerdienst, die Zentrale Fahrzeugwerkstatt mit Fahrzeugankauf und Tankstelle, der Verkauf von Kompost und der Betrieb der Mobilien Bedürfnisanstalten. Das Unternehmen kann die Aufgaben unter den jeweils geltenden gesetzlichen Voraussetzungen auch für andere Gemeinden wahrnehmen.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat

Werner Borchering	Vorsitzender
Christine Fischer	
Peter Kassel	
Günter Lach	
Klaus Schröder	
Elke Braun	
Hiltrud Jeworrek	
Frank Helmut Zaddach	
Andreas Klaffehn	
Antonio Zanfino	
Eric Simon	
Ewald Slink	
Anne-Kathrin Wentland	
Siegfried Kobelke	

Vorstand

Dr. Herbert Engel

Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung - kommunale Anstalt der Stadt Wolfsburg (Gründung 2005)

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	37	25	30
II. Sachanlagen	14.937	16.384	17.799
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	345	365	322
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.985	9.751	11.214
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	13.529	16.036	7.761
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	2
Bilanzsumme	43.836	42.565	37.128

Passiva

A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.801	5.801	5.801
II. Rücklagen			
1. Investitionsrücklage	1.979	2.255	1.945
2. Gebührenausgleichsrücklage	7.899	6.641	4.753
III. Gewinn			
1. Gewinnvortrag	983	2.198	
2. Einstellung in die Investitionsrücklage	-321	-310	
3. Einstellung in die Gebührenausgleichsrücklage	-662	-1.888	
4. Jahresgewinn	2.464	1.273	2.488
5. Abführung Eigenkapitalverzinsung	-290	-290	-290
B. Rückstellungen	13.900	12.304	11.414
C. Verbindlichkeiten	12.083	14.018	9.892
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	563	1.125
Bilanzsumme	43.836	42.565	37.128

Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung - kommunale Anstalt der Stadt Wolfsburg (Gründung 2005)

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	18.451	21.422	21.003	20.131
Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen				-16
sonstige betriebliche Erträge	758	388	300	738
Gesamtleistung	19.209	21.810	21.303	20.853
Materialaufwand	8.669	7.931	7.248	5.340
Personalaufwand	8.475	7.412	7.696	7.486
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.932	2.292	2.970	3.260
Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen	1.095	1.137		
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.096	955	2.196	2.222
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	202	793	481	351
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	470	391	370	359
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.326	2.485	1.304	2.537
sonstige Steuern	50	21	31	49
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	-2.376	2.464	1.273	2.488

Lagebericht 2007 der Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung

I. Allgemeines

Das Unternehmen führt den Namen "Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung - kommunale Anstalt der Stadt Wolfsburg" (WAS). Die WAS besitzt Dienstherrenfähigkeit und Satzungsbezug.

Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung der WAS werden nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs aufgestellt und geprüft. Bei der Prüfung des Jahresabschlusses ist § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz entsprechend zu berücksichtigen. Außerdem gelten die Bestimmungen der NGO über die Prüfung des Jahresabschlusses bei kommunalen Anstalten in ihrer jeweils geltenden Fassung.

Der aufzustellende Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und der Stellenübersicht. Des Weiteren wird zusammen mit dem Wirtschaftsplan ein Finanzplan aufgestellt.

II. Angaben zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2007

Die WAS schließt das Jahr 2007 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 2.464.224,03 € ab, obwohl aufgrund der Ergebnisvorträge der Vorjahre (Wirtschaftsplan 2007) ein durch diese gedeckter Verlust in Höhe von 1.735.284 € eingeplant war.

Bei der Ausgliederung des Amtes Abfallwirtschaft und Straßenreinigung zum 01.01.1997 wurde die Deponie Weyhausen dem Vermögen des neu geschaffenen Regiebetriebes "Geschäftsbereich Abfallwirtschaft der Stadt Wolfsburg" zugeordnet.

Die Stadt Wolfsburg hat während des Betriebes der Deponie Weyhausen durch dieses Amt keine Rückstellungen für Rekultivierungs- und Nachsorgekosten gebildet. Die Bildung dieser Rückstellung ist jedoch handelsrechtlich für einen Regiebetrieb zwingend geboten, da die Stadt Wolfsburg aufgrund abfallrechtlicher Vorgaben zur Rekultivierung und Nachsorge gesetzlich verpflichtet ist und in der Bilanz eines Regiebetriebes ein solcher Aufwand dargestellt werden muss.

Im Zuge der Umwandlung des Regiebetriebes in eine Anstalt öffentlichen Rechts hat die Stadt Wolfsburg im Dezember 2004 eine Erklärung des Inhalts abgegeben, wonach die Stadt diejenigen Kosten des Regiebetriebes Abfallwirtschaft übernimmt, die für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie der Stadt Wolfsburg entstehen und für die in der Vergangenheit keine Rückstellungen in ausreichender Höhe gebildet worden sind und eine Umlage auf zukünftige Gebühren gemäß § 12 Abs. 3 Nr. 5 des Niedersächsischen Abfallgesetzes nicht erfolgt. Durch diesen Ratsbeschluss sind die vorbezeichneten Rückstellungen seit dem Stichtag 31. Dezember 2004 entbehrlich geworden. Dementsprechend war in der Eröffnungsbilanz der WAS zum 1. Januar 2005 sowie im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 kein Ansatz dieser Rückstellungen erforderlich.

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften ist eine Ablagerung von Siedlungsabfällen auf der Deponie seit dem 01.06.2005 nicht mehr möglich. Für zukünftige und ausschließlich auf den Betrieb entfallende Belastungen, die aus den notwendigen Nachsorgeverpflichtungen der Abfalldeponie Wolfsburg erwachsen, wurde im Berichtsjahr in angemessenem Umfang vorgesorgt.

Bei der Betrachtung des Ergebnisses ist zu berücksichtigen, dass die Eigenkapitalverzinsung von 290 T€ an die Stadt Wolfsburg abgeführt wurde. Des Weiteren werden nach Feststellung der Betriebsabrechnung der kostenrechnenden Einrichtung sich ergebende Überschüsse/Unterdeckungen der Gebührenaussgleichsrücklage zugeführt bzw. entnommen.

Die im Rahmen der Tätigkeiten der DSD AG bestehende Abstimmungsvereinbarung für die Erfassung von Altglas wurde geändert und die Nebenentgeltvereinbarung wurde bis Ende 2009 verlängert. In ihr sind die Entgeltanpassungen wegen neuer dualer Systembetreiber geregelt. Hierzu wurden auch mit zwei neu in Niedersachsen festgestellten Systembetreibern Verträge geschlossen.

Der Ende 2006 ausgelaufene Verwertungsvertrag für Altpapier konnte um ein weiteres Jahr zu gleichen Konditionen verlängert werden. Insofern haben sich die Befürchtungen bez. einer Entwicklung zu geringeren Erträgen aus der Verwertung nicht bestätigt. Die Marktlage wird hier weiter beobachtet, um rechtzeitig auf Änderungen reagieren zu können.

Risikomanagementsystem und bestehende Risiken und Chancen

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich verpflichtet auch öffentliche Einrichtungen, bei denen die Wirtschaftsführung nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgt, unter anderem zur Einrichtung eines Risikomanagement-Überwachungssystems.

Die WAS betrachtet ein vorausschauendes Risikomanagement als integralen Bestandteil der Betriebssteuerung. Die sich am Markt bietenden Chancen zu nutzen, dabei entstehende Risiken frühzeitig zu erkennen und mit zielgerichteten Maßnahmen zu bewältigen, ist eine permanente Aufgabe.

Die Stadt Wolfsburg als Gesellschafterin und somit auch die WAS, verfügen über eine Reihe von Steuerungs- und Überwachungssystemen, insbesondere strategische und operative Planung, Controlling und Rechnungsprüfungsamt. In Verbindung mit den von den Betriebsbereichen selbst ergriffenen Maßnahmen unterstützen diese den Vorstand dabei, Risikomanagement im Rahmen der Betriebssteuerung zu betreiben.

Im Hinblick auf die bestehenden gesetzlichen Vorschriften wurden die in der WAS bestehenden Frühwarnsysteme in dem eingeführten Risikomanagementsystem zusammengefasst.

Zu den ständigen Aufgaben gehört auch, dieses System fortlaufend zu optimieren sowie neu auftretende Risiken zu identifizieren und zu bewerten. Dabei stehen zur Erreichung der Betriebsziele die noch stärkere Verzahnung des Risikomanagements mit der strategischen und operativen Planung sowie die Stärkung des Controllinginstrumentariums im Hinblick auf Frühwarnindikatoren im Vordergrund.

Die operativen Einheiten überwachen die bestehenden Risiken kontinuierlich und berichten darüber im Rahmen von Planungs- und Controllingprozessen an den Vorstand. Dadurch ist sichergestellt, dass der Vorstand wesentliche Risiken frühzeitig erkennen und entsprechende Maßnahmen einleiten kann.

Das bundesweit zu verzeichnende rückläufige Aufkommen von kommunalem Restabfall spiegelt sich auch bei den von der WAS - Bereich Entsorgungszentrum - erfassten Mengen wieder. Maßgeblich hierfür sind die Aktivitäten zur Vermeidung von Abfällen und zu einer Intensivierung der Wertstoffsammlung. Im Bereich der hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle führen nicht nur Vermeidungsstrategien zu einem Rückgang der Abfallmengen, sondern auch die auf Grund der unverändert unklaren Abgrenzung der Begriffe Verwertung und Beseitigung durch das KrW-/AbfG eröffnete Möglichkeit, Abfälle per Deklaration des Abfallbesitzers verschiedenen Entsorgungszwecken zuzuführen.

Die weitere Liberalisierung in der Abfallwirtschaft wird auch 2008 Thema bleiben. Die EU-Rechtssprechung führt zu immer neuen Vorgaben und Restriktionen. Der Forderung des Dachverbandes der kommunalen Entsorgungswirtschaft mit der Strategie 2020 einer Daseinsvorsorge auf hohem technischem und wirtschaftlichem Niveau möchte die WAS auch in den kommenden Jahren gerecht werden. Die Bundesregierung hat ein klares Bekenntnis zur kommunalen Abfallwirtschaft unter Beibehaltung des Steuerprivilegs abgegeben. Die EU verfolgt dagegen nach wie vor die steuerliche Gleichstellung der öffentlichen Hand und hat entsprechende Aktivitäten entwickelt. Hier bleibt, unter Berücksichtigung der von der Vereinigung der Privaten Entsorger "BDE" angekündigten Beschwerde vor dem EuGH, die weitere Entwicklung abzuwarten. Klar ist jedoch, dass die Einführung einer Steuerpflicht erhebliche Auswirkungen auf die Kostenstruktur der WAS haben würde.

In den Bereichen Straßenreinigung und Abfallwirtschaft ist durch die erneute Verjüngung des Fuhrparks das Risiko eines Ausfalls der erforderlichen Tätigkeit weitestgehend als gering einzuschätzen.

In der Umstellung auf das neue kommunale Rechnungswesen (spätestens zum 1. Januar 2011) wird seitens der WAS kein Vorteil gesehen. Sollte die Umstellung nach den derzeitigen Regelungen vorzunehmen sein, wird dies letztlich nur zusätzlichen Aufwand (Jahresabschluss nach dem HGB und nach dem NKR) erzeugen. Die WAS verfolgt hier mit anderen kommunalen Unternehmen die Entwicklung und unterstützt die Vorschläge, welche auf eine Generierung von NKR-konformen Abschlüssen aus den HGB-Abschlüssen abzielen. Die würde die gesetzlich geforderte Konformität der Daten bei gleichzeitiger Minimierung von redundanten Arbeitsabläufen gewährleisten.

Nennenswerte bzw. eventuell bestandsgefährdende Risiken sind zurzeit nicht erkennbar. Im Übrigen wird wegen der voraussichtlichen Entwicklung auf „VI. Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2008“ verwiesen.

III. Erläuterung der erheblichen Abweichungen des Jahresabschlusses von den Ansätzen im Wirtschaftsplan

Gegenüberstellung: Wirtschaftsplan 2007 - Gewinn- und Verlustrechnung 2007-					
lfd Nr.		W-Plan 2007 T€	GuV 31.12.2007 T€	Abwei- chung T€	in %
1.	Umsatzerlöse	21.614	21.422	-192	-1
2.	Erhöhung/Verminderung des Bestandes an un- und fertigen Erzeugnissen		0	0	
3.	Sonstige betriebliche Erträge	13	388	375	n.e.
4.	Materialaufwand				
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Ware	2.084	1.664	-420	-20
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.898	6.267	-631	-9
5.	Personalaufwand				
	a) Löhne und Gehälter	7.173	5.821	-1.352	-19
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge und für Unterstützung	2.298	1.591	-707	-31
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.339	2.292	-47	-2
7.	Aufwendungen für Deponienachsorge	922	1.137	215	23
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.140	955	-185	-17
9.	Sonstige Zinsen und Erträge	522	793	271	50
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	938	391	-547	-58
15.	Außerordentliche Erträge				
16.	Außerordentliche Aufwendungen				
19.	Sonstige Steuern	92	21	-71	-77
20.	Jahresgewinn	-1.735	2.464	4.199	n. e.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Planansatz um 1 % zurückgegangen. Die Gesamtmenge der Direktanlieferungen im Entsorgungszentrum und Erträge aus Leistungen für Dritte haben sich verringert. Die Umsatzerlöse weichen deshalb um 192 T€ vom Planansatz ab.

Die Abweichung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist vor allem dadurch bedingt, dass im Planansatz nur von Mieterträgen ausgegangen worden ist. Zu erfassen waren letztendlich hier aber auch die Nachberechnungen und Gutschriften aus dem Leistungsverkehr mit der Stadt und mit Dritten (228 T€). Im Rahmen der Projekte „ARGE“ hat das Unternehmen Eingliederungshilfen vom Sozialamt und von der Bundesagentur für Arbeit in Höhe von 66 T€ erhalten. Aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen wurden Buchgewinne in Höhe von 39 T€ erzielt. Darüber hinaus konnten Rückstellungen in Höhe von 55 T€ ertragswirksam aufgelöst werden.

Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe lagen die Ausgaben für Streustoffe um 99 T€ unter dem Planansatz. Durch weitere Optimierung der Fahrzeugeinsätze und durch die Verjüngung des Fuhrparks konnten bei den Ersatzteilen, Reifen und beim Treibstoff 289 T€ eingespart werden. Ebenfalls konnten bei der Dienst- und Schutzbekleidung 28 T€, Anschaffung von Wertstoff- und Abfallsäcken 8 T€ und bei den Energiekosten 19 T€ eingespart werden. Der Wirtschaftsbedarf (betrifft u. a. Chemikalien für Sickerwasserkläranlage) ist um 23 T€ gestiegen.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen blieben um 631 T€ unter dem Planansatz. Durch den milden Winter blieben die Ausgaben für die Beauftragung von Fremdfirmen in Höhe von 778 T€ unter dem geplanten Betrag. Durch zahlreiche Maßnahmen der Vorsortierung konnte die zu verbrennende Abfallmenge reduziert werden. Dadurch blieben die Entsorgungsaufwendungen in Höhe von 344 T€ unter dem Plan. Die sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen (61 T€) und durch die Teilumgliederung der Kostenerstattung anderer Ämter (159 €) konnten gegenüber dem Ansatz im Wirtschaftsplan um 220 T€ gesenkt werden, während die betrieblichen Aufwendungen für bezogene Leistungen (510 T€), Sanierung des Betriebsgebäudes und die Teilumgliederungen der Beamtenbezüge (152 T€), Versorgungsbezüge (49 T€) zu einer Steigerung gegenüber dem Planansatz von 711 T€ führten.

Im Wirtschaftsjahr 2007 erfolgte keine tarifliche Erhöhung der Entgelte. Jeder Beschäftigte erhielt dafür eine Einmalzahlung in Höhe von 300 €. Die Auszahlung erfolgte in Teilbeträgen im April und Juli jeweils in Höhe von 150 €.

Durch effizienteren Personaleinsatz und dadurch geringeren Personalbedarf, die Nutzung von Altersteilzeit, die nicht erfolgte tarifliche Erhöhung sowie die Teilumgliederung der Beamtenbezüge blieben die Löhne und Gehälter um 1.353 T€ unter dem Planansatz.

Auch bei sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wirkten sich Einsparungen im Bereich der Entgelte aus. Der Finanzaufwand für die Abführung der steuerfreien Sanierungsgelder an die Versorgungskasse des Bundes und der Länder ist für das Jahr 2007 entfallen (Einsparung 123 T€); dies führte u. a. zu einer Unterschreitung des Planansatzes um 708 T€.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wirkten sich u. a. Einsparungen bei den Druckerei-, Kraftfahrzeugkosten, bei den sonstigen Aufwendungen und durch die Teilumgliederung zu den bezogenen Leistungen mit insgesamt 195 T€ positiv aus.

Die der Rückstellung für die Rekultivierung und Deponienachsorge planmäßig zugeführten Beträge werden der Stadt Wolfsburg als "inneres Darlehen" zur Verfügung gestellt. Die Verzinsung in Höhe von 214 T€ ist unter der Position sonstige Zinsen und ähnliche Erträge ausgewiesen. Da dieser Betrag den Rückstellungen zugeführt wird, ist er ebenso unter den Aufwendungen für Deponienachsorgeverpflichtungen zu finden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen blieben um 547 T€ unter dem Planansatz, weil die geplanten Investitionen durch bauliche Verzögerung nicht umgesetzt werden konnten.

Die an den Haushalt abzuführende Eigenkapitalverzinsung von 290 T€ stellt eine Gewinnverwendung dar und ist somit in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen auszuweisen.

Gegenüberstellung: Vermögensplan 2007 - Jahresabschluss 2007					
lfd Nr.		W-Plan 2007 T€	Jahresab- schluss 31.12.2007 T€	Abwei- chung T€	in %
	Ausgaben				
1.	Darlehenstilgungen	2.339	1.619	-720	-30
2.	Investitionen*				
	Straßenreinigung	262	119	-143	-55
	Abfallentsorgung	747	597	-151	-20
	Abfalldeponie	1.119	65	-1.054	n. e.
	Fuhrpark	210	48	-162	-77
3.	Zuführungen zu Rückstellungen Deponienachsorge	522	1.136	615	118
		5.199	3.584	-1.615	¹⁾ -16

*) ohne Anlagen im Bau

lfd Nr.		W-Plan 2007 T€	Jahresab- schluss 31.12.2007 T€	Abwei- chung T€	in %
	Einnahmen				
	Zuschüsse von Dritten	500	500	0	0
1.	Abschreibungen	2.339	2.293	-46	-2
2.	Finanzierungsmittel für Investitionen	1.238	0	-1.238	n.e.
3.	Zuführung vom Erfolgsplan	522	1.136	615	118
4.	Entnahmen aus Rücklagen				
5.	und Rückstellungen	600	600	0	0
		5.199	4.529	-670	²⁾ -3

Im Berichtsjahr wurden Investitionen (incl. Umbuchungen aus Anlagen im Bau) von 828 T€ durchgeführt. Der Bestand der geleisteten Anzahlungen auf Anlagen im Bau hat sich gegenüber dem Vorjahresbilanzstichtag um 29 T€ auf 72 T€ erhöht.

Durch bauliche Verzögerungen konnten die geplanten Investitionen nur in geringem Umfang umgesetzt werden. Zur Finanzierung des Anlagevermögens wurde im Jahr 2007 kein Darlehen aufgenommen.

Das Eigenkapital hat sich wie folgt entwickelt:			in T€
	31.12.2007	31.12.2006	
1. Stammkapital	5.801	5.801	
2. Gebührenausgleichsrücklage	7.899	6.641	
3. Investitionsrücklage	1.980	2.255	
	15.680	14.697	
4. Gewinn des Vorjahres	983		
5. Einstellung in die Gebührenausgleichsrücklage	-662		
6. Einstellung in die Investitionsrücklage	-321		
7. Jahresgewinn	2.464	1.273	
8. Abführung Eigenkapitalverzinsung	-290	-290	
	17.854	15.680	

¹⁾ Korrektur: 31%

²⁾ Korrektur: 13%

Unter den sonstigen Rückstellungen waren die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen für die Abfalldeponie, ungewisse Verbindlichkeiten gegenüber Gebührenpflichtigen, ungewisse Verbindlichkeiten für die Betriebs- und Nachsorgekosten der Abfalldeponie, ungewisse Verbindlichkeiten aus den Leistungsbeziehungen zur Stadt, Urlaubsverpflichtungen, Leistungsentgelt, Altersteilzeit, geleistete Winterdienststunden des Personals sowie die Jahresabschlusskosten zu berücksichtigen.

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:	in T€	
	31.12.2007	31.12.2006
Stand 01.01.	12.304	11.414
Zuführungen	2.689	1.964
Auflösungen	-55	-37
Inanspruchnahmen	-1.038	-1.037
	13.900	12.304

Die Umsatzerlöse wurden im Wesentlichen aus Gebühreneinnahmen für die Abfallentsorgung, Gebühren für Containerleerungen und für die Benutzung der Abfalldeponie, Gebühren für die Straßenreinigung, Erstattungen aus den Wertstoffsammlungen und Nebenleistungen im Rahmen des Dualen Systems sowie sonstigen Gebühren und Verkaufserlösen erzielt.

Als Gesamtrechtsnachfolger des Geschäftsbereichs Abfallwirtschaft nimmt das Unternehmen WAS für die Stadt Wolfsburg die Aufgaben der entsorgungspflichtigen Körperschaft seit dem 01.01.1997 wahr. Die Gebührenveranlagung und der Gebühreneinzug werden weiterhin von der Stadt Wolfsburg namens im Auftrag der WAS durchgeführt.

Grundlage der Gebührenerhebung für die Restabfallbehälter, die Deponiegebühren sowie die Entsorgung von Sonderabfallkleinmengen ist die jeweils geltende Abfallgebührensatzung. Grundlage für die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren ist die Verordnung zur Straßenreinigung der Stadt Wolfsburg und die Satzung zu Straßenreinigungsgebühren der WAS.

Angaben zu den Erträgen aus Gebühren:	in T€	
	2007	2006
Abfallgebühren	13.197	13.080
Straßenreinigungsgebühren	3.220	3.216
Benutzungsgebühren Deponie	1.430	1.485
	17.848	17.781

Dem Gebührenaufkommen standen folgende Abfallmengen gegenüber		
	2007	2006
Abfallart	Tonnage	Tonnage
Hausmüll	26.384	26.751
Baustellenabfälle	1.495	1.718
Sperrmüll	3.994	3.651
Garten- und Parkabfälle	183	39
Desinfizierte Abfälle	57	0
Sammelabfall	5	5
Papierkörbe	335	0
Stoff- und Gewebereste	1	9
Verpackungsmaterial-Kartonagen	3.592	3.274
Rechengut	19	22
Filter- und Absaugmassen	15	0
Kunststoffe, ausgehärtet	4	3
Gewerbeabfälle	7.821	7.320
Holzabfälle	0	0
Sonstige Abfälle	2	293
Abfälle zur Entsorgung	43.907	43.085
Bioabfallmengen		
- aus der Biotonnenabfuhr	14.376	13.222
- durch Selbstanlieferer	13.814	7.328
Summe	28.190	20.550

Angaben zu den übrigen Umsatzerlösen	in T€	
	2007	2006
Erstattungen Duales System	1.813	1.758
Sonstige Entgelte	1.761	1.464
	3.574	3.222

Personalaufwand	in T€	
	2007	2006
Beamtenbezüge	0	0
Gehälter	1.498	1.588
Löhne	4.133	4.259
Vorruhestandsgelder/Altersteilzeit	183	126
BSHG-/ABM-Kräfte	0	0
Sonstige Personalkosten/Jubiläumzahlungen	0	2
Zu-/Abnahme der Rückstellungen für Urlaubsverpflichtungen	7	-75
	5.821	5.900
AG-Anteil zur Sozialversicherung	1.146	1.216
Altersversorgung	400	530
Gesundheitsvorsorge	24	29
Gemeinde-Unfallversicherung	17	17
Beihilfen und Unterstützungen	4	4
	1.591	1.796
Gesamt	7.412	7.696

Die Entgelte wurden im Wirtschaftsjahr auf Grund des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) vom 13.09.2005 gezahlt. Außerdem erhielten die MitarbeiterInnen aufgrund des Tarifvertrages zur Überleitung der Beschäftigten der kommunalen Arbeitgeber in den TVöD und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-VKA) vom 13.09.2005 eine Einmalzahlung in Höhe von 300,00 €, die in zwei Teilbeträgen von jeweils 150,00 € in den Monaten April und Juli gewährt wurden.

Die Jahressonderzahlung betrug in den Entgeltgruppen 1 bis 8 90 v. H., in den Entgeltgruppen 9 bis 12 80 v. H. und in den Entgeltgruppen 13 bis 15 60 v. H. des durchschnittlich gezahlten monatlichen Entgelts der Monate Juli, August und September.

Mit Inkrafttreten der Tarifreform im öffentlichen Dienst am 01.10.2005 (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst – TVöD – vom 13.09.2005) sind die tarifvertraglichen Rahmenbedingungen der Berufsgruppen Angestellte und Arbeiter vereinheitlicht worden. Aus Angestellten und Arbeitern sind "tarifliche Beschäftigte" geworden, die statt mit sozialen Komponenten (Familienstand) verknüpften Löhnen und Vergütungen nun ausschließlich ein an ihren Tätigkeiten und Leistungen orientiertes Entgelt erhalten.

Belegschaft	31.12.2007	31.12.2006
Beamte	0	0
Ganztagsbeschäftigte	164	167
Teilzeitkräfte	5	5
Auszubildende	0	1
	169	173

IV. Vorschau auf das Wirtschaftsjahr 2008

Im Wirtschaftsjahr 2008 sind Investitionen von insgesamt 2,3 Mio. € geplant. Diese Investitionen entfallen auf Baumaßnahmen bzw. die Beschaffung von beweglichen Sachanlagen.

Auf die einzelnen Betriebsbereiche entfallen:	2008	2007
		in T€
Straßenreinigung	228	262
Abfallbeseitigung	928	748
Entsorgungszentrum	941	1.119
Fuhrpark	223	210
Summe	2.320	2.339

Der Rat der Stadt hat in der Sitzung am 14.06.2006 einstimmig der Gründung der Wolfsburger Abfallwirtschaft und Straßenreinigung Service Gesellschaft mbH“ (WAS Service GmbH) – Vorlage Nr. 1568 – zugestimmt; ebenfalls dem dazugehörigen Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 11.05.2006.

Die Gründung der WAS Service GmbH wurde am 29.11.2007 der Kommunalaufsichtsbehörde angezeigt. Die Schlussverfügung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport liegt seit dem 20.12.2007 vor. Am 21.01.2008 erfolgte die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und des Gründungsbeschlusses einschließlich Bestellung des Geschäftsführers und eines Prokuristen. Die WAS Service GmbH i. G. ist seit dem 01.02.2008 geschäftlich tätig.

Es haben sich seit dem Abschluss des Wirtschaftsjahres keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung ereignet oder abgezeichnet, die Einfluss auf die Vermögens-, die Finanz- und die Ertragslage der WAS haben.

Wolfsburger Entwässerungsbetriebe - kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

Anschrift

Porschestra. 49
38440 Wolfsburg

im Internet: www.wolfsburg.de/verwaltung/web/
e-Mail: web@web.wolfsburg.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	2.500.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist:

- a) Die Abwasserbeseitigung auf dem Gebiet der Stadt Wolfsburg sowie die Vorhaltung, die Planung, der Bau und der Betrieb der dafür erforderlichen Anlagen, einschließlich der gemeinschaftlichen Anlagen für die Abwasserbeseitigung und die Straßenentwässerung sowie der Bau und die Unterhaltung von Einrichtungen zur Erzeugung von Energie (Biogasanlage). Im Rahmen dieser Aufgabe überträgt die Stadt Wolfsburg dem Unternehmen die ihr gemäß § 149 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) in Verbindung mit § 18 a des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) obliegende Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 113 c Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) zur Wahrnehmung in eigenem Namen und in eigener Verantwortung. Ferner kann das Unternehmen weitere Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigung übernehmen.

Das Unternehmen bereitet im Rahmen seiner Abwasserbeseitigungspflicht Abwasser entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, den in diesem Zusammenhang erlassenen Verwaltungsvorschriften und geltenden wissenschaftlichen Erkenntnissen zur landwirtschaftlichen Nutzung für die Verbandsmitglieder des Abwasserverbandes Wolfsburg auf. Das für landwirtschaftliche Nutzung verwendungsfähige Verregnungswasser wird vor dem Verregnungspumpwerk des Unternehmens zur Abnahme bereitgestellt.

Die Verwendung von Abwasser, das den Verbandszweck des Abwasserverbandes Wolfsburg beeinträchtigen würde, ist ausgeschlossen. Das Unternehmen hat sein besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass in die Ortsentwässerung keine menschen-, tier-, pflanzen-, boden-, bau- und anlagenschädliche Stoffe eingeleitet werden.

Entsprechende Festsetzungen sind in den von dem Unternehmen zu erlassenden Vorschriften vorzusehen. Das Unternehmen hat die Einhaltung dieser Vorschriften sorgfältig zu überwachen.

Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Verregnungswasser entfällt bei höherer Gewalt und unabwendbaren Betriebsstörungen.

- b) Der bauliche Hochwasserschutz und die Unterhaltung sowie der Betrieb der städtischen Hochwasserschutzanlagen auf dem Gebiet der Stadt Wolfsburg gemäß § 31 a WHG in Verbindung mit den gesetzlichen Bestimmungen des NWG.

Die Stadt Wolfsburg überträgt dem Unternehmen diese hoheitliche Aufgabe gemäß § 113 c NGO zur Wahrnehmung in eigenem Namen und in eigener Verantwortung.

- c) Die Unterhaltung der städtischen Gewässer III. Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Wolfsburg (mit Ausnahme derjenigen Gewässer III. Ordnung, die sich in städtischen Forstflächen befinden) gemäß den gesetzlichen Vorschriften. Die Stadt Wolfsburg überträgt dem Unternehmen die ihr nach § 68 in Verbindung mit § 107 NWG als öff.-rechtliche Verbindlichkeit obliegende Unterhaltungspflicht gemäß § 113 c NGO zur Wahrnehmung in eigenem Namen und in eigener Verantwortung.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat

Monika Thomas	Vorsitzende
Hans-Georg Bachmann	
Heike Conrad	
Christine Fischer	
Ralf Fruet	
Heinz-Herbert Grube	
Günter Lach	
Ernst-Dieter Meinecke	
Frank Richter	
Klaus-Dieter Richter	
Thorsten Riekhoff	
Heinrich-Karl Sammann	
Ursula Sandvoß	
Klaus Schröder	
Sandra Straube	

Vorstand

Hans-Dieter Wochele
Walter Gruß

Wolfsburger Entwässerungsbetriebe - kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg (Gründung 2006)

Bilanz	30.12.2007	31.12.2006
	T€	T€
Aktiva		
1. Ausstehende Einlagen	2.150	2.500
2. Immaterielles Vermögen	37	64
3. Sachvermögen		
3.1 Unbebaute Grundstücke	5.145	
3.2 Bebaute Grundstücke	10.912	
3.3 Infrastrukturvermögen	143.937	133.394
3.4 Bauten auf fremden Grundstücken	698	719
3.5 Maschinen und technische Anlagen; Fahrzeuge	5.276	789
3.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung	491	305
3.7 Vorräte	1.661	
3.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	996	1.406
4. Finanzvermögen		
4.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen	2.341	2.188
4.2 Sonstige privatrechtliche Forderungen	11.940	13.926
4.3 Sonstige Vermögensgegenstände	235	1
5. Liquide Mittel	7.171	8.182
6. Aktive Rechnungsabgrenzung		7
Bilanzsumme	192.990	163.481

Passiva

1. Nettosition		
1.1 Basis-Reinvermögen	2.500	2.500
1.2 Rücklagen	14.629	13.353
1.3 Jahresergebnis		
1.3.1 Fehlbeträge aus Vorjahren	-1.013	-903
1.3.2 Jahresüberschuss	833	1.591
1.4 Sonderposten	70.342	69.335
2. Schulden	99.337	72.826
3. Rückstellungen	6.351	4.779
4. Passive Rechnungsabgrenzung	11	
Bilanzsumme	192.990	163.481

Wolfsburger Entwässerungsbetriebe - kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg (Gründung 2006)

Ergebnisrechnung	Soll	Ist	Ist
	2009	2007	2006
	T€	T€	T€
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	720	589	449
Auflösungserträge aus Sonderposten	4.244	1.385	1.194
öffentlich-rechtliche Entgelte	19.875	18.160	16.593
privatrechtliche Entgelte	711	116	18
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	808	775	667
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	240	493	332
aktivierte Eigenleistungen	758	659	455
Bestandsveränderungen		372	
sonstige ordentliche Erträge	588	1.332	625
Summe ordentlicher Erträge	27.944	23.881	20.333
Aufwendungen für aktives Personal	6.262	5.621	2.782
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.679	4.998	1.837
Abschreibungen	6.624	6.310	4.612
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.294	4.126	3.136
Transferaufwendungen	1.800	1.117	5.160
sonstige ordentliche Aufwendungen	1.308	1.461	1.234
Summe ordentlicher Aufwendungen	26.967	23.633	18.761
ordentliches Ergebnis	977	248	1.572
außerordentliche Erträge		585	19
Jahresüberschuss	977	833	1.591

Wolfsburger Entwässerungsbetriebe - kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

Finanzrechnung	Soll 2009 T€	Ist 2007 T€	Ist 2006 T€
Verwaltungstätigkeit			
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	720	1.129	
öffentlich-rechtliche Entgelte	19.875	18.227	15.569
privatrechtliche Entgelte	711	98	5
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	808	804	668
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	240	687	25
sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	589	582	
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.943	21.527	16.267
Auszahlungen für aktives Personal	6.262	4.913	2.728
Auszahl. für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	5.263	4.954	1.719
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	4.294	6.612	440
Transferauszahlungen	1.800	1.101	5.775
sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.309	1.599	1.292
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	18.928	19.179	11.954
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.015	2.348	4.313
Investitionstätigkeit			
Zuwendungen für Investitionstätigkeit	2.315	3.613	150
Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	310	578	1.833
Veräußerung von Sachvermögen		2	19
sonstige Investitionstätigkeit	3.536		
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.161	4.193	2.002
Erwerb von Grundstücken		11.900	6.677
Auszahlungen für Baumaßnahmen	7.490	5.654	144
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.945		
aktivierbare Zuwendungen	280		
Sonstige Investitionstätigkeit	425		169
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	10.140	17.554	6.990
Saldo aus Investitionsstätigkeit	-3.979	-13.361	-4.988
Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.370	15.450	64.878
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	2.753	6.305	60.165
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-383	9.145	4.713
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-347	-1.868	4.038
Haushaltsunwirksame Auszahlungen		2.060	
Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	5.105	8.182	4.144
Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	4.758	4.254	8.182
Der Endbestand an Zahlungsmitteln setzt sich wie folgt zusammen:			
Liquide Mittel		7.171	8.182
sonstige Geldschulden (Stadtkasse)		2.917	
		4.254	8.182

Rechenschaftsbericht 2007 der Wolfsburger Entwässerungsbetriebe gemäß § 57 GemHKVO

I. Allgemeines

Den Wolfsburger Entwässerungsbetrieben (im Folgenden WEB) wurde als Rechtsnachfolgerin der Stadtentwässerung die hoheitliche Aufgabe der Abwasserbeseitigung für das Stadtgebiet von Wolfsburg übertragen. Daneben ist die WEB für die Bereiche des baulichen Hochwasserschutzes und den Betrieb dieser Hochwasserschutzanlagen sowie die Unterhaltung der städtischen Gewässer III. Ordnung zuständig.

Zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und dauerhaften Sicherung der öffentlichen Trägerschaft der Aufgabe „Abwasserbeseitigung“ bestand zwischen dem Abwasserverband Wolfsburg, der Stadt Wolfsburg und der WEB Einigung, dass die Betriebsbereiche des Abwasserverbandes Wolfsburg zum 01. Januar 2007 in die WEB überführt werden. Diese Zusammenführung ist zum 01. Januar 2007 erfolgt.

Die in den notariell beurkundeten Vereinbarungen vom 22. Dezember 2006 festgelegten Vermögensübertragungen sind zum 01. Januar 2007 erfolgt.

II. Geschäftsverlauf

Der investive Bereich war wie in den Vorjahren geprägt durch die Erweiterung der leitungsgebundenen Infrastrukturen. Insbesondere zu nennen ist dabei das Baugebiet Ehmen-Kerksiek in den Bauabschnitten 4c und 5-Ost sowie der Notablauf des Regenrückhaltebeckens Kerksiek Nordwest zur Mühlenriede. Einen weiteren Schwerpunkt stellten die Kanalsanierungsmaßnahmen in der Porschestraße 1. Bauabschnitt, im Ortsteil Nordsteimke in der Nicolaistraße, in der Straße Am Park sowie die Sanierung der baulichen Schäden am verrohrten Schillerbach im Bereich des Design Outlet Wolfsburg (DOW) dar. Als weitere Maßnahmen sind die Sanierung der Einlaufbauwerke am Mischwasserpumpwerk Lütje Feld im Ortsteil Barnstorf, die Erneuerung von Elektrotechnik und Schaltanlagen der Schmutzwasserpumpwerke Sägerbäume in Vorsfelde, Goldregenweg in Sülfeld sowie der komplette Umbau des Vorsfelder Regenwasserpumpwerks in der Straße An der Kochsbreite zu nennen.

Klärwerk und Verregnung

Das Klärwerk Wolfsburg hat im Jahr 2007 insgesamt 9,2 Mio. m³ Abwasser gereinigt. Seit Inbetriebnahme im Jahre 1988 wurde nach 2002 die zweithöchste Niederschlagsmenge mit 794 mm gemessen (i. M. 588 mm). Auffällig waren die Monate Mai und August mit jeweils über 100 mm Niederschlag (i. M. 43 bzw. 60 mm). Solche extremen Witterungsereignisse sind trotz des im Wesentlichen durch eine Trennkanalisation abgeleiteten Schmutzwassers im Kläranlagenbetrieb Einfluss nehmend.

Im Verregnungsbetrieb kam es zu erheblichen Einschränkungen durch zum Teil längerfristig unbefahrbare landwirtschaftliche Flächen durch Staunässe. Gemäß gültiger wasserrechtlicher Erlaubnis wurden ordnungsgemäß rd. 7,1 Mio. m³ gereinigtes Abwasser in der Verregnung und Verrieselung verwertet und 2,1 Mio. m³ in die Aller eingeleitet. Zu Überschreitungen der in der Erlaubnis zum Anlagenbetrieb formulierten Bedingungen kam es nicht.

In der mechanischen Reinigung (Rechenhalle) traten durch große Wassermengen hydraulische Probleme im Anlagenbetrieb auf. Erforderliche Investitionen sind für das Jahr 2008 und 2009 vorgesehen.

Durch den Neubau der Klärschlamm-trocknungsanlage ist ein neuer Verwertungsweg für die im Klärwerk anfallenden rd. 3.000 t Trockenmasse (Klärschlamm) erschlossen worden. Die Anlagen sind nach vollständiger Montage der ausgeschriebenen und angebotenen Komponenten zum 01. Oktober 2007 in Betrieb genommen worden. Aufgrund der Insolvenz der Lieferfirma befindet sich die Anlage noch in der Einfahrphase.

Im Jahr 2007 waren im Einzugsgebiet des Klärwerks Wolfsburg 121.162 Einwohner angeschlossen (Bevölkerungszahl Stadt Wolfsburg 119.991 Einwohner). Die Anlagenbelastung betrug 140.000 EW (Einwohnerwerte).

Bau und Betrieb der Anlagen zur Biogaserzeugung, Stromerzeugung und Klärschlamm-trocknung

Mit dem Bau der Biogasanlage wurde im Jahr 2006 begonnen. Zwei Fermenter konnten noch vor Ablauf des Jahres 2006 fertig gestellt und teilweise in Betrieb genommen werden. Am 21. Februar 2007 wurde der letzte Fermenter fertig gestellt und ebenfalls in Betrieb genommen.

Die Produktion von Biomethan konnte kontinuierlich gesteigert werden. Im Juni 2007 ist die Nennleistung von 5 Megawatt (thermisch und elektrisch) erreicht und fortgeschrieben worden.

Zur Aufrechterhaltung der biologischen Prozesse in der Einfahrphase war ein erhöhter Arbeitseinsatz der Mitarbeiter erforderlich. Die technischen Probleme konnten im Wesentlichen bis zum Ende des Jahres gelöst werden. In 2008 wird ein Anlagenbetrieb gemäß Planung erwartet. Für die Beschickung der Anlage sind in 2007 insgesamt 42.992 t Energiemais angebaut und geerntet worden.

III. Personal und Organisation

Mit der Rahmenvereinbarung vom 22. Dezember 2005 haben die Stadt Wolfsburg und der Abwasserverband Wolfsburg ihr Einvernehmen erklärt, zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und dauerhaften Sicherung der öffentlichen Trägerschaft der Aufgabe „Abwasserbeseitigung“, die Betriebsbereiche des Abwasserverbandes zum 1. Januar 2007 in die WEB zu überführen, und eine entsprechende Personalüberleitung vorzunehmen.

Daneben sind für die bis zum 31. Dezember 2006 durch die Stadt Wolfsburg wahrgenommene administrative Aufgabenbereiche ebenfalls zum 01. Januar 2007 Personalüberleitungen vorgenommen worden. Der Stellenplan 2007 wies ein Volumen von insgesamt 123,00 Stellen aus.

Der Schmutzwassergebühreneinzug im Stadtgebiet Wolfsburg erfolgt über den Wasserverband Weddel-Lehre, den Wasserverband Vorsfelde sowie die LSW LandE-Stadtwerke Wolfsburg GmbH & Co. KG im Namen der Stadt Wolfsburg.

IV. Vermögenslage

Bei der Aufstellung des Investitionsprogramms 2007 als Bestandteil des Finanzhaushaltes wurde ein Investitionsvolumen von rund 17,7 Mio. € (einschließlich Investitionen für den städtischen Haushalt) zu Grunde gelegt. Weiterhin waren aus dem Jahr 2006 noch rund 3,6 Mio. € Haushaltsreste zu berücksichtigen. Somit standen im Jahr 2007 insgesamt rund 21,3 Mio. € für Investitionen zur Verfügung. Zugänge aufgrund der Übernahme von Vermögensgegenständen von Erschließungsträgern sind in 2007 nicht erfolgt. Die Investitionstätigkeit gem. der Einteilung aus dem Finanzhaushalt stellen sich wie folgt dar.

Investitionen	Haushaltsplan EUR	IST EUR
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	12.424.000	11.899.816
Baumaßnahmen darin sind die geleisteten Anzahlungen für Anlagen im Bau (AiB) in Höhe von EUR 1.503.128 enthalten	4.802.000	6.398.361
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	204.500	227.133
Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0
Aktivierbare Zuwendungen	0	0
Sonstige Investitionstätigkeit	223.000	174.972
Summe:	17.653.500	18.700.283
nachrichtlich: Haushaltsreste aus 2006	3.591.900	
Gesamt:	21.245.400	18.700.283

Für die in 2007 fertig gestellten Investitionsmaßnahmen wurden rund 17,2 Mio. € verausgabt. Im Bereich der Anlagen im Bau (AiB) wurden Investitionen in Höhe von rund 1,5 Mio. € verzeichnet. Das Gesamtvolumen der Investitionen betrug somit rund 18,7 Mio. €

Die Differenz in Höhe von 2,6 Mio. € zwischen den für Investitionen zur Verfügung stehenden Mitteln und den verausgabten Mitteln ist im Wesentlichen auf eine zeitliche Anpassung der Bauausführungen zurückzuführen.

Die Nettoposition zum 31. Dezember 2007 beträgt 45,2 % am Gesamtkapital und setzt sich wie folgt zusammen:

Nettoposition	31.12.2006 EUR	01.01.2007 EUR	31.12.2007 EUR
Basis-Reinvermögen	2.500.000,00	2.500.000,00	2.500.000,00
Zweckgebundene Rücklagen	13.352.729,52	13.352.729,52	14.545.684,02
Sonstige Rücklagen	0,00	83.843,00	83.843,00
Fehlbeträge aus Vorjahren	-902.908,91	-1.410.944,61	-1.013.089,64
Jahresüberschuss	1.590.809,52	1.590.809,52	832.996,53
Sonderposten - Investitionszuweisungen und -zuschüsse	37.263.735,00	38.881.788,35	38.478.675,00
Sonderposten - Beiträge und ähnliche Entgelte	27.112.257,00	27.112.257,00	26.965.195,00
Sonderposten - Gebührenaussgleich	4.754.359,88	4.754.359,88	3.431.046,97
Sonderposten - erhaltene Anzahlungen	204.767,56	204.767,56	186.972,35
Sonstige Sonderposten	0,00	1.333.500,00	1.280.000,00
Gesamt:	85.875.749,57	88.403.110,22	87.291.323,23

V. Finanzlage

Der Cash Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit betrug 2,3 Mio. €, der Cash Flow aus Investitionstätigkeit -13,4 Mio. € und der Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit 9,1 Mio. €. Die positiven Cash Flows aus laufender Verwaltungs- und Finanzierungstätigkeit wurden für Investitionen verwendet. Der Finanzmittelfonds beträgt zum Bilanzstichtag 4,2 Mio. € (Vorjahr 8,2 Mio. €) und setzt sich aus liquiden Mitteln in Höhe von rund 7,2 Mio. € (Vorjahr 4,1 Mio. €) und sonstigen Geldschulden (Stadtkasse) in Höhe von rund 2,9 Mio. € zusammen.

Finanzrechnung 2007 Plan/Ist-Vergleich	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushalts- jahres	Ansätze des Haushalts- jahres	mehr(+) weniger (-)
Einzahlungen und Auszahlungen	EUR	EUR	EUR	EUR
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0,00	1.128.606,73	614.300,00	514.306,73
3. sonstige Transfereinzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	15.569.087,90	18.226.965,83	16.802.200,00	1.424.765,83
5. privatrechtliche Entgelte	4.866,06	98.213,44	2.913.300,00	-2.815.086,56
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	668.507,55	803.720,50	802.000,00	1.720,50
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	24.631,33	687.336,20	260.300,00	427.036,20
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0,00	582.564,03	0,00	582.564,03
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.267.092,84	21.527.406,73	21.392.100,00	135.306,73
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	2.727.625,47	4.913.442,33	5.448.900,00	-535.457,67
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	1.718.932,18	4.954.525,09	5.110.800,00	-156.274,91
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	440.246,95	6.611.545,43	4.195.800,00	2.415.745,43
15. Transferauszahlungen ³⁾	5.775.371,58	1.100.865,81	1.144.000,00	-43.134,19
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.291.834,45	1.598.528,91	1.213.800,00	384.728,91
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	11.954.010,63	19.178.907,57	17.113.300,00	2.065.607,57
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeile 10 abzüglich Zeile 17)	4.313.082,21	2.348.499,16	4.278.800,00	-1.930.300,84
Einzahlungen für Investitionstätigkeit				
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	150.027,00	3.613.062,21	1.297.500,00	2.315.562,21
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	1.832.900,07	577.791,81	500.000,00	77.791,81
21. Veräußerung von Sachvermögen	18.650,00	2.151,00	60.000,00	-57.849,00
22. Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Sonstige Investitionstätigkeit	0,00	0,00	696.000,00	-696.000,00
24. = Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.001.577,07	4.193.005,02	2.553.500,00	1.639.505,02
Auszahlungen für Investitionstätigkeit				
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0,00	11.899.815,61	12.424.000,00	-524.184,39
26. Baumaßnahmen	6.677.136,03	5.654.627,02	4.802.000,00	852.627,02
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	143.500,70	0,00	204.500,00	-204.500,00
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00
29. Aktivierbare Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00
30. Sonstige Investitionstätigkeit	169.163,44	0,00	223.000,00	-223.000,00
31. =Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.989.800,17	17.554.442,63	17.653.500,00	-99.057,37
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	-4.988.223,10	-13.361.437,61	-15.100.000,00	1.738.562,39
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	-675.140,89	-11.012.938,45	-10.821.200,00	-191.738,45
Ein-, Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	64.878.500,00	15.449.731,83	15.100.000,00	349.731,83
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	60.164.778,07	6.304.714,63	4.103.000,00	2.201.714,63
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	4.713.721,93	9.145.017,20	10.997.000,00	-1.851.982,80
37. Finanzmittelbestand (Saldo aus Zeile 33 und 36)	4.038.581,04	-1.867.921,25	175.800,00	-2.043.721,25
38. haushaltsunwirksame Einzahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	0,00	0,00	0,00
39. haushaltsunwirksame Auszahlungen (u. a. Geldanlagen, Liquiditätskredite)	0,00	2.060.212,52	0,00	2.060.212,52
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (Zeile 38 und Zeile 39)	0,00	-2.060.212,52	0,00	-2.060.212,52
41. +/- Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	4.143.670,57	8.182.251,61	6.008.430,00	2.173.821,61
42. = Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres) (Summe aus Zeilen 37, 40 und 41)	8.182.251,61	4.254.117,84	6.184.230,00	-1.930.112,16

VI. Ertragslage

Die WEB schließt das Jahr 2007 mit einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 832.996,53 € ab. Es wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss wie folgt zu verwenden:

	EUR
Einstellung in die zweckgebundene Rücklage	1.107.452,21
Vortrag auf neue Rechnung für die WEB ohne Biogasanlage	471.564,08
Vortrag auf neue Rechnung für die Biogasanlage der WEB	<u>-746.019,76</u>
	832.996,53

Ergebnisrechnung 2007 Plan/Ist-Vergleich	Ergebnisse des Vorjahres (ohne Biogas- anlage) EUR	Ergebnisse des Haushalts- jahres EUR	Ansätze des Haushalts- jahres EUR	mehr(+) weniger(-) EUR
Erträge und Aufwendungen				
1	2	3	4	5
ordentliche Erträge				
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	448.933,96	589.386,63	614.300,00	-24.913,37
3. Auflösungsbeträge Sonderposten	1.193.519,66	1.385.170,90	2.890.900,00	-1.505.729,10
4. sonstige Transfererträge	0,00	0,00	0,00	0,00
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	16.592.761,47	18.159.707,45	16.802.200,00	1.357.507,45
6. privatrechtliche Entgelte	18.160,71	115.866,10	2.913.300,00	-2.797.433,90
7. Kostenerstattungen und Umlagen	667.401,16	774.981,18	802.000,00	-27.018,82
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	331.582,83	493.424,20	260.300,00	233.124,20
9. aktivierte Eigenleistungen	455.459,19	659.319,84	710.000,00	-50.680,16
10. Bestandsveränderungen	0,00	371.962,06	0,00	371.962,06
11. sonstige ordentliche Erträge	625.406,26	1.331.510,42	280.800,00	1.050.710,42
12. = Summe ordentliche Erträge	20.333.225,24	23.881.328,78	25.273.800,00	-1.392.471,22
ordentliche Aufwendungen				
13. Aufwendungen für aktives Personal	2.781.552,04	5.621.109,22	5.698.300,00	-77.190,78
14. Aufwendung für Versorgung	0,00	0,00	0,00	0,00
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.837.454,90	4.997.871,35	5.343.800,00	-345.928,65
16. Abschreibungen	4.612.100,07	6.310.247,88	6.306.100,00	4.147,88
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.136.383,57	4.125.970,49	4.195.800,00	-69.829,51
18. Transferaufwendungen	5.159.678,63	1.117.207,60	1.144.000,00	-26.792,40
19. sonstige ordentlichen Aufwendungen	1.233.896,51	1.460.640,74	1.213.800,00	246.840,74
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	18.761.065,72	23.633.047,28	23.901.800,00	-268.752,72
21. Ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen) Jahresüberschuss (+)/Jahresfehlbetrag (-)	1.572.159,52	248.281,50	1.372.000,00	-1.123.718,50
22. außerordentliche Erträge	18.650,00	584.715,03	0,00	584.715,03
23. außerordentlichen Aufwendungen	0,00	0,00	200,00	-200,00
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	18.650,00	584.715,03	-200,00	584.915,03
Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Überschuss (+)/Fehlbetrag (-))	1.590.809,52	832.996,53	1.371.800,00	-538.803,47

Zu 3. - Kontengruppe „Auflösungsbeträge Sonderposten“:

Die Abweichung im Bereich der Kontengruppe „Auflösungsbeträge aus Sonderposten“ in Höhe von - 1.505.729,10 € gegenüber der Haushaltsplanung ergibt sich aus einer abweichenden Kontenzuordnung. Im Rahmen der Haushaltsplanung sind bei dieser Kontengruppe die Auflösungserträge von Sonderposten für Beiträge (Ansatz 812.200 €), die Auflösungserträge von Sonderposten für den Gebührenaussgleich (Ansatz 733.800 €) und die Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen (Ansatz 1.344.900 €) berücksichtigt worden.

In der Ergebnisrechnung sind hier nur noch die Sonderposten aus Zuwendungen (Ergebnis 1.385.170,90 €) berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der veränderten Kontenzuordnung in der Haushaltsplanung würde die Abweichung noch -40.270,90 € betragen.

Zu 5. und 6. – Kontengruppen „öffentlich-rechtliche Entgelte“ und „privatrechtliche Entgelte“:

Aufgrund von abweichenden Kontenzuordnungen werden die beiden Kontengruppen hier zusammenfassend dargestellt.

Im Rahmen der Haushaltsplanung sind bei beiden Kontengruppen insgesamt 19.715.500 € ausgewiesen worden, für öffentlich-rechtliche Entgelte 16.802.200 € und für privatrechtliche Entgelte 2.913.300 € ausgewiesen worden.

Die Gesamtabweichung in Höhe von -1.439.926 € hat unterschiedliche Ursachen.

Aufgrund niedrigerer Schmutzwassermengen war eine daraus resultierende geringere Gebühreneinnahme von 1.070.863 € zu verzeichnen. Anzumerken ist hier, dass im Rahmen des Jahresabschlusses eine Erlöskorrektur der Schmutzwassergebühreneinnahmen um 620.000 € vorgenommen werden musste, da die Prognose der LSW für das 2. Halbjahr 2007 wesentlich geringer ausfiel als die für diesen Zeitraum bereits von der LSW geleisteten Abschlagszahlungen.

Im Bereich der Niederschlagswassergebühren (Ansatz 2.983.500 €) ergaben sich verringerte Erlöse von rund 158.000 €. Geringer ausgefallene Grundstücksverkäufe (Wohnbau- und Gewerbegebiete) zogen verringerte Abrechnungsflächen nach sich.

Die für die Biogasanlage geplanten Erlöse aus dem Strom- und Wärmeverkauf von insgesamt rund 2.882.000 € konnten nicht vollumfänglich realisiert werden. Hier ist ein Defizit gegenüber der Haushaltsplanung von rund 970.000 € zu verzeichnen gewesen, das hauptsächlich auf den nicht realisierten Erlösen aus der Wärmeabgabe an die Klärschlamm-trocknungsanlage beruht.

Aufgrund einer geänderten Kontenzuordnung sind der Kontengruppe „öffentlich-rechtliche Entgelte“ zusätzlich die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge in Höhe von 814.852 € zugeordnet worden (siehe auch zu 3. – Kontengruppe „Auflösungsbeträge Sonderposten“).

Zu 8. – Kontengruppe „Zinsen und ähnliche Finanzerträge“:

Die höheren Erträge in Höhe von 233.124 € sind im Zusammenhang mit der zum 01.01.2007 durchgeführten Vermögensübertragung vom Abwasserverband Wolfsburg zur WEB angefallen.

Zu 10. – Kontengruppe „Bestandsveränderungen“:

Die Abweichung in Höhe von rund 372.000 € betrifft im Wesentlichen die Biogasanlage. Die zum 31.12.2007 festgestellten Bestandsveränderungen gegenüber der Eröffnungsbilanz sind als Ertrag zu betrachten und somit unter dieser Position auszuweisen und nicht zur Verminderung der Aufwendungen einzusetzen.

Zu 11. – Kontengruppe „sonstige ordentliche Erträge“:

Die höheren Erträge von 1.050.710,42 € basieren auf einer geänderten Kontenzuordnung. Die „Auflösung des Sonderpostens für Gebührenaussgleich“ in Höhe von 1.323.659,68 € ist hier berücksichtigt worden (siehe auch zu 3. – Kontengruppe „Auflösungsbeträge Sonderposten“).

Zu 15. – Kontengruppe „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“:

Die geringeren Aufwendungen von rund 346.000 € sind im Wesentlichen durch geringere Energiekosten für die Klärschlamm-trocknungsanlage bedingt.

Zu 19. – Kontengruppe „sonstige ordentliche Aufwendungen“:

Die Abweichung in Höhe von 246.840,74 € basiert im Wesentlichen auf der Kostenerstattung für die Dienstbezüge der abgeordneten städtischen Beamtinnen und Beamten (rund 160.000 €), die bei der Haushaltsplanung der Kontengruppe 13. – „Aufwendungen für aktives Personal“ zugeordnet wurden.

Weiterhin sind erstmals rund 52.000 € an die Stadt für die Versorgungsleistungen der abgeordneten städtischen Beamtinnen und Beamten geleistet worden.

Zu 22. – Kontengruppe „außerordentliche Erträge“:

Die Abweichung in Höhe von 584.715,03 € beruht auf den Gewinnvorträgen des Abwasserverbandes Wolfsburg aus den Jahren 2005 und 2006. Im Zusammenhang mit der Vermögensübertragung in 2007 wurden diese verrechnet.

VII. Zukünftige Entwicklung mit ihren finanzwirtschaftlichen Risiken

Das Baugebiet Kerksiek wird in 2008 mit der abwassertechnischen Erschließung des letzten Bauabschnitts 5-West abgeschlossen sein.

Ferner ist entsprechend den Stadtentwicklungszielen der Stadt Wolfsburg für die nächsten Jahre von einer Verringerung der abwassertechnischen Erschließung von Wohnbaugebieten auszugehen. Der Schwerpunkt der Bautätigkeit wird in der innerörtlichen Entwicklung liegen.

Es besteht für die nächsten Jahre ein erhöhter Bedarf an Investitionen im vorhandenen Abwassernetz und insbesondere in Betriebsanlagen wie Pumpwerke und Druckleitungssysteme sowie im Ausbau der Kläranlage Hattorf als Abwasserzentrum Süd. Von besonderer Bedeutung ist daneben der Bau einer neuen Druckleitung vom Hauptpumpwerk Oebisfelder Straße zum Klärwerk Wolfsburg einschließlich einer Speicherräumerverweiterung an der Oebisfelder Str. Die genannten Maßnahmen sind erforderlich, um die Leistungsfähigkeit und die Betriebssicherheit der Abwasserbeseitigung zu gewährleisten.

Vor dem Hintergrund der Verpflichtung der Haus- und Grundstückseigentümer, entsprechend DIN 1986 bis zum Jahr 2015 die privaten Abwasserleitungen überprüfen zu lassen, besteht ferner die Notwendigkeit, in den nächsten Jahren mit zunehmender Intensität flächendeckend ebenso das öffentliche Kanalisationsnetz auf Schäden und Fremdwasserzuflüsse untersuchen zu lassen. Es ist dabei davon auszugehen, dass Erneuerungs-, Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen im öffentlichen Kanalnetz erforderlich werden und entsprechend finanzwirtschaftlich zu berücksichtigen sind.

Für die Klärschlamm-trocknungsanlage konnte derzeit noch kein kontinuierlicher Trocknungsbetrieb realisiert werden. Aufgrund der Insolvenz der Herstellerfirma besteht für die WEB keinerlei Gewährleistungsanspruch. Die WEB geht davon aus, dass ein dauerhafter Trocknungsprozess mit der vorgesehenen Nennleistung zur Jahresmitte erreicht werden kann.

Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass dieses Betriebsziel nicht erreicht werden kann. Dies würde dazu führen, dass die Biogasanlage als Wärmelieferant der Klärschlamm-trocknungsanlage, je nach dann erreichtem Wirkungsgrad die geplanten Wärmeerlöse von rund 560.000 € nicht vollumfänglich erzielen kann.

VIII. Städtische Zuweisungen – öffentliche Gewässer, wasserbauliche Anlagen

Für die Gewässer sind die Zielvorgaben aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie zu berücksichtigen, die Einfluss auf die zu erstellenden Entwicklungs- und Pflegepläne für Fließgewässer nehmen und gezielt Gewässerausbauten und Gewässerschutzmaßnahmen notwendig machen werden. Es ist davon auszugehen, dass mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie Baumaßnahmen erfolgen müssen, deren Finanzumfänge bisher noch nicht definiert werden können, aber als nicht unerhebliche Finanzbelastungen einzustufen sind.

Aufgrund der sich zunehmend verändernden Niederschlagsereignisse der letzten Jahre wird sich die Notwendigkeit von Hochwasserschutzmaßnahmen, der Gewässerausbau mit damit verbundenen Netz- und Bauwerksanpassungen erhöhen und ein zunehmender Aufgabenschwerpunkt sein. Zu nennen sind hier die Hochwasserschutzmaßnahmen am Retentionsraum Bahndamm Ehmen im Einzugsgebiet der Mühlenriede, an der Talsperre Großer Schillerteich, am Wipperteich im Norden des Stadtgebietes, die Herstellung einer neuen Regenwasservorflut und Retentionsraum im Ortsteil Hehlingen, die Optimierung von vorhandenen Regenrückhaltebecken im gesamten Stadtgebiet sowie die Verbesserung der Regenwasserableitung im Ortsteil Almke.

IX. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2007

Es sind keine besonderen Vorgänge nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2007 zu verzeichnen.

Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

Anschrift

Porschestraße 49
38440 Wolfsburg

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	1.000.000 €
Stadt Wolfsburg	100%

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand der Anstalt ist die Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Liegenschafts- und Beteiligungsmanagements sowie von Aufgaben der Stadtentwicklung. Das Liegenschaftsmanagement umfasst insbesondere den Erwerb und die Verwaltung städtischer Liegenschaften. Das Beteiligungsmanagement umfasst insbesondere die Verwaltung der eingelegten städtischen Beteiligungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Stadt Wolfsburg. Zu dem Aufgabenfeld der Stadtentwicklung gehört insbesondere die Vorbereitung, Begleitung und Durchführung von städtebaulichen Maßnahmen der Stadt im Rahmen der hoheitlichen Siedlungsflächenpolitik. Die erworbenen Liegenschaften und Beteiligungen können an die Stadt rückveräußert werden.

Organe der Gesellschaft

Verwaltungsrat

Prof. Rolf Schnellecke	Vorsitzender	bis 01.11.2007
Helmut Gels	Vorsitzender	ab 01.11.2007
Günter Lach		
Peter Kassel		
Ralf Fruet		
Thomas Seeger		
Ingrid Eckel		
Bärbel Weist		
Elke Braun		
Hans-Joachim Throl		
Ewald Slink		

Vorstand

Birgit Schulz
Marc-Frederik Augath

Beteiligungen

Neuland Wohnungsgesellschaft mbH

24%

Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

(Gründung 2007)

Bilanz	31.12.2007
	T€

Aktiva

1. Sachvermögen	84.565
2. Finanzvermögen	
2.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	64.485
2.2 Privatrechtliche Forderungen	1.140

Bilanzsumme	150.190
--------------------	----------------

Passiva

1. Nettoposition	
1.1 Basis-Reinvermögen (Stammkapital)	1.000
1.2 Sonstige Rücklagen (Kapitalrücklage)	84.630
1.3 Jahresfehlbetrag	-469
2. Schulden	65.026
3. Rückstellungen	3

Bilanzsumme	150.190
--------------------	----------------

Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

(Gründung 2007)

Ergebnisrechnung	Soll	Ist
	2009	2007
	T€	T€
privatrechtliche Entgelte	3.450	
Zinsen und ähnliche Finanzerträge	1.002	6
sonstige ordentliche Erträge	26	13
Summe ordentlicher Erträge	4.478	19
Aufwendungen für aktives Personal	17	3
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.011	478
sonstige ordentliche Aufwendungen	230	27
Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO	1.220	
Summe ordentlicher Aufwendungen	4.478	508
ordentliches Ergebnis (ohne Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO)	1.220	-489
außerordentliche Erträge	125	20
außerordentliche Aufwendungen	50	0
Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO	75	
außerordentliches Ergebnis (ohne Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO)	75	20
Jahresergebnis	1.295	-469

Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft - Kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts der Stadt Wolfsburg

(Gründung 2007)

Finanzrechnung	Soll 2009 T€	Ist 2007 T€
Verwaltungstätigkeit		
privatrechtliche Entgelte	3.450	
Zinsen und ähnliche Einzahlungen	1.002	3
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.452	3
Auszahlungen für aktives Personal	17	3
Zinsen und ähnliche Auszahlungen	3.011	9
sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	230	7
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	3.258	19
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.194	-16
Investitionstätigkeit		
Veräußerung von Sachvermögen	500	131
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	500	131
Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	400	
Erwerb von Finanzvermögen		64.485
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	400	64.485
Saldo aus Investitionstätigkeit	100	-64.354
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	1.294	-64.370
Finanzierungstätigkeit		
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit		65.422
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	366	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-366	65.422
Finanzmittelbestand	928	1.052
Haushaltsunwirksame Einzahlungen		0
Haushaltsunwirksame Auszahlungen		1.052
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	-1.052
+ / - Anfangsbestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Jahres	1.861	0
Endbestand an Zahlungsmitteln (Liquide Mittel am Ende des Jahres)	2.789	0

Rechenschaftsbericht zum Rumpfhaushaltsjahr 01.09 bis 31.12.2007 der WSB Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft

Allgemeines

Der Rat der Stadt Wolfsburg hat in seiner Sitzung am 18.07.2007 die Gründung der WSB Wolfsburger Struktur- und Beteiligungsgesellschaft (AöR) zum 01.09.2007 beschlossen.

Gegenstand der Anstalt ist die Wahrnehmung von hoheitlichen Aufgaben im Bereich des Liegenschafts- und Beteiligungsmanagements sowie von Aufgaben der Stadtentwicklung.

Um die ihr übertragenen Aufgaben wahrnehmen zu können, wurden der Anstalt im Rahmen einer Sacheinlage Erbbaugrundstücke übertragen, sowie eine Stammkapitalausstattung in Höhe von 1.000.000,00 Euro geleistet.

Geschäftsverlauf

Das Rumpfhaushaltsjahr 01.09. bis 31.12.2007 war in erster Linie geprägt von der Errichtung der Anstalt selbst. In dieser Zeit haben zwei Verwaltungsratssitzungen stattgefunden, in denen Beschlüsse über die Satzung, eine Geschäftsordnung für den Vorstand, die Bestellung der Vorstandsmitglieder selbst, die Haushaltssatzungen und die Haushaltspläne für 2007 und 2008 sowie die Ermächtigung über die Kreditaufnahme zum Erwerb der Neuland-Anteile gefasst wurden. Weitere Beschlüsse über Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit der Stadt Wolfsburg hat es ebenfalls gegeben.

Im Gründungsbeschluss des Rates der Stadt Wolfsburg wurde festgelegt, dass die Erbbauzinsen für die übertragenen Grundstücke erst ab dem 01.01.2008 der WSB zugeordnet werden. Dadurch hat die Anstalt für das Rumpfhaushaltsjahr 01.09. bis 31.12.2007 lediglich Zinserträge und zinsähnliche Erträge erwirtschaftet. Der Verkauf eines Erbbaugrundstücks an den bisherigen Erbbauberechtigten führte zu außerordentlichen Erträgen.

Die Zinsaufwendungen sind niedriger ausgefallen als geplant, da günstige Zinskonditionen erreicht werden konnten und die Darlehen erst zum 30.10.2007 zur Auszahlung gelangten.

Mit den Darlehen wurde der Erwerb eines 24 %-igen Geschäftsanteils am Nennkapital der Neuland Wohnungsgesellschaft mbH verwirklicht. Die daraus resultierende Dividendenausschüttung wird in Zukunft neben den Erbbauzinsen zur Finanzierung der Aufgaben der Anstalt dienen.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Der Übertragungsvorgang der Erbbaugrundstücke per Grundbuchberichtigung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Rechenschaftsberichtes aufgrund der hohen Auslastung der Grundbuchabteilung noch nicht abgeschlossen. Folglich kann das steuerliche Umfeld der Errichtung unserer AöR als noch nicht abschließend geklärt betrachtet werden.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Wolfsburg Marketing GmbH

Anschrift

Porschestr. 43c
38440 Wolfsburg

im Internet: <http://www.wolfsburg-marketing.de>

e-Mail: info@wolfsburg-marketing.de

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		25.000 €
Stadt Wolfsburg	80%	20.000 €
Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg	10%	2.500 €
City-Marketing und Tourismus Wolfsburg e. V.	10%	2.500 €

Gegenstand des Unternehmens

Die Gesellschaft ist eine Gemeinschaftseinrichtung der Stadt Wolfsburg, des cmt - City-Marketing und Tourismus Wolfsburg e.V. und der Sparkasse Gifhorn-Wolfsburg. Weitere Gesellschafter können beitreten. Die Gesellschaft fördert das Stadtbewusstsein, das Image und den Strukturwandel in der Wirtschaftsregion Wolfsburg. Sie wird durch geeignete Maßnahmen im Bereich des Stadtmarketings, durch Beratung und Information, durch Aktionen und Initiativen in öffentlicher-privater Zusammenarbeit alle Kräfte einbinden, die am Stadtleben beteiligt sind, und dadurch nach innen wie nach außen zur Profilierung der Stadt beitragen. Die Gesellschaft verfolgt insbesondere folgende Ziele:

- Einbindung der Wolfsburger Wirtschaft in gemeinschaftlich getragene Aktivitäten und Initiativen,
- Enge Kooperation und Aufgabenerfüllung bei der Förderung und Entwicklung von Tourismus und Gastronomie, von Handel und Dienstleistung, von Handwerk und Industrie sowie sonstiger Unternehmungen in der Wirtschaftsregion Wolfsburg,
- Entwicklung und Durchführung d. Zentrenmanagements und Marktwesens am Standort Wolfsburg,
- Entwicklung und Betreiben des Stadtmarketings,
- Entwicklung und Durchführung von touristischen Maßnahmen sowie des Messe- und Kongresswesens am Standort Wolfsburg.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen im Rahmen der kommunalverfassungsrechtlichen Bindungen der Stadt Wolfsburg berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Organe der Gesellschaft

Gesellschafterversammlung

Günter Lach
Bärbel Weist (Stellvertreterin)

Aufsichtsrat

Ralf Krüger	Vorsitzender
Harald Vespermann	stellv. Vorsitzender
Prof. Rolf Schnellecke	
Anneliese Raschkowski	
Bernd Ahlbrecht	
Gerhard Döpkens	
Ralf-Holger Gerlach	

Matthias Lange	
Ralf Fruet	
Manfred Thermath	
Marco Meiners	
Thomas Seeger	bis 19.09.2007
Volkhard Plonz	
Hans-Georg Bachmann	ab 19.09.2007

Geschäftsführung

Jörg Gillenberg
Stadtbaurätin Monika Thomas

Wolfsburg Marketing GmbH

Bilanz	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
	T€	T€	T€
Aktiva			
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	27	48	
II. Sachanlagen	107	113	
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	33	25	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	154	37	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	371	688	66
C. Rechnungsabgrenzungsposten	15	15	9
Bilanzsumme	707	926	75

Passiva			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	242	242	50
III. Gewinnrücklagen	20		
IV. Gewinn-/Verlustvortrag	154	-6	
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-221	180	-6
B. Rückstellungen	211	326	6
C. Verbindlichkeiten	276	159	
Bilanzsumme	707	926	75

Wolfsburg Marketing GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung	Soll	Ist	Ist	Ist
	2009	2007	2006	2005
	T€	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	315	458	377	
sonstige betriebliche Erträge	2.744	2.221	2.688	
Materialaufwand	162	289	220	
Personalaufwand	1.538	1.405	1.377	
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	45	68	123	
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.317	1.221	1.051	3
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	14	6	
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4	-291	300	-3
Steuern von Einkommen und Ertrag		-70	119	
sonstige Steuern	2		1	
Jahresüberschuss / -fehlbetrag	2	-221	180	-3

* Es handelt sich um vorläufige Zahlen, da eine Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung der WMG über den Wirtschaftspland noch aussteht.

Lagebericht 2007 der Wolfsburg Marketing GmbH

1. Die Unternehmensziele

Die im Jahr 2005 gegründete Wolfsburg Marketing GmbH organisiert die Ressorts Stadtmarketing, Tourismus, Messen und Kongresse und Wirtschaftsförderung mit einem effektiven Zentrenmanagement zu einer leistungsfähigen Stadtmarketing-Organisation.

Durch eine transparente Zielgruppenkommunikation entstehen Wirtschaftssynergien und werden mit den Werten einer ganzheitlich denkenden Unternehmung verknüpft. Die Wolfsburg Marketing GmbH ist eine öffentlich-private Gesellschaft, die durch diesen interdisziplinären Arbeitsansatz zukunftsfähige Stadtentwicklung unterstützt und begleitet.

Die Wolfsburg Marketing GmbH fördert das Stadtbewusstsein, das Image und den Strukturwandel in Wolfsburg. Sie wird durch geeignete Maßnahmen im Bereich des Stadtmarketings, durch Beratung und Information, durch Aktionen und Initiativen in öffentlich-privater Zusammenarbeit alle Kräfte einbinden, die am Stadtleben beteiligt sind, und dadurch nach innen wie nach außen zur Profilierung der Stadt beitragen. Abgeleitet aus dem Leitbild der Stadt Wolfsburg verfolgt die Gesellschaft insbesondere folgende Ziele:

- Die Einbindung der Wolfsburger Wirtschaft in gemeinschaftlich getragene Aktivitäten und Initiativen
- Enge Kooperation und Aufgabenerfüllung bei der Förderung und Entwicklung von Tourismus und Gastronomie, von Handel und Dienstleistung, von Handwerk und Industrie sowie sonstiger Unternehmungen in der Wirtschaftsregion Wolfsburg
- Entwicklung und Durchführung des Zentrenmanagements und Marktwesens am Standort Wolfsburg
- Entwicklung und Betreiben des Stadtmarketings
- Entwicklung und Durchführung von touristischen Maßnahmen sowie des Messe- und Kongresswesens am Standort Wolfsburg
- Die Schaffung und Umsetzung einer überregional ausgerichteten Imagekampagne

2. Die Vermögens- und Ertragslage

Die Wolfsburg Marketing GmbH ist eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 und 4 HGB. Der Jahresabschluss und Lagebericht der Gesellschaft werden gemäß § 12 des Gesellschaftervertrages nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften aufgestellt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr wie folgt entwickelt:

	31.12.2007	31.12.2006
Stammkapital	25.000,00	25.000,00
Kapitalrücklagen	241.724,69	241.724,69
Gewinnrücklagen	20.000,00	0,00
Gewinn-/Verlustvortrag	154.249,52	-6.107,65
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-221.223,45	180.357,17
Eigenkapital gesamt	219.750,76	440.974,21
Bilanzsumme	706.972,76	926.077,91
<i>Eigenkapitalquote</i>	<i>31,08%</i>	<i>47,62%</i>

Tab. 1: Eigenkapital Wolfsburg Marketing zum 31.12.2007

Das Geschäftsjahr 2007 schließt mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von - 291.947,32 Euro ab. Dieses ist auf verminderte Zuschusszahlungen der Stadt Wolfsburg im Vergleich

zum Vorjahr zurückzuführen. Darüber hinaus konnten in Teilbereichen die projektbezogenen Umsatzerlöse nicht wie geplant erzielt werden.

Die Wolfsburg Marketing GmbH umfasst unternehmerische und nicht-unternehmerische Tätigkeitsbereiche. Die Gesellschaft unterliegt der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, der Umsatzsteuer unterliegt sie nur mit ihrem unternehmerischen Bereich. Die aus dem Jahresfehlbetrag resultierende Ertragssteuererstattung für das Geschäftsjahr 2007 beläuft sich auf insgesamt 70.800,02 Euro. Unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern beträgt der Jahresfehlbetrag -221.223,45 Euro.

Im Geschäftsjahr wurden keine wesentlichen Investitionen getätigt. Zugänge sind insbesondere im Bereich der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung zu verzeichnen, die im Wesentlichen auf die Anschaffung eines Promotionshauses für Marketing und Repräsentation sowie einer Informationstafel in der Porschestraße zur Kommunikation der Umbaumaßnahmen zurückzuführen sind. Kleinere Investitionen wurden im Rahmen der Ersatzbeschaffung getätigt. Das Anlagevermögen zum 31.12.2007 beläuft sich auf insgesamt 133.859,00 Euro. Im kommenden Jahr sind Investitionen vorrangig für Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bezug der neuen Geschäftsräumlichkeiten im Jobcenter, Einstellung neuer Mitarbeiter und damit verbundene Ausstattung von Arbeitsplätzen) sowie im Rahmen von Maßnahmen und Projekten (Internet, Stadtmöblierung, Tourismussoftware) geplant.

Das Umlaufvermögen zum Bilanzstichtag beläuft sich auf 558.098,03 Euro. Die Veränderungen zum Vorjahr in Höhe von -191.982,91 Euro resultieren aus der Verringerung der liquiden Mittel (Guthaben bei Kreditinstituten) sowie einem Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände (Ertragssteueransprüche 2006 und 2007).

3. Der Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2007

Die Schwerpunkte des Geschäftsjahres lagen vor allem auf der Prozessoptimierung der zusammengeführten Organisationseinheiten und der Aufnahme und Initiierung strategischer Maßnahmen.

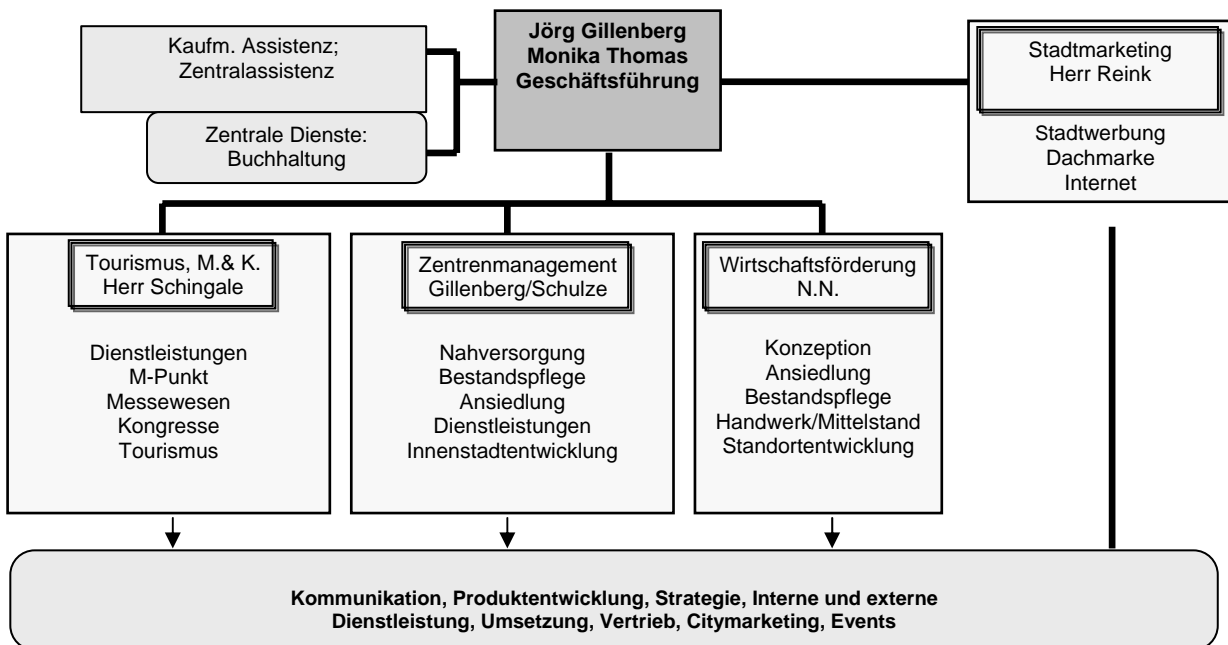


Abb. 1: Organigramm der Wolfsburg Marketing GmbH zum 31.12.2007

Folgende Inhalte standen im Jahr 2007 im Vordergrund:

Wirtschaftsförderung

- Ansiedlungen, Unternehmenserweiterungen und Bestandspflege
- Unternehmensberatung
- Wolfsburger Handwerk als Zielgruppe der mittelständischen Wirtschaft außerhalb Volkswagen und seiner Zulieferer
- Förderberatung von Unternehmen im Rahmen der Ziel-2-Förderung

- Wirtschaftsmarketing

Tourismus, Kongresse, Messen

- Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen und Messen in Wolfsburg
- Vermarktung des Tourismusstandortes Wolfsburg auf nationalen und internationalen Tourismusmessen
- Ausbau des Tagungs- und Kongressservices inkl. Akquise neuer Zielgruppen
- Touristische Publikationen und Anzeigenkampagnen
- Konzeption und Vermittlung individueller Gruppen- und Pauschalreiseangebote
- Erweiterung der Informationsvermittlung durch Tourismusinformation M.Punkt inkl. Callcenter für touristische Leistungsträger vor Ort
- Steigerung der Aufenthaltsdauer der Besucher / Gäste und damit verbunden der Übernachtungszahlen
- Vorbereitung einer Qualitätsoffensive Tourismus Wolfsburg zur Umsetzung im Jahr 2008

Zentrenmanagement

- Umsetzung der Masterplanung Porschestraße – Begleitung des ersten Bauabschnittes
- Vorbereitung des 2. Bauabschnittes, der im Jahr 2008 startet
- Konzeption und Durchführung eines effektiven Baustellenmarketings
- Entwicklung des „Nordkopfes“ als Eingangstor zur Innenstadt und Ergänzung des innovativen Angebotes im nördlichen Teil der Innenstadt (Eröffnung DOW, Baubeginn Jobcenter, Abriss Hertie und Entwicklung eines Markthallenkonzeptes für die verbliebene Immobilie)
- Ansiedlung eines gesunden Branchenmixes im Einzelhandel
- Sicherung der Nahversorgung
- Bestandspflege und Unternehmensberatung
- Ausbau des Leerstandsmanagements
- Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch gezielte Maßnahmen und Aktionen
- Konzeption und Durchführung eines innovativen Weihnachtsmarktes – Wintertraum Wolfsburg
- Initiierung von Kooperationsmaßnahmen der Einzelhändler / Eigentümer

Stadtmarketing

- Dachmarke Wolfsburg – Gemeinsamer Marketingauftritt der Stadt Wolfsburg, ihrer Töchter sowie großer Unternehmenspartner vor Ort
- Veranstaltungen und Messen zur überregionalen bis nationalen Imagesteigerung des Standortes Wolfsburg
- Konzeption einer umfassenden Imageanalyse für den Standort Wolfsburg
- Vorbereitung des Bürgerfestes für „70 Jahre Wolfsburg“ in 2008
- Begleitung der städtischen Initiative „Lust an Familie“
- Unterstützung von Unternehmen, Institutionen Wolfsburgs bei Marketingaktionen
- Dienstleister und kompetenter Berater für die Stadt Wolfsburg sowie Unternehmen und Institutionen in den Bereichen Marketing, Vermarktung, Corporate Design, Internetmarketing
- Erarbeitung einer mittelfristigen Marketingstrategie Wolfsburgs (Kommunikation mit strategischen Partner, Vorbereitung von Markenworkshops, Weiterentwicklung des Leitbildes der Stadt Wolfsburg)
- Verwaltung, Aktualisierung, Konzeption der Internetauftritte der Stadt Wolfsburg und der Wolfsburg Marketing GmbH
- Kooperatives Stadtmarketing
- Aufbau eines Eventmanagements

Internes

- Optimierung der Personalstruktur
- Vereinheitlichung des Tarifgefüges (verschiedene Vertragskonstrukte aufgrund der bisher unterschiedlichen Organisationseinheiten, intensive Begleitung durch externes Beratungsunternehmen, Abschluss im Jahr 2007)
- Entwicklung eines effektiven Controllings zur schrittweisen Umsetzung und Weiterentwicklung in den nächsten Jahren (2007: Einführung des Systems)

4. Das Personal

Die Geschäftsführung der Wolfsburg Marketing GmbH, Jörg Gillenberg und Monika Thomas, verfolgten im vergangenen Geschäftsjahr vor allem das Ziel, die Personalstruktur der Gesellschaft zu optimieren. Die

Vereinheitlichung des Tarifgefüges und der damit verbundenen Vertragsstruktur konnte mithilfe einer externen Beratungsgesellschaft im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen werden.

Mit Beschluss des Aufsichtsrates vom 04.12.2007 wurde Joachim Schingale die Gesamtprokura erteilt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 04.03.2008.

Am Ende des Geschäftsjahres waren bei der Wolfsburg Marketing GmbH ein hauptamtlicher Geschäftsführer, eine nebenamtliche Geschäftsführerin, ein Prokurist, 27 Mitarbeiter, vier Auszubildende, drei Praktikanten sowie acht Aushilfskräfte beschäftigt.

5. Die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Bündelung der genannten Tätigkeitsfelder in Wolfsburg zur ganzheitlichen Vermarktung des Standortes Wolfsburg sowie die Nutzung der sich daraus ergebenden Synergien bezeichnen die Chancen, die zur Gründung der Gesellschaft geführt haben. Vor allem das einheitliche Auftreten Wolfsburgs gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Institutionen vor Ort sowie überregional bis international bilden die Grundlage des zukünftigen Aufgabenspektrums der Gesellschaft. Dabei stehen die Vermarktung der Gewerbegebiete, Akquisition neuer Unternehmen, Kooperation großer Leistungsträger vor Ort bei gemeinsamen Marketingaktivitäten, Etablierung Wolfsburgs als starke touristische Destination, Entwicklung Wolfsburgs zu einem Tagungs- und Kongressstandort sowie die städtebauliche Entwicklung inkl. Ansiedlung eines gesunden Einzelhandels-Branchenmixes und Sicherung der Nahversorgung im Fokus des Handelns.

Im Berichtsjahr wurde aus der mittelfristigen Marketingstrategie auf Basis von Zielgruppenanalysen und dem Leitbild der Stadt Wolfsburg eine Imagekampagne entwickelt, die in den Folgejahren umgesetzt werden soll. Gleichzeitig werden von der Wolfsburg Marketing GmbH, in Kooperation mit wichtigen Akteuren vor Ort und überregionalen Partnern strategische Maßnahmen auf den Weg gebracht.

Mit den langfristig ausgerichteten Aktivitäten der Wolfsburg Marketing GmbH verbinden die Geschäftsführung, die Gesellschafter sowie der Aufsichtsrat und die Stadt Wolfsburg das Ziel der Imagestärkung des Standortes Wolfsburg. Die parallele Konzeption und Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen, die Akquise neuer Unternehmen, Institutionen, Besucher, Einwohner, Kongresse und Tagungen sowie die Profilierung Wolfsburgs als Standort neuer Messen und Themenevents wird die Tätigkeitsfelder der Gesellschaft erweitern und stärker an dem Leitbild und Markenwert der Stadt ausrichten. Die Geschäftsführung hat die Erwartung, die Umsätze stetig zu erhöhen, neue Geschäftsfelder zu erschließen und das Unternehmen zu einem wettbewerbsfähigen Dienstleister zu entwickeln.

Nach innen gerichtet erwartet die Geschäftsführung im Jahr 2008 die Optimierung der operativen Prozesse und der damit verbundenen Unternehmenskommunikation sowie die Einführung und Weiterentwicklung eines effektiven Controllingsystems. Damit einhergehend ist angedacht, die Ressorts Zentrenmanagement und Wirtschaftsförderung im kommenden Jahr zu einem Ressort zu bündeln.

Die Integration eines unternehmerischen und nicht-unternehmerischen Bereiches stellt eine besondere kaufmännische Herausforderung dar. Mögliche finanzielle Risiken beziehen sich vorrangig auf einen Einbruch der Tourismusbranche in Wolfsburg sowie eine Minderung des städtischen Zuschusses. Trotz des Rückgangs der Zuschusszahlungen im Berichtsjahr kann daraus nicht auf zukünftige Haushaltsansätze geschlossen werden. Das Berichtsjahr muss hier isoliert betrachtet und die Finanzentwicklung Wolfsburgs berücksichtigt werden.

Größere finanzielle Risiken der Gesellschaft können daher nicht identifiziert werden, da der Großteil der jährlichen Finanzausstattung über öffentlich-rechtliche Zuschüsse durch die Stadt Wolfsburg nach wie vor bereitgestellt wird. Diese Zuschüsse werden jährlich durch den aufzustellenden Wirtschaftsplan von der Stadt beschlossen und im städtischen Haushalt eingestellt. Nach unserer Auffassung sind derzeit keine bestandsgefährdenden Risiken zu erkennen.

Im kommenden Geschäftsjahr werden die bisherigen kaufmännischen Erfahrungen genutzt, um das Buchhaltungssystem zu optimieren und das Controlling unter Berücksichtigung der besonderen steuerlichen Rahmenbedingungen der Gesellschaft einzuführen und weiterzuentwickeln. Dabei werden bestehende Geschäftsabläufe im Einzelnen untersucht, geprüft und optimiert. Darüber hinaus soll ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert werden. Im Wirtschaftsjahr 2008 erwartet die Geschäftsführung einen leichten Jahresüberschuss in Höhe von 16.000 Euro.

X.

**Tabellenteil
Haushalt**

Gesamtergebnishaushalt Stadt Wolfsburg

Erträge und Aufwendungen

	1	2	3	4	5	6	7
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -	
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	217.778.000	191.611.508	192.779.508	194.869.508	
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	14.353.401	14.453.401	14.553.357	14.653.401	
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	5.454.641	5.412.317	5.362.881	5.268.342	
4. sonstige Transfererträge	0	0	3.484.500	3.461.500	3.451.500	3.451.500	
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	18.456.704	18.490.593	18.484.895	18.532.193	
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	6.854.651	6.565.751	6.565.750	6.565.750	
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	31.320.509	31.129.099	30.996.699	30.794.299	
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	5.388.000	4.145.700	4.203.100	4.203.100	
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	803.800	1.034.900	1.033.400	1.033.400	
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	8.851.200	8.851.200	8.851.200	8.851.200	
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	312.745.406	285.155.969	286.282.290	288.222.694	
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	80.988.065	80.780.229	80.867.925	80.822.676	
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	8.533.485	8.538.785	8.540.985	8.540.985	
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	40.503.481	38.728.894	38.559.044	38.490.743	
16. Abschreibungen	0	0	22.861.754	24.862.004	26.862.004	28.862.004	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	6.551.258	9.327.391	10.737.496	11.000.878	
18. Transferaufwendungen	0	0	116.283.693	108.929.444	108.920.444	109.536.444	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	37.023.670	37.103.423	36.923.573	36.924.152	
20. Überschuss gem. § 15 Abs. 5 GemHKVO	0	0	0	0	0	0	
21. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	312.745.406	308.270.170	311.411.470	314.177.882	
22. ordentliches Ergebnis (Summe ordentliche Erträge abzüglich Summe ordentliche Aufwendungen ohne Zeile 20)	0	0	0	-23.114.201	-25.129.180	-25.955.188	
23. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	
24. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	
25. Überschuss gem. § 15 Abs. 6 GemHKVO	0	0	0	0	0	0	
26. = Summe aus Zeile 24 und 25	0	0	0	0	0	0	
27. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen ohne Zeile 25)	0	0	0	0	0	0	
28. Jahresergebnis (Saldo aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	0	-23.114.201	-25.129.180	-25.955.188	

Übersicht Ergebnishaushalt 2009

Ergebnishaushalt	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis (Überschuss (+) Fehlbetrag (-))	Außer-ordentliche Erträge	Außer-ordentliche Aufwendungen	Außer-ordentliches Ergebnis (Überschuss (+) Fehlbetrag (-))
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Teilhaushalt 00: Verwaltungsvorstand	37.000	1.372.483	-1.335.483	0	0	0
Teilhaushalt 01: Bürgerdienste	13.544.971	21.380.251	-7.835.280	0	0	0
Teilhaushalt 02: Jugend	5.693.890	40.439.700	-34.745.810	0	0	0
Teilhaushalt 03: Soziales und Gesundheit	35.232.031	64.763.881	-29.531.850	0	0	0
Teilhaushalt 04: Kultur und Bildung	1.226.034	10.435.636	-9.209.602	0	0	0
Teilhaushalt 06: Stadtplanung und Bauberatung	1.796.000	4.839.775	-3.043.775	0	0	0
Teilhaushalt 07: Straßenbau und Projektkoordination	7.137.996	21.290.419	-14.152.423	0	0	0
Teilhaushalt 08: Grün	2.962.130	11.752.997	-8.790.867	0	0	0
Teilhaushalt 11: Grundstücks- u. Gebäudemanagement	7.024.900	36.587.770	-29.562.870	0	0	0
Teilhaushalt 14: Personal	304.100	6.065.729	-5.761.629	0	0	0
Teilhaushalt 15: Informationstechnologie	236.300	4.164.131	-3.927.831	0	0	0
Teilhaushalt 20: Finanzen und Controlling	7.489.401	14.410.086	-6.920.685	0	0	0
Teilhaushalt 21: Strategische Planung, Stadtentwicklung	117.000	1.638.925	-1.521.925	0	0	0
Teilhaushalt 30: Rats- und Rechtsangelegenheiten	94.100	2.205.383	-2.111.283	0	0	0
Teilhaushalt 31: Kommunikation	0	512.107	-512.107	0	0	0
Teilhaushalt 32: Rechnungsprüfung	147.300	965.915	-818.615	0	0	0
Teilhaushalt 33: Repräsentation	0	726.289	-726.289	0	0	0

Ergebnishaushalt	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ordentliches Ergebnis (Überschuss (+) Fehlbetrag (-))	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Außerordentliches Ergebnis (Überschuss (+) Fehlbetrag (-))
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Teilhaushalt 40: Personalräte/Schwerbehinderertenvertretung	0	589.354	-589.354	0	0	0
Teilhaushalt 50: Frauenbüro/Gleichstellungsbüro	2.000	168.491	-166.491	0	0	0
Teilhaushalt 51: Ausländerreferat	770	988.990	-988.220	0	0	0
Teilhaushalt 55: Schule	2.764.983	9.880.680	-7.115.697	0	0	0
Teilhaushalt 76: Forum Architektur	800	131.562	-130.762	0	0	0
Teilhaushalt 80: Sport und Bäder	604.700	4.020.695	-3.415.995	0	0	0
Teilhaushalt 99: Allgemeine Finanzwirtschaft	226.329.000	53.414.158	172.914.842	0	0	0
Summen:	312.745.406	312.745.407	0	0	0	0

Gesamtfinanzhaushalt Stadt Wolfsburg						
Einzahlungen und Auszahlungen						
1	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
2	3	4	5	6	7	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	217.778.000	191.611.508	192.779.508	194.869.508
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	14.353.401	14.453.401	14.553.357	14.653.401
3. sonstige Transfereinzahlungen	0	0	3.484.500	3.461.500	3.451.500	3.451.500
4. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	18.456.704	18.490.593	18.484.895	18.532.193
5. privatrechtliche Entgelte	0	0	6.854.651	6.565.751	6.565.750	6.565.750
6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	31.320.509	31.129.099	30.996.699	30.794.299
7. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	0	0	5.388.000	4.145.700	4.203.100	4.203.100
8. Einzahlungen aus der Veräußerung geringwertiger Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0
9. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0	0	11.460.000	11.416.700	11.581.200	11.581.200
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	309.095.765	281.274.252	282.616.009	284.650.952
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
11. Personalauszahlungen	0	0	-79.197.378	-78.408.142	-78.408.138	-78.362.889
12. Versorgungsauszahlungen	0	0	-7.352.662	-7.355.662	-7.355.662	-7.355.662
13. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen u. für geringwertige Vermögensgegenstände	0	0	-40.503.481	-38.728.894	-38.559.044	-38.490.743
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0	0	-5.551.258	-8.327.391	-9.737.496	-10.000.878
15. Transferauszahlungen	0	0	-108.583.693	-116.629.444	-107.120.444	-107.736.444
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	0	0	-40.755.370	-40.809.623	-40.784.773	-40.785.352
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	-281.943.842	-290.259.156	-281.965.556	-282.731.968
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	27.151.923	-8.984.904	650.453	1.918.984
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	10.958.000	7.952.000	2.342.000	1.231.000
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	3.546.000	3.588.000	3.707.000	3.093.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	10.804.000	7.785.000	6.931.000	6.063.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	317.000	533.000	161.000	165.000
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	25.625.000	19.858.000	13.141.000	10.552.000

Gesamtfinanzhaushalt Stadt Wolfsburg							
Einzahlungen und Auszahlungen							
	1	2	3	4	5	6	7
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -	
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	-2.353.000	-978.000	-918.000	-918.000	
26. Baumaßnahmen	0	0	-71.011.000	-38.990.000	-23.732.000	-24.824.000	
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	-9.536.000	-5.481.000	-5.130.000	-5.610.000	
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0	
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	-12.655.000	-11.042.000	-6.576.000	-4.138.000	
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	-4.219.000	-2.258.000	-2.258.000	-2.258.000	
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	-99.774.000	-58.749.000	-38.614.000	-37.748.000	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit)	0	0	-74.149.000	-38.891.000	-25.473.000	-27.196.000	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-46.997.077	-47.875.904	-24.822.547	-25.277.016	
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit							
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	48.508.000	44.483.000	26.331.000	26.482.000	
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	-1.510.923	-4.297.697	-3.504.054	-3.860.585	
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Zeile 34 und 35)	0	0	46.997.077	40.185.303	22.826.946	22.621.415	
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36	0	0	0	-7.690.601	-1.995.601	-2.655.601	
38. voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Haushaltsjahres	0	0	0	0	0	0	
39. voraussichtlicher Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Zeile 37 und 38)	0	0	0	-7.690.601	-1.995.601	-2.655.601	

Übersicht Finanzhaushalt 2009

Übersicht über die Einzahlungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen mit dem jeweiligen Gesamtsummen der Teilhaushalte des Finanzhaushalts gem. §1 Abs. 2 Nr. 2 GemHKVO

A:

Finanzhaushalt	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Einzahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Auszahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Saldo aus Investitionstätigkeit - Euro -	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Saldo aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Veränderung Bestand an Zahlungsmitteln - Euro -	Verpflichtungsermächtigungen - Euro -
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1											
Teilhaushalt 00	37.000	1.324.393	-1.287.393	0	105.000	-105.000	0	0	0	-1.392.393	0
Teilhaushalt 01	13.521.858	20.120.882	-6.599.024	103.000	4.930.000	-4.827.000	0	0	0	-11.426.024	1.481.000
Teilhaushalt 02	5.645.993	40.326.304	-34.680.311	1.054.000	4.964.000	-3.910.000	0	0	0	-38.590.311	50.000
Teilhaushalt 03	35.232.032	64.604.535	-29.372.503	0	62.000	-62.000	0	0	0	-29.434.503	0
Teilhaushalt 04	1.226.034	9.662.305	-8.436.271	0	4.585.000	-4.585.000	0	0	0	-13.021.271	173.000
Teilhaushalt 06	1.786.000	4.769.144	-2.983.144	941.000	2.101.000	-1.160.000	0	0	0	-4.143.144	1.266.000
Teilhaushalt 07	1.750.400	8.232.001	-6.481.601	5.195.000	19.506.000	-14.311.000	0	0	0	-20.792.601	8.277.000
Teilhaushalt 08	2.655.978	10.793.062	-8.137.084	4.000	2.887.000	-2.883.000	0	0	0	-11.020.084	537.000
Teilhaushalt 11	6.622.100	29.939.375	-23.317.275	14.088.000	18.684.000	-4.596.000	0	0	0	-27.913.275	3.140.000

Finanzhaushalt	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Einzahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Auszahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Saldo aus Investitionstätigkeit - Euro -	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Saldo aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Veränderung Bestand an Zahlungsmitteln - Euro -	Verpflichtungsermächtigungen - Euro -
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1											
Teilhaushalt 14	304.100	4.884.672	-4.580.572	0	20.000	-20.000	0	0	0	-4.600.572	0
Teilhaushalt 15	236.300	3.809.000	-3.572.700	10.000	1.528.000	-1.518.000	0	0	0	-5.090.700	400.000
Teilhaushalt 20	7.489.401	14.268.885	-6.779.483	0	7.998.000	-7.998.000	0	0	0	-14.777.483	0
Teilhaushalt 21	117.000	1.627.600	-1.510.600	0	2.303.000	-2.303.000	0	0	0	-3.813.600	254.000
Teilhaushalt 30	94.100	2.105.715	-2.011.615	0	123.000	-123.000	0	0	0	-2.134.615	0
Teilhaushalt 31	0	484.101	-484.101	0	4.000	-4.000	0	0	0	-488.101	0
Teilhaushalt 32	147.300	916.800	-769.500	0	20.000	-20.000	0	0	0	-789.500	0
Teilhaushalt 33	0	726.289	-726.289	0	2.000	-2.000	0	0	0	-728.289	0
Teilhaushalt 40	0	587.400	-587.400	0	11.000	-11.000	0	0	0	-598.400	0
Teilhaushalt 50	2.000	168.200	-166.200	0	2.000	-2.000	0	0	0	-168.200	0
Teilhaushalt 51	770	987.169	-986.399	0	2.000	-2.000	0	0	0	-988.399	0

Finanzhaushalt	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	Verpflichtungs-ermächti-gungen
		Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit - Euro -	Einzahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Auszahlungen für Investitionstätigkeit - Euro -	Saldo aus Investitionstätigkeit - Euro -	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Saldo aus Finanzierungstätigkeit - Euro -	Veränderung Bestand an Zahlungsmitteln - Euro -	- Euro -
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Teilhaushalt 55	2.684.100	9.558.550	-6.874.450	4.230.000	28.682.000	-24.452.000	0	0	0	0	-31.326.450	13.814.000
Teilhaushalt 76	800	124.600	-123.800	0	0	0	0	0	0	0	-123.800	0
Teilhaushalt 80	604.700	3.953.707	-3.349.007	0	1.255.000	-1.255.000	0	0	0	0	-4.604.007	0
Teilhaushalt 99	538.033.565	329.913.000	208.120.565	25.625.000	99.774.000	-74.149.000	97.016.000	3.021.846	227.965.719	93.994.154	0	0
Summen:	618.191.531	563.887.689	54.303.843	51.250.000	199.548.000	-148.298.000	97.016.000	3.021.846	0	93.994.154	0	29.392.000

Gesamtübersicht Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
<u>01 Bürgerdienste</u>						
1-01-01-02	Melde-, Pass- und Ausweisangelegenheiten	Zuzugprämie für Studenten	25.000	25.000	25.000	25.000
1-01-02-02	Gefahrenabwehr	Jagdscheingebühren Tierschutz, Betreuungsschädigung	15.000 157.000	15.000 140.100	15.000 140.100	15.000 140.100
1-01-02-03	Verkehr	Verkehrswacht Wolfsburg	750	750	750	750
1-01-04-01	Amtstierärztlicher Dienst	Tierkörperbeseitigungsanstalt	21.700	21.700	21.700	21.700
1-01-05-01	Vorbogender Umweltschutz	Naturschutzverbände Verbraucherzentrale Agenda 21	11.800 17.300 8.000	11.800 17.300 8.000	11.800 17.300 8.000	11.800 17.300 8.000
1-01-05-02	Naturschutz und Landschaftspflege	Ackerrandstreifenprogramm	6.500	6.500	6.500	6.500
1-01-06-01	Gefahrenabwehr Feuerwehr	Feuerwehrverband ¹ Freiwillige Feuerwehr / Wehrkasse ²	9.007 13.556	9.007 13.556	9.007 13.556	9.007 13.556
1-01-06-03	Gefahrenvorbeugung	Feuerwehrverband ¹ Freiwillige Feuerwehr / Wehrkasse ²	522 785	522 785	522 785	522 785
1-01-06-04	Genehmigungen / Service für Dritte	Feuerwehrverband ¹ Freiwillige Feuerwehr / Wehrkasse ²	172 258	172 258	172 258	172 258
			287.350	270.450	270.450	270.450
			Summe GB 01	270.450	270.450	270.450

¹ Gesamtzuschuss für Feuerwehrverband beträgt 9.701€

² Gesamtzuschuss für Freiwillige Feuerwehr / Wehrkasse beträgt 14.600€

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
<u>02 Jugend</u>						
1-02-01-01	Förderung von Kindertagesbetreuung	Kindergärten - Betriebskostenzuschuss Fachdienst Westhagen ¹ Kindergartenfachberatung ² Betreuende Elternarbeit Tagesmütterverein e. V.	14.600.679 83.120 170.960 20.000 223.000	14.838.679 83.120 170.960 20.000 223.000	14.838.679 83.120 170.960 20.000 223.000	14.828.679 83.120 170.960 20.000 223.000
1-02-01-02	Betrieb eigener Kindertagesstätten	Fachdienst Westhagen ¹ Kindergartenfachberatung ²	20.780 42.740	20.780 42.740	20.780 42.740	20.780 42.740
1-02-01-03	Bildung u. Betreuung v. Freizeiteinr. u. Ganztagsssch Ganztagsschulkindbetreuung	Ganztagsschulkindbetreuung	330.835	294.465	294.465	294.465
1-02-02-01	Erziehungsberatung	ev.-luth.-u. kath. Familien- u. Eheberatung ev. Familienbildungsstätte Schülersorgentelefon Pro Familia Psychologische Arbeitsgemeinschaft Mütterzentrum Westhagen Mütterzentrum Neindorf Schwangerschaftskonfliktberatung Telefonseelsorge Beratungsstelle Dialog	129.500 84.500 1.100 87.000 1.500 38.000 7.700 15.500 9.900 267.200	129.500 84.500 1.100 87.000 1.500 38.000 7.700 15.500 9.900 267.200	129.500 84.500 1.100 87.000 1.500 38.000 7.700 15.500 9.900 267.200	129.500 84.500 1.100 87.000 1.500 38.000 7.700 15.500 9.900 267.200
1-02-02-02	Präventive Hilfe	Hippy-Projekt Ready for Life Zuschuss Projekt Essstörungen	10.000 7.500 0	10.000 7.500 20.000	10.000 7.500 20.000	10.000 7.500 20.000
1-02-04-01	Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit	Ausbildungsverband Caritas, Arbeitslosenprojekte ev. Kirchenkreisamt, Arbeitslosenprojekte	700.000 19.600 104.300	580.000 19.600 104.300	460.000 19.600 104.300	580.000 19.600 104.300
1-02-04-02	Freizeiteinrichtungen	Jugendhaus Ost	5.000	5.000	5.000	5.000
1-02-04-04	Jugendförderung	Kultur GmbH Ehrenamt Erholungsmaßnahmen Stadjugendring / Veranstaltungen und Geschäftsbedarf Jugendgemeinschaften	940.800 70.800 7.000 155.000 149.900	940.800 70.800 7.000 155.000 149.900	940.800 70.800 7.000 155.000 149.900	940.800 70.800 7.000 155.000 149.900

Teilhaushalt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
		St. Markus	13.100	13.100	13.100	13.100
		Verbände, die jugendliche Aussiedler betreuen	52.000	52.000	52.000	52.000
		Förderung von Selbsthilfemaßnahmen	46.100	46.100	46.100	46.100
		"Treffpunkt"-e. V.	34.000	34.000	34.000	34.000
		Treffpunkt Hehligen	5.100	5.100	5.100	5.100
		Projekte und Initiativförderung	10.000	10.000	10.000	10.000
		Förderung SFG	115.400	115.400	115.400	115.400
		Christliche Drogenarbeit	74.100	74.100	74.100	74.100
		Drogenberatung für Kontaktladen	62.700	62.700	62.700	62.700
		Teestube, Drogenberatung	292.800	292.800	292.800	292.800
		Zuschuss Bundeslager VCP	0	70.000	0	0
		Summe GB 02	19.009.214	19.180.844	18.990.844	19.100.844

¹ Gesamtbetrag für Fachdienst Westhagen beträgt 103.900 €

² Gesamtbetrag für Kindergartenfachberatung beträgt 213.700 €

03 Gesundheit und Soziales

1-03-01-01	Förderungen sozialer Einrichtungen	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
	Tagestreff Stiftung "Wohnen und Beraten"	50.000	50.000	50.000	50.000
	Üö. T. Tagestreff	50.000	50.000	50.000	50.000
	Frauenhaus / Personal- und Betriebskosten	160.400	160.400	160.400	160.400
	Frauenhaus / sonstige Maßnahmen	2.800	2.800	2.800	2.800
	Schuldnerberatungsstelle	125.000	125.000	125.000	125.000
	Wohlfahrtsverbände / Grundförderung	165.000	165.000	165.000	165.000
	Frauenkommunikationszentrum	6.000	6.000	6.000	6.000
	Nachbarschaftshilfe	0	0	0	0
	Stadt- u. Regionalverband der Hörgeschädigten BS e. V.	400	400	400	400
	Hospizverein	6.000	6.000	6.000	6.000
	Sonstige kleinere Verbände	7.400	7.400	7.400	7.400
	Multiple Sklerose Gesellschaft	1.500	1.500	1.500	1.500
	AIDS-Hilfe Wolfsburg e. V.	18.400	18.400	18.400	18.400
	KISS	47.800	47.800	47.800	47.800
	Suchtgefährdete	170.800	170.800	170.800	170.800
	Netzwerk e. V.	15.600	15.600	15.600	15.600
	Betreuungsverein Wolfsburg e. V.	60.000	60.000	60.000	60.000
	Kontaktstelle für chronisch- psychiosch Kranke	87.900	99.400	102.300	105.300

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1-03-03-03	Ergä. Leistungen f. Versorgungsempfänger	Rückzahlung an das Land	800	800	800	800
1-03-03-04	Betreuung von Aussiedlern und Vertriebenen	Betreuung Aussiedlerorganisationen Spätaussiedlerhilfe / Mietkostenzuschuss	93.000 24.400	94.000 25.400	95.000 26.400	96.000 27.400
1-03-04-01	Hilfen im Alter	Seniorenbegegnungsstätten Seniorenring e.V. Seniorenvereine	210.000 21.000 65.000	210.000 21.000 65.000	210.000 21.000 65.000	210.000 21.000 65.000
1-03-04-02	Hilfen für Pflegebedürftige	Tagespflegeeinrichtung "wir" Kurzzeitpflege Diakonie Weitere Einrichtungen der Kurzzeitpflege Sozialstationen Vorpfleger. Maßnahmen Ambulante Pflege	3.000 120.000 30.000 260.000 129.800 60.000	3.000 120.000 30.000 260.000 129.800 60.000	3.000 120.000 30.000 260.000 129.800 60.000	3.000 120.000 30.000 260.000 129.800 60.000
1-03-04-03	Eingliederungshilfen f. behinderte Menschen	Behindertenarbeit DPWW Behindertenbeirat	21.000 2.600	21.000 2.600	21.000 2.600	21.000 2.600
1-03-05-02	Gesundheitl. Umweltschutz, Seuchenhygiene	Projekt Gesundheitsschutz	2.500	2.500	2.500	2.500
Summe GB 03			2.018.100	2.031.600	2.036.500	2.041.500

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
<u>04 Kultur und Bildung</u>						
1-04-00-01	Kulturförderung	Betriebskosten Studienzentrum (H.-v.-F.-Museum) tv 38	1.800	1.800	1.800	1.800
		Projektförderung	35.000	35.000	35.000	35.000
		Jung Kunst e. V.	20.600	12.100	12.100	12.100
		Galerie Theater	32.500	32.500	32.500	32.500
		Kunstverein	13.500	13.500	13.500	13.500
		Institut Heidersberger	93.000	78.000	78.000	78.000
		Künstlerförderung	89.700	89.700	89.700	89.700
		Italienisches Kulturinstitut	7.400	7.400	7.400	7.400
		Chorleiterzuschuss	54.300	54.300	54.300	54.300
		Tanzendes Theater Wolfsburg	25.000	25.000	25.000	25.000
		Foto Medien Portal	48.000	48.000	48.000	48.000
			25.000	25.000	25.000	25.000
1-04-00-03	Kulturelle GmbHs/Verbände/Projekte	Theater GmbH Planetarium GmbH	1.539.000	1.539.000	1.539.000	1.539.000
			238.900	202.000	202.000	202.000
1-04-04-01	Einzel- und Gruppenunterricht	regionale Kontaktstelle Musik	1.500	1.500	1.500	1.500
1-04-04-02	Ensemble- und Ergänzungsangebote	regionale Kontaktstelle Musik	1.500	1.500	1.500	1.500
	Summe GB 04		2.226.700	2.166.300	2.166.300	2.166.300
<u>08 Grün</u>						
1-08-01-02	Bewirtschaftung von Grün und Freiflächen	Förderverein Tiergehege Geologischer Lehrpfad	20.000	20.000	20.000	20.000
			5.000	5.000	5.000	5.000
	Summe GB 08		25.000	25.000	25.000	25.000

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
<u>11 Grundstücks- und Gebäudemanagement</u>						
1-11-01-02	Land- und Forstwirtschaft	Kreisimkerverein Realverbände, Forstbetriebsgemeinschaften	600 21.500	600 21.500	600 21.500	600 21.500
1-11-02-04	Vermietung/Verpachtung extern	Fachhochschule BS / WF - Institut für Fahrzeugbau Fachhochschule BS / WF - Wielandstrasse Landhaus Detmerode	112.500 22.800 11.600	112.500 22.800 11.600	112.500 22.800 11.600	112.500 22.800 11.600
Summe GB 11			169.000	169.000	169.000	169.000
<u>20 Finanzen und Controlling</u>						
1-20-01-01	Finanzplanung / Finanzcontrolling	Abwasserverband Wolfsburg	47.400	47.400	47.400	47.400
1-20-02-02	Beteiligungscontrolling	Großraumverband Braunschweig Marketinggesellschaft Bildungszentrum Wolfsburg gGmbH CongressPark Wolfsburg GmbH Eispalast - Struktureller Zuschuss Wolfsburg AG - Bespielung Allerpark Flughafengesellschaft Braunschweig mbH Projekt Region Braunschweig Phaeno gGmbH Phaeno Stiftung	700.000 2.612.000 900.000 796.000 250.000 100.000 422.000 100.000 35.000 1.430.000	700.000 2.612.000 900.000 796.000 250.000 100.000 422.000 100.000 35.000 1.430.000	700.000 2.612.000 900.000 796.000 250.000 100.000 422.000 100.000 35.000 1.430.000	700.000 2.612.000 900.000 796.000 250.000 100.000 422.000 100.000 35.000 1.430.000
Summe FB 20			7.392.400	7.392.400	7.392.400	7.392.400

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
<u>21 Strategische Planung</u>						
1-21-01-01	Strategische Planung/Stadtentwicklung	Schützenfest Förderprogramm LOS	2.800 60.000	2.800 60.000	2.800 60.000	2.800 60.000
1-21-01-02	Koordination EU-Förd./FH-Belange	Sonderveranstaltungen Industrieforum Kompetenzpreis Summer University IPI Koordinstierungsstelle Verkehrsverein Vorsefde Blickpunkt Fallersleben	1.500 9.200 11.000 5.000 11.000 12.300 12.000 12.000	1.500 9.200 11.000 5.000 11.000 12.300 12.000 12.000	1.500 9.200 11.000 5.000 11.000 12.300 12.000 12.000	1.500 9.200 11.000 5.000 11.000 12.300 12.000 12.000
	Summe FB 21		136.800	136.800	136.800	136.800
<u>30 Rats- und Rechtsangelegenheiten</u>						
1-30-01-03	Ratsangelegenheiten	Ehrenamt / Bürgerengagement	120.000	120.000	120.000	120.000
	Summe FB 30		120.000	120.000	120.000	120.000
<u>33 Repräsentation</u>						
1-33-01-02	Internationale Beziehungen	Internationaler Freundeskreis	25.000	25.000	25.000	25.000
	Summe OE 33		25.000	25.000	25.000	25.000

Teilhaushalt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
51 Ausländerreferat						
1-51-01-01	Interkulturelle & Integrationsförderung	Ausländische Vereine sowie Caritas Flüchtlingshilfe Centro Italiano / Kulturelle Veranstaltungen Centro Italiano / Betriebsführung Veranstaltungen/ Projekte	43.000 10.000 10.000 120.000 1.000	43.000 10.000 10.000 120.000 1.000	43.000 10.000 10.000 120.000 1.000	43.000 10.000 10.000 120.000 1.000
1-55-01-03	Pädagogische Förderung	Förderung kultureller Arbeit	10.000	10.000	10.000	10.000
Summe FB 51			194.000	194.000	194.000	194.000
55 Schule						
1-55-01-01	Betrieb und Unterhaltung von Schulen	Schulzweckverband Hasenwinkel und Waldorfschule Förderschulen Hauptschulen Gymnasien und Kollegs Förderverein BBS II IGS Naturerkundungsstation (NEST)	154.000 11.800 8.800 8.500 15.300 33.200 500	154.000 11.800 8.800 8.500 15.300 33.200 500	154.000 11.800 8.800 8.500 15.300 33.200 500	154.000 11.800 8.800 8.500 15.300 33.200 500
1-55-01-03	Schulentwicklungsplan/Schülerbez. Dien.	Stadtelternrat Stadtschülerrat Ehrung von Schülern Internationale Schülerprojekte Ganztagsschulen Bildung und Betreuung (Essenkosten)	500 500 2.900 4.000 240.400	500 500 2.900 4.000 240.400	500 500 2.900 4.000 240.400	500 500 2.900 4.000 240.400
Summe FB 55			480.400	480.400	480.400	480.400

Teilhaushalt Produkt	Produktbezeichnung	Empfänger / Bestimmung	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
80 Sport und Bäder						
1-80-01-01	Sportförderung und Sportveranstaltungen	Sportvereine	1.111.700	1.111.700	1.111.700	1.111.700
		Waldorfschule / Hallennutzung	15.300	15.300	15.300	15.300
		Projekt Schule und Sport	500	500	500	500
		Intern. Sportliche Grossveranstaltungen	13.900	13.900	13.900	13.900
		Summe FB 80	1.141.400	1.141.400	1.141.400	1.141.400
99 Allgemeine Finanzwirtschaft						
1-99-01-01	Allgemeine Finanzwirtschaft	WEB	250.000	250.000	250.000	250.000
		Gewässer - III. Ordnung an WEB	140.000	140.000	140.000	140.000
		RHB - Entschlammung	155.000	95.000	155.000	160.000
		Umlage Klinikum	65.000	65.000	65.000	65.000
		Studieninstitut	65.000	65.000	65.000	65.000
		Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie	1.000	1.000	1.000	1.000
		Summe 99	676.000	616.000	676.000	681.000
Gesamtsumme			33.901.364	33.949.194	33.824.094	33.944.094

Teilhaushalt 00

Verwaltungsvorstand

Teilergebnishaushalt 00: Verwaltungsvorstand							
Erträge und Aufwendungen	1	2	3	4	5	6	7
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -	
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	37.000	37.000	37.000	37.000	37.000
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	1.027.246	589.911	589.911	561.910	561.910
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	173.137	173.137	173.137	173.137	173.137
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	8.100	8.100	8.100	8.100	8.100
16. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	164.000	164.000	164.000	164.000	164.000
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	1.372.483	935.147	935.147	907.147	907.147
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-))	0	0	-1.335.483	-898.147	-898.147	-870.147	-870.147
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-1.335.483	-898.147	-898.147	-870.147	-870.147
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	98.304	98.304	98.304	98.304	98.304
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-98.304	-98.304	-98.304	-98.304	-98.304
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.433.787	-996.451	-996.451	-968.451	-968.451

Teilfinanzhaushalt 00 Verwaltungsvorstand						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
						7
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	37.000	37.000	37.000	37.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	1.324.393	887.057	887.057	859.057
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	1.287.393	850.057	850.057	822.057
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	105.000	1.000	1.000	1.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	105.000	1.000	1.000	1.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	105.000	1.000	1.000	1.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-1.392.393	-851.057	-851.057	-823.057
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 00
 Produktgruppe 00-01
 Produkt 00-01-01

Zur Produktgruppe zugeordnetes Produkt 1-00-01-01 Verwaltungssteuerung und -führung

Beschreibung des Produkts	
Verantwortlicher des Produkts	N.N.
Beschreibung	

Leistungen des Produkts	
Nr.	Leistung
1-00-01-01-01	Strategische und operative Leitung des Verwaltungsvorstandes
1-00-01-01-02	Führung des Geschäftsganges des Verwaltungsvorstandes
1-00-01-01-03	Repräsentation der Stadt
1-00-01-01-04	Teilnahme an Rats- und Ausschusssitzungen
1-00-01-01-05	Tätigkeiten des Koordinationsreferenten
1-00-01-01-06	Tätigkeiten der Vorzimmer des Verwaltungsvorstandes

Produktbereich 00

00 Verwaltungsvorstand

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	N.N.
Beschreibung	

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen

Nr	Bezeichnung
1-00-01	Verwaltungsvorstand

Teilhaushalt 01

Bürgerdienste

Teilergebnishaushalt 01: Bürgerdienste						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	301.900	301.900	301.900	301.900
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	23.113	13.638	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	10.963.493	10.963.493	10.963.493	10.963.493
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	169.665	169.665	169.665	169.665
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	123.900	123.900	123.900	123.900
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	200	200	200	200
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	1.962.700	1.962.700	1.962.700	1.962.700
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	13.544.971	13.535.496	13.521.858	13.521.858
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	13.755.246	13.755.246	13.755.246	13.755.246
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	2.523.015	2.523.015	2.523.015	2.523.015
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	1.894.594	1.855.094	1.876.094	1.860.094
16. Abschreibungen	0	0	778.471	885.471	1.006.471	1.143.471
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	200	200	200	200
18. Transferaufwendungen	0	0	287.350	270.450	270.450	270.450
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	2.141.375	2.141.075	2.141.075	2.141.075
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	21.380.251	21.430.551	21.572.551	21.693.551
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-))	0	0	-7.835.280	-7.895.055	-8.050.693	-8.171.693
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-7.835.280	-7.895.055	-8.050.693	-8.171.693
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	2.487.233	2.487.233	2.487.233	2.487.233
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.487.233	-2.487.233	-2.487.233	-2.487.233
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-10.322.513	-10.382.288	-10.537.926	-10.658.926

Teilfinanzhaushalt 01 Bürgerdienste						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	13.521.858	13.521.858	13.521.858	13.521.858
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	20.120.882	20.064.182	20.085.182	20.069.182
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	6.599.024	6.542.324	6.563.324	6.547.324
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	103.000	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	103.000	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	1.952.000	876.000	171.000	171.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	2.726.000	1.021.000	1.368.000	1.164.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	187.000	125.000	120.000	90.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	65.000	65.000	65.000	65.000
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.930.000	2.087.000	1.724.000	1.490.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	4.827.000	2.087.000	1.724.000	1.490.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-11.426.024	-8.629.324	-8.287.324	-8.037.324
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Michael Sothmann
Beschreibung	Wahrnehmung der Aufgaben aus den Bereichen Bürgerdienste, Sicherheit, Standes- und Veterinärwesen sowie den Schutz der Natur und der Umwelt.

Vom Produktbereich abgedeckte Handlungsfelder und Oberziele	
Oberziel	Handlungsfeld
A50 Mittelstand, Einzelhandel und Gewerbe stärken	A Arbeit und Wirtschaft sichern und ausbauen
F30 Lebenswertes, gesundes und soziales Umfeld erhalten, pflegen und entwickeln	F Familie und Integration fördern
S30 Lebenswerte und lebendige Stadt- und Ortsteile erhalten und fördern	S Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
V20 Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V30 Ordnung und Sicherheit gewährleisten	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-01-01	Bürgerdienste
1-01-02	Ordnungsamt
1-01-03	Standesamt
1-01-04	Veterinäramt
1-01-05	Umweltamt
1-01-06	Feuerwehr

Produktbereich 01
 Produktgruppe 01-01

1-01-01 Bürgerdienste

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Jürgen Bley
Beschreibung	Erbringung der Dienstleistungen für das Melde-Fahrzeug- und das Fahrerlaubnisregister sowie Ausführung der ausländerrechtlichen Bestimmungen.

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Ziel	Handlungsfeld
V20-01-01-Z01	Die durchschnittliche Wartezeit im Bürgerbüro soll an n Arbeitstagen nicht mehr als 20 Minuten betragen	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe			
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008
V20-01-01-Z01-K01	Abweichungen in Tagen	60	60

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-01-01	Ausländerangelegenheiten
1-01-01-02	Melde-, Pass- und Ausweisangelegenheiten
1-01-01-03	Fahrerlaubniswesen
1-01-01-04	Kfz-Wesen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Friedhelm Peter
Beschreibung	Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V30-01-02-Z01	Vermeidung von Obdachlosigkeit durch Verhinderung von Zwangsräumung	Ordnung und Sicherheit gewährleisten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V30-01-02-Z02	Schutz des redlichen Gewerbetreibenden vor unfairer Konkurrenz	Ordnung und Sicherheit gewährleisten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V20-01-02-Z03	Attraktivität eines grünen Wochenmarkts beibehalten	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
S30-01-02-Z04	Erhöhung des Sicherheitsgefühls in der Innenstadt	Lebenswerte und lebendige Stadt- und Ortsteile erhalten und fördern	Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
V30-01-02-Z05	Reduzierung der Verkehrsunfälle durch Kontrollen an Unfallschwerpunkten	Ordnung und Sicherheit gewährleisten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V30-01-02-Z01-K01	Anzahl der Zwangsräumungen			60	60
V30-01-02-Z02-K01	Anzahl der Gerichtsverfahren im Jahr			110	110
V30-01-02-Z02-K02	Anzahl der Anfragewiederholungen			150	150

Kennzahlen der Produktgruppe						
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	
V20-01-02-Z03-K01	Anzahl der Marktbesucher im Jahr			73	73	
S30-01-02-Z04-K01	Anzahl der standardisierten, monatlichen Innenstadtbegehungen, Innenstadtbefragungen			12	12	
V30-01-02-Z05-K01	Unterschiedszahl Verkehrsunfälle aktuelles Jahr zum Vorjahr			*	*	
V30-01-02-Z05-K02	Anzahl der Kontrollen im Jahr			1000	1000	
V30-01-02-Z05-K03	Anzahl der Unfälle an den Unfallschwerpunkten			480	480	

* Für die Kennzahl *Unterschiedszahl Verkehrsunfälle aktuelles Jahr zum Vorjahr* liegen z.Z. keine Erfahrungs- bzw. Planwerte vor. Die Plan und Ist-Zahlen werden für das Berichtswesen nachgereicht.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-02-01	Gewerbe- und Gaststätten
1-01-02-02	Gefahrenabwehr
1-01-02-03	Verkehr
1-01-02-04	städtischer Ordnungsdienst
1-01-02-05	Obdachlosigkeit
1-01-02-06	Markt
1-01-02-07	Wahlen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-01-03 Standesamt

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Edith Arndt
Beschreibung	Bearbeitung sämtlicher im Zuständigkeitsbereich liegender Personenstandsangelegenheiten

Ziele der Produktgruppe			
Nr.	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V20-01-03-Z01	Anzahl der Ambientetrauungen von auswärtigen Brautpaaren erhöhen	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V20-01-03-Z02	Der Anteil der Ambientetrauungen soll 50 % der gesamten Trauungen ausmachen.	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V20-01-03-Z01-K01	Anzahl der Ambientetrauungen			305	305
V20-01-03-Z01-K02	Anzahl der Trauungen			570	570
V20-01-03-Z02-K01	Ambientetrauungsquote			53	53

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-03-01	Geburten
1-01-03-02	Sterbefälle
1-01-03-03	Eheschließungen
1-01-03-04	Familienbuch

Produktbereich 01
Produktgruppe 01-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-01-04 Veterinäramt

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Klaus von Benten
Beschreibung	Wahrnehmung der amtstierärztlichen Aufgaben mit den Schwerpunkten Lebensmittelüberwachung, Tierseuchenbekämpfung und Fleischbeschauung.

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
S30-01-04-Z01	Schutz der Verbraucher vor Krankheiten durch risikobasierte Betriebskontrolle	Lebenswertes, gesundes und soziales Umfeld erhalten, pflegen und entwickeln	Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
V30-01-04-Z02	Schutz der Tierbestände vor Seuchen	Ordnung und Sicherheit gewährleisten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
S30-01-04-Z03	Schutz der Verbraucher vor Krankheiten durch Untersuchung aller angemeldeten, beschaupflichtigen Tiere	Lebenswertes, gesundes und soziales Umfeld erhalten, pflegen und entwickeln	Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
S30-01-04-Z01-K01	Anzahl der Kontrollbesuche			1200	1200
S30-01-04-Z01-K02	Erreichung von 100% der risikobasierten Betriebskontrollen			100	100
V30-01-04-Z02-K01	Verhältnis in % BHVI-freien Bestände zu den Gesamttierbestände			100	100
S30-01-04-Z03-K01	Anzahl der angemeldeten Beschauungen			400	400

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-04-01	Amtstierärztlicher Dienst
1-01-04-02	Lebensmittelüberwachung
1-01-04-03	Fleischhygiene

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschrei	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Horst Farny
Beschreibung	Erhalt und Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Ziel	Handlungsfeld
S30-01-05-Z01	Pflege und Entwicklung von Schutzgebieten und Schutzobjekten	Lebenswerte und lebendige Stadt- und Ortsteile erhalten und fördern
S30-01-05-Z02	Schutz des Bodens und des Grundwassers vor von Altablagerungen ausgehenden Schadstoffen	Lebenswerte und lebendige Stadt- und Ortsteile erhalten und fördern
		Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
		Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
S30-01-05-Z01-K01	Größe der Schutzgebiete (in ha)			35	35
S30-01-05-Z01-K02	Anzahl der Schutzobjekte			40	40
S30-01-05-Z02-K01	Anzahl der betreuten Verfahren			27	27
S30-01-05-Z02-K02	Anteil der abgearbeiteten Fälle			1	1
S30-01-05-Z02-K03	Gesamtanzahl der erfaßten Objekte ab 1989			128	128

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-05-01	Vorbeugender Umweltschutz
1-01-05-02	Naturschutz und Landschaftspflege
1-01-05-03	Gewässer-, Boden- und Immissionsschutz

Produktbereich 01
 Produktgruppe 01-06

1-01-06 Feuerwehr

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Johannes Edelmann
Beschreibung	Hilfe für Menschen und Tiere in bedrohenden Situationen und Vermeidung von Schäden an Sachen und Umwelt.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-01-06-01	Gefahrenabwehr Feuerwehr
1-01-06-02	Rettungsdienst
1-01-06-03	Gefahrenvorbeugung
1-01-06-04	Genehmigungen / Service für Dritte
1-01-06-05	Zivil- und Katastrophenschutz

Teilhaushalt 02

Jugend

Teilergebnishaushalt 02: Jugend						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	748.300	748.300	748.300	748.300
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	47.897	47.897	47.897	41.183
4. sonstige Transfererträge	0	0	724.900	724.900	724.900	724.900
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	412.200	412.200	412.200	412.200
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	55.800	55.800	55.800	55.800
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	3.704.693	3.704.693	3.704.693	3.704.693
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	100	100	100	100
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	5.693.890	5.693.890	5.693.890	5.687.176
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	11.602.888	11.602.888	11.602.888	11.557.888
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	419.350	419.350	419.350	419.350
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	1.164.493	1.218.693	1.164.493	1.164.493
16. Abschreibungen	0	0	65.306	220.306	335.306	335.306
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	26.795.414	27.037.044	26.817.044	26.977.044
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	392.249	392.249	392.249	392.249
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	40.439.700	40.890.530	40.731.329	40.846.330
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-34.745.810	-35.196.640	-35.037.439	-35.159.154
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-34.745.810	-35.196.640	-35.037.439	-35.159.154
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	2.330.274	2.330.274	2.330.274	2.330.274
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.330.274	-2.330.274	-2.330.274	-2.330.274
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-37.076.084	-37.526.914	-37.367.713	-37.489.428

Teilfinanzhaushalt 02 Jugend						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	5.645.993	5.645.993	5.645.993	5.645.993
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	40.326.304	40.622.134	40.347.934	40.462.934
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	34.680.311	34.976.141	34.701.941	34.816.941
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	1.040.000	375.000	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	14.000	14.000	14.000	14.000
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	1.054.000	389.000	14.000	14.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	1.469.000	600.000	100.000	100.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	572.000	258.000	258.000	258.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	2.923.000	3.173.000	473.000	473.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.964.000	4.031.000	831.000	831.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	3.910.000	3.642.000	817.000	817.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-38.590.311	-38.618.141	-35.518.941	-35.633.941
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Carola Kirsch
Beschreibung	Bildung und Betreuung ausbauen; Entwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund fördern; Kinderschutz gewährleisten. Zielgruppe: Kinder, Jugendliche, Familien

Vom Produktbereich abgedeckte Handlungsfelder und Oberziele	
Oberziel	Handlungsfeld
B10	Qualitätsvolle, zukunftsorientierte Bildungslandschaft ausbauen
F20	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern
F50	Integration aktiv gestalten
V20	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren
V30	Ordnung und Sicherheit gewährleisten
V40	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern
	B
	F
	F
	V
	V
	V
	Bildungs- und Kulturangebote erweitern
	Familie und Integration fördern
	Familie und Integration fördern
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-02-01	Kindertagesbetreuung
1-02-02	Beratung
1-02-03	Soziale Dienste
1-02-04	Jugendförderung
1-02-05	Unterhalt
1-02-06	Jugend- und Sozialentwicklungsplanung

Produktbereich 02
Produktgruppe 02-01

1-02-01 Kindertagesbetreuung

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Iris Bothe
Beschreibung	Förderung von Kindertagesbetreuung Betrieb eigener Kindertagesstätten Bildung und Betreuung in Freizeiteinrichtungen und Ganztagschulen

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Bezeichnung	Handlungsfeld
F20-02-01-Z01	Betreuungsangebote für unter 3-Jährige ausbauen	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern Familie und Integration fördern
F20-02-01-Z02	Kitas der Stadt WOB als Familienzentren aufwerten	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern Familie und Integration fördern
F20-02-01-Z03	Bildungs- und Betreuungsangebote von Schulkindern ausbauen	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern Familie und Integration fördern
B10-02-01-Z04	Kitas als Bildungseinrichtung aufwerten mit Hilfe veröffentlichter Prüfberichte	Qualitätsvolle, zukunftsorientierte Bildungslandschaft ausbauen Bildungs- und Kulturangebote erweitern
F50-02-01-Z05	Wertschätzung für die verschiedenen Herkunftskulturen der Kinder im pädagogischen Konzept und dessen Umsetzung verankern	Integration aktiv gestalten Familie und Integration fördern

Kennzahlen der Produktgruppe						
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010	
F20-02-01-Z01-K01	Versorgungsgrad bei unter 3-Jährigen			32,40	34,5	
F20-02-01-Z02-K01	Umsetzungsgrad			20	20	
F20-02-01-Z03-K01	Versorgungsgrad der Grundschul Kinder			38,50	57,8	
F20-02-01-Z03-K02	Entwickelte Qualitätsstandards			100	100	
B10-02-01-Z04-K01	Veröffentlichte Prüfberichte			1	1	
F50-02-01-Z05-K01	Erstellte Konzepte			3	3	
F50-02-01-Z05-K02	Ergebnisse Elternbefragung			30	30	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-02-01-01	Förderung von Kindertagesbetreuung
1-02-01-02	Betrieb eigener Kindertagesstätten
1-02-01-03	Bildung u. Betreuung Freizeiteinr. u. GTS

Produktbereich 02
Produktgruppe 02-02

1-02-02 Beratung

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Doris Kahlert
Beschreibung	Erziehungsberatung Präventive Hilfen

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
F50-02-02-Z01	Qualifizierung von Müttern mit Migrationshintergrund	Integration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern
F50-02-02-Z02	Interkulturelle Angebote für SchülerInnen und deren Familien fördern	Integration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
F50-02-02-Z01-K01	Anzahl der Mütter, die die Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen haben		8	8	8
F50-02-02-Z02-K01	Anteil der Familien mit Migrationshintergrund an den präventiven Hilfen			20	20

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-02-02-01	Erziehungsberatung
1-02-02-02	Präventive Hilfen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Marion Herrfurth
Beschreibung	Familienunterstützende Hilfen Familienersetzende Hilfen

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Ziel	Handlungsfeld
F20-02-03-Z01	Unabhängigkeit der Familien von Unterstützung herstellen	Kinder- und familienfreundliche Angebote erweitern Familie und Integration fördern

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
F20-02-03-Z01-K01	Länge des Verbleibens in familienunterstützenden Maßnahmen (Monate)			16	16

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-02-03-02	Familienunterstützende Hilfen
1-02-03-03	Familienersetzende Hilfen

Produktbereich 02
Produktgruppe 02-04

1-02-04 Jugendförderung

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Christian Cordes
Beschreibung	Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit Freizeiteinrichtungen Mobile Jugendarbeit Jugendförderung

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
F50-02-04-Z01	Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt intensivieren	Integration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern
V20-02-04-Z02	Steigerung der Attraktivität der pädagogischen Arbeit für die Zielgruppe	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V30-02-04-Z03	Gewaltprävention durch mobile Jugendarbeit	Ordnung und Sicherheit gewährleisten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
F50-02-04-Z01-K01	Steigerung der Vermittlungsquote um 8% im Bereich der Jugendberufshilfe			320	320
V20-02-04-Z02-K01	Steigerung der Besucherzahl in Freizeiteinrichtungen um 5%			8433	8433
V30-02-04-Z03-K01	Anzahl der Veranstaltungen des Streetsoccer-Mobils			15	15

Produkte der Produktgruppe		Produkt
Nr.		
1-02-04-01	Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit	
1-02-04-02	Freizeiteinrichtungen	
1-02-04-03	Mobile Jugendarbeit	
1-02-04-04	Jugendförderung	

Produktbereich 02
Produktgruppe 02-05

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-02-05 Unterhalt

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Iris Bothe
Beschreibung	Unterhalt und rechtliche Vertretung

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V20-02-05-Z01	Zufriedenheit der Sorgeberechtigten und Unterhaltsberechtigten mit der Beratung mit Hilfe von Kundenbefragung	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V40-02-05-Z02	Steigerung der Rückholquote	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V20-02-05-Z01-K01	Ergebnis der Kundenbefragung (Rücklaufquote)			40	40
V40-02-05-Z02-K01	Rückholquote			14%	14,5%

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-02-05-01	Unterhalt und rechtliche Vertretung

Produktbereich 02
Produktgruppe 02-06

1-02-06 Jugend- und Sozialentwicklungsplanung

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Michael Raabe
Beschreibung	Jugend- und Sozialentwicklungsplanung

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-02-06-01	Jugend- und Sozialentwicklungsplanung

Teilhaushalt 03

Soziales und Gesundheit

Teilergebnishaushalt 03: Soziales und Gesundheit						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	7.748.000	7.748.000	7.748.000	7.748.000
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	2.759.600	2.736.600	2.726.600	2.726.600
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	120.100	120.100	120.100	120.100
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	7.216	7.216	7.215	7.215
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	23.396.715	23.217.665	23.085.265	22.882.865
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	400	400	400	400
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	35.232.031	35.029.981	34.887.580	34.685.180
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	6.217.796	6.217.796	6.217.796	6.217.796
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	687.900	687.900	687.900	687.900
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	187.716	187.715	187.715	187.715
16. Abschreibungen	0	0	15.078	15.078	15.078	15.078
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	36.409.229	36.750.650	37.201.650	37.652.650
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	21.246.162	21.246.161	21.246.161	21.246.161
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	64.763.881	65.105.301	65.556.301	66.007.301
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-29.531.850	-30.075.320	-30.668.720	-31.322.120
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-29.531.850	-30.075.320	-30.668.720	-31.322.120
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	704.311	704.311	704.311	704.311
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-704.311	-704.311	-704.311	-704.311
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-30.236.161	-30.779.631	-31.373.031	-32.026.431

Teilfinanzhaushalt 03 Soziales und Gesundheit						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	35.232.032	35.029.982	34.887.581	34.685.181
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	64.604.535	64.945.955	65.396.955	65.847.955
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	29.372.503	29.915.974	30.509.374	31.162.774
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	24.000	8.000	8.000	8.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	38.000	18.000	18.000	18.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	62.000	26.000	26.000	26.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	62.000	26.000	26.000	26.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-29.434.503	-29.941.974	-30.535.374	-31.188.774
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 03

03 Soziales und Gesundheit

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Werner Bone
Beschreibung	Die Erarbeitung der strategischen Ziele des Geschäftsbereiches wird im Rahmen des Strategischen Managements in Abstimmung mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss erfolgen.

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-03-01	Förderung sozialer Einrichtungen
1-03-02	Soziale Hilfen
1-03-03	Sonstige Soziale Hilfen
1-03-04	Hilfe im Alter, bei Pflege und Behinderung
1-03-05	Gesundheitsamt
1-03-06	Sozialpsychiatrischer Dienst
1-03-07	Arbeitsgemeinschaft SGB II Wolfsburg

Produktbereich 03
Produktgruppe 03-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-01 Förderung sozialer Einrichtungen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Thomas Kick
Beschreibung	Erreichung bzw. Aufrechterhaltung eines sinnvollen und finanzierbaren sozialen Angebots im Rahmen der Zuständigkeiten des Geschäftsbereichs Soziales und Gesundheit.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-01-01	Förderung sozialer Einrichtungen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-02 Soziale Hilfen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Ulrike Severitt
Beschreibung	Sicherstellung des Lebensunterhaltes

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-02-01	Hilfe zum Lebensunterhalt und Krankenhilfe
1-03-02-02	Asyl - Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen
1-03-02-03	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Produktbereich 03
Produktgruppe 03-03

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-03 Sonstige soziale Hilfen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Konrad Minge
Beschreibung	Sonstige Soziale Hilfen - Ausbildungsförderung, Unterhaltssicherung für Wehrpflichtige/Zivildienstleistende, Kriegsopferfürsorge, Aussiedler- und Vertriebenenbetreuung, freiwillige Leistungen für bestimmte Personengruppen, Wohngeld, Versicherungsamt

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-03-01	Förderung von Ausbildungen (BAFöG)
1-03-03-02	Unterhaltssicherung
1-03-03-03	Ergänz. Leist. f. Versorgungsempf. (KOF)
1-03-03-04	Betreuung v. Aussiedlern u. Vertriebenen
1-03-03-05	Vergünstigungen f. weit. Personengruppen
1-03-03-06	Wohngeld
1-03-03-07	Versicherungsamt

Produktbereich 03
Produktgruppe 03-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-04 Hilfe im Alter, bei Pflege und Behinderung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Helmut Behrends
Beschreibung	Beratung von Seniorinnen und Senioren, Pflegebedürftigen, Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen über Selbsthilfemöglichkeiten und soziale Leistungen; Förderung der Seniorenarbeit; Sicherstellung einer ausreichenden Versorgungsstruktur für pflegebedürftige Menschen; Beratung und Überwachung der Träger von stationären Pflegeeinrichtungen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-04-01	Hilfen im Alter
1-03-04-02	Hilfen für Pflegebedürftige
1-03-04-03	Eingliederungshilfen f. behind. Menschen
1-03-04-04	Sonst. Hilfen in besonderen Lebenslagen
1-03-04-05	Daseinsvorsorge
1-03-04-06	Hilfe zum Lebensunterhalt i. E.
1-03-04-07	Grundsicherung i. E.

**Produktbereich 03
Produktgruppe 03-05**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-05 Gesundheitsamt

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Friedrich Habermann
Beschreibung	Durchführung von medizinischen Tätigkeiten und Leistungen aufgrund rechtl. Vorgaben in den Bereichen Untersuchungs- und Gutachterdienst, Gesundheitl. Umweltschutz und Seuchenhygiene, Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und zahnärztlicher Dienst.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-05-01	Untersuchungs- und Gutachterdienst
1-03-05-02	Gesundheitl. Umweltschutz und Seuchenhygiene
1-03-05-03	Kinder- und Jugendmedizin

**Produktbereich 03
Produktgruppe 03-06**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-06 Sozialpsychiatrischer Dienst

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Volker Heimeshoff
Beschreibung	Durchführung von medizinisch-psychiatrische Tätigkeiten und Leistungen aufgrund rechtl. Vorgaben in den Bereichen Erwachsenenpsychiatrie, Kinder- und Jugendpsychiatrie und Gerontopsychiatrie sowie Betreuungsstelle.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-06-01	Sozialpsychiatrischer Dienst
1-03-06-02	Betreuungsstelle
1-03-06-03	Kinder- und Jugendpsychiatrie

Produktbereich 03
Produktgruppe 03-07

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-03-07 Arbeitsgemeinschaft SGB II Wolfsburg

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Lothar Laubert
Beschreibung	Sicherstellung des Lebensunterhaltes bei erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Ihren Angehörigen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-03-07-01	Kommunale Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II

Teilhaushalt 04

Kultur und Bildung

Teilergebnishaushalt 04: Kultur und Bildung						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	14.201	14.201	14.157	14.201
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	906.933	902.500	896.802	902.500
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	290.700	283.400	283.400	283.400
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	13.900	11.540	11.540	11.540
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	300	300	300	300
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	1.226.034	1.211.941	1.206.199	1.211.941
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	5.390.253	5.360.254	5.360.254	5.360.254
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	294.789	294.789	294.789	294.789
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	1.479.656	1.456.056	1.517.355	1.456.056
16. Abschreibungen	0	0	749.287	854.286	854.286	854.286
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	200	200	200	200
18. Transferaufwendungen	0	0	2.226.700	2.166.300	2.166.300	2.166.300
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	294.750	289.251	289.251	289.250
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	10.435.636	10.421.135	10.482.435	10.421.135
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-9.209.602	-9.209.194	-9.276.236	-9.209.194
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-9.209.602	-9.209.194	-9.276.236	-9.209.194
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	2.145.686	2.145.686	2.145.686	2.145.686
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.145.686	-2.145.686	-2.145.686	-2.145.686
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-11.355.288	-11.354.880	-11.421.922	-11.354.880

Teilfinanzhaushalt 04 Kultur und Bildung						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	1.226.034	1.211.941	1.206.199	1.211.941
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	9.662.305	9.542.805	9.604.104	9.542.804
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	8.436.271	8.330.864	8.397.905	8.330.863
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	3.246.000	932.000	470.000	757.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	1.291.000	159.000	159.000	759.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	48.000	48.000	48.000	48.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.585.000	1.139.000	677.000	1.564.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	4.585.000	1.139.000	677.000	1.564.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-13.021.271	-9.469.864	-9.074.905	-9.894.863
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 04
Produktgruppe 04-00

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-00 Allgemeine kulturelle Angelegenheiten

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Günter Pawel
Beschreibung	Unterstützung der Bereitstellung kultureller Angebote durch - Förderung kultureller Initiativen - Betreuung von Kulturstätten etc. und - Beteiligungssteuerung

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-00-01	Kulturförderung
1-04-00-02	Kulturstättenmanagement
1-04-00-03	Kulturelle GmbH's/Verbände/Projekte

Produktbereich 04
Produktgruppe 04-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-01 Kulturbüro

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Ulrike Lorenz
Beschreibung	Konzeption, Planung, grafische Darstellung und Durchführung kultureller Programme, Festivals und Ausstellungen in eigener Verantwortung zur Entwicklung, Pflege und Förderung des kulturellen Lebens in Wolfsburg. Zusammenarbeit mit freien Kulturträgern.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-01-01	Ausstellungen/Veranstaltungen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-02 Stadtbibliothek

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Susanne Korb
Beschreibung	Bereitstellung ausgewählt. Print- u. digitaler Medien zur Information, Bildung, Unterhaltung usw. für alle Altersgruppen in d. Zentralbibliotheken, Filialen u. d. Fahrbibliothek inkl. Service u. Marketing.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-02-01	Vor-Ort-Nutzung
1-04-02-02	Information und Beratung
1-04-02-03	Außer-Haus-Nutzung
1-04-02-04	Public Relations und Programmarbeit

Produktbereich 04
Produktgruppe 04-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-04 Musikschule

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Andreas Meyer
Beschreibung	<p>Die Musikschule trägt neben ihrem musikpädagogischen Bildungsauftrag durch Veranstaltungen und Konzerte und über ihre Kooperationen mit Schulen, Kindertagesstätten, Kirchengemeinden und Laienmusikgruppen zur Lebensqualität und Familienfreundlichkeit in der Stadt Wolfsburg bei. Sie bietet Menschen jeden Alters den Rahmen, musikalische Fähigkeiten zu entdecken, zu entwickeln und individuell zu fördern. Fachunterricht einzeln oder in Gruppen wird für fast alle Instrumente angeboten. In Orchestern, Bands und Ensembles, vokal wie instrumental, kann gemeinsam musiziert werden.</p> <p>Die Studienvorbereitende Abteilung fördert begabte junge Menschen, die ein Musikstudium anstreben. Schulklassen werden im Klassen-Musizieren mit Blas-, Streich- oder Zupfinstrumenten vertraut gemacht. Im Sinne der Familienfreundlichkeit bietet die Musikschule im Bereich der Nachmittagsbetreuung Kurse in elementarer Musikerziehung sowie afrikanischem Trommeln an.</p>

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-04-01	Einzel- und Gruppenunterricht
1-04-04-02	Eventmanagement und Ergänzungsangebote

Produktbereich 04
Produktgruppe 04-05

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-05 Historische Museen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Dr. Bettina Greffrath
Beschreibung	Die Historischen Museen Wolfsburg sind ein Verbund von stadt-, regional-, literatur-, politik- und kulturgeschichtlichen Museen. Die modern und ideenreich gestalteten Ausstellungen sind in historischen Gebäuden der Stadt untergebracht.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-05-01	Stadtmuseum
1-04-05-02	Hoffmann-von-Fallersleben-Museum

**Produktbereich 04
Produktgruppe 04-07**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-07 Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Dr. Birgit Schneider-Bönninger
Beschreibung	Übernahme, Erschließung u. Bereitstellung von Informationsträgern zur Stadtgeschichte. Erarbeitung und Darstellung von Forschungsergebnissen zu heimatkundlich und wissenschaftlich erarbeiteten Themen der Stadtgeschichte. Archivdidaktik Vermittlung

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-07-01	Stadtarchiv

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-08 Städtische Galerie

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Prof. Dr. Susanne Pflieger
Beschreibung	Die Stadt Wolfsburg ist in Besitz einer ständigen Sammlung. Das Kunstgut der Sammlung ist zu sichern, zu präsentieren und zu bewahren. Es werden Ausstellungen aus der Sammlung sowie Sonderausstellungen angeboten. Weiterhin werden eine Druckwerkstatt und eine Fachbibliothek vorgehalten.
Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-08-01	Sammlung

Produktbereich 04
Produktgruppe 04-09

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-04-09 Phaeno

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Andreas Gregor
Beschreibung	Für die Sicherstellung der erforderlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen werden die erbrachten Leistungen vergütet. Die Pachtzahlungen für die kommerziell genutzten Räumlichkeiten werden vereinbart und der dazugehörige Betrieb gewerblicher Art betreut.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-04-09-01	Phaeno

Teilhaushalt 06

Stadtplanung und Bauberatung

Teilergebnishaushalt 06: Stadtplanung und Bauberatung							
Erträge und Aufwendungen							
	1	2	3	4	5	6	
		Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten		0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge		0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte		0	0	1.772.000	1.772.000	1.772.000	1.772.000
6. privatrechtliche Entgelte		0	0	4.000	4.000	4.000	4.000
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0	0	5.000	5.000	5.000	5.000
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen		0	0	10.000	10.000	10.000	10.000
10. Bestandsveränderungen		0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge		0	0	5.000	5.000	5.000	5.000
12. = Summe ordentliche Erträge		0	0	1.796.000	1.796.000	1.796.000	1.796.000
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal		0	0	2.908.447	2.908.247	2.908.247	2.908.247
14. Aufwendungen für Versorgung		0	0	364.802	364.802	364.802	364.802
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0	0	1.476.886	1.187.886	1.187.886	1.187.886
16. Abschreibungen		0	0	22.541	22.541	22.541	22.541
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen		0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		0	0	67.099	67.099	67.099	67.099
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		0	0	4.839.775	4.550.575	4.550.575	4.550.575
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)		0	0	-3.043.775	-2.754.575	-2.754.575	-2.754.575
22. außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)		0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)		0	0	-3.043.775	-2.754.575	-2.754.575	-2.754.575
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	326.447	326.447	326.447	326.447
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	-326.447	-326.447	-326.447	-326.447
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen		0	0	-3.370.222	-3.081.022	-3.081.022	-3.081.022

Teilfinanzhaushalt 06 Stadtplanung und Bauberatung						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	1.786.000	1.786.000	1.786.000	1.786.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	4.769.144	4.479.944	4.479.944	4.479.944
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	2.983.144	2.693.944	2.693.944	2.693.944
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	592.000	275.000	175.000	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	349.000	19.000	19.000	19.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	941.000	294.000	194.000	19.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	1.908.000	1.266.000	1.266.000	1.266.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	93.000	7.000	7.000	7.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	100.000	100.000	100.000	100.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.101.000	1.373.000	1.373.000	1.373.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	1.160.000	1.079.000	1.179.000	1.354.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-4.143.144	-3.772.944	-3.872.944	-4.047.944
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 06

Produktbereich:

06 Stadtplanung und Bauberatung

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Jürgen Zwengel
Beschreibung	Erstellung von Bauleitplänen, städtebaulichen Satzungen; Projekte zur Aufwertung von Stadtquartieren; Baugenehmigungen; Denkmal- und Stadtbildpflege; Erschließungs- und städtebauliche Verträge

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-06-01	Stadtplanung
1-06-02	Bauberatung und Baugenehmigung
1-06-03	Festsetzungen und Vertragsmanagement
1-06-04	Forum Architektur

Produktbereich 06
Produktgruppe 06-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-06-01 Stadtplanung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Peter Albrecht
Beschreibung	Bauleit-, Flächennutzungs-, Verkehrsplanung; Innenstadt ("Porschestraße"); "Soziale Stadt Westhagen"; "ErlebnisWelt Allerpark"

Produktbereich 06
Produktgruppe 06-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-06-02 Bauberatung und Baugenehmigung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Hans-Günter Witt
Beschreibung	Maßnahmen nach der NBauO insbesondere Baugenehmigungen; Statikprüfung; Denkmal- und Stadtbildpflege

Produktbereich 06
Produktgruppe 06-03

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-06-03 Festsetzungen und Vertragsmanagement

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Kerstin Schöbel
Beschreibung	Aufstellung, Änderung, Neufassung von Satzungen; Erhebung Ausgleichsbeträge in förmlich festgesetzten Sanierungsgebieten; Befreiung vom Fernwärmeanschlusszwang; Abiösung KFZ-Einstellplätze; Abschluss von öff.-rechtlichen Verträgen zwecks Realisierung neuer Wohnbaugebiete bzw. vorhabenbezogener Bebauungspläne und deren Durchführung und Controlling

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-06-04 Forum Architektur

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Nicole Froberg
Beschreibung	Das Forum Architektur führt Projekte und Veranstaltungen zu den Themen "Architektur" und "Städtebau" durch. Baukulturelle Themen werden einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und als kulturelle Werte verdeutlicht.

Teilhaushalt 07

Straßenbau und Projektkoordination

Teilergebnishaushalt 07: Straßenbau und Projektkoordination						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	5.211.596	5.207.304	5.235.717	5.149.146
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	1.333.800	1.333.800	1.333.800	1.333.800
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	131.900	131.900	131.900	131.900
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	34.700	34.700	34.700	34.700
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	176.000	125.500	124.000	124.000
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	250.000	250.000	250.000	250.000
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	7.137.996	7.083.204	7.110.117	7.023.546
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	3.571.346	3.642.446	3.642.446	3.642.446
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	70.200	70.200	70.200	70.200
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	3.977.700	4.127.700	4.127.700	4.127.700
16. Abschreibungen	0	0	13.034.373	13.582.373	14.139.373	14.533.373
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	636.800	726.800	636.800	636.800
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	21.290.419	22.149.519	22.616.519	23.010.519
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-14.152.423	-15.066.315	-15.506.402	-15.986.973
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-14.152.423	-15.066.315	-15.506.402	-15.986.973
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	359.765	359.765	359.765	359.765
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-359.765	-359.765	-359.765	-359.765
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-14.512.188	-15.426.080	-15.866.167	-16.346.738

Teilfinanzhaushalt 07 Straßenbau und Projektkoordination						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	1.750.400	1.750.400	1.750.400	1.750.400
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	8.232.001	8.543.101	8.453.101	8.453.101
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	6.481.601	6.792.701	6.702.701	6.702.701
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.981.000	3.090.000	2.155.000	1.219.000
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	571.000	1.065.000	606.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	214.000	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	5.195.000	3.661.000	3.220.000	1.825.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	111.000	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	19.220.000	10.455.000	4.948.000	5.904.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	175.000	106.000	76.000	140.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	19.506.000	10.561.000	5.024.000	6.044.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	14.311.000	6.900.000	1.804.000	4.219.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-20.792.601	-13.692.701	-8.506.701	-10.921.701
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 07

Produktbereich:

07 Straßenbau und Projektkoordination

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Andreas Bode
Beschreibung	Planung, Neubau, Umbau und Grunderneuerung der städtischen Verkehrsflächen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-07-01	Straßen- und Verkehrsplanung
1-07-02	Straßenbau und -betrieb

Produktbereich 07
Produktgruppe 07-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-07-01 Straßen- und Verkehrsplanung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Sabine Hennecke
Beschreibung	Planung der Verkehrsflächen bei Neubau, Umbau und Grunderneuerungen, Verkehrsentwicklung und Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen

Produktbereich 07
Produktgruppe 07-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-07-02 Straßenbau und -betrieb

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Jürgen Ballmann
Beschreibung	Neubau, Umbau, Grunderneuerungen und Betrieb der städtischen Verkehrsflächen

Teilhaushalt 08

Grün

Teilergebnishaushalt 08: Grün		Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Erträge und Aufwendungen		2	3	4	5	6	7
1							
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten		0	0	91.152	62.595	0	0
4. sonstige Transfererträge		0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte		0	0	2.469.378	2.507.700	2.507.700	2.549.300
6. privatrechtliche Entgelte		0	0	71.000	71.000	71.000	71.000
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0	0	115.600	115.600	115.600	115.600
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen		0	0	215.000	215.000	215.000	215.000
10. Bestandsveränderungen		0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge		0	0	2.962.130	2.971.895	2.909.300	2.950.900
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal		0	0	8.486.859	8.584.055	8.584.055	8.611.805
14. Aufwendungen für Versorgung		0	0	157.602	160.602	160.602	160.602
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0	0	1.996.354	1.855.580	1.857.630	1.866.628
16. Abschreibungen		0	0	845.575	845.826	845.826	845.826
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen		0	0	25.000	25.000	25.000	25.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		0	0	241.607	241.760	241.860	242.440
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		0	0	11.752.997	11.712.823	11.714.973	11.752.301
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)		0	0	-8.790.867	-8.740.928	-8.805.673	-8.801.401
22. außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)		0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)		0	0	-8.790.867	-8.740.928	-8.805.673	-8.801.401
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	911.646	911.646	911.646	911.646
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	-911.646	-911.646	-911.646	-911.646
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen		0	0	-9.702.513	-9.652.574	-9.717.319	-9.713.047

Teilfinanzhaushalt 08 Grün						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	2.655.978	2.694.300	2.694.300	2.735.900
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	10.793.062	10.752.637	10.754.787	10.792.115
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	8.137.084	8.058.337	8.060.487	8.056.215
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.000	4.000	4.000	4.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	2.237.000	729.000	384.000	384.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	610.000	547.000	471.000	461.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	40.000	40.000	40.000	40.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.887.000	1.316.000	895.000	885.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	2.883.000	1.312.000	891.000	881.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-11.020.084	-9.370.337	-8.951.487	-8.937.215
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Götz Stehr
Beschreibung	Der GB Grün plant, baut und bewirtschaftet 833 Hektar öffentliche Grün- und Parkanlagen, Schmuckpflanzungen, Jugend-, Kinderspiel- und Bolzplätze, Grün- und Freiflächen von Schulen, das städtische Verkehrsgrün sowie Natur- und Landschaftsflächen im Zuge von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen; dazu kommen 68 Hektar an Flächen auf Friedhöfen. Im Rahmen des Bestattungswesens führt der GB Grün Bestattungen (Erd - und Urnenbestattungen) durch und stellt Feierhallen dazu zur Verfügung. Weiterhin wirkt der Geschäftsbereich Grün bei allen grün- und freiflächenbezogenen Planungen im Stadtgebiet mit.

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-08-01	Verwaltung der Grün- und Freiflächen
1-08-02	Grün-/Freiraumplanung und -entwicklung
1-08-03	Pflege und Unterhaltung von Grün- und Freiflächen
1-08-04	Friedhofs- und Bestattungswesen

Produktbereich 08
Produktgruppe 08-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-08-01 Verwaltung der Grün- und Freiflächen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Helmut Prinke
Beschreibung	Bereitstellung und Bewirtschaftung von öffentlichen Grün- und Freiflächen als "Eigentümer" einschl. Grünflächeninformationssystem sowie Bewirtschaftung von Grün- und Freiflächen als "Dienstleister" aufgrund von Kontrakten

Produktbereich 08
Produktgruppe 08-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-08-02 Grün-/Freiraumplanung und -entwicklung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Silke Westphalen
Beschreibung	Entwicklung und planerisch- rechtliche Betrachtungen von Grün- und Freiflächen im besiedelten Bereich und in der Landschaft

Produktbereich 08

Produktgruppe 08-03

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-08-03 Pflege und Unterhaltung von Grün- und Freiflächen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Jörg Dunkhorst
Beschreibung	Durchführung von Pflege- bzw. Unterhaltungsarbeiten auf den Flächen, die in der Zuständigkeit des GB - Grün sind.

Produktbereich 08
Produktgruppe 08-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-08-04 Friedhofs- und Bestattungswesen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Bernd Werthmann
Beschreibung	Durchführung von Pflege bzw. Unterhaltungsarbeiten einschl. Planung und Bewirtschaftung von Bestattungsflächen, die in der Zuständigkeit des GB-Grün sind.

Teilhaushalt 11

Grundstücks- u. Gebäudemanagement

Teilergebnishaushalt 11: Grundstücks- u. Gebäudemanagement						
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	3.900	3.900	3.900	3.900
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	12.000	12.000	12.000	12.000
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	5.806.900	5.525.300	5.525.300	5.525.300
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	169.000	169.000	169.000	169.000
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	350.300	350.300	350.300	350.300
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	402.800	684.400	684.400	684.400
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	280.000	280.000	280.000	280.000
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	7.024.900	7.024.900	7.024.900	7.024.900
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	5.980.514	5.980.514	5.980.514	5.980.514
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	524.485	524.485	524.485	524.485
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	22.525.802	21.500.457	21.300.457	21.300.457
16. Abschreibungen	0	0	6.552.216	7.637.216	8.844.216	10.313.216
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	100	100	100	100
18. Transferaufwendungen	0	0	174.000	174.000	174.000	174.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	830.653	830.653	830.653	830.653
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	36.587.770	36.647.425	37.654.425	39.123.425
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-29.562.870	-29.622.525	-30.629.525	-32.098.525
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-29.562.870	-29.622.525	-30.629.525	-32.098.525
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	22.752.600	22.752.600	22.752.600	22.752.600
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	3.418.798	3.418.798	3.418.798	3.418.798
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	19.333.802	19.333.802	19.333.802	19.333.802
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-10.229.068	-10.288.723	-11.295.723	-12.764.723

Teilfinanzhaushalt 11 Grundstücks- und Gebäudemanagement						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	6.622.100	6.340.500	6.340.500	6.340.500
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	29.939.375	28.914.030	28.714.030	28.714.030
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	23.317.275	22.573.530	22.373.530	22.373.530
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	3.197.000	2.998.000	2.623.000	2.468.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	10.588.000	7.783.000	6.929.000	6.061.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	303.000	519.000	147.000	151.000
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	14.088.000	11.300.000	9.699.000	8.680.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	2.194.000	930.000	870.000	870.000
26. Baumaßnahmen	0	0	12.247.000	5.620.000	4.795.000	4.858.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	281.000	397.000	167.000	197.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	3.962.000	2.001.000	2.001.000	2.001.000
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	18.684.000	8.948.000	7.833.000	7.926.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	4.596.000	2.352.000	1.866.000	754.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-27.913.275	-20.221.530	-20.507.530	-21.619.530
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 11

11 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Birgit Schulz
Beschreibung	

Vom Produktbereich abgedeckte Handlungsfelder und Oberziele		
	Oberziel	Handlungsfeld
S50	Herausforderungen des demographischen Wandels aktiv gestalten	S Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
F10	Gute, vielfältige Bau- und Wohnangebote schaffen und vorbereiten	F Familie und Integration fördern
F20	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern	F Familie und Integration fördern
V10	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V20	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V40	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-11-01	Grundstücksverkehr
1-11-02	Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden
1-11-03	Grundstücksvergabe, Erbbaurechte, Wohnungswesen
1-11-04	Hochbau
1-11-05	Versicherungen, Waren, Logistik
1-11-06	Wohngebiete und -projekte

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-11-01 Grundstücksverkehr

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Hartmut Gemoll
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-01-01	Grundstücksverkehr
1-11-01-02	Land- und Forstwirtschaft

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-02

1-11-02 Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Manfred Fröhlich
Beschreibung	

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V40-11-02-Z01	Reduzierung der Aufwendungen für angemietete Büroflächen durch optimierte Raumplanung/-belegung	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V40-11-02-Z02	Bereitgestelltes Budget für Rathäuser 2008 wird nicht überschritten	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V10-11-02-Z03	Reduzierung von Mietausfällen im gewerblichen Bereich durch vorbeugende Maßnahmen um 5 % reduzierten	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V40-11-02-Z01-K01	Kosten für angemietete Büroflächen in €			250.000	250.000
V40-11-02-Z01-K02	Fremdanmietungen Büroflächen in m ²			2.200	2.200
V40-11-02-Z02-K01	Kosten der lfd. Bewirtschaftung in €			886.000	886.000
V10-11-02-Z03-K01	Verhältnis Mietausfall zum Vorjahr in %			95	95

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-02-01	Flächenbereitstellung
1-11-02-02	Bewirtschaftung von Grundstücken und Gebäuden
1-11-02-03	Service
1-11-02-04	Vermietung, Verpachtung extern

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-03

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-11-03 Grundstücksvergabe, Erbbaurechte, Wohnungswesen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Sigrid Landsmann
Beschreibung	

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	
S50-11-03-Z01	Zuzug von Einwohnern bzw. das Verhindern von Abwanderungen durch das Vorhalten eines nachfragegerechten Grundstücksangebotes i. H. v. 700 Grundstücken	Fleraustorderungen des demographischen Wandels aktiv gestalten	Stadtentwicklung und Stadtqualität fortentwickeln
F20-11-03-Z02	Gezielte Umsetzung des Familienförderprogrammes 2008/2009 durch 100 Förderfälle	Kinder- und Familienfreundliche Angebote erweitern	Familie und Integration fördern
V20-11-03-Z03	Attraktivitätssteigerung des Wohnstandortes Wolfsburg durch gezielte Werbestrategien, Teilnahme an Veranstaltungen, monatliche Presseberichte	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
S50-11-03-Z01-K01	Anzahl freie Grundstücke			700	700
F20-11-03-Z02-K01	Förderungsbewilligungen			100	100
F20-11-03-Z02-K02	Fördersumme in €			3.000.000	3.000.000
V20-11-03-Z03-K01	Anzahl Veranstaltungen			2	2
V20-11-03-Z03-K02	Anzahl Monatspresseberichte			12	12

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-03-01	Wohnraumförderung, Darlehensverwaltung
1-11-03-02	Wohnungswesen
1-11-03-03	Erbbaurechte
1-11-03-04	Vermarktung von Wohnungsbauflächen

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-11-04 Hochbau

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Christian Brinsa
Beschreibung	

Ziele der Produktgruppe	
Nr. Ziel	Ziel
V10-11-04-Z01	Substanzerhaltender und -verbessernder Gebäudeunterhalt €/ Bruttogrundfläche (BGF)
V40-11-04-Z02	Der theoretische Energieverbrauch der Gebäude wird durch Maßnahmen in 2009 um 1 % gesenkt
V40-11-04-Z03	Einhaltung der Vorgaben von Kosten, Terminen, Qualität zu 100 % bei Neubau-, Umbau-, Erweiterungsmaßnahmen
	Oberziel
	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern
	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V10-11-04-Z01-K01	Durchschnittl. Gebäudeunterhaltung €/ m² BGF			7,6	7,6
V40-11-04-Z02-K01	Theoretische Energieeinsparung in % i. Verh. Zum Gesamtverbrauch			1	1
V40-11-04-Z03-K01	Einhaltungsgrad Soll / Ist in %			100	100

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-04-01	Neubau, Umbau, Erweiterung
1-11-04-02	Laufende Bauunterhaltung
1-11-04-03	Planung, Dokumentation
1-11-04-04	Energiewirtschaft

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-05

1-11-05 Versicherungen, Waren, Logistik

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Waltraud Barkmann-Hoppe
Beschreibung	

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel
V40-11-05-Z01	Die Erträge der Kantine übersteigen den Aufwand für Wareneinkauf um mind. 40%	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V40-11-05-Z01-K01	Deckungsgrad in %			140	140

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-05-01	Versicherungen
1-11-05-02	Post-, Boten- und Fahrdienste
1-11-05-03	Einkauf und Logistik
1-11-05-04	Druckerzeugnisse
1-11-05-05	BgA Kantine
1-11-05-06	Verwaltungsbibliothek

Produktbereich 11
Produktgruppe 11-06

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-11-06 Wohngebiete und -projekte

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Jürgen Claßen
Beschreibung	

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	
F10-11-06-Z01	2009 wird ein städtisches Wohngebiet entwickelt	Gute, vielfältige Bau- und Wohnangebote schaffen und vorbereiten	Familie und Integration fördern
F10-11-06-Z02	2010 wird ein innerstädtisches Wohnprojekt entwickelt	Gute, vielfältige Bau- und Wohnangebote schaffen und vorbereiten	Familie und Integration fördern

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
F10-11-06-Z01-K01	Anzahl Wohngebiete			1	1
F10-11-06-Z02-K01	Anzahl innerstädtische Wohnprojekte			1	1

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-11-06-01	städt. Wohngebiete
1-11-06-02	Projekte "Wohnen in der Stadt"

Teilhaushalt 14

Personal

Teilergebnishaushalt 14: Personal						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	4.400	4.400	4.400	4.400
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	299.700	299.700	299.700	299.700
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	304.100	304.100	304.100	304.100
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	3.816.875	3.816.875	3.816.875	3.816.875
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	1.619.955	1.619.955	1.619.955	1.619.955
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	288.900	288.940	288.940	288.940
16. Abschreibungen	0	0	26.899	26.899	26.899	26.899
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	313.100	313.100	313.150	313.150
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	6.065.729	6.065.769	6.065.819	6.065.819
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-5.761.629	-5.761.669	-5.761.719	-5.761.719
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-5.761.629	-5.761.669	-5.761.719	-5.761.719
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	880.000	880.000	880.000	880.000
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	307.143	307.143	307.143	307.143
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	572.857	572.857	572.857	572.857
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-5.188.772	-5.188.812	-5.188.862	-5.188.862

Teilfinanzhaushalt 14 Personal							Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen und Auszahlungen							Ansatz 2011 - Euro -
1							Ansatz 2010 - Euro -
2							Ansatz 2009 - Euro -
3							Ansatz 2008 - Euro -
4							Ansatz 2007 - Euro -
Ergebnis 2007 - Euro -							Ansatz 2008 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							304.100
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							304.100
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							4.884.762
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)							4.580.662
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit							0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit							0
21. Veräußerung von Sachvermögen							0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen							0
23. sonstige Investitionstätigkeit							0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit							0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden							0
26. Baumaßnahmen							0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen							20.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen							0
29. Aktivierbare Zuwendungen							0
30. Sonstige Investitionstätigkeit							0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit							20.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)							5.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)							-4.585.662
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit							
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit							0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit							0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit							0

Produktbereich 14

Produktbereich:

14 Personal

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Ingrid Reher
Beschreibung	Personal

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-14-01	Personaldienste
1-14-02	Personalentwicklung
1-14-03	Arbeits- und Gesundheitsschutz (ARGUS)

**Produktbereich 14
Produktgruppe 14-01**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-14-01 Personaldienste

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Ingrid Reher
Beschreibung	Personaldienste
Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-14-01-01	Personaldienstleistungen tarifliche Mitarbeiter
1-14-01-02	Personaldienstleistungen Beamte

Produktbereich 14
Produktgruppe 14-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-14-02 Personalentwicklung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Axel Schachel
Beschreibung	Personalentwicklung

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-14-02-01	Personalentwicklung / Personalsteuerung

**Produktbereich 14
Produktgruppe 14-03**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-14-03 Arbeits- und Gesundheitsschutz (ARGUS)

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Diethelm Müller
Beschreibung	ARGUS: Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung und Schwerbehindertenförderung
Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-14-03-01	Arbeits- und Gesundheitsschutz
1-14-03-02	Gesundheitsförderung & betriebliche Sozialbetreuung

Teilhaushalt 15

Informationstechnologie

Teilergebnishaushalt 15: Informationstechnologie						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	4.700	4.700	4.700	4.700
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	231.500	221.500	221.500	221.500
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	100	100	100	100
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	236.300	226.300	226.300	226.300
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	2.452.195	2.452.195	2.452.195	2.452.195
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	197.450	197.450	197.450	197.450
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	1.039.500	1.043.800	1.043.800	1.043.800
16. Abschreibungen	0	0	331.086	331.086	331.086	331.086
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	143.900	143.900	143.900	143.900
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	4.164.131	4.168.431	4.168.431	4.168.431
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-3.927.831	-3.942.131	-3.942.131	-3.942.131
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-3.927.831	-3.942.131	-3.942.131	-3.942.131
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	3.067.700	3.067.700	3.067.700	3.067.700
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	320.205	320.205	320.205	320.205
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	2.747.495	2.747.495	2.747.495	2.747.495
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.180.336	-1.194.636	-1.194.636	-1.194.636

Teilfinanzhaushalt 15 Informationstechnologie						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	236.300	226.300	226.300	226.300
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	3.809.000	3.813.300	3.813.300	3.813.300
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	3.572.700	3.587.000	3.587.000	3.587.000
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	10.000	10.000	10.000	10.000
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	10.000	10.000	10.000	10.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	67.000	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	1.461.000	1.293.000	1.293.000	1.293.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	1.528.000	1.293.000	1.293.000	1.293.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	1.518.000	1.283.000	1.283.000	1.283.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-5.090.700	-4.870.000	-4.870.000	-4.870.000
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 15

Produktbereich:

15 Informationstechnologie

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Dr. Dirk Brandes
Beschreibung	Beschaffung, Einführung und Einsatz von Informationstechnologie

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-15-01	Fachbereich IT

Produktbereich 15
Produktgruppe 15-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-15-01 Fachbereich IT

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Dirk Brandes
Beschreibung	Beschaffung, Einführung und Einsatz von Informationstechnologie

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-15-01-01	IT Service
1-15-01-02	MEP
1-15-01-03	Geoinformationssystem
1-15-01-04	SCC-Service und Entwicklung
1-15-01-05	e-Government
1-15-01-06	Datenschutz und IT-Sicherheit

Teilhaushalt 20

Finanzen und Controlling

Teilergebnishaushalt 20: Finanzen und Controlling						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	4.500	4.500	4.500	4.500
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	300	300	300	300
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	518.801	518.801	518.801	518.801
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	823.700	550.700	550.700	550.700
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	6.142.100	6.142.100	6.142.100	6.142.100
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	7.489.401	7.216.401	7.216.401	7.216.401
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	3.121.516	3.121.516	3.121.516	3.121.516
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	468.550	468.550	468.550	468.550
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	150.680	110.680	110.680	110.680
16. Abschreibungen	0	0	45.022	45.022	45.022	45.022
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	3.600	3.600	3.600	3.600
18. Transferaufwendungen	0	0	7.392.400	7.392.400	7.392.400	7.392.400
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	3.228.318	3.228.318	3.228.319	3.228.318
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	14.410.086	14.370.086	14.370.087	14.370.086
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-))	0	0	-6.920.685	-7.153.685	-7.153.685	-7.153.685
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-6.920.685	-7.153.685	-7.153.685	-7.153.685
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	1.402.797	1.402.797	1.402.797	1.402.797
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	899.077	899.077	899.077	899.077
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	503.720	503.720	503.720	503.720
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-6.416.965	-6.649.965	-6.649.965	-6.649.965

Teilfinanzhaushalt 20 Finanzen und Controlling							
Einzahlungen und Auszahlungen							
	1	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
	2	3	4	5	6	7	
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	7.489.401	7.216.401	7.216.401	7.216.401	7.216.401
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit							
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	14.268.885	14.228.885	14.228.885	14.228.885	14.228.885
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	6.779.483	7.012.483	7.012.483	7.012.483	7.012.483
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit							
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit							
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	48.000	48.000	48.000	48.000	48.000
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	125.000	0	0	0	0
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	7.825.000	6.668.000	6.668.000	4.907.000	2.499.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	7.998.000	6.716.000	6.716.000	4.955.000	2.547.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	7.998.000	6.716.000	6.716.000	4.955.000	2.547.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-14.777.483	-13.728.483	-13.728.483	-11.967.483	-9.559.483
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit							
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 20

20 Finanzen und Controlling

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	N.N.
Beschreibung	Wahrnehmung der zentralen finanzwirtschaftlichen Aufgaben der Stadt.

Vom Produktbereich abgedeckte Handlungsfelder und Oberziele		
	Oberziel	Handlungsfeld
V40	Wirtschaftlichkeit und Effizienz der Verwaltung steigern	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
V10	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten	V Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-20-01	Haushalt und Finanzplanung
1-20-02	Zentrales Controlling/Beteiligungscontrolling
1-20-03	Steuerwesen
1-20-04	Stadtkasse
1-20-05	Grundbesitzabgaben, zentrales Vergabewesen

Produktbereich 20
Produktgruppe 20-01

1-20-01 Haushalt und Finanzplanung

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Volker Menninger
Beschreibung	Nachhaltige Finanzwirtschaft fördern

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V10-20-01-Z01	Erstellung des Haushaltsplanes lt. Jahresterminkalender bis 11.11.2009	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten
		Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V10-20-01-Z01-K01	Einbringungszeitpunkt des Haushalts			11.11.	10.11.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-20-01-01	Finanzplanung/ Finanzcontrolling

Produktbereich 20
Produktgruppe 20-02

1-20-02 Zentrales Controlling / Beteiligungscontrolling

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Claudia Schmidt-May
Beschreibung	Bedarfsgerechtes Controlling und effektive Beteiligungssteuerung durchführen

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
V10-20-02-Z01	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe			
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008
V10-20-02-Z01-K01	Termingerechtes Berichtswesen in Prozent		
		2009	2010
		100%	100%

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-20-02-01	Zentrales Controlling/betriebswirtschaftliche Entwicklung
1-20-02-02	Beteiligungscontrolling

Produktbereich 20
 Produktgruppe 20-03

1-20-03 Steuerwesen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Linda Beuth
Beschreibung	Steuereinnahmen sicherstellen Gesetzliche Verpflichtungen als Steuerschuldner und -gläubiger erfüllen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-20-03-01	Steuerberatung/-sachbearbeitung
1-20-03-02	Kommunale Steuern

Produktbereich 20
Produktgruppe 20-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-20-04 Stadtkasse

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Fritz Schwarz
Beschreibung	Ordnungsmäßige Buchführung, Vollstreckung und Liquidität sicherstellen

Ziele der Produktgruppe		
Nr. Ziel	Ziel	Handlungsfeld
V10-20-04-Z01	Sicherstellung des doppelten Buchungs- u. Zahlungsgeschäfts der zentralen Finanzbuchhaltung an allen Arbeitstagen	Finanzielle Handlungsfähigkeit erhalten Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
V10-20-04-Z01-K01	Ausfallzeit in Tagen			0	0

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-20-04-01	Vollstreckung/Buchhaltung/Zahlungsverkehr

Produktbereich 20
 Produktgruppe 20-05

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-20-05 Grundbesitzabgaben, zentrales Vergabewesen

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Elke Müller
Beschreibung	Grundbesitzabgaben sichern, ordnungsmäßiges Vergabeverfahren sicherstellen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-20-05-01	Grundbesitzabgaben/zentr. Vergabestelle
1-20-05-02	Niederschlagungen/sonst. Angelegenheiten
1-20-05-03	Zentrale Vergabestelle

Teilhaushalt 21

Strategische Planung, Stadtentwicklung

Teilergebnishaushalt 21: Strategische Planung, Stadtentwicklung						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	110.000	110.000	110.000	110.000
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	300	300	300	300
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	6.600	6.600	6.600	6.600
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	100	100	100	100
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	117.000	117.000	117.000	117.000
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	693.305	693.305	693.305	693.305
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	112.415	112.415	112.415	112.415
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	624.680	353.780	353.780	353.780
16. Abschreibungen	0	0	11.325	11.325	11.325	11.325
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	100	100	100	100
18. Transferaufwendungen	0	0	136.800	136.800	136.800	136.800
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	60.300	60.300	60.300	60.300
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	1.638.925	1.368.025	1.368.025	1.368.025
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-))	0	0	-1.521.925	-1.251.025	-1.251.025	-1.251.025
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-1.521.925	-1.251.025	-1.251.025	-1.251.025
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	77.784	77.784	77.784	77.784
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-77.784	-77.784	-77.784	-77.784
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.599.709	-1.328.809	-1.328.809	-1.328.809

Teilfinanzhaushalt 21 Strat. Planung/Stadtentwicklung						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
						7
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	117.000	117.000	117.000	117.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	1.627.600	1.356.700	1.356.700	1.356.700
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	1.510.600	1.239.700	1.239.700	1.239.700
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	1.160.000	2.222.000	1.932.000	1.718.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	10.000	5.000	5.000	5.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	1.133.000	535.000	535.000	535.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.303.000	2.762.000	2.472.000	2.258.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	2.303.000	2.762.000	2.472.000	2.258.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-3.813.600	-4.001.700	-3.711.700	-3.497.700
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 21

Produktbereich: 21 Strategische Planung / Stadtentwicklung / EU-Förderung / Statistik

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	N.N. / Herr Ralph Wemme
Beschreibung	Analyse gesamtstädtischer Prozesse vor dem Hintergrund vernetzender Indikatoren, Entwickeln und Initiieren von Lösungsansätzen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-21-01	Strategische Planung / Stadtentwicklung / EU-Förderung / Statistik

Produktbereich 21
Produktgruppe 21-01

1-21-01 Strategische Planung/ Stadtentwicklung/ EU-Förderung/ Statistik

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Ralph Wemme
Beschreibung	Strategische Planung / Stadtentwicklung / EU-Förderung / Statistik

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-21-01-01	Strategische Planung/ Stadtentwicklung
1-21-01-02	Koordination EU-Förderung/ Fachhochschulbelange
1-21-01-04	Statistik

Teilhaushalt 30

Rats- und Rechtsangelegenheiten

Teilergebnishaushalt 30: Rats- und Rechtsangelegenheiten						
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	7.200	7.200	7.200	7.200
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	9.300	9.300	9.300	9.300
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	8.100	8.100	8.100	8.100
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	69.500	69.500	69.500	69.500
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	94.100	94.100	94.100	94.100
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	1.126.364	1.126.363	1.126.363	1.126.363
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	238.786	238.786	238.786	238.786
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	44.000	44.000	44.000	44.000
16. Abschreibungen	0	0	27.533	27.533	27.533	27.533
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	100	100	100	100
18. Transferaufwendungen	0	0	120.000	120.000	120.000	120.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	648.600	648.600	648.600	648.600
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	2.205.383	2.205.382	2.205.382	2.205.382
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-2.111.283	-2.111.282	-2.111.282	-2.111.282
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-2.111.283	-2.111.282	-2.111.282	-2.111.282
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	488.034	484.847	488.920	484.847
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-488.034	-484.847	-488.920	-484.847
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.599.317	-2.596.129	-2.600.202	-2.596.129

Teilfinanzhaushalt 30 Rats- und Rechtsangelegenheiten						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	94.100	94.100	94.100	94.100
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	2.105.715	2.105.714	2.105.714	2.105.714
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	2.011.615	2.011.614	2.011.614	2.011.614
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	17.000	4.000	4.000	4.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	106.000	100.000	100.000	100.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	123.000	104.000	104.000	104.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	123.000	104.000	104.000	104.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-2.134.615	-2.115.614	-2.115.614	-2.115.614
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 30

Produktbereich:

30 Rats- und Rechtsangelegenheiten

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Dr. Tim Baedermann
Beschreibung	Beratung / Prozessführung in städtischen Rechtsangelegenheiten; Standesamtsaufsicht; Betreuung politischer Gremien inklusive Mitglieder / Fraktionen; Sitzungsdienst; Ortsrecht; Beauftragter Bürgeranregungen/-beschwerden

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-30-01	Rats- und Rechtsangelegenheiten

Produktbereich 30
Produktgruppe 30-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-30-01 Rats- und Rechtsangelegenheiten

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dr. Tim Baedermann
Beschreibung	Beratung / Prozessführung in städtischen Rechtsangelegenheiten; Standesamtsaufsicht; Betreuung politischer Gremien inklusive Mitglieder / Fraktionen; Sitzungsdienst; Ortsrecht; Beauftragter Bürgeranregungen /-beschwerden

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-30-01-01	Rechtsangelegenheiten
1-30-01-02	Standesamtsaufsicht
1-30-01-03	Ratsangelegenheiten
1-30-01-04	Beauftragter Bürgeranregungen /-beschwerden

Teilhaushalt 31

Kommunikation

Teilergebnishaushalt 31: Kommunikation							
Erträge und Aufwendungen							
	1	2	3	4	5	6	7
		Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten		0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge		0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte		0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte		0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0	0	0	0	0	0
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen		0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen		0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal		0	0	306.526	306.526	306.526	306.526
14. Aufwendungen für Versorgung		0	0	63.720	63.720	63.720	63.720
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0	0	125.650	125.650	125.650	125.650
16. Abschreibungen		0	0	3.961	3.961	3.961	3.961
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen		0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		0	0	12.250	12.250	12.250	12.250
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		0	0	512.107	512.107	512.107	512.107
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)		0	0	-512.107	-512.107	-512.107	-512.107
22. außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)		0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)		0	0	-512.107	-512.107	-512.107	-512.107
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	43.875	47.062	42.989	47.062
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	-43.875	-47.062	-42.989	-47.062
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen		0	0	-555.982	-559.169	-555.096	-559.169

Teilfinanzhaushalt 31 Kommunikation						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	484.101	484.101	484.101	484.101
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	484.101	484.101	484.101	484.101
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	4.000	2.000	2.000	2.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.000	2.000	2.000	2.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	4.000	2.000	2.000	2.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-488.101	-486.101	-486.101	-486.101
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 31

Produktbereich:

31 Kommunikation

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Dennis Weilmann
Beschreibung	Presse-/ Medienarbeit zur wirkungsvollen Außen- und Innendarstellung gesamtstädtischer Belange und Ziele

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-31-01	Kommunikation

**Produktbereich 31
Produktgruppe 31-01**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-31-01 Kommunikation

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Dennis Weilmann
Beschreibung	Presse-/ Medienarbeit zur wirkungsvollen Außen- und Innendarstellung gesamtstädtischer Belange und Ziele

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-31-01-01	Pressearbeit, externe Kommunikation
1-31-01-02	Öffentlichkeitsarbeit, externe Kommunikation
1-31-01-03	Internet
1-31-01-04	Interne Kommunikation

Teilhaushalt 32

Rechnungsprüfung

Teilergebnishaushalt 32: Rechnungsprüfung							
Erträge und Aufwendungen	1	2	3	4	5	6	7
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -	
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0	0
3. Aufwandserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	144.800	144.800	144.800	144.800	144.800
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	147.300	147.300	147.300	147.300	147.300
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	802.090	802.090	802.090	802.090	802.090
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	138.900	138.900	138.900	138.900	138.900
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	6.400	6.400	6.400	6.400	6.400
16. Abschreibungen	0	0	1.025	1.025	1.025	1.025	1.025
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	17.500	17.500	17.500	17.500	17.500
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	965.915	965.915	965.915	965.915	965.915
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-818.615	-818.615	-818.615	-818.615	-818.615
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-818.615	-818.615	-818.615	-818.615	-818.615
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	120.091	120.091	120.091	120.091	120.091
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-120.091	-120.091	-120.091	-120.091	-120.091
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-938.706	-938.706	-938.706	-938.706	-938.706

Teilfinanzhaushalt 32 Rechnungsprüfung						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	147.300	147.300	147.300	147.300
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	916.800	916.800	916.800	916.800
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	769.500	769.500	769.500	769.500
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	20.000	2.000	2.000	2.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	20.000	2.000	2.000	2.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	20.000	2.000	2.000	2.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-789.500	-771.500	-771.500	-771.500
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 32

Produktbereich:

32 Rechnungsprüfung

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Helga Müller-Bertram
Beschreibung	Gesetzliche Pflichtprüfungen, Übertragene Prüfungen, Sonstige Prüfungen und Aufgaben, Beratungen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-32-01	Rechnungsprüfung

Produktbereich 32
Produktgruppe 32-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-32-01 Rechnungsprüfung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Helga Müller-Bertram
Beschreibung	Gesetzliche Pflichtprüfungen, Übertragene Prüfungen, Sonstige Prüfungen und Aufgaben, Beratungen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-32-01-01	Rechnungsprüfung

Teilhaushalt 33

Repräsentationen

Teilergebnishaushalt 33: Repräsentation						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	363.619	363.623	363.619	363.620
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	59.170	59.169	59.169	59.169
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	258.100	258.094	258.094	258.095
16. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	25.000	25.000	25.000	25.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	20.401	20.400	20.400	20.400
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	726.289	726.286	726.282	726.284
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-726.289	-726.286	-726.282	-726.284
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-726.289	-726.286	-726.282	-726.284
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	51.948	51.948	51.948	51.948
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-51.948	-51.948	-51.948	-51.948
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-778.237	-778.234	-778.230	-778.232

Teilfinanzhaushalt 33 Repräsentation						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	726.289	726.286	726.282	726.284
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	726.289	726.286	726.282	726.284
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-728.289	-727.286	-727.282	-727.284
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 33

Produktbereich: 33 Repräsentation, internationale Beziehungen

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Manfred Hüller
Beschreibung	Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben der Stadt Wolfsburg, Aufnahme und Pflege von Städtepartnerschaften und -freundschaften sowie sonstige internationale Beziehungen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-33-01	Repräsentation, internationale Beziehungen

Produktbereich 33
Produktgruppe 33-01

1-33-01 Repräsentation, internationale Beziehungen

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Manfred Hüller
Beschreibung	Wahrnehmung repräsentativer Aufgaben der Stadt Wolfsburg, Aufnahme und Pflege von Städtepartnerschaften und -freundschaften sowie sonstige internationale Beziehungen

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-33-01-01	Repräsentation
1-33-01-02	Internationale Beziehungen
1-33-01-03	Bürgerstiftung

Teilhaushalt 40

Personalräte/Schwerbehindertenvertretungen

Teilergebnishaushalt 40: Personalräte/Schwerbehindertenvertretung						
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Aufwandserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	531.800	531.800	531.800	531.800
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	21.500	21.500	21.500	21.500
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	15.000	15.000	15.000	15.000
16. Abschreibungen	0	0	1.954	1.954	1.954	1.954
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	19.100	19.100	19.100	19.100
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	589.354	589.354	589.354	589.354
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-589.354	-589.354	-589.354	-589.354
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-589.354	-589.354	-589.354	-589.354
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	64.189	64.189	64.189	64.189
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-64.189	-64.189	-64.189	-64.189
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-653.543	-653.543	-653.543	-653.543

Teilfinanzhaushalt 40 Personalräte/Schwerbehindertenvertretung						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	587.400	587.400	587.400	587.400
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	587.400	587.400	587.400	587.400
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	11.000	2.000	2.000	2.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	11.000	2.000	2.000	2.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	11.000	2.000	2.000	2.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-598.400	-589.400	-589.400	-589.400
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 40

Produktbereich:

40 Personalräte / Schwerbehindertenvertretungen

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Peter Wagner / Frau Lucie Pötter-Brandt
Beschreibung	Wahrnehmung der Aufgaben der Personal- und Schwerbehindertenvertretung

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-40-01	Personalräte / Schwerbehindertenvertretung

**Produktbereich 40
Produktgruppe 40-01**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-40-01 Personalräte/Schwerbehindertenvertretung

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Peter Wagner / Frau Lucie Pötter-Brandt
Beschreibung	Wahrnehmung der Aufgaben der Personal- und Schwerbehindertenvertretung

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-40-01-01	Aufgaben der Personal- und Schwerbehindertenvertretung

Teilhaushalt 50

Frauen- und Gleichstellungsbüro

Teilergebnishaushalt 50: Frauenbüro/Gleichstellungsbüro							
Erträge und Aufwendungen							
	1	2	3	4	5	6	
		Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
							7
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen		0	0	0	0	0	0
3. Aufwandserträge aus Sonderposten		0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge		0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte		0	0	1.800	1.800	1.800	1.800
6. privatrechtliche Entgelte		0	0	200	200	200	200
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen		0	0	0	0	0	0
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge		0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen		0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen		0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge		0	0	2.000	2.000	2.000	2.000
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal		0	0	148.630	148.630	148.630	148.630
14. Aufwendungen für Versorgung		0	0	2.370	2.370	2.370	2.370
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		0	0	12.900	12.900	12.900	12.900
16. Abschreibungen		0	0	291	291	291	291
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen		0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen		0	0	4.300	4.300	4.300	4.300
20. = Summe ordentliche Aufwendungen		0	0	168.491	168.491	168.491	168.491
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-))		0	0	-166.491	-166.491	-166.491	-166.491
22. außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)		0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)		0	0	-166.491	-166.491	-166.491	-166.491
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	24.066	24.066	24.066	24.066
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen		0	0	-24.066	-24.066	-24.066	-24.066
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen		0	0	-190.557	-190.557	-190.557	-190.557

Teilfinanzhaushalt 50 Frauen-/Gleichstellungsbüro						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	2.000	2.000	2.000	2.000
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	168.200	168.200	168.200	168.200
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	166.200	166.200	166.200	166.200
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-168.200	-167.200	-167.200	-167.200
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 50

Produktbereich:

50 Frauen- und Gleichstellungsbüro

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Sabine Lehmborg
Beschreibung	

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-50-01	Frauen- und Gleichstellungsbüro

**Produktbereich 50
Produktgruppe 50-01**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-50-01 Frauen- und Gleichstellungsbüro

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Sabine Lehmborg
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-50-01-01	Frauenförderung intern / extern

Teilhaushalt 51

Ausländerreferat

Teilergebnishaushalt 51: Ausländerreferat						
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Aufwandserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	270	270	270	270
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	500	500	500	500
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	770	770	770	770
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	720.499	720.499	720.499	720.499
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	16.400	16.400	16.400	16.400
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	37.071	27.071	27.071	27.071
16. Abschreibungen	0	0	1.821	1.821	1.821	1.821
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	194.000	194.000	194.000	194.000
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	19.199	19.199	19.199	19.199
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	988.990	978.990	978.990	978.990
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-988.220	-978.220	-978.220	-978.220
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-988.220	-978.220	-978.220	-978.220
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	48.660	48.660	48.660	48.660
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-48.660	-48.660	-48.660	-48.660
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-1.036.880	-1.026.880	-1.026.880	-1.026.880

Teilfinanzhaushalt 51 Ausländerreferat						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	770	770	770	770
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	987.169	977.169	977.169	977.169
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	986.399	976.399	976.399	976.399
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	2.000	1.000	1.000	1.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-988.399	-977.399	-977.399	-977.399
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Konrad Schmidt-Ott
Beschreibung	Planung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der

Vom Produktbereich abgedeckte Handlungsfelder und Oberziele		
		Handlungsfeld
F50	Intergration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern
V20	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-51-01	Ausländerreferat

Produktbereich 51
Produktgruppe 51-01

1-51-01 Ausländerreferat

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Konrad Schmidt-Ott
Beschreibung	Planung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Integrationsbedingungen für MigrantInnen

Ziele der Produktgruppe			
Nr. Ziel	Ziel	Oberziel	Handlungsfeld
F50-51-01-Z01	Steigerung der Sprach- und Integrationsfähigkeit von Frauen	Intergration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern
F50-51-01-Z02	Bedarfsgerechte Förderung von Kindern (i. d. R. mit Migrationshintergrund) durch koordinierte Hausaufgabenhilfe und Einzelförderung	Intergration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern
V20-51-01-Z03	Erleichterung des Kontakts zu Behörden u. Institutionen f. d. MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund durch Beratungsgespräche	Dienstleistungsqualität für Bürger optimieren	Stadtverwaltung als bürgerfreundlichen Dienstleister ausbauen
F50-51-01-Z04	Förderung der Selbstorganisation/Veranstaltungen von Migrantenvereinen durch Zuschüsse	Intergration aktiv gestalten	Familie und Integration fördern

Kennzahlen der Produktgruppe					
Nr. Kennzahl	Bezeichnung	2007	2008	2009	2010
F50-51-01-Z01-K01	Jährliche Anzahl der Teilnehmerinnen in Kursen "Begegnung auf Deutsch" der ev. Familienbildungsstätte		230	230	230
F50-51-01-Z02-K01	Anzahl der geförderten Kinder			820	820
V20-51-01-Z03-K01	Anzahl der geführten Beratungsgespräche			5570	5570
F50-51-01-Z04-K01	Höhe der Zuschüsse für Migrantenvereine			23.000 €	23.000 €
F50-51-01-Z04-K02	Höhe der Zuschüsse für Centro Italiano e.V.			130.000 €	130.000 €

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-51-01-01	Interkulturelle- & Integrationsförderung
1-51-01-02	Soziale Betreuung und Beratung
1-51-01-03	Pädagogische Förderung

Teilhaushalt 55

Schule

Teilergebnishaushalt 55: Schule						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	140.100	140.100	140.100	140.100
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	80.883	80.883	79.267	78.013
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	96.800	96.800	96.800	96.800
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	173.900	173.900	173.900	173.900
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	2.262.200	2.262.200	2.262.200	2.262.200
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	100	100	100	100
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	11.000	11.000	11.000	11.000
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	2.764.983	2.764.983	2.763.367	2.762.113
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	5.230.305	5.230.305	5.230.305	5.230.305
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	215.290	215.290	215.290	215.290
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	1.789.000	1.789.000	1.789.000	1.789.000
16. Abschreibungen	0	0	298.085	298.085	298.085	298.085
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	100	100	100	100
18. Transferaufwendungen	0	0	480.400	480.400	480.400	480.400
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	1.867.500	1.867.500	1.867.500	1.867.500
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	9.880.680	9.880.680	9.880.680	9.880.680
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-7.115.697	-7.115.697	-7.117.313	-7.118.567
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-7.115.697	-7.115.697	-7.117.313	-7.118.567
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	10.623.383	10.623.383	10.623.383	10.623.383
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-10.623.383	-10.623.383	-10.623.383	-10.623.383
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-17.739.080	-17.739.080	-17.740.696	-17.741.950

Teilfinanzhaushalt 55 Schule						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	2.684.100	2.684.100	2.684.100	2.684.100
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	9.558.550	9.558.550	9.558.550	9.558.550
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	6.874.450	6.874.450	6.874.450	6.874.450
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.230.000	4.200.000	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	4.230.000	4.200.000	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	26.600.000	16.005.000	9.481.000	9.481.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	1.890.000	1.594.000	1.232.000	1.232.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	192.000	192.000	192.000	192.000
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	28.682.000	17.791.000	10.905.000	10.905.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	24.452.000	13.591.000	10.905.000	10.905.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-31.326.450	-20.465.450	-17.779.450	-17.779.450
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 55

Produktbereich:

55 Schule

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Stefan Krieger
Beschreibung	Betreiben und Umsetzen einer zukunfts- und qualitätsorientierten Schulentwicklung. Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben des Schulträgers (Betrieb, Ausstattung, Bewirtschaftung und Verwaltung der Schulgrundstücke und -gebäude. Dienstleistungen der SchulsekretärInnen und HausmeisterInnen. Bedarfsträger bei baulichen Maßnahmen im Schulbereich, insbesondere im Schulmodernisierungs- und sanierungsprogramm).

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-55-01	Schule

Produktbereich 55
Produktgruppe 55-01

1-55-01 Schule

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Stefan Krieger
Beschreibung	Betreiben und Umsetzen einer zukunfts- und qualitätsorientierten Schulentwicklung. Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben des Schulträgers (Betrieb, Ausstattung, Bewirtschaftung und Verwaltung der Schulgrundstücke und -gebäude. Dienstleistungen der SchulsekretärInnen und HausmeisterInnen. Bedarfsträger bei baulichen Maßnahmen im Schulbereich, insbesondere im Schulmodernisierungs- und sanierungsprogramm).

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-55-01-01	Betrieb und Unterhaltung von Schulen
1-55-01-02	Dienstleistungen des Medienzentrums; Medienentwicklungsplan MEP
1-55-01-03	Schulentwicklungsplanung und schülerbezogene Dienstleistungen

Teilhaushalt 76

Forum Architektur

Teilergebnishaushalt 76: Forum Architektur						
Erträge und Aufwendungen	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
	2	3	4	5	6	7
1						
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Aufwandserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	800	800	800	800
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	800	800	800	800
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	75.900	75.900	75.900	75.900
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	0	0	0	0
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	42.400	27.400	27.400	27.400
16. Abschreibungen	0	0	6.962	6.962	6.962	6.962
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
18. Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	6.300	6.300	6.300	6.300
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	131.562	116.562	116.562	116.562
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-130.762	-115.762	-115.762	-115.762
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-130.762	-115.762	-115.762	-115.762
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	3.569	3.569	3.569	3.569
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-3.569	-3.569	-3.569	-3.569
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-134.331	-119.331	-119.331	-119.331

Teilfinanzhaushalt 76 Forum Architektur						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	800	800	800	800
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	124.600	109.600	109.600	109.600
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	123.800	108.800	108.800	108.800
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	0	0	0	0
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	0	0	0	0
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-123.800	-108.800	-108.800	-108.800
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich:

76 Forum Architektur

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Frau Nicole Froberg
Beschreibung	Das Forum Architektur führt Projekte und Veranstaltungen zu den Themen "Architektur" und "Städtebau" durch. Baukulturelle Themen werden einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und als kulturelle Werte verdeutlicht.

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-76-01	Forum Architektur

Produktbereich 76
Produktgruppe 76-01

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-76-01 Forum Architektur

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Nicole Froberg
Beschreibung	Das Forum Architektur führt Projekte und Veranstaltungen zu den Themen "Architektur" und "Städtebau" durch. Baukulturelle Themen werden einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und als kulturelle Werte verdeutlicht.

Teilhaushalt 80

Sport und Bäder

Teilergebnishaushalt 80: Sport und Bäder						
Erträge und Aufwendungen						
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
1	2	3	4	5	6	7
Ordentliche Erträge						
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0	0	0	0
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	355.000	355.000	355.000	355.000
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	123.300	123.300	123.300	123.300
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	126.400	126.400	126.400	126.400
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	0	0	0	0
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	604.700	604.700	604.700	604.700
Ordentliche Aufwendungen						
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	1.402.445	1.402.445	1.402.445	1.402.445
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	64.900	64.900	64.900	64.900
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	598.500	469.500	469.500	469.500
16. Abschreibungen	0	0	42.943	42.943	42.943	42.943
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	300	300	300	300
18. Transferaufwendungen	0	0	1.141.400	1.141.400	1.141.400	1.141.400
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	770.207	770.207	770.207	770.207
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	4.020.695	3.891.695	3.891.695	3.891.695
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	-3.415.995	-3.286.995	-3.286.995	-3.286.995
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	-3.415.995	-3.286.995	-3.286.995	-3.286.995
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	0	0	0	0
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	2.457.109	2.457.109	2.457.109	2.457.109
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	-2.457.109	-2.457.109	-2.457.109	-2.457.109
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	-5.873.104	-5.744.104	-5.744.104	-5.744.104

Teilfinanzhaushalt 80 Sport und Bäder						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	604.700	604.700	604.700	604.700
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	3.953.707	3.824.707	3.824.707	3.824.707
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	3.349.007	3.220.007	3.220.007	3.220.007
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0
26. Baumaßnahmen	0	0	905.000	285.000	185.000	185.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	95.000	67.000	67.000	67.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	255.000	235.000	235.000	235.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	1.255.000	587.000	487.000	487.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	1.255.000	587.000	487.000	487.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	-4.604.007	-3.807.007	-3.707.007	-3.707.007
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0

Produktbereich 80

80 - Sport und Bäder

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	Herr Kuhfeld
Beschreibung	Fördern des Vereinssport und der sportlichen Freizeit im Rahmen des sich verändernden Sport-, Gesundheits- und Freizeitbewusstseins der Bevölkerung. Vereinsförderung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Vereine zu stärken - auch im Hinblick des Einsatzes der Sportförderungsmittel. Erhalt, Verbesserung und bei Bedarf Schaffung von Sportflächen und -hallen sowie Wasser- und Freizeittflächen.

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
80-01	Förderung des Sports
80-02	Sportstätten und Bäder

**Produktbereich 80
Produktgruppe 80-01**

1-80-01 Förderung des Sport

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Fischer
Beschreibung	Förderung der Vereine (Breiten- und Spitzensport), von Trendsportarten und Nischensport und Durchführung von Programmen und Veranstaltungen, die dem gesteigerten Gesundheits-, Fitness-, Freizeitbedürfnis der Bevölkerung gerecht werden.

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-80-01-01	Sportförderung und Sportveranstaltungen

Produktbereich 80
Produktgruppe 80-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-80-02 Sportsstätten und Bäder

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Herr Hilbig / Herr Ostendorf
Beschreibung	Fördern des Vereinssport und der sportlichen Freizeit durch den Betrieb, die Bewirtschaftung und bauliche Unterhaltung sowie Verwaltung der städtischen Sportstätten und Bäder

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-80-02-01	Betrieb und Unterhaltung von Sportanlagen
1-80-02-02	Betrieb und Unterhaltung Bäder

Teilhaushalt 99

Allgemeine Finanzwirtschaft

Teilergebnishaushalt 99: Allgemeine Finanzwirtschaft							
Erträge und Aufwendungen	1	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
	2	3	4	5	6	7	
Ordentliche Erträge							
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	216.578.000	190.411.508	191.579.508	193.669.508	
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	5.275.300	5.375.300	5.475.300	5.575.300	
3. Auflösungserträge aus Sonderposten	0	0	0	0	0	0	
4. sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	
5. öffentlich-rechtliche Entgelte	0	0	0	0	0	0	
6. privatrechtliche Entgelte	0	0	2.600	2.600	2.600	2.600	
7. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	60.000	60.000	60.000	60.000	
8. Zinsen und ähnliche Finanzerträge	0	0	4.213.100	3.243.800	3.301.200	3.301.200	
9. aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	
10. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	
11. sonstige ordentliche Erträge	0	0	200.000	200.000	200.000	200.000	
12. = Summe ordentliche Erträge	0	0	226.329.000	199.293.208	200.618.608	202.808.608	
Ordentliche Aufwendungen							
13. Aufwendungen für aktives Personal	0	0	1.255.400	1.346.800	1.434.500	1.434.500	
14. Aufwendungen für Versorgung	0	0	98.800	101.100	103.300	103.300	
15. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	759.400	759.400	759.400	759.400	
16. Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	6.546.558	9.322.691	10.732.796	10.996.178	
18. Transferaufwendungen	0	0	40.876.000	33.016.000	32.776.000	32.781.000	
19. sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	3.878.000	3.873.400	3.783.400	3.783.400	
20. = Summe ordentliche Aufwendungen	0	0	53.414.158	48.419.391	49.589.396	49.857.778	
21. ordentliches Ergebnis (ordentliche Erträge abzüglich ordentliche Aufwendungen Jahresüberschuss(+)/Jahresfehlbetrag (-)	0	0	172.914.842	150.873.817	151.029.212	152.950.830	
22. außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0	
23. außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0	0	
24. außerordentliches Ergebnis (außerordentliche Erträge abzüglich außerordentliche Aufwendungen)	0	0	0	0	0	0	
25. Jahresergebnis (Saldo ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis) Überschuss(+)/Fehlbetrag(-)	0	0	172.914.842	150.873.817	151.029.212	152.950.830	
26. Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	5.345.400	5.345.400	5.345.400	5.345.400	
27. Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	5.136.900	5.136.900	5.136.900	5.136.900	
28. Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	0	0	208.500	208.500	208.500	208.500	
29. Ergebnis unter Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen	0	0	173.123.342	151.082.317	151.237.712	153.159.330	

Teilfinanzhaushalt 99 Allgemeine Finanzwirtschaft						
Einzahlungen und Auszahlungen						
	1	2	3	4	5	6
	Ergebnis 2007 - Euro -	Ansatz 2008 - Euro -	Ansatz 2009 - Euro -	Ansatz 2010 - Euro -	Ansatz 2011 - Euro -	Ansatz 2012 - Euro -
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
10. = Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	538.033.565	483.132.960	485.964.617	490.189.560
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit						
17. = Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	329.913.000	348.024.347	331.465.852	332.500.646
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe der Einzahlungen abzüglich Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit)	0	0	208.120.565	135.108.613	154.498.765	157.688.914
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit						
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	0	0	10.958.000	7.952.000	2.342.000	1.231.000
20. Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	0	0	3.546.000	3.588.000	3.707.000	3.093.000
21. Veräußerung von Sachvermögen	0	0	10.804.000	7.785.000	6.931.000	6.063.000
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen	0	0	317.000	533.000	161.000	165.000
23. sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	25.625.000	19.858.000	13.141.000	10.552.000
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit						
25. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	2.353.000	978.000	918.000	918.000
26. Baumaßnahmen	0	0	71.011.000	38.990.000	23.732.000	24.824.000
27. Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	9.536.000	5.481.000	5.130.000	5.610.000
28. Erwerb von Finanzvermögensanlagen	0	0	0	0	0	0
29. Aktivierbare Zuwendungen	0	0	12.655.000	11.042.000	6.576.000	4.138.000
30. Sonstige Investitionstätigkeit	0	0	4.219.000	2.258.000	2.258.000	2.258.000
31. = Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	0	0	99.774.000	58.749.000	38.614.000	37.748.000
32. Saldo aus Investitionstätigkeit (Summe Einzahlungen abzüglich Summe Auszahlungen für Investitionstätigkeit)	0	0	74.149.000	38.891.000	25.473.000	27.196.000
33. Finanzmittel-Überschuss/-Fehlbetrag (Summen Zeile 18 und 32)	0	0	133.971.565	96.217.613	129.025.765	130.492.914
Ein-,Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit						
34. Einzahlungen; Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	48.508.000	44.483.000	26.331.000	26.482.000
35. Auszahlungen; Tilgung von Krediten und Rückzahlung von inneren Darlehen für Investitionstätigkeit	0	0	1.510.923	4.297.697	3.504.054	3.360.585
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	0	0	46.997.077	40.185.303	22.826.946	22.621.415

Produktbereich 99

99 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich:

Beschreibung des Produktbereichs	
Verantwortlicher des Produktbereichs	N.N.
Beschreibung	Abwicklung der zentralen finanzwirtschaftlichen Angelegenheiten

Zum Produktbereich gehörende Produktgruppen	
Nr	Bezeichnung
1-99-01	Allgemeine Finanzwirtschaft
1-99-02	Zentralbudget
1-99-03	Interne Verrechnung Zentralbudget
1-99-04	Projekt Wohlfüllstadt

**Produktbereich 99
Produktgruppe 99-01**

1-99-01 Allgemeine Finanzwirtschaft

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	N.N.
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-99-01-01	Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktbereich 99
Produktgruppe 99-02

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-99-02 Zentralbudget

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	N.N.
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-99-02-01	Zentralbudget

**Produktbereich 99
Produktgruppe 99-03**

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-99-03 Interne Verrechnung Zentralbudget

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	N.N.
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-99-03-01	Interne Verrechnung Zentralbudget

Produktbereich 99
Produktgruppe 99-04

Zum Produktbereich zugeordnete Produktgruppe

1-99-04 Projekt Wohlfühlstadt

Beschreibung der Produktgruppe	
Verantwortlicher der Produktgruppe	Frau Kathrin Funke
Beschreibung	

Produkte der Produktgruppe	
Nr.	Produkt
1-99-04-01	Projekt Wohlfühlstadt